

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

27. Jahrgang 2015



Nomos

Redaktion: Gérard Bökenkamp, Birgit Bublies-Godau, Jürgen Frölich,
Ewald Grothe, Wolther von Kieseritzky, Jochen Merkle

Anschrift der Redaktion:
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

juergen.froelich@freiheit.org

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

27. Jahrgang 2015

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
herausgegeben von
Eckart Conze, Joachim Scholtyseck und Erich Weede
in Verbindung mit Jürgen Frölich und Ewald Grothe



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2477-2 (Print)

ISBN 978-3-8452-6560-5 (ePDF)

1. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Editorische Notiz	7
<i>Schwerpunkt „Deutscher Liberalismus und Bismarck“</i>	
<i>Joachim Scholtyseck</i> Bismarck und der Liberalismus in der neueren Historiographie	9
<i>Frank Lorenz Müller</i> Der Kanzler im Kampf gegen eine liberale Zukunft. Bismarck und Kaiser Friedrich III.	27
<i>Ulf Morgenstern</i> Bismarck als Familienproblem des liberalen Bürgertums. Die Familien Schücking und Beitzke zwischen Bismarckverehrung und Bismarckkritik	49
<i>Jürgen Frölich</i> Ein wilhelminischer Bismarckianer? Friedrich Naumann und „Bismarcks Erbschaft“	65
<i>Stefan Meineke</i> Meinekes Bismarck	81
<i>Ewald Grothe</i> Die liberale Zerstörung einer Legende. Erich Eycks Bismarck-Biographie und ihre Rezeption	103
<i>Ines Soldwisch</i> Der Staatsmann über den Staatsmann. Heuss' Gedanken zu Otto von Bismarck	119
<i>Eckart Conze</i> Vom allmählichen Verschwinden eines Problems. Bismarck-Rezeption und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland	131

Weitere Beiträge

Ernst Opgenoorth

Johann Gustav Droysen und seine Briefpartner.
Eine kommunikationsgeschichtliche Studie 149

Klaus Seidl

Veit Valentin im Exil.
Überlegungen zur Biographie eines „refugee scholar“ 183

Dorothee Hochstetter

Hasso von Manteuffel (1897-1978).
Vom Panzergeneral zum Parlamentarier der FDP 205

Sebastian Voigt

Kampf für Menschenrechte, Kampf gegen Totalitarismus.
Über die politische Entwicklung André Glucksmanns, seine jüdische
Herkunft und seine Beziehung zu Raymond Aron 239

Frieder Günther

„Mein Bundespräsident“.
Theodor Heuss in der Erinnerung der Deutschen 261

Forum

Peter Steinbach

Theodor Heuss – Liberaler im Gezeitenwechsel.
Zum Abschluss der Edition seiner Briefe aus sieben Jahrzehnten 285

Franziska Meifort

Der Nachlass Dahrendorf im Bundesarchiv.
Vermächtnis eines öffentlichen Intellektuellen 301

Autorenverzeichnis 315

Editorische Notiz

Der thematische Schwerpunkt dieses Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung geht zurück auf ein Kolloquium, das am 14.11.2014 in Friedrichsruh stattgefunden hat und gemeinsam vom Archiv des Liberalismus und der Otto-von-Bismarck-Stiftung durchgeführt wurde. Die Jahrbuch-Herausgeber danken allen Mitwirkenden und der genannten Stiftung, insbesondere Herrn Prof. Dr. Ulrich Lappenküper und Herrn Dr. Ulf Morgenstern, für ihre Unterstützung und Gastfreundschaft. Ein Tagungsbericht findet sich unter <http://www.freiheit.org/Deutscher-Liberalismus-und-Bismarck/297c31118i1p61/index.html>.

Schwerpunkt „Deutscher Liberalismus und Bismarck“

Joachim Scholtyseck

Bismarck und der Liberalismus in der neueren Historiographie

Im Jahr 1970 kam der von Michael Stürmer herausgegebene, 1977 sodann in zweiter Auflage erschienene Sammelband „Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918“ heraus. Wirft man heute einen Blick in diese Aufsatzsammlung, kommt es einem Eintauchen in eine merkwürdige, versunkene Welt gleich: eine deutsche Nabelschau, fast ausschließlich auf das Bismarckreich und die Innenpolitik konzentrierte Debatten, Auseinandersetzungen über „Bonapartismus“, den „Primat der Innenpolitik“, „Feudalisierung“ der Rittergutbesitzer und zahlreiche andere damals hochmoderne Reizwörter. Was dort über das Verhältnis zwischen Bismarck und den Liberalen formuliert wurde, ist heute, wo zahlreiche Bezüge verloren gegangen sind, bisweilen nur schwer zu entziffern. „Dieses Sanskrit“¹ fordert heutigen Bismarck-Interessierten einiges an Fähigkeit ab, wenn sie den Inhaltskern der damaligen Debatten erfassen und verstehen wollen.

Diese Spezialdiskussionen mit ihren Seitendebatten hängen damit zusammen, dass sich Generationen von Forschern vornehmlich mit dem Blick auf Versäumnisse und Schattenseiten an Bismarck und dem Liberalismus seiner Zeit abgearbeitet haben. Dass die von Helmuth Plessner geprägte These von der „verspäteten Nation“ zum geflügelten Wort geworden ist, belegt diesen Befund überdeutlich.² In jüngster Zeit zeichnen sich jedoch bemerkenswerte Beurteilungsveränderungen sowohl für Bismarck wie auch für den Liberalismus und seine Protagonisten ab, was zweifellos darin begründet ist, dass der europäische bzw. „transnationale“ Kontext stärker beachtet wird. Um diese über Nuancen hinausgehenden veränderten Fragestellungen zu konstatieren,

1 Die Formulierung wird von Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001, S. 389, mit Blick auf manche Theoriedebatten der 1970er Jahre verwendet.

2 Helmuth Plessner: *Die verspätete Nation. Über die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Frankfurt am Main 1998⁶.

reicht schon die Konsultation der konzeptionellen Neu-Edition, die von der Otto-von-Bismarck-Stiftung als „Neue Friedrichlsruher Ausgabe“ der Gesammelten Werke Bismarcks herausgegeben wird. In ihr werden zahlreiche bislang ungedruckte Dokumente wiedergegeben, die in der „klassischen“, in den 1920er- und 1930er Jahren erschienenen Ausgabe fehlen. Die Neu-Edition bildet daher auch zahlreiche Perspektivwechsel der Forschung ab, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben.

Noch in der bis heute maßgeblichen Bismarck-Biographie warnte Lothar Gall im Jahr 1980 davor, die Geschichte vor allem der späteren Bismarck-Zeit als eine „Erfolgsgeschichte“ zu schreiben. Gerade in der Innenpolitik habe es „stets neue Versuche der Instrumentalisierung“ gegeben, ohne dass „sich dabei ein wirklich konstruktives, systemstiftendes Element“ durchgesetzt habe.³ Dieser geradezu kanonischen Sichtweise wurde nur selten widersprochen. Erstaunlicherweise gab freilich Ernst Engelberg, der Nestor der ehemaligen DDR-Geschichtswissenschaft, 1993 mit seiner etwas seltsamen borussischen Sympathie eine wohlwollendere Deutung: Natürlich stellte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Instrumentalisierung der Sozialpolitik an den Pranger, aber beim „Kulturkampf“ sah Engelberg bereits die Moderne am Werk. Außenpolitisch trat Bismarck geradezu als Lichtgestalt hervor. Dieser habe sich, so Engelberg, mit all seinen Stärken und Schwächen, „im Strom der allgemeinen Geschichte seiner Zeit“ bewegt.⁴ Solche zunächst noch als Minderheitsansicht zu kennzeichnenden Wertungen wurden jedoch bald hoffähig. Vom „Dämon der Deutschen“, wie Johannes Willms Bismarck 1997 bezeichnet hatte und es in einer Neuauflage immer noch für zutreffend hält,⁵ ist heute wohl zu Recht kaum noch die Rede, und sogar in den Schulunterricht scheint diese Erkenntnis diffundiert zu sein.⁶ Das Bismarck-Bild des 21. Jahrhunderts erscheint insgesamt als nüchterner, weniger umkämpft, vielleicht auch weniger methodologisch aufgeladen und theoriegeleitet.⁷ Bismarck löst keine wirklichen Kontroversen mehr aus und auch die üblichen harschen Verdammungsurteile und Verdikte fehlen, weil es vielen Autoren neueren Datums offenkundig um die Zurückführung Bismarcks auf eine „normalmenschliche Dimension“⁸ geht. Dies zeigt

3 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main 1980, S. 643.

4 Ernst Engelberg: Bismarck. Bd 2: Das Reich in der Mitte Europas, München 1993, S. 528.

5 Johannes Willms: Bismarck. Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende, München 2015.

6 Vgl. Waltraud Schreiber: Kompetenzorientierter Geschichtsunterricht am Beispiel Otto von Bismarck. In: Markus Raasch (Hrsg.): Die deutsche Gesellschaft und der konservative Heroe. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit, Aachen 2010, S. 315-344.

7 Als Überblick: Hans-Christof Kraus: Bismarck im Spiegel seiner Biographen. In: Bernd Heidenreich/Hans-Christof Kraus/Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Bismarck und die Deutschen, Berlin 2005, S. 143-155.

8 Beate Althammer: Das Bismarckreich 1871-1890, Paderborn u. a. 2009, S. 266.

sich recht deutlich bei den aktuellen Biographien, die im Vorfeld des 200. Geburtstags Bismarcks erschienen sind. In Jonathan Steinbergs Gesamtdarstellung zeigt sich eine zentrale Kritik in der Bemerkung, Bismarck habe keine innenpolitischen Prinzipien gekannt und er sei ein „Manipulator der politischen Realitäten seiner Zeit“ gewesen.⁹ Eberhard Kolb wiederum hat in seiner 2014 erschienenen Bismarck-Biographie – fast ungeduldig – gefordert, jetzt sei endgültig „die Zeit für eine konsequente Historisierung Bismarcks gekommen“,¹⁰ eine Forderung, die Volker Ullrich sogar schon erfüllt sieht: Bismarck polarisiere nicht mehr, und an die Stelle leidenschaftlich umkämpfter Erinnerung sei eine „konsequente Historisierung getreten, die den «Reichsgründer» nüchtern-abwägend, mit seinen Leistungen und Grenzen, seinen Widersprüchen und Ambivalenzen“ zeige.¹¹ Und Hans-Christof Kraus, um eine weitere aktuelle Biographie zu zitieren, plädiert dafür, „sich dem Gegenstand «Bismarck» etwas gelassener zu nähern“, zumal die Zeiten der angestregten Verteufelung und Dämonisierung „eigentlich der Vergangenheit angehören sollten.“¹²

Wie sieht es im Vergleich dazu mit dem Liberalismus aus? Auch hier überwog in den letzten Jahrzehnten traditionell eine bemerkenswert kritische Perspektive, die unschwer eine Konsequenz der deutschen Katastrophen des 20. Jahrhunderts war. Es war wiederum Lothar Gall, der in einem grundsätzlichen Beitrag auf dem Historikertag 1974 gnadenlos mit dem Liberalismus abrechnete, der in der Bismarck-Zeit seine politische und soziale Integrationskraft verloren habe und überholt, Status quo-orientiert, mit anderen Worten: rückwärtsgewandt gewesen sei. In ihrer gegenseitigen Fixierung, in diesem „Gegeneinander und Zusammenspiel“ seien Bismarck und die deutschen Liberalen in mancher Hinsicht dafür verantwortlich gewesen, dass sich die „Elemente der Rückständigkeit“ im Kaiserreich verstärkt hätten.¹³

Nun wird auch heute niemand bestreiten, dass es keine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Bismarck und den Liberalen gegeben hat, sondern allenfalls begrenzte Kooperationen, die zweckgebunden und ephemere waren. Die trennenden Elemente waren in der Tat stets größer als die inhaltlichen und

9 Jonathan Steinberg: Bismarck. Magier der Macht, Berlin 2012, S. 14.

10 Eberhard Kolb: Otto von Bismarck. Eine Biographie, München 2014, S. 180. Tendenziell auch in Matthew Jefferies, *Contesting the German Empire 1871-1918*, Malden/Oxford/Carlton 2008.

11 Volker Ullrich: Der Mythos Bismarck und die Deutschen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/2015, S. 15-22, hier S. 22.

12 Hans-Christof Kraus: Bismarck. Größe – Grenzen – Leistungen, Stuttgart 2015, S. 10.

13 Lothar Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: Ders. (Hrsg.), *Liberalismus*, Köln 1985³, S. 162-186, hier S. 177 f. Als Überblick Günter Kronenbitter: Bismarck und die Liberalen. In: Heidenreich/Kraus/Kroll (Hrsg.): *Bismarck und die Deutschen* (wie Anm. 7), S. 51-62 sowie die Beiträge in Lothar Gall (Hrsg.): *Otto von Bismarck und die Parteien*, Paderborn 2001.

programmatischen Überschneidungen. Aber hat dieses dialektische Verhältnis nicht doch, auch wenn es nicht intendiert war, Wirkungskräfte entfaltet, die das junge Kaiserreich modernisiert – im heutigen Wortsinn sogar „liberalisiert“ – haben? Sollte nicht doch noch stärker herausgearbeitet werden, welche Wirkungskräfte und Mechanismen am Werk waren und was genau die vielbeschworene Modernisierung wider Willen ausmachte?

Um die Begrifflichkeit des Liberalismus werden – weltweit – immer noch heftige Kontroversen ausgetragen.¹⁴ Die Definition dessen, was Liberalismus war und ist, fällt angesichts der zahlreichen Metamorphosen, die der Begriff allein im 19. Jahrhundert erlebte, nicht leicht.¹⁵ Mindestens ebenso schwer fällt naturgemäß die Definition des „Bürgertums“ als dem wesentlichen Träger dieser geistigen Bewegung, mit der sich schon ganze Sonderforschungsbereiche bis zur wissenschaftlichen Erschöpfung beschäftigt haben.¹⁶ Bereits Carl von Rotteck beklagte 1837 im „Staatslexikon die begriffliche „babylonische Sprachverwirrung“,¹⁷ und Jörn Leonhard hat zu Beginn des neuen Jahrtausends die für Frankreich, Großbritannien, England, Italien und Deutschland geltenden ganz unterschiedlichen Semantiken sowie den Wandel des Liberalismus-Begriffs und seiner Benutzung seit dem 19. Jahrhundert ausführlich dargelegt.¹⁸ Vernunftbasiertes Selbstbestimmungsrecht, Beschränkung der politischen Staatsmacht und eine auf dem Privateigentum ruhende und weitgehend sich selbst verwaltende wettbewerbsorientierte Wirtschaft als Wesenselemente liberalen Denkens im 19., 20. und 21. Jahrhundert – darüber wird bis heute munter gestritten: Auf internationaler Ebene erleben die Werke von Judith Shklar über den Gehalt des Liberalismus gegenwärtig eine Renaissance.¹⁹ Die Ideenwelt des Liberalismus als einer Idee und einer Ideologie werden von Michael Freedon, John Rawls, Richard

14 Vgl. Edmund Fawcett: *Liberalism. The Life of an Idea*, Princeton 2014. Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988; Lothar Gall (Hrsg.): *Liberalismus*, Königstein 1985; James Sheehan: *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914*, München 1983.

15 Lothar Gall: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.), *Liberalismus*, S. 9-19, hier bes. S. 10-12; Gerhard Göhler: *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Eine Einführung*. In: Bernd Heidenreich (Hrsg.): *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus*, Berlin 2002², S. 211-229.

16 Vgl. Dieter Langewiesche: *Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert*. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, Stuttgart 1989, S. 95-121.

17 Carl von Rotteck: *Demokratisches Prinzip*. In: Ders./Theodor Welcker (Hrsg.): *Staats-Lexicon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften*, Bd. 4, Altona 1837, S. 252-263, hier S. 252.

18 Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines Deutungsmusters*, München 2001.

19 Judith Shklar: *After Utopia. The Decline of Political Faith* (1957), Princeton 1969.

Rorty, Wolfgang Kersting und Jean-Claude Michéa diskutiert,²⁰ was zeigt, dass der Liberalismus, auch wenn er seit weit über 100 Jahren schon totgesagt wird und mehrfach zu Grabe getragen worden ist,²¹ immer noch quicklebendig ist. In Deutschland hat eine Tagung der Theodor-Heuss-Stiftung im Jahr 2013 in vergleichender Perspektive die Vielgestaltigkeit, Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des europäischen Liberalismus im 20. Jahrhundert aufgezeigt und auf die Differenzen und Heterogenitäten zwischen Partikularismus und Universalismus sowie die Unterschiede zwischen Liberalismus als Ideengeflecht und Liberalismus als Habitus aufmerksam gemacht. Nicht zu vergessen bleibt ein weiteres zentrales liberales Thema präsent, nämlich das sich wechselseitig bedingende Verhältnis von Freiheit und Macht, weil letztere „in vielfältiger Hinsicht zugleich die Voraussetzung der Freiheit“ ist.²²

Der politische Liberalismus gehörte nach 1848 in Deutschland zu den bestimmenden Kräften. Er hielt diese Dynamik in den folgenden Jahrzehnten vor allem durch die Arbeit in den Länderparlamenten und die Mitgestaltung der öffentlichen Meinung aufrecht, was Bismarck kritisch verfolgte. In seiner „Eisen und Blut“-Rede formulierte er noch ganz herablassend: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen den Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen.“²³ Aber diese Geringschätzung hatte keine Zukunft. Nach der Reichsgründung 1871 gehörten die Liberalen als staatsbejahende Parteien schließlich zum Establishment des Bismarckreiches. Im halb-hegemonialen Kaiserreich wurden jetzt die nationalistisch-kriegerischen Töne derjenigen Liberalen, die noch den großdeutschen Ideen der Paulskirchenparlamentarier mit ihren territorialen Ausdehnungsvorschlägen und Flottenplänen anhängen,²⁴ erfolgreich marginalisiert.

- 20 Michael Freedon: *The New Liberalism. An Ideology of Social Reform*, Oxford 1978; Ben Jackson/Marc Stears (Hrsg.): *Liberalism as Ideology. Essays in Honour of Michael Freedon*, Oxford/New York 2012; John Rawls: *Political Liberalism*, New York 1993; Wolfgang Kersting: *Verteidigung des Liberalismus*, Hamburg 2009; Jean-Claude Michéa: *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*, Berlin 2014.
- 21 Hans Vorländer: Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutungen seines historischen Niedergangs. In: Ders. (Hrsg.): *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 9-34.
- 22 Lothar Gall: Liberalismus und auswärtige Politik. In: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.): *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag*, Köln/Wien 1985, S. 31-46, hier S. 46. Vgl. hierzu Hermann Oncken: *Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden*, Bd. IX, Heft 4, Leipzig/Dresden 1919, S. 152.
- 23 *Berliner Allgemeine Zeitung* vom 2. Oktober 1861. Zum Kontext: Gall, Bismarck (wie Anm. 3), S. 256-261.
- 24 Günter Wollstein: *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977; Harald Biermann: *Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung*, Düsseldorf 2006.

Auch der scheinbar so eindeutig linksliberale Kronprinz Friedrich Wilhelm, der mit seinem romantisch-starrsinnigen Festhalten an bestimmten traditionellen „Reichsideen“ in mancher Hinsicht sogar rückwärtsgewandter und illiberaler als der Reichskanzler war,²⁵ wurde eingehegt und seine Visionen blieben eine erst für die Zukunft geltende Option. Das Kaiserreich, von Bismarck konzipiert und von den Liberalen akzeptiert und mitgestaltet, war, anders als „großdeutsche“ Lösungen, mit dem Gleichgewicht Europas trotz aller verständlichen Vorbehalte gegen einen starken Machtstaat im Zentrum Europas²⁶ gerade noch kompatibel. Bismarck blieb „der eiserne Garant der bitternotigen Saturiertheit.“²⁷

Die Liberalen rieben sich, nachdem sie nach vielen vergeblichen Anläufen endlich mit an den Schalthebeln der Macht saßen, durch den Sündenfall des Kulturkampfes und durch die parlamentarischen Fehden mit Bismarck zunehmend auf, gerieten in dauerhafte und ermüdende Kämpfe zwischen ihrem rechten und linken Flügel und waren darüber zerstritten, ob sie ihre Rolle in regierungskonformer Mitarbeit oder nicht doch in standhafter Opposition zu suchen hatten. Zwar erzielten die liberalen Honoratiorenparteien zusammengekommen nach 1871 stets ansehnliche Wahlergebnisse, aber als eine sich als fortschrittlich verstehende und zugleich den Schritt der Zeit verlierende Bewegung litt der Liberalismus unter dem Makel, in einer sich diversifizierenden Industriegesellschaft immer stärker eingeengt zu werden, während das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie von einem Wahlerfolg zum nächsten voranschritten. Die Zersplitterung in einen nationalen und den liberal-demokratischen Flügel blieb bestehen. Damit einher ging der Verlust bisheriger Gewissheiten und Selbstgewissheiten, bis der Erste Weltkrieg schließlich den Einsturz des bürgerlichen Wertehimmels mit sich brachte und der Wiederaufbau beschwerlich war.²⁸ Auch wenn sich die heutige Liberalismusforschung von der „Untergangsgeschichte“ des deutschen Liberalismus verabschiedet hat, ist nachvollziehbar, warum die Jahre 1914 bis 1918 sowie die Katastrophe des Jahres 1933 häufig allein als weitere Kapitel des Verfalls und der Degeneration des Liberalismus geschrieben worden sind, an deren Anfang Bismarck gestanden habe.

Diese teleologisch-pessimistische Sicht auf das scheinbar fatale Zweckbündnis zwischen Bismarck und dem Liberalismus scheint inzwischen an

25 Frank Lorenz Müller: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen. Prinz, Monarch, Mythos, München 2013. Vgl. auch Winfried Baumgart (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866-1888, Paderborn 2012.

26 Klaus Hildebrand/Eberhard Kolb (Hrsg.): Otto von Bismarck im Spiegel Europas, Paderborn 2006.

27 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. München 1995, S. 876.

28 Vgl. die Beiträge in Werner Plumpe/Jörg Lesczenski (Hrsg.): Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Mainz 2008.

Deutungskraft zu verlieren, und hierfür gibt es gewichtige Gründe. Seit der Bismarckzeit vertraute das Bürgertum als Träger der liberalen Ideen auf einen friedlichen Wandel, setzte optimistisch auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ökonomischen Wandel und sozialen Fortschritt. Die 1870er Jahre waren eine „Reformära“, die, wie Dieter Langewiesche ausgeführt hat, in gedeihlicher Zusammenarbeit zwischen Bismarck und den Nationalliberalen „das neue staatliche Gebäude der Nation im liberalen Geiste wohnlich ausstattete.“²⁹ In den USA, ebenfalls eine Aufsteigernation, die gerade erst nach einem langen, die Nation auf die Zerreißprobe stellenden Bürgerkrieg wiedervereint und deshalb für Nationswerdungsprozesse sensibilisiert worden war, wurde Deutschland, ausgestattet mit dem „besten Erziehungssystem der Welt“, bewundernd als leuchtendes Vorbild betrachtet, Bismarck gar als neuer Washington gezeichnet.³⁰

Dem stand der innere Unfriede diametral entgegen. Der Kampf gegen die vermeintlichen „Reichsfeinde“, in erster Linie die Katholiken und die Sozialdemokraten, vertiefte die politischen Gräben und Verwerfungen der Gründungszeit, wofür Bismarck und die Liberalen gleichermaßen verantwortlich waren. Der „Kulturkampf“ war ein schwerer Fehler, der die Katholiken dem Reich für lange Zeit entfremdet hat – diese waren dafür immerhin später dem Nationalsozialismus gegenüber weniger anfällig. Der Kulturkampf war insofern eine liberale Idee und Ideologie und ihre Verfechter sahen sich geradezu als die Inkarnation der Aufklärung und der Moderne gegen einen angeblich hinterwäldlerischen und rückwärtsgewandten „Ultramontanismus“, aber zugleich auch gegen die traditionelle Weltordnung des Christentums. Männer wie der preußische Kulturminister Adalbert Falk, aber genauso Liberale aller Schattierungen, von Rudolf Virchow, der den Begriff „Kulturkampf“ geprägt hatte, über Eduard Lasker, Ludwig Bamberger bis hin zu Hermann Schulze-Delitzsch sahen sich hier in einer Linie mit dem Reichsgründer. Diese mächtige Zeitströmung war freilich nicht nur ein deutsches Projekt, weil „Kulturkämpfe“ auch in manch anderen europäischen Staaten ausgefochten wurden.³¹ So falsch diese Politik und so fatal die Ergebnisse eingeschätzt werden müssen, gehörte die Auseinandersetzung in die zeitgenössischen Debatten über den säkularen Staat. Auch aktuell wird über das Verhältnis der Religionen zum Staat heftig gestritten; die damalige Entscheidung, mit der Einführung der Zivilehe und der in Preußen 1872 eingeführten staatlichen Schulaufsicht der Zivilehe eine Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen, erscheint in der heutigen Welt, in der unter dem Signum des

29 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 14), S. 164.

30 Brendan Simms: Europe. The Struggle for Supremacy, 1453 to the Present, London 2013, S. 243.

31 Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hrsg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert, Leipzig 2003.

„Wertewandels“ die Pluralisierung der Lebensformen, die Individualisierung und nicht zuletzt die Säkularisierung ein Charakteristikum der westlichen Gesellschaften ist, als wegweisende Entscheidung.

Blickt man auf die Ergebnisse der neueren Forschung zu den rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen im europäischen Maßstab, wird dieses Bild noch stärker konturiert.³² Die Sozialgesetzgebung war im europäischen Vergleich vorbildlich, fortschrittlich und zukunftsweisend, kurz: eine Pioniertat, welche instrumentalisierenden Motive damit auch verbunden sein mochten. Es ging Bismarck darum,

„eine für die damalige Zeit ökonomisch sinnvolle und zugleich funktionsfähige Absicherung gegen die Risiken der modernen Erwerbsarbeit zu finden (...) Bismarck war modern, insofern die kapitalistische Wirtschaft die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Risiken beherrschbar halten muss. Er war liberal, (...) weil er die Kosten einer solchen Politik gering und das Arbeitsverhältnis selbst wenig reguliert wissen wollte.“³³

Ähnliches wie für die Sozialpolitik gilt für die benachbarten weiten Felder der Wirtschaftspolitik, wo Liberale eine besondere Befähigung und Mitgestaltungsfähigkeit postulierten und durchzusetzen versuchten.³⁴ Bismarck zeigte sich an wirtschaftlichen Dingen hauptsächlich dann interessiert, wenn er sie für das von ihm definierte „Gemeinwohl“ einsetzen konnte. Zwar erkannten weder er noch die Liberalen rechtzeitig die Bedeutung von Gewerkschaften für die Integration der Arbeiterschaft in das Wirtschafts- und Verfassungssystem des Kaiserreiches. Aber das Genossenschaftssystem von Hermann Schulze-Delitzsch war integraler Bestandteil des „Systems Bismarck“. Das Münzgesetz und die Gründung der Reichsbank gehörten ebenso zum liberalen Kanon wie die Novellierung des Aktiengesetzes und die Schaffung der Reichsgewerbeordnung. Die insgesamt sieben Währungsgebiete – und sage und schreibe 33 Notenbanken – fanden mit einem Federstrich ein Ende. Thomas Nipperdey hat dieses Reformwerk als revolutionären „Durchbruch der bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnet: „des großen Marktes, des freien Wettbewerbs, des Kapitalismus, der Mobilität, des Leis-

32 Vgl. auch Helmut Walser Smith: Jenseits der Sonderweg-Debatte. In: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hrsg.): Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 31-50.

33 Werner Plumpe: Otto von Bismarck und die soziale Frage – Überlegungen zu einem alten Thema der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In: Tilman Mayer (Hrsg.): Bismarck: Der Monolith. Reflexionen am Beginn des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2015, S. 178-201, hier S. 195 f.

34 Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn 2013.

tungsprinzips, gegen alle ständischen und bürokratischen Beschränkungen.“³⁵ Die Einrichtung eines Kaiserlichen Gesundheitsamts im Jahr 1876 trug zur Normierung und Standardisierung bei, und nicht zuletzt die Lebensmittelqualität wurde erstmals umfassend reguliert, was das Ende des bisherigen „Flickwerks“ kommunaler und territorialer Bestimmungen bedeutete.³⁶

Infolge der Gründerkrise des Jahres 1873 wurden diejenigen Stimmen lauter, die dem liberalen Paradigma abschwören wollten und der Staatsintervention das Wort redeten. Die Liberalen sahen sich einer „schleichenden Entpolitisierung“ ausgesetzt:³⁷ Weil sie in erster Linie als wirtschaftlich kompetent wahrgenommen wurden, wurden sie für ökonomische Missstände verantwortlich gemacht. Ein zeitgenössischer Beobachter schrieb 1879: „Die Folgen liegen offen in dem Umstande vor, daß dem Liberalismus – als politischem System, die Schuld an allen Schäden, daran unser wirtschaftliches Leben krankt, aufgebürdet wird, daß alles, was auf wirthschaftlichem Gebiete faul und krank ist, auf den liberalen Sündenbock losschlägt.“³⁸

Das Alte wurde, mit anderen Worten, weggefeht und machte der liberalen Gesellschaft Platz. Ohne die schon fast zu Floskeln geronnenen Begriffe des „weißen Revolutionärs“ und des Bismarck'schen Ausspruchs „Fert unda nec regitur“ überzustrapazieren, bezeugen sie doch die Hinwendung des Reichskanzlers zu einem liberalen Industriestaat, der notgedrungen die Ambivalenzen der europäischen Moderne in sich trug.³⁹ Im internationalen Vergleich verlief die Entwicklung gar nicht so viel anders als in anderen europäischen Staaten und war durch – vor allem wirtschaftliches – Wachstum geprägt. Unter Bismarck vollzog sich die Abkehr vom rückständigen Agrarstaat zu einem Industriestaat, in dem die anachronistischen Agrarzollbestimmungen allerdings daran erinnerten, dass der Modernisierungsprozess nicht linear verlief.⁴⁰ Zugleich wurden die Anhänger eines überholten „Manchesterliberalismus“ in die Schranken gewiesen – Ludwig Bamberger ist ein besonders prominentes Beispiel. Sein Versuch, die freihändlerischen Positionen festzuschreiben, die „Ökonomisierung des Freiheitsbegriffs“ zu fördern, aber zugleich den Staat auf das Laissez-faire zu reduzieren,⁴¹ erscheint heute, in der

35 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992³, S. 363.

36 Vera Hierholzer: Nahrung nach Norm. Regulierung von Nahrungsmittelqualität in der Industrialisierung 1871-1914, Göttingen 2010, S. 340.

37 Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 18), S. 521.

38 Marco Brociner: Die Zukunft des deutschen Liberalismus, Berlin 1879, S. 8.

39 Jörg Fisch: Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850-1914, Stuttgart 2002; Guido Thieme: Internationalismus als Vorläufer wirtschaftlicher Integration? Otto von Bismarck, das Phänomen der Supranationalität und die Internationalisierung der Wirtschaft im 19. Jahrhundert. In: Ulrich Lappenküper/Guido Thieme (Hrsg.): Europäische Einigung im 19. und 20. Jahrhundert. Akteure und Antriebskräfte, Paderborn u. a. 2013, S. 71-93.

40 Carsten Burhop: Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871-1918, Göttingen 2011.

41 Marie-Lise Weber: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987, S. 285.

Zeit des bisweilen bewusst falsch verstandenen Begriffs „neoliberal“, jedenfalls weniger liberal als Bismarcks Wirtschaftskurs. Dessen „wohlwollender“ und patriarchalisch auftretender Interventionsstaat mit ausgeprägten Überwachungsfunktionen sowie dem Versprechen von Sekurität gehört seit her zu einer der Grundfesten des Staatsverständnisses. Nicht einmal Hitler wagte es, den im 19. Jahrhundert inaugurierten Wohlfahrtsstaat aus den Angeln zu heben. Auch die seit der Bismarck-Zeit eingeübte Einschränkung des wirtschaftlichen Wettbewerbs weist in die heutige Moderne der Marktwirtschaft: Der damalige Kampfbegriff „Manchesterkapitalismus“ taucht heute in allen Varianten und Spielarten ebenfalls auf: Sei es als „Raubtierkapitalismus“, sei es als „Ellenbogengesellschaft“, jedenfalls als Symbolbegriffe für Exzesse des Marktes, die heute möglichst staatlicherseits ausgeschlossen werden sollen. Die sattsam bekannte Mischung aus Sozialpartnerschaft, Risikovorsorge und Konsensgesellschaft verweist daher recht deutlich auf gewisse ordnungspolitische Kontinuitäten seit der Bismarckzeit.⁴² Akzeptiert man diese „Pfadabhängigkeiten“, dann war Bismarck derjenige, der heute in dieser Hinsicht als Liberaler definiert werden muss, auch wenn er selbst damit nicht einverstanden wäre.

Eng mit den wirtschaftlichen Grundpfeilern in Verbindung standen die internationalen Verflechtungsprozesse in der Bismarckzeit. Die unter anderem von Jürgen Osterhammel angestoßenen Diskussionen über Transnationalität und Globalisierung⁴³ zeigen, dass auch in dieser Hinsicht die Entwicklung in Deutschland gar nicht so anders als in anderen Staaten Europas verlief. Immer professioneller organisierte Handelskontakte und die besseren Kommunikationsmöglichkeiten, seien es Schiffe oder der Telegraph, schließlich die zunehmenden Gelegenheiten für Reisen und gesellschaftlichen Austausch ließen die Welt näher aneinanderrücken.⁴⁴ In der Handels- und Zollpolitik, im Verkehrswesen, in den Bemühungen zur Vereinheitlichung der Währungssysteme, schließlich im Außenhandel standen die Signale europaweit auf ökonomische Integration.⁴⁵

42 Albrecht Ritschl: Der späte Fluch des Dritten Reichs: Pfadabhängigkeiten in der Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 6 (2005), S. 151-170. Grundsätzlich auch Hans-Jürgen Puhle: Die „Konstruktion“ neuer Sozialstaaten in der Auseinandersetzung mit alten Modellen: „Pfadabhängigkeiten, Entscheidungen und Lernprozesse. In: Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn 2010, S. 197-212.

43 Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009; Emily S. Rosenberg: Transnationale Strömungen in einer Welt, die zusammenrückt. In: Dies. (Hrsg.), 1870-1945. Weltmärkte und Weltkriege, München 2012, S. 813-998.

44 Martin H. Geyer (Hrsg.): The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics, from the 1840 s to the First World War, Oxford u. a. 2001.

45 Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914, Göttingen 2005.

Der wirtschaftliche Siegeszug war geradezu atemberaubend, so dass selbst die „Gründerkrise“, der „Bruch“ von 1878/79 und die lange Phase der „Depression“ der folgenden Jahrzehnte in der heutigen Forschung längst nicht mehr als so bedeutend gewertet werden als noch vor einem Vierteljahrhundert. Die Anzeichen einer weltwirtschaftlichen Konvergenz – man denke nur an die dramatisch sinkenden Transportkosten oder die Kooperation auf den Kapitalmärkten infolge der Goldkonvertibilität und der Schaffung fixer Wechselkurse – führten zu einer ökonomischen Vernetzung der Welt, was jedoch nicht im Widerspruch zu Nationalismus und Imperialismus stehen musste. Der nationenübergreifende „Makro-Liberalismus“⁴⁶ mit seinem universellen Anspruch, seiner Tendenz zur Öffnung und Entgrenzung und seiner „Vision einer globalen Friedensordnung, eines unbeschränkten Welthandels und grenzenloser Mobilität“⁴⁷ war mit Bismarcks Denken kompatibel. Persönlich mochte er seiner eigenen ganz anderen Weltsicht folgen, aber als „weißer Revolutionär“ stellte er sich den scheinbar unaufhaltsamen Entwicklungen nicht in den Weg, wollte sich der europäischen Logik der Sachzwänge nicht entziehen und holte sich die ökonomische Expertise, über die er nicht immer verfügte, häufig bei liberalen Fachleuten.

Einbürgerungen – auch dies eine Folge der europäischen Migrationsschübe in einer zunehmend globalisierten Welt – waren zwar noch selten, erfolgten aber auf der Grundlage von Einzelfallprüfungen, bei denen, wie Oliver Trevisol nachgewiesen hat, in der Regel das Vermögen, der „gute Ruf“ und die Zukunftsaussichten die entscheidenden Kriterien waren – während später in der Weimarer Republik mit pauschalen Rubrizierungen vor allem jüdische und slawische Einwanderungswillige kaum eine Chance hatten.⁴⁸ Partizipation und individuelle Freiheitsrechte, die traditionellen Banner des Liberalismus, wurden durch die Rechtsstaatlichkeit garantiert. Die Möglichkeit zur Kritik an Justiz und Strafrechtsprechung war ein weiterer Beleg für die Moderne. Im Kaiserreich wurden manche Urteile als „Klassenjustiz“ interpretiert, auf diese Weise der Finger in die Wunde gelegt und Reformbedarf angemeldet.⁴⁹ Gerade die Hinweise auf Defizite und Versäumnisse und die Möglichkeit, diese zu kritisieren, sind ein Beleg für die Entwicklungsfähigkeit und das Potential des Kaiserreichs von 1871. Es war, trotz der Einführung des allgemeinen Wahlrechts – ein ziemlich deutliches Alleinstellungsmerkmal in Europa –, zwar keine Demokratie, aber es war ein Rechtsstaat –

46 Jürgen Osterhammel: *Liberalismus als kulturelle Revolution. Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee*, Stuttgart 2004, S. 11.

47 Dominik Geppert: *Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg. Umriss eines Forschungsproblems*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 26 (2014), S. 9-25, hier S. 17.

48 Oliver Trevisol: *Die Einbürgerungspraxis im Deutschen Reich 1871-1945*, Göttingen 2006.

49 Uwe Wilhelm: *Das Deutsche Kaiserreich und seine Justiz. Justizkritik – politische Strafrechtsprechung – Justizpolitik*, Berlin 2010.

wer den Blick auf das europäische „Age of Extremes“ (Hobsbawm) des 20. Jahrhunderts mit seinen cäsaristischen Volksherrschern wendet, weiß die Vorzüge des normengeleiteten rechtsstaatlichen Verfahrens durchaus zu schätzen. Bereits Manfred Rauh sah das Kaiserreich auf dem Weg einer „stillen Parlamentarisierung“.⁵⁰ Margaret Lavinia Anderson⁵¹ hat das von Bismarck eingeführte allgemeine, gleiche und direkte Männerwahlrecht des deutschen Reiches dahingehend interpretiert, dass dieses – wenn nicht intendiert, so doch faktisch – auf Egalisierung hinauslaufende Modell auf die politisch-kulturelle Entwicklung der deutschen Gesellschaft wirkte, die von ihrer Struktur her hierarchisch ausgerichtet war. Dem Wahlrecht kam dabei eine „Erziehungsfunktion“ zu. Der Weg zu einer vollständigen Parlamentarisierung – weder von Bismarck noch von den Liberalen gewollt – stand weiter offen und war der Zukunft überlassen.⁵² Der Reichstag bot ein von der Öffentlichkeit rege wahrgenommenes Forum für politische Diskussionen und Debatten und wurde entsprechend von allen Seiten genutzt und zugleich instrumentalisiert.⁵³ Damit soll gar nicht abgestritten werden, dass das preußische Dreiklassenwahlrecht diese Entwicklungen behinderte. Das letztlich fatale Erbe, das den folgenden Generationen hinterlassen wurde, ist jedoch nicht in der „politischen Kultur“ des Bismarckreiches zu suchen, sondern im Ersten Weltkrieg mit seinen geistig-politischen und sozial-ökonomischen Verwerfungen. Die Dispositionen der Vorkriegszeit, die Verhärtung der Blöcke und das fehlende Krisenmanagement, sicherlich schon subkutan angelegt in den geistigen Strömungen der Zeit, liegen in der Verantwortung aller Mächte und Regierungen Europas.

Ein so demokratisches Männerwahlrecht wie im Bismarckreich gab es 1871 lediglich noch in Griechenland und in Frankreich; natürlich bezweckte Bismarck etwas anderes, nämlich die „Stärkung des konservativen Wählerpotentials“, aber die Wirkung war liberalisierend, demokratisierend, egalisierend, denn in allen anderen Ländern Europas war das Wahlrecht an das Steueraufkommen geknüpft. Die Referenzwerte der Deutschen waren europäisch ausgerichtet: Bismarcks Wahlrecht trug dazu bei, dass sich Deutschland bis 1914 in Teilen zu einem demokratischen Land entwickeln konnte. Dem

50 Manfred Rauh: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

51 Margaret Lavinia Anderson: Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.

52 Vgl. Marcus Kreuze: Und sie parlamentarisierte sich doch. Die Verfassungsordnung des Kaiserreichs in vergleichender Perspektive. In: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, München 2004, S. 17-40; Thomas Kühne: Demokratisierung und Parlamentarisierung. Neue Forschungen zur Entwicklungsfähigkeit Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg. In: Geschichte und Gesellschaft 31 (2005), S. 293-316.

53 Andreas Biefang: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871-1890, Düsseldorf 2009.

deutschen Vorbild folgten andere: Das allgemeine Wahlrecht wurde 1890 in Spanien und 1902 in Italien eingeführt, es folgten Finnland, Norwegen und Schweden. Im vermeintlich liberaldemokratischen „Musterstaat“ Großbritannien hingegen blieben „noch bei den letzten Vorkriegswahlen 1911 schätzungsweise 41 Prozent aller männlichen Erwachsenen ohne Stimmrecht.“⁵⁴

Heinrich August Winkler deutet die Reichsgründung daher als „ein Stück Verwestlichung oder Normalisierung: Die Deutschen unterschieden sich (...) von den Nationalstaaten Westeuropas weniger als zuvor“, auch wenn Bismarcks „Revolution von oben“ nicht die Freiheitsfrage gelöst hatte. Die konstitutionelle Monarchie trug nach Ansicht Winklers allerdings einen „Januskopf“ und war „altertümlich und modern zugleich“. Frank-Lothar Kroll hat jedoch jüngst betont, dass diese Mischform mit ihrem Kompromisscharakter – Anerkennung des Prinzips der Königsherrschaft bei gleichzeitigem parlamentarischem Mitentscheidungsrecht – der „Normalfall europäischer Verfassungsstandards im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ war.⁵⁵ Noch deutlicher drückt es Hans Fenske aus: Die „Ordnung des Staatslebens in konstitutionell-monarchischer Form“ habe dem „Verfassungsverständnis breiter Kreise“ entsprochen und Deutschland sei damit auf dem Weg zur Moderne gewesen; die vor einigen Jahrzehnten aufgestellte These, Deutschland sei eine „pseudokonstitutionelle autoritäre Monarchie“ gewesen, sei daher ein „drastisches Fehlurteil“.⁵⁶

Ähnliches lässt sich über das komplexe Verhältnis von ziviler und militärischer Gewalt sagen. Der reflexartige Verweis auf den preußischen „Militarismus“ hat den Blick dafür verstellt, dass das Militär „auch in anderen Ländern im Zentrum der nationalen Identitätsbildung“ stand und mit dem Blick etwa auf Großbritannien und Frankreich „die Gemeinsamkeiten erkennbar stärker sichtbar als die deutschen Besonderheiten“ sind.⁵⁷ Das Manteuffel-Diktum von Preußen als eines „Militär- und Beamtenstaates“ traf schon seit Mitte des Jahrhunderts nicht mehr zu; stattdessen gab es eine Symbiose des Macht- und Kulturstaates, was sich beispielsweise im bürgerlichen Mäzenatentum abbildete.⁵⁸

In Weiterführung kann man argumentieren, dass die politischen, weltanschaulichen, ideologischen und doktrinären, teilweise stur ausgetragenen Kämpfe zwischen Bismarck und den Liberalen, was beispielsweise in den

54 Frank-Lothar Kroll: *Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg*, Berlin 2013, S. 36.

55 Ebd., S. 11 f. Vgl. Lappenküper/Thiemeyer (Hrsg.): *Europäische Einigung* (wie Anm. 39).

56 Hans Fenske: *Die Einheit verfassen. Auf dem Weg in die Moderne?* in: Mayer (Hrsg.): *Bismarck* (wie Anm. 33), S. 101-148, hier S. 140 f.

57 Andreas Wirsching: *Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/2015, S. 9-15, hier S. 14.

58 Gisela Mettele/Andreas Schulz (Hrsg.): *Preußen als Kulturstaat im 19. Jahrhundert*, Paderborn 2015.

wiederkehrenden heftigen Schlagabtauschen mit Eugen Richter zum Ausdruck kam, etwas in Europa ganz Alltägliches waren: Bedenklich gewesen wäre es eher, wenn sich die Protagonisten nicht heftig über die Ausgestaltung von Staat, Verfassung, Wirtschaft und Sozialleben gestritten hätten und wenn es, daran anschließend, keine öffentlichen Debatten darüber gegeben hätte, wer denn nun Recht hatte. Selbst nach Ansicht Winklers war das Kaiserreich wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich schon zu weit entwickelt, um noch eine klassische Revolution durchlaufen zu können. Es gehörte zu den paradoxen Hypothesen Deutschlands, dass der Staat Bismarcks schließlich in mancher Hinsicht als zu „modern“ im Sinne einer westlichen Demokratie galt. Auch daher gilt die These des vermeintlichen „Sonderwegs“, der bezeichnenderweise von angelsächsischen Historikern wie Richard Evans, Geoff Eley und David Blackbourn schon früh abgelehnt worden war, heute als verfehlt und spielt „keine signifikante Rolle mehr“. ⁵⁹ Es ist sinnvoller, mit Klaus Hildebrand von einem „Eigenweg“ ⁶⁰ zu sprechen, was an und für sich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, wenn diese plausible Ansicht nicht über Jahrzehnte hinweg so hartnäckig bekämpft worden wäre.

Diese Erkenntnisse, die lange Zeit zu wenig beachtet worden sind, haben mit dazu beigetragen, dass die neuere Forschung konstatiert, „dass die Gesellschaft der Bismarckzeit vielseitiger und teils «moderner» war, als es das ältere Bild vom autoritären Obrigkeitsstaat wahrhaben wollte, und dass sie sich in vieler Hinsicht gar nicht so wesentlich von den westeuropäischen Nachbargesellschaften unterschied.“ ⁶¹

Die Möglichkeiten, diesen Prozess zu lenken, waren gering, nicht zuletzt, weil das ebenfalls vergleichsweise fortschrittliche Reichspressegesetz von 1874 allzu offensichtlichen Manipulationen einen Riegel vorschob. Der Regierung kam eher die Rolle eines Gulliver als die eines Cäsars zu. Zug um Zug wurden demokratische Denkweisen und Werte übernommen. Der Liberalismus stand diesen Entwicklungen ambivalent gegenüber, schon deshalb, weil seine Träger „bei den Wählern, bei der Jugend, in der Öffentlichkeit“ abgestraft wurden und zunehmend Schwierigkeiten hatten, eine treue Gefolgschaft von Stammwählern zu finden. Man hatte Erfolge in erster Linie als Antiparteien „gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten oder ge-

59 Wirsching: Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“ (wie Anm. 57), S. 14.

60 Klaus Hildebrand: Der deutsche Eigenweg: Über das Problem der Normalität in der modernen Geschichte Deutschlands und Europas. In: Manfred Funke u. a. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf, 1987, S. 15-34; ders.: Das vergangene Reich (wie Anm. 27), S. 874.

61 Althammer; Das Bismarckreich (wie Anm. 8), S. 11.

gen die Konservativen.“⁶² Auch dies erklärte die zunehmende Aversion gegenüber den „Massen“ und den „Massenparteien“. Die Ablehnung konnte man bequem mit der möglichen Manipulation des Wahlvolkes durch die Regierung begründen, aber ein elitärer Grundzug war nicht zu übersehen. Der Liberalismus in Deutschland erschien von der Tendenz her immer stärker als eine Bewegung, die ihre Privilegien auch dadurch verteidigte, dass Bildung als Voraussetzung des mündigen Bürgers für unverzichtbar deklariert wurde. Wer dem nicht entsprach, genoss ihrer Meinung nach nicht das Privileg politischer Befähigung. Das „auf fortschreitende politische und soziale Emanzipation und Demokratisierung hinzielende gesamtgesellschaftliche Erwartungsmodell des frühen Liberalismus degenerierte im Zeichen der (...) wirtschaftlichen und (...) sozialen Veränderungen im Zuge der industriellen Revolution (...) zur bloßen Klassenideologie.“⁶³

Eberhard Kolb hat in seinem neuen Werk auf das weitgehend Geglückte im Bismarckstaat verwiesen, „das gerade, weil es geglückt ist, oft als selbstverständlich erscheint und nicht in angemessener Weise gewürdigt wird“.⁶⁴ Um Bismarck auf das Normalmaß zurückzuführen und den deutschen Liberalismus in seinen verschiedenen Schattierungen in den europäischen Kontext einordnen zu können, sollte die germanozentrische Nabelschau endgültig überwunden werden. Hierdurch könnte die spezifische Moderne des Bismarck-Staates deutlicher konturiert und der Vergleich mit den anderen europäischen Staaten gesucht werden. Bereits immer wieder ist sondiert worden, ob nicht doch Ähnlichkeiten etwa zwischen Männern wie Gladstone und Bismarck bestanden.⁶⁵

Dies könnte die Forschung ebenso beleben wie die „Schlafwandler“ von Christopher Clark: Ein großer Wurf, nicht nur, aber auch deswegen, weil er nicht mit sensationellen neuen Aktenfunden zur Vorgeschichte der Julikrise aufwartet, sondern unter einer europaweiten Perspektive einen anderen Blick auf die bekannten Quellen wirft und damit neue Sichtweisen und Interpretationen eröffnet. Das wäre für Bismarck und den Liberalismus ähnlich hilfreich: Wie soll man interpretieren, warum Peter Hoeres auf einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung im Jahr 2013 bei dem Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland zum Ergebnis kommt, dass sich die simple Kontrastierung eines liberal-demokratischen Englands auf der einen Seite und eines antiliberal-autokratischen Kaiserreichs auf der anderen Seite nicht

62 Nipperdey: Deutsche Geschichte (wie Anm. 35), S. 521 und 535.

63 Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“ (wie Anm. 13), S. 176.

64 Kolb: Otto von Bismarck (wie Anm. 10), S. 131.

65 Vgl. Paul W. Schroeder: Gladstone as Bismarck. In: Canadian Journal of History 15 (1980), S. 163-195; Thomas Stamm-Kuhlmann: Bismarck und Gladstone, Friedrichsruh 2008.

aufrechterhalten lässt?⁶⁶ Wie ist der Befund von Frank-Lothar Kroll zu erklären, der von einem das gesamte politische System erfassenden „Modernisierungssog“ des Kaiserreiches spricht, so dass schließlich „selbst die staatliche Ordnung, trotz mancher Stagnationsmodelle, einem ganz unverkennbaren Partizipations-, Emanzipations- und Demokratisierungsschub ausgesetzt war“?⁶⁷

Etwas ganz anderes ist es, nach den weitergehenden Folgen dieses Entwicklungsschubes zu fragen. Wenn man die gängigen und immer noch plausiblen Thesen der „halben Hegemonie“ (Ludwig Dehio) des Kaiserreiches ernst nimmt, dann fragt sich, ob nicht gerade die durch Bismarck wie den Liberalismus zum Teil antagonistisch und doch gleichermaßen beförderten – ungewollten und gewollten – Demokratisierungstendenzen den Nachbarstaaten das Kaiserreich sogar noch bedrohlicher erscheinen ließen, als wenn das Reich ein politisch und wirtschaftlich retardierter und schon dadurch domestizierter Staat gewesen wäre. Was nützte, so kann man fragen, die ganze Parlamentarisierung und Modernisierung im westlichen Sinn, wenn dies nur dazu beitrug, das Reich zwar pluraler, aber zugleich auch noch mächtiger und potenter zu machen, so dass es den Nachbarstaaten noch inkompatibler mit der europäischen Mächteordnung erscheinen ließ und die Balance Europas nach Ansicht seiner Nachbarn eher gefährdete als stärkte.⁶⁸ Mit anderen Worten: Hätte sich das grundsätzliche strukturelle Problem, als Machtstaat in der Mitte Europas als Störenfried zu erscheinen, überhaupt in Wohlgefallen aufgelöst, wenn sich das Reich noch weiter liberalisiert hätte?

Der Nationalökonom Eberhard Gothein wollte Bismarck zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mit dem „falschen Glorienschein des Mythos“⁶⁹ umgeben, was angesichts der damaligen Bismarck-Euphorie schon fast einer Majestätsbeleidigung glich. Er formulierte aber auch, dass man mit Bismarck wahrscheinlich „nie fertig“ werde: „Jeder gestaltet sich im Grunde von solchen Naturen eine eigene Biographie.“⁷⁰ Diese vor mehr als 100 Jahren ausgesprochene Erkenntnis gilt auch heute noch. Es ist daher begrüßenswert, dass Bismarck, der Liberalismus seiner Zeit und ihr facettenreiches Mit- und Gegeneinander wieder einmal neu beleuchtet werden, in dem Sinn,

66 Peter Hoeres: Antiliberalismus im „Krieg der Geister“. In: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 135-151.

67 Kroll: Geburt der Moderne (wie Anm. 54), S. 9.

68 Klaus Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 2008³, S. 1.

69 Eberhard Gothein: Bismarck in der inneren Politik, Heidelberg 1905, S. 24.

70 Eberhard Gothein: Bismarcks Jugend. In: Historische Zeitschrift 104 (1910), S. 322-341, hier S. 324. Zu Gotheins Bismarck-Bild siehe Michael Maurer: Eberhard Gothein (1853-1923). Leben und Werk zwischen Kulturgeschichte und Nationalökonomie, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 254-258.

wie Virginia Woolf ganz grundsätzlich festgestellt hat: „There are some stories which have to be retold by each generation.“⁷¹

71 Virginia Woolf: The Essays of Virginia Woolf, Volume IV: 1925 – 1928, hrsg. v. Andrew McNeillie, London 1994, S. 465.

Der Kanzler im Kampf gegen eine liberale Zukunft. Bismarck und Kaiser Friedrich III.

Welche Rolle spielte der preußisch-deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III. im politischen Leben Otto von Bismarcks? In seinem Urteil über die Fähigkeiten des zweiten Hohenzollern-Kaisers war Bismarck jedenfalls alles andere als zimperlich. „Daß Kaiser Friedrichs Liberalismus seiner unglaublichen politischen Schwachköpfigkeit entsprang, muß den Leuten erst noch klar werden“, erklärte er bei einem Tischgespräch wenige Monate nach dessen Tod. Diese von der Baronin Spitzemberg kolportierte Äußerung war keineswegs ein Einzelfall: Im Dezember 1886 hatte sich der Eiserne Kanzler bei Minister Robert Lucius über die „Empfindlichkeit, Präntensionen, unmotivierten Wünsche und Misstrauen aller Art“ des Kronprinzen beklagt und vorher schon dessen Indolenz, Vergnügungslust und Mangel an politischem Verständnis angeprangert. Bismarcks abwertendes Urteil reichte bis in die Reichsgründungszeit zurück, denn schon während des Krieges von 1870/71 hatte er den Kronprinzen als den „dümmste[n] und eitelste[n] Mensch[en]“ bezeichnet.¹

Der Reichskanzler war bei weitem nicht der einzige Zeitgenosse, der dermaßen unverblümt über die politischen Fähigkeiten des preußischen Thronfolgers sprach. Im Oktober 1887 kritisierte etwa der ehemalige Marine-Minister Albrecht von Stosch nach Durchsicht einiger Briefe Friedrich Wilhelms die „Oberflächlichkeit“ und „Wurstigkeit“ des Kronprinzen. Auch der Großherzog von Baden, immerhin der Schwager des Kronprinzen, hielt ihn für zu weich, uninformiert, schwerfällig und rückgratlos. Der liberale badi-sche Minister Franz von Roggenbach erachtete Friedrich Wilhelm als unfähig zu mannhafter Entschlossenheit und prophezeite, er werde als Kaiser seine Zeit mit zeremoniellem Kleinkram vertun. Gustav Freytag erwartete, Friedrich Wilhelm werde sich mit „lustigen Projekten des Hofnippes, Zere-

1 Ich bedanke mich beim britischen „Arts and Humanities Research Council“ für die finanzielle Unterstützung meiner Forschung, auf der dieser Aufsatz beruht. Für die hilfreiche Durchsicht des Manuskripts bin ich zudem Heidi Mehrkens und Hedi Müller verbunden. Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg. Hrsg. v. Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960, S. 257; Robert Freiherr Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen. 4. Aufl. Stuttgart 1921, S. 359 f; Otto von Bismarck: Werke in Auswahl. Bd. 7. Darmstadt 1981, S. 60; Ludwig Bamberger: Bismarcks Großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Hrsg. von Ernst Feder. Frankfurt am Main 1933, S. 243 f.

moniells, Orden usw.“ beschäftigen. All diese vernichtenden Urteile stammten aus Friedrich Wilhelms „Freundeskreis“. Andere urteilten noch harscher. Laut Bismarcks Sohn Herbert waren „maßloser Eigendünkel und vollständigste Urteilslosigkeit“ kennzeichnend für den Kronprinzen. Beim Gedanken an dessen Thronbesteigung habe er „immer das Gefühl, als ob ein unschätzbares Kunstwerk [...] in die Hände eines törichten, eigensinnigen Kindes geraten“ solle. Für den Diplomaten Friedrich von Holstein war Friedrich Wilhelm eine Mischung aus „Schwäche und Kleinigkeit“.²

Es passt zu dieser Geringschätzung, dass dem Kronprinzen keine echte politische Standfestigkeit zugetraut wurde. Deutlicher als viele andere Kritiker Friedrich Wilhelms zweifelte gerade der Reichskanzler an der Ernsthaftigkeit von dessen vielfach kolportierter liberaler Haltung. Aus Bismarcks Sicht stellte der kronprinzliche Liberalismus eben nicht den festen politischen Wesenskern des künftigen Königs dar, sondern war nur modischer Abklatsch, das Resultat von Friedrich Wilhelms überentwickeltem Akklamationsbedürfnis – eben das Ergebnis von dessen „love of approbation“, wie er es 1883 mit einem Seitenhieb auf die britische Gattin des Kronprinzen nicht zufällig auf Englisch formulierte. „Ich weiß es nicht und habe für meine Person Zweifel“, schrieb der Reichskanzler 1879 an den Kaiser mit Bezug auf Gerüchte, dass unter Friedrich Wilhelm dereinst „grundsätzlich liberal regiert werden wird“. Übermäßig besorgt war Bismarck jedenfalls nicht, denn er vermutete, „daß die Richtung, wenn sie eintreten sollte, nicht dauernd sein wird.“ Als er vier Jahre darauf mit dem konservativen Abgeordneten Christoph Cremer über die Folgen des Regierungsantritts des Kronprinzen spekulierte, war der Kanzler ähnlich unaufgeregt: „(D)ann werden alle die liberalen Theorien, mit denen er sich bis dahin ohne Gefahr und Verantwortung beschäftigen konnte, verschwinden, wie Nebel vor der Sonne.“³

Im selben Gespräch verwies Bismarck jedoch auf einen anderen Zug des Thronfolgers, den er für politisch folgenreicher und charakteristischer hielt. „Ich kenne doch so ziemlich alle fürstlichen Personen Europas und darüber hinaus persönlich und einigermaßen genau. Aber ich kenne keinen unter allen, der eine so hohe Auffassung von seinem fürstlichen Berufe hätte, wie

- 2 Winfried Baumgart (Hrsg.): General Albrecht von Stosch. Politische Korrespondenz. München 2014, S. 443; Hermann Oncken (Bearb.): Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik 1854-1871. Bd. 1. Stuttgart 1927, S. 498; Walter Peter Fuchs (Hrsg.): Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871-1907. Bd. 1. Stuttgart 1968, S. 55; Julius Heyderhoff (Hrsg.): Im Ring der Gegner Bismarcks. Leipzig 1943, S. 214; Gustav Freytag: Gustav Freytags Briefe an Albrecht von Stosch. Stuttgart/Berlin 1913, S. 145, 176; Philipp zu Eulenburg-Hertefeld: Aus 50 Jahren. Berlin 1923, S. 180; Friedrich von Holstein: Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Bd. 2. Göttingen 1957, S. 166.
- 3 Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 8. Berlin 1926, S. 492; Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 6 c. Berlin 1935, S. 160; Margaretha von Poschinger: Kaiser Friedrich. In neuer quellenmäßiger Darstellung. Berlin 1899, Bd. 3, S. 321.

unser Kronprinz Friedrich Wilhelm.“ Wenn Friedrich Wilhelm erst einmal auf dem Thron sei, werde „es Mühe kosten, ihn von den extremsten Schritten zur Behauptung seines Standpunktes zurückzuhalten.“ Denn der Kronprinz habe „in seiner Natur alle Anlagen, von der Gewalt den umfassendsten Gebrauch zu machen.“ Noch Jahrzehnte nach einer Konfrontation mit Friedrich Wilhelm behauptete Bismarck, dass er sich noch lebhaft an dessen „feindlichen Ausdruck olympischer Hoheit“ erinnern könne. Auch mit dieser Einschätzung stand der Reichskanzler keineswegs allein. Der Kronprinz sei überzeugt, dass „das monarchische Prinzip ein notwendiger Faktor für unsere Existenz“ sei, erinnerte sich dessen Bibliothekar Robert Dohme, „und deswegen wollte er es kräftig und autoritär“. Auch der preußische Diplomat Philipp von Eulenburg, der Friedrich Wilhelm regelmäßig bei dessen Besuchen in Bayern traf, staunte über die „Wucht des imperialistischen Gefühls“, das sich im Kronprinzen angestaut habe.⁴

Es war diese Tendenz des Kronprinzen, seinen monarchischen Machtanspruch mitunter überdeutlich zu betonen, die der zweiten Grundüberlegung Bismarcks im Hinblick auf Friedrich Wilhelm ihre besondere Brisanz verlieh. Denn völlig unabhängig von all seinen – tatsächlichen oder angedichteten – individuellen und charakterlichen Schwächen war der Thronfolger, qua seiner Stellung in der Erbfolge, unweigerlich eine politische Zentralfigur. Niemand, der in Preußen-Deutschland künftig Politik betreiben wollte, konnte ihn ignorieren: am wenigsten der vom Monarchen ernannte und im Amt gestützte Reichskanzler. Denn die Thronbesteigung eines neuen Regenten, beeinflusst von einer starken anti-bismarckischen Partei und entschlossen, seinen Herrschaftsanspruch durchzusetzen, würde das politische Ende des Reichskanzlers bedeuten.

Diese für Bismarck unangenehme und widersprüchliche Kombination von geringschätziger Distanz zu und gleichzeitiger Abhängigkeit von Friedrich Wilhelm drückte sich in einer Passage aus, die man in den Memoiren des Reichskanzlers findet. „Kaiser Friedrich, der Sohn des Monarchen, den ich *in specie* als meinen Herrn bezeichne“, heißt es dort mit gedrechselter Steifheit. Diese Formulierung verweist auf den dynastischen Kern der politischen Bedeutung des Kronprinzen. Wer im Rahmen des monarchischen Konstitutionalismus in Preußen und im Deutschen Reich die Krone trug, war per se bedeutsam – selbst wenn er schwach war. Niemand wusste dies besser als Bismarck, der dieses politische System jahrelang verteidigt und manipuliert hatte. „Die Stellung des Königs von Preußen ist Gott sei Dank eine so starke, daß die Individualität des Monarchen sich jedes Mal nicht bloß geltend ma-

4 Ebd.; Otto von Bismarck: Werke in Auswahl, Bd. 8/Teil A („Erinnerung und Gedanke“), Darmstadt 1975, S. 252 f.; Robert Dohme: Erinnerungen an Kaiser Friedrich. In: Deutsche Revue 47 (1922), Nr. 1, S. 128; Eulenburg-Hertefeld: Aus 50 Jahren (wie Anm. 2) S. 178.

chen wird, sondern auch Geltung verschaffen muß“, erklärte der Kanzler 1883. „Jeder unserer regierenden Herren hat von jeher darauf gehalten, sofort bei der Thronbesteigung zu erkennen zu geben, daß er nunmehr die Zügel der Regierung ergriffen hat, daß eben ein neues Regiment eingetreten ist.“⁵ Zeit seines politischen Lebens war es daher für Bismarck unvermeidlich, den Thronfolger in sein politisches Kalkül miteinzubeziehen..

Jede politische Partei musste ein Interesse daran haben, sich in der Öffentlichkeit mit dem Wohlwollen des allseits beliebten Kronprinzen brüsten zu können. Dies bedeutete, dass Friedrich Wilhelm sich häufig mit mehr oder weniger willkommenen Versuchen konfrontiert sah, ihn für bestimmte politische Zwecke einzuspannen. Die dabei angewandten Methoden reichten von sanfter Überredung bis hin zu heftigem Werben. Im Februar 1884 verglich der badische Liberale und ehemalige Minister Franz von Roggenbach die Versuche der Parteien, „den künftigen Regenten in ihre Garne“ einzufangen, mit einem großen „Ringkampf“.⁶ Aus der Sicht des Reichskanzlers barg diese Auseinandersetzung eine Reihe von Faktoren, die der Thronfolge Friedrich Wilhelms eine gefährliche Brisanz verliehen: die unverändert große Bedeutung der Person des Regenten im konstitutionellen System der Monarchie in Preußen und im Reich, die an „Schwachköpfigkeit“ grenzende politische Labilität des künftigen Monarchen und die dezidierten Bemühungen der politischen Gegner Bismarcks, sich gerade diese Kombination zunutze zu machen.

Denn die zentrale Strategie der sogenannten Kronprinzenpartei, einer linksliberal orientierten Gruppierung, bestand gerade darin, sich seit Ende der 1870er Jahre anzuschicken, aus dem als unmittelbar bevorstehend erwarteten Thronwechsel politisches Kapital zu schlagen. Im August 1883 druckte „Der Sozialdemokrat“, das illegal vertriebene Wochenblatt der Sozialdemokraten, eine scharfe Analyse dessen, was es „liberale Zukunftspolitik“ nannte. Dieser Plan beruhe auf zwei Annahmen, erklärte die Zeitung: auf der Erwartung, dass der sechsendachtzigjährige Kaiser bald sterben werde, und auf der „Mythe vom ‚liberalen Kronprinzen‘“. Diese „uralte Mythe, die seit Jahrhunderten die geduldigen Völker in Ruhe hält und die, obgleich in jedem Fall bisher ausnahmslos der Hoffnung die Enttäuschung gefolgt ist, doch auch heute noch von Millionen geglaubt wird“, sei nicht allein durch ihr hohes Alter sakrosankt. Im Falle des deutschen Kronprinzen werde sie auch durch Friedrich Wilhelms bekannte Antipathie gegen Bismarck gespeist. Diese Animosität hänge auch mit dem dünnen liberalen Firnis zusammen, den seine herrische Gattin ihm aufgestrichen habe. Bis zurück in die Zeiten

5 Bismarck: Erinnerung (wie Anm. 4), S. 247; Poschinger: Kaiser Friedrich. Bd. 3 (wie Anm. 3), S. 320.

6 Heyderhoff (Hrsg.): Ring (wie Anm. 2), S. 225.

des preußischen Verfassungskonflikts klopften die Liberalen nun Friedrich Wilhelms Leben nach Anekdoten ab, die angeblich seine Opposition gegenüber Bismarck belegen sollten. Ironisch bot „Der Sozialdemokrat“ an, Dutzende weiterer solcher Geschichten zu liefern, bezweifelte aber, dass die Pläne der Liberalen durchführbar seien. Die Ansichten des „liberalen Kronprinzen“ seien zu harmlos, schloss die Zeitung, und die „Zukunftspolitik“ stehe „auf sehr, sehr wackliger Grundlage“.⁷

Als dieser Artikel erschien, kursierten in der politischen Szene bereits seit einiger Zeit Gerüchte über die Bildung einer Kronprinzenpartei und über selbsternannte liberale „Zukunftsminister“, die darauf trachteten, den Kanzler mit Hilfe des neuen Monarchen auszuhebeln. Da König Wilhelm schon vierundsechzig Jahre alt war, als er 1861 gekrönt wurde, hatten die Absichten seines Nachfolgers schon früh Anlass zu Gerede gegeben. Zwei Jahrzehnte später war dies nun unüberhörbar. Die Thronfolgekonstellation wurde für Bismarck allerdings erst gegen Ende der 1870er Jahre politisch akut. Vorher war sie entweder durch einen erwartungsgemäß noch in weiter Ferne liegenden Thronwechsel entschärft – wie etwa während der Auseinandersetzung zwischen Bismarck und dem Kronprinzen im Jahr 1863. Oder sie war, wie in den Jahren 1867-1877, durch eine breite Übereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und dem Großteil des deutschen Liberalismus auf dem Gebiet der nationalen Einigungspolitik überlagert.

Für diese Untersuchung des Verhältnisses zwischen Bismarck und dem „liberalen Kronprinzen“ Friedrich Wilhelm sollen daher drei spätere Abschnitte konkreter betrachtet werden: (I) die Jahre vom Ende der sogenannten Liberalen Ära bis zu den Kartellwahlen (1878-1887), (II) das Jahr zwischen der Krebsdiagnose Friedrich Wilhelms bis zu seinem Tod (1887-1888) und (III) die Zeitspanne vom Tod des Kaisers Friedrich bis zu Bismarcks Rücktritt (1888-1890).

Gegen die „liberale Zukunftspolitik“ (1878-1887)

Bismarcks Entscheidung, seine Zusammenarbeit mit der Nationalliberalen Partei 1878 zu beenden, hatte den Reichskanzler bald in eine schwierige innenpolitische Krise gebracht. Nach den Reichstagswahlen im Oktober 1881 sollte sie sich beinahe bis zur Hoffnungslosigkeit vertiefen. Im neugewählten Parlament standen einem potentiell Bismarck-freundlichen Lager aus 125 Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen nun 272 oppositionelle Abgeordnete des Zentrums, der Sezessionisten, der Fortschrittspartei, der polnischen Minderheit sowie der Sozialdemokraten gegenüber. Schon

7 Der Sozialdemokrat v. 2. August 1883.

bald kam die Reichsleitung mit ihrer Politik im Reichstag nicht mehr weiter. „Wir ziehen nun die Bilanz unserer parlamentarischen Taktik und erleiden Niederlage auf Niederlage“, bemerkte der freikonservative Landwirtschaftsminister Robert Lucius (von Ballhausen) im Mai 1883.⁸

Nach Dafürhalten des Kanzlers war die Parlamentskrise mit der Frage der Thronfolge verzahnt. Die entscheidende Rolle dabei spielte die sogenannte Kronprinzenpartei, eine Gruppierung profilierter linksliberaler Politiker, der links-nationalliberale Abgeordnete wie Eduard Lasker, Heinrich Rickert, Maximilian von Forckenbeck, Ludwig Bamberger, Georg von Bunsen und Franz Schenk von Stauffenberg (später auch Karl Schrader) sowie auch Mitglieder der Fortschrittspartei wie Albert Hänel oder Rudolf Virchow angehörten. Im August 1880 hatte sich der linke Flügel der Nationalliberalen unter dem Namen „Liberale Vereinigung“ von der Partei abgespalten und bildete fortan eine eigene Fraktion. Das wichtigste strategische Ziel dieser allgemein als Sezessionisten bezeichneten Partei war bereits im Vorjahr publik gemacht worden. Im Mai 1879 forderte Forckenbeck, Oberbürgermeister von Berlin, das deutsche Bürgertum öffentlich auf, eine einzige große und umfassende Partei zu gründen, die sich durch ihr Eintreten für liberale Prinzipien definieren sollte. Das im Sommer 1880 veröffentlichte Manifest der Sezessionisten schlug just in dieselbe Kerbe. Die Verteidigung „unserer nicht leicht errungenen politischen Freiheiten“ sei „die gemeinsame Aufgabe der gesamten liberalen Partei“. Die Bemühungen um eine Vereinigung der Liberalen gewannen weiter an Tempo, als die Sezessionisten und die noch dezidiert linksliberal orientierte Fortschrittspartei bei den Reichstagswahlen von 1881 hervorragende Ergebnisse erzielten.⁹

Bismarck waren diese Pläne durchaus bekannt. Bereits im Juli 1879 hatte er das Augenmerk des Kaisers auf die kleine „Anzahl der Zukunftsminister“ gelenkt, „welche von der Annahme ausgehen, daß S. Kais. Hoh. der Kronprinz, wenn Gott ihn zur Regierung beruft, ein liberales Ministerium ernennen werde“. Diese „Zukunftsrechnungen“, ergänzte der Kanzler einige Tage später, würden aktiv von Männern wie Forckenbeck, Rickert oder Hänel verbreitet. Er glaube, dass derartige Gerüchte florierten, weil es verschiedene Verbindungen zum Haushalt des Kronprinzen gebe. Bei einer Ministerkonferenz im Januar 1881 stellte er fest, dass dieselben Abgeordneten, welche gegenwärtig seinen Vorschlag eines staatlichen Tabakmonopols ablehnten,

8 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1990, S. 646.

9 James J. Sheehan: German Liberalism in the Nineteenth Century. Chicago/London 1978, S. 186-215; Urs Müller-Plantenberg: Der Freisinn nach Bismarcks Sturz. Phil. Diss., Freie Universität Berlin. Berlin 1970, S. 33-38; Gustav Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893. Berlin 1965, S. 110-128; Gall: Bismarck (wie Anm. 8), S. 644ff.; Wilhelm Mommsen (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. München 1964, S. 157.

auch „nach dem Ministerium unter dem Kronprinzen schielten“. Im Mai 1882 erneuerte er diese Warnung an seine Ministerkollegen: Wir „müssen uns gegenwärtig halten, daß die Opposition von Saison zu Saison auf einen Thronwechsel und auf Beseitigung der jetzigen Regierung rechnet.“ Gelegentlich nahmen diese Befürchtungen nahezu apokalyptische Ausmaße an. „Ich sage dies ohne Bitterkeit und ganz ruhig“, erklärte Bismarck im Dezember 1883, „ich sehe schwarz für Deutschlands Zukunft. Wenn die ‚Forchow und Wirckenbeck‘ [= Virchow und Forckenbeck, FLM] ans Ruder kommen und von oben her protegirt werden, so fällt alles wieder auseinander.“¹⁰

Solche Äußerungen mögen fatalistisch klingen, doch der Reichskanzler beschränkte sich keineswegs darauf, der „liberalen Zukunftspolitik“ tatenlos zuzusehen. Vielmehr begann er eine vielschichtige und rücksichtslose Kampagne zur Bekämpfung dieses Versuchs, mithilfe der kronprinzlichen Protektion „von oben“ einen systemverändernden Thronwechsel vorzubereiten. Bismarcks Strategie entfaltete sich auf zwei Ebenen: Zunächst ging es ihm um die „Entliberalisierung“ des Kronprinzen, um seine Abschottung von liberalen Einflüssen und stärkere Anbindung an den Kanzler. Sodann bemühte sich Bismarck um eine Umgestaltung des parteipolitisch organisierten Liberalismus im Hinblick auf den kommenden Thronwechsel: um die Wiederherstellung einer moderat liberalen, Bismarck-affinen Partei und die Schwächung des Linksliberalismus. In den Jahren zwischen 1881 und 1887 sollte es dem Kanzler gelingen, diese beiden Ziele zu erreichen.

Unmittelbar in den engeren Lebensbereich des Thronfolgers hinein reichten Bismarcks Anstrengungen, die Umgebung Friedrich Wilhelms von liberalen – oder auch nur vermeintlich liberalen – Einflüssen zu säubern. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Gruppe von Hofbeamten und Vertrauten, die den Kronprinzen umgaben, komplett verändert. „Stosch, Eulenburg, Mischke, Normann weg – eine sehr große Verbesserung der politischen Lage“, fasste Friedrich von Holstein die Ergebnisse dieser Bemühungen im Mai 1884 selbstzufrieden zusammen. Der Kammerherr des Kronprinzen, August Graf zu Eulenburg, der angeblich Misstrauen zwischen Bismarck und Friedrich Wilhelm gesät hatte, musste als Erster gehen. Er fiel einem Komplott zum Opfer. Die Freude über Eulenburgs Abgang im Jahr 1882 endete jedoch, als dieser durch Karl von Normann ersetzt wurde. Von diesem wurde nämlich geflüstert, er sei Bismarck gegenüber feindselig eingestellt und stünde Forckenbeck, Bamberger und Virchow nahe. Die Stelle, die durch Normanns Beförderung frei wurde, erhielt der konservative Offizier Gustav von Sommerfeld. Nach Jahren der Anfeindung und öffentlichen Desavouierung durch

10 Otto von Bismarck: Werke in Auswahl. Bd. 6. Darmstadt 1976, S. 320; Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 8 (wie Anm. 3), S. 394; Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 193, S. 209; Bismarck: Die gesammelten Werke. 6c (wie Anm. 3), S. 254; Tagebuch Spitzemberg (wie Anm. 1), S. 202.

den Kanzler reichte im März 1883 der Marineminister Albrecht von Stosch seinen Rücktritt ein. Seit den 1860er Jahren ein Vertrauter des Kronprinzen stand der Minister im Ruf, ein gutes Arbeitsverhältnis zu verschiedenen Reichstagsfraktionen zu unterhalten, und wurde daher von Bismarck verdächtigt, mit den Liberalen zu liebäugeln.¹¹

Im Februar 1884 wurde dann Friedrich Wilhelms Adjutant Albert von Mischke, der mit Normann befreundet war, durch gezielte Flüsterpropaganda von seinem Posten vertrieben. Der zunehmend isolierte Normann konnte sich nur noch bis zum Mai 1884 halten, bevor auch er gehen musste. Laut Holsteins Diagnose war es die Hybris des Kammerherrn, die seinen Fall verursachte: „Als Normann aber die große demokratische Partei hinter sich sah, schwoll ihm der Kamm, und er wollte die Beherrschung des Kronprinzen nicht mehr mit der Prinzeß teilen“, erklärte er. Dies machte es Bismarcks Gefolgsleuten leicht, Friedrich Wilhelms Gattin gegen Normann aufzubringen. Den Diplomaten Hugo Graf von Radolinski, den der Kaiser zu Normanns Nachfolger ernannte, hatte Bismarck zuvor auf Herz und Nieren geprüft. Für dessen Bereitschaft, „in die Schweinewirtschaft hineinzugehen“, war der Kanzler Radolinski so dankbar, dass er ihm einen ausgezeichneten diplomatischen Posten im Anschluss an diese Aufgabe versprach – selbst wenn er dafür jemanden umbringen müsse. Der Wachwechsel beim Kronprinzen blieb nicht unbemerkt. Die neuen Leute seien konservativ, bemerkte der freisinnige Politiker Karl Schrader im August 1884, „und scheinen es für ihre Aufgabe zu halten, ihre Herrschaften von liberalem Einflusse zu befreien“.¹²

Neben der Peitsche der Isolierung verwandte Bismarck auch das Zuckerbrot des schmeichelhaften Angebots, um Friedrich Wilhelm an sich zu binden. Im Herbst 1883 organisierte er beispielsweise einen interessanten und abwechslungsreichen Staatsbesuch, der den Kronprinzen über Italien nach Spanien führte und ihm einen glanzvollen und mühelosen Auftritt auf der Bühne der internationalen Politik ermöglichte. Es war kein Geheimnis, dass der Kanzler den Kronprinzen mit dieser Reise becirchen wollte. Holsteins Tagebucheintragungen zeigen, dass Bismarck ein Zeichen der Dankbarkeit dafür erwartete, dem Kronprinzen „zu einer ungemein interessanten Reise, zu einer Triumph-Fahrt durch Spanien und Italien verholfen“ zu haben. Am 29. November 1883, vierzehn Tage nachdem Friedrich Wilhelm seine vierwöchige, sorgenfreie und letztlich ergebnislose Fahrt angetreten hatte, machte sich Bismarck in einer privaten Unterhaltung über das Liebesbedürfnis des

11 Holstein: Papiere, Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 49, 158, 160ff.; Norman Rich: Friedrich von Holstein: Politics and Diplomacy in the Era of Bismarck and Wilhelm II. Bd. 1. Cambridge 1965, S. 130-140; Frank Lorenz Müller: Der 99-Tage-Kaiser. München 2013, S. 239ff.

12 Paul Wentzcke und Julius Heyderhoff (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Bd. 2, Bonn 1926, S. 417.

Kronprinzen lustig. Friedrich Wilhelm genieße es eben, einen guten Eindruck zu hinterlassen, und „namentlich den kleinen Azteken gegenüber“ möge er sich imposant ausgenommen haben.¹³

Friedrich Wilhelm hatte seine Koffer kaum ausgepackt, da ging Bismarcks Charme-Offensive bereits weiter. Am 12. April 1884 besuchte der Kanzler den Kronprinzen und trug ihm aus heiterem Himmel an, den Vorsitz des Preußischen Staatsrats zu übernehmen. Der Thronfolger willigte sofort ein, obwohl zu dieser Zeit schwerlich klar sein konnte, was damit eigentlich bezweckt oder beinhaltet war. Das Gremium – eine Versammlung von Beamten und Honoratioren, der die Prüfung von Gesetzesvorlagen oblag – war 1817 eingesetzt worden, hatte aber seit der Einführung eines preußischen Parlaments 1848 keine echte Funktion mehr. Zwar war der Staatsrat nie formal abgeschafft worden, aber 1884 lag sein letztes Zusammentreten mehr als zwei Jahrzehnte zurück. Bismarcks plötzlicher und eiliger Entschluss, dieses Organ aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken, stieß auf allgemeine Verwunderung und – in Ministerkreisen – auf Skepsis. Der Reichskanzler war jedoch nicht zu stoppen, und schon am 25. Oktober 1884 eröffnete Friedrich Wilhelm die erste Sitzung des Staatsrats. Hellsichtige Beobachter erkannten sehr wohl, dass auch diese Aktion im Zusammenhang mit der Bekämpfung linksliberaler Zukunftspläne stand. Johannes Miquel, der Führer der Nationalliberalen, stimmte dem Vorhaben aus just diesem Grund zu. Er sehe den Staatsrat als „Fesselung des Kronprinzen, [...] dessen weit nach links schweifenden Zukunftsgedanken“ er nichts abgewinnen konnte.¹⁴

Der Plan schien aufzugehen. Im Juni 1884 notierte Minister Lucius in seinem Tagebuch: „Seitdem der Kronprinz den Vorsitz des Staatsrats übernommen hat, sollen die Fortschrittler etwas verschnupft sein, während Bismarcks Stellung zum Kronprinzen eine offenbar intimere geworden ist.“ Der Kanzler hatte, um dem Kronprinzen zu schmeicheln, die erste Staatsratssitzung am 18. Oktober 1884 stattfinden lassen, „wegen der historischen Bedeutung, die dieser Tag gerade als Geburtstag Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen hat“. Aus irgendeinem Grunde hatte sich dies nicht einrichten lassen, aber der Sitzung erst am 25. Oktober 1884 vorzustehen, schien Friedrich Wilhelms Vergnügen keineswegs zu schmälern. Er präsierte über eine erlauchte Gesellschaft aus Ministern, Beamten, Parlamentariern, hochrangigen Offizieren, Gelehrten und Industriellen. Die Staatsratsmitglieder waren in ihrer überwältigenden Mehrheit konservativ, aber eine Handvoll prominenter Nationalliberaler war klugerweise ebenfalls berufen worden. Bei einem Dinner im Oktober 1884 erzählte der Industrielle Louis Baare, ein Staatsratsmit-

13 Müller: Der 99-Tage-Kaiser (wie Anm. 11), S. 242ff.

14 Axel T. G. Riehl: Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883-1885. Berlin 1993, S. 352-383; Baumgart (Hrsg.): Stosch (wie Anm. 2), S. 276.

glied, Friedrich Wilhelm, wie froh er sei, dass dieser den Vorsitz angenommen habe: „Deshalb hat's mich gefreut, weil E[ure]K[aiserliche]H[oheit] nun doch mit Forckenbeck und Konsorten gebrochen haben.“¹⁵

Zur Vertiefung eben dieses Bruches zwischen Friedrich Wilhelm und der sogenannten Kronprinzenpartei trug auch – und sicher keineswegs zufällig – die von Bismarck 1884 plötzlich forcierte und öffentlichkeitswirksam hochgepeitschte Kolonialpolitik bei. Denn die geradezu dogmatische Ablehnung, mit der die Linksliberalen dem Gedanken imperialer Expansion entgegneten, teilte der Thronfolger sicher nicht. Schon 1880 hatte er das Votum des Reichstags gegen die Unterstützung des deutschen Überseehandels kritisiert und stattdessen „eine active Handels- und Kolonialpolitik“ befürwortet. 1884 wurde er dann laut Berichten des britischen Botschafters in Berlin von der allgemeinen Kolonialbegeisterung mitgerissen, die damals durch das Land schwappte.¹⁶

In der Kolonialpolitik zeigt sich, wie eng die beiden Aktionsebenen des Kanzlers in der Thronfolgefrage miteinander verbunden waren. Denn durch die Befürwortung imperialer Expansion trennte er nicht nur den Kronprinzen von den Linksliberalen und band ihn enger an seine Politik, Bismarck benutzte diese Maßnahme auch, um die liberale Parteienlandschaft in seinem Sinne umzugestalten. Sie gab ihm nämlich ein Mittel an die Hand, um zum einen den inzwischen zur Deutsch-Freisinnigen Partei vereinigten Sezessionisten und Fortschrittler zu schaden und zum anderen die ihm zunehmend gefügige Nationalliberale Partei zu stärken. Durch den Entschluss zugunsten des besonders von ihr geforderten Kolonialerwerbs bot Bismarck der Nationalliberalen Partei ein überaus attraktives Pfund an, mit dem die Partei wahlwirksam wuchern konnte. In seiner Reichstagsrede am 1. Dezember 1884 machte Bismarck allerdings deutlich, dass dieses Geschenk nicht umsonst zu haben war, sondern mit parlamentarischer Disziplin entlohnt werden musste. „Um eine überseeische Politik mit Erfolg treiben zu können, muss jede Regierung in ihrem Parlament [...] eine in nationalem Sinne geschlossene Majorität [...] hinter sich haben.“¹⁷

„Die ganze Kolonialgeschichte ist ja Schwindel“, hatte Bismarck schon vor der Reichstagswahl im Oktober 1884 eingeräumt, „aber wir brauchen sie für die Wahlen.“¹⁸ Sein Kalkül ging auf. Als das neugewählte Parlament am 20. November 1884 zusammentrat, war die Zahl der anti-kolonialen linksli-

15 Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 298; Riehl: Tanz (wie Anm. 14), S. 128; Holstein: Papiere, Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 178 f.

16 Winfried Baumgart (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866-1888. Paderborn 2012, S. 355; Karina Urbach: Bismarck's Favourite Englishman. Lord Odo Russell's Mission to Berlin. London 1999, S. 202.

17 Stenographische Berichte (Reichstag). 6. Legislaturperiode. I. Session. Bd. 1. Berlin 1885, S. 142.

18 Holstein: Papiere Bd. 2 (wie Anm. 2), 174.

beralen Abgeordneten um 41 geschrumpft, während die Reihen der Kolonialbefürworter – Deutschkonservative und Nationalliberale – um 27 Sitze angewachsen waren. Dass gerade die Nationalliberale Partei, nach ihren herben Verlusten bei den Wahlen von 1881, sowohl Stimmen wie auch Sitze hinzugewinnen konnte und nun genauso stark war wie die im Freisinn vereinten Sezessionisten und Fortschrittler, mag für den Reichskanzler besonders erfreulich gewesen sein. Denn parallel zur Zerstörung der als Gladstone-Partei und Kolonialfeinde beschimpften Linksliberalen verfolgte Bismarck das Ziel, sich mit einer geläuterten, moderaten Nationalliberalen Partei eine neue parlamentarische Stütze heranzuziehen. Mit deren Hilfe hoffte er, den Thronfolger zu gewinnen und die Thronfolge einzuhegen, indem er ihr das Potential zur Systemveränderung entzog. Bereits 1879 hatte Bismarck darin den Schlüssel zur Lösung seiner politischen Probleme erkannt. Wenn die Nationalliberale Partei erst einmal ihre gefährlichen Elemente losgeworden war, eben jene „Fortschrittler unter nationalliberaler Maske, die Leute des Städtetages und der ‚großen‘ liberalen Partei, mit anderen Worten, die Republikaner“, so der Kanzler, dann könne man mit dem „ehrliehen Theil der Nationalliberalen“ gedeihlich zusammenarbeiten.¹⁹

Folgerichtig begann Bismarck daher nach der Abspaltung der Sezessionisten im August 1880 ein beharrliches Werben um die nationalliberale Rumpfpartei. Wenn diese die linksliberalen Sirenengesänge zur Bildung einer liberalen Gesamtpartei miede, so könnte sie eine machtvolle Allianz mit den gemäßigten Konservativen eingehen, ließ der Kanzler den Parteivor-sitzenden Bennigsen im September 1880 wissen. Für diesen Fall bot er ihm sogar ein indirektes parlamentarisches Veto bei Gesetzesinitiativen an. Mit der „Heidelberger Erklärung“ einer Gruppe führender Parteivertreter vom 23. März 1884 nahm der Schwenk der Partei in Richtung auf das Regierungslager feste Formen an. Diese Strategie wurde nicht nur vom Wähler honoriert – die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten wuchs von 47 im Jahr 1881 auf 51 bei den Wahlen von 1884 und auf 99 drei Jahre später –, auch der Kronprinz war mit von der Partie. Bei einem Treffen mit Bismarck einige Wochen nach der Heidelberger Erklärung hatte Friedrich Wilhelm den Kanzler wissen lassen, dass er beabsichtige, dereinst Miquel und Bennigsen zu Ministern zu ernennen. Im Juni 1884 reflektierte er in einem Tagebucheintrag über die jüngsten programmatischen Veränderungen der Nationalliberalen. Seine Zusammenfassung fiel im Großen und Ganzen positiv aus und beschrieb deren Absichten recht pragmatisch: „Fraktionswirthschaft, Parteiterrorismus u. grundsätzl. Feindseligkeit gegen die Reichspolitik solle im Parlaments-Leben unterdrückt werden. Eine maßvolle Mittelparthei solle ohne Parthei Rücksichten der Reichs Regierung behülflich sein.“ Da auch

19 Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke, Bd. 14/2. Berlin 1933, S. 910.

der Entschluss des Kronprinzen, Bismarck künftig im Amt zu behalten, zu diesem Zeitpunkt schon fest stand, konnte der Kanzler mit den sogenannten Kartellwahlen des Jahres 1887 eine reiche politische Ernte in die Scheuer fahren. Zum ersten Mal nach Jahren verfügte Bismarck wieder über eine Parlamentsmehrheit. „Der Kronprinz ist jetzt aller Verlegenheit enthoben“, kommentierte der führende Linksliberale Ludwig Bamberger den Wahlausgang, der das Scheitern der „liberalen Zukunftspolitik“ besiegelte. „Er wird tun, was Bismarck will.“²⁰

Bismarck und der „Edle Dulder“ (1887-1888)

Im Mai 1887 untersuchte der Berliner Arzt Ernst von Bergmann den seit Wochen an Heiserkeit laborierenden Kronprinzen und diagnostizierte Kehlkopfkrebs. Obwohl sich Bergmann von einem chirurgischen Eingriff die Rettung des hohen Patienten erhoffte, war dieser Befund niederschmetternd. Bismarcks emotionale Reaktion auf den Verlauf der Dinge verblüffte dennoch selbst seine eigene Familie. Im Mai 1887 fragte sich sein Sohn Wilhelm, warum sein Vater in Bezug auf Friedrich Wilhelms Zustand derartigen Stimmungsschwankungen unterliege. Philipp von Eulenburg bemerkte konsterniert, dass der Kanzler geweint habe, als er von der Schwere der Krankheit erfuhr. Der Diplomat vermutete, dass Bismarcks bittere Enttäuschung über die politischen Konsequenzen von Friedrich Wilhelms tödlicher Krankheit dabei eine Rolle gespielt habe. Bismarck hatte jahrelang daran gearbeitet, die liberal-konservative Konstellation herbeizuführen, die es ihm erlaubte, auch unter dem neuen Kaiser und seiner Gemahlin weiter zu regieren, und nun machte das Schicksal den Sinn und Zweck all dieser Bemühungen auf einen Schlag zunichte. Die Nachricht, dass der Kronprinz dem Tode geweiht sei, erreichte den Kanzler nur wenige Wochen nachdem er endlich das Netz um den zukünftigen Herrscher zugezogen hatte.²¹

Aus der Nachricht von der tödlichen Erkrankung des Kronprinzen ergab sich nun für Bismarck plötzlich eine veränderte politische Problemstellung: Nachdem er über Jahre die aller Voraussicht nach lange Regentschaft Friedrich Wilhelms sorgfältig vorbereitet hatte, musste sich der Kanzler nun in großer Hast auf die Thronbesteigung des Prinzen Wilhelm einstellen. Während Ersterer aus Sicht Bismarcks eher dazu neigte, gefährlichen Einflüsterungen von links nachzugeben, war Letzterer in den Dunstkreis rechts ste-

20 Holstein: Papiere. Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 121 f; Baumgart: Tagebücher (wie Anm. 16), S. 457; Wentzcke (Hrsg.): Liberalismus (wie Anm. 12), S. 429.

21 Friedrich von Holstein: Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Bd. 3. Göttingen 1961, S. 192; Eulenburg: Aus 50 Jahren (wie Anm. 4), S. 140.

hender, Bismarck-kritischer Figuren – wie etwa des Generalstaboffiziers Alfred von Waldersee oder des antisemitisch agitierenden Hofpredigers Adolf Stoecker – geraten.²² Den künftigen Kaiser wieder fest an den alten Kanzler zu binden, war demnach eine politische Überlebensfrage für Bismarck – zumal Waldersee hochfliegende politische Ambitionen nachgesagt wurden. Darüber hinaus aber musste auch die Abwehr der linksliberalen Initiative unvermindert weitergehen.

Allen Rückschlägen zum Trotz und im Bewusstsein, dass Friedrich Wilhelm keineswegs so fest zu ihnen stand, wie sie es insinuierten, ließen die Vertreter der Kronprinzenpartei nämlich nicht von dem Versuch ab, aus dem Thronwechsel politischen Profit zu schlagen. Vielmehr bemühten sie sich, das Mitgefühl, das die schwere Erkrankung des Kronprinzen überall erregte, und später auch die Ehrfurcht vor dem „Edlen Dulder“ auf dem Kaiserthron nach Kräften für ihre Zwecke auszunutzen. Schon in den Monaten des Siechtums, die Friedrich Wilhelms Thronbesteigung im März 1888 vorausgingen, war die Berichterstattung einem parteipolitischen Muster gefolgt. Im Januar 1888 attackierte der linksliberale „Reichsfreund“ den konservativen „Sonntagsfreund“, weil dieser den Kronprinzen bereits als todgeweiht abschreibe und seinen Sohn als den nächsten Monarchen hofiere. In der Folge brachte das Blatt dann mehrere optimistische Berichte über den sich angeblich verbessernden Gesundheitszustand Friedrich Wilhelms. Für die Gegner der Liberalen waren solche Behauptungen nichts anderes als „freche Lüge über das Befinden des Kronprinzen“, wie Holstein verbittert in seinem Tagebuch notierte. Ihr Zweck sei es, „zu verhindern, daß der Kronprinz etwa veranlaßt werde, als regierungsunfähig auf die Krone zu verzichten.“²³

Dazu kam es nicht, und der kranke Kaiser Friedrich III. traf am 11. März 1888 aus San Remo kommend in Berlin-Charlottenburg ein. Die freisinnige Presse brannte nun ein Freudenfeuer ab, als wäre ihr Plan einer liberalen Systemveränderung „von oben“ komplett aufgegangen. Die „Vossische Zeitung“ verwies darauf, dass der neue Kaiser sich nach seinem großen Ahnherrn Friedrich genannt hatte, der ein „Schirmherr der Freiheit“ war und lobte die öffentlichen Erklärungen des neuen Herrschers als die „Sprache eines Fürsten, der die Überlieferungen des alten Polizeistaats abgestreift hat“. Die „Berliner Zeitung“ erkannte in Friedrichs Worten eine „streng liberale Stellungnahme“. Ein „entschiedeneres Eintreten für die Freiheit, die Rechte des Volkes zugleich mit den Rechten der Krone“, so befand Arnold Perls, der linksliberale Herausgeber der „Berliner Zeitung“, wäre von „keinem Fürsten zu erwarten gewesen“. Am Ende des Monats wartete der „Reichsfreund“

22 John C. G Röhl: Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859-1888. München 1993, S. 712-755.

23 Der Reichsfreund v. 7., 14., 28. Januar, 25. Februar u. 10. März 1888; Holstein: Papiere. Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 403.

nochmals mit einer kompletten Liste aller Aussprüche des Kaisers im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts auf, „über die sich jeder freisinnige und fortschrittliche Mann von Herzen freute und die Konservativen sich ärgerten.“²⁴

Ein Schreiben, das einer der führenden Politiker der Freisinnigen Partei, Karl Schrader, im März 1888 an seinen Parteifreund Ludwig Bamberger schickte, erhellt, was mit diesen Darstellungen erreicht werden sollte. „Unserer Partei Aufgabe wird sein, den Geist, der in den kaiserlichen Erlassen lebt, den weiteren Volkskreisen möglichst zum Verständniß zu bringen, ohne irgendetwas von unseren Ansichten aufzugeben.“ Hierzu war eine erfolgreiche Legenden-Bildung unabdingbar. Der sterbende Kaiser habe „genug getan, um seine Glorie zu erringen“, argumentierte Schraders Frau Henriette Schrader-Breymann im Juni 1888. „Wenn er dahin ist, wird sich für das Volk, das noch nicht politisch denken kann, eine Mythe um ihn weben, welche die Phantasie erregt, und dadurch vielleicht mehr in ihm weckt als alle Aufklärung und Lehre.“²⁵

Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse im Reichstag konnte sich Bismarck bei der Abwehr dieser parteipolitischen Initiative zunächst auf gelegentliches Zurückkeilen durch ihm gefügige Presseorgane beschränken. So feuerte der direkt instruierte Moritz Busch am 12. April 1888 in den „Grenzboten“ eine Breitseite gegen den Freisinn ab, dessen übler Plan es sei, den Kanzler um jeden Preis loszuwerden. „Es ist etwas ganz Unerhörtes, daß eine Partei einen Regenten als den Ihrigen in Anspruch nimmt“, hieß es dort, und die Freisinnige Partei solle sich der „ebenso cynischen wie geschmacklosen Weise“ schämen, in welcher ihre Presse „das neue Herrscherpaar mit ihren eigenen Gesinnungen zu identifizieren suche“. Schon bald, so warnte Busch, würde „den fortschrittlichen Agitatoren ihre königstreue Maske heruntergerissen“ und zwar „von Leuten, welche die Königstreue im Herzen und nicht auf der Zunge tragen“. Die konservative „Neue Preußische Zeitung“ teilte diese Ansicht: „[A]lle Loyalitätsbeteuerungen verdecken nicht das letzte Ziel – das Königthum herabzuwürdigen zu einer bloßen Magistratur.“ Das Kalkül der Liberalen sei nur zu durchsichtig: „Sie erstreben das Schaukeln des Staatsschiffes, um auf diesem Wege zur Parlamentsherrschaft und zur Ohnmacht des Königthums zu gelangen.“²⁶

24 Vossische Zeitung v. 12. u. 13. März 1888; Berliner Zeitung v. 14. März 1888; Arnold Perls: Kaiser Friedrich und seine hunderttägige Regierung. München 1888, S. 33, 36; Der Reichsfreund v. 31. März 1888.

25 Schrader an Bamberger, 26. März 1888 (Nachlass Bamberger, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, N/2008, Nr. 188); Mary J. Lyschinska: Henriette Schrader-Breymann, Bd. 2. Berlin/Leipzig, 1922, S. 423.

26 Die Grenzboten v. 12. April 1888, S. 144; Neue Preußische Zeitung v. 10. April 1888.

Von größerer Brisanz für den Kanzler war die Umgestaltung seines Verhältnisses zum neuen Kronprinzen Wilhelm, der – wie Bismarck auf Nachfrage von Professor Bergmann erfahren hatte – binnen weniger Monate ans Ruder kommen würde. Nachdem Prinz Wilhelm im Herbst 1887 demonstrativ an einer Veranstaltung des Stoecker-Waldersee-Kreises teilgenommen hatte, schien sein einst so enges Verhältnis zu Bismarck zerrüttet, und es bedurfte gewaltiger Anstrengungen seitens des Reichskanzlers, das Ruder vor der Thronbesteigung Wilhelms herumzureißen. Zu diesem Zweck inszenierte Bismarck die so genannte Kanzlerkrise des Jahres 1888. Während dieser einigermaßen künstlichen Aufregung wurden angebliche Pläne zur Verheiratung einer Tochter des Kaiserpaares mit Alexander von Battenberg, dem ehemaligen Fürsten von Bulgarien, zu einer deutsch-russischen Konfrontation aufgebauscht, die in Gerüchten gipfelte, der Rücktritt des Kanzlers stünde unmittelbar bevor. Die Kartellpresse lief Sturm gegen die Hochzeitspläne, betonte die Unersetzlichkeit des Reichskanzlers und griff vor allem die Kaiserin an. Unter der Überschrift: „Keine Frauenzimmerpolitik!“ veröffentlichten die konservativen „Dresdener Nachrichten“ einen rüden Angriff auf die Kaiserin. In den „Grenzboten“ attackierte Bismarcks Feder Moritz Busch Victoria, die „bis heute eine Engländerin [...] geblieben“ sei. Denn die „Verheiratung des Battenbergers mit der Tochter unseres Kaisers“, erinnerte er seine Leser, „ist von dessen Schwiegermutter angeregt worden und wird von dessen Gemahlin lebhaft gewünscht“.²⁷

Insidern war sofort klar, dass es bei diesem Manöver nicht um Battenberg ging, sondern um die Thronfolge. Das Ziel sei, sich beim Kronprinzen einzuschmeicheln, bemerkte Holstein am 3. April 1888. Bismarcks „scheinbar wütender Widerstand“ gegen die Heirat, erklärte er später, resultiere aus der Angst des Kanzlers vor dem Thronfolger. Wilhelm wurde daher in den Kampf gegen die angebliche Hochzeitsintrige aktiv eingebunden. Der Kanzler bot dem stets forschenden Kronprinzen eine willkommene Gelegenheit, seine Muskeln spielen zu lassen, und ließ ihn einen bombastisch formulierten Brief unterzeichnen. Wenn er an den eigenen Hass gegen seine Mutter und Alexander von Battenberg erinnert wurde, reagierte Wilhelm beinahe unkontrolliert heftig. Das Reich sei „nur um ein Haar einer Katastrophe entkommen“, informierte der Prinz den Herzog von Coburg am 3. April 1888, „die im Rücktritt unseres eisernen Kanzlers den Höhepunkt erreicht hätte. Der Grund dazu ist der Name ‚Battenberg‘ und die treibende Kraft Mama mit natürlich England im Hinterhalte“. Zudem wird das Schauspiel einer deutsch-

27 Karl Wippermann: Deutscher Geschichtskalender für 1888. Bd. 1. Leipzig 1889, S. 164; Die Grenzboten v. 12. u. 19.4.1888, S. 147 u. 160.

landweiten Pressekampagne zur Unterstützung des unersetzlichen Kanzlers den Kronprinzen einigermaßen beeindruckt haben.²⁸

Wenn man in der Kanzlerkrise den Versuch Bismarcks erkennt, seine alte Vertrauensstellung beim Kronprinzen zurückzuerlangen, erklärt sich auch die Bereitschaft der Kaiserin Victoria, ihre Rolle in der Krise zu spielen und die mitunter wüsten Beschimpfungen einigermaßen stoisch zu ertragen. Denn wie ihr leidender Mann hatte auch sie starke Zweifel, ob Wilhelm reif genug für die Thronbesteigung sei, und sah in dessen Anbindung an Bismarck ein geringeres Übel als im Kontakt zu ultrakonservativen Kräften. Die Gefahr eines dezidierten Rechtsschwenks unter dem künftigen Kaiser Wilhelm verstärkte zudem die sowieso schon dominierende Stellung des Kanzlers gegenüber dem Kaiserpaar. Es war Bismarck somit ein Leichtes, selbst die geringsten liberalen Gesten, die man von der Herrschaft Friedrichs III. hätte erwarten können, im Keim zu ersticken. In der Form war Bismarcks Umgang mit dem Herrscherpaar von geradezu honigsüßer Freundlichkeit. Insbesondere gegenüber der Kaiserin legte er sich ins Zeug und tat, so ließ er Lucius wissen, „wie ein verliebter Greis“. Die ganze Übung bereite dem Kanzler offensichtlich Vergnügen. „Alles gehe leicht und angenehm mit dem hohen Herrn, wie ein jeu de roulette“, informierte er die Minister kurz nach der Thronbesteigung Friedrichs. Im Nachhinein vertrat Bismarck sogar die Auffassung, dass er während seiner gesamten ministeriellen Laufbahn „keine so friktionslose und bequeme Geschäftsordnung gehabt“ habe „wie während der neunundneunzig Tage, die Kaiser Friedrich regiert hat“.²⁹

Hinter dieser etwas zynischen Formulierung verbarg sich die Tatsache, dass es weder der sterbende Kaiser noch die weithin verfemte Kaiserin war, die regierten, sondern der Kanzler. Bismarck lehnte alles ab, was ihm politisch gegen den Strich ging: So verhinderte er die Ordensverleihungen an Georg von Bunsen, Karl Schrader und Franz von Stauffenberg, unterließ die geplante Amnestie, die auch die wegen politischer Vergehen Verurteilten einschließen sollte, und brach den zaghaften Widerstand des Kaisers gegen eine Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags und die Neuauflage des Sozialistengesetzes. Auch von der einst vorgesehenen Aufnahme nationalliberaler Politiker ins preußische Staatsministerium konnte keine Rede mehr sein, wie die Neubesetzung des Innenministeriums durch Bismarck belegt. „Er behandelt diese Frage schon mehr mit Rücksicht auf den Thronfol-

28 Otto Pflanze: *Bismarck and the Development of Germany*. Bd. 3. Princeton 1990, S. 289-301; Röhl: *Wilhelm II.* (wie Anm. 23), S. 599-627, 712-768, 800; J. Alden Nichols: *The Year of the Three Kaisers*. Urbana/Chicago 1987, S. 215 f.; Holstein: *Papiere*. Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 414, 416, 418.

29 Lucius von Ballhausen: *Bismarck-Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 433, 462; Max Klemm: *Was sagt Bismarck dazu? Ein Wegweiser durch Bismarcks Geistes- und Gedankenwelt*. Bd. 1. Berlin 1924, S. 438.

ger“, bemerkte Lucius am 10. Juni 1888, nachdem Bismarck Bennigsen ausgeschlossen hatte. „Er hatte wohl früher sich für den Fall einer längeren Regierung Sr. Majestät auf einige nationalliberale Minister eingerichtet, bereitet aber jetzt wohl ein stramm konservatives, aber nicht orthodoxes Ministerium vor.“³⁰ Noch bevor der „Edle Dulder“ seinen letzten Atemzug getan hatte, war der Kanzler schon vollauf damit beschäftigt, die gemäßigt liberale Zukunft, die er in den Jahren 1880 bis 1887 vorbereitet hatte, hinter sich zu lassen, um sich auf den neuen Mann einzustellen, den er „in specie“ als seinen Herrn bezeichnen musste.

Der Kanzler und die Legende vom „Volkskaiser“

Zu einer Zeit, in der monarchische Geschichtspolitik und die Inszenierung einer staatstragenden Hohenzollern-Legende von großer politischer Bedeutung waren, endete die Wirkung Kaiser Friedrichs nicht mit dessen Hinscheiden am 15. Juni 1888. Der Streit um die posthume Deutungshoheit für diesen Monarchen sollte nicht minder leidenschaftlich geführt werden als der Kampf um die politische Unterstützung durch den künftigen Herrscher vor 1887. Dass die öffentliche Figur des weithin beliebten Kronprinzen und Kaisers beachtliche Möglichkeiten zur symbolischen und politischen Indienstnahme bot, wurde von den Zeitgenossen sofort erkannt und kommentiert. „Man wird ihn wie Cid vor Valencia als Leiche noch auf das Pferd setzen“, hatte sein bemerkenswert kaltschnäuziger Sohn bereits im Dezember 1887 geätzt. Bei aller Geschmacklosigkeit lag Prinz Wilhelm mit seiner Einschätzung der Absichten, welche die freisinnigen Politiker verfolgten, jedoch nicht falsch.³¹

Das Ziel der politischen Anstrengungen ihrer Partei müsse nun sein, so formulierte es Karl Schrader im August 1888, „das Andenken Kaiser Friedrichs [...] als wahrhaft volksthümlichen und volksliebenden Regenten aufrecht [zu] erhalten. An ihm kann und muß eine aus dem Volk kommende bessere Entwicklung anknüpfen und das müßten wir dadurch ermöglichen, daß wir ihn stets im Bewußtsein des Volkes erhalten.“ Dabei war es jedoch wichtig, dass dieses Andenken auch die richtigen Inhalte transportiere und nicht von der Gegenseite ausgenutzt würde. „Einige Reiterstandbilder wird man Kaiser Friedrich wohl setzen“, prophezeite Schrader, „aber damit wird sein Andenken nicht in der Weise, in derjenigen Gestalt erhalten, in welcher

30 Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 462.

31 Frank Lorenz Müller: The Prince, the Crypt and the Historians. Emperor Frederick III and the Continuity of Monarchical “Geschichtspolitik” in Imperial Germany. In: German Studies Review 35, 3 (2012), S. 521-540; Eulenburg-Hertefeld: Aus 50 Jahren (wie Anm. 2), S. 150.

es geschehen sollte.“ Dementsprechend begannen linksliberale Kräfte nun eine vielschichtige Kampagne, die zum Ziel hatte, das Bild Friedrichs III. als liberalem Volkskaiser zu etablieren. Sein Wollen und Bemühen seien klar definiert, und die Umsetzung seines politischen Vermächtnisses – nunmehr gleichsam geheiligt durch sein Leiden, seine Majestät als Herrscher und seinen Tod – stelle eine hohe Pflicht für alle Deutschen dar. So feierte etwa im September 1888 die „Volks-Zeitung“ die gerade veröffentlichten Auszüge aus dem Kriegstagebuch des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm als einen „Wegweiser auf dem Pfade, auf dem das Volk allein zur Freiheit und zum Frieden, zu den hohen Gütern der modernen Gesittung gelangen kann.“ Ähnliche Gedanken dominierten auch die Gedenkveranstaltungen, die der Freisinn im Oktober 1888 anlässlich des Geburtstags des verstorbenen Kaisers im ganzen Land organisierte. Im Saal der Berliner Bock-Brauerei erklärte Theodor Barth vor knapp 2000 Trauergästen, Friedrich III., der von den „Gegnern eines freisinnigen Ausbaus Deutschlands“ geschmäht worden sei, gehöre zu „den Märtyrern der Freiheit“. Zur gleichen Zeit feierte der freisinnige Reichstagsabgeordnete Constantin Bulle den verstorbenen Kaiser in Bremen als einen „begeisterte[n] Vorkämpfer deutscher Einheit, politischer Freiheit, sozialen Fortschritts“. Selbst zwei Jahre später gelang es dem Freisinnigen Verein in Görlitz noch, die dortige Reichshalle bis auf den letzten Platz zu füllen, um des „herrliche[n] und segensbringend[en]“ Vermächtnisses „Kaiser Friedrich's an sein Volk“ zu gedenken.³²

Bismarck reagierte energisch, aggressiv und beinahe unkontrolliert auf diese Versuche, mit dem toten Kaiser Stimmung für eine politische Umorientierung zu machen. Das Thema ließ ihn lange nicht los und erregte ihn über alle Maßen. „Diese Legende sei für die ganze Dynastie gefährlich und müsse zerstört werden“, erklärte er Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst im Januar 1889. „Er hat sich augenscheinlich in die Sache verbissen und will sie nicht loslassen“, resümierte der damalige Statthalter in Elsaß-Lothringen und befand: „Er machte mir den Eindruck eines geistig nicht ganz gesunden Mannes.“³³ Besonders brachial fiel die Reaktion des Kanzlers auf die nicht-autorisierte, anonyme Veröffentlichung von Auszügen aus dem Kriegstagebuch des damaligen Kronprinzen aus. Heinrich Geffcken, ein ehemaliger Kommilitone Friedrich Wilhelms, hatte die Notizen aus den Jahren 1870/71 im September 1888 in der „Deutschen Rundschau“ abdrucken lassen. Während die Freisinnige Presse diese (eigentlich belanglosen) Exzerpte als politische Offenbarung und posthume Bestätigung ihrer Richtung feierten, sah

32 Wentzcke: Liberalismus (wie Anm. 12), 446-447; Volks-Zeitung v. 23. Sept. 1888; Die Nation v. 20. Okt. 1888; Constantin Bulle: Zum Gedächtnis Kaiser Friedrichs des Dritten. Bremen 1888; Neuer Görlitzer Anzeiger v. 22. Okt. 1890, Erste Beilage.

33 Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1907, S. 450.

Bismarck darin eine hochverräterische Intrige. Er löste eine regelrechte „Treibjagd“ aus, die sich gegen den bald nicht mehr anonymen Autor, das Blatt selber und einen wachsenden Kreis angeblicher Freunde des verstorbenen Kaisers richtete. Geffcken kam in Haft; bei Roggenbach wurde eine Haussuchung durchgeführt; Stosch wurde polizeilich verhört. Zudem wandte sich der Kanzler mit einem – im Reichsanzeiger veröffentlichten – Immediatbericht zu dieser Angelegenheit an den Kaiser. In diesem bemerkenswerten Schriftstück war von Fälschung und Geheimnisverrat die Rede – aber vor allem ging es um die Herabwürdigung des verstorbenen Kaisers, dessen Wert als linksliberale Symbolfigur reduziert werden sollte. Kronprinz Friedrich Wilhelm sei so unzuverlässig gewesen, behauptete Bismarck, dass man ihm 1870/71 wichtige militärische Informationen hätte vorenthalten müssen, und er hätte – unter dem Einfluss törichter Berater – mit dem Gedanken gespielt, Preußens süddeutsche Kriegsverbündete mit Waffengewalt zu Zugeständnissen zu zwingen.³⁴

Bismarcks Angriff gegen das Andenken Friedrichs III. fiel mit einem Sieg der Regierung bei den preußischen Landtagswahlen im November 1888 zusammen. Die Linksliberalen verloren elf Sitze und kehrten mit nur 29 Abgeordneten ins neue Abgeordnetenhaus zurück, während die vereinigte Kartellfraktion sich von 267 auf 279 Mitglieder vergrößerte. Das tiefe Unbehagen, das der Kreuzzug des Kanzlers gegen den verstorbenen Kaiser selbst in Kreisen der Rechten hervorgerufen hatte, ließ sich dadurch jedoch nicht beschwichtigen. Das freikonservative „Deutsche Wochenblatt“ kritisierte, dass ein solches Vorgehen geeignet sei, „das monarchische Gefühl zu schwächen“. Der Reichstagsabgeordnete Hans Delbrück empfand angesichts des Immediatsberichts nichts als Scham: „Über dieses unselige Aktenstück“, schrieb er, „bleibt einem deutschen Patrioten nichts übrig als das Haupt zu verhüllen und zu schweigen.“³⁵ Neben dem politischen Schaden, den diese Herangehensweise verursachte und schließlich auch den jungen Kaiser beunruhigte, geriet die Attacke gegen Geffcken auch juristisch zur Blamage. Das Reichsgericht verwarf die offensichtlich politisch motivierte Anklageschrift und ordnete an, den Angeklagten sofort aus der Haft zu entlassen.

Daher fand sich auch Bismarck gezwungen, auf eine geschicktere Methode umzuschwenken, um der geschichtspolitischen Offensive der Linksliberalen zu begegnen. Es sollte genau das stattfinden, was Schrader im August 1888 vorhergesagt hatte: die Errichtung von staatlich sanktionierten Reiterstandbildern für Kaiser Friedrich und damit im weiteren Sinne die Festlegung des Gedenkens an den verstorbenen Monarchen auf eine patriotisch,

34 Gerhard E. Gründler: Bismarck auf Treibjagd. Die missglückte Straffaktion gegen Geffcken und die Deutsche Rundschau. Hamburg 2009.

35 Deutsches Wochenblatt v. 4. Oktober 1888, S. 325; Gründler: Treibjagd (wie Anm. 35), S. 18.

aber politisch ungefährliche Heldenrolle. Und diese allein, so befand der Reichskanzler, könne im Denkmal angemessen dargestellt werden. Im August 1889 stellte Bismarck nämlich in einer formalen Eingabe an den preußischen Ministerrat fest, man dürfe „die bedauerliche aber geschichtliche Tatsache“ nicht außer Acht lassen, dass Friedrich nicht in der Lage gewesen sei, als Kaiser irgendwelche Taten zu vollbringen, „welche ein Kaisermonument rechtfertigten“. Der verstorbene Kaiser verdiene sehr wohl die Dankbarkeit der Nation, doch sein Anspruch darauf leite sich nur von der Unterstützung ab, „welche er als Feldherr in den Jahren 1866 und 1870/71 Seinem Herrn Vater bei der Neubildung des Deutschen Reiches geleistet hat“. Die einzige berechtigte Form eines Denkmals, schloss Bismarck seine Ausführungen, sei die „für den damaligen Kronprinzen als Feldherrn und Politiker“.³⁶ Und so sollte es auch kommen: Auf den Podesten von bald über hundert martialischen Monumenten, hoch zu Ross und in schimmernder Wehr der parteipolitischen Ausschlichtung durch die Linksliberalen des Freisinns sicher entrückt, wurde Friedrich III. politisch entschärft und nahtlos in die patriotisch-staatstragende Hohenzollern-Legende eingefügt. Für Bismarck war der liberale Hohenzollernfürst damit unproblematisch geworden – wenn er auch die Enthüllung des ersten großen Kaiser-Friedrich-Denkmals 1893 in Wörth nicht mehr als Reichskanzler miterleben sollte.

Bismarcks Urteil über den zweiten Hohenzollern-Kaiser war somit vor allem eine Funktion des für ihn entscheidenden Verhältnisses zum herrschenden Monarchen sowie des Grades der Bedrohung seiner eigenen Machtstellung durch die Liberalen. Das wurde schon kurze Zeit später überdeutlich, nachdem er einige schmerzliche Erfahrungen mit Friedrichs Sohn gemacht hatte: Kaiser Friedrich „war ein echter Hohenzoller von der besten Art und den glänzendsten Fähigkeiten“, erklärte er einem Reporter des „Daily Telegraph“ im Juni 1890. „Sein Mut hatte wirklich etwas Heldenhaftes. In Bezug auf milde Höflichkeit und zarte Rücksicht gegen Diener glich er seinem edlen Vater.“³⁷ Nur 18 Monate nachdem er dessen „Schwachköpfigkeit“ gescholten hatte, hatte Wilhelm II. Bismarck allen Grund gegeben, sich Kaiser Friedrich zurückzusehnen.

Aber auch die Gegenperspektive bot kaum Anlass zum Optimismus. Diese Skizze des politischen Verhältnisses zwischen Bismarck und dem „liberalen Kronprinzen“ hat betont, dass das dynastische Element – die Person des Herrschers oder künftigen Herrschers – von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung Preußen-Deutschlands war: aus Sicht des Kanzlers, der die potentiell tödliche Bedrohung durch die Linksliberalen gerade in

36 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin-Dahlem). I. HA, Rep. 77, Tit. 151, Nr. 106, Bd. 1, S. 247 f.

37 Klemm: Was sagt Bismarck (wie Anm. 30), S. 438.

deren Zugang zum Thronfolger erkannte, weil sie auf diesem Wege den Staat „in Mark und Blut vergiften könnten“,³⁸ aber eben auch aus der liberalen Perspektive, und umso mehr für eine vergleichsweise elitäre Gruppe wie die linksliberale Sezession, die über keine Massenorganisation verfügte. Diese Erkenntnis lag dem von Bismarck erfolgreich zunichte gemachten Plan der „Kronprinzenpartei“ zugrunde und wurde von ihr auch offen eingestanden. „Wir geben es voll und unumwunden zu“, erklärte die sezessionistische Parteizeitung „Die Tribüne“ im Oktober 1882, „schaffen kann der Liberalismus auf dem Gebiete des Staats- und Rechtswesens Nichts, wenn es ihm nicht gelingt, das Ohr und das Herz des Königs zu gewinnen.“³⁹ Angesichts der Person eben jenes Königs und Kaisers, der 1888 auf seinen tragischen Vater folgte, gab es demnach für beide Protagonisten wenig Grund zur Hoffnung. Die Zukunft sollte weder liberal noch bismarckisch ausfallen.

38 Stenographische Berichte (Reichstag). 5. Legislaturperiode. IV. Session. Bd. 1. Berlin 1884, S. 480, 483, 501.

39 Die Tribüne v. 13. Oktober 1882.

Bismarck als Familienproblem des liberalen Bürgertums. Die Familien Schücking und Beitzke zwischen Bismarckverehrung und Bismarckkritik

I. Bismarck-Rezeption in vier Generationen einer liberalen Familie

Politische Einstellungen werden bei jungen Erwachsenen in der Regel durch jenes Milieu geprägt, von dem sie beim Heranwachsen umgeben sind. Sie können sich an der älteren Generation orientieren, aber auch als adoleszente Rebellion genau gegen deren vorgelebte Muster opponieren. In beiden Fällen passen sich die Einstellungen jüngerer Menschen in diesen Prägephasen stärker den Strömungen des Zeitgeists innerhalb eines politischen Milieus an, als das bei älteren der Fall ist. Man kann also, um es kurz zu machen, mit einem verallgemeinernden Ausdruck von „politischen Generationen“ sprechen – und zwar nicht nur in Bezug auf politische Programme, Ideen und Stile, sondern auch bei der Rezeption von politischen Ereignissen und Gestalten in Gegenwart und Vergangenheit. Bei der Bedeutung Otto von Bismarcks für die deutsche und europäische Geschichte, kann es daher nicht verwundern, dass auch Vertreter des liberalen Bürgertums die Rolle und Größe ihres Partners der 1860er und 1870er Jahre (und nachmaligen Gegners) immer wieder neu vermaßen.

„Bismarck als Familienproblem bei den Schückings und Beitzkes“: Ein im Jahr 2015 mit diesen Schlagworten überschriebener Aufsatz hätte mindestens einen der älteren hier zu behandelnden Schückings, den nationalliberalen Richter Lothar Schücking, mit Stolz erfüllt, wenn er denn auch eher von „Bismarck-ideal“ oder zumindest „-thema“, denn von „Bismarck-problem“ gesprochen hätte. Der Schwiegervater dieses Bismarck-Apologeten, der Offizier und linksliberale Abgeordnete des preußischen Abgeordnetenhauses Heinrich Beitzke, würde dagegen den Kopf geschüttelt haben, so ist zu vermuten. Und deren Enkel- bzw. Kindergeneration, insbesondere die drei in den 1870er Jahren geborenen, linksliberalen Bildungsbürger mit konservativem Familienstolz wären nicht minder irritiert gewesen. Wer sind oder besser waren die Schückings? Und was können sie uns über Schattie-

rungen der Bismarck-Bilder des liberalen Bürgertums des 19. und 20. Jahrhundert sagen?

Gegenwärtig ist der Name Schücking vor allem als jener der seit dem Jahr 2011 amtierenden Rektorin der Universität Leipzig bekannt: Beate Schücking. Über die Osnabrücker Medizinerin, zu deren bekanntesten Leipziger Amtshandlungen die verbindliche Einführung der weiblichen Formen akademischer Berufsbezeichnungen im universitären Schriftverkehr gehört, konnte man im Jahr 2013 in der „Zeit“ lesen, dass sie schon ein Leben lang Feministin sei.¹ Ihr Verhältnis zu Otto von Bismarck, der trotz liebevoller Briefe an seine Gattin aus frauenrechtlicher Sicht des 21. Jahrhunderts noch in der Steinzeit lebte und der ungeachtet der zahlreichen von ihm ausgehenden Gesetze und Verordnungen stets ein im Geiste wilder Landjunker blieb, der vehement eine einheitliche Rechtschreibung ablehnte², dürfte zumindest ambivalent sein.

Beate Schücking ist eine Enkelin Walther Schückings, den Juristen als Staats- und Völkerrechtler und maßgeblichen Vertreter des sogenannten organisierten Pazifismus kennen – der Idee eines schiedsgerichtlichen Präventivsystems zur Vermeidung von Kriegen.³ Historikern ist der Marburger, Berliner und Kieler Professor vor allem als linksliberaler Politiker, Mitbegründer der DDP und einer der sechs Hauptbevollmächtigten des Deutschen Reiches bei den Verhandlungen in Versailles 1919 ein Begriff. Walther Schücking hatte zwei Brüder, zu dritt bilden sie die hier Enkel- bzw. Kindergeneration genannte Gruppe mit den Geburtsjahrgängen 1873, 1875 und 1878.⁴ Als Mittzwanziger exponierten sie sich ab der Ära Bülow als linksliberale und pazifistische Intellektuelle. Das geschah nach einem bemerkenswerten Wandel, denn in ihrer Jugend und während der Studienjahre waren sie ganz im Sinne des Elternhauses von nationalliberalen und konservativen Positionen geprägt gewesen. Der Vater der drei, Lothar Schücking, war der eingangs erwähnte glühende Bismarck-Anhänger mit dem Geburtsjahr 1844. Er selbst war ein Sohn des zeitgenössisch vielgelesenen und berühmten Schriftstellers Levin Schücking. Der mütterliche Großvater der drei war der in der Überschrift mit Namen genannte Heinrich Ludwig Beitzke.

1 Anika Kreller: Ein Leben lang Feministin. Beate Schücking ist eine von sehr wenigen Frauen an der Spitze einer deutschen Universität. In: Die Zeit, 34 vom 25. August (2013).

2 Ulrich Lappenküper/Ulf Morgenstern (Hrsg.): Dem Otto sein Leben von Bismarck. Die besten Anekdoten über den eisernen Kanzler. München 2015, S. 79.

3 Vgl. mit weiteren bibliographischen Angaben Andreas Thier: Art. „Schücking, Walther Max Adrian“. In: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 631–633.

4 Vgl. zu den Brüdern Lothar Engelbert, Walther und Levin Ludwig Schücking Ulf Morgenstern: Zivilcouragierte Überzeugungstäter. Das gesellschaftliche Engagement der linksliberalen Brüder Schücking zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 25 Jg. (2013), S. 223–248.

II. Levin und Lothar Schücking

Die noch immer wegen des letztgenannten Namensträgers bekannten Schückings waren über Jahrhunderte hinweg eine münsterländische Patrizierfamilie.⁵ Im ausgehenden Alten Reich lebten sie weitgehend ex propriis, also vom ererbten Besitz, und stiegen nach dem Ende des Fürstbistums Münster am Beginn des 19. Jahrhunderts sozial ab. Dieser Verlust von tatsächlichem und symbolischem Kapital kam in seiner Jugend auch Levin Schücking hart an, da er aufgrund der Knappheit der väterlichen Mittel weder sein Studium beenden, noch in den seit Generationen in der Familie üblichen Staatsdienst einsteigen konnte. Als junger Schriftsteller und Journalist war Levin Schücking nicht nur mit Annette von Droste-Hülshoff befreundet, in deren adligen Kreisen er sich sicher bewegte, auch Ferdinand Freiligrath gehörte zu seinem engeren Umfeld. Gemeinsam mit ihm entwickelte er sich in der Mitte der 1840er Jahre zum Demokraten.⁶ Nach der 1848er Revolution, die Levin Schücking als Feuilletonredakteur bei der Kölnischen Zeitung (aus Rom kommend) aus nächster Nähe erlebte, wich er jedoch von den radikalen Linien des bald ins Londoner Exil gehenden Freiligrath ab.⁷ Noch im Herbst 1847 hatte Schücking aus Rom über einen mit anderen Deutschen unternommenen Gang auf das Kapitol, über den wahrscheinlich Bismarck getobt hätte,⁸ geschrieben:

„[...] flattern ließen wir unsere schwarz-roth-goldene Fahne, als wir die hohe Treppe des Capitols hinaufschritten, und ‚Was ist des Deutschen Vaterland‘ sin-

5 Ulf Morgenstern: Art. „Schücking“. In: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 629 f.

6 Bodo Plachta: In der Heimat die Ferne suchen? Ferdinand Freiligrath, Levin Schücking, Annette von Droste-Hülshoff und das Projekt des „Malerischen und romantischen Westphalen“. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 55 (1986), S. 181–195; Konrad Hutzelmann: Levin Schücking und Ferdinand Freiligrath. Stationen einer Freundschaft. In: Michael Knierim (Hrsg.), Levin Schücking zum hundertsten Todestag. Sassenberg 1983, S. 28–41.

7 Nicole Rosenberger: Kampf „mit Mantel und Hut.“ Die radikalen Demokraten Georg Büchner, Georg Herwegh und Ferdinand Freiligrath. In: Dies./ Norbert Staub (Hrsg.): Prekäre Freiheit. Deutschsprachige Autoren im Schweizer Exil. Zürich 2002, S. 11–32.

8 Die Ablehnung der revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 durch den „reaktionären“ Bismarck ist sprichwörtlich. Noch Mitte der 1850er Jahre konnte er sich als preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt über die Farben der Revolution ereifern. Ein Legationsrat erinnerte sich an einen Spaziergang: „Als wir am Bundespalais in der Eschenheimerstraße vorüber kamen, fiel Bismarcks Blick auf die schwarz-rot-goldene Fahne, welche auf dem Dache des Bundespalais flatterte. Er hatte mich untergefaßt, und als er diese damals sehr verrufenen Farben erblickte, drückte er mit äußerster Heftigkeit meinen Arm an sich und rief: ‚Sehen Sie, die Schurken, jetzt haben sie die schwarz-rot-goldene Fahne auf gepflanzt, wenn es ihnen paßt, werden sie die rote aufpflanzen!‘“ Vgl. dazu Justus von Gruner: Rückblick auf mein Leben. In: Deutsche Revue 26 (1901), Bd. 2, S. 43.

gend legten wir sie zur Ruhe in einem staubigen Gewölbe auf dem tarpejischen Felsen.“⁹

Unter dem Eindruck der tatsächlichen revolutionären Ereignisse wandelte sich seine Gegenwartsanalyse. Schückings Rückschlüsse muten uneinheitlich und teils bizarr an.¹⁰ Obwohl er eigentümliche (katholische) Versatzstücke aus den großväterlichen Erzählungen über Zeiten des Alten Reichs beibehielt,¹¹ betrieb er ab den ersten Monaten des Jahres 1849, sich den Entwicklungen fügend, eine pro-preußische, die kleindeutsche Reichsgründung antizipierende Propaganda. In den folgenden Jahrzehnten geriet er in die Fahrwasser der Nationalbewegung. Er hielt Schillerreden und lavierte wie so viele (katholische) Deutsche zwischen alten Loyalitäten zu den Habsburgern und den Realitäten als Untertan Preußens. Da er keine tagespolitischen journalistischen Tätigkeiten mehr ausübte, konnten keine sonst erwartbaren Bismarck-Zitate von ihm aufgefunden werden. Seine für einen katholischen Westfalen nicht eben typische Verehrung der Hohenzollern speiste sich freilich noch aus einem anderen Grund: Auf die (Neu-)Verleihung des Adelspatents für sich und seinen Familienzweig erpicht, versuchte er, sich die Gunst Wilhelms I. zu erwerben, etwa indem er einer Neuauflage des einst gemeinsam mit Freiligrath geschriebenen Buches „Das malerische und romantische Westfalen“, eine demütige Widmung voranstellte.¹²

Freiligrath fühlte sich schlicht überfahren und grämte sich, und über das Vorgehen Levin Schückings sollten sich noch die linksliberalen Enkel grämen, die Freiligrath später in politicis verehrten. Ihr Austausch über die Freundschaften des Großvaters fand nach 1900 auch bei Besuchen in ihrem Elternhaus statt, das dieser einst gekauft hatte. Geerbt hatte das Anwesen in den 1880er Jahren Levins ältester Sohn Lothar, kein dichterischer Schwärmer wie der Vater, kein aus der Bahn geworfener Patriziersohn wie der Großvater, sondern ein den vermeintlich rationaleren Strömungen der zweiten Jahrhunderthälfte verpflichteter Kopf. Ein Rationalist in Grenzen aller-

9 Levin Schücking: Eine Römerfahrt. Coblenz 1848, S. 184.

10 Er hat sie als Redakteur der Kölnischen Zeitung (für den Historiker dankbar) in etlichen Artikeln breit dargelegt. Vgl. das Schriftenverzeichnis Levin Schückings bei Ulf Morgenstern: Bürgergeist und Familientradition. Die liberale Gelehrtenfamilie Schücking im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 2012, S. 504-510.

11 Zur Entwicklung katholischer Geschichtsbilder in der Vormärzzeit (mit denen Levin Schücking aufgewachsen war und die er nun seinerseits mitprägte), die unter Rückbezug auf das habsburgisch-katholische Alte Reich vor allem als konfessionelle Legitimationsversuche dienten, vgl. Matthias Klug: Rückwendung zum Mittelalter? Geschichtsbilder und historische Argumentationen im politischen Katholizismus des Vormärz. Paderborn 1995, bes. S. 37-49.

12 Vgl. das Widmungsblatt nach dem Vorsatz zu Levin Schücking/Ferdinand Freiligrath: Das malerische und romantische Westfalen, 2. umgearb. Aufl. Paderborn 1841: „Sr. Majestät dem deutschen Kaiser Wilhelm I. dem glorreichen Mehrer des Reichs ehrfurchtsvoll und unterthänigst zugeeignet vom Verfasser und Verleger“.

dings – denn sich in Zeiten des Kulturkampfes als katholischer Münsterländer offen auf die Seite Bismarcks zu stellen, durfte schon als nationalliberale Merkwürdigkeit gelten. Hierin stimmte er mit dem Vater überein, der in den 1870er Jahren in Westermanns Monatsheften kirchenkritische Aufsätze schrieb.¹³ Als Levin Schücking 1883 starb, endete ein in einem Hort des Katholizismus und Partikularismus begonnenes Leben nach einer liberal-demokratischen Zwischenphase mit der beim Blick auf den äußeren Saum der Dinge paradoxen Bejahung des preußisch dominierten kleindeutschen Kaiserreichs Bismarckscher Prägung. Beerdigt wurde er vom evangelischen Pfarrer des Nachbarortes; der katholische weigerte sich, so die innerfamiliäre Fama.

Bei seinem ältesten Sohn Lothar lassen sich nicht nur äußere Übereinstimmungen mit der Bismarckschen Politik seit den 1870er Jahren feststellen, sondern es finden sich zahlreiche direkte Bismarck-Bezüge in den Quellen. In den Lebenserinnerungen seines jüngsten Sohnes, des 1878 geborenen Levin Ludwig Schücking, 1945 niedergeschrieben, heißt es:

„Mein Vater war ein unbeschränkter Bismarckverehrer, der[,] jeder Kritik am Gedanken der Machtpolitik bar, sich mit der größten Bereitwilligkeit für die später im Geiste des Kanzlers fortgesetzte Heeres- und Flottenpolitik der Regierung einsetzte, wohl gar in Abstimmungszeiten vor den Reichstagswahlen im Großen Saale des ‚Zoologischen Gartens‘, dem einzigen, der den ‚Liberalen‘ in Münster zur Verfügung stand, donnernde Reden gegen das Zentrum als Opposition hielt, deren praktisches Ergebnis bei der überwältigenden Majorität dieser Partei im Münsterischen Wahlkreis von vornherein völlig aussichtslos war. Man hat so oft von der unheilvollen Wirkung Treitschkes gesprochen, dessen Geschichtsauffassung und politisches Denken der Folgezeit die Richtung gegeben habe. Aber mein Vater hatte nie eine Zeile von Treitschke gelesen und teilte doch deren charakteristische Gedankengänge. Der Erfolg der Bismarckschen Politik, den diese Generation mit angesehen,¹⁴ hatte sie eben für den Rechtsgedanken gründlich verdorben. Die ungeheure Machtstärkung, die die Einigung des Reichs zur Folge gehabt, war ihr zu Kopf gestiegen. Auf einmal erschien ihr Deutschland als in der Vergangenheit einzig durch übergroßen Idealismus und Verträumtheit wie der Schillersche Poet bei der Teilung der Welt leer ausgegangen zu sein.“¹⁵

Dass dem diese Gedankengänge des Vaters berichtenden Levin Ludwig Schücking hier eigene Reflexionen und Formulierungen in die Feder flossen, ist augenscheinlich. Trotzdem streift der Philologe und Dichter frappierend

- 13 Eine regelrechte Geißelung der als umfassend eingestuftes Rückständigkeit des westfälischen Klerus ist etwa Levin Schücking: Münster. Ein Städtebild. In: Westermanns Illustrirte Deutsche Monatshefte, März 1882, S. 756-771.
- 14 Lothar Schücking war Jahrgang 1844; seine politische Prägung und sein Universitätsstudium fielen also in die Zeit der Schillerfeiern und Reichseinigungskriege.
- 15 Manuskript masch., zitiert nach: Levin Ludwig Schücking: Selbstbildnis und dichterisches Schaffen, hrsg. v. Ulf Morgenstern. Bielefeld 2008, S. 196 f.

genau den Denkhorizont seines fast ein halbes Jahrhundert vor der Niederschrift dieser Passagen verstorbenen Vaters.

„Hatte Bismarck nicht das erlösende Wort gesprochen, indem er gesagt: ‚ein Mensch, der mit Prinzipien durch das Leben wolle, komme ihm vor, wie jemand der mit einer quergehaltenen Stange durch einen dichten Fichtenwald zu gehen beabsichtigt?‘ Völlig gleichgültig für die Innenpolitik und blind dafür, daß die Außenpolitik nur deren Dynamik fortsetzte, räumte man dieser letzteren auf einmal eine so große Bedeutung ein, daß Zeitungen wie die ‚Tägliche Rundschau‘ oder die ‚Deutsche Zeitung‘ des Dr. Lange, die wir hielten, über den auswärtigen Angelegenheiten die inneren fast vergaßen. Von ihnen blieb vor allem das Treiben der ‚Ultramontanen‘ zur Geißelung übrig, in deren westfälischer Hochburg wir uns ja befanden.“¹⁶

Lothar Schücking brachte es bis zum Richter am Amtsgericht in Münster. Diese Karrierestufe sollte seine letzte bleiben bei seiner lautstarken Bismarck-Bejahung im Kulturkampf.¹⁷ Seine Kollegen und Vorgesetzten waren zwar allesamt auch Preußen, jedoch ebenso sehr katholische Westfalen; eine konfessionell-landsmännische Facette, die er nur schwach in sich spürte. Er hatte eine pommersche Protestantin geheiratet, und in den 1870ern dann innenpolitisch-seismographisch präzise, jedoch lebenspraktisch völlig abwegig seine drei Söhne folgendermaßen taufen lassen: Lothar Engelbert 1873 katholisch, Walther 1875 alt-katholisch und Levin Ludwig 1878 evangelisch. Aus der Feder des Letztgenannten gibt es eine weitere Charakterisierung der politischen Ansichten Lothar Schückings, die aus der insgesamt sehr ausgewogenen und differenzierten Beschreibung „Mein Vater“ stammt. Dort heißt es:

„Offenbar hatte er sich in seiner Jugend um Politik überhaupt nicht gekümmert. Dann waren ihm, wie so vielen seiner Zeitgenossen die großen militärischen Erfolge Bismarcks von 1864, 1866 und 1870 als Beweise für die Richtigkeit von dessen brutaler Politik erschienen. Im ‚Freisinn‘, dem Erben der Ideen von 1848, sah er die Partei der Verneinung, Eugen Richter hasste er. Namentlich die Abneigung der Linken gegen die Kolonien war ihm ein Gegenstand des Ärgernisses: er warf ihr Doktrinarismus und Prinzipienreiterei vor. [...] Das klerikal geleitete Zentrum bekämpfte er. Vom Kulturkampf sprach er deshalb als von der großen Zeit in der inneren preußischen Politik. Dass man die Geistlichen weggejagt und die Bischöfe ins Gefängnis gebracht, schien ihm noch lange der Beweis einer Regierungsenergie, deren Schwinden er nachtrauerte. Durch Volksreden hatte er schon als Amtsrichter in Burgsteinfurt gegen das Zentrum und den Klerikalismus

16 Ebd.

17 Zu dem Isolationismus der vehementen pro-preußischen Positionierungen in Münster, erst recht aus den Reihen altansässiger, traditionell katholischer Familien s. Susanne Kill: Das Bürgertum in Münster 1770–1870. Bürgerliche Selbstbestimmung im Spannungsfeld von Kirche und Staat. München 2001; sowie als Überblick Anne Roerkohl: Der Kulturkampf in Westfalen. Münster 1992.

zu wirken gesucht. Bestrebungen, gegen diese in Münster allmächtige Partei eine Bewegung zu entfachen, unterstützte er tatkräftig.“¹⁸

Über diese und andere abgeklärte Passagen der Autobiographie Levin Ludwig Schückings mag man staunen. Zu beachten ist, dass er sie erst ein halbes Jahrhundert nach dem Tod des Vaters und drei staatliche Umbrüche später schrieb – obwohl er die Kritik an dem brachial-fortschrittlichen Denken des „westfälischen Wilhelminers“¹⁹ schon um 1900 so geäußert hatte. Als Ursache des eigentümlichen Wandels der politischen Anschauungen der drei Enkel Levin Schückings gegenüber dem Großvater und dem Vater, also dem nachhaltigen Schwenk vom nationalliberal-konservativen Lager zum Links-liberalismus, liefert Levin Ludwig Schücking noch einen anderen Sozialisationshinweis, nämlich den Einfluss des mütterlichen Großvaters.

III. Heinrich Ludwig Beitzke

Beim Blick auf sich und seine beiden älteren Brüder schrieb Levin Ludwig Schücking rückblickend:

„Die Erbmasse in unserer Generation war offenbar sehr verschieden verteilt. [...] In Walther war [...] anscheinend ein anderer Vorfahr zu neuem Leben erweckt, nämlich der Vater seiner Mutter, zwar auch ein Soldat, aber einer ‚sui generis‘, der seinen Namen in der Welt nicht kriegereischen Leistungen, sondern seiner ‚Geschichte der deutschen Freiheitskriege‘ verdankte. Dieses Werk des Majors a.D. Heinrich Beitzke eines gebürtigen Pommers, das vom großdeutschen und freiheitlichen Geiste getragen war, und ihm den Ehrendoktor von Jena einbrachte, machte ihn so bekannt, dass er von drei Wahlkreisen gleichzeitig in das Preußische Parlament gewählt wurde. Hier hatte er sich der Fortschrittspartei angeschlossen. Als ihr militärischer Sachverständiger war er ein erbitterter Gegner der Bismarckschen Politik geworden, hatte in Wort und Schrift gegen die sehr stark von reaktionären Gesichtspunkten bestimmte, sogenannte ‚Reorganisation der Armee‘ gekämpft und dadurch den persönlichen Hass Bismarcks auf sich gezogen, der dem freimütigen und grundehrlichen alten Soldaten – um ihn zu beseitigen – ein Verfahren wegen ‚demagogischer Umtriebe‘ anhängte, das jedoch mangels jeglicher Unterlagen schließlich im Sande verlief und den einzigen Erfolg hatte, die allgemeine Verehrung für das zeitweise volkstümlichste Mitglied der Fortschrittspartei noch zu steigern.“²⁰

18 Manuskript masch., zitiert nach: Levin Ludwig Schücking, Selbstbildnis und dichterisches Schaffen, hrsg. v. Ulf Morgenstern. Bielefeld 2008, S. 197 f.

19 Kapitelüberschrift bei Morgenstern: Bürgergeist (wie Anm. 10).

20 Schücking: Selbstbildnis (wie Anm. 18), S. 286 f. Zu Beitzkes parlamentarischer Gegnerschaft zu Bismarck vgl. bes. den Quellenband Horst Conrad (Hrsg.): Ein Gegner Bismarcks. Dokumente zur Neuen Ära und zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlass des Abgeordneten Heinrich Beitzke (1798-1867). Münster 1994.

Was Levin Ludwig Schücking hier mehr aus familiärer Erinnerung heraus, denn auf der Grundlage historischer Belege oder der heute zur Verfügung stehenden Literatur²¹ formulierte, hatte einen realen Kern. Sein Großvater stammte aus einer pommerschen Pfarrersfamilie.²² 1815 hatte er sich 17jährig bei den freiwilligen Jägern für den Kampf gegen Napoleon gemeldet. Er hatte 1813 die Rückkehr der siegreichen preußischen Truppen erlebt, bei denen Bürgerliche während des Feldzuges zu Landwehroffizieren aufgestiegen waren. Von einer unerwarteten Erbschaft von 50 Talern kaufte er sich rasch entschlossen die nötige Ausrüstung und trat hoffnungsvoll in preußische Militärdienste ein. Eine glanzvolle Karriere kann man die Laufbahn des Berufssoldaten Beitzke dann allerdings nicht nennen: Bis 1839 war er „nur“ zum Hauptmann aufgestiegen. Als Compagnie-Chef quittierte er 1845 mit dem Titel eines (Charakter-) Majors den aktiven Dienst. In der Folge erlangte er dann als historischer Schriftsteller seine eigentlichen beruflichen Erfolge.²³

Vor allem seine auf akribischen Studien beruhende historische Arbeit über die damals noch nicht Befreiungskriege genannten Freiheitskriege brachten dem historischen Laien hohes Ansehen ein. Von 1854 bis 1858 erschien seine dreibändige „Geschichte der Freiheitskriege“, ein vierter Band über den eigentlichen Beginn der napoleonischen Niederlagen im Russischen Krieg 1812 folgte wenig später.²⁴ Die „Geschichte der Freiheitskriege“ erlebte rasch mehrere Auflagen, und ihr Autor wurde, gerade als Zeitzeuge, zu einer populären Integrationsfigur breiter nationalliberaler, bildungsbürgerlicher Kreise der späten 1850er Jahre.²⁵ Seine Betätigung als Kolberger Ratsherr war deshalb nur eine Vorstufe bei der Sammlung politischer Erfahrungen gewesen, die den bekennenden Liberalen und in der heil-

- 21 Vgl. Joseph Wallach: Heinrich L. Beitzke als Historiker und Politiker. Eine Studie zur liberalen Geschichtsauffassung der Freiheitskriege. Diss. phil. Freiburg masch. 1919. Zu den genauen Umständen der Jenenser Ehrenpromotion vgl. Hans-Werner Hahn: Geschichtsschreibung in liberaler und patriotischer Absicht: Heinrich Beitzke. Historiker der Freiheitskriege und Ehrendoktor der Universität Jena. In: Werner Greiling (Hrsg.): Tradition und Umbruch: Geschichte zwischen Wissenschaft, Kultur und Politik. Rudolstadt-Jena 2002, S. 121-145.
- 22 Vgl. den Eintrag „Beitzke“ in: Genealogisches Handbuch Bürgerlicher Familien, ein deutsches Geschlechterbuch, 15. Bd. Görlitz 1909, S. 1–12; „Chronik der Familie Beitzke.“ Manuskriptdruck. Görlitz 1909, S. 69–92. In: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, im Folgenden: GStA PK, Depositum Beitzke, Nr. 9; sowie Wegele.: Beitzke, Heinrich Ludwig. In: Allgemeine Deutsche Biographie 2 (1875), S. 295 f. Horst Conrad: Heinrich Ludwig Beitzke – Eine Lebensskizze. In: Ders.: Ein Gegner Bismarcks (wie Anm. 21), S. 17–66, hier bes. S. 20–23.
- 23 Hahn: Geschichtsschreibung (wie Anm. 21), S. 123. Seine beruflichen Erfahrungen (bis 1836) beschrieb Beitzke in einem autobiographischen Manuskript, GStA PK, Depositum Beitzke, Nr. 18.
- 24 Beitzke: Geschichte der deutschen Freiheitskriege in den Jahren 1813 und 1814, Berlin 1854, 1855, 1858; Ders.: Geschichte des russischen Krieges im Jahre 1812. Berlin 1856. Alle Titel erschienen bei Duncker und Humblot.
- 25 Zu Beitzkes historischen Arbeiten s. Wallach: Heinrich L. Beitzke (wie Anm. 21).

matlichen pommerschen Provinz zur persona non grata gewordenen Major a. D. für den parlamentarischen Linksliberalismus interessant machte. Erstmals 1858 wurde der mit dem Ehrendoktor der Jenenser Philosophischen Fakultät ausgezeichnete Beitzke ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt,²⁶ dem er dann durch mehrere Wahlperioden hindurch bis zu seinem Tod 1867 angehörte. Wenn er auch nicht zu den herausragenden oder vielseitigen Mitgliedern der „Fraktion Vincke“ gehörte, erwarb er sich doch hohes Ansehen bei seinen Mitabgeordneten und den Hass Bismarcks, als dessen permanenter Gegner er sich in allen Fragen der preußischen Heeresreform etablierte.²⁷

Heinrich Beitzke war zu einer wichtigen personellen Säule der Fortschrittspartei geworden und wurde trotz kränkender Anwürfe aus Kreisen einstiger Offizierskollegen zum militärischen Fachmann dieser linksliberalen Fraktion.²⁸ Auch im sogenannten vorparlamentarischen Raum war Beitzke fest verankert. Die zahlreichen Briefe an seine Frau, die während der Parlamentsmonate meist nicht mit nach Berlin reiste, sind dichte Beschreibungen aus einem liberalen Abgeordnetenleben. So berichtete Beitzke etwa im Januar 1859 über die Geburt des Prinzen sowie über das Zeremoniell und den Tagesablauf, den dieses Ereignis für ihn und seine politischen und sonstigen Freunde in Berlin bedeutete.²⁹ In seinen Schilderungen von Abendgesellschaften sind eindrucksvolle Einblicke in das liberale Berliner Bürgertum überliefert; und wenn Beitzke schreibt, er sei bei einem Essen „bei Franz Duncker zu Ehren von Bennigsen“ gewesen, an dem auch „Prof. Virchow,

26 Der seinerzeit in Jena lehrende Historiker Johann Gustav Droysen hatte Beitzke für den Ehrendokortitel der thüringischen Universität ins Gespräch gebracht. Vgl. dazu die ausführliche Darstellung bei Hahn: *Geschichtsschreibung* (wie Anm. 21), S. 139 ff.

27 Conrad: Heinrich Ludwig Beitzke (wie Anm. 20), S. 47, bezeichnet zu Recht die Roon'schen Heeresverfassungsreformpläne als „nervus rerum seiner gesamten Abgeordnetentätigkeit“. S. dazu auch Andreas Biefang: *Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen und das Problem der Kriegskredite. Aufzeichnungen über vier Fraktionssitzungen im Dezember 1863*. In: *Jahrbuch zur Liberalismusforschung* 8 (1996), S. 89–120. Zum Verfassungskonflikt allg. vgl. Adalbert Hess: *Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit 1862–1866*. Köln u. a. 1964; Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgertum und starker Staat*. München 1983, S. 753 f.; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*. München 1995, S. 263–280; Friedrich Lenger: *Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung* (= Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 15). Stuttgart 2003, S. 283 ff. bzw. Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947*. München 2007, S. 589 f.

28 S. dazu bes. die ausführliche Darstellung Conrad: Heinrich Ludwig Beitzke (wie Anm. 20), S. 52–66. Die nach wie vor dichteste Analyse der Fortschrittspartei ist immer noch Heinrich August Winkler: *Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866*. Tübingen 1964. Aktueller ist in mancher Hinsicht Andreas Biefang: *National-preußisch oder preußisch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 360–383.

29 GStA PK, Depositum Beitzke, Nr. 64: Briefe an seine Frau aus Berlin, undat., Januar 1859.

der Dichter Scheerenberg, Schultze-Delit[z]sch, Fanny Lewald, die Maler Bleibtreu und Pietsch, der Redakteur der Volkszeitung Holdheim³⁰ teilgenommen hätten, sieht man die personifizierten Feindbilder Bismarcks aus den 1860er Jahren unmittelbar vor sich.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus war Beitzke das befürchtete Zurückdrängen der bürgerlich dominierten Landwehr zugunsten des vornehmlich adligen Offizierskorps in der zu verstärkenden Linienarmee ein Dorn im Auge. Dass die Regierung die Reform schließlich auch gegen das Parlament durchsetzte, verstärkte seine Ablehnung. Ein Nachruf in der von seinem Fraktionskollegen Johann Jacoby herausgegebenen Tageszeitung „Die Zukunft“ feierte denn auch Beitzkes Standhaftigkeit, deren größte Leistung sein bestimmtes „Nein“ zur Indemnität gewesen sei und für die er eine wahre „Bürgerkrone“ verdient habe.³¹ Die Herabwürdigung des durch seine Regierungskritik den preußisch-militärischen Comment verletzenden Majors a. D. schloss zwei ehrengerichtliche Untersuchungen nach Denunziationen³² und seinen Ausschluss aus der von der Kösliner Garnison bestimmten örtlichen „Ressourcengesellschaft“ mit ein. Nachdem Beitzke 1867 verstorben war, zog seine Familie nach Münster, wo die älteste Tochter dann einen ehemali-

30 Ebd., Brief vom 15. März 1860. Die illustren Treffen im Haus des Verlegers und Fortschritts-Politikers Franz Duncker werden geschildert bei Ludwig Pietsch: Wie ich Schriftsteller wurde. Der wunderliche Roman meines Lebens (1893/94). Berlin 2000, passim, bes. S. 83 ff.

31 Vgl. einen Nachruf auf Heinrich Beitzke in: Die Zukunft 111 vom 12. Mai 1867. Beitzke gehörte zu jenen 75 Abgeordneten, die am 3. September 1866 gegen die als Versöhnungsangebot gemeinte Indemnitätsvorlage stimmten – die 230 übrigen Parlamentarier nahmen die Vorlage hingegen an und beendeten damit den Verfassungskonflikt. Die Illustrierte Zeitung (Leipzig) 1249 vom 8. Juni 1867 wies in ihrem Nachruf weiterhin darauf hin, dass Beitzke noch zwei Tage vor seinem Tod im preußischen Abgeordnetenhaus gegen die Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes gestimmt habe. Weitere Nachrufe erschienen u. a. in: National-Zeitung vom 10. Mai 1867; Volks-Zeitung. Organ für Jedermann aus dem Volke vom 11. Mai 1867; Stettiner Zeitung vom 13. und 16. Mai; Cösliner Zeitung vom 14. Mai 1867; Oder-Zeitung vom 14. Mai 1867; Berliner Gerichts-Zeitung vom 18. Mai 1867.

32 S. „Illustrierte Rückblicke vom 1. Januar bis Ende März“. In: Kladderadatsch vom 27. März 1864, S. 27 (vgl. <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/kla1864/0056?sid=54924242573863f55556c129f594acdf>, Zugriff 1.4.2015), wo es unter der Zeichnung eines von allen Seiten geschmähten Herren, der sein Gesicht hinter dem Mantelkragen versteckt ließ: „Auch der Denunciant des Majors Beitzke zieht sich vielfach Zeichen der öffentlichen Teilnahme (für Beitzke) zu. So möge es jedem ergehen.“ Beitzke hatte für den Nationalverein gespendet, war angeschwärzt worden, und sollte darauf hin vor ein militärisches Ehrengericht gestellt werden. Der Kladderadatsch hatte schon zuvor scharfe Kritik an den sichtbar an den Haaren herbeigezogenen ehrengerichtlichen Untersuchungen gegen Beitzke geäußert, s. das Konvolut zu den verschiedenen Verfahren gegen den unliebsamen Abgeordneten in: GSStA PK, Depositum Beitzke, Nr. 47. In der Familienüberlieferung heißt es, „der König selbst äußerte, er könne gegen den alten verdienten Mann unmöglich etwas unternehmen, die Untersuchung wurde eingestellt.“ „Chronik der Familie Beitzke.“ (wie Anm. 22), S. 86.

gen Berliner Kommilitonen ihres Bruders heiratete: den seinerzeitigen Gerichtsreferendar Lothar Schücking.

VI. Lothar Engelbert, Walther und Levin Ludwig Schücking

Die drei Söhne von Luise Beitzke und Lothar Schücking wuchsen zunächst ganz unter dem Eindruck der nationalliberalen Politikauffassung des Vaters auf. Walther Schücking reiste etwa 1895 als Vertreter der Münchner Freistudentenschaft zu Bismarcks 80. Geburtstag zum Alterssitz des Kanzlers im Ruhestand nach Friedrichsruh.³³ Drei Jahre später verfasste er für die liberale „Danziger Zeitung“ seines Onkels Heinrich Rickert einen Artikel aus Anlass des 100. Geburtstags des Großvaters Beitzke, in dem er dessen Prinzipientreue herausstellte:

„Sein Werk wurde mit heller Begeisterung aufgenommen, und das Volk ahnte mit richtigem Instinct, dass der Verfasser ein charaktervoller, fester Mann sein müsse. Solche Männer aber wurden in jener Zeit dringend gebraucht, um die Reaction, die unter dem Ministerium Manteuffel das preußische Staatsleben beherrschte, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.“³⁴

Manteuffels Nachfolger Bismarck, mit dem Beitzke seine eigentlichen parlamentarischen Sträube focht, fehlte hier bezeichnender Weise noch! Erst langsam, vollends erst nach dem frühen Tod des Vaters im Jahr 1901, lösten sich die Brüder von dessen nationalliberalen und teils konservativen Vorstellungen. Diese hatten sie vorher zumindest äußerlich geteilt, offenbar aber auch mit einer beobachtenden Distanz analysiert. So bemerkte der älteste der drei, Lothar Engelbert, über seinen ihn zunächst stark prägenden Vater:

33 Vgl. zu Friedrichsruh als Zentrum einer vielgestaltigen Bismarck-Verehrung zuletzt Ulrich Lappenküper: Bismarcks Erbe. Friedrichsruh als Medium der Erinnerung. In: Tilman Mayer (Hrsg.): Bismarck. Der Monolith. Reflexionen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Hamburg 2015, S. 234-266. Aus der Fülle zeitgenössischer Quellen zu den studentischen Wallfahrten zu Bismarck vgl. für 1895 bes. Die Huldigungsfahrten der deutschen Studenten zum Fürsten Bismarck am 1. April 1895, hrsg. vom Ausschuß der deutschen Studentenschaft, Berlin 1895.

34 Danziger Zeitung vom 13. Februar 1898. Walther Schückings Tante Gerhardine, eine Schwester Lothar Schückings, war in zweiter Ehe mit dem Verleger und linksliberalen Reichstagsabgeordneten Heinrich Rickert verheiratet. Überliefert ist der Artikel u.a. im Familiendepot Beitzke (GStA PK, XX. HA, FA Beitzke, Nr. 76), wo ein ganzer Stapel anonymer Zeitungsartikel zum 100. Geburtstag Beitzkes mit einem rührenden Einlegestreifen versehen ist (die Rückseite eines Ausleihscheins der Berliner Universitätsbibliothek), der die Aufschrift trägt: „Artikel zu Vaters 100jähr. Geburtstag von Walther, Levin und Freunden geschrieben“.

„(E)r glaubte [...] fest und [s]teif an die Gesellschaftsordnung. Er war davon überzeugt, dass diese und der Eigentumsbegriff etwas Ethisches sei[en] und dass mit der Auflösung dieser Begriffe Chaos eintrete. Diese Auffassung, dass die Ethik eine Art Luxus der herrschenden Klasse sei, dass Anständigkeit der Gesinnung sich vor allem in grossen Vermögensverhältnissen bilde [...], konnte ihn auch nicht wankend machen, dass das pekuniär gefestigte Bürgertum in Bismarckscher Zeit ethisch doch schon sehr angekränkt war.“³⁵

Und auch Levin Ludwig, der jüngste stellte in der Rückschau auf ein in der Mitte der 1890er Jahre stattgefundenes Gespräch mit dem Vater „in seinem Denken über die dem Bürgertum so verhasste Sozialdemokratie [...] eigentümliche Unterströmungen“ fest, die durchaus Verständnis für die Motive der Anhänger Wilhelm Liebknechts und August Bebels erkennen ließen. Tatsächlich verbesserte Lebensbedingungen für die wachsende Fabrikarbeiterschaft versprach sich Lothar Schücking, „befangen in der nationalliberalen Ideenwelt“, aber nur von einer Hebung des gesamten Lebensstandards. Von der eine einzelne „Klasse“ bevorzugenden Sozialdemokratie sei dies nicht zu erwarten, deren Toleranz „die Familientraditionen eben nicht erlaubten, sonst müßte man sich ja eigentlich an die Spitze stellen“.³⁶

Die im Traditionsbewusstsein einer jahrhundertealten Patrizierfamilie aufgezogenen Söhne und potentiellen Erben des Sassenberger Anwesens sahen das zeitlebens ganz ähnlich, allerdings stießen sie sich an der unverhohlenen Unterdrückung der Sozialdemokratie, auch nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes. Dessen einstiger Urheber Bismarck sagte ihnen folglich immer weniger zu. Man denkt an die oft zitierten Aussagen Harry Graf Kesslers, der 1891 zu den studentischen Gruppengratulanten zu Bismarcks Geburtstag gehört hatte, allerdings schon beim Dank des greisen Reichskanzlers Zweifel an der Pilgerreise gehabt hatte, da nach seinem Eindruck „aus Bismarcks Mund nur die Vergangenheit, nicht aber die Zukunft der jungen Generation gesprochen habe“.³⁷

Der Reichsgründer war aus der (links-)liberalen Sicht der bürgerlichen Jugend der Wilhelminischen Jahre nach 1900 mehr eine Chiffre, als dass sie

35 Lothar Engelbert Schücking: Mein Vater. Manuskript masch., S. 3. In: Nl. Levin Ludwig Schücking, Bernhard Mende (Murnau).

36 Levin Ludwig Schücking: Mein Vater. Lothar Karl Levin Schücking. Manuskript masch., S. 4 f. In: Ebd..

37 Zitiert nach Folker Reichert: Gelehrtes Leben. Karl Hampe, das Mittelalter und die Geschichte der Deutschen. Göttingen 2009, S. 42, wonach Kessler 1895 in Friedrichsruh gewesen ist. Bei Burkhard Stenzel: Harry Graf Kessler. Ein Leben zwischen Kultur und Politik. Weimar-Wien 1995, S. 38, begegnete Kessler dem Reichskanzler a.D. hingegen 1891 in Bad Kissingen; freilich mit den gleichen Assoziationen: „Alles war rückwärts gerichtet. Seine Konversation hatte trotz ihres Glanzes deshalb etwas Gespenstisches, als ob wir ihn von seinen verstorbenen Zeitgenossen fort aus dem Grabe geholt hätten.“ Stenzel zitiert Kessler selbst: Harry Graf Kessler: Gesichter und Zeiten. Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1988, S. 222.

sich konkret auf den Staats- oder Privatmann bezogen hätte, zumindest bei den Schückings lässt sich das vielfach belegen. In seinem Buch „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preussens“, das 1908 zunächst anonym erschien, dann aber bald den Autor als den mit dem ihm verstrittenen Landrat überworfenen Husumer Bürgermeister Lothar Engelbert Schücking verriet, findet sich Bismarck an zahlreichen Stellen; und zwar als affirmativer Belegspender für Verfehltes und Unsensibles eines materialistischen Zeitalters ohne jeglichen nicht-positivistischen Rechtsbezug. Dass die Schrift ihren Verfasser bald um das Amt brachte, kann kaum verwundern. Schon einleitend heißt es:

„Mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt in Deutschland die realistische Periode. Das Streben nach ästhetischer Bildung hört auf, politische Machti-deale, kapitalistische Ziele treten an die Stelle metaphysischer Bedürfnisse und bereiten das deutsche Volk auf die großen und siegreichen Einigungskriege vor. Der glänzende Erfolg der letzteren, die Erfolge Bismarcks, erschienen der Mehrzahl als schlagender Beweis dafür, dass es eine Torheit war, das Volk der Dichter und Denker darstellen zu wollen.“³⁸

Und weiter heißt es:

„Politisch erreicht der Einfluß des Liberalismus, auf dessen Boden viele Erfolge erreicht sind, im neuen deutschen Reiche seinen Höhepunkt, um nach den siebziger Jahren kläglich zusammenzuschrumpfen. Das ist der Boden, auf dem unsere heutigen in den fünfziger und vierziger Jahren stehenden Männer jung gewesen sind, eine Zeit, die ästhetisch und metaphysisch minderwertig war, wie wohl niemals nachher eine Periode der Menschheitsentwicklung sein wird. Philosophisch bedeutet Nietzsche für diese Periode eine gewisse Höhe, politisch das Sozialistengesetz den borniertesten Versuch, der je gemacht worden ist, Gedanken und Probleme durch die Polizei zu bekämpfen. Das Interessante an dieser Periode, für die Bismarck einen derartigen Einfluß gehabt hat, daß ihre meisten Erscheinungen auf ihn zurückgeführt werden können, ist vor allem auch die Tatsache, daß der Mangel an Idealen von den Hauptträgern der Ideen jener Zeit als Vorzug empfunden wurde und noch empfunden wird. Eine Menge Schlagworte, die in unseren konservativen Zeitungen häufig wiederkehren, wie Tatsachensinn, Realpolitik, gesundes Denken, entstammen dieser Periode.“³⁹

Lothar Engelbert ist in politicis der Interessanteste der drei, aber auch der am schwierigsten Greifbare, da er häufig seine tagespolitischen Interessen wechselte, wenn auch die generelle ideelle Grundierung gleich blieb.⁴⁰ Diese war wie bei seinen Brüdern dezidiert linksliberal, freiheitlich, aufklärerisch. Und

38 Levin Ludwig Schücking: Mein Vater (wie Anm. 35), S. 7.

39 Ebd. S. 7ff.

40 Vgl. zum politischen Entwicklungsgang der Brüder ausführlich Morgenstern: Zivilcouragierte Überzeugungstäter (wie Anm. 4).

genau das führte für ihn 1933 zum Berufsverbot als Anwalt, seinen Bruder Walther ins Exil und den jüngsten Levin Ludwig vor die schwierige Aufgabe, als Anglistikprofessor zu überdauern und sich bald nicht nur um die eigenen vier Kinder, sondern auch um die elf Nichten und Neffen zu kümmern. Unter ihnen war dann in der Bundesrepublik Bismarck kein essentielles Thema mehr. Die Breite des abgedeckten politischen Spektrums unter den diesbezüglich engagierten Cousins und Cousinen vom CDU-Staatssekretär in Schleswig-Holstein bis zur Mitgründerin der Frauenpartei und der Grünen – von den „nur“ wählenden Schückings ganz abgesehen – lässt erahnen, wie vielfältig und vielleicht auch gegensätzlich die Einschätzungen Bismarcks durch diese zwischen 1900 und 1926 geborene Generationskohorte mit je linksliberalen Elternhäusern gewesen ist.⁴¹

Warum die Väter in diesen Elternhäusern nach 1900 vom nationalliberalen ins linksliberale Lager gewechselt und aus dieser Position heraus Bismarck als einen Gegner einer parlamentarisch demokratischen Staatsentwicklung angesehen haben, ist, in weiter gesteckten Zusammenhängen, andernorts untersucht.⁴² Zusammenfassend lässt sich für alle drei sagen, dass sie im nationalistischen und imperialistischen Grundzug der Epoche nach 1900 eine Fortziehung grundsätzlicher staatlicher und gesellschaftlicher Linien aus den vor-wilhelminischen Jahrzehnten der Bismarckschen Regierung und Gesetzgebung sahen. Und diese lehnten sie als ebenso unheilvoll ab, wie die Alldeutschen- und Flottenvereinspropaganda ihrer Gegenwart. Ob sie damit den geschichtlichen Entwicklungen der 1860er bis 1880er Jahre gerecht wurden, ist eine andere Frage. Zweifellos vollzogen sie einen Generationenbruch gegenüber den propreußischen, gouvernementalen Einstellungen des Vaters. Aber auch wenn sich für ähnliche Tendenzen um 1900 noch andere Beispiele finden lassen, man denke an den bereits genannten Harry Graf Kessler oder an Hellmut von Gerlach⁴³, so ist doch bei der Suche nach einem politischen Trend ebenso Vorsicht angebracht wie bei dem Verweis auf politische Abgrenzungen bei Generationsfolgen. Der Linksliberalismus setzte sich zwischen 1900 und 1930 eben nicht durch, ungeachtet seiner Regierungsbeteiligung im Bülow-Block bzw. in der Weimarer Koalition nach dem Ersten Weltkrieg. Und andersherum: Die Bismarck-Begeisterung hielt in genau diesem Zeitraum ungebrochen an. Aus dem Kult um den noch lebenden Reichsgründer wurde der sich immer mehr von den vergangenen Realitäten lösende Bismarck-Mythos. Und wer diesen nicht goutierte, kam

41 Hierzu ein über bloße Zitatensplitter hinausgehendes Bild aus den Quellen zu erlangen, ist lohnend, aber nur im Rahmen einer tiefergehenden Arbeit auf der Grundlage breiterer Recherche zu leisten.

42 Morgenstern: Bürgergeist und Familientradition (wie Anm. 10).

43 Vgl. die eindringlichen Schilderungen seines politischen Wandels bei Hellmut von Gerlach: Von rechts nach links. Zürich 1937.

auch in rationaleren Umständen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts nicht an Bismarck vorbei. So hatte Walther Schückings ältester Sohn Ende der 1930er Jahre die Absicht, sein Volkswirtschaftsstudium mit einer Doktorarbeit abzuschließen, die die „Steuergesetze der nationalsozialistischen Zeit mit denen unter Bismarck“ vergleichen sollte.⁴⁴

VII. Nachtrag

Über einen unscheinbaren Zettel im Nachlass ihres 1867 verstorbenen, streitbaren Vorfahren Heinrich Ludwig Beitzke dürften die meisten Schückings des 20. Jahrhunderts wie auch ihre Vettern aus der Familie Beitzke wohl herzlich gelacht haben; unabhängig davon ob sie nun Sympathien für Bismarck, die Hohenzollern oder eine konservative Lebenshaltung gehabt haben oder nicht. Ein lakonischer, ins zweite Jahr der Ministerpräsidentschaft Bismarcks datierter Reim zeigt den Humor, mit dem Heinrich Beitzke seine liberale Gegnerschaft zum hohenzollernschen Machtstaat unter der tagespolitischen Führung eines altmärkischen Junkers ertrug; lyrisch nicht eben preisverdächtig, aber auch nach 150 Jahren noch amüsant und damals – falls er den Polizeibehörden bekannt geworden wäre – vielleicht sogar für ein „Verfahren wegen demagogischer Umrtriebe“ (s. Abschnitt III) ausreichend:

„Wollt ihr n'mal ,nen Ochsen sehn,
Müßt Ihr zum Opernplatz hingehn,
und wenn Ihr werd'tne Fahne sehn,
Dann wird er bald am Fenster stehn.“⁴⁵

44 Walther Schücking: Lebenserinnerungen, Manuskript masch. Bd. 1, S. 86. In: Nachlass Walther Schücking. C. Schücking (Oberurff).

45 GStA PK, XX. HA, FA Beitzke, Nr. 64, Mappe Berlin 1863. Gemeint ist mit der Postadresse „Unter den Linden 9“ die am Opernplatz gelegene, später „Altes Palais“ genannte Berliner Residenz des Prinzen Wilhelm (seit 1829), der seit 1861 preußischer König war. Das Spottgedicht nimmt Bezug auf die publikumswirksame Gewohnheit Wilhelms I., am Mittag vom Eckfenster seines Arbeitszimmers aus den Wachwechsel an der schräg gegenüberliegenden Neuen Wache zu beobachten.

Ein wilhelminischer Bismarckianer? Friedrich Naumann und „Bismarcks Erbschaft“

Es mag banal klingen, aber nach wie vor gilt: Wer sich mit Friedrich Naumann befasst, kommt in der Regel an Theodor Heuss nicht vorbei. Dafür ist dessen monumentale Biographie zu sehr aus intimer persönlicher Kenntnis, zu detailliert und gedankenreich verfasst, als dass man sie ohne weiteres übergehen könnte.¹ Auch für das Thema „Naumann und Bismarck“ enthält sie wichtige Aspekte. Denn bereits gleich zu Anfang macht Heuss dort auf eine scheinbar simple Tatsache aufmerksam: Friedrich Naumann war ein „Wilhelminer“.² Genau genommen war er dies in doppelter Hinsicht: Zum einen wurde Naumann nur 14 Monate nach dem später namensgebenden Monarchen geboren, war also fast gleichaltrig und gehörte mithin derselben Generation an. Zum anderen, und das ist vielleicht noch wichtiger, deckte sich Naumanns „öffentliches Wirken“³ weitgehend mit der Regentschaft Wilhelms II. zwischen 1888 und 1918. Das heißt, er war – im Hinblick auf das Thema „Bismarck“ – sowohl Zeitgenosse des Reichsgründers als auch schon nachgeborener Betrachter, nimmt also in der liberalen Bismarck-Rezeption gewissermaßen eine Zwitterstellung ein.

Das epochale Ereignis der Reichsgründung hat der im März 1860 geborene Naumann als angehender Gymnasiast selbst bewusst miterlebt. Es gibt über die damalige Stimmung im väterlichen Hause des Pfarrers Friedrich Hugo Naumann kein direktes Zeugnis, aber, politisch gesehen, dürfte das Klima national – mit konservativem Grundton – gewesen sein.⁴ Die Reichsgründung hat Friedrich Naumann zweifelsohne beeindruckt und beeinflusst. Am Ende seines Lebens jedenfalls hat er sich an prominenter Stelle öffentlich dagegen gewehrt, „die Erlebnisse unserer eigenen(,) in Bismarcks Tage fallenden Jugend nachträglich etwa verketzern und in den Schmutz ziehen zu

1 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Zuerst Stuttgart 1937, zitiert wird nach der 2. Aufl. Tübingen 1949; zu Bedeutung und Ausstrahlung dieses Buches vgl. Thomas Hertfelder: Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland. Stuttgart 2013, S. 39–45.

2 Heuss: Naumann (wie Anm. 1), S. 1.

3 Ebd.

4 Vgl. Margarete Naumann: Friedrich Naumanns Kindheit und Jugend. Berlin 1928, S. 9.

lassen.“⁵ Insofern kann man zunächst einmal von einer positiven Grundeinstellung bei Naumann gegenüber dem Reichsgründer ausgehen. Inwiefern der zweite zentrale Hinweis von Theodor Heuss zutrifft – Naumann sei „nicht mehr oder weniger bismärckisch gewesen, als die Generation, der er angehörte“⁶ –, wird später noch zu diskutieren sein. Die Beobachtung ist im Folgenden auch darauf gerichtet, ob und wie sich das Bismarck-Bild im Laufe von Naumanns politischer Vita wandelte.

Folgt man Heuss, dann standen die allerersten öffentlichen Auftritte von Naumann als Mitglied des „Vereins deutscher Studenten“ 1880/81 ganz im Zeichen einer allgemeinen „Bismarck-Begeisterung“ der Studentenschaft, die sich teils mit antisemitischen, aber auch großdeutschen Zügen verband.⁷ Der Biograph Heuss hat gemeint, einen Widerspruch zwischen „Bismarck-Begeisterung und großdeutschen Empfindungen“ erkennen zu müssen; Naumann selbst sah das – wie gezeigt werden wird – nicht nur in den frühen 1880er Jahren anders.⁸ Allerdings bewegt man sich hier noch auf quellenmäßig schwankendem Untergrund. Dieser wird erst mit den 1890er Jahren fester, als Naumann publizistisch auch überregional aktiv wird. Die Zeitschrift „Die Hilfe“, Naumanns wichtigste und langlebteste mediale Plattform, setzte zur Jahreswende 1894/95 ein.

Kurz darauf stand der Altkanzler plötzlich zumindest mittelbar wieder im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit, weil nämlich sein 80. Geburtstag anstand. Die Feierlichkeiten wurden unerwartet zu einer politischen Affäre, als ihm der Reichstag mit einer Mehrheit aus Zentrum, Sozialdemokraten, Polen und Teilen der Linksliberalen eine Gratulationsbotschaft verweigerte.⁹ Die „Hilfe“ nahm dies in ihrem Geburtstagsartikel auf, wo Naumann das Handeln der Reichstagsmehrheit als „kleinlich“ und „ärmlich“ bezeichnete.¹⁰ Der ausführliche Artikel lobte den Reichsgründer – „Jeder große Staatsmann

5 Friedrich Naumann: Die Demokratie in der Nationalversammlung (Reichstagsrede v. 13.2.1919). In: Ders.: Werke. Bd. 2. Köln/Opladen 1964, S. 537-557, hier S. 542.

6 Heuss: Naumann (wie Anm. 1), S. 2.

7 Ebd. S. 28 f. u. 233.

8 Ebd. S. 29.

9 Diese Episode wird in der neueren Bismarck-Historiographie eher am Rande behandelt, vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt/ M. u. a. 1980, S. 719; Ernst Engelberg: Bismarck. Bd. 2: Das Reich in der Mitte Europas. Berlin 1990, S. 647; Rainer F. Schmidt: Otto von Bismarck (1815-1890). Realpolitik und Revolution. Stuttgart 2004, S. 274 und Christoph Nonn: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert. München 2015, S. 349. Zu den Umständen der Feierlichkeiten vgl. Otto Pflanze: Bismarck and the Development of Germany. Vol. 3: The Period of Fortification, 1880-1898. Princeton, N. J. 1990, S. 410-413 und Christoph Stedt: Das Bismarck-Bild der deutschen Öffentlichkeit (1898-1998). Friedrichsruh 1999, S. 6 ff.; die entsprechende Reichstagsdebatte (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, IX. Legislaturperiode, III. Session, Bd. 2, S. 1671-74), ist jetzt auch online zugänglich (http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k9_bsb00018724_00811.html, Zugriff 16.3.2015).

10 (Friedrich) N(aumann): Bismarck. In: Die Hilfe 14 v. 31.3.1895, S. 1-3, hier S. 1.

ist ein Erzieher des Volkes“¹¹ –, aber er stellte keineswegs nur eine Huldigung dar. Vielmehr setzte auch Naumann bei seiner ersten größeren öffentlichen Auseinandersetzung mit Bismarck auf jenes später klassische – liberale – Argumentationsmuster, das die Innen- von der Außenpolitik in der Bewertung trennt.¹² Letztere fand uneingeschränkte Zustimmung: „Seine größten Leistungen liegen auf dem Gebiete der äußeren Politik.“¹³

Die Innenpolitik Bismarcks fand dagegen bei Naumann schon hier ein etwas geteiltes Urteil. Einerseits hätte er eindeutig den Fortschritt im bürgerlichen Sinne befördert als „Beschützer“ der Gewerbefreiheit und Initiator des demokratischen Wahlrechts. Hier betonte Naumann: „Bismarck griff die Ideen des deutschen Bürgertums auf und übersetzte sie ins Ausführbare.“ Positiv sah Naumann auch die Einführung der Sozialversicherung und die „Rückkehr vom Freihandel zur nationalen Zollwirtschaft“. Insofern empfand Naumann eine „Pflicht des Dankes“ gegenüber dem Eisernen Kanzler und stimmte so weitgehend mit der unterlegenen Minderheit im Reichstag überein, zu der nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die eher linksliberale Freisinnige Vereinigung gehörte, der er sich selbst später anschließen sollte. Naumanns innenpolitische Position zu diesem Zeitpunkt könnte man in gewisser Weise durchaus schon als krypto-liberal bezeichnen, etwa wenn er andererseits Teile der bismarckschen Innenpolitik heftig kritisierte: Der Kampf mit AusnahmeGesetzen gegen den politischen Katholizismus und vor allem die Sozialdemokratie war in seinen Augen falsch gewesen. Hier habe Bismarck vergeblich versucht, „die Wucht seines eigenen mächtigen Ich(s) Strömungen entgegen[zu]werfen, die über ihn hinausgingen“.¹⁴

Noch in einer weiteren Hinsicht zeigte Naumanns Geburtstags-Artikel für Bismarck recht genau den persönlichen Wendepunkt auf, an dem sich der Verfasser selbst zu diesem Zeitpunkt befand: Einerseits wurde Bismarck als Kronzeuge für eine christlich fundierte Politik in die Pflicht genommen, er sei es „gewesen, der das Wort ‚praktisches Christentum‘ in die Politik eingeführt“ habe.¹⁵ Andererseits konnte man hier bereits eine Aussage finden, welche dann vor allem durch Naumanns Rezeption von Max Webers be-

11 Ebd. S. 1.

12 Vgl. beispielsweise Eugen Richter: Politisches Abc-Buch. 8. Aufl. Berlin 1896, S. 50. Dieses Argumentationsmuster ist jüngst von Nonn: Bismarck (wie Anm. 9), S. 326, genau umgekehrt worden, während dagegen Eberhard Kolb: Bismarck. Eine Biographie. München 2014, S. 175 ff. an dieser klassischen Bewertung festhält; beide Bücher sind übrigens im selben Verlag erschienen.

13 N(aumann): Bismarck (wie Anm. 10). S. 3.

14 Alle Zitate ebd. S. 2.

15 Ebd. S. 3.

rühmter Freiburger Antrittsvorlesung¹⁶ zum Inhalt seiner Politik in der bald beginnenden nationalsozialen Zeit wurde: „Wer dauerhaft Sozialreform treiben will, muß sein Vaterland zuerst nach außen gesichert wissen. Mit schönen Träumen aber sichert man es nicht, sondern nur mit Opfern und schweren Rüstungen.“¹⁷ In gewisser Weise war für Naumann also auch Bismarck ein Inspirator für einen sozialreformerischen Imperialismus.

In die bis nach der Jahrhundertwende andauernde imperial-nationalsoziale Phase bei Naumann fiel Bismarcks Tod Ende Juli 1898. Nach dem Vorherigen ist es nicht überraschend, dass die „Hilfe“ dem Verstorbenen einen ausführlichen Nachruf widmete. Zuvor schon hatte Naumann sich mit „Bismarcks Erbschaft“ beschäftigt. So lautete nämlich die Überschrift eines Artikels aus Anlass von Bismarcks 82. Geburtstag. Wiederum brachte Naumann seine Hochachtung vor „der unvergleichlichen Leistung, die er in der Fülle seiner Kraft vollbrachte“, zum Ausdruck.¹⁸ Wichtiger war aber die dabei gestellte Frage danach, wer denn der eigentliche Erbe Bismarcks sei. Darauf gab Naumann eine für die Leser möglicherweise unerwartete Antwort, die aber bereits auf sein erstes großes Buch zum Zeitgeschehen hinwies: Angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen fand es Naumann immerhin tröstlich, dass „Bismarcks nationaler Instinkt in dem Kaiser verjüngt wieder erscheint“.¹⁹ Aus heutiger Sicht sicherlich überraschend, aber für Naumanns damals aktuelle politische Agenda folgerichtig sollte ausgerechnet Wilhelm II. in die Fußstapfen Bismarcks treten, und dies in charakteristischer Abwandlung des eigentlichen Erbes: Denn der jetzige Monarch „versteht die Weltaufgabe Deutschlands heute ebenso wie Bismarck in den sechziger Jahren die Aufgabe Preußens verstand, er ist der gegebene Führer des nationalen Fortschrittes“.²⁰ Der wilhelminische Imperialismus wurde damit zur ak-

16 Sie wurde erst sechs Wochen später am 13.5.1895 gehalten, der Text ist u. a. abgedruckt bei Lothar Gall/Rainer Koch (Hrsg.): *Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert. Texte zu seiner Entwicklung*. Bd. 3. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1981, S. 195-219, zum Hintergrund vgl. zuletzt Jürgen Kaube: *Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen*. Berlin 2014, S. 114 f. und Dirk Kaesler: *Max Weber. Eine Biographie*. München 2014, S. 407-413. Friedrich Naumann hat die publizierte Fassung der Rede sogleich gewürdigt, vgl. (Friedrich) N(aumann): *Wochenschau*. In: *Die Hilfe* 28 v. 14.7.1895, S. 1 f. sowie Heuss: *Naumann* (wie Anm. 1), S. 101 und Peter Theiner: *Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland*. Baden-Baden 1983, S. 48 f.

17 Naumann: *Bismarck* (wie Anm. 10), S. 3.

18 (Friedrich) Naumann: *Bismarcks Erbschaft*. In: *Die Zeit. Organ für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage* 77 v. 1.4.1897, S. 1. Eine Kopie dieses Aufsatzes wurde mir dankenswerterweise von der Staatsbibliothek zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz zugänglich gemacht.

19 Ebd.

20 Ebd., zu einer genau entgegengesetzten Einschätzung der damaligen öffentlichen Stimmung hinsichtlich Wilhelms II. kommt Studt: *Bismarck-Bild* (wie Anm. 9), S. 8 f.

tualisierten Form Bismarck'scher Politik und bekam so eine ganz eigene Legitimation.

16 Monate später wurden im Nachruf die Ambivalenzen des Reichsgründers dann noch deutlicher angesprochen: „Er war in seiner Entscheidungszeit Royalist und Revolutionär, Preuße und Großdeutscher, konservativ und liberal, ein Beherrscher aller Motive, die in seiner Zeit lagen [...]“. Und Naumann fuhr fort mit einer Einsicht, die auch die spätere Bismarck-Geschichtsschreibung bis in die Gegenwart bestimmen sollte: „Es ist ganz unmöglich, ein so vielgestaltiges Leben unter eine schlichte Formel zu bringen.“²¹ Zwar sei vor allem der alte Bismarck „zum Schutzheiligen aller fortschrittsfeindlichen Geister“ geworden. Dies ändere aber nichts daran, dass die Deutschen Bismarck zu großem Dank verpflichtet seien: „Er gab den Deutschen einen deutschen Stolz, ein politisches Denken, eine nationale Verfassung, eine neue Geschichte.“ Das Kapitel Bismarck sei zwar vordergründig abgeschlossen, aber Naumann wollte ihn als Bezugspunkt der gegenwärtigen Politik erhalten: „Er ruhe in Frieden, wir aber wollen dem treu bleiben, was in ihm deutsch und unvergänglich war.“²² Zweifellos war Bismarck bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein zentraler, vielleicht sogar der wichtigste Bezugspunkt in Naumanns politischer Gedankenwelt, doch schien er nunmehr vom jungen Kaiser abgelöst zu werden, der kurz darauf zum Dreh- und Angelpunkt in Naumanns erstem umfangreichen Werk „Demokratie und Kaisertum“ wurde.²³

Dieser Bezugs-Wechsel sollte sich allerdings nicht als dauerhaft erweisen. Justamente in der Zeit, als Naumann seinen endgültigen Übertritt zum organisierten Liberalismus vollzog, fand eine neuerliche Beschäftigung mit Bismarck statt, diesmal in Form einer Rezension. Das zeigt übrigens, dass Naumann die Bismarck-Literatur durchaus aufmerksam verfolgte. Der Titel des Werkes von Ottokar Lorenz „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches“²⁴ hatte eigentlich nur mittelbar mit Bismarck zu tun. Dennoch versah Naumann seine Buchvorstellung mit der Überschrift „Bismarck-Probleme“. Hier nahm er nun eine doppelte Abgrenzung vor: Einerseits hielt Naumann die auch von Lorenz, vor allem aber vom amtierenden Kaiser unternomme-

21 Friedrich Naumann: Bismarck (Die Hilfe 32 v. 7.8.1898). In: Ders.: Werke. Bd. 5, Köln/Opladen 1964, S. 321-324, hier S. 322, ganz ähnlich noch das Schlussfazit bei Kolb: Bismarck (wie Anm. 12), S. 180.

22 Ebd. S. 324.

23 Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum (1900). In: Ders.: Werke 2 (wie Anm. 5), S. 3-351. Robert Gerwarth: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserner Kanzler. (2005) Dt. Ausgabe München 2007, S. 33 f. sieht, allerdings auf schmaler Quellenbasis, zu diesem Zeitpunkt eine sehr viel stärker bismarck-kritische Haltung bei Naumann, den er schon für 1899 zum freisinnigen Abgeordneten macht.

24 Ottokar Lorenz: Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches. Jena 1902. Vgl. dazu das vernichtende Urteil von Max Lehmann: Bismarck. Eine Charakteristik. Hrsg. v. Gertrud Lehmann. (Zuerst 1948) Neuausgabe Bremen 2015, S. 181.

nen Versuche, die Bedeutung Bismarcks bei der Reichsgründung ab- und die der Reichsfürsten und insbesondere des ersten Kaisers aufzuwerten, für nicht überzeugend: „Bismarck war zweifellos der bei weitem größte Wille, der Kopf, in dem die Elektrizität der Zeit sich entlud.“²⁵ Auf der anderen Seite kritisierte er aber auch die borussische Schule der Geschichtsschreibung, die Bismarck einen Masterplan unterstellte, nach dem alles „so kommen [musste] wie es gekommen ist“.²⁶ Gerade die Memoiren Bismarcks und die Tagebücher des Kronprinzen belegten für Naumann, dass die Entwicklung zur Reichsgründung keineswegs so problemlos und gradlinig verlaufen war. Indirekt wurde mit einer solchen Einschätzung aber auch der Politiker Bismarck wiederum aufgewertet.

Das hat sich in der Folgezeit allerdings bei Naumann nicht so fortgesetzt. Im Vorkriegsjahrzehnt beschäftigte er sich intensiv mit der Innenpolitik des Kaiserreichs und vor allem mit der Rolle der Liberalen dabei. Seine häufig zeithistorisch hergeleiteten Betrachtungen mussten zwangsläufig den früheren Reichskanzler mit in den Blick nehmen. Dabei wurde die Sicht durch die Übernahme der (links)liberalen Perspektive kritischer. Nach wie vor blieb die Reichsgründung der hauptsächliche Aktivposten Bismarcks, auch weil die geeinte Nation eben 1848/49 nicht zustande gekommen war; Bismarck wurde so zum Vollender der Paulskirche.²⁷ Allerdings verlief nun für Naumann die grundsätzliche innenpolitische Konfliktlinie zwischen Liberalismus und Konservativismus. Analog dazu bestand deshalb die Trennlinie bei der Bewertung von Bismarcks Politik jetzt nicht mehr zwischen Außen- und Innenpolitik allgemein, sondern wurde für beides chronologisch festgemacht: Die Wende zum Schutzzoll kam für Naumann einem „Trompetensignal zu einer allgemeinen Erhebung gegen den Liberalismus“ gleich,²⁸ und der alte Bismarck, immerhin ja zeitweise nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter, sei zum entschiedenen Gegner des Liberalismus geworden. Anders als im vorigen Jahrzehnt wurde nun von Naumann „der Schutz der nationalen Arbeit“, also die Schutzzölle, nicht mehr befürwortet. Naumann war inzwischen „der Überzeugung, dass es für Deutschlands Landwirtschaft und Gewerbe besser gewesen wäre, wenn wir vor 30 Jahren nicht zum Getreide-, Garn- und Eisenzoll übergegangen wären“.²⁹

25 Friedrich Naumann: Bismarck-Probleme. In: Die Zeit. Nationalsoziale Wochenschrift 16 v. 15.1.1903, S. 486-490, hier S. 489.

26 Ebd., S. 488. Naumann nannte namentlich Heinrich v. Treitschke, Wilhelm Oncken und Heinrich v. Sybel.

27 Vgl. Friedrich Naumann: Die Politik der Gegenwart (1905). In: Ders.: Werke Bd. 4. Köln/Opladen 1964, S. 32-99, hier S. 33.

28 Friedrich Naumann: Die politischen Parteien (1910). In: Ders.: Werke 4 (wie Anm. 27), S. 99-198, hier S. 122, vgl. auch S. 128 ff.

29 (Friedrich) Naumann: Freihandelsfragen. In: Die Hilfe 44 v. 2.11.1911, S. 690.

Interessanterweise orientierte sich Naumann in seiner innenpolitischen Strategie mehr und mehr am Vorbild Großbritanniens, also jenes Landes, das er außen- und geopolitisch als den eigentlichen Antagonisten des Reiches ansah. Ungeachtet dessen gab Naumann Bismarck nun eine erhebliche Mitschuld daran, dass Deutschland bislang nicht „den englischen Weg“ habe einschlagen können.³⁰ Allerdings habe dieser Entwicklungen in Gang gesetzt, die letztlich doch einem bürgerlich-liberalen Fortschritt zu Gute kommen würden, Naumann dachte dabei etwa an den Aufstieg des Industriekapitalismus.³¹

Und außenpolitisch fiel für Naumann der Höhepunkt bismarckscher Politik nun auch in die Zeit seiner Kooperation mit dem Liberalismus:

„Als Bismarck Macht gewinnen wollte, verbündete er sich zu diesem Zwecke mit den freiheitlichen Trieben im Innern der germanischen Bevölkerungen. Er hat später diese Verbindung wieder fallen gelassen, aber trotzdem steht es mit unauslöschlichen Lettern in der deutschen Geschichte geschrieben, daß wir nur dadurch [...] vor 40 Jahren zum Nationalstaate wurden, daß der Liberalismus die Volksstimmung wurde.“³²

Das habe durchaus Vorbildcharakter für die Gegenwart: „Unsere Weltlage wäre mit einem Schlag eine andere, wenn wir, wenn wir Deutschen die Fackel der Freiheit vor Europa herzutragen uns entschließen könnten.“³³ Insofern könne auch gerade von liberaler Seite immer noch an Bismarcks Werk angeknüpft werden. In Naumanns Bilanz zur „Politik der Gegenwart“ findet sich an zentraler Stelle die Bemerkung: „Das Erbe Bismarcks muß ebenso mit Verstand für die Macht wie mit Verstand für die Freiheit und Sozialpolitik verwaltet werden.“³⁴

Diese Feststellung aus dem Jahre 1905 wurde von ihm in atypisch pessimistischer Weise ergänzt: „Und die Verwaltung dieses Erbes wird dadurch nicht leichter, daß zu den alten europäischen Problemen der neue Kampf um die Erdoberfläche im Ganzen getreten ist.“³⁵ Diese Passage sollte sich dann auch als geradezu prophetisch erweisen für die Situation ein knappes Jahrzehnt später. Nach dem Beginn des Weltkrieges ging es für Naumann näm-

30 Friedrich Naumann: Das Königtum (1909). In: Ders.: Werke 2 (wie Anm. 5), S. 408-439, hier S. 431, vgl. auch Jürgen Frölich: „Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht.“ Friedrich Naumann und der Liberalismus im ausgehenden Kaiserreich. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien u. a. 2012, S. 135-157, hier S. 152.

31 Naumann: Politik der Gegenwart (wie Anm. 27), S. 39.

32 (Friedrich) Naumann: Patria! In: Patria. Jahrbuch der Hilfe 1907, o. S. (= Bl. 1-4, hier Bl. 4).

33 Ebd.

34 Naumann: Politik der Gegenwart (wie Anm. 27), S. 42.

35 Ebd.

lich immer noch – oder wieder – um das Erbe Bismarcks, jetzt aber in einem erneut anderen Sinne.

Mit Kriegsausbruch traten für ihn innenpolitische Fragen in den Hintergrund, bald stand alles im Zeichen „Mitteleuropas“, dem Naumann 1915 sein erfolgreichstes – und umstrittenstes – Buch widmete. Der Anfang der konkreten Arbeit daran datierte offenbar auf den April dieses Jahres,³⁶ was vermutlich kein Zufall war. Denn da jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag Bismarcks. Auf dieses Ereignis bereitete sich Naumann intensiv vor, unter anderem wohl auch weil Bismarck mit Kriegsbeginn – nicht nur für ihn –³⁷ eine neue Aktualität bekommen hatte.

Schon zur Jahreswende 1914/15 reflektierte er in der „Hilfe“ erneut den nachbismarckschen Wechsel in der deutschen Außenpolitik von der Kontinental- zur Weltpolitik. Bei allen Unterschieden, die Naumann jetzt nicht mehr leugnete, sah er doch eine zentrale Gemeinsamkeit, nämlich den Aufbau und die Bewahrung einer deutschen Machtposition, deren Berechtigung natürlich auch jetzt nicht von ihm in Frage gestellt wurde. Allerdings gelänge dies nur, wenn man bereit sei, „zwei Schritte über den bismarckschen Nationalstaat hinaus zu tun“, nämlich zum einen durch „ein deutsches Zentralafrika“.³⁸ Der andere Schritt bestand für Naumann in der Zurückdrängung Russlands: „Alle Nachbarn Rußlands von der Ostsee an bis zur Türkei sind darauf angewiesen, entweder in Rußlands Arme zurückzufallen oder sich gegenseitig zu stützen.“³⁹

Da ihm seit Kriegsbeginn offenbar vermehrt Zweifel gekommen waren, ob der erste „Schritt“ noch zu realisieren sei, wurde der zweite als Kriegsziel umso wichtiger. Dabei konnte man sich Naumann zufolge auf Bismarck und den „Schutzvertrag mit Österreich vom Jahre 1879“ berufen, der gezeigt habe, dass der langjährige Reichskanzler keineswegs die Donaumonarchie ihrem Schicksal habe überlassen wollen. Insofern, so Naumanns Schlussfolgerung, betreibe derjenige, der die Machtposition Deutschlands sichere und dabei über die klassische kleindeutsche Politik unter Wiederaufnahme „vorbismarckscher großdeutscher Ideale“ hinausgreife, eine „nachbismarcksche Politik auf bismarckscher Grundlage“.⁴⁰

Damit war der Grundton angeschlagen, der Naumanns Ausarbeitung des Mitteleuropa-Konzeptes und seine Gedanken zur Zentenarfeier bestimmen sollte. Bei diesem Anlass nahm Naumann Bismarck verstärkt für seine Ar-

36 Vgl. das editorische Vorwort des Bearbeiters Wolfgang Schieder in: Naumann: Werke 4 (wie Anm. 27), S. 485.

37 Vgl. Studt: Bismarck-Bild (wie Anm. 9), S. 12 f.

38 (Friedrich) Naumann: Bismarck und unsere Weltpolitik. In: Die Hilfe 53 v. 31.12.1914, S. 864 f., hier S. 865.

39 Ebd.

40 Ebd.

gumentation in die Pflicht, indem er danach fragte: „Wer war Bismarck?“ Die einleitende rhetorische Antwort – „Ein Mensch und ein Übermensch, eine Zeiterscheinung und ein Überzeitlicher, ein Handhaber der kleinen Mittel und ein Erdenker der großen Ziele“ –⁴¹ zeigte nochmals die grundständige Hochachtung, die Naumann weiterhin für Bismarck hegte, und dies obwohl im Artikel auch an die Liberalen erinnert wurde, die vom Kanzler „erdrückt“ worden wären.⁴²

Aber Bismarck stand jetzt in Naumanns Augen jenseits der Parteigungen, und sein Erbe konnte von all denjenigen beansprucht werden, die an die von ihm geschaffenen Grundlagen eines großen und mächtigen Deutschlands anknüpften. Dazu zählten einerseits die Gründung des Nationalstaates und andererseits seine Weiterentwicklung. Und die bestand in den „zwei verbündeten Großstaaten Mitteleuropas“.⁴³ Der Artikel mündete in die Schlussfolgerung, Mitteleuropa sei das eigentliche Bismarcksche Erbe: „Um Mitteleuropa kämpfen wir. Das ist von Bismarck uns vorgeschrieben worden.“⁴⁴

Zugleich unternahm Naumann damit auch den Versuch, insbesondere den späten Bismarck von seiner konservativen Ausrichtung abzulösen und ihn posthum erneut zum Einiger Deutschlands zu machen, diesmal im Sinne des Burgfriedens: „Er ist für uns kein Umstrittener mehr, sondern ein Nationalbesitz. Er ist keine Partei, sondern der erste aller Deutschen.“⁴⁵ Und Naumann wies darauf hin, dass Bismarck das Kaiserreich „mitten im Kriege“ aus der Taufe gehoben habe,⁴⁶ natürlich mit dem Hintergedanken, auch der mitteleuropäische Zusammenschluss dürfe keinen Aufschub haben.

Die intensive Beschäftigung mit Bismarck im Frühjahr 1915 floss natürlich auch in das eigentliche „Mitteleuropa“-Buch ein, ablesbar nicht nur an der der Originalausgabe beigelegten Bibliographie.⁴⁷ Auch das Kapitel „Zur Vorgeschichte Mitteleuropas“ ging ausführlich auf die bismarcksche Außenpolitik ein und vertiefte die schon früher geäußerten Gedanken.⁴⁸ Entlang seiner bisherigen Argumentationslinie machte Naumann Bismarck zunächst zum „Vollender des Werkes Friedrichs II. von Preußen und gleichzeitig Vollführer des Volksauftrages der Kleindeutschen aus der Paulskirche“,⁴⁹

41 Friedrich Naumann: Wer war Bismarck? (1915). In: Ders.: Werke 5 (wie Anm. 21), S. 533-542, hier S. 533.

42 Vgl. ebd. S. 538.

43 Ebd. S. 539.

44 Ebd. S. 540. Hier sieht Gerwarth: Bismarck-Mythos (wie Anm. 23), S. 39 einen sehr klaren Bruch mit Naumanns früherer Haltung, wohl nicht ganz zu Recht.

45 Ebd. S. 542.

46 (Friedrich) Naumann: Was tat Bismarck während des Krieges? In: Die Hilfe 17 v. 29.4.1915, S. 264 f. Der Gedanke wurde am Anfang des Mitteleuropa-Buches wiederholt, vgl. Friedrich Naumann: Mitteleuropa. In: Ders. Werke 4 (wie Anm. 22), S. 489.

47 Friedrich Naumann: Mitteleuropa. Berlin 1915, S. 294.

48 Naumann: Mitteleuropa (wie Anm. 46), S. 523-551.

49 Ebd. S. 542.

dann aber auch zum Begründer von Mitteleuropa.⁵⁰ Den entscheidenden Umschwung verlegte Naumann jetzt übrigens vom Zweibund zeitlich vor auf die Tage von Königgrätz: Seitdem habe Bismarck „völlig auf Erhaltung der österreichischen Unverletzlichkeit“ gesetzt.⁵¹

Dementsprechend interpretierte Naumann jetzt das Jahr 1866 als „eine Verlegung des Schwerpunktes, aber nicht eine Zerstörung des erst noch werdenden Mitteleuropa“.⁵² Diese mitteleuropäische Politik sei durch die außenpolitischen Entscheidungen von 1876 und 1879 unangefochten zu Bismarcks Maxime geworden, weshalb Naumann kurzerhand allen, die nicht „mitteleuropäisch denken“ wollten, unterstellte, „Bismarcks Pfade endgültig (zu) verlassen“.⁵³ Und mit erheblichem Pathos mündete Naumanns mitteleuropäische Vorgeschichte in den Appell an die Leserschaft: „Unsere Aufgabe ist es, ihn [Bismarck, J.F.] fortzusetzen. Alle Sorgen, die ihn bewegten, sind im Weltkrieg eingetroffen, alle. Sollen nun auch nicht seine Hoffnungen reifen?“⁵⁴

Es kann hier nicht diskutiert werden, ob diese „mitteleuropäische Bismarck-Sicht“ in der historischen Realität bzw. in ihrer historiographischen Darstellung Entsprechung findet. Immerhin trifft sie sich in etlichen Punkten mit einer „mitteleuropäischen“ Interpretation Bismarcks in der Historiographie, die sich auch noch in der jüngeren Vergangenheit finden lässt und die sich expressis verbis von der „kleindeutschen“ Sicht auf Bismarck absetzt.⁵⁵ Wichtiger ist zu fragen, ob Bismarck hier noch aus einer liberalen Perspektive gesehen wurde. Das ist natürlich eine Frage, die an das gesamte „Mitteleuropa“-Buch gestellt werden kann, das auch im liberalen Lager ebenso viele Kritiker wie Sympathisanten gefunden hat. So hat Theodor Heuss die Schrift bis zu seinem Lebensende verteidigt,⁵⁶ während sein akademischer Lehrer Lujo Brentano sie „glänzend“ und „unsinnig“ zugleich fand.⁵⁷ Nicht zu bestreiten ist jedenfalls, dass das Ur-Motiv für das Buch nicht in der In-

50 Ebd. S. 548.

51 Ebd. S. 542.

52 Ebd. S. 543.

53 Ebd. S. 547 f.

54 Ebd. S. 548.

55 Vgl. Bascom Barry Hayes: Bismarck and Mitteleuropa. Cranbury, NJ/London/Mississauga 1994. S. 41, 56 und passim. Ohne ausführlich auf die uferlose Literatur zu Bismarcks Außenpolitik eingehen zu können, sei für andere Ansichten nur auf Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995, S. 58-64, wo der Zweibund von 1879 eher taktisch-situativ erklärt wird, und auf Nonn: Bismarck (wie Anm. 9), S. 277 u. 284, wo Russland als Bismarcks bevorzugter Bündnispartner gesehen wird, hingewiesen.

56 Theodor Heuss: Friedrich Naumann und die deutsche Demokratie. Wiesbaden 1960, S. 18.

57 Lujo Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1931, S. 325. Zur Rezeption des Mitteleuropa-Buches vgl. auch Jürgen Frölich: Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“. Ein Buch, seine Umstände, seine Folgen. In: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann und seine Zeit. Berlin 2000, S. 245-267, hier S. 245 ff.

nen-, sondern in der Außenpolitik lag und insofern eine Hochschätzung Bismarcks aus liberaler Perspektive leichter fallen musste. Dennoch ist es schon erstaunlich, wie sehr Friedrich Naumann nach einem Jahrzehnt liberaler Reformpolitik mit Kriegsbeginn wieder „bismärckisch“ geworden war.

Die Beschäftigung mit Bismarck trat jedoch danach zunächst zurück, obwohl die Mitteleuropa-Debatte weiterging. Erst in der Endphase des Krieges wurde Bismarck von Naumann erneut ins Spiel gebracht und wiederum in einem neuen Zusammenhang. Denn jetzt ging es um die Umgestaltung der deutschen Verfassung. Zunächst noch verhalten, dann aber energisch fordernte Naumann nun die wirkliche Parlamentarisierung des Reiches. Dabei war jedoch sein Bemühen, dies nicht als Bruch mit Bismarck, sondern als Fortentwicklung darzustellen. Zu diesem Zweck minimierte er die Unterschiede zwischen Bismarck und den Achtundvierzigern: Bismarcks großes Verdienst in verfassungspolitischer Hinsicht sei es gewesen, dass er „eine lebensfähige Form [fand], um ohne Bruch mit der Vergangenheit das alte Königtum in einen werdenden Volksstaat hineinzuarbeiten“.⁵⁸ Die Schlussfolgerung lag auf der Hand: Der Parlamentarismus – oder wie es Naumann nannte, der „Volksstaat“ – ließ sich durchaus mit den von Bismarck geschaffenen Grundlagen vereinbaren. Naumann versäumte auch nicht den warnenden Hinweis, „daß nicht die Volksbewegung von 1848, sondern die militärische Diplomatie von 1866 und 1870 das Reich hergestellt“ habe und dass „die Tatsache der Reichsgründung monarchisch“ wirke.⁵⁹ Noch hielt er also an der monarchischen Staatsform, vor allem am Kaisertum, fest, fühlte sich eher in seinen früheren Überlegungen zu „Demokratie und Kaisertum“ bestätigt.

Das war ein Jahr später, im Oktober 1918, weiterhin so, nur dass jetzt der Drang zur Demokratisierung bei Naumann noch stärker ausgeprägt war und die Probleme der bismarckschen Verfassung schärfer angesprochen wurden. Allerdings war auch jetzt immer noch die prinzipielle Hochachtung vor der politischen Leistung Bismarcks vorhanden: „Das, was Bismarck uns gebracht hat, war im Vergleich zu allem, was vorher gewesen ist, ein Wunderwerk voll schöpferischer Kraft. 50 Jahre hat es uns gehalten und getragen.“⁶⁰ Jedoch bereitete gerade der persönliche Zuschnitt der Verfassung auf einen

58 Friedrich Naumann: Der Kaiser im Volksstaat (1917). In: Ders.: Werke 2 (wie Anm. 5), S. 461-521, hier S. 475.

59 Ebd., S. 489.

60 Friedrich Naumann: Der Weg zum Volksstaat (1918). In: Ders.: Werke 2 (wie Anm. 5), S. 521-537, hier S. 527. Eine große Integrationsleistung ist Bismarck unlängst noch oder wieder, wenn auch aus aktuellem Anlass, von Ralph Bollmann: Wie Bismarck seine Griechen bändigte. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 9 v. 1.3.2015, S. 20 bescheinigt worden.

„Riesen“ Schwierigkeiten, denn „man hat nicht immer einen Riesen zur Hand“.⁶¹

Noch deutlicher wurde Naumann kurz darauf im Reichstag, als der Übergang zum parlamentarischen Regime gerade vollzogen worden war. Der Krieg habe die zwei gravierenden Defizite des Bismarckschen Systems für alle zu Tage gefördert, an denen „es jetzt zugrunde“ gehe: „Es hat nicht geleistet die Einheitlichkeit der Regierung und es hat nicht geleistet die Verkörperung des nationalen Gedankens.“⁶² Naumann spielte hier vor allem auf das Gegeneinander von ziviler und militärischer Gewalt sowie auf die Kämpfe um die Kriegsziele an, die nun durch die parlamentarische Verantwortung der Exekutive und das Mehrheitsprinzip gelöst werden sollten. Trotz des von ihm konstatierten „Zusammenbruches des alten Systems“ wollte Naumann auch darin keinen wirklichen Bruch mit den bismarckschen Grundlagen des deutschen Staates sehen: „Die neue Entwicklung tritt im Rahmen und auf Grund der vorhandenen Verfassung auf. Die Verfassung muß dazu umgeändert und ergänzt, aber nicht umgeworfen werden.“⁶³

Und Naumann fuhr bei seinem letzten Auftritt im kaiserlichen Reichstag fort: „Dieser normale, legitime Charakter der deutschen Entwicklung ist ein hohes Gut und soll festgehalten werden, solange es menschenmöglich ist.“⁶⁴ Genau das war zwei Wochen später durch die Ereignisse des 9. Novembers hinfällig geworden und damit auch Naumanns Versuch, eine verfassungspolitische Verbindung zu Bismarck herzustellen. Diesem blieb jetzt nur noch die Rolle der Cassandra, deren Prophezeiungen eingetroffen seien, wie Naumann unmittelbar nach dem Sturz der Monarchie schrieb: „Nach solchen Niederlagen kann nicht weiterregiert werden. Es ist alles eingetroffen, was Bismarck fürchtete.“⁶⁵

Im Zuge der Debatte um die Weimarer Verfassung ist dann auch der Bismarck-Bezug bei Naumann kaum noch sichtbar. Wenn er hergestellt wurde, war er eher negativ, etwa in Bezug auf die Art und Weise, wie in der parla-

61 Ebd. S. 527.

62 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Bd. 314, XIII. Legislaturperiode, II. Session, 22.10.1918, S. 6167 (= http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003418_00023.html, Zugriff 16.3.2015).

63 Ebd., S. 6169 (= http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003418_00025.html).

64 Ebd.

65 Friedrich Naumann: Wie es kam. In: Die Hilfe v. 21.11.1918, S. 556 f. hier S. 557. Auf welche Äußerungen von Bismarck hier Naumann, der ja weder den dritten Band von „Gedanken und Erinnerungen“ noch die vielen posthum überlieferten pessimistischen Zitate des Kanzlers im Ruhestand kannte, abzielte, ist nicht klar, wahrscheinlich auf Passagen aus den beiden ersten Bänden des Erinnerungswerkes, vgl. z. B. Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen – Reden und Briefe. Berlin 1951, S. 149 ff., 207, 292 u. 336 ff., wo sich der Altkanzler über den deutschen Patriotismus, die Bedeutung parlamentarischer Kontrolle, die Gefahr des Mehrfronten-Krieges und den Vorrang der Diplomatie vor dem Militärischen ausließ.

mentarischen Demokratie Politik gemacht werden soll,⁶⁶ oder im Falle der Grundrechte.⁶⁷ Allerdings blieb – wie schon einleitend erwähnt – seine insgesamt positive Einschätzung der bismarckschen Nationalstaatsgründung bestehen: „Das Gewesene behält seine Ehre.“⁶⁸ Jedoch deutet einiges darauf hin, dass Naumann am Ende seines Lebens dann doch aufgehört hatte, „bismärckisch“ zu sein.

Damit sind wir wieder beim einleitend zitierten Naumann-Schüler und -Biographen Theodor Heuss angelangt. Zwei grundlegende Aussagen von ihm zu Naumann sind hier als Startpunkt für die Überlegungen zu einem sehr spezifischen liberalen Bismarck-Bild genommen worden. Sie sollen am Ende in dem etwas groben Begriff vom „wilhelminischen Bismarckianer“ zusammengefasst werden, als dessen liberale Spielart man Naumann eigentlich ganz gut charakterisieren könnte: Denn er war einerseits als „Wilhelminer“ sowohl Zeitgenosse Bismarcks als auch schon rückblickender Betrachter. Zugleich sah er sich selbst andererseits in seinem politischen Selbstverständnis als einen zukunftsgerichteten Nachlassverwalter des bismarckschen Erbes. Dass dieser letztgenannte Begriff in Naumanns Publizistik häufiger auftaucht, war sicherlich kein Zufall. Bismarck blieb bis fast zum Lebensende ein äußerst wichtiger Bezugspunkt des Politikers Naumann. Insofern ist zunächst einmal kaum ein Dissens zwischen meinen Überlegungen und der Einschätzung von Theodor Heuss festzustellen.

Mit diesem könnte man auch bei Naumann von einem „Wandel des Bismarck-Bildes“ sprechen.⁶⁹ In der Tat veränderte sich der Naumannsche Blick auf Bismarck in dem Vierteljahrhundert nach 1895, nicht so sehr im Sinne der Bewertung, sondern im Hinblick darauf, was Naumann bei Bismarck für wichtig hielt. Nach der noch jugendlichen Begeisterung für den christlichen „Gesamt“-Politiker Bismarck und dem nationalsozialen Aufbruch zur Weltpolitik gab es hierbei meines Erachtens drei Ansatzpunkte für Naumann: erstens den innenpolitischen im Vorkriegsjahrzehnt, den außenrespektive weltpolitischen zu Weltkriegsbeginn und schließlich den verfassungspolitischen bei Kriegsausgang. Jeweils bildete der Reichsgründer und Reichskanzler eine wichtige Instanz, anhand der Naumann jeweils seine politischen Konzepte entwickelte. Dies geschah auf unterschiedliche Art, ver-

66 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Berlin 1919, S. 67.

67 Vgl. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 176 (Sitzung des Verfassungsausschusses am 31.3.1919 = http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_wv_bsb00000020_00178.html, Zugriff am 16.3.2015.).

68 Wie oben Anm. 5.

69 Vgl. Theodor Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch. In: Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen – Reden und Briefe. Berlin 1951, S. 7-27; dort wird einleitend auch auf Naumann und seinen Aufsatz „Wer war Bismarck“ (vgl. oben Anm. 41) Bezug genommen.

einfach gesagt: innenpolitisch eher gegen Bismarck, außenpolitisch bei Mitteleuropa unter Berufung auf Bismarck und schließlich verfassungspolitisch gewissermaßen als Fortentwicklung Bismarcks.

Hier braucht und kann nicht abschließend diskutiert werden, wie zutreffend das Naumannsche Bismarck-Bild war. Wohl aber muss gefragt werden, wie typisch „bismärckisch“ Naumann für seine „Generation“ war. Allgemein fällt darauf die Antwort schwer, schon allein wegen des kaum fassbaren Vergleichsmaßstabes. Schränkt man diese Frage auf den Linksliberalismus ein, dem Naumann sich ja ab 1903 ganz offiziell zurechnete, dann wird man hinter der oben zitierten Formulierung von Theodor Heuss ein mehr oder minder großes Fragezeichen machen müssen. Naumann hatte unzweifelhaft zeit seines Lebens eine grundsätzlich positive Meinung von Bismarck, die auch seine Metamorphose vom Christsozialen über den National-Sozialen zum Freisinnigen unbeschadet überlebte. Diese positive Bismarck-Sicht wurde von den älteren Linksliberalen, die wie Rudolf Virchow,⁷⁰ Eugen Richter⁷¹ oder Theodor Barth⁷² Naumann eine ganze oder mindestens eine halbe Generation altersmäßig voraus waren und die Verwerfungen des Verfassungskonfliktes in Preußen noch selbst miterlebt hatten, sicherlich nicht geteilt. Aber auch unter denjenigen, die mit dem Freisinn in der unmittelbaren Vorkriegszeit sympathisierten, gab es abweichende Meinungen zu Bismarck, etwa bei dem linksliberalen Soziologen Oscar Stillich, der meinte: „Wenn heute das Bürgertum in politischen Angelegenheiten eine so lächerlich geringe Rolle spielt, so hat es das dem Fürsten Bismarck zu danken, dem es Denkmäler setzt.“⁷³ Eine solche Aussage wie diese aus einem Buch über den Liberalismus unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg findet sich bei Naumann nicht. Allerdings konnte man andererseits einige Jahre zuvor auch in Theodor Barths „Nation“ über Bismarck recht wohlwollende Buchkritiken lesen, jedoch mehr in historischer als in tagespolitischer Perspektive.⁷⁴

70 Vgl. Manfred Vasold: Rudolf Virchow. Der große Arzt und Politiker. Stuttgart 1988, S. 369 f. sowie Lothar Gall: Die Deutschen und Bismarck. In: Ralph Melville u. a. (Hrsg.): Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Karl Otmar von Aretin zum 65. Geburtstag. Stuttgart 1988, Bd. 2, S. 525-536, hier S. 527.

71 Vgl. Stenographische Berichte IX, III (wie Anm. 9), S. 167.

72 Vgl. Konstanze Wegner: Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Tübingen 1968, S. 3 u. 47.

73 Oscar Stillich: Die politischen Parteien in Deutschland. Bd. II: Der Liberalismus. Leipzig 1911, S. 311. Stillich hat sich in diesem Werk sehr positiv über Naumann geäußert, vgl. ebd. S. 330, ihn später im Weltkrieg aber auch recht harsch kritisiert, vgl. Toni Pierenkemper: Oskar Stillich (1872-1945). Agrarökonom, Volkswirt, Soziologe. Marburg 2013, S. 97.

74 Vgl. Ferdinand Svendsen: Mitnacht über Bismarck. In: Die Nation 49 v. 3.9.1904, S. 774 f. u. Justus Werner: Briefe Bismarcks aus Petersburg. In: Die Nation 13 v. 24.12.1904, S. 196 ff.

Eine klare Übereinstimmung lässt sich zwischen Naumann und seinem Altersgenossen Friedrich Meinecke feststellen. Dieser schrieb rückblickend, gemeinsam habe man versucht, „die Errungenschaft eines gesunden machtpolitischen Denkens, wie es im konservativen Lager der Bismarckzeit sich gebildet hatte [...] hinüber[zu]tragen in das Lager des Linksliberalismus“.⁷⁵ Nun war auch Meinecke kein geborener Linksliberaler, sondern ursprünglich den Nationalliberalen nahe stehend, hatte also in gewisser Weise eine ähnliche politische Entwicklung wie Naumann hinter sich. Bei der Einordnung des Naumannschen Bismarck-Bildes sollte man also doch etwas Vorsicht walten lassen, inwieweit es typisch liberal respektive freisinnig gewesen ist.

Festhalten kann man aber in jedem Fall, dass Bismarck auch im Lager des Linksliberalismus nach seinem Ableben doch zunächst recht eindrucksvolle und keineswegs nur negative Spuren hinterlassen hat. Auf der anderen Seite ist aber auch bemerkenswert, wie differenziert Naumann den ersten Reichskanzler gesehen hat, wobei er in seiner Betrachtungsweise durchaus liberale Muster – etwa die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik – als auch sehr Eigenständiges – etwa das Mitteleuropäische – miteinander verbunden hat. Der Bezeichnung „wilhelminischer Bismarckianer“ ist zumindest für die Zeit bis in den Ersten Weltkrieg hinein dafür nicht völlig abwegig; Naumanns baldiger Tod nach Beginn der Weimarer Republik lässt nicht erkennen, ob der letzte Wandel des Bismarck-Bildes bei ihm seit dem Untergang des Kaiserreiches, der ja eigentlich eine Abwendung vom Reichsgründer als Leitbild war, dauerhaft gewesen wäre, oder ob es dann doch auch bei ihm wieder eine „Bismarck-Nostalgie“⁷⁶ gegeben hätte. Dass er vorher dazu geneigt hatte, ist unübersehbar.

75 Friedrich Meinecke: *Straßburg – Freiburg – Berlin 1901-1919. Erinnerungen*. Stuttgart 1949, S. 126. Vgl. auch den Beitrag von Stefan Meinecke unten.

76 Der Begriff stammt von Gall: *Die Deutschen und Bismarck* (wie Anm. 70), S. 529, wieder aufgegriffen von Studt: *Bismarck-Bild* (wie Anm. 9), S. 12, jeweils allerdings bezogen auf die Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Meineckes Bismarck*

Im Gedenken an Gerhard A. Ritter (1929-2015)

1. Vorbemerkungen

Ein Historiker müsse alt werden, hat Leopold von Ranke einmal gegenüber Bismarck bemerkt. Ursachen und Wirkungen bestimmter Ereignisse könne man nur aus der Distanz, mit genügend zeitlichem Abstand, angemessen beurteilen.¹ Friedrich Meinecke war ein solch langes Historikerleben beschieden. Seine wissenschaftliche wie publizistische Wirksamkeit reichte von der Wilhelminischen Ära bis zur Adenauerzeit. Sie überdauerte zwei Weltkriege und mehrere politische Systemwechsel. Im Falle Meineckes ist es daher besonders reizvoll, der Frage nachzugehen, inwieweit sein Bismarckbild durch das Miterleben und Miterleiden eines „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm) Veränderungen erfahren hat.

Anders als der mit ihm bis Mitte des Ersten Weltkrieges eng befreundete, später aber aufgrund wachsender politischer Differenzen fremd gewordene Erich Marcks² hat Meinecke, der sich zunächst vor allem als hervorragender Kenner der preußischen Reformzeit einen Namen machte, keine Bismarck-Biographie hinterlassen. Dennoch ist Bismarck in seinem Werk fast ständig präsent. Denn immer wieder hat sich Meinecke im dramatischen Wechsel der Zeiten genötigt gefühlt, über die Zukunftsfähigkeit der von Bismarck verwirklichten Lösung der deutschen Frage neu nachzudenken.

Mit Blick auf die große Bedeutung, die wechselnde Zeiterfahrungen für die historische Urteilsbildung besitzen, erscheint es sinnvoll, die von Meine-

* Erweiterte Fassung des am 14. November 2014 in Friedrichsruh gehaltenen Vortrages.

1 Leopold von Ranke am 22. Februar 1877 an Otto von Bismarck. In: Leopold von Ranke: Das Briefwerk. Hrsg. von Walther Peter Fuchs, Hamburg 1949, S. 546 f., hier S. 546.

2 Zu ihrem Verhältnis vgl. Friedrich Meinecke: Erlebtes in Straßburg (1901-1906) und Erlebtes in Berlin (1914-1919) (geschrieben 1943/44). In: ders.: Werke VIII: Autobiographische Schriften, Stuttgart 1969, S. 162 f., 166 sowie 318. Zuletzt detailliert über Marcks: Jens Nordalm: Historismus und moderne Welt. Erich Marcks (1861-1938) in der deutschen Geschichtswissenschaft, Berlin 2003; Marc von Knorring: Erich Marcks und sein Bild der preußischen Geschichte. In: Hans-Christof Kraus (Hrsg.): Das Thema „Preußen in der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945“, Berlin 2013, S. 101-117.

cke zu Leben und Werk Bismarcks abgegebenen Stellungnahmen entlang von drei markanten historischen Zäsuren zu untersuchen.

Mit dem Tod Bismarcks am 30. Juli 1898 und der kurz danach erfolgenden Veröffentlichung seines politischen Testaments, der ersten zwei Bände der „Gedanken und Erinnerungen“ (1899), begann in Deutschland ein heftiger Streit um die richtige Ausdeutung seines politischen Erbes. Auch Meinecke engagierte sich in dieser geschichtspolitischen Auseinandersetzung.³

Sechzehn Jahre später (1915) wurde in gänzlich veränderter Weltlage des 100. Geburtstags Bismarcks mit einer nicht mehr überschaubaren Flut von Gedenkartikeln und Festreden gedacht. Bei dem nachdenklichen Teil der Festgemeinde evozierte die allmählich realisierte Gefahr eines langen und verlustreichen Krieges vor allem eine Frage: Welche Maximen waren aus Bismarcks politischem Handeln für die Gegenwart abzuleiten? Meinecke befasste sich aber nicht nur mit der aktuellen Bedeutung des Reichsgründers⁴, sondern formulierte in seinem schon während des Krieges konzipierten Werk „Die Idee der Staatsräson“ auch eine grundsätzliche Neueinschätzung der Bismarck'schen Politik.⁵

Nur dreißig Jahre später (1945) war der von Bismarck geschaffene Nationalstaat untergegangen. Mit seiner unter widrigsten Umständen, nur aus dem Gedächtnis niedergeschriebenen Schrift „Die deutsche Katastrophe“ wollte der inzwischen 83jährige Meinecke der von ihm tief empfundenen Verpflichtung genügen, „jetzt durchgreifende Kritik an uns zu üben.“⁶ Die von Meinecke angemahnte genaue Überprüfung der deutschen Geschichte hatte sich dabei nicht zuletzt auch der Frage zu stellen, inwieweit das durch eine „Revolution von oben“ geschaffene Bismarckreich dem Aufbau einer stabilen Demokratie in Deutschland hinderlich gewesen war und somit zu „Hitlers Ermöglichung“ (Ernst Deuerlein)⁷ beigetragen hatte. Meinecke eröffnete so eine Debatte zu den langfristigen Auswirkungen der Herrschaft Bis-

3 Friedrich Meinecke: Die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks (1899). In: Ders.: Werke VII: Zur Geschichte der Geschichtsschreibung, München 1968, S. 228-240.

4 So vor allem in seinem Beitrag für das von Max Lenz und Erich Marcks im Auftrag Hamburger Bismarckvereine herausgegebene repräsentative Sammelwerk „Das Bismarck-Jahr“. Vgl. Friedrich Meinecke: Bismarck und das neue Deutschland. In: Das Bismarck-Jahr, Nr. 13 vom September 1915, Hamburg 1915, S. 223-240. Hier zitiert nach dem Abdruck in Friedrich Meinecke: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und politische Aufsätze, München 1918, S. 510-531.

5 Friedrich Meinecke: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte (1924). Ders.: Werke I, 7. Aufl., München 1976.

6 Friedrich Meinecke am 22. November 1945 an Wilhelm Steffens. In: Ders.: Werke VI: Ausgewählter Briefwechsel, Stuttgart 1962, S. 240 f., hier S. 240.

7 Zitiert nach Klaus Hildebrand: Hitlers Ermöglichung und die preußisch-deutsche Geschichte. In: Michael Stürmer (Hrsg.): Die Weimarer Republik, Königstein/Ts. 1980, S. 368-373, hier S. 368.

marcks, die die deutsche Geschichtswissenschaft bis Mitte der sechziger Jahre intensiv beschäftigen sollte.⁸

2. Zur Beurteilung Bismarcks in der Friedenszeit des Kaiserreiches

Kindheit und Jugend Friedrich Meineckes wurden durch die Politik Bismarcks, ihre Erfolge und Misserfolge, bestimmt. Auf den Tag genau einen Monat nach Bismarcks berühmt-berüchtigter „Eisen und Blut“-Rede⁹ wurde Meinecke am 30. Oktober 1862 im beschaulichen Salzwedel (Altmark) geboren und wuchs als einziger Sohn einer konservativen und streng religiösen Postbeamtenfamilie in ebenso behüteter wie beengter Biedermeier-Atmosphäre auf. Diese Welt der Sicherheit geriet 1871 urplötzlich ins Wanken, als die Familie Meinecke aufgrund einer Strafversetzung des Vaters im Berliner Arbeiterviertel Friedrichshain ansässig werden musste. Der scharfe Kontrast zwischen der in Salzwedel erlebten sozialen Harmonie und dem von Klassengegensätzen bestimmten Lebensalltag im Nordosten Berlins, ließ den sensiblen Meinecke schon früh die Bedeutung der Sozialen Frage erahnen.¹⁰

Aber auch Preußens Glanz und Gloria erlebte der Berliner Neubürger unmittelbar mit. An der Hand seiner Eltern sah der Neunjährige im Juni 1871 die siegreichen preußischen Truppen durch das Brandenburger Tor einziehen und als farbentragender Verbindungsstudent nahm er 14 Jahre später mit Begeisterung am Fackelzug der Berliner Studentenschaft zu Ehren des siebzjährigen Bismarck teil.¹¹ Bismarckbewunderung war Meinecke also keines-

8 Einen guten Überblick über die damaligen Positionen vermittelt der Sammelband von Lothar Gall (Hrsg.): *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln 1971.

9 In der neueren Literatur wird mehrheitlich von der „Blut und Eisen“-Rede gesprochen. Dem folgt auch die „Neue Friedrichsruher Ausgabe“, die aber nur die letzte, von Bismarck abschließend autorisierte Fassung berücksichtigt. In der älteren Literatur, so auch bei Meinecke, wird dagegen meist die Wendung „Eisen und Blut“ verwendet, was wahrscheinlich auch dem Wortlaut der Rede entspricht. Bismarck besaß die Gewohnheit, seine Manuskripte vor einer Veröffentlichung peinlich genau zu überarbeiten, was mannigfache Abänderungen nach sich zog. In diesem Fall ist eine Überprüfung der kursierenden Versionen aber schwierig, da seine Rede nicht protokolliert worden ist und man sich daher auf Presseberichte verlassen muss. Vgl. Lothar Gall: *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Berlin 1980, S. 257; Otto von Bismarck: *Gesammelte Werke Abteilung IV: Gedanken und Erinnerungen*. Bearbeitet von Michael Epkenhans und Eberhard Kolb, Paderborn 2012, S. 171.

10 Ausführlich zur Charakterbildung und Sozialisation des jungen Meinecke meine Untersuchung: *Friedrich Meinecke. Persönlichkeit und politisches Denken bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1995.

11 Friedrich Meinecke: *Erlebtes 1862-1901* (1941). In: ders.: *Werke VIII* (wie Anm. 2), S. 22 und 67.

wegs fremd, aber sie richtete sich bei ihm weit mehr auf den Reichsgründer als auf den Reichskanzler.

Gerade weil Bismarck mit seiner friedensbewahrenden Außenpolitik dem aufstrebenden Reich eine scheinbar unangreifbare Existenzgrundlage gegeben hatte, wurden die ungelösten innenpolitischen Spannungen von Meinecke umso schärfer wahrgenommen. Den im Innern unvollendet gebliebenen Nationalstaat durch eine Ära sozialer Reformen so zu verändern, dass er sich auf die Summe aller gesellschaftlichen Kräfte und nicht nur auf die des alten Preußen stützen könne, bezeichnete er immer wieder als die große politische Zukunftsaufgabe seiner Generation. Demgegenüber war für ihn der von anderen liberalen Gelehrten wie Max Weber¹² energisch geforderte Aufbruch zu einer deutschen Kolonial- und Überseepolitik von untergeordneter Bedeutung. Er lehnte ihn keineswegs ab, aber er wies in seiner Publizistik stets daraufhin, dass jede bedeutende Machtentfaltung nach außen sozialen Frieden im Innern voraussetze.¹³ Das Deutsche Reich musste sich sein weltpolitisches Reifezeugnis erst noch durch eine Reformära erwerben. Entschieden wies er den Vorwurf zurück, mit seinen Appellen nur liberale Gesinnungspolitik zu treiben. „Es wäre ja ein noch nie dagewesenes Wunder in der Geschichte“ – so verteidigte er etwa 1912 seinen Wahlkampfeinsatz für den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, den Ökonomen Gerhart von Schulze-Gaevernitz – wenn angesichts der „ungeheuren Veränderungen des wirtschaftlichen Daseins [...] die alten Formen unseres öffentlichen Lebens für die so plötzlich und mächtig zum Durchbruch gekommenen Gewalten in der Hauptsache noch genügen würden.“ Dem Zwang zur politischen Modernisierung, in dem er „etwas ganz Instinktives und Elementares“ sah, war nach seiner Überzeugung nicht zu entrinnen.¹⁴ Als daher im März 1890 die sozialpolitischen Initiativen des jungen Kaisers zur Entlassung Bismarcks führten, hat der 28jährige Meinecke dieses Ereignis als möglichen Auftakt zu einer grundsätzlichen politischen Neuorientierung begrüßt. „Der Kaiser zieht einen gewaltig hohen Wechsel auf die Zukunft. Wenn er ihn einlöst, ist er historisch gerechtfertigt.“¹⁵

Nach Meineckes Überzeugung hatte nicht nur die deutsche Politik, sondern auch die Geschichtswissenschaft aus Bismarcks Schatten herauszutreten. Bereits in der ersten von Meinecke allein betreuten Ausgabe der „Hi-

12 Grundlegend: Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik, 2. Aufl., Tübingen 1974.

13 Meinecke: Meinecke (wie Anm. 10), S. 98 ff.

14 Friedrich Meinecke: Der Sinn unseres Wahlkampfes (1912). In: ders.: Werke II: Politische Schriften und Reden, 4. Aufl., Darmstadt 1979, S. 49-52, alle Zitate S. 49 f. Zu dieser für die Gelehrtenpolitik der Zeit aufschlussreichen Episode vgl. Stefan Meinecke: Eine Wende zur Demokratie? Gerhart von Schulze-Gaevernitz und der Freiburger Professorenwahlkampf von 1911/12. In: Freiburger Universitätsblätter 38 (September 1999), S. 119-129.

15 Meinecke: Erlebtes 1862-1901 (wie Anm. 11), S. 104.

historischen Zeitschrift“ (Bd. 77/1896) setzte er sich von der borussischen Geschichtskonstruktion seines Förderers und Vorgängers Heinrich von Sybel ab, wenn er bemerkte, dieser habe „politische Ereignisse und Institutionen nach ihrem Erfolge“ beurteilt und dabei „die wichtige Frage“ übersehen, was denn an den früheren Anschauungen „wirklich begründet und gerechtfertigt war“.¹⁶ Wie an dieser für Meinecke charakteristischen Äußerung gut abzulesen ist, barg seine Ideengeschichte ein zeitkritisches Potential, war sie doch in der Lage, die Bedeutung alternativer, nicht zur Durchsetzung gelangter Vorstellungen angemessen zu würdigen. Wer wie Meinecke in der Geschichte seiner Zeit eine Vielzahl unterschiedlicher, miteinander konkurrierender Entwicklungsmöglichkeiten enthalten sah, betonte damit auch die Entscheidungsmacht und Verantwortlichkeit der handelnden Individuen. An dem Grundsatz, dass „die Geschichte im innersten Kerne auf den Kräften persönlichen Lebens beruht“, erlaubte er keinen Zweifel.¹⁷ Meinecke setzte sich so von allen Historikern ab, die den Staat der Gegenwart als das notwendige Produkt quasi gesetzmäßig wirkender, schon immer die Geschichte prägender allgemeiner Tendenzen und Triebkräfte zu verstehen versuchten.¹⁸ In seiner vielzitierten Aufforderung, die Geschichtswissenschaft „dürfe sich, ohne Schaden zu nehmen an ihrem eigensten Wesen und Zwecke mutiger baden in Philosophie und Politik und werde erst dadurch ihr eigenes Wesen entwickeln können“, kam sein Unbehagen an einer antiindividualistischen Geschichtsbetrachtung, welche die Bedeutung politisch-moralischer Entscheidungen marginalisierte und gerade darum einen besonderen Objektivitätsanspruch für sich reklamierte, deutlich zum Ausdruck.¹⁹ In Max Lenz, nach dem Tod Treitschkes (1896) der vermutlich meistgelesene Historiker Deutschlands, erkannte Meinecke den wichtigsten Exponenten der von ihm bekämpften Richtung.²⁰ Dies mag verwundern, war Lenz doch nicht zuletzt durch eine zum 400. Geburtstag Luthers erschienene, offiziöse Lebens-

16 Ders.: Boyen und Roon (1895). In: ders.: Werke IX: Brandenburg, Preußen, Deutschland. Kleine Schriften zu Geschichte und Politik, Stuttgart 1979, S. 297-319, hier S. 297.

17 Ders.: Die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks (wie Anm. 3), S. 228.

18 Ein solcher Ansatz wurde vor allem von Max Lenz vertreten, der das globale Staatensystem von ähnlich allgemeingültigen Entwicklungsgesetzen beherrscht sah wie das Sonnensystem. Vgl. ders.: Die Großen Mächte. Ein Rückblick auf unser Jahrhundert, Berlin 1900; zusammenfassend ders.: Ein Blick in das zwanzigste Jahrhundert (1900). In: ders.: Kleine historische Schriften, München 1910, S. 589-595. Dazu Meinecke am 7. Januar 1900 an Conrad Varrentrapp: „Lenz [...] entwickelt jetzt wirklich eine Art Ranke-orthodoxie [sic], die mir durchaus widerstrebt.“ In: ders.: Werke X: Neue Briefe und Dokumente, München 2012, S. 129 f., hier S. 129.

19 Ders.: Vorwort zur 2. Aufl. 1911. In: ders.: Werke V: Weltbürgertum und Nationalstaat, 9. Aufl., München 1969, S. 1 f.

20 Dies wurde bereits betont von Ernst Schulin: Friedrich Meineckes Stellung in der deutschen Geschichtswissenschaft. In: Michael Erbe (Hrsg.): Friedrich Meinecke heute, Berlin 1981, S. 25-49, hier S. 26 f.

beschreibung des Reformators hervorgetreten und hatte 1902 für die „Allgemeine Deutsche Biographie“ auch den Beitrag über Bismarck verfasst.²¹ Meinecke bemängelte aber auch an diesen Studien, dass „das eigentlich Biographische stark zurücktritt und die politische Kombination und Reflexion überwiegt.“²² Tatsächlich verabsolutierte Lenz die in der Gegenwart zur Herrschaft gekommenen Werte des nationalprotestantischen Bürgertums und projizierte sie in seinen Biographien konstruktivistisch in die Vergangenheit zurück, um schließlich seinem Publikum eine Heldengalerie geistesverwandter „Vorkämpfer“ und „Bahnbrecher“ präsentieren zu können. Die Vergangenheit wurde so auf eine Vorgeschichte der Gegenwart verkürzt und nach Meineckes Auffassung gerade des historisch Individuellen und Besonderen beraubt.

Für das Bild, das Meinecke im Laufe der neunziger Jahre von der preußisch-deutschen Zeitgeschichte entwarf, waren die erwähnten methodischen Prämissen von großer Wichtigkeit. Einerseits wertete Meinecke mit seinen monumental, zusammen fast 1.600 Seiten umfassenden Biographien über Boyen²³ und Radowitz²⁴ Persönlichkeiten auf, die als „gescheiterte Helden“ aus dem Rahmen einer borussischen Erfolgsgeschichte herausfielen. Andererseits war für Meinecke die Reichsgründung, die er als einen konservativ-liberalen Kompromiss interpretierte, keineswegs das alleinige Werk Bismarcks. Indem er den liberalen Anteil an der Reichsgründungspolitik nicht verleugnete, nahm Meinecke innerhalb der Geschichtskultur des späten Kaiserreichs eine Sonderstellung ein. Denn besonders die Neurankeaner um Max Lenz²⁵ waren mit Erfolg dabei, die Erinnerung an 1871 immer exklusiv-

- 21 Vgl. Max Lenz: Martin Luther. Festschrift der Stadt Berlin für ihre Schulen, Berlin 1883; ders.: Bismarck. In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 46, Leipzig 1902, S. 571-775. In erweiterter Form als selbstständige Schrift schon 1902 unter dem Titel „Geschichte Bismarcks“ veröffentlicht. Beide Darstellungen erwiesen sich als ausgesprochene Publikumsrenner und erlebten zahlreiche Neuauflagen.
- 22 Friedrich Meinecke am 23. Juni 1902 an Conrad Varrentrapp. In: ders.: Werke X (wie Anm. 18), S. 135 f., hier S. 136. Zu Meineckes wiederholter Kritik an Lenz vgl. vor allem ders.: Friedrich Wilhelm IV. und Deutschland. In: HZ 89 (1902), S. 14-53 sowie in den „Neuen Briefen“ auch Nr. 34, S. 129 f. und 35, S. 130 f. Pikanterweise hatte Lenz, der eigentliche Meisterschüler Sybels, die Habilitation Meineckes mit einem Gutachten gefördert. Er reagierte „verschnupft“ auf die „Sonderwege“ seines zwölf Jahre jüngeren Kollegen und erwog 1902, sich aus dem Freundeskreis der von Meinecke herausgegebenen Historischen Zeitschrift zurückzuziehen.
- 23 Friedrich Meinecke: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen, 2 Bde., Stuttgart 1896/99.
- 24 Ders.: Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913.
- 25 Zum Geschichtsbild des späten Kaiserreichs vgl. Wolfgang Hardtwig: Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungszeit und im Kaiserreich. In: ders.: Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 224-263; ders.: Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im deutschen Kaiserreich 1871-1914. In: ders.: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500-1914, Göttingen 1994, S. 191-218, hier bes. S. 207.

ver auf den Genius Bismarck und den von ihm repräsentierten Machtwillen Preußens zu beschränken und so das Fundament für den bis weit in die Weimarer Republik von ungefähr 300 Vereinen gepflegten Bismarck-Mythos zu legen.²⁶ Meinecke beharrte dagegen aus seiner ideengeschichtlichen Perspektive darauf, dass der Reichsgründer „geistige Annexionspolitik“²⁷ betrieben und mit erstaunlicher Vorurteilslosigkeit wesentliche Forderungen der liberalen Einheitsbewegung verwirklicht habe. Der „wahrlich doch nicht geringe Anteil“, den seiner Meinung nach das deutsche Bürgertum an den Erfolgen Bismarcks für sich reklamieren durfte, ließ ihn jede Form von „übertriebener Heroentheorie“ ablehnen.²⁸ Schon die militärischen Erfolge der Jahre 1866 und 1870 beruhten nach Meinecke auf einer Politisierung des deutschen Volkes, deren Wurzeln er in der Reformzeit liegen sah. Damals „war [...] durch das in aller Herzen lebende Ideal der Humanität und des Sittengesetzes“ der „intensivste Bund zwischen Staat, Volk und Individuum“ geschlossen worden. In der späten Bismarckzeit sei dieser Idealzustand aber wieder verlorengegangen, da der Reichsgründer mit seiner nur mehr dem eigenen Machterhalt dienenden Politik große Teile des deutschen Volkes gegeneinander ausgespielt und als „Reichsfeinde“ ausgegrenzt habe. Dadurch aber waren die „wundervolle Harmonie und Innigkeit der geistigen und politischen Überzeugungen“, die nach Meinecke das politische Denken der preußischen Reformzeit ausgezeichnet hatten, verschwunden.²⁹

Schon zu Lebzeiten war Bismarck in allen Schichten des Bürgertums zur nationalen Kultfigur und damit zur politischen Autorität schlechthin avanciert.³⁰ Als er am 30. Juli 1898 starb, bemühte sich mit Max Lenz der führende Historiker des Wilhelminischen Deutschlands um eine verbindliche

- 26 Vgl. Hans-Walter Hedinger: Bismarck-Denkmäler und Bismarck-Verehrung. In: Ekkehard Mai und Stephan Waetzold (Hrsg.): Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 277-314; Lothar Machtan (Hrsg.): Bismarck und der deutsche Nationalmythos, Bremen 1994; Christoph Studt: Das Bismarckbild der deutschen Öffentlichkeit (1898-1998), Friedrichsruh 1999; Hans Fenske: Das Bismarckbild der Deutschen. In: ders.: Preußentum und Liberalismus. Ausgewählte Aufsätze zur preußischen und deutschen Geschichte, Dettelbach 2002, S. 506-558; Robert Gerwarth: Der Bismarck Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, deutsche Ausgabe München 2007; Wolfgang Hardtwig: Der Bismarck-Mythos. Gestalt und Funktionen zwischen politischer Öffentlichkeit und Wissenschaft. In: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 21 (2005), S. 61-90. Vgl. grundsätzlich zum Mythosbegriff der Historiker die exzellente Übersicht bei Matthias Waechter: Mythos. Version 1.0 vom 11.2.2010 [<http://www.docupedia/zg/mythos>] [Aufgerufen am 3.3.2015].
- 27 Friedrich Meinecke: Bismarcks Anfänge (1904). In: ders.: Werke IX (wie Anm. 16), S. 416-425, hier S. 418.
- 28 Ders.: Zur Geschichte Bismarcks. Teil I: Die Bismarckliteratur der letzten Jahre. In: HZ 87 (1901), S. 22-55, die Zitate S. 52 f. Dazu aus heutiger Sicht abwägend: Andreas Biefang: „Der Reichsgründer“? Bismarck, die nationale Verfassungsbewegung und die Entstehung des Deutschen Kaiserreiches, Friedrichsruh 1999.
- 29 Meinecke: Boyen und Roon (1895). In: ders.: Werke IX (wie Anm. 16), die Zitate S. 318 f.
- 30 Vgl. die in Anm. 26 genannte Literatur.

Deutung seines politischen Erbes. Bei der Gedenkfeier der Berliner Universität führte er aus: „Über das Grab hinaus“ habe Bismarck die Deutschen dazu aufgerufen, den von ihm geführten Kampf gegen die inneren Feinde des „evangelischen Kaisertums deutscher Nation“, gegen Demokraten und Liberale, fortzusetzen.³¹

Als Meinecke ein halbes Jahr später das politische Testament Bismarcks, die ersten zwei Bände der „Gedanken und Erinnerungen“, für die Historische Zeitschrift besprach, versuchte er der bereits grassierenden Vereinnahmung Bismarcks durch die politische Rechte entgegenzuwirken. Anstatt die vielen historisch fragwürdigen Passagen der von ihm zutreffend als „Kampfschrift“ charakterisierten Erinnerungen ausführlich zu diskutieren, hielt er es für angemessener, Bismarck aus der „Totalität seiner staatsmännischen und menschlichen Persönlichkeit zu verstehen.“³² Dazu wählte Meinecke einen ungewöhnlichen Weg: Ausführlich referierte er die von Bismarck über Personen, Klassen und Parteien gefällten Urteile. Sein Befund fiel eindeutig aus: Den politischen Strömungen und sozialen Gruppen seiner Zeit war der Reichskanzler außer Dienst nur noch mit Misstrauen und Kritik begegnet. Selbst über seine eigenen Standesgenossen, den preußischen Adel, äußerte er sich nur mit Vorbehalten. „Einsamkeit und Einzigartigkeit“ waren daher für Meinecke die eigentlichen Merkmale von Bismarcks Existenz.³³

Als Instinktpolitiker, der keiner Doktrin gefolgt war und somit die Politik als Kunst begriff, hatte Bismarck den Deutschen auch keine politische Lehre hinterlassen. Die Quintessenz der Erinnerungen bestand daher nach Meinecke in nichts mehr als der „großartig einfachen und aufrichtigen Ansicht, dass Stärke und Geschlossenheit der Nation das Erste und Nötigste sei.“³⁴ Wie Meinecke aber deutlich gemacht hatte, wusste Bismarck kein probates Mittel anzugeben, wie zu der ersehnten nationalen Geschlossenheit zurückzukehren sei. Im sozialen und weltanschaulichen Pluralismus einer modernen Industriegesellschaft vermochte der noch in der agrarisch geprägten Welt Altpreußens aufgewachsene Bismarck nur eine Kraft der Destruktion zu erblicken. Bei allem Respekt, den auch Meinecke dem Reichsgründer zollte, ließ er daher doch keinen Zweifel daran, dass der Verstorbene bereits zu Lebzeiten als eine historische, ja fast schon aus der Zeit gefallene Erscheinung von „tragischer Größe“ anzusehen war.³⁵

31 Max Lenz: Zu Bismarcks Heimgang [Gedenkrede vom 22. Dezember 1898]. In: ders.: Von Luther zu Bismarck. Kleine historische Schriften, Bd. 2, München 1920, S. 341-356, hier S. 356.

32 Meinecke: Die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks (1899). In: ders.: Werke VII (wie Anm. 3), S. 232 und 234.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 240.

35 Ebd., S. 228.

Zum Abschluss seiner Rezension gelang Meinecke noch das Kunststück, den Reichsgründer selbst als Kronzeugen für die Notwendigkeit künftiger politischer Veränderungen aufzubieten: Einer gesunden Nation müsse man zutrauen, so stellte er unter Berufung auf Bismarck fest, dass sie Institutionen, die nicht mehr zu ihr passten, schon aus eigener Kraft abzuschütteln wisse.³⁶

Meineckes Bemühungen, den Reichsgründer zu historisieren und gegen zeitgeistkonforme Aktualisierungen sein Anderssein zu betonen, setzten sich noch auf einem anderen Feld fort: der Frage nach Bismarcks Verhältnis zu Religion und Kirche.

Kurz nach den Erinnerungen Bismarcks waren dessen aufsehenerregende „Brautbriefe“ (1900) erschienen, die seine im Kreise der pommerschen Pietisten um Adolf von Thadden-Trieglaff gemachten religiösen Erfahrungen zum Inhalt hatten.³⁷ Sie enthielten auch Bismarcks berühmten „Werbebrief“ vom Dezember 1846 an den streng pietistischen Vater seiner Braut, Heinrich von Puttkamer. In ihm bekundete der vormals areligiös lebende Bismarck seine Hinwendung zum christlichen Glauben, die er unter dem Einfluss seiner pietistischen Freunde vollzogen habe. Über die nur im Vergleich mit anderen Quellen zu ermittelnde Aussagekraft des Briefes und die Tragweite der geschilderten „Bekehrung“ entwickelte sich schon bald eine von Max Lenz ausgelöste Kontroverse. Der streng lutherisch erzogene Lenz konstatierte ohne jede weitere Quellenkritik eine tiefgreifende Wandlung Bismarcks, sah bei diesem eine „strenge Bekenntnisgläubigkeit“ wirken und feierte die Briefe als „reinste Offenbarung des deutschen Herzens.“³⁸ Zum Abschluss seiner zuerst in einem illustrierten Massenblatt des Scherl-Verlages publizierten dreiteiligen Artikelfolge über „Bismarcks Religion“ postulierte er eine tiefe Geistesverwandtschaft zwischen Reichsgründer und Reformator.

„Denn wenn es wahr ist, dass die Ideen der Reformation in dem Staat der Hohenzollern Leben gewannen und gerade die Epochen seiner Größe von ihnen getragen wurden, so muß [sic!] vor allem der Staatsmann, in dem sich der Genius des preußischen Staates recht eigentlich verkörperte, auf ihrem Grunde gestanden haben.“³⁹

36 Ebd., S. 240. Auf die rhetorische Finesse Meineckes, mit Bismarck gegen Bismarck zu argumentieren, hat bereits Rüdiger vom Bruch aufmerksam gemacht. Ders.: Ein Gelehrtenleben zwischen Bismarck und Adenauer. In: Gisela Bock/Daniel Schönplüg (Hrsg.): Friedrich Meinecke in seiner Zeit. Studien zu Leben und Werk, Stuttgart 2006, S. 9-19, hier S. 10.

37 Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Hrsg. vom Fürsten Herbert Bismarck, Stuttgart 1900.

38 Max Lenz, Bismarcks Religion (1901). In: ders.: Kleine historische Schriften (wie Anm. 18), S. 360-382, hier S. 362.

39 Ebd., S. 378 f.

Die Thesen von Lenz nahm Meinecke zum Anlass, sich intensiv mit Bismarcks „Bekehrung“ zu beschäftigen.⁴⁰ Er befragte dazu sogar Zeitzeugen aus den pommerschen Pietistenkreisen, sodass der aus seinen Forschungen hervorgehende Aufsatz bis heute als grundlegend gilt.⁴¹

Anknüpfend an seine Rezension der Erinnerungen, wo er von der „ganz und gar gesunden, einheitlichen und einfachen Grundnatur“ Bismarcks und der „Ungebrochenheit seiner Instinkte“⁴² gesprochen hatte, problematisierte er die von Lenz herausgestellte „Bekehrung“ anhand entwicklungspsychologischer Plausibilitäten. Eine „Bekehrung“ im vollen Wortsinne war für Meinecke im Falle des 31-Jährigen, in seiner Persönlichkeitsentwicklung längst abgeschlossenen Bismarck nur als Folge von besonders schweren, seine gesamte Existenz erschütternden Ereignissen vorstellbar. Zwar hatte Bismarck lange Zeit unentschieden zwischen einem Leben als adeliger Landjunker und einer Karriere als Staatsbeamter hin und her geschwankt und war dabei auch von depressiven Anwandlungen nicht verschont geblieben, doch stellten dies für Meinecke keine Tatbestände dar, die bei einer ansonsten höchst selbstbewussten Persönlichkeit ein religiöses Erweckungserlebnis hätten begründen können. Meinecke fühlte sich daher berechtigt, der „Bekehrung“ Bismarcks jede Dramatik abzusprechen: Der zuvor unter Einsamkeitsgefühlen leidende Junker habe sich im Kreis seiner pietistischen Freunde ganz einfach „menschlich heimisch“ gefühlt und in deren religiösen Überzeugungen zum Teil etwas gefunden, „was er brauchte und noch nicht hatte“.⁴³ „Bekehrung“ in diesem Sinne war keineswegs mit einem grundlegenden Wandel von Lebensweise und Weltanschauung verbunden. Bismarck hatte sich nach Meinecke dem Glauben überhaupt nur insoweit angenähert, als ihn der Gedanke an einen im Gebet ansprechbaren persönlichen Gott innerlich stärkte und so „recht eigentlich erst aktionsfähig für alles Kommen- de“ machte.⁴⁴ Meineckes Fazit lautete daher: „Sein Glaube diene seiner Persönlichkeit“ und nicht etwa trat die Persönlichkeit in den Dienst des Glaubens.⁴⁵

Bismarcks pragmatische Einstellung zur Religion entsprach nach Meinecke seinem Verhältnis zu anderen Lebensmächten: Er nahm fremde Einflüsse nur dann in sich auf, wenn sie dem „Herrscherdrange seines Ichs“ nicht

40 Vgl. Friedrich Meinecke: Bismarcks Eintritt in den christlich-germanischen Kreis (1903). In: ders.: Werke IX (wie Anm. 16), S. 416-425; ders.: Bismarcks Jugend (1909). In: ebd., S. 426-441, bes. S. 438 ff.

41 So zumindest die Einschätzung von Frank-Lothar Kroll: Der intellektuelle Bismarck. In: Bernd Heidenreich u.a. (Hrsg.): Bismarck und die Deutschen, Berlin 2005, S. 157-168, zu Meinecke bes. S. 166 f., Anm. 6 und 28.

42 Meinecke: Die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks (wie Anm. 3), S. 240.

43 Ders.: Bismarcks Eintritt (wie Anm. 40), S. 473.

44 Ders.: Bismarcks Jugend (wie Anm. 40), S. 439.

45 Ebd., S. 475.

widersprachen.⁴⁶ Trotz der vielfach von Bismarck beschworenen „Verantwortung vor Gott“ blieb er daher für Meinecke ein letztlich „freie[r] Vogel“.⁴⁷ Mit dieser Deutung, die Bismarcks Religiosität in ihrer Bedeutung stark relativierte, widersprach Meinecke entschieden der um national-protestantische Identitätsstiftung bemühten Bismarck-Forschung seiner Zeit.

Ende 1907⁴⁸ präsentierte Meinecke mit „Weltbürgertum und Nationalstaat“ seine eigene, ideengeschichtlich sublimierte Sicht auf das 19. Jahrhundert. Das Werk avancierte durch seine neuartige „Verlebendigung und Verpersönlichung der Nationalstaatsidee“⁴⁹ zu einem vielgelesenen Klassiker und etablierte seinen Autor endgültig als einen der führenden Historiker des Landes.

Im ersten Teil seiner Untersuchung zeichnete Meinecke anhand der Schriften vornehmlich romantisch-konservativer Philosophen und Politiker den in Deutschland besonders komplizierten Weg zur Ausbildung eines modernen Nationalstaatsdenkens nach. In subtilen Einzelanalysen belegte er, wie sehr weltbürgerlich-universale Vorstellungen über die Mitte des Jahrhunderts hinaus im politischen Denken Deutschlands lebendig geblieben waren und während der Regentschaft Friedrich Wilhelms IV. zu einer Quelle fortlaufender politischer Misserfolge wurden. Mit Bismarck aber vollzog sich, gedanklich vorbereitet durch Hegel und Ranke, der entscheidende Durchbruch zur modernen Nationalstaatsidee. Die für seine Parteifreunde noch maßgebende Vorstellung einer gottgewollten Solidarität der christlich-konservativen Staaten überwand der Reichsgründer zu Gunsten einer ganz an den konkreten Machtinteressen Preußens orientierten Politik. Zustimmend zitierte Meinecke aus der berühmten „Olmütz-Rede“ des angehenden Politikers vom 3. Dezember 1850 die bekannten Worte, dass der staatliche Egoismus die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates sei, und identifizierte sich damit auch selbst mit der Idee des nationalen Machtstaats.⁵⁰

46 Ebd., S. 441.

47 Friedrich Meinecke am 21. April 1901 an Richard Fester. In: ders.: Werke X (wie Anm. 18), S. 130 f., hier S. 131. Aus heutiger Sicht vgl. Lucian Hölscher: Die Legende vom frommen Reichsgründer Bismarck. Neue Überlegungen zu Bismarcks Religiosität. In: Gerd Krumeich/ Hartmut Lehmann (Hrsg.): „Gott sei mit uns.“ Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 173-192. Merkwürdigerweise geht Hölscher auf den zentralen Aufsatz von Meinecke nicht ein und berücksichtigt nur die Vertreter der im Kaiserreich „herrschenden Lehre“ (Lenz, Marcks). Dadurch wird aber von ihm die Forschungsgeschichte nur defizitär wahrgenommen und seine Traditionskritik ist zu relativieren.

48 Meinecke: Weltbürgertum (wie Anm. 19). So Meinecke im Vorwort zur zweiten Auflage, die im Frühjahr 1911 erschien. Das Impressum im Buch selbst gibt dagegen als Erscheinungsjahr 1908 an, was gelegentlich für Verwirrung sorgt.+

49 So Ernst Schulin: Friedrich Meinecke. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 39-57, hier S. 42.

50 Meinecke, Weltbürgertum (wie Anm. 19), S. 270.

Voreilige Interpreten, allen voran der Initiator der Werkausgabe Meineckes, der Schweizer Historiker und Politiker Walther Hofer, und ihm nachfolgend Bernd Faulenbach, haben Meineckes Wertschätzung der Bismarck'schen Realpolitik auch auf dessen Schöpfung, das deutsche Kaiserreich, übertragen und behauptet, Meinecke habe in „Weltbürgertum und Nationalstaat“ das Werk von 1871 als schlechthin gelungene „Synthese von Macht und Geist“ gefeiert.⁵¹ Davon kann aber keine Rede sein.

Schon in seiner Einleitung⁵² hatte Meinecke ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er die aus einer „Staatsbildung von oben her“, hervorgegangenen Nationalstaaten als „etwas höchst Unvollkommenes“ betrachte.⁵³ Deren Einheit war für ihn fragil und äußerlich, beruhte sie doch lediglich auf dem Vorhandensein gemeinsamer Rechts- und Verfassungsnormen. Damit werde „nur der äußere Wall der Macht“ geschaffen, innerhalb dessen die Nation „nun ihr inneres geistiges und gesellschaftliches Leben zugleich zu steigern und zu harmonisieren strebt“.⁵⁴ Der Staat hatte dabei nach Meinecke die Duldsamkeit der Weltanschauungen und Bekenntnisse sicherzustellen, ohne jedoch „die nationale Kultur zu nivellieren“.⁵⁵ Um Nationalstaat im vollgültigen Sinne zu sein, mussten sich in der Vorstellung Meineckes Staatsnation und Kulturnation frei entwickeln und begegnen können – ganz so, wie dies in der von ihm idealisierten Zeit der preußischen Reformen schon einmal der Fall gewesen war. In der Sicht Meineckes hatte Bismarck einen politischen Rahmen für die deutsche Nation geschaffen, mehr aber auch nicht.

Wie sehr Meinecke auf einer Liberalisierung des Bismarckreiches bestand, wurde im zweiten Teil von „Weltbürgertum und Nationalstaat“ deutlich. Auf der Grundlage bis dahin unzugänglicher Quellen aus dem Hausarchiv Friedrich Wilhelms IV. hatte er entdeckt, dass die Liberalen um von Gagern 1848/49 durchaus dazu bereit gewesen waren, „der deutschen Nation das Opfer der preußischen Staatseinheit zu bringen.“⁵⁶ Diese kühnen Pläne waren natürlich in hohem Maße dazu geeignet, die verbreitete Kritik am angeblich wirklichkeitsfremden Professorenparlament erneut zu bestätigen. Meinecke ließ sich davon freilich nicht beirren. Als er die Gelegenheit er-

51 So Bernd Faulenbach: *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980, S. 48 ff., hier S. 49. Ausführlich zu den geschichtspolitischen Implikationen der Meinecke-Forschung Meinecke: Meinecke (wie Anm. 10), S. 4-41.

52 Zu ihr vgl. die instruktive Interpretation von Maike Steiger, der ich hier weitgehend folge. Dies.: *Schöpferische Restauration. Zur politischen Romantik-Rezeption*. In: *Athenäum. Jahrbuch für Romantik*. 2003, S. 147-162, zu Meinecke bes. S. 150-153.

53 Meinecke, *Weltbürgertum* (wie Anm. 19), S. 14 f.

54 Ebd., S. 17.

55 Ebd., S. 19.

56 Vgl. dazu vor allem ebd., S. 301-348. Prägnant zusammenfassend ders.: *Preußen und Deutschland im 19. Jahrhundert* (1906). In: ders.: *Werke IX* (wie Anm. 16), S. 331-344, hier S. 336.

hielt, seine neuen Erkenntnisse auf dem Stuttgarter Historikertag von 1906 vorzustellen, historisierte er zur Überraschung seiner Zuhörer die bestehende Reichsverfassung als eine ursprünglich zwar lebensfähige, nun aber revisionsbedürftige Lösung der deutschen Frage.⁵⁷ In einem künftig immer mehr vom Industriekapitalismus geprägten Deutschland sah er keinen Platz mehr für die von Bismarck nach der Maxime des „divide et impera“ geschaffene Sonderstellung Preußens. Die von Meinecke bis zum Freiherrn vom Stein zurückverfolgten Überlegungen zu einer Auflösung Preußens im Dienste Deutschlands erhielten nun eine ganz andere politische Bedeutung, was Meinecke noch dadurch unterstrich, dass er sich abschließend auf die Zukunftsvisionen Friedrich Naumanns⁵⁸ berief. Die Resonanz auf Meineckes Vortrag, der exakte historische Forschung mit aktuellen Gegenwartsfragen zu verknüpfen verstand, war außerordentlich groß und reichte sogar bis in die englische Presse.⁵⁹

Auch in den folgenden Debatten um eine politische Neuordnung Deutschlands behielt Meinecke seine preußenkritische Haltung bei: Bereits im Mai 1912 forderte er die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, im Dezember 1916 trat er noch vor Max Weber und Hans Delbrück für die Einführung des allgemeinen Reichstagswahlrechts in Preußen ein und 1918/19 gehörte er neben Hugo Preuß zu den wenigen prominenten DDP-Mitgliedern, die für eine Auflösung Preußens votierten.⁶⁰ Durchaus folgerichtig zog er damit die politischen Konsequenzen aus seinen Forschungen zum preußisch-deutschen Verhältnis im 19. Jahrhundert.

3. Zur Beurteilung Bismarcks unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg, Geburtsstunde eines Zeitalters der Ideologien und Massenbewegungen, bedeutete auch für das historisch-politische Denken Meineckes eine einschneidende Zäsur. Zwar hatte er in seiner Publizistik einen Kriegsausbruch in Europa niemals kategorisch ausschließen wollen, doch

57 Vgl. ebd., S. 340 und 342-344.

58 Ebd., S. 343 f. Demokratie und Kaisertum (zuerst 1900) war 1905 in 4. Auflage erschienen. Naumann hatte dort programmatisch gefordert: „Wir müssen ein Volk heranziehen wollen, das bis in jede Faser modern ist, ein Volk der Eisenzeit, ein Volk der Produktion im größten und besten Stil. Alle Politik muß der Steigerung der Leistungskraft dienen. [...] Das Thema des Deutschtums heißt Industrialisierung! Das ist nach der Schaffung des Deutschen Reiches die größte deutsche Angelegenheit, das ist unsere nationale Frage.“ Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum. 4. neubearbeitete Auflage, Berlin 1905, S. 26.

59 Vgl. Meinecke: Meinecke (wie Anm. 10), S. 128 f., Anm. 21-24.

60 Dazu vgl. Schulin: Meinecke (wie Anm. 49), S. 43 sowie ausführlich Stefan Meinecke: Parteien und Parlamentarismus im Urteil Friedrich Meineckes. In: Bock/Schönpflug (Hrsg.): Friedrich Meinecke in seiner Zeit (wie Anm. 36), S. 51-93, hier S. 77 f.

war er ebenso wie andere Zeitgenossen nicht in der Lage, die Dimension der kommenden Ereignisse vorauszusehen. Dass am Ende des Krieges die gewohnte Welt Alteuropas mit ihrer auf Vernunft- und Fortschrittsglauben beruhenden Kultur unwiderruflich in Trümmern liegen würde, entzog sich jeder Vorstellungskraft. Insofern waren die Kriegsjahre für Meinecke eine Zeit fortgesetzter, bis zur Erfahrung der Katastrophe gesteigerter Enttäuschungen: Das nach Maßgabe der historischen Erfahrung Unwahrscheinliche trat ein und stellte alle Bemühungen, die Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit zu verstehen, in Frage.

Als politischer Publizist und liberaler Wahlkämpfer hatte Meinecke in der Friedenszeit des Kaiserreiches ganz unter dem Eindruck der von Bismarck nicht bewältigten inneren Spaltung Deutschlands und seiner Vereinnahmung durch die politische Rechte gestanden. Der Name Bismarck war daher für Meinecke zu einem Synonym für die unzureichende politische und soziale Modernisierung Deutschlands geworden. Hatte Meinecke Bismarck so zunächst fast nur als Innenpolitiker wahrgenommen, so erfolgte im Laufe des Krieges ein grundlegender Wechsel in der Perspektive: Je stärker Meinecke unter der Unfähigkeit und dem Unwillen der Regierungen litt, den sich scheinbar endlos hinziehenden und enorme Verluste fördernden Krieg zu beenden, desto mehr wuchs sein Respekt vor der friedensbewahrenden Qualität der Bismarck'schen Außenpolitik. Als auch die trotz unerhörter Opfer an Menschen und Material ergebnislos verlaufende Schlacht an der Somme (1.7.-18.11.1916) nicht zur Aufnahme von Friedensverhandlungen führte, markierte dies für den tief erschütterten Meinecke eine Zeitenwende. Sein Bismarckbild verschob sich nun endgültig ins Positive.

Die Schwierigkeit, in einer Zeit großer Unsicherheit angemessen an Bismarck zu erinnern, trat 1915, im Jahr seines 100. Geburtstages, deutlich hervor. Man konnte ihr freilich entgehen, indem man sich in das Überhistorische, in den Mythos flüchtete. Der populäre, auch von kleinbürgerlichen Schichten getragene Bismarck-Kult beruhte seit seinen Anfängen auf einer radikalen Reduzierung der historischen Komplexität. Schon 1901 hatte Meinecke daher feststellen können, dass die wissenschaftliche Forschung mit ihrem Bemühen um Erkenntniszuwachs und der in 300 Vereinen organisierte Bismarck-Kult völlig getrennte Wege beschritten.⁶¹ Besonders sinnfällige manifestierte sich die Loslösung der Bismarck-Verehrung von allen konkreten historischen Inhalten im 1906 eingeweihten monumentalen Hamburger Bismarck-Denkmal. Landauf, landab verehrte man den Reichsgründer als das Symbol einer unbeugsamen, auf „Eisen und Blut“ vertrauenden nationalen Machtpolitik. Aus der vermeintlichen Gewissheit, dass eine solche Politik Deutschland schon einmal zum Sieg geführt hatte, bezog man nach

61 Meinecke: Zur Geschichte Bismarcks (wie Anm. 28), S. 22 f.

Ausbruch des Krieges Trost und Zuversicht. Der Wunsch, den sich bedrohlich in die Länge ziehenden Krieg möglichst rasch durch einen Sicherheit garantierenden „Siegfrieden“ zu beenden, kam im Bismarck-Kult des Jahres 1915⁶² lebhaft zum Ausdruck. Man wollte, ja man musste an Bismarcks heroische Größe glauben, war doch die Erinnerung an ihn und die von ihm siegreich verkörperten preußischen Tugenden untrennbar mit der Hoffnung auf einen guten Ausgang des Krieges verknüpft. Historischer Erkenntnisdrang konnte innerhalb dieser quasireligiösen, bisweilen an Formen der Volksfrömmigkeit erinnernden Verehrungskultur nur störend wirken. Prägnant formulierte die Schriftstellerin Marie Diers:

„Auch der ärmste Bauer, das Mütterlein auf der Ofenbank kann unseres Bismarcks Größe verstehen. Wir brauchen dazu weder Gelehrsamkeit noch Intelligenz, keinen Schimmer von Diplomatie und Politik [...] weil seine Tat er selbst ist, und seine Tat uns allen gehört. Und so fühlen wir in jedem Blutstropfen mit.“⁶³

Auch Meinecke machte, wenn er in seinem Jubiläumsaufsatz von 1915 an die „Riesengestalt des Reichsgründers“ und dessen angeblich „freie[s] und selbständige[s] Heldentum“ erinnerte, Konzessionen an den vorherrschenden Zeitgeschmack.⁶⁴ Doch in der Hauptsache blieb er standhaft. Mit einem „Leuchtfener im Sturme“ verglich er die Jubiläumsfeiern, doch war es bei genauer Betrachtung nicht vielmehr ein Irrlicht, das von ihnen ausging?⁶⁵ Meinecke selbst erweckte diesen Eindruck, ließ er doch keinen Zweifel daran, wie ein noch lebender Bismarck die weltpolitische Lage beurteilt hätte:

„Bismarck würde ohne Zweifel entsetzt gewesen sein, wenn er an die Möglichkeit der heutigen Weltgegnerschaft gedacht hätte, er würde im ersten Augenblick

62 Vgl. Egmont Zechlin: Das Bismarck-Bild 1915. Eine Mischung von Sage und Mythos. In: ders.: Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1979, S. 227-233. Wie das Jubiläum in den „gebildeten Schichten“ privatim begangen wurde, darüber berichtet anschaulich der Heidelberger Mediävist Karl Hampe: „Lotte [Hampes Frau, St. M.] hat in der Wohnstube eine geliehene Bismarckstatue aufgestellt. Sie und die Kinder sagten Gedichte, Lotti Goethes Verse fürs Blücherdenkmal, Ditel [Dorothea Hampe, Tochter] Wildenbruch und Hermann [Sohn] Fontanes Gedicht auf Bismarck. Ich hatte das Ganze mit einer kleinen Rede eingeleitet. Dazu: ‚Horch, Sturmesflügel rauschen‘, das Preislied von 1895 [verfasst zur musikalischen Ausgestaltung der Bismarck-Huldigung der deutschen Studentenschaft am Tage des 80. Geburtstages], und ‚Der Gott, der Eisen wachsen ließ‘ [Ernst Moritz Arndt].“ Vgl. Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914-1919, hrsg. von Folker Reichert/Eike Wolgast, 2. Aufl., München 2007, S. 217.

63 Marie Diers (wahrscheinlich 1915), zitiert nach Machtan: Nationalmythos (wie Anm. 26), S. 63, Anm. 59.

64 Meinecke: Bismarck und das neue Deutschland (wie Anm. 4), S. 510 und 511.

65 Ebd., S. 510.

entweder an einen unverantwortlichen Leichtsinn, oder an ein namenloses Unglück unserer Staatsmänner glauben.“⁶⁶

Die Aussage war eindeutig: Es war eine Illusion zu glauben, die zu Tage getretene politische Isolierung Deutschlands könne durch einen einfachen Rückgriff auf ein wie auch immer zu definierendes Erbe Bismarck beendet werden. Der Reichsgründer hatte einer „anderen weltgeschichtlichen [sic] Epoche“ angehört und folglich auch andere Aufgaben mit anderen Mitteln gelöst. Einmal mehr betonte Meinecke das Rückwärtsgewandte und Unzeitgemäße in Bismarcks Politik.⁶⁷ Insbesondere hatte der Reichsgründer mit seiner Kontinentalpolitik keine Lösung für Probleme anzubieten, die erst eine deutsche Weltpolitik heraufbeschwören musste. Mit seinem weitgehenden Verzicht auf „deutsche Weltgeltung“ hatte er den in Wirtschaft wie Wissenschaft längst vollzogenen Aufstieg Deutschlands zu einer Großmacht ersten Ranges nur gebremst statt gefördert. Zu der nach 1890 von den Nachfolgern Bismarcks eingeleiteten Politik einer aktiven Teilnahme Deutschlands am Kampf um die wirtschaftliche Erschließung der Welt und die Gewinnung von Kolonien gab es aber für Meinecke keine vernünftige Alternative. Das weltpolitische Engagement entsprach nicht nur dem innerhalb der deutschen Gesellschaft vorhandenen „Überschuss von Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist“, sondern musste nach Meinecke vor allem erfolgen, um einer schnell wachsenden Bevölkerung auch in Zukunft Lohn und Brot geben zu können.⁶⁸

Galt Meinecke somit der Grundriss der Bismarck'schen Außenpolitik aufgrund veränderter Voraussetzungen als definitiv überholt, so galt dies jedoch keineswegs auch für ihre Methoden. Vor allem mit Blick auf die in Deutschland ausufernde Kriegszieldiskussion hielt er eine Rückbesinnung auf Bismarck als einen überragenden Repräsentanten einer realpolitisch denkenden, auf Mäßigung bedachten Außenpolitik für dringend geboten. So sehr also das Große und Ganze von Bismarcks Außenpolitik für Meinecke endgültig vergangen war, so sehr erschien ihm aber der sich in seinem politischem Handeln manifestierende besondere „Geist“ von bleibender politisch-didaktischer Relevanz zu sein.

66 Ebd., S. 528.

67 In diesem Zusammenhang werden von Meinecke genannt: ebd., S. 515: Ungelöste Spannungen zwischen Reichstag und Reichsregierung; S. 517: falsche Beurteilung der Sozialdemokratie und anderer Parteien; S. 520: übermäßig paternalistische Ausgestaltung der Sozialreform; S. 521: veraltetes Wirtschaftsideal der nationalen Autarkie; S. 522: keine Visionen für die Zukunft Deutschlands entwickelt; S. 524: Bedeutung der Kolonien gravierend unterschätzt; S. 525: Flottenbau nicht mit Nachdruck gefördert; S. 525: weltpolitische Konkurrenz mit England nicht vorhergesehen.

68 Ebd., hier S. 523 sowie S. 524 und S. 527 f. Dass Meinecke damit in Übereinstimmung mit der Nationalökonomie seiner Zeit die wirtschaftliche Bedeutung des Überseehandels enorm überschätzt hat, sei hier zumindest angemerkt.

Besonders die zu Kriegsbeginn von der staatlich organisierten Propaganda Englands⁶⁹ zur Mobilisierung einer nicht kriegsbereiten Bevölkerung betriebene Überhöhung des Krieges ins Ideelle, also seine Interpretation als Weltanschauungskampf, verstand Meinecke als ernste Mahnung, zum realpolitischen Denken Bismarcks zurückzukehren.⁷⁰ In seiner Publizistik forderte er daher immer wieder, dass man sich keinesfalls von Stimmen benebeln lassen dürfe, die aus dem Krieg einen welthistorischen Entscheidungskampf der Rassen oder Kulturen machen wollten. Dementsprechend lehnte er auch das „Gerede von unversöhnlichen Weltgegensätzen“ entschieden ab. Wahre Machtpolitik nach dem Vorbild Bismarcks müsse immer „elastisch“ und „flüssig“ bleiben, kenne daher auch keine vorzeitige Festlegung auf bestimmte Minimalziele und begründe vor allem mit ihren Friedensbedingungen keine ewigen Feindschaften.⁷¹ In diesem Sinne empfahl Meinecke ungeachtet der im August 1914 in Deutschland herrschenden Siegeszuversicht, mit Frankreich auf jeden Fall einen „Nikolsburger Frieden à la 1866“ abzuschließen.⁷²

Auch als sich Max Weber, der ein unbedingter Befürworter einer Parlamentsregierung und somit ein dezidierter Kritiker der Herrschaft Bismarcks war⁷³, Ende 1915 zur Kriegszielfrage äußerte, berief er sich ausdrücklich auf die in manchen ihrer „allgemeinen Maximen voraussichtlich für jede sachliche deutsche Politik als dauernd maßgebend“ anzusehende Außenpolitik Bismarcks.⁷⁴

Wer wie Meinecke von der Notwendigkeit überzeugt war, mit den Feinden über kurz oder lang doch einen Frieden nach dem Grundsatz „Leben und leben lassen“ abschließen zu müssen, konnte von der im Verlauf des Krieges immer mehr zu Tage tretenden Unfähigkeit der kriegführenden Regierungen,

69 Vgl. Michael L. Sanders/Philip M. Taylor (Hrsg.): *Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1990; Meinecke: Meinecke (wie Anm. 10), S. 233 f.

70 Zu diesem Aspekt genauer Stefan Meinecke: *Friedrich Meinecke und der „Krieg der Geister“*. In: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.): *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, München 1996, S. 97-117.

71 Vgl. Friedrich Meinecke: *Wahrheit und Lüge* (Oktober 1914). In: ders.: *Die deutsche Erhebung von 1914*, Stuttgart 1914, S. 64-73, bes. S. 69; ders.: *Politische Kultur und öffentliche Meinung* (April 1915). In: ders.: *Probleme des Weltkrieges*, München 1917, S. 10-34, das Zitat S. 18 f.

72 So schon Friedrich Meinecke am 30. August 1914 an Gerhart von Schulze-Gaevernitz. In: ders.: *Werke X* (wie Anm. 18), S. 197 f., das Zitat S. 197.

73 Vgl. nur Max Weber: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*. Kapitel 1: *Die Erbschaft Bismarcks* (Mai 1917). In: ders.: *Zur Politik im Weltkrieg*. Schriften und Reden 1914-1918, Tübingen 1988, S. 205-212.

74 Ders.: *Bismarcks Außenpolitik und die Gegenwart* (Weihnachten 1915). In: ders.: *Zur Politik im Weltkrieg*. Schriften und Reden 1914-1918, Tübingen 1988, S. 26-38, bes. S. 37 f. Sogar der pazifistische „Bund Neues Vaterland“ berief sich in einer Denkschrift auf den Reichsgründer: Casimir von Leyden: *Was täte Bismarck?*, Berlin 1915.

diese Erkenntnis in zielbewusstes politisches Handeln umzusetzen, nur entsetzt sein.

Meinecke, der ab 1915 von Bethmann Hollweg sporadisch zu Beratungen hinzugezogen wurde und Gesprächspartner führender Diplomaten wie Richard von Kühlmann war, erlebte in Berlin aus nächster Nähe mit, wie sehr der Handlungsspielraum der verantwortlichen Regierung durch die erfolgreiche Agitation der kategorisch einen „Siegfrieden“ fordernden Rechten eingeengt und Anfang 1917 mit der verhängnisvollen Entscheidung für einen unbeschränkten U-Boot-Krieg sogar „wider besseren Wissens“ eine Kapitulation vor den nationalistischen Scharfmachern vollzogen wurde.⁷⁵ Nicht besser stellte sich für Meinecke die Lage bei den westlichen Kriegsgegnern dar. Die grauenhafte Schlacht an der Somme, die der über den Sommer 1916 fast pausenlos angreifenden Entente einen Geländegewinn von zwölf Kilometern einbrachte und dafür eine Million Soldaten das Leben kostete, ließ Meinecke fragen, „welchen Sinn [...] dieses Morden vernünftigerweise noch haben kann.“⁷⁶ Als der von den Ereignissen anscheinend vollkommen unbeeindruckte englische Premier Lloyd George Ende September 1916 eine Fortsetzung der Kämpfe bis zu einem endgültigen „Knock out“ Deutschlands forderte, bewies dies für Meinecke nur, wie sehr auch in den westlichen Demokratien die Leidenschaften der Straße zur Herrschaft gelangt waren:

„Krieg und Staatskunst sind deswegen jetzt hypertrophisch geworden, weil die Demokratie dort hypertrophisch geworden ist. Sie kann den Weg in den Krieg hinein, aber nicht aus dem Kriege heraus zu einem staatsmännischen Frieden wieder finden.“⁷⁷

Das allgemeine Desaster der Kriegspolitik erschütterte Meinecke schwer. Er verarbeitete diese Erfahrung in seinem bereits in Arbeit befindlichen „Staatsräson“-Werk, indem er den Geltungsverlust dieser gegen eine blinde Gewalt- und Expansionspolitik gerichteten Idee beklagte.⁷⁸ Hatte Meinecke in seinen Darstellungen zur Reformzeit die im Zeichen des Nationalismus stattfindende Politisierung der Massen noch uneingeschränkt als einen Prozess der Versittlichung beschrieben, so war diese optimistische Deutung für die Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten. Im Gegenteil: Die Politisierung der Massen hatte auf allen Seiten die Durchführung einer Alles-oder-Nichts-Po-

75 Ausführlich zu Meineckes Position innerhalb der deutschen Kriegszieldiskussion vgl. Meinecke: Meinecke (wie Anm. 10), S. 243-275.

76 Friedrich Meinecke: Staatskunst und Leidenschaften (Ende September 1916). In: ders.: Werke IX (wie Anm. 16), S. 578-585, hier S. 578.

77 Ebd., S. 583.

78 Ders.: Die Idee der Staatsräson (wie Anm. 5). Zu ihr vgl. Ernst Schulin: Friedrich Meinecke, Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte. In: Volker Reinhardt (Hrsg.): Hauptwerke der Geschichtsschreibung, Stuttgart 1997, S. 421-424.

litik gestärkt, bei der die irrealen Hoffnung auf eine endgültige Zertrümmerung der gegnerischen Macht im Mittelpunkt stand. Der von den modernen Industriestaaten mit ihren enormen Machtmitteln über Jahre geführte Krieg hatte sich als eine dämonische, weil von aller politischen Logik befreite Urgewalt erwiesen.

Vor diesem Hintergrund erklärte Meinecke im Herbst des Katastrophenjahres 1916 die Außenpolitik Bismarcks zu einer „Wunderleistung des geschichtlichen Lebens“. Der Reichsgründer habe für seine Politik schon die Kraftquellen des modernen Industriestaates genutzt, deren destruktive Gewalt aber noch durch eine „reine, wägend-wagende Staatskunst“ bannen können.⁷⁹ Die von ihm geführten Kriege seien kurz, verlustarm und erfolgreich gewesen. Sie wurden durch Friedensschlüsse beendet, die eine politische Verständigung zumindest nicht ausschlossen. Vor allem aber hatte Bismarck gerade als Realpolitiker eine klare Vorstellung von den Grenzen der deutschen Macht entwickelt, was ihn grundlegend von seinen Nachfolgern unterschied. So fand für Meinecke die Idee der Staatsräson in dem Begründer des deutschen Nationalstaates ihren „besten und höchsten“, aber auch – wie hinzuzufügen ist – letzten Ausdruck.⁸⁰ Denn dass der Politikstil Bismarcks mehr dem Ancien Régime als einer modernen Massendemokratie entsprach, daran bestand für Meinecke kein Zweifel. Insofern stellte sein neuer Blick auf Bismarck immer auch einen Akt des Abschiednehmens dar. Wie sehr es auch ein Glück bedeutet hatte, von einem Bismarck regiert worden zu sein, das kam Meinecke bei den Gewaltexzessen des 20. Jahrhunderts, die ihn nicht ohne Wehmut an das „lange ruhige Ausatmen der Reichsgründerzeit“ zurückdenken ließen, immer stärker zu Bewusstsein.⁸¹

4. Zur Beurteilung Bismarcks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Anders als man dies vielleicht vermuten könnte, bewirkte die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs keine bemerkenswerte Veränderung von Meineckes Bismarck-Bild. Zwar vertrat er nach 1945 wiederholt die Forderung nach einer

79 Friedrich Meinecke: Staatskunst (wie Anm. 76), hier S. 582.

80 Ders.: Die Idee der Staatsräson (wie Anm. 5), S. 488 und 491.

81 Vgl. nur ders.: Autobiographische Niederschrift vom März 1939. In: ders.: Werke VIII (wie Anm. 2), S. 449-454, hier S. 450.

Revision des deutschen Geschichtsbildes⁸² und betonte dabei, dass jetzt auch Bismarck „neu gesehen werden [muss]“⁸³, aber mit solchen Appellen forderte Meinecke nicht zum Bildersturz auf, sondern er distanzierte sich von der Bismarck-Orthodoxie einer noch weithin in einem machtsstaatlichen Nationalismus befangenen Historikerkunft.⁸⁴ Für sich selbst sah Meinecke hingegen keinen Anlass zu drastischen Neubewertungen.

Die grundsätzliche Berechtigung der Deutschen, einen eigenen Nationalstaat zu bilden, stand für Meinecke auch nach 1945 außer Frage. Da er aber trotz seiner Distanz zur borussischen Geschichtsschreibung⁸⁵ eine realistische Alternative zu dem von Bismarck beschrittenen Weg einer „Revolution von oben“ nicht zu benennen wusste, blieb für ihn die Reichsgründung, die nach seiner Überzeugung den „Grenzen und Maßen des alten Europas“ noch entsprochen hatte, unverändert eine „Leistung von historischer Größe“.⁸⁶ Diese Einschätzung war für ihn umso leichter aufrechtzuerhalten, als er zwar in der Vormachtstellung der konservativen Machteliten Preußens einen schweren, aber doch keineswegs unheilbaren „Geburtsfehler“ des Kaiserreiches erblickte. An die grundsätzliche Entwicklungsfähigkeit des politischen Systems wollte er, sicher auch eingedenk seiner eigenen politisch-publizistischen Kämpfe, weiterhin glauben. Und Bismarck, über den er 1917 sogar einmal geschrieben hatte, dieser habe „im neuen Reich eine Art von Diktatur aus[geübt]“⁸⁷, avancierte im Rückblick des 83-Jährigen zu einer Art politischer Hoffnungsträger:

„Wäre die bismarcksche Vorsicht und weise Behutsamkeit in der Europa- und Weltpolitik seiner Nachfolger auch weiter geübt worden, so hätten wir auch die Gefahrenzone der imperialistischen Ära ungeschädigt durchschreiten und vielleicht auch in der Heilung unserer inneren Schäden vorankommen können.“⁸⁸

- 82 Vgl. ders.: Die deutsche Katastrophe (1946). In: ders.: Werke VIII (wie Anm. 2), S. 321-445, dazu die Vorbemerkung, S. 323 f. und in seinem Ende 1945 verfassten, aber ungedruckt gebliebenen Entwurf zu einem Geleitwort für den ersten Nachkriegsband der HZ. In: ders.: Werke X (wie Anm. 18), S. 611 ff. Dort auch sein Brief vom 1. September 1946 an Gustav Mayer, S. 449 f. Vgl. ferner seine Briefe vom 26. Oktober 1945 an Eduard Spranger und vom 22. November 1945 an Wilhelm Steffens. In: ders.: Werke VI (wie Anm. 6), S. 575 f. und S. 240 f.
- 83 Friedrich Meinecke am 17. Juni 1946 an seine Tochter Sabine Rabl und am 21. Juni 1946 an Aage Friis. In: ders.: Werke X (wie Anm. 18), S. 446 f. und S. 447 ff., hier S. 449.
- 84 Für diese steht vor allem Arnold Oskar Meyer: Bismarck. Der Mensch und der Staatsmann, Leipzig 1944. Dazu kritisch Friedrich Meinecke am 29. Dezember 1943 an Otto Becker. In: ders.: Werke X (wie Anm. 18), S. 425 f.
- 85 Sehr prononciert ders.: Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland (Dezember 1918). In: ders.: Werke IX (wie Anm. 16), S. 608-623, hier S. 612.
- 86 Ders.: Die deutsche Katastrophe (1946). In: ders.: Werke VIII (wie Anm. 82), S. 431 und 380.
- 87 Ders.: Reich und Nation seit 1871. In: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 11 (1917), Sp. 907-952, hier Sp. 909.
- 88 Ders.: Die deutsche Katastrophe (1946). In: ders.: Werke VIII (wie Anm. 82), S. 381.

Wenn er trotzdem mit Blick auf das Jahr 1933 auch das Werk Bismarcks nicht frei von „Tragik“⁸⁹ sah, dann waren dafür soziale Wandlungsprozesse im deutschen Bürgertum verantwortlich zu machen. Durch den rasanten Aufstieg Deutschlands zur Industrienation hatte seiner Meinung nach das alte, von umfassender humanistischer Bildung geprägte Bürgertum, das er in Gelehrten wie seinem einstigen Freiburger Kollegen Alfred Dove⁹⁰ oder dem ihm aus seiner Straßburger Zeit bekannten Kunsthistoriker Georg Dehio⁹¹ verehrte, immer mehr an sozialer Bedeutung eingebüßt. Ein rein sachlich denkendes Fachmenschentum, das durch „die falsch verstandenen Lehren des modernen Realismus und der Bismarckzeit überheblich und maßlos geworden“⁹² war, sah er an dessen Stelle gerückt. Im Aufstieg dieser „neudeutschen“ Elite, der es nach seinem Empfinden an gewachsenen Bindungen und Kulturtraditionen fehlte, erblickte er den tiefsten und letzten Grund für den Niedergang des Liberalismus. Politisch ohne feste Orientierung war diese „mächtige Schicht der Halb- und Dreiviertelsgebildeten“⁹³ bereits im Krieg der radikalen Propaganda von Alldutschen und Vaterlandspartei gefolgt und hatte damit „ein genaues Vorspiel für den Aufstieg Hitlers“ abgegeben.⁹⁴

Die soziokulturellen Folgen, die sich aus dem durchschlagenden ökonomischen Erfolg der Reichsgründung ergaben, waren also nach Meineckes Diagnose dafür verantwortlich zu machen, dass aus der Erschütterung des Weltkriegs ein neuer deutscher Radikalnationalismus hervorgehen konnte. Nicht Bismarck, wohl aber diejenigen Teile des deutschen Bürgertums, die von ihm „nur die Kürassierstiefel und nicht den Kopf geerbt“⁹⁵ hatten, sah Meinecke in einer Vorgeschichte des Dritten Reiches prominent vertreten.

Als 1956 der Freiburger Meineckeschüler und Bismarckkenner Hans Rothfels der Neuausgabe der „Großen Deutschen“ auch ein Bismarck-Porträt

89 Ebd., S. 337.

90 Vgl. ders.: Alfred Dove. Nachruf (1916) sowie ders.: Alfred Dove und der klassische Liberalismus im neuen Reiche (1925). Beide in: ders.: Werke VII (wie Anm. 3), S. 356-385 und S. 386-412.

91 Vgl. das Kondolenzschreiben von Friedrich Meinecke am 25. März 1932 an Ludwig Dehio. In: ders.: Werke X (wie Anm. 18), S. 338 sowie ders.: Erlebtes in Straßburg (1901-1906). In: ders.: Werke VIII (wie Anm. 2), S. 148 f.

92 Ders.: Erlebtes in Berlin (1914-1919). Schlußbetrachtungen 1943/44. In: ebd., S. 315-320, hier S. 316.

93 Ders.: Staatskunst (wie Anm. 76), S. 584.

94 Ders.: Die deutsche Katastrophe. In: Werke VIII (wie Anm. 82), S. 354. Eine ähnliche Bewertung dort auf S. 346. Zur näheren Einordnung und Bewertung des immer wieder grotesk verkanteten Werkes vgl. vor allem Wolfgang Wippermann: Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“. Ein Versuch zur deutschen Vergangenheitsbewältigung. In: Erbe (Hrsg.): Friedrich Meinecke heute (wie Anm. 20), S. 101-121; ders.: „Deutsche Katastrophe“. Meinecke, Ritter und der erste Historikerstreit. In: Bock/ Schönplflug (Hrsg.): Friedrich Meinecke in seiner Zeit (wie Anm. 36), S. 177-191.

95 Ders.: Staatskunst (wie Anm. 76), S. 584.

trait beisteuerte, beendete er seinen Essay mit den Worten, dass aus der Distanz des Heute die Gestalt des Reichsgründers „gewiss nicht kleiner, sondern eher größer“ erscheine.⁹⁶ Untersucht man die Entwicklung, die das Bismarck-Bild seines Lehrers seit 1890 genommen hat, wird man diese Einschätzung bestätigt finden. Ungeachtet der von Meinecke über alle Zäsuren hinweg betriebenen Historisierung Bismarcks hatte bei ihm der Geschichtsbruch des Ersten Weltkrieges zu einer grundsätzlichen Aufwertung von Person und Werk des Reichsgründers geführt.

96 Hans Rothfels: Otto von Bismarck 1815-1898. In: Die Großen Deutschen, Neuausgabe, hrsg. von Hermann Heimpel, Theodor Heuss und Benno Reifenberg, Berlin 1956, Bd. 3, S. 477-492, hier S. 492.

Die liberale Zerstörung einer Legende. Erich Eycks Bismarck-Biographie und ihre Rezeption*

I.

„So steht Otto von Bismarck unter den Großen der Weltgeschichte, eine Gestalt nicht zum Lieben, geschweige denn zum Nacheifern, aber zum Erforschen und Studieren und – bei aller Kritik und allem Vorbehalt – zum Bewundern.“ So lautet der letzte Satz des abschließenden dritten Bandes der Bismarck-Biographie von Erich Eyck, der 1944 erschien.¹

Keine Biographie über Otto von Bismarck ist wohl unter so widrigen Bedingungen entstanden wie diejenige des liberalen Juristen und Historikers Eyck. Sie wurde im Exil und im Krieg von einem Außenseiter der Geschichtswissenschaft geschrieben. Hinzu kommt, dass kaum eine der wichtigen und umfangreichen Bismarck-Biographien so umstritten ist wie diese. Denn selten hat eine geschichtswissenschaftliche Debatte so viel Resonanz in den fachwissenschaftlichen und publizistischen Medien erhalten wie diejenige, die unmittelbar nach 1945 über Eycks Bismarckbild entbrannte. Der amerikanische Historiker William Maehl sprach gar von einer „Revolution“ in der Bismarck-Literatur, die Eyck mit seinem Werk provoziert habe.² Die Aufregung über die Biographie hatte mit den Zeitbedingungen, dem Lebensweg des Autors³ und schließlich mit Anlage und Stil seiner Bismarck-Darstellung zu tun.

* Ich danke Edgar Liebmann (Ennepetal) und Ulrich Sieg (Marburg) für die gewissenhafte Durchsicht des Textes.

1 Erich Eyck: Bismarck. Leben und Werk. 3 Bde. Erlenbach-Zürich 1941-1944, hier Bd. 3, S. 638.

2 William H. Maehl: Erich Eyck 1878-. In: Samuel Halperin (Hrsg.): Some 20th century historians. Essays on eminent Europeans. Chicago 1961, S. 227-253, hier S. 252.

3 Zu Eyck informieren folgende Aufsätze: Frank Eyck: Erich Eyck (1878-1964). In: Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 2: Leitbegriffe – Deutungsmuster – Paradigmenkämpfe. Erfahrungen und Transformationen im Exil. Göttingen 2004, S. 545-548; Klaus Hildebrand: Erich Eyck. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker. Göttingen 1973, S. 206-227; Joachim H. Knoll: Werk und Methode des Historikers Erich Eyck. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 16 (1965), S. 277-285; Maehl (wie Anm. 2); Hans Schleier: Erich Eyck. In: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hrsg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart/Weimar 1997, S. 160-162.

Kurz: Eycks Werk kommen ein außergewöhnlicher Wert und eine ungewöhnliche Wirkung gleich in mehrfacher Hinsicht zu. Einige dieser Aspekte zu Verfasser, Werk und Wirkung sollen nachfolgend behandelt werden.

II.

An wenigen anderen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte als Bismarck lässt sich zeigen, was Johann Wolfgang von Goethe festgestellt hat:

„Daß die Weltgeschichte von Zeit zu Zeit umgeschrieben werden müsse, darüber ist in unsern Tagen wohl kein Zweifel übrig geblieben. Eine solche Notwendigkeit entsteht aber nicht etwa daher, weil viel Geschehenes nachentdeckt worden, sondern weil neue Ansichten gegeben werden, weil der Genosse einer fortschreitenden Zeit auf Standpunkte geführt wird, von welchen sich das Vergangene auf eine neue Weise überschauen und beurteilen läßt. Ebenso ist es in den Wissenschaften. Nicht allein die Entdeckung von bisher unbekannten Naturverhältnissen und Gegenständen, sondern auch die abwechselnden vorschreitenden Gesinnungen und Meinungen verändern sehr vieles und sind wert, von Zeit zu Zeit beachtet zu werden.“⁴

Das Bismarckbild veränderte sich im „Strom der Zeit“⁵ und variierte mit den Wandlungen der deutschen Geschichte, die Historiographie folgte der Historie. In den letzten einhundert Jahren hat die Bismarck-Literatur wohl die größten Schübe in den 1940er und den 1980er Jahren erhalten. Erich Eyck hatte an der ersten ‚Beschleunigungsphase‘ einen wesentlichen Anteil.

Eyck kam 1878 als eines von sechs Kindern einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin zur Welt.⁶ Sein Sohn Frank, selbst Historiker, schrieb später, der häusliche Ton sei in politischer wie religiöser Hinsicht liberal gewesen.⁷ Erich Eyck studierte Rechts- und Staatswissenschaften sowie Geschichte in Berlin und Freiburg. Er wurde 1904 mit einer historischen Dissertation über den Vereinstag Deutscher Arbeitervereine in den Jahren 1863 bis 1868 an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin zum Doktor der Phi-

4 Johann Wolfgang von Goethe: Baco von Verulam. In: Ders.: Gedenkausgabe der Werke, Briefe und Gespräche. Bd. 16: Naturwissenschaftliche Schriften, Tl. 1. Zürich 1949, S. 404-416, hier S. 412.

5 Hellmut Seier: Bismarck und der „Strom der Zeit“. Drei neue Biographien und ein Tagungsband. In: Historische Zeitschrift [HZ] 256 (1993), S. 689-709.

6 Ausführlich zur Familie: Frank Eyck: A Diarist in fin-de-siècle Berlin and her Family Helene, Joseph and Erich Eyck. In: Leo Baeck Institute Year-Book 37 (1992), S. 287-307.

7 Frank Eyck, Eyck (wie Anm. 3), S. 545.

losophie promoviert.⁸ Referenten waren die Staatswissenschaftler Adolph Wagner und Max Sering; die mündliche Prüfung nahmen neben Wagner, der Historiker Hans Delbrück, der Pädagoge Friedrich Paulsen und der Nationalökonom Gustav Schmoller ab.⁹ Der sozialpolitisch interessierte konservative Historiker Delbrück sei für ihn „vorbildlich und anspornend“ gewesen, schrieb Eyck noch kurz vor seinem Tod anlässlich seines 60jährigen Promotionsjubiläums.¹⁰ Eyck absolvierte die Promotion neben seinem juristischen Referendariat und Assessorat.

Aufgrund seines juristischen Studienabschlusses und wegen der vermutlich besseren Berufsaussichten arbeitete Eyck aber danach nicht als Historiker, sondern als Rechtsanwalt. Sein Brotberuf füllte Eyck aber offenbar nicht aus. Denn immer wieder beschäftigte er sich in seiner Freizeit mit Geschichte und Politik. So schloss er sich der linksliberalen Szene in Berlin um Friedrich Naumann und Theodor Barth an, die er später als seine „politischen Lehrmeister“ bezeichnete.¹¹ Theodor Heuss, sein lebenslanger, wenige Jahre jüngerer Freund, berichtet in seinen Jugenderinnerungen, dass „ein Gerichts-assessor Dr. Erich Eyck“ mit 25 Jahren, „eine weiche, noch nicht fest gezeichnete Natur“, in diesen Kreis eingetreten sei.¹²

Nach einem Debüt in der Frankfurter Zeitung 1899 publizierte Eyck seit 1902 in Theodor Barths „Nation“ und seit 1906 regelmäßig in der von Naumann herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe“¹³. Er platzierte in jedem Jahr bis zu fünf historische und juristische Artikel. In diesen kurzen feuilletonisti-

- 8 Ein Lebenslauf Eycks befindet sich in der Dissertationsfassung des späteren Buches: Erich Eyck: Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863-1868. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Tl. 1, phil. Diss. Berlin 1904, S. 35 f. Diese Fassung enthielt nur die ersten beiden Teile und damit 36 Seiten des späteren Buches, das unter demselben Titel erschien und dann 102 Seiten umfasste.
- 9 Die Promotionsunterlagen aus den Jahren 1903/04 befinden sich im Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin, Phil. Fak. 390, Promotionen, fol. 107-117.
- 10 Bundesarchiv Koblenz [künftig zit. BA Koblenz], N 1724, Nr. 1 (an Walter Pabst, Dekan der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin, 3.4.1964).
- 11 Erich Eyck. In: Hans Bott/Hermann Leins (Hrsg.): Begegnungen mit Theodor Heuss. Tübingen 1954, S. 29-32, hier S. 29; ders.: A great German liberal [= F. Naumann]. In: Contemporary Review 155 (1939), S. 323-325; ders.: Meine politischen Lehrmeister. Erinnerung an Theodor Barth; Friedrich Naumann. In: Ders.: Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte. Erlenbach-Zürich/ Stuttgart 1963, S. 65-72. Die Erstfassungen erschienen 1919 bzw. 1924 in der „Vossischen Zeitung“.
- 12 Theodor Heuss: Vorspiele des Lebens. Tübingen 1953, S. 281 f.; ders.: In alter Freundschaft. Zum 80. Geburtstag von Erich Eyck. In: Association of Jewish Refugees in Great Britain, Information 13 (1958), S. 4. Siehe auch Karl-Josef Kuschel: Theodor Heuss, die Schoah, das Judentum, Israel. Ein Versuch. Mit drei Schlüsselreden von Theodor Heuss. Tübingen 2013, S. 179-185 sowie Briefe von Heuss an Eyck in BA Koblenz, N 1724, Nr. 2 u. 16.
- 13 Eine vollständige 23 maschinenschriftliche Seiten umfassende Bibliographie der Veröffentlichungen von Eyck hat Helmut Goetz 1960 zusammengestellt. Sie befindet sich im Nachlass: BA Koblenz, N 1714, Nr. 14. Ebd. Nr. 7 enthält Kopien vieler Artikel.

schen Beiträgen deuten sich bereits einige der späteren Lebensthemen an; auch Bismarck wird dabei immer wieder erwähnt.¹⁴ 1909 schrieb er im Zusammenhang mit einem Aufsatz über den Deutschen Nationalverein, dass Bismarck rücksichtslos regiert habe.¹⁵ In seiner Besprechung der „Geschichte des deutschen Liberalismus“ von Oskar Klein-Hattungen kritisierte er 1912, dass Bismarck jedes liberale Ministerium verhindert und hinter dem Rücken der Liberalen mit dem Zentrum Frieden geschlossen habe. Er habe die Liberalen gegen die Sozialisten gehetzt.¹⁶ Eyck reiste 1906 zum ersten Mal auf die britische Insel und war begeistert vom dortigen politischen System und der Stärke des englischen Liberalismus.¹⁷ Noch im Mai 1914, nur drei Monate bevor Großbritannien Kriegsgegner des Deutschen Reichs wurde, verfasste Eyck einen Beitrag in der „Hilfe“ mit dem programmatischen Titel „England als Lehrmeister“.¹⁸

Seit 1915 arbeitete Eyck im Nebenberuf für die „Vossische Zeitung“ und betreute verantwortlich bis 1933 deren Beilage „Recht und Leben“.¹⁹ Nach Ende des Ersten Weltkriegs blieb er der Publizistik treu und schrieb Besprechungen, Nachrufe, historische Essays und kleine Schriften, so 1919 über „Des deutschen Bürgertumes Schicksalsstunde“. In dem darin gezeichneten Bild des „vom Ruhme der Weltgeschichte umstrahlten Kanzlers“ Bismarck beruft sich Eyck auf Theodor Barth und Max Weber. Bismarck habe „eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung hinterlassen“, ohne – wie er selbst hinzufügte – „politische Tradition“.²⁰

Darüber hinaus nahm sich Eyck Zeit, neu erschienene zeitgeschichtliche Quellen zu sichten, auszuwerten und populär zu präsentieren. Ein Beispiel dafür ist seine knapp einhundert Seiten umfassende Studie über „Die Monarchie Wilhelms II.“ aus dem Jahr 1924.²¹ Zusätzlich engagierte er sich nun deutlicher als zuvor auch parteipolitisch. Seit 1915 saß er in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, zwischen 1918 und 1928 kandidierte

14 Siehe auch Eyck, Auf Deutschlands politischem Forum (wie Anm. 11), S. 91-161. Im Abschnitt III. „Bismarck und die Seinen“ finden sich vier Artikel aus den Jahren 1955-1961 zum Thema.

15 Ders.: Der Deutsche Nationalverein. In: Die Hilfe 15 (1909), S. 315 f.

16 Ders.: Eine Geschichte des deutschen Liberalismus. In: Die Hilfe 18 (1912), S. 100-102.

17 Frank Eyck, Eyck (wie Anm. 3), S. 545; BA Koblenz, N 1724, Nr. 1 (an seinen Vater, 10.1.1906).

18 Erich Eyck: England als Lehrmeister. In: Die Hilfe 20 (1914), S. 332 f.

19 Eine Sammlung von Artikeln findet sich in BA Koblenz, N 1724, Nr. 8. Siehe dazu: Hildebrand, Eyck (wie Anm. 3), S. 100.

20 Erich Eyck: Des deutschen Bürgertums Schicksalsstunde. Leipzig/Berlin 1919, S. 11 f. Das Zitat stammt von Max Weber.

21 Ders.: Die Monarchie Wilhelms II. nach seinen Briefen, seinen Randbemerkungen und den Zeugnissen seiner Freunde. Berlin 1924.

er in der Bezirksverordnetenversammlung erfolgreich für die Deutsche Demokratische Partei und war Mitglied im Berliner Demokratischen Club.²²

Eycks politisches und publizistisches Engagement endete mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933. Auch seinen Beruf als Rechtsanwalt konnte er nicht mehr ausüben. Als Jude unterlag er den zahlreichen antisemitischen Diskriminierungen der NS-Diktatur. Er ging nun dem nach, „was er“, nach dem Zeugnis seines Sohnes, „schon immer gerne getan hätte“,²³ und widmete sich fortan der Geschichtsschreibung. 1938 erschien im Züricher Verlag Eugen Rentsch eine umfangreiche Biographie über seinen heimlichen historischen Helden, William Ewart Gladstone.²⁴ Der langjährige englische Premierminister verkörperte für Eyck den Idealtypus eines liberalen Politikers. Diese Biographie bedeutete schon eine Art ‚innere Auswanderung‘. Denn um den persönlichen und politischen Zwängen zu entfliehen, entschlossen sich er und seine Frau 1937 schließlich zur Ausreise. Ziel war das Land, dem sich Eyck schon lange verbunden fühlte: Großbritannien.²⁵

Vor allem Eycks Frau Helene war es zu verdanken, dass die Familie mit der von ihr geführten Pension ein Auskommen hatte. Als kleinen Lohn für das Gladstone-Buch erhielt Eyck in den kommenden Jahren außerdem eine finanzielle Unterstützung durch dessen Nachfahren.²⁶ Dies hielt – zusammen mit den Einkünften seiner Frau – ihm finanziell den Rücken frei, um sich dem nächsten großen historiographischen Werk zu nähern. Dabei half die Tatsache, dass er 1938 seine private Bibliothek aus Deutschland nach England transportieren lassen konnte.²⁷ Geplant hatte er zunächst wohl eine sechs Bände umfassende Geschichte Deutschlands zwischen 1848 und 1933.²⁸ Schließlich aber entschied er sich für eine dreibändige Biographie über Otto von Bismarck, die zwischen 1941 und 1944 erneut im Verlag Eugen Rentsch erschien.²⁹

22 Eyck, *Diarist* (wie Anm. 6), S. 300-307; Leo Engel: *Erinnerungen an Berlin*. In: *Association of Jewish Refugees in Great Britain, Information 13* (1958), S. 4 f. Archiv des Liberalismus, Bestand Wilhelm Nowack, N26-13: Rundschreiben der „Deutschen Staatspartei“, Ortsgruppe Schlesisches Tor, Nr. 12, 5.9.1932, mit einem Bericht über ein Referat von Eyck.

23 Frank Eyck, Eyck (wie Anm. 3), S. 547.

24 Erich Eyck: *Gladstone*. Erlenbach-Zürich 1938.

25 Hildebrand, Eyck (wie Anm. 3), S. 101.

26 Frank Eyck, Eyck (wie Anm. 3), S. 547.

27 Ebd. S. 547 f.

28 Machl, Eyck (wie Anm. 2), S. 232.

29 Die Vertragsunterlagen und die Korrespondenz mit dem Verlag befinden sich im Archiv des Rentsch-Verlages in der Zentralbibliothek Zürich, Ms. Rentsch, sowie im Nachlass im BA Koblenz, N 1724, Nr. 4.

III.

Das Bismarck-Werk ist allein vom Umfang her eindrucksvoll. Auf rund 2.000 Seiten schildert Eyck Persönlichkeit und Werk des Reichsgründers in einer Dichte und mit Details, die bis heute nicht erreicht wurde. Sein Buch war aber nicht nur rein quantitativ ein Novum, es war zudem die erste fertiggestellte, wissenschaftlich ausgerichtete Bismarck-Biographie. Bis dahin hatte es seit dem ersten Lebensbild Bismarcks von Max Lenz 1902 entweder unvollendete (Erich Marcks) oder populärwissenschaftliche Monographien (Emil Ludwig) gegeben.³⁰ Außerdem stellte Eycks „Bismarck“ die erste von der bis dahin vorherrschenden sogenannten Bismarck-Orthodoxie abweichende, liberal ausgerichtete, kritische Würdigung des Reichskanzlers dar.³¹

Dabei waren die Begleitumstände der Entstehung des Werks an und für sich nicht förderlich. Abgesehen davon, dass sich Eyck ganz dem Schreiben widmen konnte, war er in seinem Londoner und Oxforder Exil von allen archivalischen Quellen abgeschnitten und allein auf ältere Exzerpte und Notizen angewiesen. Eyck stand aber vor allem vor der Herausforderung, in den Weltkriegsjahren eine Biographie des Reichsgründers zu schreiben, während dessen Werk, der deutsche Nationalstaat, allmählich unterging. Es wäre somit wohl kaum ein Wunder gewesen, wenn Eyck eine historische Linie vom Gründer zum ‚Zugrunde-Richter‘, von Bismarck zu Hitler, gezogen hätte. Er hatte einerseits den Vorteil der historischen und geographischen Distanz, welche die Möglichkeit bot, „to write without fear or favor“, wie es der amerikanische Bismarck-Kenner Lawrence Steefel ausdrückte.³² Der Nachteil konnte andererseits allerdings eine gewisse politische Voreingenommenheit sein.

Theodor Heuss berichtet, Eyck habe bereits in den 1920er Jahren den Plan verfolgt, eine Bismarck-Biographie zu verfassen.³³ Um 1940 – nach-

30 Max Lenz: *Geschichte Bismarcks*. Leipzig 1902; Erich Marcks: *Bismarck. Eine Biographie*. Bd. 1: *Bismarcks Jugend 1815-1848*. Stuttgart/Berlin 1909, als Fortsetzung posthum: Ders.: *Bismarck und die deutsche Revolution 1848-1851*. Aus dem Nachlass hrsg. u. eingel. v. Willy Andreas. Stuttgart/Berlin 1939, sowie als Überblick zum 100. Geburtstag: Ders.: *Otto von Bismarck. Ein Lebensbild*. Stuttgart 1915, Emil Ludwig: *Bismarck. Geschichte eines Kämpfers*. Berlin 1926. Einen Überblick gibt Hans-Christof Kraus: *Bismarck im Spiegel seiner Biographien*. In: Ders./Bernd Heidenreich/Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): *Bismarck und die Deutschen*. Berlin 2005, S. 143-155.

31 Kraus, *Bismarck* (wie Anm. 30).

32 Laurence Steefel: Rezension zu Erich Eyck, *Bismarck*, Bde. 2 u. 3. In: *American Historical Review* 51 (1945/46), S. 501 f., hier S. 502. Siehe auch ders.: Rezension zu Erich Eyck, *Bismarck*, Bd. 1. In: *Ebd.* 49 (1943/44), S. 713 f.

33 Theodor Heuss an Gerhard Ritter, 16.4.1951. Theodor Heuss: *Der Bundespräsident. Briefe 1949-1954*, hrsg. u. bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt, Wolfram Werner. Berlin/ Boston 2012, Nr. 70, S. 228-230, hier S. 229.

dem er die Pläne für sechs Bände deutscher Geschichte ad acta gelegt hatte – ging es ihm offenbar um eine Art Gegenstück zu seinem Gladstone-Buch. Gladstone und England bildeten den politischen Maßstab für Bismarck und den deutschen Liberalismus.³⁴ Eine Revision des bisherigen Bismarck-Bildes schien ihm dabei schon lange notwendig, eine „neue Würdigung [geradezu][...] unvermeidlich“ zu sein.³⁵

Eyck schrieb seinen „Bismarck“ in einem bewusst erzählenden Stil, der sich damit von mancher eher trockenen Lektüre früherer Biographien wohltuend abhob. Er wertete erstmals die in den zwanziger und dreißiger Jahren erschienenen Quelleneditionen, u.a. die Friedrichruher Ausgabe der „Gesammelten Werke“, aus. Das führte dazu, dass seine Darstellung mit zahlreichen, oft originellen Quellenzitaten von Bismarck und seinen Zeitgenossen angereichert ist.

Die dreibändige Biographie – ursprünglich hatte er nur zwei Bände schreiben wollen – war in ihrer Anlage allerdings ungleichgewichtig. Der erste Band reicht bis 1863, wobei die Jugend und frühe Erwachsenenzeit Bismarcks vor seinem Einstieg in die Politik 1848 sehr kurz als „Vorspiel“ auf nur knapp fünfzig Seiten und damit auf weniger als 5% der Gesamtlänge der Lebensbeschreibung abgehandelt wird.³⁶ Das mag aus heutiger Sicht deshalb erstaunlich anmuten, weil jede moderne Biographie sich mit den frühkindlichen oder jugendlichen Eindrücken ihres Protagonisten ausführlich auseinandersetzt. Hier prägten sich angeblich die Grundzüge des Charakters aus, es entstünden bleibende Werthaltungen, und es gebe politische Einflüsse, die sich im späteren Leben entfalteten. Gerade bei Eycks auffälligen psychologischen und ethisch begründeten Urteilen über Bismarck hätte man in Ausführungen zu seiner Jugendzeit mehr Grundlegungen vermuten können. Der zweite Band der Biographie reicht bis 1871, und für die Reichskanzlerzeit und den Ruhestand bleibt gerade einmal ein Drittel des Gesamtumfangs übrig.

Zu seiner eigenen politischen Einstellung als Historiker bemerkte Eyck:

„Ich schreibe vom liberalen Standpunkt aus, den die Geschichtswissenschaft meines Erachtens ebenso als grundsätzlich berechtigt anerkennen muß, wie den kon-

34 So auch Erich Eyck: Bismarck and Gladstone. In: Contemporary Review 170 (1946), S. 343-348.

35 Erich Eyck: Bismarck nach fünfzig Jahren. In: Lothar Gall (Hrsg.): Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945. Köln/Berlin 1971, S. 34-50 [zuerst engl. 1948], hier S. 34.

36 Eyck, Bismarck (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 11-56. Siehe Ulrich Kühn: Der Grundgedanke der Politik Bismarcks. Dettelbach 2001, zu Eyck: ebd., bes. S. 35 f., 42 f. u. ö., S. 96, Anm. 116.

servativen, den katholischen, den nationalistischen oder den sozialistischen, die alle ihre Vertreter gefunden haben.“³⁷

Dass bei einer solchen Haltung ein kritischer Blick auf den dezidierten Antiliberalen Bismarck unvermeidlich sein würde, lag natürlich auf der Hand.

Greifen wir einige Einschätzungen von Eyck als Beispiele heraus: Bismarck habe die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland „im Keim erstickt“. Es stelle sich die Frage, „ob nicht mit einer anderen Verfassungspolitik eine friedliche Lösung des Problems der deutschen Einigung möglich gewesen wäre“.³⁸ Das erinnerte von Ferne an das bekannte Diktum des republikanischen Historikers Johannes Ziekursch, die Reichsgründung sei 1871 „dem Geist der Zeit entgegen“ erfolgt.³⁹ Im Hinblick auf die Person Bismarcks war diese Wertung indes neu. Über den Reichsgründer hatte selbst der demokratische Historiker Veit Valentin 1915 geschrieben: „Er hat für uns alle gestritten und gewagt. Deutsch sein und Bismarckisch sein, ist dasselbe geworden.“⁴⁰

Eyck übte vehemente Kritik an Bismarcks Politik gegenüber den Liberalen. Diese sei verantwortlich gewesen für die fehlende Stabilität des Reiches im Innern und für die mangelhafte parlamentarische Rückendeckung. Es habe z.B. keinen nationalliberalen Minister gegeben, solange Bismarck regierte. Die ausbleibende „partnerschaftliche Teilhabe“ der Liberalen an der Regierung brandmarkte er als eine „unverzeihliche Todsünde“. Auch Bismarcks antisozialistische Politik sei antiliberal gedacht gewesen und habe sich antiparlamentarisch ausgewirkt.⁴¹ Letztlich habe das Kaiserreich unter einem Gegensatz zwischen sozialer Struktur und politischer Teilhabe gelitten. Macht und Moral seien weder im Kaiserreich generell noch in der Figur des Reichsgründers zu einem Ausgleich gekommen.

In seiner Einschätzung der Außenpolitik gelangte Eyck zu keinem besseren Urteil: Bismarck trage die „Hauptverantwortung“ für den Krieg 1870/71. Seine Kolonialpolitik habe der Ausschaltung der innenpolitischen Gegner gedient. Der Rückversicherungsvertrag mit Russland sei mangelhaft und stelle einen Verrat an den übrigen Verbündeten des Reiches dar. Dennoch würdigt der Verfasser die diplomatischen Leistungen Bismarcks „als die beispieillos klügsten, gewagtesten und rücksichtslosesten, zugleich aber auch als die erfolgreichsten“. Bismarcks Außenpolitik stufte er maßvoll im Vergleich

37 Erich Eyck: Bismarck und das Deutsche Reich. Erlenbach/ Zürich/ Stuttgart 1955 [zuerst engl. 1950], S. 7 f.

38 Ders., Bismarck nach fünfzig Jahren (wie Anm. 35), S. 37.

39 Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. 3 Bde. Frankfurt a.M. 1925-1930, hier Bd. 1, S. 3 f.

40 Veit Valentin: Bismarck und seine Zeit. Leipzig 1915, zit. nach Kraus, Bismarck (wie Anm. 30), S. 145.

41 Eyck, Bismarck nach fünfzig Jahren (wie Anm. 35), S. 44-47.

mit derjenigen Wilhelms II. und Hitlers ein.⁴² Vor allem habe Bismarcks Strategie der außenpolitischen Einbindung des Deutschen Reiches zur Kriegsvermeidung geführt.

Immer wieder sind es die moralischen Werturteile Eycks, die neben den literarischen Qualitäten seiner Darstellung ins Auge fallen und den wissenschaftlichen Leser irritieren. Bismarck fehlte es, so schließt Eyck den ersten Band, „weder an Furchtlosigkeit noch an Rücksichtslosigkeit“.⁴³

Trotz aller Kritik im Einzelnen bezeichnet Eyck Bismarck als „die größte und bedeutendste Gestalt seiner Zeit“ und „einen der größten Meister der deutschen Sprache“.⁴⁴ Sofort erkennt man, dass Eyck die „faszinierende Anziehungskraft“ Bismarcks bewundert,

„der im guten wie im bösen immer eigenartig und immer bedeutend ist. Er konnte geschmeidig sein wie ein Höfling, fein und geistreich wie ein Marquis der alten Schule, spöttisch und satirisch wie Heinrich Heine, zartfühlend und weich wie ein Poet – aber auch hart und brutal wie ein Despot der Renaissance, verschlagen wie ein Fuchs, und mutig wie ein Löwe. Größeren Reichtum hat die Natur nur selten in einer Person vereinigt. Aber den Sinn für Recht und Gerechtigkeit hat sie ihm versagt“.⁴⁵

Bismarck erschien als ein brutaler Machiavellist und routinierter Rechtsbrecher, als ein durch und durch amoralischer Politiker und zugleich als ein genialer Taktiker und gewiefter Diplomat. Zwar trage er nicht Schuld an dem, was zwanzig und vierzig Jahre nach ihm geschehen sei, dennoch laste auf ihm die Verantwortung, dass die Deutschen obrigkeitsgläubig und damit tendenziell demokratieunfähig geworden seien.

Eyck stellte sich mit seiner Deutung radikal gegen die bis dahin vorherrschende, zum Teil hagiographische Historiographie über den Reichsgründer. Vor 1941 war Bismarcks Leben und Politik legendenumwoben und nahezu uneingeschränkt positiv beurteilt worden. Das Großwerk der Reichsgründung von 1871 und die kunstvolle außenpolitische Architektur Bismarcks überstrahlten den problematischen Verlauf der weiteren deutschen Geschichte. An diesem glanzvollen Bild betrieb Eyck gründlich und vorsätzlich eine Legendenzerstörung. Dem Genius des Reichsgründers schlug Eycks persönliche Ablehnung, moralische Verurteilung und sein tief sitzender, zum Teil offener Hass entgegen. Bismarck habe die Deutschen auf einen geschichtlichen Irrweg geführt, so lautete das scharfe Urteil, bei dem sich zweifellos auch das Wissen um den Fortgang der Geschichte und sein individuelles

42 Ebd. S. 37-41.

43 Ders., Bismarck (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 654.

44 Ders., Bismarck nach fünfzig Jahren (wie Anm. 35), S. 49.

45 Ders., Bismarck (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 638.

Schicksal niederschlug. In der Nachkriegszeit hat Eycks Einschätzung ihre Wirkung nicht verfehlt.

IV.

Nach 1945 entstand eine Debatte über Bismarck.⁴⁶ Sie war Teil der einsetzenden nationalen Selbstfindung und schwierigen Identitätsbildung der Deutschen.⁴⁷ An Bismarck und der nationalen Frage schieden sich die Geister – nicht nur in Ost und West, sondern auch in der Schweiz, in England und in den Vereinigten Staaten. Die Diskussion schlug Wellen zunächst in den Fachkreisen, in denen die einzelnen Bände schon früh kursierten. Von Hans Herzfeld stammt eine der ersten Besprechungen in Deutschland. Er beurteilte die Biographie zwar als „verdienstvoll“, aber ihn vermochte Eycks „Leistung nicht abschließend zu überzeugen“.⁴⁸ Eine breite deutsche Öffentlichkeit erreichte die Debatte erst, als die drei Bände ab 1950 in den deutschen Buchhandlungen zu erwerben waren.⁴⁹ Dann berichtete sogar das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ über ein Buch, das mindestens ebenso umstritten war wie der darin porträtierte Protagonist.⁵⁰

Die Kritik an Eycks Buch setzte zunächst im Ausland ein, wo die Bände bereits kurz nach ihrem Erscheinen in der Schweiz einzeln besprochen wurden. In den USA besorgten dies Eugene Anderson⁵¹ und Lawrence Steefel,⁵² der eine ausgewiesener Kenner der deutschen Geschichte im Kaiserreich, der andere selbst Bismarck-Experte. Die Meinungen ähnelten sich: Es gebe Un-

46 Einen wertvollen Überblick über die wichtigsten Beiträge gibt Gall, Bismarck-Problem (wie Anm. 35). Weiterhin: Hans Hallmann (Hrsg.): Revision des Bismarckbildes. Die Diskussion der deutschen Fachhistoriker 1945-1955. Darmstadt 1972. Eine Auswertung erfolgt u.a. bei Lothar Gall: Einleitung. In: Ders.: Bismarck-Problem (wie Anm. 35), S. 9-24, bes. S. 12 f.; nahezu wortgleich: Ders.: Bismarck in der Geschichtsschreibung nach 1945. In: Karl Otmar Freiherr von Aretin (Hrsg.): Bismarcks Außenpolitik und der Berliner Kongreß. Wiesbaden 1978, S. 131-159, hier bes. S. 135-137; Kühn, Grundgedanke (wie Anm. 36), zu Eyck: Ebd. bes. S. 35 f., 42 f. u. ö.

47 Günther Grünthal: Walter Bußmann. In: Hans-Christof Kraus (Hrsg.): Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945. Berlin 2013, S. 419-433, hier S. 425.

48 Hans Herzfeld: Rezension zu Erich Eyck, Bismarck. In: Deutsche Literaturzeitung 69 (1948), Sp. 328-340, hier Sp. 339. Ich danke Edgar Liebmann, der eine Biographie über Herzfeld vorbereitet, für diesen Hinweis.

49 Bereits am 23.2.1949 stellte der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter dem liberalen Stadtverordneten Hans Reif ein Exemplar des ersten Bandes von Eyck zur Verfügung. Archiv des Liberalismus, Bestand Hans Reif, N19-219.

50 Auch ein verlorener Sohn. In: Der Spiegel, 13.4.1950, S. 20-28.

51 Eugene N. Anderson: Rezension zu Erich Eyck, Bismarck. In: Journal of Central European Affairs 6 (1946), S. 85-90.

52 Wie Anm. 32.

gleichgewichte beim Aufbau, Lücken in der Darstellung, überzogene Urteile über Bismarck. Aber zugleich wurden die Verdienste bei der Quellenauswertung und der Mut zum Urteil hervorgehoben. Steefel meinte, er stimme in allen strittigen Punkten mit Eyck überein. Kritischer äußerte sich dagegen der britische Historiker A.J.P. Taylor, der rund ein Jahrzehnt später selbst eine Bismarck-Biographie vorlegte.⁵³ Recht forsch und entschieden negativ urteilte der Diplomat und Publizist Wolf Ulrich von Hassell, der in den Schweizer Monatsheften vor allem Eycks „scharfe moralische Ablehnung“ Bismarcks monierte. Ihm falle schwer, dem zu folgen, und er frage sich, ob Eycks Auffassung „der komplexen Gestalt Bismarcks gerecht“ werde.⁵⁴ Der Autor selbst gestand in seiner Replik ein, dass er mit Widerspruch habe rechnen müssen. Aber nach dieser Kritik müsse der Leser ihn irrtümlicherweise „für einen moralisierenden Beckmesser halten“. Dies wies er zurück, betonte aber zugleich: „Ich stelle jedoch keinen Augenblick in Abrede, daß ich an Bismarcks politischen Methoden Kritik üben wollte und geübt habe.“ Er habe gezeigt, „wie viel durch diese Methoden im deutschen Volke zu Grunde gegangen“ sei.⁵⁵

Nach 1945 meldeten sich die Kritiker aus den Reihen der deutschen Historikerzunft zu Wort. Angesichts eines so umfangreichen Werkes über eine zentrale Person der deutschen Geschichte war es wenig überraschend, dass sich die unbelastete Prominenz der deutschen Historiker dabei hervortat. Der damals noch im amerikanischen Exil lebende und lehrende spätere Tübinger Zeithistoriker Hans Rothfels fühlte sich als Bismarck-Kenner, dem Mitte der 1930er Jahre selbst eine Biographie zugetraut worden war, als einer der ersten zu einem Urteil berufen. Er würdigte zwar die Verdienste Eycks, kritisierte aber die Idealisierung der liberalen Politik im 19. Jahrhundert als per se friedfertig, was nicht der Realität entsprochen habe. Bei Eyck konstatierte er eine „private Bewunderung“ Bismarcks bei gleichzeitiger „politischer Verurteilung“. Der konservative Rothfels betonte, dass der Reichskanzler

- 53 A.J.P. Taylor: Rezension zu Erich Eyck, Bismarck. In: *The English Historical Review* 58 (1943), S. 113-115; ebd. 61 (1946), S. 109-112; ebd. 62 (1947), S. 390-393. Ders.: Bismarck. Mensch und Staatsmann, München 1962 [zuerst engl. 1955]. Positiv urteilte ein Freund Eycks, der englische Historiker G.[eorge] P.[eabody] G.[ooch]: A New Life of Bismarck. In: *Contemporary Review* 166 (1942), S. 251-253. Dessen langjährige Korrespondenz mit Eyck findet sich in BA Koblenz, N 1724, Nr. 1 a. Gleichfalls positiv mit Bedauern, dass keine englische Übersetzung erfolgt sei: W.[illiam] N.[orton] Medlicott: Rezension zu Erich Eyck, Bismarck. In: *History* 35 (1950), S. 276 f.; ders.: Tribute to the Historian. In: Association of Jewish Refugees in Great Britain, *Information* 13 (1958), S. 5. Siehe auch den Überblick: Andreas Dorpalen: The German Historians and Bismarck. In: *The Review of Politics* 15 (1953), S. 53-67.
- 54 Wolf Ulrich von Hassell: Rezension zu Erich Eyck, Bismarck. In: Schweizer Monatshefte 21 (1942), S. 660-662; ebd. 24 (1944), S. 245-247.
- 55 Erich Eyck: Um Bismarck [Erwiderung auf von Hassell]. In: Ebd. 25 (1945), S. 330 f.

nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, „was zwei Generationen später geschah“.⁵⁶

Mit anderen Nuancen versehen, aber nicht weniger deutlich klang die Kritik des Münchener Historikers Franz Schnabel, der die NS-Zeit in Deutschland überstanden hatte und nun in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ zur Feder griff. Eycks Biographie sei „ein wertvoller Anfang“, ein „Werk von hohem wissenschaftlichem Rang“, „gut und treffend komponiert“. Dennoch könne es „nicht als endgültig“ betrachtet werden. Denn der Standpunkt Eycks sei „im Kampf der Parteien verblieben“, er stehe im „Lager jener Gegner Bismarcks“, die als deutsche Whigs bezeichnet würden, sein Ideal sei der britische Premier Gladstone. Eyck hole alle Verstöße Bismarcks gegen das Recht hervor. Schnabel fasste zusammen: „Bismarck hat auch darin Unglück, daß er einen Geschichtsschreiber gefunden hat, der dem alten Sünden bis in die letzten Schliche nachgeht.“ Bei Eyck sei der Nationalstaat die einzig mögliche Lösung der deutschen Frage, das komme aber einer „neuen Geschichtslegende“ gleich, deren Verbreitung eine Gefahr darstelle. Schnabel berief sich stattdessen auf föderalistische Mitteleuropapläne, die u.a. der österreichische Publizist Constantin Frantz vertreten und deren Realisierung Bismarck verhindert habe. Schnabel trauerte mit seinem Votum für einen abendländisch-mitteleuropäischen Föderalismus den angeblich verpassten Chancen hinterher, von denen man letztlich aber gar nicht wusste, wie realistisch sie jemals gewesen waren.⁵⁷

Bei dem dritten bekannten Kritiker handelte es sich um den Freiburger Neuzeithistoriker Gerhard Ritter, der sich im konservativen Widerstand gegen Hitler engagiert hatte und nun erster Nachkriegsvorsitzender des deutschen Historikerverbandes war. Ritter wandte sich im Sommer 1950 persönlich an den in London lebenden Eyck: „Die Wirkung Ihres Buches auf das Ausland, fürchte ich, wird eine überwiegend negative sein, indem Sie das Cliché-Bild, das man sich dort seit langem vom Verlauf deutscher Geschichte macht, noch bestätigt und verhärtet“.⁵⁸ Zunächst stellte er fest, dass es „natürlich [...] heute einer gründlichen Revision des überkommenen Bismarckbildes“ bedürfe. Mit Eycks Werk liege die Studie eines „Outsiders und Emigranten“ vor, die „erste große, wissenschaftlich fundierte, auf kritischer

56 Hans Rothfels: Bismarck und das 19. Jahrhundert. In: Gall, Bismarck-Problem (wie Anm. 35), S. 84-93 [zuerst 1950]. Zuvor bereits: Ders.: Problems of a Bismarck Biography. In: The Review of Politics 9 (1947), S. 362-380. Siehe auch Jan Eckel: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert. Göttingen 2005, bes. S. 145-148, 291-296, 308-312; Gall, Einleitung (wie Anm. 46), S. 14-16.

57 Franz Schnabel: Das Problem Bismarck. In: Gall, Bismarck-Problem (wie Anm. 35), S. 97-118 [zuerst 1948]. Vgl. dazu Gall, Einleitung (wie Anm. 46), S. 16. Zu Schnabel: Thomas Hertfelder: Franz Schnabel und die deutsche Geschichtswissenschaft. Geschichtsschreibung zwischen Historismus und Kulturkritik (1910-1945). 2 Bde. Göttingen 1998.

58 Ritter an Eyck, 1.8.1950, zit. nach Maehl, Eyck (wie Anm. 2), S. 240 f.

Quellenforschung ruhende Bismarckbiographie“. Eyck vertrete einen „nationalen Liberalismus im Stil Eugen Richters und Ludwig Bambergers“. Somit müsse man es die „verspätete Revanche der durch Bismarck vergewaltigten und korrumpierten deutschen Liberalen von 1862-66 nennen“. Eyck bewundere den Genius, zeige aber zugleich „tiefe politische Ablehnung“ bis „offenen Haß“ gegenüber dem Reichsgründer. Eyck sei zwar ein „sehr begabter Schriftsteller“, aber mehr Jurist als Historiker. Außerdem sei sein „politischer Horizont [...] der eines Emigranten“. Der dadurch gegebene Abstand habe Eyck nicht objektiver gemacht, sondern vom Gegenstand entfremdet. Er gehe „höchst einseitig“ vor, benutze die Quellen unvollständig, habe Vorurteile und vertrete „offen [einen] parteiichen Standpunkt“. Ein friedlicher Zusammenschluss der Deutschen um 1870 sei ebenso als Illusion zu betrachten wie eine liberale Regierung Kaiser Friedrichs III. Ritter resümierte aus seiner konservativen Sicht, dass mit Eycks „wirklich politischer“ Biographie die Gefahr einer „neuen Bismarcklegende“ drohe.⁵⁹

Rothfels‘, Schnabels und Ritters Kritik war nur auf den ersten Blick anerkennend. Am Ende überwog die explizite Ablehnung eines Werkes, das die gängige Bismarck-Orthodoxie nicht nur in Frage stellte, sondern geradezu ein Gegenbild des Reichsgründers projizierte. So berechtigt der ein oder andere Kritikpunkt auch war, so zeigte sich an vielen Stellen eine von Vorbehalten und Vorurteilen gegenüber Eyck als Person und dem Liberalismus als Weltanschauung geprägte Sichtweise. Man wehrte sich gegen einen linksliberal eingestellten und vom westlichen Standpunkt aus argumentierenden Emigranten, dem man tendenziell eine wenig nationale Sicht zutraute.⁶⁰ Außerdem sprach man von einem wissenschaftlichen „Outsider“. Noch vor wenigen Jahren war sogar von einem „Amateurhistoriker“ die Rede,⁶¹ obwohl Eyck seine Doktorarbeit als Staatswissenschaftler, eine Art ‚Zwitter‘ von Jurist und Historiker, in der Philosophischen Fakultät geschrieben hatte.⁶² Eyck wurden vor allem seine unhistorisch moralisierenden Wertungen vorgeworfen. Er urteile nicht als Historiker, sondern als Jurist; er spiele überdies gleichzeitig Staatsanwalt und Richter.⁶³ Hinzu trat, dass einige Rezensenten am Liberalismus als politischer Kraft nach 1945 zweifelten und ihm keine Renaissance zutrauten, insbesondere weil sie ihm das Versagen im Jahr 1933 vorwarfen.

59 Gerhard Ritter: Das Bismarckproblem. In: Gall, Bismarck-Problem (wie Anm. 35), S. 119-137 [zuerst 1950]. Siehe auch Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2001, bes. S. 507-521.

60 So insbesondere Schleier, Eyck (wie Anm. 3), S. 161.

61 Grünthal, Bußmann (wie Anm. 47), S. 426.

62 Dies bemerkte zu Recht: Helmut Steinsdorfer: Ein liberaler Historiker. Erich Eyck (1878-1964). In: Liberales Hochschulforum 2 (1979), S. 8.

63 So u.a. Maehl, Eyck (wie Anm. 2), S. 240.

Doch der Versuch, Eycks Werk zu diskreditieren, misslang. Auch die posthum erschienene große Bismarck-Biographie des bereits 1944 verstorbenen konservativen Arnold Oskar Meyer konnte die drei Bände Eycks in der öffentlichen und fachlichen Wahrnehmung nicht verdrängen.⁶⁴ 1950 publizierte „Der Spiegel“ einen Artikel, der zwar eine kritische Sicht auf Eyck teilte, aber dem Emigranten gleichwohl eine große Bühne bot und vor allem Bismarck nicht ungeschoren ließ. Bei dem Satz „So bleibt Bismarck umstritten, wie alle Täter der modernen abendländischen Geschichte“ war jedenfalls von der alten Verehrung des Reichsgründers und virtuosen Diplomaten wenig zu spüren.⁶⁵ Und die Wochenzeitung „Die Zeit“ stellte zwar fest, dass Bismarck bei Eyck „von der Ebene insularer liberaler Saturiertheit zur Zeit Gladstones aus behandelt“ werde und man es bei ihm mit einer „Kluft von Mißverständnissen“ zu tun habe. Dennoch resümierte die Autorin anerkennend, dass durch Eyck eine „respektlose Sprengung ehrwürdigen Gemäuers“ früherer Geschichtsschreibung erfolgt und „frischer Wind“ in die Bismarck-Forschung gelangt sei.⁶⁶

An dieser Einstellung änderte sich im Grunde auch nichts dadurch, dass Eyck 1955 einen Band aus seinen Bismarck-Vorlesungen an der Universität Oxford zusammenstellte.⁶⁷ Er selbst beharrte darin auf seinen früheren Thesen und nahm trotz der massiven Kritik nichts zurück. Der Berliner Historiker Hans Herzfeld stellte in der „Historischen Zeitschrift“ vielmehr fest, dass durch die Verkürzung und „Popularisierung“ die Bismarck-These „trotz einzelner Abmilderungen der Formulierungen im ganzen noch schärfer“ hervortrete.⁶⁸ Sehr unverblümt fiel die Einschätzung des Kieler Historikers Alexander Scharff im „Historisch-Politischen Buch“ über das Bismarckbild Eycks aus: Er bevorzuge „die halbe Verdächtigung, das Andeuten unlauterer Motive, das Herausreißen einzelner Sätze aus dem Zusammenhang, das unvollständige Zitat, schließlich das Herauslösen der Einzeltatsache aus ihrer historischen Verflochtenheit“.⁶⁹ Das ging Eyck allerdings deutlich zu weit. Scharff verstoße gegen die „guten Sitten“, indem er versuche, „mir die Wor-

64 Arnold Oskar Meyer: Bismarck. Der Mensch und der Staatsmann. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. Stuttgart 1949.

65 Der Spiegel 1950 (wie Anm. 50), S. 21.

66 Hildegard Schlüter: Angeklagter Bismarck im Kreuzverhör. Deutsche Historiker müssen die Mitte zwischen den Extremen finden. In: Die Zeit, Nr. 26 vom 29.6.1950. Kritisch zu Eyck auch: Siegfried Riemer: Politik und Ethik. Versuch einer Auseinandersetzung mit der Bismarckbiographie von Erich Eyck. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 5 (1954), S. 513-529.

67 Eyck, Bismarck und das Deutsche Reich (wie Anm. 37).

68 Hans Herzfeld: Rezension zu Erich Eyck, Bismarck und das Deutsche Reich. In: HZ 184 (1957), S. 135 f., hier S. 135.

69 Alexander Scharff: Eycks Bismarckbild. In: Das Historisch-Politische Buch 4 (1956), S. 193 f.

te im Munde umzudrehen“, schrieb er an den Herausgeber Günther Franz, der daraufhin eine kleine Berichtigung Scharffs publizierte.⁷⁰

Als Wilhelm Mommsen 1959 seine knappe Bismarck-Studie veröffentlichte, war die Emotionalität der früheren Diskussionen weitgehend verschwunden.⁷¹ Mommsen, selbst ein Liberaler, der sich nach 1933 an die Rahmenbedingungen der NS-Hochschulpolitik angepasst hatte,⁷² hatte Eyck bereits 1950 eine umfassende Quellenkenntnis und eine „hervorragende darstellerische Leistung“ attestiert. Seine Kritik an dem Reichsgründer als „genialem Bösewicht“ sei zwar „etwas einseitig, aber doch berechtigt“.⁷³

Eyck hatte mit seiner Bismarck-Biographie sich einen Ruf als Historiker erworben, von dem er in den zwei folgenden Lebensjahrzehnten zehrte. Die Darstellung des „persönlichen Regiments Wilhelms II.“ und das zweibändige Überblickswerk zur Weimarer Republik⁷⁴ festigten in Deutschland sein Renommee als „Historiker von Rang“, der von einem liberal-demokratischen Standpunkt aus schrieb und urteilte.⁷⁵ Nach Eycks Tod im Jahr 1964 würdigte ihn der Pädagoge Joachim H. Knoll in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“: „Mit ihm ist in die Bismarck-Forschung wieder heftige Leidenschaft gekommen. [...] Die neuere deutsche Geschichtsschreibung wäre ohne ihn um viele leidenschaftliche Anregungen ärmer.“⁷⁶

V.

Die Rezeption der Bismarck-Biographie von Eyck hält bis heute an. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand konnte Lothar Gall 1971 Eyck die „volle Beherrschung des Stoffs“ attestieren und die „Unbefangenheit des wissen-

70 Der Schriftwechsel aus dem Jahr 1957 zu der Kontroverse mit Scharff in BA Koblenz, N 1724, Nr. 5. Siehe ähnlich: Erich Eyck: Bismarck-Forschung und Bismarck-Problem. In: Schweizer Monatshefte 34 (1954/55), S. 243 [gegen die Kritik von Leonhard von Muralt].

71 Wilhelm Mommsen: Bismarck. Ein politisches Lebensbild. München 1959.

72 Anne C. Nagel: Von der Schwierigkeit, in Krisenzeiten liberal zu sein. Der Fall Wilhelm Mommsen. In: Ewald Grothe/ Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014, S. 229-251.

73 Wilhelm Mommsen: Der Kampf um das Bismarckbild. In: Gall, Bismarck-Problem (wie Anm. 35), S. 164-170 [zuerst 1950], hier S. 164, 166.

74 Erich Eyck: Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914. Erlenbach-Zürich 1948; ders.: Geschichte der Weimarer Republik. 2 Bde. Erlenbach-Zürich 1954-1956.

75 So übereinstimmend das Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum 80. Geburtstag, Nr. 282, 5.12.1958, S. 2, und bei W.G.: Ein Liberaler reinsten Wassers. In London starb der deutsche Historiker Erich Eyck. In: Die Welt, Nr. 145, 25.6.1964, S. 7.

76 Knoll, Werk (wie Anm. 3), S. 280, 285.

schaftlichen Autodidakten“ lobend hervorheben.⁷⁷ Klaus Hildebrand sah Eyck im selben Jahr sogar als „Vorläufer“ einer sogenannten „neuen Schule“ der bundesdeutschen Historiographie.⁷⁸ Dies kann man hinsichtlich der politischen Ausrichtung vielleicht nachvollziehen, methodisch trifft es jedenfalls nicht zu. Denn Eyck schrieb ganz traditionell politische Ereignisgeschichte – sozial- oder kulturgeschichtliche Fragestellungen vermisst man dagegen weitgehend. Die Stärken der neuen (liberalen) Bismarck-Sicht gingen zugleich einher mit den Schwächen einer politisch wertenden Historiographie. Eycks „kaltblütige Generalabrechnung“⁷⁹ kam und kommt nicht immer und überall gut an. Erst vor wenigen Jahren bemerkte Hans-Christof Kraus, dass „Eycks Tendenz, alles nur ins Negative zu wenden, was früher positiv gesehen worden war“ aus heutiger Sicht „unergiebig“ und „letztlich auch ebenso langweilig“ sei wie die ältere Historiographie.⁸⁰

Trotz der politischen Ressentiments gegen den Emigranten und der wissenschaftlichen Vorwürfe gegen den fachlichen Außenseiter Eyck handelt es sich bei dessen Werk um eine bedeutende wissenschaftliche Leistung. Klaus Hildebrand stellte fest, dass man Eyck „ohne Zweifel unter die bedeutendsten Historiker seiner Zeit“ einreihen dürfe.⁸¹ Im Zentrum der Historiographie Eycks steht dabei ohne Zweifel die dreibändige Bismarck-Biographie. Joachim H. Knoll sollte Recht behalten, als er Ende der 1950er Jahre annahm, dass Eycks Werk in der Bismarck-Forschung „für lange Zeit in der vordersten Reihe“ stehen werde.⁸² Diese kritische Sicht auf den Kanzler setzte sich in der Kaiserreich-Forschung der Sozialhistoriker, Hans-Ulrich Wehler folgend, in den 1970er Jahren durch.⁸³ In Tiefe und Gründlichkeit lösten erst die Deutungen von Lothar Gall und Ernst Engelberg in den 1980er Jahren und schließlich die mehrbändige Biographie des deutschstämmigen Amerikaners Otto Pflanze aus dem folgenden Jahrzehnt Eycks Biographie ab.⁸⁴ Eycks dreibändiger „Bismarck“ bleibt aber in der Geschichtsschreibung als Markstein und Wegbereiter einer linksliberalen und kritischen Sicht auf den „Eisernen Kanzler“ bestehen.

77 Gall, Einleitung (wie Anm. 46), S. 12.

78 Hildebrand, Eyck (wie Anm. 3), S. 98.

79 Karl-Heinz Janßen: Nicht auf dem neuesten Stand. Ein entbehrliches Buch von jenseits des Kanals [zur Bismarck-Biographie von Alan Palmer]. In: Die Zeit, Nr. 39 vom 17.9.1976.

80 Kraus, Bismarck (wie Anm. 30), S. 149.

81 Hildebrand, Eyck (wie Anm. 3), S. 105.

82 Joachim H. Knoll: Werk und Methode des Historikers Erich Eyck. In: Neue deutsche Hefte 64 (1959), S. 729-736, hier S. 729, 736. Es handelt sich um die Erstfassung des Aufsatzes Knoll, Werk (wie Anm. 3).

83 So zuletzt Christoph Nonn: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert. München 2014, S. 9.

84 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1980; Ernst Engelberg: Bismarck. 2 Bde. Berlin 1985-1990; Otto Pflanze: Bismarck. 3 Bde. München 1997/98 [zuerst amerik. 1990].

Der Staatsmann über den Staatsmann. Heuss' Gedanken zu Otto von Bismarck

Der deutsch-britische Soziologe, Politiker und Publizist Lord Ralf Dahrendorf schrieb Mitte der 1980er Jahre in seinem Aufsatz „Theodor Heuss: Zur geistigen Gestalt des Politikers und Publizisten“: „Das vornehmste Kennzeichen der Art, mit der Heuss an Dinge heranging, war, daß er ihnen das richtige Maß gab“.¹

Dies galt nicht nur Heuss' vielfältigem Engagement in der Politik, sondern in gleichem Maße für seine schriftstellerische und publizistische Tätigkeit. In allen Phasen seines aktiven und passiven politischen Lebens hat sich Heuss mit historischen Rückgriffen befasst, wie sein publizistisches Oeuvre eindrucksvoll beweist.²

Nun soll an dieser Stelle – wie in der Betitelung des Aufsatzes zu lesen ist – nicht nur die beeindruckende Persönlichkeit Theodor Heuss, sondern auch ein anderer Staatsmann im Mittelpunkt stehen: Otto von Bismarck.³ Beide waren Abgeordnete, am Höhepunkt ihrer politischen Karriere Staatsmänner ersten Ranges an der Spitze eines neugegründeten Staates. Doch während sich Bismarcks politischer Stil durch Machtstreben und Machterhaltung charakterisieren lässt, war Heuss mehr ein Mann der Kultur und dies nicht erst seit seinem Amt als Kultminister in Württemberg-Baden 1945/46.

Was verband den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Theodor Heuss und den ersten Kanzler des Deutschen Reiches Otto von Bismarck miteinander? Die Antwort darauf ist kurz und prägnant: Heuss' Interesse für die deutsche Geschichte und seine Auffassung von ihr als Lehrstück für die Zukunft der Deutschen trieben ihn immer wieder an, seine Gedanken dazu zu Papier zu bringen. Deshalb widmete er sich Bismarck historisch. Doch auch die Beschäftigung seines Mentors Friedrich Naumann mit Bis-

1 Ralf Dahrendorf: Theodor Heuss: Zur geistigen Gestalt des Politikers und Publizisten. In: ders./Martin Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden. Tübingen 1984, S. 13-20, hier S. 13.

2 Zur Rezeption Heuss'scher Werke siehe: Ines Soldwisch: Theodor Heuss (1884-1963) – Symbolfigur für eine liberale Erinnerungskultur? In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 24 (2012), S. 89-105.

3 Vgl. hier die erweiterte Neuauflage der Biografie von Eberhard Kolb: Otto von Bismarck. Eine Biographie. München 2014 und Christoph Nonn: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert. München 2015.

marck kann Heuss nicht unberührt gelassen haben. Als Staatsmann und historisch Interessierter und Schreibender konnte er eine politische Persönlichkeit vom Range Bismarcks nicht ignorieren. Und zuallerletzt: Heuss hat sich Zeit seines Lebens gegen banalisierende Geschichtslegenden und Instrumentalisierung von Geschichte für Tagespolitik stark gemacht. Es war sein Anliegen, diese zu „überprüfen“⁴.

Heuss hat im Laufe seines publizistischen Lebens über Bismarck an verschiedener Stelle geschrieben. Allerdings stand die Person des Reichskanzlers nicht im zentralen Feld Heussscher Analysen. Die mit Abstand ausführlichste findet sich in einem Essay⁵, der den „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks⁶ in einer Neuauflage 1951 vorangestellt wurde. Wie intensiv sich Heuss mit den letzten Schriften des Altkanzlers befasste, kann quellenmäßig schwer nachvollzogen werden, da nur wenige Aufzeichnungen darüber existieren. Heuss selbst erinnert „aus den Knabenjahren, wie jene zwei ersten blaugebundenen Bände [die ersten Bände der Gedanken und Erinnerungen, I.S.] den Vater beschäftigten, innerlich umtrieben, wie er sich in Abwehr und abgezwungener Bewunderung mit ihnen auseinandersetzen musste“⁷.

Die für die Beantwortung dieser Frage sehr lückenhaft überlassenen Bestände der Heuss-Bibliothek in der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus enthalten zumindest jeweils Band drei der Bismarck-Erinnerungen von 1919 und 1921, weisen also zumindest auf die Lektüre auch durch den jungen Heuss hin.

Im übrigen Oeuvre tauchen Zeilen von Heuss über Bismarck meist am Rande anderer historischer Analysen auf, denen sich Heuss widmete. Exemplarisch sei hier die Biografie über den Zoologen Anton Dohrn⁸ genannt, in der Heuss auf das Verhältnis Dohrns zu Bismarck eingeht.⁹ Dennoch lohnt es sich, die disparaten und verstreuten Quellen zusammenzustellen, um dem Heussschen Bismarck-Bild näher zu kommen.

In den jüngst erschienenen Biografien¹⁰ über Theodor Heuss wird sein – im Gegensatz zum sehr umfangreichen übrigen Oeuvre – eher bescheidener

- 4 Theodor Heuss: Das Bismarck-Bild. Zum 50. Todestag am 30. Juli. In: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 87 vom 29.7.1948, S. 3.
- 5 Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1. Stuttgart 1898; Theodor Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch. Sonderdruck aus der Gesamtausgabe von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. o.O., o.J.
- 6 Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Berlin 2013.
- 7 Heuss: Das Bismarck-Bild (wie Anm. 4), S. 3.
- 8 Theodor Heuss: Anton Dohrn in Neapel. Berlin/Zürich 1940.
- 9 Vgl. den Brief von Theodor Heuss an Martin Hürlimann, Atlantis-Verlag Zürich, 23. Mai 1940. abgedruckt in: Theodor Heuss: In der Defensive, Briefe 1933-1945. Hrsg. und bearb. von Elke Seefried, München 2009, S. 384-387, hier S. 385.
- 10 Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme. Stuttgart 2011; Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie. München 2012. Joachim Radkau: Theodor Heuss. München 2013.

Beitrag zur liberalen Bismarck-Rezeption folgerichtig nur wenig und punktuell thematisiert. Gedanken von Heuss zu Bismarck lassen sich zwar hier und da finden, treten aber aus oben genanntem Grund hinter anderen Analysen zurück. Eine Ausnahme bildet hier der jüngst erschienene Beitrag von Tobias Hirschmüller, der sich unter dem Titel „Der Liberale und die Vergangenheit“ dem Bismarck-Bild von Heuss widmet.¹¹

Interessieren sollen hier Heuss' Gedanken über den Staatsmann Bismarck als Bezugspunkt für sich selbst. Welche Interpretation der Persönlichkeit, der Politik und welche Bewertung beider durch Heuss lassen sich finden? Ist gar eine Entwicklung, ein „Wandel“ in der Heuss'schen Bismarck-Interpretation auszumachen?

Theodor Heuss, Friedrich Naumann und das Bismarck-Bild

Wie im Beitrag von Jürgen Frölich in diesem Band zu lesen ist, kommt derjenige, der sich mit Friedrich Naumann befasst, nicht an Heuss vorbei. Dies gilt hier umgekehrt in gleicher Intensität. Heuss muss, gerade in seinen frühen Jahren immer im Zusammenhang mit dem geistigen Werk seines Ziehvaters Friedrich Naumann gedacht werden. In seinem Vorwort zu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ – 1951 erschienen – zitierte Heuss seinen Mentor:

„Bei einer Würdigung von Bismarcks ‚Arbeitsziel‘ schrieb Friedrich Naumann 1915 den etwas lapidaren Satz: ‚Er dachte Europa von Preußen aus‘. Die Sentenz ist gewiß der Überlegung würdig, wenn sie auch das zu überspringen oder zu vernachlässigen scheint, was als die Leistung Bismarcks im Bewußtsein der Zeitgenossen wie der Nachwelt steht, die Begründung des Reiches, der politischen Nationalenheit.“¹²

Hier ging Heuss einen Schritt weiter als Naumann, er stellte die Würdigung der Außenpolitik des Eisernen Kanzlers immer mehr in den Mittelpunkt seiner Betrachtung über das Werk Bismarcks, als es Naumann als Zeitgenosse und zeitgeschichtlicher Betrachter tat. Der 1884 geborene Heuss sah die Person Bismarck aus der Rückschau, er gehörte nicht mehr der Generation an, die durch die drei deutschen Kriege Bismarcks politisch geprägt war. Die Abneigung seines Vaters, eines Anhängers von Eugen Richter und damit quasi automatisch Gegners von Bismarck, der seinen Sohn „völlig antibis-

11 Tobias Hirschmüller: Der Liberale und die Vergangenheit. Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild. Berlin 2015.

12 Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel (wie Anm. 5), S. 3 f.

märckisch“¹³ erzog, teilte Heuss nicht. Er habe sich, so in einem Brief an Wilhelm Heile 1963, um „den Mann [Bismarck, I.S.] als große Figur zu begreifen, [ihn sich] selber erobern müssen“.¹⁴

Heuss hat sich also „seinen“ Bismarck erlesen und erarbeitet. Die Frage nach dem „Wie“ kann nicht so einfach beantwortet werden. Es ist anzunehmen, dass Heuss auch hier von Naumann beeinflusst war, der in der „Hilfe“ mehrere Artikel zu Bismarck publizierte¹⁵, die der junge Heuss in Berlin sicherlich rezipiert hat. Auch scheinen Diskussionen zwischen beiden, nicht nur bei Redaktionssitzungen, wahrscheinlich. Versuchen wir zu ergründen, wie tief das Interesse des späteren Bundespräsidenten für den Altkanzler war. Radkau geht in seiner Biografie über Theodor Heuss soweit zu schreiben: „Bei Heuss selbst dagegen fällt geradezu auf, dass bei ihm, dem passionierten Hobbyhistoriker, Bismarck kaum je ein großes Thema ist: Weder liebt er ihn, noch hasst er ihn“.¹⁶

Bei genauerer Hinsicht lässt sich das so ganz nicht bestätigen; und deshalb sollen hier noch einmal ausgewählte Quellen zu Wort kommen, die Heuss' Bismarckbild ein wenig schärfen können. Artikel, die Heuss 1915 im *Kunstfreund*¹⁷, 1916 und 1926 in der *Hilfe*¹⁸, 1917 für die *Wochenzeitung März*¹⁹, 1922 im *Österreichischen Volkswirt*²⁰, 1948 in der *Rhein Neckar-Zeitung*²¹ und 1951 im Vorwort Heuss' zu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“²² schrieb, belegen, dass Bismarck für Heuss zumindest ein historisches Thema war, das ihn beschäftigte. Damit kann die Frage beleuchtet werden, wie der Staatsmann und Publizist Theodor Heuss den Staatsmann Otto von Bismarck rezipierte und was daraus ggf. für ihn selbst als Schlussfolgerung gezogen werden kann.

Warum hat Heuss sich überhaupt mit Bismarck beschäftigt? Auch hier kann zunächst einmal die Antwort bei Ralf Dahrendorf gefunden werden:

- 13 Theodor Heuss an Wilhelm Heile, Syke bei Bremen, 22. Mai 1947, abgedruckt in: Theodor Heuss: *Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949*. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker. München 2007, S. 273-281, hier S. 275.
- 14 Theodor Heuss an Wilhelm Heile, Harpstedt, 25. März 1963, abgedruckt in: Theodor Heuss: *Privatier und Elder Statesman*. Hrsg. und bearb. von Frieder Günther. München 2014, S. 470ff., hier S. 471.
- 15 Z. B. Friedrich Naumann: Bismarck. In: *Die Hilfe* 14 vom 31.3.1895, S. 1-3.
- 16 Radkau: Heuss (wie Anm. 10), S. 31.
- 17 Theodor Heuss: Die Politik. In: *Der Kunstfreund, Zeitschrift der Vereinigung der Kunstfreunde*, Nr. 1-2, Januar/Februar 1915, S. 1-6.
- 18 Theodor Heuss: Nikolsburg. Zum 27. Juni. In: *Die Hilfe* Nr. 30, 1916, S. 487-489.
- 19 Theodor Heuss: Die Demokratisierung Deutschlands. Artikel vom 12. Juli 1917 für die *Wochenzeitung „März“*, in der er aber nicht gedruckt wurde. In: Dahrendorf/Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss (wie Anm. 1), S. 86.
- 20 Theodor Heuss: Rings um Bismarck n: *Der österreichische Volkswirt. Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen* 4 (1922), S. 334-337.
- 21 Heuss: Das Bismarck-Bild (wie Anm. 4), S. 3.
- 22 Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel (wie Anm. 5).

„Heuss hat keine Gelegenheit versäumt, um Ereignisse in ihren historischen Zusammenhang zu stellen. Geschichte war für ihn stets lebendig“.²³ Dass Otto von Bismarck einen bedeutenden Stellenwert in der europäischen und speziell der deutschen Geschichte hat, wurde auch von Heuss nicht bestritten. So schrieb er 1917 in einem Grundsatz-Artikel über den deutschen Staat, der sich – wie durch die preußischen Reformen unter Friedrich Wilhelm III. geschehen – weiter entwickeln und umgestalten müsse, um sein außenpolitisches Renommee nicht einzubüßen, politisch innerlich erregt über Bismarck: „Die Schöpfung Bismarcks war groß, aber auch sie unterliegt dem Gesetz des Werdens, das keiner so meisterte wie dieser Mann selber“.²⁴ Dies war ein publizistischer Schulterschluss mit Friedrich Naumann, der ähnliches 1898 in seinem Nachruf auf Bismarck geschrieben hatte.²⁵

Journalistisches Beschäftigen mit Bismarck

1916 gab Heuss in der „Hilfe“ eine Rückschau auf den Vorfrieden von Nikolsburg von 1866 und charakterisierte Bismarcks Politik unter tagesaktuellem Bezug folgendermaßen:

„Wer sich in diesen Monaten [des Frühsommers 1916, I.S.] mit den Zielen und Methoden der Bismarck'schen Politik auseinandersetzt, der soll nicht hinter der Formel herlaufen: was würde der Reichsgründer heute tun, heute anders tun, und einen volkstümlich vereinfachten „eisernen Kanzler“ als Eideshelfer gegen die Politik Bethmanns und Wilhelms II. ins Feld führen, sondern die Unbefangenheit und innere Freiheit erkennen, mit der Bismarck zwischen höfischen, militärischen, ministeriellen und parlamentarischen Strömungen seinen an Wechsel und Ueberraschung reichen Weg ging“.²⁶

Heuss stand hier, so scheint es zumindest, zum Einen ganz im Bann des „Mitteleuropa“-Buches Naumanns, das ein Jahr zuvor erschienen war und sich als Versuch einer „Sinngebung“ für den Weltkrieg aus deutscher Perspektive verstand.²⁷ Zum Anderen wendete er sich aktiv gegen eine politische Instrumentalisierung Bismarcks von rechts. Nicht ganz seine Verwunderung verbergen könnend, schrieb er:

23 Ralf Dahrendorf: Theodor Heuss: Zur geistigen Gestalt des Politikers und Publizisten. In: ders./Vogt (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 13-20, hier S. 14.

24 Heuss: Die Demokratisierung Deutschlands (wie Anm. 18), S. 86.

25 Friedrich Naumann: Bismarck (Nachruf in der Hilfe vom 7.8.1898). In: Ders.: Werke, Bd. 5, Köln/Opladen 1964, S. 321-324.

26 Heuss: Nikolsburg (wie Anm. 17), S. 487.

27 Vgl. Jürgen Frölich: Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“. Ein Buch, seine Umstände, seine Folgen. In: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann und seine Zeit. Berlin 2000, S. 245-267, bes. S. 260.

„Bismarcks preußisches Kriegsziel erschöpft sich nicht in Quadratkilometern, es ist rein politischer Natur; ‚Herstellung oder Anbahnung deutschnationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen‘“.²⁸

In Heuss' Augen sei Bismarck im Gegensatz zum Monarchen und seinen „siegreichen Generalen“ Gegner einer „primitiven Annexionspolitik“ gewesen, sachliche Gründe hätten bei Bismarck an erster Stelle gestanden, die Heuss im Artikel aber nicht weiter ausführte.²⁹ Gemeint waren hier unter anderem – so könnte der Heuss-Text gelesen werden – das Ansinnen Bismarcks, nach 1866 Österreich zu schonen, um einen potentiellen späteren Bündnispartner nicht zu verlieren. Bismarck dachte in Heuss' Augen zwar machtorientiert, aber auch in großem Maße strategisch europäisch.

1948, es war das 100. Jahr nach der Revolution von 1848 und gleichzeitig der 50. Todestag Bismarcks, befasste sich Heuss erneut mit der Person des Fürsten im Zusammenhang mit der 1848er-Revolution. Bismarck sei eben nicht, wie allgemein in „Geschichtslegenden“ angenommen, blinder Gegner der Revolution gewesen. Die von Bismarck initiierte Verfassung des Norddeutschen Bundes mit ihrem allgemeinen und gleichen Wahlrecht stand für Heuss in der Tradition der Frankfurter Nationalversammlung, sie war ein Amalgam des „Bismarckschen demokratischen Großpreußentums mit der liberalen Parlamentsideologie der Paulskirche“.³⁰ Heuss wandte sich gleichermaßen gegen eine „Monumentalisierung“ Bismarcks und gegen den allzu negativen Umgang, etwa, ihn in eine Traditionslinie mit Hitler zu stellen.³¹

Gegen die Instrumentalisierung Bismarcks durch Hitler und seine Anhänger war Heuss schon vor 1933 angetreten. Er verneinte erstens entschieden Traditionslinien in den außenpolitischen Vorstellungen beider und machte zweitens innenpolitische Fehler Bismarcks offensichtlich. Besonders eindrücklich sprach er beides in seiner berühmten Reichtagsrede vom Mai 1932, in einer Entgegnung an Joseph Goebbels an:

„Hat er denn nicht bemerkt, [...] daß Bismarck der Reihe nach große breite Kräfte des deutschen Volkstums, zuerst die, die hinter der katholischen Kirche standen und stehen, dann die Sozialisten, von dem Staate abzudrängen versuchte und der Zukunft damit ein schweres Erbe hinterließ? [...] und das ist die Tragik seiner innenpolitischen Arbeit – [dass er, IS] die Kräfte des Volkes selber nicht an die staatliche Verantwortung mit herangeführt hatte“.³²

28 Heuss: Nikolsburg (wie Anm. 17), S. 487.

29 Ebd., S. 488.

30 Theodor Heuss: 1848 – Werk und Erbe. Stuttgart 1948, S. 152.

31 Heuss: Das Bismarck-Bild (wie Anm. 4), S. 3.

32 Reichtagsrede gegen den Nationalsozialismus, abgedruckt in: Dahrendorf/Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss (wie Anm. 1), S. 216-234, hier S. 222.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es oberstes Gebot für Heuss, die konstruierte Traditionslinie zwischen Bismarck und Hitler immer wieder aufs Schärfste zu nivellieren, nicht um Bismarck zu monumentalisieren, sondern dessen Leben und Schaffen ins rechte Licht zu rücken, mit Heuss, ihm „das rechte Maß“ zu geben. „Daß Hitlers Wahnsinn und Unmaß Bismarcks Werk schändlich verspielt hat, sagt nicht das Geringste gegen den Rang seines in den Zeitbedingtheiten ruhenden, aber überzeitlich fruchtbaren Werkes“. ³³ Kein anderer hätte wie er „dem Gedanken des fürstlichen Legitimus einschließlich seiner Begründung aus Deigratia einen so tödlichen Stoß versetzt, [...] aus purer Staatsraison, die preußischen West- und Ostgebiete zusammenzuschließen“. ³⁴ Bismarck habe sich in allen politischen Lagern Feinde gemacht, in seiner laut Heuss „schöpferischsten Periode“, dem Ausgang der 1860er Jahre. Er ließ die „Staatsmaschine“ gegen sie alle laufen, seien es Katholiken, Sozialdemokraten oder Linksliberale „schroff, bedenkenlos, oder mit feineren Mitteln“.

„Er verstand, die Menschen zu charismieren und erschreckte sie zugleich. Er war Hofmann und hatte doch fast alle Höflinge als Feinde. Er hatte die Dynastie der Hohenzollern so hoch gehoben, wie sie vorher nie gestanden hatte, er hatte sie mit Macht umgeben, die er zutiefst als seine Macht empfand – es war zu viel Macht und er selber wurde ihr erstes, seine Schöpfung ihr letztes Opfer“. ³⁵

In den Augen von Theodor Heuss hatte gerade Otto von Bismarck die wachsende Volkskraft unterschätzt, er konnte sie nutzen und pflegen, jedoch nicht ausformen, indem er politische, demokratische Bestrebungen im Inneren bekämpfte.

Dennoch bleibt das Verdienst Bismarcks – Heuss schrieb diesen Artikel im Jahr 1948 – „die Schaffung des deutschen Volkes als einheitliche historisch-politische Rechtspersönlichkeit. Ist man sich dessen bewusst, dann gewinnt man gegen das sonderstaatliche Gerede die gleiche Gelassenheit, wie man weiß, daß die taktischen Notwendigkeiten tagespolitischer Entscheidungen den Rhythmus des staatlichen Gesamtwillens der Deutschen nicht zerbrechen lassen“. ³⁶

Hier irrte Heuss – zumindest politisch – wie die nahe Zukunft zeigen sollte.

33 Heuss: Das Bismarck-Bild (wie Anm. 4), S. 3.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Ebd.

Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ – der Staatsmann über den Staatsmann

Den Schluss Heusscher Bismarck-Betrachtungen und gleichzeitig den längsten Text zum Thema bildete sein Vorwort zu den „Gedanken und Erinnerungen“ des ehemaligen Kanzlers. Als Staatsmann kam er wohl nicht umhin, auch etwas über einen Staatsmann zu Papier zu bringen, der den deutschen Staat nachhaltig geprägt hatte. Das brachte ihn natürlich in eine Situation, die erforderte, mit Weitblick die Außen- und Innenpolitik Bismarcks, die von Licht-, aber auch Schattenseiten gekennzeichnet war, darzustellen. Heuss schrieb diesen Text widerwillig, und es ist Joachim Radkau zuzustimmen, wenn er urteilt, dass es „alles in allem ein mühsamer Essay“³⁷ sei. Heuss schafft es hier nicht, die Zwiespältigkeit Bismarck'scher Politik pointiert und nachvollziehbar darzulegen. Er bleibt mit seiner Einschätzung im Vagen und lässt den Leser etwas ratlos zurück. Heuss hat sein anfänglich – und durch Naumann inspiriertes – positives Bismarck-Bild relativiert und versucht nun, ein neutrales Bild von Bismarck als Staatsmann zu entwerfen. So bleibt er in seinen Formulierungen sehr zurückhaltend, im Heusschen Sinne, „im rechten Maß“. Dass er in diesem Essay eher die Rolle eines Vermittlers von Wissen über Bismarck einnimmt, liegt auch an der von ihm selbst gewählten Rolle des Erziehers und Mahners der Nation nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg. Niemand solle es sich leicht machen mit der nahen Vergangenheit, aber auch niemand solle an die Mär der Tradition von Luther über Friedrich II. und Bismarck zu Hitler glauben. Auch das sah Heuss als seine Aufgabe an, übertriebene Geschichtsbilder³⁸, positiver wie negativer Art, zu relativieren und dem Volk zu erklären. Beim Bismarck-Bild hat er es gewiss auch für sich getan, wenn er beispielsweise beim Dreikönigstreffen der südwestdeutschen Demokraten im Januar 1946 sprach: „Und Bismarck ist mit einem Federstrich nicht aus der deutschen Staatlichkeit herauszunehmen, so problematisch manche Einzelzüge seiner Politik in der Rückschau erscheinen mögen, er bleibt ein Baumeister der deutschen Staatlichkeit“.³⁹

Ähnlich äußerte er sich in einem Brief ein Jahr später an Fritz Ulrich: „Man kann gegen Bismarck eine geistvolle Polemik betreiben, und er bleibt damit doch die größte, politische Erscheinung Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“.⁴⁰

37 Radkau: Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 301.

38 Vgl. dazu Merseburger: Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 11.

39 Zitiert nach ebd., S. 398.

40 Theodor Heuss an Fritz Ulrich, Stuttgart, 4. Februar 1947, abgedruckt in: Heuss: Erzieher zur Demokratie (wie Anm. 12), S. 247-250, hier S. 250.

Zwei Staatsmänner im „Unruhestand“ – Was bleibt bei Heuss von Bismarck?

Nach seiner Entlassung lebte Bismarck auf seinem Landsitz Friedrichsruh bei Hamburg. Noch acht Jahre konnte er dort verbringen. Sein Abschied von den Staatsgeschäften wurde als Ende einer Ära erlebt, auch im Ausland. „Dropping the pilot“ titelte und zeichnete die englische satirische Zeitung Punch.⁴¹

Seine „Gedanken und Erinnerungen“, die er am Ende seines Lebens in Friedrichsruh niederschreiben ließ, sind keine Memoiren im eigentlichen Sinne, sie sind eine politische Kampfschrift. Theodor Heuss schrieb dazu 1922, fast ein Vierteljahrhundert nach dem Tod Bismarcks, im „Österreichischen Volkswirt“: „Er selber [Bismarck, I.S.] sprach plötzlich mit erschütternder Stimme aus dem Grab, durch den dritten Band der ‚Gedanken und Erinnerungen‘, ein gewaltiges Pamphlet des Hasses und verachtender Ironie, meisterhaft in der Diktion und doch wieder erschreckend in seiner ungestümen Wucht“.⁴²

Als Theodor Heuss 1959 aus dem Amt des Bundespräsidenten ausschied – eine Grundgesetzänderung zugunsten einer dritten Amtszeit hatte er abgelehnt –, war er auf dem Zenit seiner Popularität. Auch der Abschied Heuss' wurde als Ende einer Ära empfunden. Besonders die deutsche Bevölkerung würde „ihren“ Heuss vermissen. Die letzten vier Jahre bis zu seinem Tod 1963 verbrachte er in seinem Haus in Stuttgart, arbeitete wie Bismarck, an seinen „Erinnerungen“, die er jedoch, ganz Publizist, Literat und Schöngeist, selbst verfasste.

Im Gegensatz zum Rang und zur Politik Bismarcks hat Heuss sich als Bundespräsident fast nie in das aktuelle politische Tagesgeschäft eingemischt. Er hatte sich dieses Amt in den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates fast selbst geschaffen, es entsprach seinen Neigungen, seinem Naturell und seiner Auffassung davon, was dem deutschen Volk nach den verheerenden Jahren des Krieges fehlte und er ihm geben könne: Jahre des Ermahnens, des Erziehens, der Entstehung einer neuen deutschen demokratischen Kultur und Gesellschaft, aber auch Jahre, die den Europäern zeigen sollten, dass man dem deutschen Volk wieder trauen konnte. Ist es auch von Heuss nie als solches benannt worden, war sein Amt in diesem Sinne hochpolitisch.

Diese weitgreifende Aufgabe, die er auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundespräsidentenamt aktiv wahrnahm, bedeutete für Heuss, den Blick in die Zukunft der Deutschen zu richten, die politische, kulturelle und geisti-

41 <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/gr102138>, abgerufen am 16.3.2015.

42 Heuss: Rings um Bismarck (wie Anm. 19), S. 334.

ge Zukunft. Aus diesem vorwärts gerichteten Blickfeld war Bismarck seit Mitte der 1950er Jahre folgerichtig verschwunden.

Das Bismarck-Bild im Wandel?

Theodor Heuss hat Bismarck nie als persönliches Vorbild oder persönlichen Bezugspunkt in seinem Leben gesehen. Trotz ähnlicher politischer Erfahrungen als Abgeordnete gleichen sich ihre politischen Biografien kaum. Während der Staatsmann Bismarck sich durch Macht- und Ordnungspolitik auszeichnete, war Heuss mehr und mehr der Kulturpolitik zugeneigt. Beide hatten für sich das perfekte Amt gefunden. Beide füllten ihr Amt aus, Heuss parteiübergreifend akzeptiert und vom Volk verehrt, Bismarck betrieb eine Politik mit den inzwischen sehr gut erforschten positiven und negativen Tendenzen seiner Innen- und Außenpolitik. Auch er starb vom Volk hoch verehrt, von der Politik und vom Kaiser jedoch zurückgestoßen.

Werden die Äußerungen Heuss' in Briefen, in diversen Zeitungen, sein Essay und biografische Schriften herangezogen, können folgende Punkte festgehalten werden, die das Heuss'sche Bismarck-Bild prägten. Es ist einerseits von Kontinuität geprägt, beispielsweise in der Beurteilung der Persönlichkeit des Kanzlers. Andererseits ist eine Weiterentwicklung des Heuss'schen Bismarck-Bildes in der Beurteilung seiner politischen Leistungen auszumachen.

1. Heuss sah in Bismarck den großen konservativen Preußen, königstreu bis zuletzt.
2. Er erkannte die Einigung des Reiches 1871 als eindeutige Leistung Bismarcks an und lag auch hier, ähnlich wie sein Ziehvater Friedrich Naumann ganz auf der positiven Linie in der Beurteilung der Bismarck'schen Außenpolitik. Er bettete Bismarcks Außenpolitik wohlwollend immer in sein Bemühen ein, europäische Bündnispolitik zu betreiben. Besonders deutlich wurde dies in seinem Artikel von 1922 „Rings um Bismarck“, in dem er formulierte: „Das Bismarcksche System ist ausschließlich defensiv; sein Blickfeld ist Europa und die Nordküste Afrikas“.⁴³
3. Innenpolitische Gesichtspunkte, die sogenannten „Schattenseiten“ Bismarck'scher Politik, etwa die Politik gegen die Sozialdemokraten, die Katholiken und zunehmend auch gegen die nationalen Minderheiten in Preußen, kommen in den Heuss'schen Schriften über Bismarck nur spärlich vor. Wenn sie thematisiert werden, wird Bismarcks Anteil an ihnen relativiert, etwa wenn Heuss 1915 in der Zeitschrift „Der Kunstfreund“ schreibt: „Der ‚Kulturkampf‘ litt unter einer plötzlichen Anlage und un-

43 Ebd. S. 337.

ter der persönlichen Prägung, die er gelegentlich durch Bismarck erhielt, während dessen Gefolgsleute ihn durchaus grundsätzlich nahmen“.⁴⁴ Es geht Heuss um den Innenpolitiker Bismarck, der mit den Liberalen die Katholiken und die Sozialisten bekämpfte. Er verübelte die falsche Inanspruchnahme Bismarcks durch den „Führer“ und stellt die Unfähigkeit Bismarcks, als Versöhner zu wirken, heraus. Aus der Sicht nach 1945 steht dann ganz die Reichsfeindpolitik im Vordergrund, von der er sich selbst ganz bewusst als versöhnender Bundespräsident distanzierte.

4. In den Äußerungen Heuss' über Bismarck ist ein leichter Wandel in der Bewertung der Politik des preußischen Staatsmannes auszumachen. Spricht Heuss zur Zeit der Weimarer Republik 1922 noch von der „Genialität“⁴⁵ Bismarcks, relativierte er seine eigene Begeisterung in späteren Schriften. Sein Bismarck-Bild wandelte sich also von der Bewunderung für den Einiger Deutschlands nach 1945 in eine positive Betonung des Arrangeurs europäischen Machtgleichgewichts.

44 Heuss: Die Politik (wie Anm. 16), S. 4.

45 Heuss: Rings um Bismarck (wie Anm. 19), S. 335.

Vom allmählichen Verschwinden eines Problems. Bismarck-Rezeption und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

In der Gedenkflut des Jahres 1998 – 350 Jahre Westfälischer Friede, 150 Jahre Achtundvierziger-Revolution, 80 Jahre Kriegsende und Revolution 1918, 75 Jahre Hitler-Putsch, 60 Jahre „Reichskristallnacht“, 50 Jahre Währungsreform und D-Mark –, so schrieb Heinrich August Winkler in einem Jahresrückblick für die FAZ, sei Bismarcks Todestag, der sich 1998 zum 100. Mal jährte, untergegangen.¹ Die deutsche Öffentlichkeit habe Bismarcks 100. Todestag „mit spürbarer Verlegenheit“ vorübergehen lassen, betonte, ebenfalls in der FAZ – und gar nicht zufrieden damit – Arnulf Baring.² Dass nach 1945 die „Farben der nationalen Gloriole, die Bismarcks Bild umstrahlten, [...] zu verblassen begannen“, stellte in der „Süddeutschen Zeitung“ Johannes Willms fest, der gleichwohl das „höchst fragwürdige Bemühen“ seit 1989 kritisierte, „Bismarck als nationale Identifikationsfigur zu installieren“.³

Das war auch ein Seitenhieb auf die Otto-von-Bismarck-Stiftung, die zunächst 1994 per Ministerialerlass und drei Jahre später, 1997, per Bundesgesetz als nunmehr fünfte der Politiker-Gedenkstiftungen des Bundes – wohl auch als Pendant zur ebenfalls 1994 etablierten Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung – errichtet worden war. Doch selbst die Bismarck-Stiftung, per Gesetz verpflichtet, „das Andenken an das Wirken des Staatsmannes Otto v. Bismarck zu wahren“,⁴ beging den 100. Todestag des Reichskanzlers zurückhaltend. Der Festredner, Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU), versuchte zwar, Bismarck in das ausgehende 20. Jahrhundert zu holen, indem er an die Herausforderungen der europäischen Politik, die Vereinheitlichung der Rechtsordnung, die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und einer gemeinsamen Währung erinnerte, aber er betonte

1 Heinrich August Winkler: Das Jahrhundert des zweiten Dreißigjährigen Krieges. In: FAZ, 7.12.1998.

2 Arnulf Baring: Nichts als Verlegenheit. In: FAZ, 14.9.1998.

3 Johannes Willms: Eine Symbolgestalt nationaler Selbstfindung? Plädoyer für ein neues Bild vom Fürsten und Reichskanzler. In: SZ, 30.7.1998.

4 Satzung der Otto von Bismarck-Stiftung, § 2 Stiftungszweck, abgerufen unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bismstiftung/_2.html (letzter Zugriff am 19.2.2015).

doch die „Schattenseiten“ des Reichsgründers, die man nicht verschweigen dürfe, mindestens ebenso sehr wie seine Leistungen: „Anstatt die junge Nation zu integrieren“, habe Bismarck durch Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen, Schichten und Parteien „die Spaltung der Gesellschaft“ gefördert. Und mit seinem Antiparlamentarismus habe Bismarck die Weiterentwicklung Deutschlands zu einem modernen, demokratischen Staatswesen blockiert.“⁵

Mit Blick auf die Jubiläumsaktivitäten 2015 (anlässlich der 200. Wiederkehr von Bismarcks Geburtstag am 1. April 1815) lässt sich zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags sicher nicht von einem absehbaren „Bismarck-Marathon“ sprechen. Von einem „Bismarck-Jahr“ oder gar einer „Bismarck-Dekade“ sind wir weit entfernt. Zwar organisiert die Bismarck-Stiftung eine eindrucksvolle Zahl von Gedenkveranstaltungen unterschiedlichster Art, kulminierend in einem gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin durchgeführten Festakt am 1. April, aber nicht einmal in Friedrichruh erwartet man im Vorfeld beispielsweise eine Publikationsflut, die mit der zum 100. Jahrestag des Kriegsbeginns 1914 vergleichbar wäre: Bismarck sei nicht mehr, so heißt es auf der Homepage der Stiftung, die „nationale Überfigur“, bei der solches zu erwarten – oder zu befürchten – sei.⁶

Vor rund fünf Jahrzehnten war das noch anders. Aus Anlass von Bismarcks 150. Geburtstag veranstalteten Bundestag und Bundesregierung 1965 eine feierliche Gedenkstunde im Bonner Bundestag. Im Vorfeld der Gedenkstunde im Bundestag hatte es im Bundeskabinett durchaus kontroverse Diskussionen über diese Idee, die von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier ausgegangen war, gegeben. Am Ende der Kabinettsberatung sprach sich Bundeskanzler Erhard zwar dafür aus, „diesen Tag von Seiten der Bundesregierung würdig zu begehen“, und das Kabinett beschloss eine „Feierstunde der Bundesregierung“.⁷ Aber Bismarck mit einem Staatsakt zu ehren, wie es Gerstenmaier vorgeschlagen hatte, lehnte das Kabinett ab. Bedenken dagegen äußerten nicht zuletzt Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) und Erich Mende (FDP), Vizekanzler und Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Angesichts der mit dem Namen Bismarck verbundenen außenpolitischen Implikationen, so gibt das Protokoll Mendes Argumentation wieder,

5 Zit. nach: Otto von Bismarck (1815-1898). Reden aus Anlass seines 100. Todestages, Hamburg 1998, S. 17.

6 S. <http://www.bismarck-stiftung.de/index.php/aktuelles/item/440-das-jubil%C3%A4um-wirft-seine-schatten-voraus-2015-j%C3%A4hrt-sich-bismarcks-geburtstag-zum-200-mal> (letzter Zugriff am 19.2.2015).

7 Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1965, 150. Kabinettsitzung am 27. Januar 1965, [I.] Gestaltung des 150. Geburtstages von Bismarck am 1.4.1965, abgerufen unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1100/k/k1965k/kap1_2/kap2_5/para3_21.html (letzter Zugriff am 18.2.2015).

würde „der demonstrative Charakter eines förmlichen Staatsaktes den politisch vertretbaren Aussagegehalt des Ereignisses wesentlich übersteigen“.⁸

Beschlossen hatte die Bundesregierung 1965 allerdings auch, wenn auch nicht in der gleichen Kabinettsitzung, fortan des Kriegsendes 1945 und der bedingungslosen Kapitulation nicht mehr offiziell zu gedenken. Rudolf Augstein kritisierte gerade vor diesem Hintergrund das Bismarck-Gedenken mit der ihm eigenen Ironie heftig. Für den Spiegel-Herausgeber wurde Bismarck, der doch nach 1945 „von Liberalen, Sozialisten, Welfen, Bajuwaren und rheinisch-westfälischen Katholiken neben Martin Luther und Fridericus Rex als dritter Vorreiter Adolf Hitlers denunziert“ worden sei, durch die Veranstaltung im Bonner Parlament zu seinen Ehren „bundesamtlich rehabilitiert“.⁹ Augsteins Eindruck war vermutlich nicht ganz falsch, wenn man an die Sondermarke der Deutschen Bundespost mit dem Bismarck-Kopf denkt, an die Bismarck-Gedenkmedaille, die käuflich zu erwerben war, und an zahllose Erinnerungsveranstaltungen nicht zuletzt an den überall in Deutschland existierenden Bismarck-Denkmälern und Bismarck-Türmen. Auch am Bismarck-Denkmal im Berliner Tiergarten gedachte man des „Eisernen Kanzlers“. Willy Brandt, SPD-Vorsitzender und Regierender Bürgermeister, 1965 aber wohl am wichtigsten: sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, stiftete dafür einen Kranz.¹⁰

An der Feierstunde im Bonner Parlament nahm auch Konrad Adenauer, der 88-jährige Kanzler im Unruhestand, der sich aber ansonsten mit Stellungnahmen zu Bismarck nicht öffentlich exponierte, teil. Eine Einladung der Familie Bismarck, in Friedrichsruh eine Festrede zu halten, schlug er aus. Als Ersatz verpflichtete man dort den nationalkonservativen Historiker Percy Ernst Schramm, der fraglos mit Bismarck weniger Probleme hatte als der rheinische Katholik Adenauer, der schon unmittelbar nach 1945 erklärt hatte, die Reichsgründung und der durch sie verstärkte Glauben an die „Omnipotenz des Staates“ hätten den Boden bereitet für den „totalen Staat und die willenlos geführte Masse“. Angesichts solcher Positionen hielt sich der Ex-Kanzler 1965 nicht für den „richtigen Interpreten“.¹¹

Bezeichnend ist allerdings auch, dass ein anderer Briefmarkenentwurf, der – von rechts nach links – Bismarck, Theodor Heuss und Friedrich Ebert zeigte, sich nicht durchsetzen konnte. Das wäre dann doch zu viel Kontinui-

8 Ebd.

9 Rudolf Augstein: Bismarck-Feiern. Reiten können. In: Der Spiegel 14, 31.3.1965, S. 48.

10 Die Kranzstiftung 1965 ist nur eine Facette in dem komplexen Verhältnis von Willy Brandt zu Bismarck. S. dazu ausführlicher Wolfgang Schmidt: Otto von Bismarck im Urteil Willy Brandts. In: Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck im Urteil deutscher Bundeskanzler, Friedrichsruh 2009, S. 31-58.

11 S. Corinna Franz: „Ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker“. Otto von Bismarck im Urteil Konrad Adenauers. In: Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck (wie Anm. 10), S. 9-30, hier S. 21 f. (dort auch die Zitate).

tätsanmutung gewesen: nationale Kontinuität, Reichskontinuität. Theodor Heuss, 1963 verstorben, hatte zwar 1951 für eine Volksausgabe der „Gedanken und Erinnerungen“ sowie von ausgewählten Reden und Briefen Bismarcks eine Einführung geschrieben, in der der Bundespräsident ein immer noch vergleichsweise positives Bismarck-Bild zeichnete (wenn auch nicht mehr so positiv wie in der Zwischenkriegszeit) und sich zu einem „Pathos der Distanz“ bekannt.¹² Aber die Botschaft, die von einer Dreier-Briefmarke ausgegangen wäre oder sich hätte ableiten lassen, war Mitte der 1960er Jahre weder in der Bundesrepublik konsensfähig noch wäre sie im Ausland, auch im westlichen, auf ungeteilte Zustimmung gestoßen: Bismarck als Ahnherr der westdeutschen Demokratie? Bismarck allein jedoch, das war – mit Ausnahme eines Protestschreibens des „Welfenbunds“ an den Bonner Postminister – akzeptabel, und Rudolf Augstein hatte auch dafür eine Erklärung: Die westdeutschen Politiker wollten „im Wahl- und Verjährungsjahr 1965 keine Gelegenheit (...) missen, sich national zu gebärden. Darum wurde der preußische Reichskürassier, der einst die deutsche Einheit erzwang, von den Bonner Demokraten wiederentdeckt, denen die deutsche Teilung auferlegt ist.“¹³

Trotz Briefmarke, Gedenkfeier und anderer Erinnerungsanstrengungen markiert das Bismarck-Jahr 1965 allenfalls eine relative Bismarck-Renaissance in der frühen Bundesrepublik. Keineswegs haben wir es 1965, anders als es der verworfene Briefmarkenentwurf nahelegte, mit einer ungebrochenen Traditionslinie zu tun, auch wenn der Historiker Hans Rothfels, national denkender Remigrant, Bismarck-Kenner und Doyen der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung, sich bei der Bonner Gedenkstunde über ein „größeres Maß historischer Gerechtigkeit“ freute, das Bismarck nun wieder zuteilwerde, das auch dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte einen „starken positiven Akzent zu geben vermag“.¹⁴ Der Tübinger Ordinarius lobte das westdeutsche Parlament für seinen Mut und die politische Kultur der Bundesrepublik für ihre Größe, indem er daran erinnerte, dass es der deutsche Reichstag seinem Präsidenten 70 Jahre früher, 1895, verweigert hatte, Bismarck die Glückwünsche des Parlaments zu übermitteln. Rothfels ging es darum, Bismarck nicht nur als „großen Gestalter“ in seiner Zeit darzustellen, sondern ihn „hinausgreifen zu lassen über das nationalistische Jahrhundert

12 Theodor Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch In: Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Reden und Briefe, Berlin 1951, S. 7-27, hier S. 27.

13 Augstein: Bismarck-Feiern (wie Anm. 9.), S. 48.

14 Hans Rothfels: Zum 150. Geburtstag Bismarcks. In: VfZ 13 (1965), S. 225-235, hier S. 226.

wie über dessen Ende in Weltkrieg und Weltrevolution“, ihn also für die Bundesrepublik zum Sprechen zu bringen.¹⁵

Auch das Auswärtige Amt hielt sich 1965 zurück. Geplant war lediglich eine „interne Feier“,¹⁶ die nicht zuletzt an Bismarck als den Gründer des schon damals als „Amt“ bezeichneten Ministeriums erinnerte.¹⁷ Auf dieser Veranstaltung, an der allerdings auch Angehörige der Familie Bismarck teilnahmen, sprach der Kölner Historiker Theodor Schieder. Seine Rede beschrieb Bismarcks „Schöpfung“, womit nicht das Auswärtige Amt gemeint war, sondern der deutsche Nationalstaat, als „Leitbild und Zielvorstellung unseres Denkens“. Das war nicht nur im Lichte der deutschen Teilung und des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes gesprochen, sondern richtete sich auch auf die nationale Idee, die Idee des Nationalstaats als solche.¹⁸ Im Ministerflügel des Auswärtigen Amtes stand freilich seit den 1950er Jahren eine Stresemann-Büste. Bismarck war verbannt, auch aus dem Kanzleramt. Lediglich im Dienstzimmer des nationalprotestantisch, nationalkonservativ gesonnenen Bundestagspräsidenten Gerstenmaier hing ein Bismarck-Porträt.¹⁹

Nicht Bismarck-Bilder und die Bismarck-Rezeption nach 1945 ganz allgemein sollen jedoch im Zentrum dieses Beitrags stehen. Dazu ist auch für

- 15 Ebd. Zur biographischen und historiographiegeschichtlichen Rahmung s. auch Jan Eckel: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005, in unserem Zusammenhang besonders S. 291-312.
- 16 Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1965, 150. Kabinettsitzung am 27. Januar 1965, [1.] Gestaltung des 150. Geburtstages von Bismarck am 1.4.1965, abgerufen unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1100/k/k1965k/kap1_2/kap2_5/para3_21.html (letzter Zugriff am 18.2.2015).
- 17 Zur Errichtung des Auswärtigen Amtes 1870/71 s. ausführlicher Eckart Conze: Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, München 2013, S. 10-23.
- 18 Theodor Schieder: Gedenkfeier zum 150. Geburtstag Otto von Bismarcks, Bonn 1965. Sowohl die Tatsache, dass Angehörige der Familie Bismarck zu der Feierstunde im Auswärtigen Amt eingeladen wurden, als auch die Publikation der Rede von Schieder sprechen gegen den rein internen Charakter der Veranstaltung. Aber man wollte natürlich keine Konkurrenzveranstaltung zu der Gedenkstunde im Bundestag durchführen.
- 19 Am Rande bemerkt: Im Büro von Hans-Dietrich Genscher befand sich in seiner Zeit als Außenminister ein Bismarck-Bild, von denen es im Archiv des Auswärtigen Amtes nicht wenige gibt. Auf ein außenpolitisches Vorbild Genschers hat es vermutlich nicht verweisen sollen, eher muss man es wohl als ein Bekenntnis zur deutschen Einheit deuten, eine Art nationales, gesamtdeutsches Bekenntnis Genschers. Vgl. dazu Eckart Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“. In: Kerstin Brauckhoff / Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015, S. 67-83, hier S. 80.

die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Literaturlage durchaus gut.²⁰ Vielmehr geht es um die Frage, ob sich ein Zusammenhang herstellen lässt zwischen der Entwicklung der politischen Kultur und politischer Mentalitäten in der Bundesrepublik, ein Zusammenhang zwischen der politischen Kultur und ihrer Liberalisierung in den Jahrzehnten nach 1945 einerseits und der Bismarck-Rezeption, nicht zuletzt in der Geschichtsschreibung und bei Historikern, andererseits. Anders gewendet: Taugen Bismarck-Bild und Bismarck-Wahrnehmung als Gradmesser für politische und gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse, wie sie in den letzten Jahren von der zeithistorischen Forschung mit unterschiedlichen Leitbegriffen beziehungsweise Leitkonzepten (gesellschaftliche Liberalisierung, Fundamentalliberalisierung, Zivilisierung, Verwestlichung) intensiv erforscht worden sind?²¹ Der Akzent liegt also auf jenen Prozessen der Liberalisierung, jenen Entwicklungen, in denen sich in Westdeutschland nach 1945 eine liberale Gesellschaft westlicher Orientierung, eine freiheitliche politische Kultur entfaltete, und auf der Bedeutung der Bismarck-Rezeption in diesem Zusammenhang.

Bismarck-Erinnerung und Bismarck-Verehrung waren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft gesellschaftlich und politisch begrenzt und wurden, wo es sie gab, zumindest öffentlich kaum artikuliert. Wer sich zu Bismarck bekannte in den Jahren der Besatzungszeit und in den frühen Jahren der Bundesrepublik, der bekannte sich nicht einfach nur zu dem 1871 begründeten und 1945 untergegangenen Nationalstaat Deutsches Reich, sondern der musste auch damit rechnen, für einen Befürworter undemokratischer, autoritärer politischer Traditionslinien gehalten zu werden. Nachdem die nationalsozialistische Propaganda wieder und wieder, am prominentesten am Tag von Potsdam 1933, aber beileibe nicht nur da, eine Kontinuitätslinie von Bismarck zu Hitler gezogen und den

20 Zur allgemeinen Rahmung s. noch immer Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999; ders.: *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001; spezieller u.a. Sebastian Schubert: *Abschied vom Nationalstaat? Die deutsche Reichsgründung 1871 in der Geschichtspolitik des geteilten Deutschlands von 1965 bis 1974*. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004, S. 230-265; oder Lappenküper (Hrsg.): *Otto von Bismarck im Urteil deutscher Bundeskanzler* (wie Anm. 10); für Rezeption und Auseinandersetzung in der Geschichtswissenschaft (zumindest bis etwa 1970) s. Lothar Gall (Hrsg.): *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln/Berlin 1971, sowie Hans Hallmann (Hrsg.): *Revision des Bismarckbildes. Die Diskussion der deutschen Fachhistoriker 1945-1955*, Darmstadt 1972.

21 S. jeweils programmatisch: Ulrich Herbert: *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*. In: ders. (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2. Auflage 2003, S. 7-52; Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?* Göttingen 1999; Konrad Jarausch: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Bonn 2004.

Bismarck-Mythos mit dem Hitler-Mythos verschränkt hatte,²² waren Bismarck-Tradition und Bismarck-Gedenken in den ersten Jahren nach 1945 zumindest partiell diskreditiert, in jedem Fall aber hoch problematisch. Als Referenzgröße für den demokratischen Wiederaufbau und die demokratische Entwicklung der jungen Bundesrepublik taugte das Kaiserreich, nicht nur das wilhelminische, sondern auch das der Bismarck-Zeit, nicht.

Das sahen nicht nur Sozialdemokraten und Liberale, vor allem süd- und südwestdeutsche Liberale so, sondern auch ein eher konservativer Publizist wie Golo Mann. In dessen Bismarck-Kritik schwang freilich noch 1961 ein nicht unerhebliches Maß an Pluralismus- und Parteienkritik mit, wenn er Bismarck beispielsweise vorwarf, die aufsteigenden großen Volks- und Massenparteien, das katholische Zentrum, die städtische, industrielle Sozialdemokratie als Reichsfeinde behandelt zu haben,

„ohne zu begreifen, dass der moderne Staat ohne solche Parteien neuen, demokratischen Stils keinen inneren Frieden, keine Einheit mit sich selbst mehr würde haben können. (...) Die ganze Atmosphäre der von dem eisernen Kanzler gestalteten Politik war zänkisch und durch eine Reihe von feindlichen Teilungen, von Entfremdungen charakterisiert. (...) Die Persönlichkeit Bismarcks gab ein Maß von Einheit oder doch Führung, solange er da war; als er nicht mehr da war, war Führungslosigkeit, Zwietracht und Chaos. So unter Wilhelm II.; so im Krieg; so noch in der Weimarer Republik, welche die unter Bismarck entstandenen Übel, die Teilung der Nation in angebliche Reichsfeinde und Reichsfreunde, (...) den Zank und die Unverantwortlichkeit der Parteien (...) widerspiegelte. In diesem Sinn gibt es wirklich eine Kontinuität der Entwicklung von Bismarck bis hin zu den Ereignissen des Jahres 1933. Die politischen Parteien, welche unter Bismarck die Kunst des Sich-Vertragens durch gemeinsame Verantwortung, die Kunst des Regierens nie hatten lernen dürfen, dankten 1933 ab. Die Nation, der Bismarck die innere Einheit nicht gegeben hatte, floh 1933 in die gewalttätige Einheit von oben (...).“²³

In der Tat: Pluralistische Demokratie, Parlamentarismus und Parteienstaatlichkeit mussten von den Deutschen nach 1945 erst erlernt werden. Auch das zeigt Golo Manns Bismarck-Bild von 1961. Bismarck konnte in der sich langsam entfaltenden westdeutschen Demokratie, die durch das Grundgesetz und die Länderverfassungen ihren institutionellen Rahmen erhalten hatte, nicht traditionsbildend und in diesem Sinne anschlussfähig sein, auch wenn Parteien- und Pluralismuskritik in der politischen Mentalität der Deutschen weiter wirkten. Nicht zuletzt daraus speiste sich ja die breite Wertschätzung

22 Vgl. Lothar Machtan: Bismarck. In: Etienne François / Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München 2001, S. 86-104.

23 Golo Mann: Bismarck (1961). In: Gall (Hrsg.): Bismarck-Problem (wie Anm. 20), S. 328-341, hier S. 332. In ähnlicher Interpretation wie Mann sprach Theodor Heuss von der „Denaturierung der Parteien“ durch Bismarck, zit. nach Rothfels: Zum 150. Geburtstag (wie Anm. 14), S. 227.

des autoritativen Regierungsstils Konrad Adenauers – mehr als nur die „Kanzlerdemokratie“ im Sinne des Grundgesetzes –, des präsidentialen Patriarchalismus von Theodor Heuss und der richterlichen Un- und Überparteilichkeit des 1951 begründeten Bundesverfassungsgerichts.

Die „patriarchale Demokratie“, wie es Alfred Grosser einmal genannt hat,²⁴ knüpfte durchaus an ältere politische Ordnungsvorstellungen an, nicht zuletzt an die Idee des Kaisers oder auch, nach 1918, des Reichspräsidenten als „pouvoir neutre“, und erleichterte den Deutschen, präziser: den Westdeutschen, die allmähliche Eingewöhnung in eine demokratische Ordnung, die von Konkurrenz und Konflikt und von deren Legitimität im Sinne des Pluralismus geprägt war.²⁵ Aber Adenauer und, mehr noch, „Papa Heuss“ und das Bundesverfassungsgericht spalteten die Gesellschaft eben nicht in feindliche Lager, sondern wirkten integrierend. Den Bismarck-Vergleich Golo Manns führte fast vier Jahrzehnte später Johannes Willms in seiner Bismarck-Biographie weiter: „Wo Bismarck auf Konfrontation und Ausgrenzung setzte“, hätten die westdeutschen Kanzler, allen voran Adenauer, Brandt und Kohl, auf „Ausgleich und Integration“ gesetzt.²⁶ Ob das in dieser Allgemeinheit so zutrifft, ist zu bezweifeln, muss aber an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

Außenpolitisch galt, wie schon angedeutet, in den 1950er Jahren viel stärker Gustav Stresemann als anschlussfähig als Bismarck, und auch außenpolitisches Denken und internationale Ordnungsvorstellungen gehören fraglos zur politischen Kultur in einem weiteren Sinne des Begriffs. Vor diesem Hintergrund gilt aber auch, dass die Idee des Bismarck-Reiches, die Vorstellung eines einigen, souveränen, nach innen wie außen handlungsfähigen deutschen Nationalstaats nach 1945 – trotz aller Pervertierungen dieser Idee durch den Nationalsozialismus – sich keineswegs in Luft aufgelöst hatte. Wenn ein bekannter konservativer politischer Publizist wie Hans-Georg von Studnitz über „Bismarck in Bonn“ schrieb,²⁷ dann war das kein Plädoyer für Multilateralismus und Souveränitätsverzicht, auch nicht für Westbindung und den „Primat verflochtener nationaler Interessen“, wie man das heute nennen würde,²⁸ sondern für eine „deutsche Politik“, eine operative Wiedervereinigungspolitik, die sich – als das Buch Mitte der 1960er Jahre erschien,

24 Alfred Grosser: Die Bonner Demokratie. Deutschland von draußen gesehen, Düsseldorf 1960, S. 421.

25 Dazu ausführlicher Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 120-126.

26 Johannes Willms: Bismarck. Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende, München 1997, S. 346 f.

27 Hans-Georg v. Studnitz: Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik, Stuttgart-Degerloch 1965.

28 Christian Hacke: Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: APuZ B 1-2 (1997), S. 3-14, hier S. 9.

stritten sich in der Bundesrepublik gerade „Atlantiker“ und „Gaullisten“ – eher an de Gaulles französischem Vorbild orientieren sollte als an den USA.²⁹ So entwickelte Studnitz als Hintergrund für eine solche nationale Politik, insbesondere eine aktive Ostpolitik als Wiedervereinigungspolitik, eine Tradition deutsch-russischer Verständigung, stark antipolnisch gefärbt, in der Bismarcks Rückversicherungsvertrag eine prominente Rolle spielte.

Adenauer hatte mit seiner Absage an den Nationalismus und an die Idee des autonomen nationalen Machtstaats als Leitprinzipien internationaler Politik und außenpolitischen Handelns entschieden mit den überkommenen Denktraditionen und Handlungsorientierungen auch auf dem Feld der Außenpolitik gebrochen.³⁰ Adenauer sah in diesen Traditionen, für die seiner Auffassung nach auch Bismarck stand, nicht nur die Ursache für die nationalsozialistische Außenpolitik der Gewalt, sondern auch für die mangelnde Fähigkeit insbesondere des Kaiserreichs, aber durchaus auch der Weimarer Republik, Deutschlands Position im europäischen Staatensystem langfristig zu stabilisieren. Die Idee des autonomen nationalen Machtstaats, die mit dem Aufstieg des Nationalismus, des modernen Nationalstaats und als Teil fundamentaler sozialer und politischer Nationalisierungsprozesse ihre Kraft entfaltet hatte, charakterisierte nicht nur, aber eben auch die deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck, der der vertragsrechtliche Multilateralismus von 1815 als europäische Ordnung nichts mehr galt. „Wer von Europa spricht, hat Unrecht“; Europa als bloße „*notion géographique*“: die einschlägigen Äußerungen Bismarcks in diesem Zusammenhang sind bekannt.³¹

Es war also eigentlich grundfalsch, wenn sich Eugen Gerstenmaier bei Adenauers Verabschiedung aus dem Kanzleramt im Oktober 1963 an Bismarck erinnert fühlte. Was der Parlamentspräsident meinte, machte er nicht nur 1963 im Bundestag deutlich, sondern noch klarer zwei Jahre später, als er Bismarck zu dessen 150. Geburtstag eine Art posthumen Glückwunsch-

29 Zu diesem Hintergrund s. u.a. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008 sowie Eckart Conze: Staatsräson und nationale Interessen: Die 'Atlantiker-Gaullisten'-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 60er Jahre. In: Ursula Lehmkuhl/Clemens A. Wurm/Hubert Zimmermann (Hrsg.): Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 197–226. Zu Studnitz s. Nils Asmussen: Hans-Georg von Studnitz. Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. In: VfZ 45 (1997), S. 75–119.

30 Dazu in allgemeiner Perspektive: Conze: Die Suche nach Sicherheit (wie Anm. 25), v.a. S. 45–51; zu den Wirkungen und Dynamiken in westdeutscher Außenpolitik und Diplomatie s. Andrea Wiegeshoff: Wir mussten alle etwas umlernen. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51–1969), Göttingen 2013.

31 Nachweise u.a. bei Eckart Conze: „Wer von Europa spricht, hat Unrecht“. Aufstieg und Verfall des vertragsrechtlichen Multilateralismus im europäischen Staatensystem des 19. Jahrhunderts. In: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 214–241, insbesondere S. 232–238.

brief sandte, in dem er den Reichskanzler als „immer noch das mächtigste Beispiel dafür, was in der Politik möglich ist“, darstellte.³² Gerstenmaier war in den Tagen des Kanzlerwechsels 1963 allerdings nicht der Einzige, der sich an Bismarck erinnert fühlte und den ersten Reichskanzler mit dem ersten Bundeskanzler verglich. Verschiedenste Karikaturen variierten das alte Thema des von Bord gehenden Lotsen. In einem Beitrag für den Spiegel verglich der ehemalige britische Hochkommissar Brian Robertson die beiden Kanzler und bezog sich dabei explizit auf die berühmte Karikatur der britischen Zeitschrift „Punch“ von 1890.³³ Das Bild von 1890, das sich gerade den Deutschen der älteren Generation nachhaltig eingeprägt hatte, war offensichtlich weithin positiv besetzt. Es bezog sich vor allem auf die Außen- und Bündnispolitik Bismarcks nach 1870. So wundert diese Assoziation 1963 nicht. Eine knappe Generation, 20 Jahre später, tauchte das Bild wieder auf: Anfang Oktober 1982, als Helmut Schmidt die Brücke des Staatsschiffs verließ.

Als nochmals einige Jahre später, 1989/90, Helmut Kohl die Frage der deutschen Einheit mit zahlreichen europäischen Politikern besprach, tauchte Bismarck wieder auf. Doch der Bundeskanzler bezog sich nicht auf Bismarck, verglich sich auch nicht mit ihm, sondern distanzierte sich von der Politik des Reichskanzlers. Er wurde nicht müde zu betonen, dass seine Politik gerade nicht auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats Bismarckscher Prägung ziele. Schon im Oktober 1989, noch vor dem Mauerfall also, versicherte Kohl das dem misstrauischen italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti. Ziel der Bundesrepublik sei, so Kohl, „eine europäische Friedensordnung, in der auch die deutschen Probleme gelöst würden. Wie diese Lösung letztlich aussehen werde, könne man jetzt noch nicht wissen. Sicher werde es aber nicht eine Lösung im Sinne des Nationalstaats von Bismarck sein.“³⁴

Bismarck und das Kaiserreich lagen 1990 weit zurück, weit jenseits individueller, aber auch kollektiver Erinnerungen und Bezüge. Nicht einmal mehr das „Pathos der Distanz“, von dem Theodor Heuss 1951 gesprochen hatte,³⁵ sondern nur noch Distanz bestimmte die Bismarck-Wahrnehmung, gerade auch politisch. Bismarck war kein „Problem“ mehr, wie es in den Gründungsjahren der Bundesrepublik 1949/50 so prominente Historiker wie Hans Rothfels und Gerhard Ritter, aber auch Franz Schnabel, festgestellt

32 Eugen Gerstenmaier: Hochverehrter Herr Reichskanzler!. In: Die Welt, 27.3.1965, zit. nach: Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 230.

33 Brian Robertson: Der Lotse geht von Bord. In: Der Spiegel 41, 9.10.1963, S. 123.

34 Siehe Eckart Conze: Drei außenpolitische Revolutionen. Das neue Deutschland als Faktor des internationalen Staatensystems. In: Hanns Jürgen Küsters / Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven, St. Augustin/Berlin 2012, S. 29–44, Zitate auf S. 29.

35 Heuss: Bismarck-Bild im Wandel (wie Anm. 12), S. 276.

hatten, wie es aber auch noch 1965 Theodor Schieder gesehen hatte.³⁶ Er war politisch nicht mehr wirksam, der Schatten des Reichskanzlers lag nicht mehr auf der deutschen Politik. Lothar Galls Biographie von 1980 verlängerte gerade nicht die politische Bismarck-Rezeption und Bewertung, sie schrieb keinen, auch politisch wirksamen Bismarck-Mythos fort, sondern war eine geschichtswissenschaftliche Aneignung, im besten Sinne „sine ira et studio“:³⁷ nicht getrieben von der Vorstellung, von Bismarck immer noch etwas lernen zu können, wie sie vielleicht am längsten Sebastian Haffner vertreten hat,³⁸ sondern mit dem Blick auf das Bismarck-Reich als eine abgeschlossene Epoche. Das Gleiche gilt, cum grano salis, auch für Ernst Engelbergs zweibändige Biographie, jenes, vor allem das Erscheinen des ersten Bandes 1985, deutsch-deutsche Buchereignis. Mit Engelberg hatten auch die DDR und die DDR-Geschichtswissenschaft ihr „Bismarck-Problem“ gelöst.³⁹ So konnte man dann auch wie Lothar Gall oder wie wenig später fast noch prononcierter Dieter Langewiesche in seiner Geschichte des Liberalismus⁴⁰ nach dem liberalen Gehalt der Nationalstaatsbildung fragen und auch durch solche Fragen – und die Antworten darauf – die schwarz-weißen Deutungen früherer Jahre überwinden, die Dämonisierung Bismarcks ebenso wie seine Verehrung und Verklärung.

„Von Bismarck lernen können wir Heutigen etwa soviel wie vom Kardinal Richelieu“, betonte Rudolf Augstein in seiner Spiegel-Rezension von Galls Biographie und lobte den Frankfurter Historiker für seine „unvoreingenommene Geschichtsschreibung“.⁴¹ Aber die Linien, die aus der Bismarck-Zeit in die Kriege und Katastrophen des 20. Jahrhunderts führten, sie blieben umstritten. Für konservative Historiker wie Walter Bußmann, der Galls Buch in der FAZ besprach, wirkte es „befreiend, wenn sich der Autor von der nach 1945 strapazierten Vorstellung eines ‚Irrweges‘, der mit Bismarck in der deutschen Geschichte eingeschlagen worden sei, distanziert“.⁴² Bei Ernst Schulin, der 1990, den zweiten Band der Engelberg-Biographie rezen-

36 Hans Rothfels: Probleme einer Bismarck-Biographie (1948). In: Gall (Hrsg.): Bismarck-Problem (wie Anm. 20), S. 65-83; Gerhard Ritter: Das Bismarckproblem (1950). In: ebd., S. 119-137; Franz Schnabel: Das Problem Bismarck (1949). In: ebd., S. 97-118; Theodor Schieder: Bismarck – gestern und heute (1965). In: ebd., S. 342-374.

37 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin 1980.

38 Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1987.

39 Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985; ders.: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990.

40 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.

41 Rudolf Augstein: „Der gar nicht so rote Preuße“, Rudolf Augstein zu der neuen Bismarck-Biographie von Lothar Gall „Der weiße Revolutionär“. In: Der Spiegel 37, 8.9.1980, S. 200-214, hier S. 200, u. in: ebd. 38, 15.9.1980, S. 242-258, hier S. 243.

42 Walter Bußmann: Bismarck – der weiße Revolutionär. „Christlicher Pragmatismus“ / Krieg als Instrument / Reich ohne Zukunft? / Lothar Galls Biographie. In: FAZ, 8.9.1980, S. 11-14.

sierte, klang das etwas anders: „(...) mit dem Albtraum Bismarck mögen wir fertig sein, aber nicht mit dem seiner und der nachfolgenden Zeit.“⁴³

Da klingen, bei Busmann und Schulin, noch einmal jene Debatten und Kontroversen der Jahre nach 1945, vor allem aber der 1960er Jahre an, in denen die Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich nicht nur von wissenschaftlichen Motiven und Intentionen getrieben war, sondern sich auch aus gegenwartsbezogenen politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Interessen speiste. Besonders deutlich lässt sich das an der Rezeption von Erich Eycks Bismarck-Biographie vor Augen zu führen, die, in drei Bänden 1941 bis 1944 in der Schweiz erschienen, in den Jahren 1949/50 in der Bundesrepublik heftig diskutiert wurde.⁴⁴ Eyck hatte sich Bismarck aus liberaler, linksliberal-freisinniger Perspektive genähert und Bismarcks Politik, vor allem seine Innenpolitik, vor diesem Hintergrund scharf kritisiert. Eyck warf Bismarck vor, durch seine autoritäre und intolerante Haltung das politische Bewusstsein vieler Deutscher verformt zu haben, den Weg zu einer der Zeit entsprechenden liberalen und demokratischen Entwicklung versperrt und so in entscheidender Weise die Weichen gestellt zu haben für den verhängnisvollen weiteren Gang der Dinge. Nun wurde dem 1937 nach Großbritannien emigrierten Autor, Jurist und promovierter Historiker, nicht nur vorgehalten, kein richtiger Historiker zu sein,⁴⁵ sondern, wichtiger noch: Führende Historiker wie Gerhard Ritter oder Hans Rothfels warfen Eyck vor, seine liberalen Beurteilungsmaßstäbe seien falsch, weil zu starr. Indem er das Ideal eines liberal-bürgerlichen, parlamentarisch regierten deutschen Nationalstaats zugrunde lege, verfehle er die eigentliche Problematik der deutschen Nationalstaatsbildung und der Geschichte dieses Nationalstaats.

Das „Bismarck-Problem“, das Rothfels, Ritter, später auch Schieder identifizierten,⁴⁶ war in den Worten Ritters dadurch entstanden, „dass man die Deutschen zu überreden versuchte, das überlieferte Bild ihres Nationalhelden sei ein großes Götzenbild gewesen, ähnlich dem Adolf Hitlers, der vielgefeierte Reichsgründer in Wahrheit der Urheber unseres politischen Unglücks. Eine ganze Sintflut von Tagespublizistik hat sich seit 1945 über dieses Thema ergossen – eine Literatur, die oft mehr durch politischen Eifer als

43 Ernst Schulin: Bismarck, zu Ende erzählt. Ernst Engelberg legt den zweiten Teil seiner Biographie vor. In: FAZ, 2.10.1990, S. L22.

44 Erich Eyck: Bismarck. Leben und Werk. 3 Bde., Erlenbach 1941-1944. Siehe auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

45 Bei Ritter: Bismarckproblem (wie Anm. 36), S. 120, heißt es: „[...] das Werk eines Outsiders und Emigranten, des früheren Rechtsanwalts Erich Eyck“.

46 Zur biographischen und historiographiegeschichtlichen Rahmung s. Eckel: Hans Rothfels (wie Anm. 15), in unserem Zusammenhang besonders S. 291-312; Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, in unserem Zusammenhang besonders S. 484-521; Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013.

durch historischen Sachverstand sich auszeichnete.“ Von einer „Umwertung aller Werte“ sprach der Freiburger Ordinarius.⁴⁷ Die Argumentation, mit der insbesondere Ritter Eyck 1950 in einem Rezensionssessay im „Merkur“ begegnete, verweist auf die Kernproblematik der politisch-kulturellen Entwicklungen jener Zeit. Ritter warf Eyck nicht nur vor, seine Bismarck-Kritik im Duktus des „öffentlichen Anklägers einer Spruchkammer“ verfasst zu haben,⁴⁸ sondern zugleich vor dem „politischen Horizont (...) des in London lebenden politischen Emigranten“, ja sich zu sehr „in englisches Denken“ hineingelegt zu haben, in die „Ideenwelt des Gladstoneschen Liberalismus“.⁴⁹ So muss man die Debatte über Eycks Bismarck-Interpretation und die Kritik dieser Interpretation auch lesen als Teil der Debatte über die Emigration, über Emigranten und Remigranten in der jungen Bundesrepublik, und als Kritik an Emigration und Emigranten; man muss sie damit in weiterer Perspektive lesen als Fortsetzung der ideengeschichtlich so wirksamen Gegensatzkonstruktion „Deutschland und der Westen“ und damit auch als Teil einer Auseinandersetzung über die Entwicklung einer liberalen politischen Kultur, über die Bedeutung liberal-westlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen in Deutschland nach 1945, die über weite Strecken mit Emigranten, zum Teil auch Remigranten, geführt wurde, die nach 1945 die wichtigsten und deswegen auch umstrittensten Vermittler und Repräsentanten westlicher politischer Ordnungsvorstellungen waren.⁵⁰

Insofern war der Befund – bei Ritter der Vorwurf – der Emigrantenperspektive keineswegs falsch. Nicht wenige Emigranten und Remigranten, gerade diejenigen – und das war die Mehrheit – mit einem eher linken, linksliberalen Hintergrund, erkannten in den positiven Bismarck-Bezügen nach 1945 in Wissenschaft und Öffentlichkeit auch den Versuch, vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust den deutschen Nationalstaat vor 1933 und insbesondere das Kaiserreich vom Nationalsozialismus abzutrennen. Für öffentliche Intellektuelle wie Rothfels und Ritter und mit ihnen für viele andere Exponenten der auf der Idee der Nation und der nationalen Geschichte fußenden kleindeutsch-borussischen Geschichtstradition galt es, auch im Angesicht der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) das nationale Paradigma und den Gedanken des nationalen Staats zu retten. Bismarck wurde zum „Problem“, so Ritter: Seine „Gestalt begann problematisch zu werden, seit ihr Werk, der deutsche Nationalstaat, ins Wanken geriet. Sie wird aus dem Streit der Meinungen nicht

47 Ritter: Bismarckproblem (wie Anm. 36), S. 119.

48 Ebd., S. 128.

49 Ebd.

50 Vgl. Doering-Manteuffel: Wie westlich (wie Anm. 21).

herauskommen, solange der deutsche Staat fragwürdig und die Tradition deutscher Geschichte zerrissen bleibt.“⁵¹

Aber es ging hier nicht nur um die Kontinuität nationaler Geschichte und des nationalen Paradigmas in der Historiographie. Bismarck gehörte zu „unserer Welt“, so zitierte Hans Rothfels 1948 einen nicht genannten dänischen Historiker, also zur „Anti-Hitler-Welt“, wie er selbst hinzusetzte.⁵² Es ging, in vielen Fällen, bei der Salvierung des Kaiserreichs auch um individuelle und kollektive Entlastung im Hinblick auf den Nationalsozialismus. Indem man den nationalen Staat des Kaiserreichs als Orientierungshorizont der deutschen Eliten in Politik, Verwaltung und Militär hinstellte und das Kaiserreich, gerade das Reich der Ära Bismarck, in ein insgesamt positives Licht rückte, legitimierte man in gewisser Weise das Handeln all derjenigen, die sich nach 1918 der Weimarer Demokratie verweigert hatten, von denen sich nach 1933 nicht Wenige in den Dienst des nationalsozialistischen Regimes gestellt hatten und die nun wiederum nach 1945 trotz aller Belastung auf die Chance eines Neubeginns oder besser: eines Wiederbeginns hofften. Auch dazu aber musste man Bismarck von Hitler trennen, musste argumentieren, mit dem Bismarck-Mythos für Hitler geködert worden zu sein durch den „Taschenspielertrick der Nazis, sich als Hüter preußischer Traditionen aufzuspielen“, wie Rothfels betonte.⁵³

Die Diskussionen der Historiker und die Entwicklung der Bismarck-Historiographie nach 1945 sind vor diesem Hintergrund nicht nur von wissenschaftshistorischem Belang. Wenn man weiterhin Nation und Nationalstaat als den Endpunkt des historischen Prozesses und die Idee der Nation als den archimedischen Punkt der Geschichtswissenschaft betrachten wollte, dann musste man den Nationalsozialismus – gleichsam als „Betriebsunfall“ – aus der Kontinuität der deutschen Nationalgeschichte entfernen. Man musste nicht nur die Nationalstaatsbildung, die Herstellung der deutschen Einheit 1870/71 in ein positives Licht rücken, was angesichts der deutschen Teilung in den Nachkriegsjahrzehnten so schwer nicht war, sondern auch in der Geschichte des Kaiserreichs und in der Politik Bismarcks anschlussfähige Linien erkennen, nicht zuletzt in der Außen- und Bündnispolitik (vor 1890) und in der Entstehung deutscher Sozialstaatlichkeit. Hans Rothfels brachte das 1965 im Bundestag noch einmal zum Ausdruck, als er Bismarcks Außenpolitik als „in eminentem Sinne 'europäisch'“ bezeichnete und ihr die gleiche Zielsetzung zuschrieb wie ihrer innenpolitischen, ihrer „sozialpolitischen Parallele“: „Das Reich sollte mit seiner eigenen 'Erhaltung' den Frieden und die Ordnung erhalten, es sollte die Atomisierung Europas wie die Atomisierung

51 Ritter: Bismarckproblem (wie Anm. 36), S. 136.

52 Rothfels: Probleme (wie Anm. 36), S. 65.

53 Ebd.

der Gesellschaft verhindern.“⁵⁴ Konnte man das nicht auch als Imperativ für die Politik der jungen Bundesrepublik lesen? Konnte also der Bonner Staat nicht doch von Bismarck lernen? Und konnten nicht auch die Sozialdemokraten endlich ihren Frieden mit Bismarck machen, für die, so Rothfels im Bundestag, das Sozialistengesetz nur von Nutzen gewesen sei, weil sich die SPD so von „anarchistischen Beimengungen“ gereinigt und „in Opferwille und Hingabe starke moralische Antriebe“ erfahren habe?⁵⁵

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Fischer-Kontroverse lesen, die zwar mit der Kriegszielpolitik begann, sich aber in der Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage bald auf das gesamte Kaiserreich ausdehnte und den Blick auch auf die Ära Bismarck zu verändern begann.⁵⁶ In „Griff nach der Weltmacht“ wies Fritz Fischer die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg eindeutig dem wilhelminischen Kaiserreich zu und gab damit eine klare Antwort auf die national belastende Kriegsschuldfrage.⁵⁷ Aber mehr noch: Fischer postulierte eine Kontinuität der deutschen Eliten weit über das Ende des Kaiserreichs hinaus, sprach von einem Bündnis der alten kaiserlichen mit den neuen, den aufsteigenden Eliten des Nationalsozialismus, die in ihrem Weltmachtstreben zueinander gefunden hätten.⁵⁸ Damit aber war das „Dritte Reich“ nicht aus der deutschen Nationalgeschichte gelöst, sondern ihr Teil, ja ihre konsequente Fortsetzung.

Die „Fischer-Kontroverse“ schlug bis in die Politik hinein hohe Wellen und wurde zum Medienereignis, weil sie die Geschichte des deutschen Nationalstaats, insbesondere des Kaiserreichs, auch in der Bismarck-Zeit, enttabuisierte. Fritz Fischer hatte seine Kontinuitätsthese hauptsächlich politikhistorisch und methodisch eher konventionell entwickelt, doch seine Positionen wirkten impulsgebend auf die jüngere Historikergeneration, die, nicht zuletzt angeregt durch Studien- und Forschungsaufenthalte in Großbritannien oder den USA und durch die Beschäftigung mit westlichen sozialwissenschaftlichen Theorieangeboten, darunter der anglo-amerikanischen Max-Weber-Rezeption, auch nach den gesellschaftlichen und damit strukturellen Kontinuitäten zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ zu fragen begann und dabei

54 Rothfels: Zum 150. Geburtstag Bismarcks (wie Anm. 14), S. 233.

55 Ebd., S. 235.

56 Zur Fischer-Kontroverse im Überblick: Konrad Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit in der Fischer-Kontroverse. In: Martin Sabrow / Ralph Jessen / Klaus Große Kracht (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20-40; Klaus Große Kracht: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 47-68; Annika Mommbauer: The Fischer Controversy 50 Years on. In: Journal of Contemporary History 48 (2013), S. 231-240.

57 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18 (1961), Düsseldorf 2013.

58 Ders.: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland, Düsseldorf 1979.

auch die Reichsgründung, die Ära Bismarck und Bismarcks Politik neu in den Blick nahm.⁵⁹

Diese Überlegungen sammelten sich – das bedarf kaum näherer Erläuterung – in der These vom „deutschen Sonderweg“ in die Moderne. Deutschland sei im 19. Jahrhundert von einer westlichen „Normalentwicklung“ abgewichen, und statt einer auf das Individuum bezogenen liberalen Demokratie, statt Parlamentarismus und Pluralismus hätten sich vom Staat her gedachte illiberale und obrigkeitsstaatliche politische Ordnungsvorstellungen herausgebildet. Diese Gegensatzkonstruktion war nicht neu, sondern griff im Grunde nur auf und wendete es nun kritisch, was sich in der deutschen Geisteslandschaft als „Ideologie des deutschen Weges“ schon seit dem späten 19. Jahrhundert, insbesondere aber seit dem Ersten Weltkrieg, entwickelt hatte.⁶⁰ Diese Ordnungsvorstellungen dienten jetzt zusammen mit Hinweisen auf die Sozialstruktur in Deutschland als wissenschaftliche Argumente dazu, die Genese des Nationalsozialismus zu erklären.

Der geschichtswissenschaftliche und historiographische Paradigmenwechsel, um den es in diesen Auseinandersetzungen ging, ist eine wesentliche Komponente jenes breiteren gesellschaftlichen und sozialkulturellen Liberalisierungs- oder Verwestlichungsprozesses, den die Bundesrepublik seit den späten 1950er Jahren durchlief. Vor allem die Angehörigen der jüngeren deutschen Historikergeneration, von denen eben viele über Amerika- oder England-Erfahrung verfügten, trugen dazu bei, jene politische Kultur des Autoritarismus, des antidemokratischen und antiliberalen Denkens zu überwinden, die eine Voraussetzung für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus gewesen war und deren Einfluss man in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft noch immer spüren konnte. Es war kein Zufall, dass „Fischer-Kontroverse“ und „Spiegel-Krise“ zeitlich zusammen fielen. Denn nicht nur in den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen der Historiker über das Kaiserreich und den Ersten Weltkrieg prallten deutsch-nationale und westliche Denkmuster und Einstellungen aufeinander. Auch in den viel breiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen während der „Spiegel-Krise“ gerieten Traditionen eines schwarz-weiß-roten obrigkeitsstaatlichen Denkens in eine scharfe Konfrontation mit einem westlich-liberal geprägten Demokratieverständnis, dem sie schließlich unterlagen.⁶¹

59 Paradigmatisch Hans-Ulrich Wehler: Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973.

60 Dazu noch immer Bernd Faulenbach: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

61 Zur Spiegel-Krise s. Christina v. Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, sowie Martin Doerry / Hauke Janssen (Hrsg.): Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München 2013.

Gerhard Ritter drückte keineswegs eine völlig marginale Meinung in der deutschen Gesellschaft aus, als er mitten in der „Spiegel-Krise“ in einem FAZ-Leserbrief das Verhalten von Bundesregierung und Bundesanwaltschaft vorbehaltlos rechtfertigte und die wachsende öffentliche Kritik an diesem Verhalten als „Skandal“ bezeichnete. „Sind wir durch das ewige Starren auf die Schrecknisse der Hitlerdiktatur“, so formulierte Ritter, „nachgerade so blind geworden für die uns umgebende Wirklichkeit, dass wir lieber jeden noch so groben Missbrauch der im Rechtsstaat garantierten persönlichen Freiheitsrechte hinnehmen als die eine oder andere Ungeschicklichkeit (oder auch Inkorrektheit) unserer Strafverfolgungsorgane?“⁶² Bestürzt unterzog daraufhin der Bonner Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher, eine Generation jünger als Ritter, die Position seines Kollegen einer kritischen – ideologiekritischen – Analyse. Er warf Ritter vor, eine „Staatsideologie“ zu vertreten, „die Politik nur von oben nach unten gelten lässt und einer außenpolitisch verstandenen Staatsräson den fast unbedingten Vorrang vor innerer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zuerkennt“. Ritter rechtfertigte „nichts anderes als den so verhängnisvollen traditionellen Obrigkeitsstaat in Deutschland auf Kosten der Demokratie, in der wir eben unsere ersten Schritte tun“.⁶³

Geschichtspolitisch zog daraus der sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann die Konsequenz, als die Bundesrepublik 1971 verhalten der Reichsgründung gedachte. Für Heinemann, weithin als eine Art „Anti-Bismarck“ wahrgenommen,⁶⁴ gehörte Bismarck „nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten“. Und der Bundespräsident sprach, ganz im Einklang mit den jüngsten Entwicklungen von Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung, von den „gesellschaftlichen Zusammenhängen [...] des Bismarckschen Reiches und der Weimarer Republik, die beide an ihren inneren Zerklüftungen litten und nicht zuletzt daran zugrunde gingen“.⁶⁵ Das löste noch einmal heftige politische Reaktionen aus, beispielsweise beim CSU-Vorsitzenden und Bonner Oppositionspolitiker Franz Josef Strauß, der dem Bundespräsidenten vorwarf, ein von sozialdemokratischen Interessen bestimmtes Geschichtsbild zu vertreten, aber politisch wirksam war das nicht mehr.⁶⁶ Karl Dietrich Bracher betonte in der „Zeit“, dass „das Scheitern der Reichskonzeption“ geradezu eine Bedingung für „die zweite, end-

62 Zitiert nach: Conze: Suche nach Sicherheit (wie Anm. 25), S. 276.

63 Ebd.

64 Vgl. Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 249.

65 Gustav Heinemann: Zur Reichsgründung 1871. Zum 100. Geburtstag des 1. Deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, Bonn 1971, S. 14.

66 Franz Josef Strauß: Bismarck, die Erben und Heinemann. In: Bayernkurier, 23.1.1971; vgl. Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 249.

lich erfolgreiche Demokratie“ gewesen sei.⁶⁷ Selbst Theodor Schieder sprach kurz darauf und anlässlich des 25. Gründungstags der DDR von der Bundesrepublik als einer „nachnationalstaatlichen“ Nation.⁶⁸ Das national-konservative, um die Idee des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts und daher auch zentral um die Figur Bismarck kreisende Geschichtsbild hatte mit Heinemanns Rede und ihren Folgen (und zusammen mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition) aufgehört, „offiziös zu sein“.⁶⁹ Über Bismarck wurde – und wird vermutlich – weiter gestritten, aber um Debatten zur deutschen Selbstverständigung handelt es sich dabei nicht mehr.

- 67 Karl Dietrich Bracher: Ein zerstörter Mythos. In: Die Zeit, 15.1.1971; zit. nach: Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 250.
- 68 Theodor Schieder: Honeckers Spiel mit der Geschichte. In: Deutsche Zeitung, 4.10.1974; zit. nach: Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 263.
- 69 Heinrich August Winkler: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht (wie Anm. 20), S. 7-13, hier S. 11.

Weitere Beiträge

Ernst Opgenoorth

Johann Gustav Droysen und seine Briefpartner. Eine kommunikationsgeschichtliche Studie

I. Begründung des Themas – Droysens Werdegang

Die Briefkultur unserer Zivilisation, die Bedingungen, unter denen Menschen miteinander im Briefwechsel stehen, und die Weise, in der dies geschieht, sind in ihrer je konkreten Ausprägung Themen der Sozial-, Kultur- und Kommunikationsgeschichte. In der Forschung zu solchen Themen stehen im Vordergrund Editionen von Briefwechseln und Studien dazu. Sie verstehen sich durchweg nach dem Motto „life & letters“ als Beiträge zur Biographie des Verfassers. Die Germanistik hat den Brief als eigenwertigen Gegenstand von Forschung erst vor relativ kurzer Zeit entdeckt und befasst sich eher mit den Stilmerkmalen aus der Sicht des jeweils Schreibenden als mit brieflicher Kommunikation.¹ Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, zunächst eine Fallstudie zu einem überschaubaren Bereich in Angriff zu nehmen und die allgemeinen methodischen Fragen auf den Klärungsbedarf einer solchen Studie einzugrenzen.

Für den Briefwechsel Droysens als Gegenstand einer solchen Untersuchung sprechen zunächst sein Umfang und seine innere Vielfalt. Sie hängen

1 Vgl. dazu grundlegend Reinhard M. G. Nickisch: *Brief*. Stuttgart 1991, Tanja Reinlein: *Der Brief als Medium der Empfindsamkeit*. Würzburg 2003, Detlev Schöttker (Hrsg.): *Adressat: Nachwelt. Briefkultur und Ruhmbildung*. München 2008, Ulrike Vedder: *Chance auf Verlangsamung. Was Briefe waren und werden können*. In: *Forschung & Lehre* 17 (2010), Heft 9/10, S. 636 f.

eng mit Droysens Werdegang zusammen:² Der 1808 in Treptow an der Rega geborene Sohn eines Garnisonpredigers dürfte neben Ranke zu den markanten frühen Vertretern des deutschen Historismus gehören. Außer seinen Arbeiten zum Alexanderreich und dessen Nachfolgestaaten – der Begriff „Hellenismus“ stammt von ihm – machte ihn vor allem seine monumentale, wenn auch unvollständige „Geschichte der Preußischen Politik“ (GPP) bekannt. Mit ihr wollte er seit 1855 „Preußens Beruf für das Ganze“ aufzeigen, die Bedeutung dieses Staates für die deutsche Einigung geschichtlich herleiten. Die bewusste und gewollte politische Instrumentalisierung des Themas traf allerdings schon bei seinen Schülern und Zeitgenossen auf Widerspruch.³

Droysen musste nach dem frühen Tod des Vaters 1816 Besuch des Gymnasium und Studium durch Nachhilfestunden, später Privatunterricht finanzieren. Nach dem Abitur in Stettin 1826 studierte er in Berlin vor allem Klassische Philologie. Er schloss 1829 mit der Staatsprüfung für das Lehramt und 1831 mit der Promotion ab, 1833 habilitierte er sich. Zu seinen Bekannten gehörten die Familien Mendelssohn Bartholdy und Friedländer, wohlhabende assimilierte und getaufte Berliner Juden. Droysens erste Ehefrau Marie, die er 1836 heiratete, stammte aus der Familie Friedländer. Neben der Tätigkeit als Gymnasiallehrer wirkte Droysen seit 1833 zunächst als Privatdozent, dann als ebenfalls unbesoldeter außerordentlicher Professor an der Berliner Universität. 1840 nahm er einen Ruf nach Kiel an.

Die Hinwendung zur neueren Geschichte, die damit einherging – typisch die 1846 auch als Buch publizierte Vorlesungen über die Freiheitskriege und die mehrbändige Yorck-Biographie, – verband Droysen mit politischem Engagement: Am Widerstand der Schleswig-Holsteiner gegen die dänische Vereinheitlichungspolitik war er seit 1846 aktiv beteiligt. Die Provisorische Regierung in Schleswig-Holstein entsandte ihn im März 1848 als Vertrauensmann in den Frankfurter Siebzehnerausschuss, durch die Wahlen zur Nationalversammlung im Mai wurde er zum deren Abgeordnetem. Er wirkte im Verfassungsausschuss mit und übernahm dessen Schriftführung. Wie andere seiner politischen Freunde vom „rechten Zentrum“ legte er im Mai 1849 nach der Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelms IV. sein

2 Theodor Schieder: Johann Gustav Bernhard Droysen. In: Neue Deutsche Biographie 4 (1959), S. 135 ff. Immer noch lesenswert Otto Hintze: Johann Gustav Droysen. In: Ders.: Soziologie und Geschichte, hrsg. v. Gerhard Oestreich, Göttingen 1964, S. 135 ff. Ursprünglich in der Allgemeinen Deutschen Biographie 48 (1904), S. 82. ff. Hier wie anderswo benutzte ich die online-Fassung von ADB/NDB: www.deutsche-biographie.de. Neuere Darstellung mit dem Ziel der Demontage einer Heroisierung Droysens: Wilfried Nippel: Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik. München 2008.

3 Vgl. Ernst Oppenorth: Johann Gustav Droysens Geschichte der Preußischen Politik: Klassiker – „wissenschaftliche Totgeburt“ – oder was? In: Patrick Merziger u. a. (Hrsg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2010, S. 243-258. Dort auch weitere Literatur.

Mandat nieder. Er veröffentlichte noch die Protokolle des Verfassungsausschusses, blieb auch in Kontakt mit seinen politischen Freunden aus der Paulskirche, verzichtete aber auf weitere Aktivitäten als Parlamentarier und verlegte sich auf die politische Wirkung seiner historischen Publikationen, wie er sie vor allem von seiner GPP erwartete.

Die Zeit als Politiker brachte einen Einschnitt in Droysens privatem Leben: Seine Frau verstarb im März 1847 an Tuberkulose. Die Kinder aus der Ehe, zwei Töchter und zwei Söhne, kamen zunächst bei den Urgroßeltern Friedländer in Berlin unter. Im Juni 1849 heiratete Droysen die Tochter Emma seines Kieler medizinischen Kollegen Gustav Adolf Michaelis. Auch sie gebar ihm noch einen Sohn.

Droysen kehrte 1849 zunächst auf seinen Kieler Lehrstuhl zurück. Dänischen Repressalien, wie dortige Kollegen sie erleben mussten, entging er dadurch, dass er 1851 einen Ruf nach Jena erhielt und annahm. Wenn er sich dabei als von den Dänen politisch Verfolgter darstellte, dann war das sicherlich taktisch geschickt, aber nicht gänzlich unbegründet. Dies muss einschränkend zu Nippels Behandlung dieses Themas gesagt werden.⁴ Insgesamt sieht Nippel jedoch richtig, dass es mit der menschlichen Vorbildlichkeit nicht weit her ist, die Droysen von seiner Schülergeneration bis zu neueren Autoren wiederholt bescheinigt oder unterstellt wurde. Vielmehr haben wir einen machtbewussten Menschen mit ausgeprägtem Sinn für gelegentlich fragwürdige taktische Manöver und mit Talent zur Intrige vor uns.

1858 wurde Droysen an die Universität Berlin berufen. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, aus der er 1871 wieder austrat. Schon 1852 hatte ihn die gleichartige sächsische Einrichtung in Leipzig aufgenommen. Seit 1860 gehörte er der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an, seit 1867 der Berliner Akademie. 1877 wurde er zum Historiographen des Hauses Brandenburg ernannt. Er überlebte seine zweite Frau Emma, die 1881 verstarb, und starb schließlich 1884.

Droysens beeindruckende Arbeitskraft ist auch an seinem Briefwechsel abzulesen: Er war ein fleißiger Korrespondent, der sich in seiner besten Zeit neben seinen anderen Aufgaben ein- bis zweimal wöchentlich brieflich an je einen seiner Briefpartner wandte. Die Zusammensetzung des Netzes dieser Personen ergibt sich aus Droysens Stellung im Überschneidungsbereich von Wissenschaft und Politik, aus seiner Bedeutung auf beiden Gebieten und aus seiner Zugehörigkeit zur Bildungsschicht seiner Zeit mit ihrer Grundlage in den klassischen Altertumswissenschaften sowie ihren Aktivitäten in Literatur, Musik und bildender Kunst.

4 Vgl. Nippel (wie Anm. 2), S. 195-200.

Bei alledem soll es hier nicht vorrangig um einen Beitrag zu Droysens Biographie gehen, sondern um ein Stück Kommunikationsgeschichte des Korrespondentenkreises. Es soll dargestellt werden, zu welchen Themen und in welchen Formen diese Menschen sich untereinander austauschten. Die Beschränkung der Quellengrundlage auf den Briefwechsel Droysens ist eine Verlegenheitslösung: Der Mensch, der hier schreibt, ist fast 80 Jahre alt und hat einen Schlaganfall hinter sich. Die an sich wünschenswerte Einbeziehung der Korrespondenzen mehrerer von Droysens Partnern, die ja immerhin zum Teil ediert sind, die Rekonstruktion – bildlich gesprochen – nicht eines Spinnen-, sondern eines Fischernetzes mit mehreren gleichwertigen „Knoten“, muss Jüngeren überlassen bleiben.

II. Quellenlage

Die Grundlage dieser Arbeit hat ihre eigene Geschichte. Im Nachlass Droysens dürften bei seinem Tod vom Briefwechsel fast nur die eingegangenen Schreiben seiner Partner vorhanden gewesen sein. dass Droysen nur ausnahmsweise Konzepte seiner Briefe schrieb und aufhob oder gar Abschriften nahm, wird niemanden verwundern angesichts der Arbeitslast, die er sich ein Leben lang aufbürdete. Heute finden wir jedoch zahlreiche Briefe Droysens nicht bei den Empfängern, sondern in den Teilbeständen seines Nachlasses vor, teils in Abschrift, teils aber auch in Ausfertigung, der man nicht selten den Postweg zum Empfänger noch deutlich ansieht.⁵ Dies ist das Ergebnis umfangreicher Sammeltätigkeit hauptsächlich von Droysens Enkel Rudolf Hübner, der sich damit die Grundlagen für die Edition des Briefwechsels seines Großvaters schuf. Aus seiner zu diesem Zweck geführten Korrespondenz geht dies deutlich hervor.⁶ Begonnen hatte diese Sammlung aber wahrscheinlich schon Droysens Sohn Gustav als Materialgrundlage für seine Biographie des Vaters. Hierauf deutet hin, dass Hübner in seiner Edition die Herkunft mancher Vorlagen als „unbekannt“ bezeichnet, diese Stücke also nicht selbst erwarb oder fand.⁷ Nach Gustav Droysens Tod ging der Nachlass zunächst an seinen jüngeren Bruder Hans über. Die Briefe des Vaters an

5 Typisch sind Droysens Briefe an seinen Freund Wilhelm Arendt im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStPrK) in Berlin Dahlem, Rep. 92, Nachlass Droysen, im Folgenden zitiert als „Nachlass Berlin“. Der Bestand ist geteilt nach Ein- und Ausgängen jeweils alphabetisch geordnet.

6 Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Teilnachlass Droysen, Nr. 9, 1, 1-3, im Folgenden zitiert als „Teilnachlass Jena“ mit Signatur. Zum Übergang des Nachlasses von Hans Droysen an Hübner vgl. ebda Nr. 8.

7 Vgl. Johann Gustav Droysen: Briefwechsel. Hrsg. v. Rudolf Hübner. 2 Bde Berlin 1929. Die Edition wird im Folgenden zitiert mit der Stücknummer, bei größeren Stückzahlen auch nur mit Jahresangaben, zu den einzelnen Schreiben führt das Register.

den Sohn Gustav verblieben offenbar in Halle und befinden sich heute im Teilnachlass Droysen der dortigen Universitätsbibliothek.⁸

Rudolf Hübner übernahm den Nachlass von seinem Onkel Hans und machte ihn zur Grundlage seiner Edition des Briefwechsels, nachdem er seine ursprüngliche Absicht aufgegeben hatte, die unvollendete Biographie des Großvaters aus der Feder seines Onkels Gustav fortzuführen. Die Konzeption der Briefausgabe als Ersatz einer Biographie erklärt, dass sie von vornherein als Auswahl, als „Bilsäule ohne Reliefs am Sockel“ angelegt war.⁹ Forderungen der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften als Geldgeber führten in der Schlussphase zu weiteren Kürzungen. Den Großteil des Nachlasses, vor allem offenbar die Ausfertigungen der Briefe, übergab Hübner anschließend an das damalige Preußische Geheime Staatsarchiv und ordnete den Bestand dabei im Wesentlichen so, wie er heute noch liegt. Zahlreiche Abschriften, die er für die Edition gesammelt hatte, behielt Hübner. Sie bilden zusammen mit seinen Korrespondenzen über die Edition heute den Teilnachlass Droysen in der Staats- und Universitätsbibliothek Jena.

Auf den bisher genannten Beständen und auf der Hübnerschen Ausgabe des Briefwechsels beruht meine Untersuchung. Die Briefe Droysens an seinen Sohn Gustav stellte mir die Universitäts- und Landesbibliothek Halle als Kopie zur Verfügung. Zu anderen Briefen Droysens, auf die ich – gemessen an meinen Möglichkeiten – zu spät aufmerksam wurde, insbesondere zum Bestand der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz, verweise ich auf das Briefverzeichnis von Christiane Hackel auf ihrer Website.¹⁰

III. Statistik

1. Methodisches

Die statistische Auswertung von Droysens Briefwechsel erfordert methodische Vorüberlegungen. Zunächst ist zu klären, ob die Briefe an Droysen und seine eigenen Schreiben getrennt oder als ein Bestand untersucht werden sollen. Für das zweite spricht die Absicht, das „Netz“ der Korrespondenten zu erfassen, statt eine Ersatz-Biographie zu geben, wie es Hübner mit seiner Edition wollte. Es erleichtert diese Entscheidung, dass die größeren Korres-

8 Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, Halle, Abteilung Sondersammlungen. Im Folgenden zitiert als „Briefe an Gustav“ mit Stückzahl.

9 Rudolf Hübner an Gustav Droysen. 7. Mai 1906, Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) Nr. 8.4.

10 <http://www.droysen-archiv.hu-berlin.de>.

pondenzen annähernd symmetrisch aus Schreiben und Gegenschreiben aufgebaut sind.

Hier kommt jedoch das nächste Problem in Sicht. Droysens grundlegende, nur vermeintlich triviale Einsicht, dass es der Historiker nicht mit der Vergangenheit als solcher zu tun hat, sondern nur mit deren Spuren aller Art in der Gegenwart,¹¹ gilt auch für seinen Briefwechsel: Nur ein Teil davon ist direkt überliefert, für manches anderer ist lediglich erschließbar, dass es einmal vorhanden war. Deutlichstes Beispiel ist Droysens Briefwechsel mit seinem Sohn Gustav, von dem nur noch die Briefe des Vaters überkommen sind; die Symmetrie ist nur daraus erkennbar, dass Droysen regelmäßig auf Briefe seines Sohnes Bezug nimmt. Inhaltliche Aussagen über eine solche erschlossene Gegenkorrespondenz sind nur mit großer Vorsicht und mit dürftigem Inhalt möglich; als Ziffern in einer Statistik aber sind die nicht mehr überlieferten Schreiben durchaus verwendbar.

Bei näherem Zusehen ist jedoch das Erschließen solcher Briefe mit mancherlei Unsicherheit belastet, vor allem bei den vielen kleinen, nur aus wenigen Stücken bestehenden Briefwechseln, von denen meist nur die an Droysen gerichteten Stücke vorliegen. Die Beschränkung auch der statistischen Aussagen auf die noch greifbaren Stücke, zu der ich mich entschlossen habe, verzeichnet die Ergebnisse nur insofern, als sie das relative Gewicht der erwähnten kleineren Korrespondenzen herabsetzt. Von den wichtigen Ausnahmen soll weiter unten die Rede sein.

Begründet werden muss schließlich, warum zur statistischen Zusammensetzung des Briefwechsels teils nur ungefähre Zahlen angegeben werden. Dahinter stehen mögliche Ungenauigkeiten bei der Ermittlung der Zahlen aus den verschiedenen ausgewerteten Quellenbeständen, vor allem das Vorkommen einer Reihe von Briefen an mehreren Stellen, auf das ich erst im Laufe der Auswertung aufmerksam wurde.

2. Verteilung nach Jahren und Anteilen der Briefpartnern

Die insgesamt rund 2500 dieser Untersuchung zugrundeliegenden Briefe von und an Droysen verteilen sich auf die Jahre 1826 bis 1884 wie folgt: Aus den frühen Jahren bis 1838 gibt es pro Jahr einen bis höchstens neun Briefe. Von 1839 bis 1847 liegen die jährlichen Zahlen zwischen 14 und 29, 1844 mit 51 und 1847 mit 42 Briefen heben sich ab. 1848 gibt es 207 Briefe, 1849 bis 1854 jährlich über 100, 1850 sogar 154, 1853 allerdings nur 81. 1855

11 Johann Gustav Droysen: *Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte*, hrsg. v. Rudolf Hübner, 4. Aufl. München 1960, S. 20 f. vgl. auch die historisch-kritische Ausgabe von Peter Leyh, Stuttgart-Bad Cannstadt 1977.

bis 1861 liegen die Zahlen zwischen 69 und 94, ab 1862 sind dann bis 1876 nur zwischen 14 und 29 Briefen überliefert, 1869 sogar nur 8 Briefe. Von 1877 bis 1883 gibt es jährlich zwischen 33 und 50 Briefen, und Droysens letzte 5 Lebensmonate sind noch mit 27 Briefen dokumentiert.

Versuche, die Schwankungen zu verstehen, sind nur mit Vorsicht und unter Beachtung der Zufälle der Überlieferung möglich. Droysens Hineinwachsen ins Berufsleben mag dazu geführt haben, dass er seit den späten 1830er Jahren seinen Briefwechsel sorgfältiger aufbewahrte. Der Zusammenhang der auffälligen Steigerung in 1848 mit Droysens Rolle als Parlamentarier und politischer Publizist ist offensichtlich, während sich die Abkehr von diesen Aktivitäten nach seinem Ausscheiden aus der Frankfurter Nationalversammlung offenbar nur verzögert auswirkte. Der geringere Umfang der Korrespondenz in den Berliner Jahren schließlich dürfte damit zusammenhängen, dass Droysen nun mit wichtigen Briefpartnern wie Max Duncker oder Justus Olshausen leichtmündliche Gespräche führen konnte. Dass die Reichseinigung von 1871 bei Droysen und seinen Freunden ein Gefühl der tiefen Befriedigung und ein dadurch bedingtes geringeres Interesse an politischen Themen auslöste, dürfte ebenso mitgewirkt haben wie die gewaltige Arbeitsbelastung des nicht mehr jungen Droysen.

Von den insgesamt 365 Briefpartnern Droysens sind zunächst 175 mit nur je einem Brief, weitere 120 mit 2 bis 4 Briefen vertreten. Diese beiden Gruppen machen also fast 80 Prozent der Korrespondenten aus, stellen aber nur knapp 20 Prozent der Briefe. Je 5 bis 10 Briefe entfallen auf 25, je 11 bis 25 auf weitere 28 Partner. Zwischen 80 und 200 Briefen umfassen die Kontingente von Droysens politischen Freunden Max Duncker, Karl Philipp Francke, Heinrich (von) Sybel und Moritz Veit, dem wichtigsten seiner Verleger. Die umfangreichsten Korrespondenzen führte Droysen mit seinem Sohn Gustav (222) und seinem Jugendfreund und Kollegen Wilhelm Arendt (231).¹² Berücksichtigt man die Tatsache, dass Gustav Droysens Briefe nicht erhalten, aus den Antworten seines Vaters aber gut zu erschließen sind, dann rückt diese Korrespondenz mit etwa 440 Stücken an die erste Stelle. Auf die letztgenannten sechs Personen entfallen etwas über 40 Prozent des Briefwechsels.

12 Christiane Hackel auf ihrer website (wie Anm. 10) nennt für Gustav Droysen 214, für Arendt 222 Briefe. Zählfehler in meiner Rechnung, etwa bei Arendt durch unerkannte Dubletten, kann ich nicht ausschließen.

3. Verteilung nach Sozialstruktur und Bezug zu Droysen

Die innere Vielfalt von Droysens Korrespondenzen wird am besten deutlich, wenn man sie nach Personengruppen ordnet. Dabei soll zum einen die gesellschaftliche Zusammensetzung des Kreises wenigstens näherungsweise wiedergegeben, zum anderen ein Rahmen für die Ordnung des Briefwechsels nach Themen geschaffen werden. Eine systematische, statistisch schlüssige Abbildung der damaligen gesellschaftlichen Schichtung ist von einem solchen Versuch schon deshalb nicht zu erwarten, weil sich die Gruppen, die ich hier bilde, zum Teil erheblich überschneiden, sich also nicht zu hundert Prozent addieren lassen. Für einen großen Teil vor allem der Briefpartner mit kleineren Korrespondenzen konnte ich überdies die Lebensumstände nicht mit den gängigen biographischen Hilfsmitteln, sondern nur aus den Briefen selbst ermitteln. Eine Verlegenheitskonstruktion ist vor allem die Gruppe der „aktiven Politiker“: Parlamentarier und Amtsträger von Bürger- und Wählervereinen. Bei einigen dieser Personen fehlen mir Daten, um sie anderen Gruppen zuzuordnen, ihre Zugehörigkeit zum Besitz- und Bildungsbürgertum kann ich also nur vermuten. Bei den liberal-konservativen politischen Freunden Droysens, um die es sich handelt, ist sie allerdings wahrscheinlich. Auch die Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen bringt Probleme, denn politisch aktive oder wenigstens interessierte Freunde hatte Droysen in großer Zahl auch unter den Kollegen, etwa Max Duncker oder Heinrich Sybel, unter Herausgebern und Verlegern, etwa Moritz Veit, schließlich in Verwaltung und Militär, wie der ehemalige Oberpräsident von Ost- und Westpreußen Theodor von Schön.

Droysens Briefpartner sind zunächst eine Männergesellschaft: Von den 365 Personen sind nur 20 Frauen, also knapp 6 Prozent, überwiegend Verwandte sowie Ehefrauen persönlicher und politischer Freunde, aber auch Witwen oder Töchter von Männern, deren Nachlässe für Droysens Forschungen bedeutend waren, und Fürstinnen, denen er seine Werke widmete.

Ähnlich klein ist mit 19 Personen die Gruppe der ausländischen Partner. Hierzu rechne ich auch die Schweizer sowie – ungenau – die Österreicher schon vor 1866. Dabei spielt mit, dass der Altmeister der tschechischen Geschichtsschreibung František Palacký mit immerhin 22 Briefen von und an Droysen hierhin gehört, der einzige Slave unter den Korrespondenten.¹³ Etwa die Hälfte der ausländischen Briefpartner sind Briten oder US-Amerikaner, die Korrespondenzen sind aber durchweg deutsch.

13 Vgl. Wilfried Nippel: Droysen in internationaler Perspektive. In: Klaus Ries (Hrsg.): Johann Gustav Droysen. Facetten eines Historikers. Stuttgart 2010, S. 197–224, hier S. 211–222.

Droysen korrespondierte faktisch ausschließlich mit Angehörigen der Führungs- und der gehobenen Bildungsschicht seiner Zeit. Angehörige von Fürstenhäusern machen mit 20 Personen nicht ganz 6 Prozent der Briefpartner aus. Die Hohenzollern dominieren, aber auch die kleinen thüringischen Fürstenhäuser sind gut vertreten. 69 Personen oder etwa 18 Prozent gehören zum Adel. 120 Professoren verschiedener Disziplinen bilden mit etwa 33 Prozent die größte Gruppe, davon sind 71 oder knapp 20 Prozent der Gesamtzahl Fachkollegen im weiteren Sinne des Wortes: Historiker und Altertumswissenschaftler, deren Unterteilung in Althistoriker, Philologen, Archäologen und andere ja damals erst im Entstehen begriffen war. Bildungsnahe, ein Studium voraussetzende Berufe wie Archivar, Bibliothekar, aber auch Anwalt oder Pfarrer übten 68 oder knapp 19 Prozent der Briefpartner aus. Professoren oder Angehörige der Bildungsberufe waren auch die 27 seiner Schüler, mit denen Droysen korrespondierte, knapp 7 Prozent der Gesamtzahl.

Gesondert ausgezählt habe ich die 55 Personen oder rund 15 Prozent der Briefpartner aus Verwaltung und Justiz vom Ministerpräsidenten bis zum pensionierten Landrat. Dabei sind die „Schreibtischsoldaten“ aus dem preußischen Kriegsministerium und anderen militärischen Verwaltungsstellen mitgerechnet. Die „Restmenge“ von „aktiven Politikern“ umfasst 33 Personen oder etwa 9 Prozent, neben Weggefährten aus der Zeit der holsteinischen Erhebung vor allem Abgeordnete der Paulskirche sowie Korrespondenten aus Droysens Wahlkreis von 1848. Droysen bezeichnet den inneren Zusammenhalt dieses Kreises gelegentlich als „Partei“.

Ich übernehme diesen Begriff in dem Bewusstsein, damit eine von heutigen Gegebenheiten merklich verschiedene Form von politischer Zusammenarbeit zu bezeichnen: Organisation durch förmliche gewählte Amtsträger, womöglich mit besoldetem Büropersonal, sucht man vergebens; es handelte sich um Gruppen von Besitz- und Bildungsbürgern, deren Zusammenhalt auf dem Bewusstsein von gemeinsamen Zielen und Überzeugungen beruhte. Dem Meinungsaustausch diente außer der Korrespondenz vor allem die politische Publizistik in periodisch erscheinenden Schriften, deren Redakteure diesen „Parteien“ häufig angehörten oder nahestanden. Wo dazu Anlass bestand, sprach man immerhin Kandidaturen für Wahlen ab und organisierte Wahlkämpfe, vor allem durch politische Versammlungen. In den Parlamen-

ten traten die Angehörigen solcher Gruppen durchaus schon als Fraktionen auf.¹⁴

Die publizistischen Berufe: Verleger, Herausgeber, Redakteure sowohl von politischen als auch von Fachorganen sind mit 31 Personen oder reichlich 8 Prozent vertreten. Mit 80 Briefen gehört hierhin die Korrespondenz mit Moritz Veit, Droysens politischem Freund und Verleger seiner „Geschichte der preußischen Politik“ (GPP). Auch auf Vater und Sohn Perthes, Verleger der althistorischen Arbeiten, entfallen 35 Briefe. Zu anderen Bereichen des Geschäftslebens gehören nur 6 Briefpartner. Dem Militär gehören unter Droysens Briefpartnern über die oben erwähnten „Bürosoldaten“ hinaus noch 28 Personen oder knapp 8 Prozent an, durchweg Offiziere. Dichter und Schriftsteller, bildende Künstler und Musiker sind 22 Personen oder etwas über 6 Prozent.

Zum Rahmen der inhaltlichen Untersuchung des Briefwechsels gehört schließlich der gut erkennbare Kreis der Verwandten und privaten Freunde. Letztere stammen durchweg schon aus seinen Jugend- und Studienjahren. Es handelt sich bei ihnen um 11, bei den Verwandten um 13 Personen, zusammen rund 6 Prozent.

Zunächst die Verwandtschaft: Bruder und Schwestern, die beiden Ehefrauen, die Kinder, die Familie der ersten Frau. Dass Briefe der Ehefrauen oder solche an diese nicht bekannt sind, erklärt sich zunächst daraus, dass zu derartigen Schreiben nur selten Anlass bestand, weil sich das Ehepaar normalerweise täglich sah. Es spielt aber auch die oben geschilderte Überlieferungsgeschichte des Nachlasses mit: Solche Briefe wurden entweder überhaupt nicht aufgehoben oder gelangten nicht in den Bestand, aus dem schließlich der Nachlass Droysens wurde. Anzeichen für rege Korrespondenz innerhalb der Familie bieten Droysens Briefe an den Sohn Gustav: Viele davon sind Postskripte oder Beilagen zu Schreiben von Droysens zweiter Frau, die sich offenbar mit dem Stiefsohn sehr gut verstand, soweit ein nur einseitig überlieferter Briefwechsel das erkennen lässt. Auch Briefe von Schwester Marie oder Bruder Hans an Gustav sind erwähnt, ebenso die Korrespondenz mit Droysens Tochter Anna und deren Ehemann, dem Königsberger Philologen Henri Jordan, die mir nicht vorlag.

Die Briefe Droysens an seinen ältesten Sohn Gustav bilden ein erkennbar von diesem angelegtes Konvolut von reichlich 220 Stücken, das heute in der

14 Die Beiträge der gängigen Nachschlagewerke sind primär gegenwartsbezogen und zur Entstehungsgeschichte der politischen Parteien sehr knapp. Am ehesten brauchbar M.Du. (Maurice Duverger) und die Hrsgg. in *Encyclopedia Britannica/Macropedia* 14, 1974, S. 677-684. Vgl. auch Hans Fenske: *Deutsche Parteiengeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Paderborn 1994, Thomas Nipperdey: *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*. Düsseldorf 1961.

Universitätsbibliothek Halle ruht.¹⁵ Es beginnt mit einigen Blättern Exzerpten aus Quellen und Darstellungen zu den gemeinsamen fachlichen Interessengebieten von Vater und Sohn, die ersten Briefe gingen 1854 nach Altenburg, wo Gustav ein Gymnasium besuchte. Die Korrespondenz zog sich mit Unterbrechungen durch die Jahre, das letzte Schreiben verfasste Droysen am 29. Mai 1884, drei Wochen vor seinem Tod.

Der Briefwechsel Droysens mit seiner unverheirateten Schwester Mathilde liegt heute in der Universitätsbibliothek Jena. Er umfasst immerhin 32 Briefe. Von und an Droysens Tochter Marie Hübner sind am gleichen Ort 18 Briefe überkommen, einige aus Marias Kindertagen. Rudolf Hübner nahm in seine Edition des Briefwechsels vier der ersteren, acht der zweiten Stücke auf.¹⁶ Schließlich gehören hierhin zehn Briefe an und von drei Angehörigen der Familie Friedländer, aus der Droysens erste Frau stammte.

Eine Schlüsselfigur unter den 11 Freunden und Bekannten Droysens aus Kinder-, Jugendzeit und Studium ist der Komponist Felix Mendelssohn Bartholdy mit 30 Briefen, die Gustav Droysen schon 1902 veröffentlichte.¹⁷ Droysen finanzierte sein Studium als Hauslehrer des nur ein Jahr jüngeren Felix und blieb darüber hinaus mit ihm verbunden, er korrespondierte auch mit dessen Verwandtschaft. Zu den wohlhabenden assimilierten und getauften jüdischen Familien des damaligen Berlin und damit zu den Bekannten der Mendelssohn Bartholdys gehörten auch die oben erwähnten Friedländer. Droysens Kontakt zu ihnen entstand wahrscheinlich über Gottfried Friedländer, dem er um 1831 als Kustos der Königlichen Bibliothek begegnete. Dessen Vater Benoni, Kaufmann, Autographen- und Münzsammler war der Großvater von Droysens erster Ehefrau Marie, geb. Mendheim; nach deren Tod 1847 nahmen dieser und seine Frau Droysens Kinder bis zu dessen zweiter Heirat bei sich auf.

Droysen nahm in seiner frühen Berliner Zeit am geselligen Leben beider kulturell lebhaft interessierter Familien teil. Aus dem Umfeld der Friedländer stammen von den Briefpartnern die Maler Eduard Bendemann mit 20 und Julius Hübner mit 6 Briefen. Hübners Sohn Emil heiratete Droysens

15 Wie Anm. 8.

16 Zu Mathilde vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1, 38, 1288, 1295 u. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 2-4, zu Marie Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 284, (1848), Nr. 1297-99 (1810, 1813-14) u. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 15. Zum Folgenden vgl. Christiane Hackel/Katja Wannack: Johann Gustav Droysens Exlibris. Eine Spurensuche in seinem Familien- und Freundeskreis. In: *Historie und Historik. 200 Jahre Johann Gustav Droysen. Festschrift für Jörn Rüsen zum 70. Geburtstag*. Köln 2009, S. 130–157.

17 Ursprünglicher Druck im Jahrgang 28 der Deutschen Rundschau, von Hübner übernommen in seine Edition Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7.). Diese ursprüngliche Publikation enthält die Nachricht über die sonst nicht belegte Hauslehrertätigkeit Droysens. Bedenken dazu äußert Christiane Hackel in: *Philologe – Historiker – Politiker. Johann Gustav Droysen 1808 – 1884. Ausstellungskatalog*. Berlin 2008, S. 103 f.

Tochter Marie. Der Sohn Rudolf aus dieser Ehe wurde zum Herausgeber des Droysen-Briefwechsels. Über Mendelssohn Bartholdy dürfte der Kontakt zu dem späteren Gymnasiallehrer Albert Heydemann entstanden sein, der durch 34 Briefe zu den wichtigeren Korrespondenten gehört.¹⁸

Eigener Erwähnung bedarf schließlich der Partner mit dem neben dem Sohn Gustav umfangreichsten Briefwechsel von 231 Stücken: der Kollege Wilhelm Arendt. Droysen kannte ihn aus dem Studium, ein Brief von 1831 ist überliefert, dann brach der Kontakt ab, weil sich Arendt nach dem Examen der katholischen Kirche zuwandte und schließlich eine Professur in Leuven erhielt. Auf Initiative von Arendt wurden Bekanntschaft und Briefwechsel 1843 erneuert und dauerten bis zu Arendts Tod 1865. Von der menschlichen Seite dieser Situation soll weiter unten noch die Rede sein.

IV. Themen

1. Politik

Beherrschendes Thema der Korrespondenzen ist die Politik. Einzelheiten hierzu sind vorrangig den umfangreicheren Korrespondenzen Droysens zu entnehmen – auch über die „aktiven Politiker“ unter den Briefpartnern hinaus; die vielen kleineren Briefwechsel werden nur ergänzend herangezogen, sie bestätigen per saldo die Ergebnisse.

Der politische Zweck der Briefe ist zunächst offenbar, teils ausgesprochen, der Austausch von Informationen. Droysen leitet Partien aus Schreiben seines Jugendfreundes Arendt aus Leuven oder Brüssel wörtlich, teils unter Nennung des Urhebers oder Bezeichnung der Herkunft, an andere Briefpartner weiter. Erklärbar ist dies aus dem Informationsvorsprung, den Arendt bezüglich der internationalen Beziehungen durch seine guten Beziehungen zum belgischen Königshof hatte. Arendt seinerseits spricht mehrmals offen aus, dass er im Informationsaustausch den Hauptzweck des Briefwechsels mit Droysen sieht und erwartet, aus den Verbindungen seines Freundes zum preußischen Königshof Nutzen zu ziehen, zeitweise offenbar zu Recht. Nach Droysens Weggang aus Jena bittet ihn auch der weimarische Minister Watzdorf um Informationen aus Berlin. Bei alledem wird erkennbar, dass die Briefpartner nur begrenztes Vertrauen in die Wahrung des Briefgeheimnisses haben. Arendt zum Beispiel schreibt gelegentlich französisch, – offenbar, um Unbefugten das Verständnis seiner Mitteilungen zu erschweren.¹⁹

18 In Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7) sind 15 Stücke aus den Jahren 1829-1845 abgedruckt.

19 Zum Beispiel Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 827.

Der Sachbezug der politischen Mitteilungen hindert die Schreibenden nicht an lebhaften, mit dem Inhalt eng verknüpften Wertungen. Droysens Briefe sind in dieser Hinsicht seinen politischen Schriften sehr ähnlich. Innerhalb des konservativ-liberalen Kreises sind Gemeinsamkeiten des politischen Urteils, aber auch Nuancen erkennbar. So hat Arendt wiederholt Gelegenheit, die Erwägungen Droysens als Wunschdenken zu kennzeichnen und an den Tatsachen zu messen, – normalerweise zu Recht. Die Bekannten Droysens aus der Zeit der schleswig-holsteinischen Erhebung sind erkennbar am abfälligen Urteil über Dänemark und seine Politik, das bis zur Gehässigkeit reicht.

Eigenheiten des politisch bestimmten Briefwechsels aus den Jahren 1848/49 ergeben sich aus Droysens Rolle als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung. Nicht nur Freunde wie Arendt wünschten, über die Beratungen informiert zu werden, dabei ging es vor allem um die Reichsverfassung und die Erbkaiserfrage. Der Kommission, die Wilhelm IV. zur Annahme der Kaiserwürde bewegen sollte, gehörte Droysen nicht an, er unterstützte jedoch diesen Versuch durch Briefe vor allem an den ihm bekannten Dichter August Kopisch, der als Kunstbeirat im Hofmarschallamt ein Günstling des Monarchen war und diesen zu beeinflussen versuchen sollte. Die Antworten lassen nicht nur die ablehnende Haltung Friedrich Wilhelms IV. vorweg erkennen, sondern auch die Reserve Kopischs.²⁰ Im Briefwechsel Droysens mit den holsteinischen Freunden geht es auch um die Pläne einer schleswig-holsteinischen Verfassung und um das innere Leben des Landes überhaupt; Droysen genoss erkennbar den Ruf eines Fachmanns in Bildungsfragen.²¹ In der Korrespondenz mit Sybel war die hessische Verfassung Thema.²² Es sind auch eine Reihe von Briefen an Droysen aus seinem holsteinischen Wahlkreis überliefert, in denen ihm das Eintreten für manchmal recht konkret örtlich bestimmte Themen nahegelegt wird. Wichtigster solcher Korrespondent ist mit 22 Briefen der Jurist Christian Petersen. Aus seinen Briefen lassen sich die nicht überlieferten gelegentlichen Antworten Droysens erschließen.²³

Für das Persönlichkeitsbild Droysens aufschlussreich sind seine Briefe aus der Frankfurter Zeit an persönliche Freunde, in denen er sich recht deutlich selbstkritisch über seine geringe Risikobereitschaft und dadurch bedingte mangelnde Eignung als Politiker äußert. Man kann in Abwandlung eines bekannten Bismarckzitats das Geheimnis erfolgreicher Politik in der Fähigkeit erblicken, das soeben erst oder gerade noch Mögliche zu erkennen und

20 Vgl. ebd., Nr. 297, 301, 304, 311, 317.

21 Vgl. ebd., Nr. 313 u. 323 u. Arendt an Droysen. (1849) augLeuven 20, ebd. Nr. 361.

22 Vgl. ebd., Nr. 315-320.

23 Hübner druckt in Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7) nur zwei dieser Briefe (Nr. 260 u. 288), die übrigen befinden sich im Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 7-9.

zu tun, dass ihm dieses Talent abging, wurde Droysen in seiner Frankfurter Zeit klar; die widerwillige Zustimmung zum Waffenstillstand von Malmö dürfte das Schlüsselereignis gewesen sein.²⁴

Ein relativ wichtiger Aspekt des Briefwechsels unter den politischen Freunden ist die oben erwähnte Tatsache, dass diese Männer sich als „Partei“ verstehen, sich über Personalfragen austauschen, Wahlkämpfe und ihre politische Publizistik organisieren. Abgrenzung von den als „Junker“ bezeichneten Konservativen einerseits, aber auch von der meist pauschal so bezeichneten „Linken“ wird gelegentlich deutlich. Bis in die fünfziger Jahre zeigt der Briefwechsel Droysen als gesuchten Autor und potentiellen Redakteur oder Herausgeber.²⁵

Seine bewusste Entscheidung, sich aus dem Tagesgeschäft einschließlich Parlamentsmandaten zurückzuziehen und politische Wirksamkeit nur mehr über Publizistik, vor allem durch seine historischen Veröffentlichungen anzustreben, rechtfertigt er den Freunden gegenüber. Die Briefwechsel, vor allem derjenige mit Francke, zeigen aber weiterhin Droysens Anteilnahme am Gedeihen „seiner Partei“ und an der angemessenen öffentlichen Vertretung der gemeinsamen Auffassungen und Ziele. Dabei wird seit dem Regierungsende und Tod Friedrich Wilhelms IV. bei Droysen die für die gesamte national-liberale „Partei“ beobachtbare Wendung zur „Realpolitik“ mit Betonung der Notwendigkeit staatlicher Macht besonders deutlich, – bis hin zu abfälligen Äußerungen über die Parteifreunde im preußischen Abgeordnetenhaus während des „Neuen Kurses“.²⁶ Im Heereskonflikt von 1861–62 hält Droysen einen Kompromiss für notwendig, aber auch möglich, sein anfangs negatives Urteil über den „Junker“ Bismarck weicht schon früh einer positiven, sehr bald enthusiastischen Einschätzung von dessen Politik: Droysen erkennt an Bismarck die Fähigkeit zu entschlossenem Handeln bei richtiger Einschätzung der Risiken, die er am eigenen Wirken in der Politik vermisste.²⁷

Im Kontext der politischen Publizistik steht auch Droysens Briefwechsel mit Karl Samwer. Der Kieler Anwalt, seit 1850 Professor an der dortigen Universität, gehörte zu den Trägern der holsteinischen Erhebung von 1848

24 So z.B. Droysen an Arendt. 1848 Aug. 10. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 281. Zum Folgenden: Die wichtigsten dieser Freunde sind in alphabetischer Reihenfolge: Gustav v. Below, Theodor Bergk, Max Duncker, Dietrich Rudolf Ehmck, Karl Philipp Francke, Justus v. Gruner, Albert Gustav Heydemann, Theodor Mommsen, Karl Wilhelm Nitzsch, Justus Olshausen, Friedrich Christoph Perthes, Wilhelm Rossmann, Karl Samwer, Heinrich Theodor v. Schön, Moritz Seebeck, Heinrich v. Sybel, Heinrich v. Treitschke, Moritz Veit, Georg Waitz.

25 Vgl. Droysens Briefwechsel mit Francke, Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 654, 655, 670, 671, Droysen als potentieller politischer Publizist etwa bei Baumgarten, Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), 379, 405, 440; zum Partei-Begriff vgl. oben Anm. 14.

26 So etwa in Briefen Droysens an Arendt in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 734, 783, 785.

27 Vgl. ebd., Nr. 1105, 1175, 1180 u. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 17, 18.

und war publizistisch in diesem Sinne tätig. Gemeinsam mit Droysen verfasste er eine Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks im 19. Jahrhundert.²⁸ Das Werk, eine ausgeprägt parteiische Streitschrift, war der Hauptgegenstand der Korrespondenz. Getreu seiner Absicht, mit dem Briefwechsel seines Großvaters die Fortführung von dessen Biographie zu ersetzen, nahm Hübner nur die Briefe Droysens auf. Die in Jena ruhenden Briefe Samwers lassen diesen als die eigentlich treibende Kraft bei Entstehung und Publikation des Buches erkennen,²⁹ – ein Beispiel für die Fragwürdigkeit von Hübners Verfahren.

Samwer wurde 1852 von den Dänen aus seinen Ämtern entlassen. Er fand eine neue Tätigkeit im Dienst Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha als Bibliothekar in dessen Residenz. Seine Korrespondenz mit Droysen endete mit dem Erscheinen und der Verbreitung der „Herzogthümer Schleswig-Holstein“.

Unter den Themen der politischen Korrespondenzen haben insgesamt die internationalen Beziehungen einen deutlichen Vorrang gegenüber inneren Angelegenheiten Deutschlands und seiner Teilstaaten. Droysen und seine Freunde sahen offenkundig das wichtigste Problem in der Schaffung der deutschen Einheit, die sie nach den Erfahrungen von 1848/49 deutlich als Thema zwischenstaatlicher Machtpolitik wahrnahmen. Dabei lässt sich bei Droysen und seinen Freunden aus der Zeit der schleswig-holsteinischen Erhebung eine „Kieler Perspektive“ beobachten, nämlich die Bereitschaft, alle Veränderungen der internationalen Konstellation auf Möglichkeiten zur Beseitigung der dänischen Herrschaft abzuklopfen. Sie legen dabei immer wieder massives Wunschdenken an den Tag, Droysen sieht aber andererseits sehr klar die Verbindungen zu den Interessen Großbritanniens einer-, Russland andererseits bezüglich des Zugangs zur Ostsee. Er gehörte in Frankfurt zu den entschiedenen Befürwortern einer deutschen Flotte und nahm gelegentlich den Gedanken einer Wasserstraße von der Nord- zur Ostsee vorweg!³⁰

Seine Darstellung der Ostseepolitik Kurfürst Friedrich Wilhelms in der Geschichte der Preußischen Politik (GPP) lässt sich als Projektion seines

28 Johann Gustav Droysen/Karl Samwer (Hrsg.): Die Herzogthümer Schleswig-Holstein und das Königreich Dänemark. Aktenmässige Geschichte der dänischen Politik seit dem Jahre 1806. Hamburg 1850, Nachdruck Vaduz 1989.

29 Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 13.

30 Droysen an Kronprinz Friedrich Wilhelm (den späteren König und Kaiser Friedrich III.), Berlin, 1864 Aug. 3, in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1189, laut ebd. Anm. 2 „Wohl nicht abgeschickt“. Zum Folgenden bzgl. Ostseepolitik vgl. Opgenoorth, Droysens Geschichte (wie Anm. 2), S. 252, und bzgl. Schleswig Holstein Ernst Opgenoorth: In der Sehnsucht der Nation blieb der ghibellinische Gedanke. Zur Stellung des Mittelalters im Geschichtsbild Johann Gustav Droysens. In: Sabine Happ/Ulrich Nonn (Hrsg.): Vielfalt der Geschichte. Festschrift für Ingrid Heidrich. Berlin 2004, S. 248–262, hier S. 249 u. 253.

Problembewusstseins ins 17. Jahrhundert lesen. Die Schleswig-Holstein-Frage sah Droysen schon 1843 vorrangig unter nationalem Aspekt, die Fragen des dynastischen Erbrechts bezeichnete er gelegentlich als unlösbar³¹ und ließ sich sogar hinreißen, das ihm wie seinen Freunden sonst eher suspekte Instrument der Volksabstimmung zu erwägen. Schon früh erschien ihm der Anschluss der Herzogtümer an Preußen als optimale Lösung.

Beherrschende Themen sind im Übrigen entlang der Chronologie der Krimkrieg, der französisch-österreichische Krieg in Italien, der Sezessionskrieg in den USA, dem vor allem Droysen relativ große Aufmerksamkeit schenkt, schließlich die Politik Bismarcks. Diese wird einmütig als Erfüllung des sehnlichsten Wunsches wahrgenommen, nämlich der Schaffung der deutschen Einheit. Debatten über die anstehenden Verfassungsfragen vermisst man ebenso wie Anzeichen des Bedauerns über die Nichtbeteiligung Österreichs. Überhaupt lässt das Interesse an politischen Themen bei Droysen und seinen Briefpartnern nach 1871 beobachtbar nach.

Gemeinsam ist den Korrespondenten seit etwa 1851 ein negatives Urteil über Napoleon III., dem aggressive Absichten zu Lasten der deutschen Westgrenze, bei Arendt außerdem erklärlicherweise auf Kosten Belgiens, unterstellt werden und den die Freunde – darin Monarchisten – als Usurpator wahrnehmen. Vor allem Arendt äußert sich oft und detailliert zu den inneren Problemen Frankreichs.

Häufig sind auch während der gesamten Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. negative Urteile über die angenommene politische Passivität Preußens. Dabei bleiben aber die Aussagen vor allem Droysens selbst eigentümlich vage, erklärbar wohl aus dem vermutbaren Unbehagen des Monarchisten gegenüber der Möglichkeit, die Tatenlosigkeit Preußens direkt und offen dem König anzulasten. Negative Urteile über diesen finden wir bei Droysen erst in den letzten Monaten Friedrich Wilhelms IV., als dessen Geisteskrankheit offenkundig wurde. Der Holsteiner Francke, seit 1851 in Thüringen lebend, ist da deutlicher.

Von der Gemeinsamkeit der politischen Überzeugungen unter Droysens Briefpartnern gibt es eine wichtige Ausnahme: Theodor von Schön. Der ehemalige Oberpräsident von Ost- und Westpreußen, wichtiger Mitarbeiter Steins bei dessen Reformen und Gegner der schon bald einsetzenden und nach 1813 vorherrschenden Reaktion in Preußen war erkennbar auch für Droysen eine positive Symbolfigur, Verkörperung des modernen, im weiten Sinne des Wortes liberalen Preußen der Reformzeit. Droysen begegnete ihm mit offenkundigem Respekt, er nahm gern die Gelegenheit wahr, Schön 1851 auf seinem Alterssitz im ostpreußischen Arnau zu besuchen; zeitweise schien die Möglichkeit zu bestehen, dass Schön ihm die Auswertung seines

31 Droysen an Sybel, o. O. u. Datum, wohl 1861. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b. 31.

Nachlasses übertragen werde. dass es dazu dann doch nicht kam, liegt wohl hauptsächlich an den Differenzen, die sich aus Schöns Rolle als Informant für Droysens Yorck-Biographie ergaben. Hiervon soll weiter unten die Rede sein. Grundlegender Dissens trat allerdings auch in den politischen Partien des Briefwechsels auf: Schöns Urteil über die Probleme Schleswig-Holsteins beruhte auf seinen Vorstellungen von einem wünschenswerten Gleichgewicht der europäischen Mächte. Die Bedeutung der Ostseezugänge für Russland einer-, England andererseits erforderte in diesem Kalkül ein starkes Dänemark, ohne die Herzogtümer konnte dieser Staat die ihm von Schön zuge dachte Rolle nicht spielen.³² Die nationalen Motive, von denen Droysen und seine Freunde sich leiten ließen, traten bei Schön in den Hintergrund. Droysen ließ diese Argumente auf sich beruhen, der Gegensatz wurde nicht ausdiskutiert.

2. Wissenschaft

2.1. Kollegen

Fast so umfangreich wie die Politik ist unter den Themen von Droysens Briefwechsel seine Tätigkeit als Forscher und akademischer Lehrer. Auffällig ist dabei der große Anteil der Altertumswissenschaften nicht nur in der Zeit als junger Berliner Privatdozent vor der Berufung nach Kiel, sondern auch in späteren, vor allem den letzten Jahren seines Lebens.

Entgegen der heute vorherrschenden Wahrnehmung Droysens als „kleindeutscher“ Geschichtsschreiber Brandenburg-Preußens verstand er sich offenbar zeitlebens auch als Althistoriker.

Ein wesentlicher Zweck des Briefwechsels mit Fachkollegen bestand im Austausch von Veröffentlichungen. Das gilt für wichtige Partner wie Arendt oder Sybel, aber auch für viele der rund 70 Kollegen einschließlich einiger seiner Schüler, die mit Droysen korrespondierten. Auch der Verleger Moritz Veit, der selbst Bücher schrieb, gehört ebenso hierhin wie der Major Eduard von Fransecky aus dem Großen Generalstab, mit dem Droysen über die Erlaubnis zur Benutzung des Preußischen Heeresarchivs im Kontakt stand und der selbst über Themen aus den Befreiungskriegen forschte.³³

Schließlich diente der oben erwähnte Briefwechsel Droysens mit Angehörigen von Fürstenhäusern und preußischen Ministern hauptsächlich dem Versand seiner Veröffentlichungen. Die Resonanz dieser Gruppe reichte von

32 Vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 239, 242, 448, 477, 479, 488.

33 Briefwechsel Droysens mit Fransecky vor allem im Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 22. Zum Folgenden Nachlass Berlin (wie Anm. 5) 92.

kurzen und formelhaften, wahrscheinlich von Sekretären verfassten Dankschreiben bis zu individuellen, auf Details eingehenden Würdigungen, wie sie offenbar Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Friedrich III., oder Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg selbst diktieren oder schreiben; der Herzog empfahl Droysen gelegentlich auch Abiturienten aus seinem Herrschaftsgebiet zum Geschichtsstudium. Eigenhändig schrieb 1859 der Herzog von Oldenburg. Dies tat 1870 auch Preußens Kultusminister Heinrich von Mühlher. Er antwortete gleichzeitig auf ein längeres Schreiben Droysens mit Vorschlägen zur Gestaltung des Geschichtsunterrichts an Schulen.

Eine Kuriosität aus diesem Bereich ist ein Kanzleischreiben Friedrich Wilhelms IV. von 1847. Droysen hatte den zweiten Band seiner „Freiheitskriege“ auch dem König zugesandt, erwarb sich aber damit – anders als mit dem ersten Band – keinen Dank, sondern erhielt das Buch zurück. Der König nahm die abfälligen Aussagen Droysens zur Heiligen Allianz als Verunglimpfung seines Vaters und Vorgängers wahr und lehnte das Geschenk ab! Dabei bescheinigte das Schreiben Droysen ausdrücklich die Freiheit der Meinungsäußerung zu den fraglichen Themen³⁴.

Mit dem Versand von Veröffentlichungen verbanden sich in den größeren Korrespondenzen auch der inhaltliche Meinungsaustausch und die wechselseitige Unterstützung in Forschungsfragen. Kontroversen zu Detailproblemen finden sich vor allem im Briefwechsel mit Altertumswissenschaftlern in den Jahren vor dem Ruf Droysens nach Kiel. Aber noch 1876 erbat Droysen offenbar für die Überarbeitung seines „Hellenismus“ den Rat des Königsberger Geographen Auwers zur geographischen Breite und zur Dauer des längsten und kürzesten Tages in Gaza.³⁵ Rezensionenähnliche Stellungnahmen zu den Publikationen gab es insbesondere zwischen Arendt und Droysen; den Freund im Falle von Band 1 der „Geschichte der Preußischen Politik“ zur Veröffentlichung eines solchen Textes zu bewegen, gelang Droysen indessen nicht, auch eine geplante Sammelrezension Arendts über deutsche Historiker kam nicht zustande. Rat und Hilfe Droysens nahm Arendt in Anspruch für seine Forschungen zur Rolle von Flamen bei der mittelalterlichen deutschen Besiedlung der Mark Brandenburg. Droysen bat Arendt um Auskünfte über Brüsseler Archivalien zur Geschichte von Kurfürst Albrecht Achilles, Arendt seinerseits erbat Literaturangaben für eine Untersuchung seines Kollegen Gachard über den Tod des Don Carlos. Auch über die Situation ihrer

34 Friedrich Wilhelm IV. an Droysen, 1847, Mai 8., Potsdam, in: Nachlass Berlin (wie Anm. 5) 92.

35 Auwers an Droysen. 1876 Juli 25 (Königsberg?), Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 38.

Studenten in Leuven und Berlin tauschten Arendt und Droysen sich aus.³⁶ Vergleichbar im Hinblick auf die Diskussion über die Publikationen bis hin zur wechselseitigen Kritik ist der Briefwechsel zwischen Droysen und Sybel.³⁷

Eine Kuriosität aus Droysens späten Lebensjahren gehört hierhin: Der Sekretär der Mathematisch-Physikalischen Klasse der Berliner Akademie, der Physiologe Emil Du Bois-Reymond, forschte zu medizinhistorischen Themen des 18. Jahrhunderts, stellte Droysen Fragen hierzu und bat ihn schließlich, ihn im Vorwort einer Publikation als Helfer nennen zu dürfen.

Zum Austausch unter Kollegen gehörten auch Informationen bis hin zu Gerüchten über wirklich oder vermeintlich bevorstehende Rufe nicht nur an die Briefpartner, sondern auch an Dritte. Dabei fällt aus heutiger Sicht auf, wie sehr dabei das jeweilige Ministerium als entscheidende Instanz gesehen wird; von der Haltung der beteiligten Fakultäten ist normalerweise nicht die Rede.³⁸

Die Beschaffung von Quellen und anderen Informationen für seine Veröffentlichungen macht einen anderen, wesentlichen Teil von Droysens fachbezogenem Schriftwechsel aus. Das gilt zunächst in den späten vierziger Jahren für die 1851 erschienene Yorck-Biographie. Sie betrifft ja, um die bekannte Definition von Hans Rothfels für Zeitgeschichte zu zitieren, die „Epoche der Mitlebenden“.³⁹ Das versetzte Droysen in die Lage, mit solchen

36 Vgl. im Einzelnen zur Rezension der „Preußischen Politik“ und zu den flämischen Kolonisten Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 845 f. zur Sammelrezension Arendts ebd. Nr. 886, 889, 936, 949. Zu den Akten über Albrecht Achilles ebd., Nr. 780 f., zur Literatur für Gachard ebd., Nr. 786. und zu Studenten ebd., Nr. 864, 883, 886, 889.

37 Vgl. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b, 22–44 passim, zu Du Bois-Reymond ebd. 2 b, 40, 45.

38 Was Nippel (wie Anm. 2), S. 262–268 über die Berufung Droysens nach Berlin schreibt, ist also weniger auffällig, als es bei Nippel erscheint. Wichtige Themen zu diesem Zusammenhang sind die nicht zustande gekommene Berufung Droysens nach Tübingen, vgl. Droysen an Arendt, Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 862, 864), sein Ruf nach Berlin und die erfolglosen Bestrebungen, Georg Waitz im Zuge seiner Ernennung zum Präsidenten der Monumenta Germaniae Historica 1872 nach Berlin zu ziehen, vgl. ebd., Nr. 1235; Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 35.

39 Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 1–8, hier S. 2.

Mitlebenden oder mit deren Angehörigen und Erben in Verbindung zu treten.⁴⁰

Wichtigstes Beispiel dafür sind die 47 Briefe an und von Theodor von Schön, in denen es noch vor politischen Fragen hauptsächlich um den „Yorck“ geht. Auch der oben erwähnte Besuch Droysens bei Schön in Arnau 1851 diente offenbar diesem Thema.⁴¹ Der Briefwechsel war auch in diesem Punkt kontrovers. Die wohlwollende Sicht Droysens machte sich der frühere Oberpräsident nicht zu Eigen. Vergebens erinnerte ihn Droysen daran, dass er Yorck zu Zeiten ihres gemeinsamen Kampfes gegen Napoleon günstiger beurteilt habe. Schöns Skepsis erregte insbesondere, dass Droysen die Familienlegende der Yorcks über ihre schottische Herkunft zwar als eine solche bezeichnete, sie dann aber übernahm. In diesem Dissens liegt wahrscheinlich der Grund dafür, dass Schön seine zeitweise offenbar bestehende Absicht schließlich doch nicht verwirklichte, Droysen die Auswertung seines Nachlasses zu übertragen.⁴² Ob die Begegnung der beiden in Arnau als Zeugenbefragung im Sinne heutiger zeitgeschichtlicher Forschung gelten kann, lässt sich den Briefen nicht entnehmen. Auch in den übrigen Korrespondenzen zu Thema Yorck fehlt es an Hinweisen auf solche an sich zu vermutende Gespräche.

Erkennbar ist dagegen, dass Droysen auf mehrere Nachlässe von Zeitgenossen aufmerksam wurde und mit deren Besitzern korrespondierte. Dabei kehrte sich in einigen Fällen die Interessenlage um: Die Erben erwogen, solche Nachlässe ganz oder teilweise zu veröffentlichen, und baten Droysen mit unterschiedlichem Erfolg um Rat und Unterstützung dabei. In diesen Zusammenhang gehören auch Bemühungen um Zugang zum Nachlass Hardenbergs. Dabei schaltete Droysen seinen Bruder Karl ein, der nicht weit von Neuhardenberg wohnte.⁴³

- 40 Im Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) sind in alphabetischer Reihenfolge Anfragen dazu ergangen an: – Auerswald, 1851–52, ebd. 2 a 20: – Bardeleben, 1851, ebd. – Below, 1851–52, ebd. 2 a 20–21.; (5 Briefe betr. Yorck). – Cosel, 1850–52, ebd. 2 a 18 (Brief Aegidi). – Carl Droysen, 1848, ebd. 2 a 6 – Fransecky, 1851–52 ebd. 2 a. 20–21. – Gerwien, 1848, ebd. 2. a. 13 (Materialien Yorck). – Henckel v. Donnersmark, 1847–48, ebd. 2 a 12–13 (Knesebeck). – Honcken, 1850–51, ebd. 2 a 18, 20. – Luczynski, (Jugendfreund), ebd. 2 a 20. – Philipp, 1850, ebd. 2 a 7 (Suche nach Testament von Yorck). – Ratzeler, 1853, ebd. 2 a 7. – Georg Friedrich v. Raumer, 2 Regesten 1851, ebd. 2 a 7 (Archivrat Röhn bezüglich Familie Yorck). – Yorck junior, 1847–48, 1850–51, ebd. 2 a 12–13, 1850–51. Dazu Natzmer, 1871, zweimal 1876, abgedruckt in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1231, 1251, 1252.
- 41 2 Billets von Schön an Droysen, 1851 April 23 und 28 Preußisch Arnau wegen des geplanten Besuchs, das zweite mit 4 Anlagen, Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a. 20. Weitere Korrespondenz zwischen Februar und Dezember 1851 ebd. und in Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), besonders Nr. 500, 501, 510.
- 42 Vgl. hierzu den Briefwechsel mit Veit in Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr., 865, 866 und Teilnachlass Jena (wie Anm. 6), 2 b 12.
- 43 Droysen an Karl Droysen, 1852 Sept. 17. – 1853 Dez. 31 u. 1855 Nov. 4. in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 630 f., 651, 657 u. 698.

Das andere große Thema von Korrespondenz zur Ermittlung und Beschaffung von Quellen und anderen Informationen ist die „Geschichte der Preußischen Politik“, insbesondere die Suche nach politischen Schriften Friedrichs II. und über Preußen in dessen Regierungszeit. Im Briefwechsel mit dem Sohn Gustav, dessen Zugang zur Universitätsbibliothek Göttingen Droysen sich zunutze macht, spielte dieses Thema 1868 eine Rolle; aber auch an seinen Schüler, den Senator Ehmck in Bremen, oder an den Kölner Stadtarchivar Leonhard Ennen richtete Droysen Anfragen hierzu.⁴⁴

Andererseits erreichten Droysen auch Bitten um Hilfe in Fachfragen, meist bei geplanten historischen Veröffentlichungen von Amateuren. So wandte sich 1881 der Berliner Prediger Müllensiefen an ihn wegen einer Dame, die eine Biographie der Königin Luise zu schreiben beabsichtigte.⁴⁵ Eine Kuriosität sei hier erwähnt: Ein Angehöriger der Familie Danckelman fragte nach der Erfolgsaussicht bei einem eventuellen Versuch, für die Enteignung seines als Erzieher und zeitweise führender Berater König Friedrichs I. 1697 berühmt gewordenen Vorfahren eine Entschädigung zu verlangen. Droysens Antwort war negativ.⁴⁶

Der Meinungsaustausch mit Herausgebern und Kollegen betraf auch die Planung von Veröffentlichungen wie Droysens Mitarbeit an der Encyclopädie von Ersch/Gruber, das Vorhaben einer Neueren Deutschen Staatengeschichte, das Droysen und Moritz Veit 1844 verfolgten und für das sie vergeblich Dahlmann als publikumswirksamen Herausgeber zu gewinnen bemüht waren. Hierhin gehört auch die Anregung Friedrich Bassermanns von 1850, Droysen möge doch die entscheidende Rolle Preußens für die Einigung Deutschlands historisch begründen, – wie dieser es dann in der „Geschichte der Preußischen Politik“ tatsächlich versuchte. Auch die auf Initiative Droysens seit 1864 erscheinenden „Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ sind hier zu nennen.⁴⁷

Austausch von Publikationen war auch gegenüber den ausländischen Historikern das Hauptthema. Den umfangreichsten Briefwechsel von insgesamt 21 Stücken führte Droysen 1856 bis 1865 mit seinem tschechischen Kollegen František Palacký. Am Anfang stand eine Begegnung der beiden in

44 Droysen an Sohn Gustav, 1868 Dez. 9., Briefe an Gustav (wie Anm. 8), 95. Zu Ehmck J.G. Kohl, Bremer Stadtbibliothek 1875, Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 36, Ennen an Droysen 1878 Jan. 19, Nachlass Berlin (wie Anm. 5).

45 1881 Okt. 17., Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a. 20.

46 2 Briefe Frhr v. Danckelmann (sic!), 1879. Nov. 16, Antwort Droysens 1879 Nov. 22., Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 42.

47 Vgl. zu Ersch/Gruber Droysen an Eduard Meyer, in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 50, 54, 58, 61: 1836, zur „Neueste Deutsche Staatengeschichte“, ebd., Nr. 171, zu Dahlmann, ebd., Nr. 164, 168, zu Bassermann ebd., 437 u. zu „Urkunden und Actenstücke“, ebd., Nr. 1135, 1137, 1205, 1209, 1222.

Dresden. Thema der Korrespondenz war vor allem die Herrschaft des aus der Hussitenbewegung hervorgegangenen tschechischen Königs Georg Podiebrad, den beide als frühes Beispiel einer rein säkularen Staatsauffassung schätzten. Der Zusammenhang mit gemeinsamen politischen Überzeugungen wird erkennbar, wenn Palacký über das Bemühen österreichisch-klerikaler Gegner klagt und sich vom Kontakt mit Droysen eine Gegenwirkung erhofft. Mehrere Schüler Droysens besuchten Palacký, um von seinen Kenntnissen zu profitieren. Der Ton der Briefe ist von freundlichem Respekt bestimmt, über die massiven slawenfeindlichen Aussagen in Droysens Werk schweigt Palacký. Vermutlich führte der preußisch-österreichische Krieg von 1866 zum Abbruch des Briefwechsels.⁴⁸

Die Wirkung dieses Kriegs ist auch spürbar in der kleinen Korrespondenz Droysens mit seinem österreichischen Kollegen Alfred von Arneth. Es liegen nur drei Briefe Arneths vor, einer von 1850, zwei von 1867, Briefe Droysens lassen sich erschließen. Die beiden kannten sich aus der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und erinnerten sich 1850 gern daran. Der Ton im ersten Brief ist freundschaftlich wie unter politischen Verbündeten; Droysen schickt Arneth eine Schrift zum Schleswig-Holstein-Problem. 1867 geht es um eine Fachfrage zu Arneths Edition der Briefe Maria Theresias. Der Ton ist respektvoll, aber deutlich kühler, von 1848 ist nicht mehr die Rede.⁴⁹

Mit 13 Stücken relativ umfangreich war auch die Korrespondenz mit dem französischen Althistoriker Louis Bouché-Leclerc, der sich in den achtziger Jahren um die Übersetzung des „Hellenismus“ in seine Sprache bemühte.⁵⁰

2.2. Schüler

Zu Droysens Rolle als Wissenschaftler gehörte auch der Briefwechsel mit seinen Schülern, der für 18 von ihnen überliefert ist. Bei den Deutschen unter ihnen handelt es sich durchweg um von Droysen promovierte Doktoren, viele mit mehr oder weniger erfolgreichen Karrieren in der Wissenschaft; die beiden Ausländer, der US-Amerikaner Burgess und der Brite de Soyres, wa-

48 Hübner bringt ebd. insgesamt 22 Stücke: vgl. ebd., Nr. 875, 879, 899, 911, 922, 929, 967, 1014, 1199 (Droysen) und Nr. 877, 882, 891, 895, 917, 924, 931, 963, 965, 969, 1070 (Palacký).

49 Nachlass Berlin (wie Anm. 5), 5.

50 Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 40, 44, 45.

ren wohl nur Teilnehmer seiner Lehrveranstaltungen. Burgess schickte allerdings seine Schüler zu Droysen, wenn sie nach Deutschland reisten.⁵¹

Der Umfang der Korrespondenzen mit den Schülern ist sehr unterschiedlich: Manche sind mit nur einem oder zwei Briefen vertreten, Anlass ist mehrmals Droysens 70. Geburtstag 1878, der überhaupt viele Kollegen zu Glückwunschbriefen veranlasste. Zu den umfangreicheren Briefwechseln mit Schülern gehören die insgesamt 21 Schreiben meist von, eines auch an Bernhard Erdmannsdörffer. Sie reichen von 1855 bis 1861, dann wieder von 1873 bis 1880.⁵² Fast so umfangreich ist die Korrespondenz mit dem Bremer Senator und Herausgeber der „Weserzeitung“ Rudolf Ehmck und dem in Kiel, Königsberg und schließlich in Berlin als Historiker tätigen Karl Nitzsch.⁵³

Mit den meisten seiner Schüler korrespondierte Droysen in den Jahren nach ihrer Promotion, nahm Anteil an ihrem Weg in den Beruf, half bei der Publikation ihrer Forschungen und erhielt Exemplare dieser Schriften und Bücher. Gelegentlich bat er auch um Hilfe bei Recherchen am Wohnort eines Schülers. Als fürsorglichen Betreuer erleben wir Droysen vor allem in den Briefen Erdmannsdörffers, dem er schließlich die Herausgabe der frühen Bände der weiter oben erwähnten „Urkunden und Actenstücke“ anvertraute. Auf diese Edition beziehen sich auch die Briefe aus den siebziger Jahren. Ähnlich ist der Briefwechsel mit Heinrich Peter, den Droysen für die niederländischen Dokumente innerhalb der „Urkunden und Actenstücke“ heranzog.⁵⁴

Der Bearbeiter der brandenburgischen Ständeakten im Rahmen dieser Edition, Sigfried Isaacsohn, ist ein Beispiel eigener Art für die Anteilnahme Droysens an den Schicksalen seiner Schüler: Isaacsohn verstarb 1882 unerwartet früh und hinterließ eine kranke und schwangere Witwe. Im Briefwechsel mit Max Duncker erörterte Droysen Möglichkeiten, dieser Frau zu helfen.⁵⁵

Dass der Werdegang der Schüler nicht immer Droysens Absichten entsprach, zeigt das Beispiel Wilhelm Rossmann. Er habilitierte sich 1856 in Jena, nahm dann aber 1860 eine Tätigkeit als Prinzenenerzieher beim Herzog

51 Zu Burgess vgl. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 1, aus den Jahren 1874 bis 1878, sowie Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1250 aus dem Jahr 1876, zu de Soyres, ebd. Nr. 1232, undatiert, wohl 1871..

52 Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 34, 35, 38, 39.

53 Zu Ehmck vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 861, 874, 881, 896; 1856-1860, dann ebd., 1001, 1018, 1057; 1859-1860, dann ebd., 1178, 1187, 1212, 1214, 1224; (1864 – 1867). u. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 1 b 27, 34, 39, zu Nitzsch Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1853-1854, dann Nr. 1858-1860.

54 Zu Erdmannsdörffer Nachlass Berlin (wie Anm. 5) 29 a. Zu Peter vgl. ebd. 68 u. Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 29, 31.

55 Droysen an Duncker 1882 Dez. 6., Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 b 45.

von Sachsen-Meiningen an, obwohl Droysen sich bemühte, ihn zum Verbleib an der Universität zu bewegen. Vergeblich blieben auch Droysens spätere Versuche, Rossmann zur Rückkehr in die akademische Laufbahn zu bewegen, dieser wurde vielmehr schließlich Vortragender Rat im sächsischen Kultusministerium, blieb aber in gelegentlichem brieflichem Kontakt mit Droysen.⁵⁶ Andere Schüler, so Ehmck, Nitzsch und der ebenfalls an den „Urkunden und Actenstücken“ beteiligte August von Haeften gehören eher zu Droysens Briefpartnern in politischen Fragen.⁵⁷ Gelegentliche Hinweise auf Themen der Tagespolitik finden sich auch in den stärker fachlich orientierten Korrespondenzen.

Der Ton von Respekt und Anhänglichkeit, der in allen Briefen der Schüler vorherrscht, hinderte einen von ihnen nicht an dezent formulierter Kritik an Droysens Grundauffassung von preußischer Geschichte. Der an der Universität Breslau als Historiker tätige Alfred Dove wandte sich in einem 1878 mit dem Glückwunsch zu Droysens 70. Geburtstag beginnenden Briefwechsel gegen dessen These von „Preußens deutschem Beruf“ und bezeichnete sein eigenes Werk über das Zeitalter Friedrichs II. und Josephs II. als „Übersetzung – aus dem Reinpreußischen ins Gemeindeutsche“.⁵⁸

V. Privates

1. Verwandtschaft

Von einer „privaten“ Seite des Briefwechsel kann und muss insofern gesprochen werden, als es einen Kreis von Briefpartnern und –partnerinnen gibt, denen gegenüber persönliches Wohlergehen einschließlich gesundheitlicher Fragen und subjektive Empfindungen eine deutlich wichtigere Rolle spielen als in der übrigen Korrespondenz. Nur in diesem Zusammenhang wird auch die musische Seite von Droysens Persönlichkeit deutlich. Außer den Verwandten gehören hierhin eine Reihe von Freunden aus Jugend und Studium. Auch mit einigen seiner politischen Freunde, etwa Arendt, Francke oder Sybel, tauscht sich Droysen über Privates aus.

56 Vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 762 aus 1854, dann 1030, 1032, 1035, 1045, 1052, 1054, 1066, 1093, 1124, 1144, 1171, 1182, 1211, 1213 aus 1859 bis 1866. Der Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) enthält in 2 b 34 und 36 vier weitere Briefe Droysens an Rossmann aus 1870–75 und eine Antwort Rossmanns!

57 Droysen an v. Haeften in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1135, 1137, 1205, 1209, 1222, 1861–1867.

58 Dove an Droysen 1878 Juli 5., in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 1264, weitere Briefe Doves aus den Jahren 1878 bis 1883 ebd., Nr. 1268, 1270, 1306, 1308, 1319.

Im Briefwechsel mit den Verwandten wird ein patriarchalisches Grundverständnis Droysens deutlich, das Schwestern und Familie erkennbar akzeptieren, wohl auch wegen der Rolle, die schon der junge Droysen als Familienoberhaupt nach dem frühen Tod beider Eltern spielte. Kennzeichnend dafür ist der frühe, bei Hübner einzig publizierte Brief an die Schwestern aus dem Jahre 1829.⁵⁹

Deutlich am besten aussagekräftig dank des großen Umfangs ist der leider nur einseitig überlieferte Briefwechsel Droysens mit seinem ältesten Sohn Gustav⁶⁰. Beherrschendes Thema ist das persönliche und berufliche Wohlergehen beider, vor allem des Sohnes. Weit über dessen Jugendjahre hinaus, bis zum Ruf an die Universität Halle, mit der er seine Lebensstellung erreichte, schreibt Droysen aus der Sicht des Vaters, der seinen Sohn berät, in gewissem Grade erzieht. Dabei verbinden sich das erwähnte patriarchalische Grundverständnis und die Achtung der autonomen Persönlichkeit im Stil des deutschen Idealismus in kennzeichnender Weise: Einerseits lässt Droysen schon gegenüber dem Sechzehnjährigen keinen Zweifel daran, dass er ihm in den angesprochenen Fragen die Entscheidung überlässt, damit er sein Leben nach seinen Vorstellungen gestalten kann. Andererseits verwendet der Vater noch gegenüber dem habilitierten Kollegen, zu dem sich sein Sohn entwickelt, mit Bezug auf dessen Absichten und Maßnahmen gelegentlich das Wort „tadeln“. Durchgängig bemüht sich Droysen, dem Sohn seine eigene Einstellung zum Beruf als Wissenschaftler ans Herz zu legen: Arbeit als Selbstverwirklichung, die ihren Sinn in sich trägt und deshalb Freude macht. Er variiert hier faktisch den Satz *LABOR IPSE VOLUPTAS*, den Wahlspruch seines großen Kollegen Ranke⁶¹ den man ansonsten eher als Droysens Intimfeind bezeichnen muss.

Die frühen Briefe befassen sich mit Gustavs Rolle als Gymnasiast, seinem Verhältnis zum Leiter der Schule, den Droysen offenbar persönlich kennt, den Schwierigkeiten Gustavs mit den klassischen Sprachen, denen der Vater sichtlich größere Bedeutung beimisst als der Sohn, bald auch schon mit historischen Arbeiten Gustavs. Dieses Thema nimmt mit dem Studium des Sohnes in Göttingen an Bedeutung zu und entwickelt sich zu einem Fachgespräch unter Kollegen, zu dem auch die weiter oben erwähnten Quellen- und Literaturexzerpte gehören. Ratschläge Droysens betreffen das Verhältnis Gustavs zu seinem wichtigsten akademischen Lehrer und Doktorvater Georg Waitz, den Droysen aus seiner Kieler Zeit kennt und über den er wiederholt uneingeschränkt lobend urteilt, obwohl er dessen ‚positivistische‘ Abstinenz gegenüber politischen Urteilen nicht teilt.

59 1829 Juli 11., in: ebd., Nr. 1.

60 Wie Anm. 8.

61 Alfred Dove: Art. Ranke, Leopold v. In: ADB 27, 1888, S. 242-269, hier S. 269.

Verschiedener Meinung sind Vater und Sohn bei dessen Berufsplänen. Mit seiner eindeutigen Festlegung auf eine Hochschullehrerlaufbahn als Historiker setzt sich Gustav durch gegenüber Ratschlägen des Vaters, der als mögliche Alternative eine Tätigkeit des Sohnes als Gymnasiallehrer im Auge hatte. Tatsächlich habilitierte sich Gustav 1864 in Halle, wurde zunächst in Göttingen als außerordentlicher Professor tätig und erhielt schließlich 1872 ein Ordinariat in Halle, das er bis zur Emeritierung bekleidete. Die Korrespondenz mit dem Vater bis zum Ruf nach Halle ist weithin dadurch gekennzeichnet, dass Gustav, soweit aus den Antworten erkennbar, immer wieder über seine berufliche Lage klagt, Kollegen der Missgunst bezichtigt und vor allem seine Unzufriedenheit mit den Verantwortlichen im preußischen Kultusministerium bekundet, in dem ja der Vater respektiert wurde und vor allem in Justus Olshausen einen guten Freund hatte. Droysen hatte immer wieder Gelegenheit, dem Sohn von Trotzreaktionen wie dem Verzicht auf die Privatdozentur abzuraten, ihm Geduld zu predigen, nach eigenem Vorbild eine Taktik der Vorleistungen zu empfehlen und seine Arbeit als solche als Quelle der Befriedigung zu preisen. Auch bezüglich der Themen seiner Lehrveranstaltungen beriet er Gustav ebenso detailliert wie in Fragen der Veröffentlichung seiner Werke und in anderen geschäftlichen Dingen, in denen sich der Sohn nach dem Eindruck des Vaters manchmal eher ungeschickt verhielt. Anlass zu mahnenden Worten boten gelegentlich auch Gustavs Beziehungen zu Kollegen.

Das Ausmaß, in dem Droysen seinem Sohn in dessen Angelegenheiten hineinredete, ist für heutige Leser auf den ersten Blick verwunderlich. In Wirklichkeit ist die Vermutung berechtigt, dass Gustav, der offenbar ein unsicherer und leicht zu kränkender Mensch war, in seinen ja leider nicht überkommenen Briefen immer wieder zu solchen Äußerungen seines Vaters Gelegenheit bot, sie geradezu erwartete. Dass dieser seine bisweilen recht drastische Kritik regelmäßig als unverbindliche Ratschläge bezeichnet, wird man schließlich als ernst gemeint betrachten dürfen.

Mit der Verlobung und Heirat des Sohnes und der Geburt von dessen Kindern treten in Droysens Briefen die typischen Themen einer Familienkorrespondenz auf. Es wird erkennbar, dass Droysen der Schwiegertochter von Anfang an große Sympathie entgegenbrachte und sich regelmäßig nach dem Wohlergehen der Kinder erkundigte.

Auch zu Geldsachen enthalten Droysens Briefe an den Sohn gelegentliche Hinweise, die allerdings für eine zusammenhängende Darstellung zu knapp sind.⁶² Das betrifft etwa Zahlungen aus dem Erbe von Gustavs verstorbener Mutter in dessen Zeit als Privatdozent, die über den Großonkel Julius Fried-

62 Briefe an Gustav (wie Anm. 8.), 70, 71 (1866 Mai-Juni), 184, 185 (1881 Nov.) u. 205 (1883 April).

länder liefen, oder die Verzinsung und Tilgung des Darlehens, mit dem Droysen 1881-82 den Hauskauf des Sohnes unterstützte.

Das beherrschende Thema Politik spielt in Droysens Briefen an Gustav im Vergleich zu anderen Korrespondenten eine untergeordnete Rolle. Bei Meinungsverschiedenheiten begegnete der Vater dem Sohn als selbständigem Menschen mit eigenem Urteil, – auch bei brisanten Themen wie etwa der gelegentlich erkennbaren positiv wertenden Verwendung des Begriffs „Volkssouveränität“ durch Gustav, die der entschiedene Monarchist Droysen ablehnte. Einen Stich ins Pädagogische haben Droysens Briefe nur darin, dass er bis weit ins Studium den Sohn ermunterte, der Politik hinreichende Aufmerksamkeit zu schenken, und noch in den Jahren nach der Reichsgründung über politisches Desinteresse bei Kollegen aus der Generation des Sohnes klagte und diesen bat, dem entgegenzuwirken.

Die Briefe Droysens an seine Schwester Mathilde aus den Jahren 1826 bis 1842⁶³ richten sich zu Teil auch an die anderen Schwestern. Eine Eigenart, die in den frühen Jahren bis zu Droysens Ruf nach Kiel auch anderswo im Briefwechsel mit persönlichen Freunden auftritt, ist die intensive Darstellung von Emotionen in einer nuancierten Sprache, die an Autoren wie Novalis oder Eichendorff erinnert. Droysen artikuliert vor allem sein Unbehagen darüber, dass ihm die unbesorgte und spontane Art seiner jungen Jahre abhanden komme, und er befürchtet, in einer Routine zu versinken, die ihn nicht ausfülle. Das Thema und der zugehörige Stil verschwinden im Laufe von Droysens Tätigkeit als Professor in Kiel. Er entwickelt nun die bei allem Temperament seiner Werturteile insgesamt doch nüchtern sachliche Sprache, die wir an ihm kennen.

Kennzeichnend für die Beziehungen der Geschwister ist eine Begebenheit, die sich nach Droysens Ruf nach Kiel zutrug: Seine finanzielle Situation besserte sich dadurch soweit, dass er Mathilde anbieten konnte, für ihn und seine junge Familie als eine Art Hausdame tätig zu werden. Mathilde, damals Lehrerin, ging darauf offenbar nicht ein; eine spätere Notiz von ihrer Hand auf den Brief besagt, sie habe es nie bedauert, ihren Lebensunterhalt einige Jahre durch eigene Arbeit bestritten zu haben.⁶⁴

Der Briefwechsel Droysens mit seinem Bruder Carl umfasst nur 10 Stücke und betrifft außer dem bereits erwähnten Versuch, mit Carls Hilfe 1852 Zugang zum Hardenberg-Nachlass zu erhalten, und gelegentlichen Bemerkungen zur Tagespolitik Familiäres wie einen Besuch Gustavs beim Onkel.

Von den Briefen Droysens an seine Tochter Marie⁶⁵ sind vor allem vier aus den Jahren 1848-49 für uns von Interesse, weil sie sich als einzige an ein

63 Vgl. oben S. 159 u. Anm. 16.

64 Vgl. ebd., die Notiz Mathildes in Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 5.

65 Wie Anm. 16.

Kind richten. Droysen erzählt der Neun- bis Zehnjährigen von einem politischen Fest in Köln, von einer Heirat im Bekanntenkreis, er schildert die Not der Verwundeten bei den Kämpfen in Schleswig-Holstein und fordert sie auf, bei der Herstellung von Verbandstoffen mitzuwirken („Charpie zupfen“); die Urgroßmutter, bei der die Kinder damals lebten, und die Witwe Felix Mendelssohn Bartholdys könnten sie dazu anleiten. Spätere Briefe sind selten, weil die inzwischen erwachsene Marie in Berlin lebte, ihr Ehemann Emil Hübner wirkte als Philologe an der dortigen Universität. In den sieben Schreiben aus 1859 und den achtziger Jahren erleben wir einen „privaten“ Droysen, der sein Unbehagen am Getriebe der Großstadt, Freude an der Natur und an seinem Beruf, aber auch die Belastung durch diesen ausdrückt, Jugenderinnerungen wachruft und sich selbstkritisch über seinen Mangel an Geduld äußert. Solche Einblicke in sein Innenleben finden wir sonst nur in Droysens Briefen aus den frühen Jahren an seine Schwester Mathilde und seine Jugend- und Studienfreunde, von denen jetzt die Rede sein soll.

2. Freunde

Der eifrigste Partner mit dem umfangreichsten Briefwechsel aus diesem Kreis war Arendt. Verglichen mit anderen Freunden tauschte sich Droysen aber mit ihm relativ wenig über private Themen aus. Die hierfür typischen Nachrichten über die Angehörigen spielten nur in den frühen Jahren eine größere Rolle.⁶⁶ Seit Droysens Wahl in die Nationalversammlung 1848 verdrängte der politische Informationsaustausch diese Themen fast völlig. Auch die wissenschaftliche Tätigkeit der beiden wurde nach 1848 nur gelegentlich Thema von Briefen, am ehesten Arendts Untersuchungen zur Rolle flämischer Bauern bei der mittelalterlichen Besiedlung des östlichen Deutschland. Man gewinnt den Eindruck, dass das größere Interesse am Fortbestand der Freundschaft bei Arendt lag, während Droysen vor allem an den Nachrichten zur internationalen Politik interessiert war. Gelegentlich beklagt sich Arendt hierüber.⁶⁷ Von ihm war die Initiative zur Wiederaufnahme des Briefwechsels ausgegangen. Auch die relativ seltenen Begegnungen der beiden waren sein Werk. Seine mehrmaligen Bemühungen, Droysen für dessen Urlaube an der See Ostende schmackhaft zu machen, hatten nur einmal Erfolg. Aus der Zeit der Wiederannäherung 1843 gibt es wohlklingende Aussagen Droysens zu Freundschaft und Toleranz auch über Konfessionsgrenzen hinweg; fast gleichzeitig schreibt Droysen aber an Heydemann in skeptischem, fast schon

66 Vgl. etwa in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 274 u. 371, zum Folgenden vgl. ebd. Nr. 770 ff.

67 Arendt an Droysen, undatiert (Leeuwen 1849?), Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 352.

abfälligem Ton über Arendt.⁶⁸ Immerhin kümmerte sich Droysen 1864 um Arendts Sohn Leo, als dieser sich in Berlin aufhielt. Solche Fürsorge für die heranwachsenden Kinder kam auch zwischen Droysen und seinen anderen Studienfreunden vor.

Ergiebiger für die Beziehungen Droysens zu seinen alten Bekannten dürfte die Korrespondenz mit seinem nur ein Jahr jüngeren ehemaligen Schüler sein, dem Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy⁶⁹. Der annähernd symmetrische Briefwechsel von 30 Stücken begann im November 1829 mit einem Brief der Komponisten von seiner Schottlandreise und endete 1847 durch den frühen Tod Mendelssohn Bartholdys. Die teils längeren Pausen mögen dadurch bedingt sein, dass beide Freunde sich gleichzeitig in Berlin aufhielten; Hinweise auf fehlende Briefe gibt es nicht. Die differenzierte, im Stil an die deutschen Romantiker erinnernde Darbietung von Emotionen, die wir aus Droysens Briefen an seine Schwester Mathilde kennen, begegnet uns auch hier: Die Freunde trauern – jeder auf seine Weise – dem verlorenen Schwung der Jugend nach. Sie richten sich gegenseitig auf, geben sich Halt und trösten sich über ihr Unbehagen an anderen Menschen und Dingen, etwa über Droysens Ungenügen an sich selbst. Politik kommt insofern vor, als beide sich abfällig über den preußischen Staat dieser Zeit äußern

Ein durchgehendes Thema des Briefwechsels ist Mendelssohn Bartholdys Schaffen als Komponist. Droysen macht Vorschläge für ein Opernlibretto und schreibt unter dem Pseudonym „Voss“ Texte zu Liedern seines Freundes, beides nimmt dieser positiv auf. Nach seiner Berufung nach Kiel bemüht sich Droysen, mit dortigen Bekannten Werke Mendelssohn Bartholdys aufzuführen, – wohl nur als Gesang mit Klavierbegleitung. Er erbittet und erhält die Partitur der „Antigone“. Der Tod des Freundes muss Droysen tief getroffen haben; es fehlt bislang an Zeugnissen zu diesem Thema.

Es ergab sich anschließend eine Korrespondenz mit Felix Mendelssohn Bartholdys Witwe Cécile. Sie hielt sich zeitweise in Frankfurt auf und traf sich dort mit Droysen. Auf ihre Bitte ermöglichte er einem Verwandten den Zutritt zur Nationalversammlung. Seit Dezember 1848 lebte sie in Berlin und kümmerte sich mit um Droysens Kinder, die bei den Urgroßeltern Friedländer lebten. Die erneute Vermählung Droysens mit Emma Michaelis führte zum Ende des Briefwechsels; auf die Bitte in Céciles letztem Brief vom August 1849, Droysen möge eine Biographie seines verstorbenen Freundes verfassen, reagierte dieser nicht mehr, soweit erkennbar. Die allein überlieferten Briefe Céciles sind von starken Emotionen gekennzeichnet.

68 Vgl. Droysen an Arendt 1843 Aug. 4., in: Droysen: Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 144. Droysen an Heydemann, 1843 Aug 25., in: ebd., Nr. 146 u. ebd. Arendt an Droysen. 1864 Dez. 3., in: ebd., Nr. 1194.

69 Droysen: Briefwechsel (wie Anm. 7), von 1829 bis 1847 passim; Nachlass Berlin (wie Anm. 5), 54.

Noch ein wenig umfangreicher als der Briefwechsel mit Felix Mendelssohn Bartholdy ist mit insgesamt 34 Briefen die Korrespondenz mit dem Studienfreund und späteren Gymnasiallehrer Albert Heydemann aus den Jahren 1829-1874⁷⁰ Das offene Sprechen über die eigene Befindlichkeit findet sich auch hier, verbunden mit relativ ausführlichen, recht emotionalen Äußerungen zur Politik, Fachfragen aus den Altertumswissenschaften, seit Droysens Ruf nach Kiel auch über dessen Lehrtätigkeit und die dortige Situation. Durch den ganzen Briefwechsel ziehen sich Informationen über die beiderseitigen Familien.

Zu dem Personenkreis, mit dem Droysen über die Familie Mendelssohn Bartholdy bekannt wurde, gehört der Maler Eduard Bendemann.⁷¹ Die insgesamt 20 Briefe der beiden aus den Jahren 1839 bis 1881 gelten zunächst dem Tod Felix Mendelssohn Bartholdys, dann dem Austausch über die Familien. Hierzu korrespondierte Droysen auch mit Bendemanns Ehefrau Lida. Ein Großteil des Briefwechsels galt Bendemanns Tätigkeit. Neben dem Urteil über andere Maler ging es hier vor allem um die Zusammenarbeit bei zwei Großaufträgen Bendemanns. Dieser hatte 1847 den Ballsaal des Dresdener Schlosses mit Fresken ausgemalt und von den Zeichnungen durch den Graphiker Hugo Bürkner Stiche anfertigen lassen, um sie zu veröffentlichen. Die erforderlichen Begleittexte verfasste Droysen. Ein zweites solches Vorhaben um 1857 betraf den Griechischen Saal des Schlosses. Bendemann verdanken wir zwei Porträts Droysens: eine Zeichnung von 1855, die durch einen Stich Bürkners veröffentlicht wurde, und ein posthumes Ölgemälde von 1885. Dass der seit 1859 an der Kunstakademie Düsseldorf Tätige 1881 Ehrendoktor der Universität Berlin wurde, beruhte auf Initiative Droysens.

Droysens Korrespondenz mit Bürkner lässt erkennen, dass auch der Graphiker zu dem Kreis der Jugendfreunde gehörte und Kontakte der Familien bestanden. Es sind Briefe von Bürkners Ehefrau Marianne an Emma Droysen überliefert.⁷² Anzeichen für solche Briefwechsel zwischen den Frauen gibt es auch bei den anderen Freunden.

Zu den Studienfreunden Droysens gehörte auch der Philologe Theodor Bergk. Der Briefwechsel der Jahre 1838 bis 1846 betrifft vornehmlich das Fach und die Politik, es kommen aber auch Informationen über die beiderseitigen Angehörigen vor. Die letzten Briefe beziehen sich auch auf die politischen Probleme in Holstein. Im Vorfeld der Frankfurter Nationalversamm-

70 Bis 1845 in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7) passim sowie Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 2, Briefwechsel von 1829 bis 1847 in: Nachlass Berlin (wie Anm. 5), 54.

71 Der Briefwechsel von 1847 bis 1855 und 1881 in: Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7) passim sowie Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 6, 39-47, 2 b 38, 40, 44 (Familie u. Freunde) und ebd. 2 b, 27, 28, 29, 36, 39, 40, 44 (Ballsaal).

72 Jetzt auf der von Christine Hackel und Katja Wannack erstellten website (www.droysen-archiv.hu-berlin.de/droysen-download/2-1-5jgd-transkriptionen/at6download/file.).

lung von 1848 gehörten Bergk und Droysen dem Siebzehnerausschuß an. Zu ihrer dortigen Begegnung gibt der Briefwechsel nichts her, er endet vielmehr im Oktober 1846. Außer Droysens zunächst recht vollständiger Hinwendung zur neuern und neuesten Geschichte dürfte der Grund darin liegen, dass sich Bergk aus der Politik zurückzog.⁷³

An den Physiker Ludwig Moser, den er ebenfalls aus dem Studium kannte, richtete Droysen 1831 und 1846 einige Briefe; Antworten und weitere Schreiben sind erschließbar. Es ging um Fachliches, vor allem um die Grundfragen der Wissenschaftstheorie, denen Droysen später die „Historik“ widmete, und um Politik. Privates ist hier nur in den regelmäßigen Erwähnungen anderer Studienfreunde erkennbar.⁷⁴

Zu nennen ist hier schließlich der Musikwissenschaftler und Komponist Adolph Friedrich Marx. Seine 9 undatierten Briefe an Droysen gehören wohl in dessen frühen Berliner Jahre bis zur Habilitation. Die Bekundungen von Sympathie vor allem in den Anreden sind über das unter den Freunden Droysens Übliche hinaus exaltiert. Einige beziehen sich auf Exposés oder Entwürfe von Libretti, zu denen Marx sich Texte von Droysen wünscht.⁷⁵

Privates tritt auch in den Korrespondenzen Droysens mit einigen seiner politischen Freunde auf. Am deutlichsten ist dies bei dem Holsteiner Kampf- und Leidensgenossen Francke. Er lebte und wirkte seit seiner Vertreibung aus Kiel 1851 in Coburg im Dienst Herzog Ernsts II. In seinem Briefwechsel mit Droysen spielen das Befinden der Familien und die wechselseitige Unterstützung der Kinder eine wichtige Rolle, auch vom persönlichen Wohlergehen der vertriebenen Holsteiner ist öfter die Rede. Von den immer wieder geplanten Besuchen kam nur einer zustande: Zur Dreihundertjahrfeier der Universität Jena 1857 war Francke mit mehreren anderen Freunden aus der Kieler Zeit bei Droysen zu Gast. Wohl auf Droysens Initiative erhielt Francke bei dieser Gelegenheit die Ehrendoktorwürde.

Warum der Briefwechsel kurz danach abbricht, ist nicht erkennbar.⁷⁶

Droysens Kollege und politischer Freund Heinrich von Sybel ist zwischen Francke und Arendt einzuordnen, was Anteil und Gewicht privater Themen innerhalb des Briefwechsels angeht.

73 Vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), passim (1838-1846) sowie Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a, 11-12.

74 Vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), Nr. 14, 18 u. 31.

75 Nachlass Berlin (wie Anm. 5), 53.

76 Vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), passim (1850-1860), Nachlass Berlin (wie Anm. 5) 34, Teilnachlass Jena (wie Anm. 6) 2 a 1, 13, 16, 17, 19, 20.

VI. Stil

Für die Betrachtung Droysens und seiner Brieffreunde unter stilistischem Gesichtspunkt sind die Erkenntnisse der Germanisten zum Briefstil früherer Epochen insofern bedeutsam, als Einigkeit herrscht über einen Einschnitt im späten 18. Jahrhundert, der in einer Abwertung der bis dahin verbreiteten Briefsteller und Formelbücher bestand und die weit verbreitete Vorstellung vom Brief als Ausdruck individueller Persönlichkeit zur Folge hatte. Als kennzeichnend wird gern eine der brieftheoretischen Schriften Christian Fürchtegott Gellerts angeführt. In der Diskussion um die Eigenart des Briefstils im späten 19. und 20. Jahrhunderts geht es vornehmlich um die „Konkurrenz“ zu neueren Medien: Postkarte, Telefon, in jüngster Zeit auch e-mails.⁷⁷

Wenn man versucht, am Beispiel Droysens und seiner Korrespondenten Beobachtungen zum Stil ihrer Briefe zu machen, dann muss man sich vor Augen führen, dass man zunächst als Vergleichsmaßstab das heute Übliche nur die eigenen Erfahrungen als Briefempfänger und -schreiber voraussetzen kann. Die ohnehin gegebene, weiter oben schon angesprochene subjektive Komponente der Einschätzung verstärkt sich dadurch.

Die erwähnte Gellertsche Schrift ist dabei auch insofern grundlegend, als man bei Droysen und allen seinen Korrespondenten die unterschwellige oder bewusste Bereitschaft voraussetzen kann, in ihren Briefen ihre Persönlichkeit auszudrücken. Die Unterschiede des Stils sind entsprechend deutlich wahrnehmbar. Wenn etwa Ahrend immer wieder Gelegenheit nimmt, das massive politische Wunschdenken Droysens an den Tatsachen zu messen, dann entspricht dem eine im Vergleich zu seinem Freund nüchternere Diktion.

Gemeinsam ist Droysen und seinen Brieffreunden demgegenüber die deutliche, bei einigen sogar drastische Äußerung von Emotionalem. Von den massiven Werturteilen in politischen Fragen war weiter oben schon die Rede. Vor allem der Abscheu vor missliebigen Personen oder Sachverhalten äußert sich in lebhaften Wendungen. Man kann vielfach von einem Pathos der Entrüstung sprechen. Ihm steht ein Pathos der Begeisterung gegenüber, wenn sich die Korrespondenten mit Begebenheiten, Zielen und Personen identifizieren. Nuancierter, aber ebenfalls deutlich emotional bestimmt sind auch die Aussagen zur eigenen Befindlichkeit, die sich vor allem zwischen Droysen und den Freunden aus Jugend und Studium finden.

Von besonderem Interesse sind die Kurialien der Briefe, in denen sich die Beziehungen der Partner direkt ausdrücken: Anrede und abschließende Courtoisie. Droysen und der Großteil seiner Korrespondenten sprechen sich

77 Vgl. oben Anm. 1.

wechselseitig mit „Sie“ an; das vertraulichere „Du“ findet sich außer unter den Verwandten nur bei den Freunden aus Jugend und Studienzeit. Das gilt auch für Partner wie Duncker, Francke oder Sybel, bei denen aus dem Inhalt der Briefe eine persönliche Verbundenheit über das Politische hinaus angenommen werden kann. Häufig ist die Anrede „Lieber“ mit dem Familiennamen; Duncker wird gelegentlich mit „lieber Maxi“ angeredet; er nennt Droysen in der Zeit der Frankfurter Nationalversammlung in freundschaftlicher leichter Ironie „lieber Staatsmann“. Diese wie andere Anreden stehen gelegentlich nicht vor dem Brieftext, sondern sind in den ersten Satz eingezogen.

Es treten in Droysens Briefwechsel noch die traditionellen Anredeformen auf, die auf den gesellschaftlichen Rang ihrer Träger verweisen. Das betrifft nicht nur Angehörige von Fürstenhäusern, sondern auch ranghohe Beamte und Offiziere, denen das Prädikat „Exzellenz“ zukommt. Droysen verwendet diese Anrede etwa gegenüber dem Freiherrn von Schön, dem früheren Oberpräsidenten von Ost- und Westpreußen, durchgehend auch in Text. Das Prädikat „Ew. Wohlgeboren“, das Droysen als Professor an sich zustand, benutzt Schön nur in seinem ersten Brief durchgehend, später nur noch im ersten Satz, danach „Sie“. Vergleichbar ist der General Gustav von Below,⁷⁸ der preußische Unterhändler beim Waffenstillstand von Malmö, der nicht nur als Informant zur Zeitgeschichte wichtig war, sondern nach dem Inhalt der Briefe auch zu den politischen Freunden Droysens gerechnet werden kann. Auch ihn redet Droysen durchgängig mit „Ew. Exzellenz“ an. Below dagegen vermeidet die Anrede vor dem Text, schreibt im Brief „Sie“ und unterzeichnet mit einem Kürzel oder in den frühen Briefen mit dem Anagramm „Woleb“. Die Anrede „Ew. Wohlgeboren“ für Droysen verwenden sonst nur wenige, eher fernstehende Briefpartner. Unter Kollegen ist das bürgerliche „Sie“ normal.

Ein lebhafter, für das Empfinden eher nüchtern veranlagter Menschen möglicherweise übersteigter Ausdruck von Emotionen findet sich auch in anderen Kurialien. „Liebster“, „Bester“ oder „Theuerster“ vor der Anrede sind häufig, ebenso die Bekundungen von herzlicher Verbundenheit und Treue in den Grüßen am Ende der Briefe. Dass diese Partien nicht zum Nennwert zu nehmen sind, sondern als Formeln gelten müssen, ist schon aus ihrer Häufigkeit und der Wiederkehr gleicher oder ähnlicher Wendungen zu erschließen. Bei Droysen kommt hinzu, dass er nahezu zeitgleich zu solchen „Seelenergüssen“ über die damit Bedachten in Briefen an Dritte skeptisch-distanziert oder gar abfällig urteilt. Als Beispiel können seine Briefe aus der Zeit der Wiederannäherung an Arendt an diesen einerseits und an Heyde-

78 Vgl. Droysen, Briefwechsel (wie Anm. 7), passim (1851-1852) u. Teilnachlass Jena (wie An. 6.) 2 a 20, 21.

mann andererseits gelten.⁷⁹ Demgegenüber lässt Droysen gerade in der Verwandtschaft oder gegenüber alten Freunden viele seiner Briefe mit einem knappen „Gott befohlen“ ausklingen. Vergleichbares findet sich auch bei diesen Briefpartnern.

VII. Fazit

Droysen und seine Briefpartner erweisen sich als eine gesellschaftlich recht homogene, aber doch in der Eigenart der Individuen und der Interessen vielfältige Gruppe. Beherrschendes Thema des Austauschs war die Politik. Für die Wissenschaftsgeschichte aussagekräftig ist die Korrespondenz mit Historikern und Altertumswissenschaftlern: Austausch von Veröffentlichungen, Informationen über Berufungs- und andere Personalsachen sowie schließlich die Beschaffung von Material für Droysens Forschungen. Auffällig ist hier das Interesse der meisten Beteiligten an politischen Fragen; von der Politikferne deutscher Wissenschaftler, wie sie für andere Zeiten mit mehr oder weniger Recht beklagt wird, kann für Droysens Partnerkreis keine Rede sein.

Der Briefwechsel mit Verwandten und einigen privaten Freunden gestattet lückenhafte, aber kennzeichnende Eindrücke von den Beziehungen innerhalb der Familien des Bildungsbürgertums mit ihrer Spannung von patriarchalischen Vorstellungen und Respekt vor der Individualität der Beteiligten. Hier sind vor allem Droysens Briefe an seinen ältesten Sohn Gustav zu nennen.

Bemerkenswert ist auch die Resonanz von Droysens Schriften in den Fürstenhäusern des damaligen Deutschland. Vorwiegend von biographischem Interesse sind die mancherlei Hinweise auf Droysens Aktivitäten mit Bezug auf Kunst.

Der Ton eines Großteils der Briefe ist freundschaftlich, oft mit starker Betonung der emotionalen Verbundenheit, die indessen meist als formelhaft gelten muss.

Der Briefwechsel Droysens erweist sich insgesamt als kennzeichnendes Beispiel für Inhalte und Stil der Kommunikation innerhalb der Bildungs- und Führungsschicht Deutschlands im frühen und mittleren 19. Jahrhundert.

79 Vgl. oben Anm. 6.

Veit Valentin im Exil.

Überlegungen zur Biographie eines „refugee scholar“¹

Am 7. März 1947 berichtete die deutschsprachige New Yorker Zeitschrift „Aufbau“ von einer Gedenkfeier, die an den kürzlich in Washington D.C. verstorbenen Veit Valentin erinnerte. Zu diesem Anlass charakterisierten die deutschen und amerikanischen Freunde und Kollegen den aus Frankfurt stammenden Historiker „als die seltene Gestalt eines großen unabhängigen Charakters zwischen schon lange vor Hitler grundsätzlich gleichgeschalteten Universitätslehrern, als eine[n], den die imperialistisch verseuchte Zunft schon längst vom Katheder entfernt hatte, um ihn für seine Forscher-Anteilnahme am Revolutionsversuch von 1848 und für seine aufrichtige pazifistische Aktivität zu bestrafen“.² Zugleich betonte der Artikel, dass die Anwesenden es „dem reuigen Vaterlande Valentins übertrugen, seine wissenschaftliche Leistung zu ehren“.³

Die damals erhoffte Würdigung steht im Grunde noch aus. Obwohl Valentin zweifellos zu den wichtigsten deutschen Historikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählte, „fehlt bis heute eine Biografie dieses großen deutschen Gelehrten und Weltbürgers“, der 1933 aus dem Reichsdienst entlassen wurde und daraufhin zunächst nach England und später in die USA emigrierte.⁴ Gerade wer Valentins unübertroffenes und noch immer anregendes Standardwerk zur Revolution von 1848/49 kennt, muss von dieser Tatsache überrascht sein.⁵ Dennoch liegt diese Leerstelle wohl weniger an der mangelnden Wertschätzung nachfolgender Historikergenerationen als an den besonderen Herausforderungen, die Valentins wechselhaftes Leben an seinen Biographen stellt. Dass sich die einschlägigen Quellen auf drei Nachlässe und über 60 Archive und Bibliotheken in fünf Ländern verteilen, ist in

1 Der Aufsatz skizziert Grundüberlegungen und erste Ergebnisse einer Biographie Veit Valentins, die ich in Frankfurt, Kansas City und London vorgestellt habe. Für vielfältige Anregungen danke ich den Anwesenden ebenso wie dem Research Centre for German and Austrian Exile Studies, SOAS, London sowie den Deutschen Historischen Instituten London und Washington D.C. für finanzielle Unterstützung bei den Recherchen.

2 Aufbau-Reconstruction 13 (1947) 10, S. 8.

3 Ebd.

4 Ralf Zerback: Der Meistererzähler. In: Die Zeit, 13.3.2014, S. 21.

5 Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849. 2 Bde. Berlin 1930/31, mehrere Nach- und Neudrucke, zuletzt 1998.

diesem Kontext nur ein praktisches Hindernis. Wichtiger scheint dagegen die Frage, wie die widersprüchlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der sogenannten „refugee scholars“ methodisch überhaupt angemessen zu fassen sind, ohne bloß die nostalgisch-verklärenden Selbststilisierungen etwa als „Weltbürger“ unreflektiert zu wiederholen oder die Geschichte der Wissenschaftsemigration nach 1933 allein auf eine Gewinn- und Verlustrechnung zu reduzieren. Ausgehend von einer kurzen Skizze des Forschungsstandes (I.) zielen die folgenden methodischen Überlegungen (II.) darauf ab, einen biographischen Ansatz zu formulieren, der Valentins individueller Situation gerecht wird. Darüber hinaus rücken mit den ambivalenten Alltags- und Akkulturationserfahrungen in England und den Vereinigten Staaten (III. bzw. IV.) beispielhaft zwei Forschungsperspektiven in den Vordergrund, die intellektuelle Biographien häufig vernachlässigen.

I. Forschungsstand

Das historiographische Urteil über das Werk des 1885 in Frankfurt am Main geborenen Historikers blieb auch nach dessen Tod 1947 zwiespältig. Einerseits lobten emigrierte Weggefährten Valentins Leben und Œuvre überschwänglich und verglichen ihn sogar mit Max Weber.⁶ Andererseits beschäftigte sich die deutsche Geschichtswissenschaft nicht nur verspätet mit dem Marcks-Schüler, sie beurteilte ihn auch weitaus ambivalenter. Zwei Stränge lassen sich hier grob unterscheiden: Erstens konnten einige einflussreiche Kollegen, wie Hans Rothfels, selbst nach 1945 nichts mit Valentins „linksliberale[r], kritische[r] Interpretation der deutschen Geschichte“ anfangen.⁷ Erst in den 1970er Jahren wendete sich die Bielefelder Sozialgeschichte verstärkt den Weimarer Außenseitern der Zunft zu, die sie gewissermaßen zu ihren Vorläufern erklärte.⁸ So lobte Hans-Ulrich Wehler vor allem das politische Engagement und zählte die zweibändige Revolutionsgeschichte zu 1848/49 „zu den wenigen herausragenden Leistungen der deutschen Ge-

6 Vgl. etwa den Weber-Schüler Paul Honigsheim: Veit Valentin (1885-1947). Der Weg eines deutschen Historikers zum Pazifismus. In: *Die Friedens-Warte* 42 (1947), S. 274-282 sowie Richard H. Bauer: Veit Valentin 1885-1947. In: S. William Halperin (Hrsg.): *Some 20th-Century Historians. Essays on Eminent Europeans*. Chicago 1961, S. 103-141; Will Schaber: Veit Valentin 25.3.1885-12.1.1947. In: *Perspektiven und Profile*. Aus den Schriften Veit Valentins, ausgew. u. eingel. von Will Schaber. Frankfurt a. M. 1965, S. 7-46.

7 Winfried Schulze: Hans Rothfels und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. In: Christian Jansen, Lutz Niethammer, Bernd Weisbrod (Hrsg.): *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin 1995, S. 83-98, hier S. 96.

8 Vgl. dazu v.a. Elisabeth Fehrenbach: Veit Valentin. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): *Deutsche Historiker*. Bd. 1, Göttingen 1971, S. 69-85.

schichtsschreibung in der gesamten Zwischenkriegszeit“.⁹ Zugleich marginalisierte er aber das übrige Werk als „konventionell“: „Valentins Geltung in der Geschichtswissenschaft beruht ausschließlich auf seiner Revolutionsgeschichte. Ein nüchternes Urteil gebietet den Schluß, daß er nirgendwo sonst ein derartiges Niveau erreicht und eingehalten hat.“¹⁰ Der Bielefelder Rehabilitationsversuch galt damit wohl eher dem „unbequemen Zeitkritiker“¹¹ als dem Wissenschaftler. Aus einer anderen Perspektive, im Ergebnis aber durchaus vergleichbar, galt der Frankfurter auch der marxistischen ostdeutschen Forschung lange als „ein offener Klopffechter der deutschen imperialistischen Bourgeoisie“, bis Hans Schleier die Leistung der bürgerlichen Geschichtsschreibung aufwertete.¹²

Zweitens befasste sich die transatlantische Exilforschung lediglich am Rande mit Veit Valentin, da seine Exilerfahrung schwer kollektivbiographisch zu fassen ist.¹³ Tatsächlich fügte er sich kaum in das Gruppenprofil der vertriebenen Wissenschaftler ein, da er weder jüdisch, noch Sozialdemokrat oder Kommunist war und dennoch Deutschland bereits 1933 verließ.¹⁴ Entscheidender als diese biographische Besonderheit erscheint jedoch, dass er sich zudem in wichtigen Punkten deutlich von den anderen „refugee scholars“ unterschied: Zum einen verstarb er kurz nach dem Kriegsende, was ihn für die Akkulturationsforschung uninteressant machte. Zum anderen teilte er, obwohl er vergleichsweise alt war, die großen Eingewöhnungsprobleme der meisten Exilanten kaum, da er schon vor seiner Flucht relativ gut Englisch

- 9 Hans-Ulrich Wehler: Einleitung. In: Veit Valentin: Von Bismarck zur Weimarer Republik. Sieben Beiträge zur deutschen Politik, hrsg. u. eingel. von Hans-Ulrich Wehler. Köln 1979, S. 9-16, hier S. 14; Ders.: Staatsgeschichte oder Gesellschaftsgeschichte? Zwei Außenseiter der deutschen Historikerkunft: Veit Valentin und Ludwig Quidde. In: Helmut Berding u. a. (Hrsg.): Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 70. Geburtstag. München u. a. 1978, S. 349-368.
- 10 Wehler, Einleitung (wie Anm. 9), S. 15; entsprechend nennt Fehrenbach, Valentin (wie Anm. 8), S. 70, die Revolutionsgeschichte „einen Sonderfall“.
- 11 Fehrenbach, Valentin (wie Anm. 8), S. 69.
- 12 Fred Oelssner: Über den Charakter der Novemberrevolution 1918. In: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus 3 (1948) 10, S. 883-892, hier S. 890; Hans Schleier: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik. Berlin(-Ost) 1975, v. a. S. 346-398.
- 13 Vgl. u. a. mit Bezug auf Valentin Heinz Wolf: Deutsch-jüdische Emigrationshistoriker in den USA und der Nationalsozialismus. Bern 1988; Peter Thomas Walther: Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker. Diss. masch. Buffalo 1989; Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hrsg.): An Interrupted Past. German-Speaking Refugee-Historians in the United States after 1933. Washington D.C. 1991; Gabriele Ann Eakin-Thimme: Geschichte im Exil. Deutschsprachige Historiker nach 1933. München 2005.
- 14 Diese besondere Situation betonte Valentin selbst noch in seinem letzten Buch: Veit Valentin: The German People. Their History and Civilization from the Holy Roman Empire to the Third Reich. New York 1946, S. 719.

sprach und auch in England und den USA nicht nur kürzere Aufsätze schrieb, sondern auch mehrere Monographien.¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus fraglich, ob die verbreiteten propographischen Untersuchungen Valentins individuelle Situation methodisch überhaupt ausreichend berücksichtigen können. Demgegenüber geht die geplante Untersuchung davon aus, dass Valentins Biographie zwar einen untypischen, aber doch signifikanten Einzelfall darstellte.¹⁶ Denn in Valentins Erfahrungen spiegeln sich die entscheidenden Einschnitte in der Geschichte zwischen dem Ende des Deutschen Kaiserreichs und dem Beginn der zweiten Nachkriegszeit in Deutschland paradigmatisch wider. Die großen politischen Umbrüche seit dem Übergang zum 20. Jahrhundert wirkten sich auf bemerkenswerte Weise unmittelbar auf den Lebensweg des Intellektuellen aus, was nicht zuletzt daran lag, dass er sich immer als politischer Historiker verstand: In den Wirren des Ersten Weltkriegs war Valentin 1917 gezwungen, auf seine Freiburger „*venia legendi*“ zu verzichten, 1933 musste er Deutschland, 1939 England verlassen und kehrte schließlich 1945 als Mitarbeiter des amerikanischen „Office of Strategic Services“ für einige Monate nach Europa zurück. Hier anzusetzen, ist auch deshalb aussichtsreich, weil die historische Forschung diese biographischen Zäsuren bislang – wenn überhaupt – nur skizzenhaft untersucht hat.¹⁷ Ohne alle einschlägigen Quellen auszuwerten, wurde insbesondere der komplexe und verschlungene „Fall Valentin“ bislang nur recht oberflächlich und einseitig untersucht, obwohl er „fraglos zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Universitätsgeschichte“¹⁸ zählt und zudem eine politische Bedeutung hatte, die weit über die persönlichen Auswirkungen hinaus ging. Den engen Zusammenhang zwischen indi-

- 15 Das ausgeprägte Sprachinteresse zeigt u.a. Veit Valentin: *A Comparative Study of Words of Classical Origin with Different Meanings in English and German*. In: *Modern Languages* 18 (1936) 2, S. 80-89. Neben „*The German People*“ veröffentlichte er im Exil zwei weitere Monographien: *Bismarcks Reichsgründung im Urteil englischer Diplomaten*. Amsterdam 1937; *Weltgeschichte. Völker – Männer – Ideen*. 2 Bde. Amsterdam 1939. Ungedruckt blieben die in den USA fertig gestellten Manuskripte: *Edward Lasker or the Tragedy of German Liberalism*; *Bismarck – Bleichroeder – Rothschild. A Study on the Relations between Foreign Policy and Haute Finance*. Typoskripte beider Arbeiten liegen u.a. im Familiennachlass im Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M.
- 16 Vgl. zu diesem Ansatz in Anlehnung an Michel Vovelle Jan Eckel: *Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2005, S. 23.
- 17 Da Valentin – im Gegensatz zu vielen anderen emigrierten Wissenschaftlern – nicht in der Research & Analysis Abteilung arbeitete, ist etwa die konkrete OSS-Tätigkeit im Grunde unbekannt. Vgl. dazu grundlegend Barry M. Katz: *Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942-1945*. Cambridge/Mass./London 1989.
- 18 Fehrenbach, Valentin (wie Anm. 8), S. 74; vgl. dazu ausführlich u.a. Schleier, *Geschichtsschreibung* (wie Anm. 12), S. 356-359; Jens Flemming: „Gegen die intellektualistische Zersetzung der alten moralischen Werte“. *Die Süddeutschen Monatshefte* zwischen Krieg und Nationalsozialismus. In: Michel Grunewald, Uwe Puschner (Hrsg.): *Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*. Bern u.a. 2003, S. 165-201, hier S. 173 f.

vidueller und allgemeiner Geschichte betonte schon Carl Misch auf der erwähnten Trauerfeier: „Wir können nicht an der Tragik seines Lebens vorübergehen, die ja weit mehr ist als ein historischer Zufall, oder als ein persönliches Missgeschick.“¹⁹

II. Methodische Überlegungen

Historiker bilden gewissermaßen den Paradegegenstand intellektueller Biographien, da sich ihre geistige Entwicklung scheinbar eindeutig aus dem historischen Kontext, dem Forschungsdiskurs und der eigenen Forschungstätigkeit ablesen lässt.²⁰ Gerade sozioökonomische Perspektiven spielen in diesem Kontext jedoch häufig nur eine untergeordnete Rolle, weil Universitätsprofessoren gewöhnlich materiell ebenso abgesichert waren wie sie über die nötigen Kapazitäten und den Freiraum verfügten, um sich auf die Wissenschaft zu konzentrieren. Verglichen mit seinen Fachkollegen an den Universitäten blieb Valentins berufliche Stellung aber prekär, seit er 1917 aus politischen Gründen gezwungen war, auf seine Lehrbefugnis zu verzichten. Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, keine eng verstandene intellektuelle Biographie zu schreiben, sondern einen Ansatz zu wählen, welcher „der spezifischen Problematik des Untersuchungsgegenstands angemessen“ ist.²¹ Im Fall Valentins bietet es sich besonders an, eine „integrated perspective on science“²² einzunehmen, die stärker auch sozioökonomische Perspektiven, institutionelle Rahmenbedingungen und mentale Prägungen berücksichtigt. Obwohl aus diesem Blickwinkel bislang vor allem Naturwissenschaftler untersucht worden sind, schuf gerade das Exil auch für Geisteswissenschaftler einen vollkommen neuen Rahmen wissenschaftlichen Arbeitens. Die materiellen Bedingungen der befristeten Anstellungen und Kurzzeitstipendien prägten Valentins Forschung sicherlich ebenso wie die Sorge um die zurückgelassene Familie, die Suche nach historischen Quellen oder eben der intellektuelle Austausch mit den neuen Freunden und Kollegen in-

19 Trauerrede von Carl Misch, S. 2, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M. (IfS), S. 1/1 (NL Valentin), Nr. 60.

20 Vgl. aus dem wissenschaftlichen Umfeld Valentins die sehr unterschiedlichen Arbeiten über Erich Marcks, Hans Rothfels und Georg von Below: Jens Nordalm: Historismus und moderne Welt. Erich Marcks (1861-1938) in der deutschen Geschichtswissenschaft. Berlin 2003; Eckel, Rothfels (wie Anm. 16); Hans Cymorek: Georg von Below und die deutsche Geschichtswissenschaft um 1900. Stuttgart 1998.

21 Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie. München 1998, S. 13.

22 Helge Kragh: An Introduction to the Historiography of Science. Cambridge 1987, S. 171; vgl. zu den Anwendungsmöglichkeiten Margit Szöllösi-Janze: Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte. Vom Nutzen der Biographie für Geschichtswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte. In: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 17-35.

ner- und außerhalb der universitären Räume. Hier sind gerade alltagsgeschichtliche Ansätze aus der Exilforschung anschlussfähig, die diese Aspekte im Spiegel subjektiver Erfahrungen und Wahrnehmungen beleuchten und dadurch einen anderen Blickwinkel eröffnen als etwa Eckels gelungenen, aber vergleichsweise entpersonalisierte Produktions-, Umfeld- und Kontextanalysen.²³ Vor diesem Hintergrund lässt sich die geplante Studie in drei Teilbereiche gliedern, die Wissenschaftsgeschichte, Liberalismus- und Pazifismusgeschichte sowie Exilgeschichte miteinander verbinden.

Erstens sollte Valentins Außenseiterrolle nach 1917 grundlegend problematisiert und wissenschaftsgeschichtlich kontextualisiert werden. Denn zum einen widerspricht diese Zuschreibung eklatant seiner Selbstwahrnehmung; tatsächlich teilte Valentin die gravierenden Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen kaum, die das Berufsleben gerade der deutsch-jüdischen Wissenschaftler in der Zwischenkriegszeit entscheidend prägten. Zum anderen reproduziert eine derartige Interpretation in erster Linie die zeitgenössische Sichtweise der historischen Zunft. Geschichtsdarstellung und -analyse waren in den 1920er Jahren jedoch kein alleiniges Privileg der alten Universitäten. Vielmehr konkurrierten diese auf dem Wissenschaftsmarkt nicht nur mit Forschungsinstituten, den neugegründeten Hochschulen und dem Reichsarchiv, sondern auch mit der populären Publizistik.²⁴ Als Dozent an der Berliner Handelshochschule und der Hochschule für Politik lehrte Valentin auch nach dem Ersten Weltkrieg und schrieb weiterhin etwa für die „Historische Zeitschrift“. Darüber hinaus verfasste er als Reichsarchivrat offiziöse Darstellungen zum Flaggenstreit und, anlässlich des Jubiläums, zum Hambacher Fest und betätigte sich außerdem publizistisch als Autor und Herausgeber.²⁵ Anstatt vom Standpunkt der „Ordinariengeschichtsschreibung“ (Armin Nolzen) aus eine Außenseiterrolle zu konstruieren, ist es deshalb aussichtsreicher, die spezifische „Konkurrenzkultur“ des Weimarer Wissenschaftsmarktes in den Fokus zu rücken.²⁶

23 Vgl. Anm. 16; grundlegend zu den Alltagserfahrungen Wolfgang Benz (Hrsg.): *Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration*. München 1991; jetzt auch *Yearbook of the Research Centre for German and Austrian Exile Studies* 16 (2015) zum Thema „Exile and Everyday Life“.

24 Zur neuartigen Konkurrenzsituation etwa im „Weimarer Erinnerungskulturkampf“ vgl. Markus Pöhlmann: *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956*. Paderborn u. a. 2002, v. a. S. 248-283.

25 Veit Valentin, Otto Neubecker: *Die deutschen Farben*. Mit einem Geleitwort von Reichskunstwart Edwin Redslob. Leipzig 1929; ders.: *Das Hambacher Nationalfest*. Berlin 1932.

26 Vgl. dazu den DFG-Forschungsverbund „Konkurrenzkulturen. Soziale Praxis, Wahrnehmung und Institutionalisierung von Wettbewerb in historischer Perspektive“ (Köln/München), insbesondere das von Margit Szöllösi-Janze geleitete Teilprojekt „Wettbewerb zwischen Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert in Deutschland“.

Zweitens überschneiden sich in diesem Kontext historiographische Deutungen und politisches Engagement. Als überzeugter Republikaner und Pazifist war Valentin sowohl in der „Deutschen Demokratischen Partei“ und dem „Reichsbanner“ als auch in der „Liga für Menschenrechte“ aktiv. Gerade weil er im linksliberalen Milieu tief verwurzelt war, ohne dabei zur engeren Führungselite zu zählen, bietet seine Tätigkeit einen personenzentrierten Zugang zu den linksliberalen Institutionen und Netzwerken, der strukturge-schichtliche Perspektiven gewinnbringend ergänzen kann. Konkret ließe sich etwa danach fragen, wie ein Ortsvorstand der DDP arbeitete. Was für Reden hielt er, und wie kommunizierte er mit Abgeordneten, Funktionären oder einfachen Mitgliedern? Darüber hinaus verfolgte und reflektierte Valentin aufmerksam die Entstehung, die Selbstbehauptung und den Untergang der Weimarer Republik und verarbeitete diese Erfahrungen später historiographisch. In den Vorträgen und Vorlesungen der Exilzeit verbanden sich deshalb – ähnlich wie bei Hans Rothfels – individueller „Erlebnishintergrund“ und wissenschaftliche Analyse in der Expertise des Zeitzeugen.²⁷

Drittens konzentriert sich das Projekt auf die Exilerfahrung Veit Valentins, die zum einen unterschiedliche Einblicke in den Alltag, die Netzwerke der deutschen Emigranten und in die Arbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen ermöglicht.²⁸ Zum anderen soll aber vor allem danach gefragt werden, wie sich seine politische Einstellung, sein Deutschland- und Europabild und seine wissenschaftliche Perspektive in England und den USA veränderten. Die Grundlage hierfür bilden zahlreiche unbekannte Vorträge und Aufsätze, die Valentins zweite Ehefrau der Cornell University vermachte und die mittlerweile in den dortigen „Veit Valentin Papers“ verfügbar sind. Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass die Akkulturation der Emigranten ein ambivalenter Lernprozess war, der nicht geradlinig zu einem „cultural hybrid [...] on the margin of two cultures and two societies“ führte.²⁹ Hier bietet es sich an, die vor allem sozialgeschichtlich geprägte Perspektive zu erweitern, indem man die widersprüchlichen Aushandlungsprozesse hervorhebt, die Akkulturationen kennzeichnen. Jedenfalls kann die Konzentration auf Herkunfts- und Zielmilieus oder auf Push- und Pull-Faktoren zum Bei-

27 Eckel, Rothfels (wie Anm. 16), S. 217; vgl. etwa Valentins Rede auf der Gedenkfeier für Friedrich Ebert in New York, Ludwig Richter (Bearb.): Rückbesinnung und Neubeginn. Eine Gedenkfeier zu Ehren Friedrich Eberts am 2. März 1945 in New York. Bonn 1995.

28 Unter anderem war Valentin Vorstandsmitglied der „American Guild for German Cultural Freedom“ und Stipendiat der „Society for the Protection of Science and Learning“, der Rockefeller Foundation und des „Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars“. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beteiligte er sich zudem an der amerikanischen „Loyalty“-Bewegung.

29 Robert Park, zit. nach: Claus-Dieter Krohn: Differenz oder Distanz? Hybriditätsdiskurse deutscher refugee scholars im New York der 1930er Jahre. In: Exilforschung 27 (2009), S. 20-39, hier S. 34.

spiel kaum erklären, warum Valentin während des Zweiten Weltkriegs plötzlich offen mit einem „Volkskaisertum“ sympathisierte, das im Grunde weder seinen eigenen früheren noch den zeitgenössischen amerikanischen Vorstellungen entsprach.³⁰

Als inhaltliche Klammer dieser Perspektiven dient die Frage nach dem „Weltbürger“. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, einen eindeutigen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess zu schildern, wie ihn vor allem die Autoren der Nachrufe in ihrer erklärenden Sicht auf Valentin unterstellten.³¹ Schließlich galt der Historiker bereits vor dem Gang ins Exil als weitgereister Kosmopolit; die Zeit in England und den USA verstärkte diese Zuschreibung zusätzlich noch. So dürfen die individuellen Widersprüche und strukturellen Widerstände gegen diese Entwicklung nicht einfach unterschätzt werden. Eingedenk dieses Blickwinkels soll Valentin daher auf zwei Ebenen beleuchtet werden: Erstens ist auf der biographischen Ebene zu untersuchen, wie sich ein wilhelminisch sozialisierter Monarchist zu einem überzeugten Demokraten und Kosmopoliten wandelte. Damit eng verknüpft, bleibt zweitens auf der historiographischen Ebene zu überprüfen, inwieweit Valentin den traditionellen Neorankeanismus seiner Lehrer erweiterte oder überwand.³² Auch wenn gewisse lebensgeschichtliche Kontinuitäten eine vermeintliche Linearität nahelegen, geht es hier weniger darum, eine einfache Entwicklung abzubilden, als vielmehr situative Konfigurationen zu analysieren. Denn Valentin hatte die nationale und außenpolitische Engführung des Neorankeanismus bereits vor seiner Exilzeit hinterfragt und sich in der Folge sogar der Kolonialgeschichte und dem Völkerbundgedanken zugewandt.³³ Eine andere Sicht auf Bismarcks Außenpolitik gewann er dagegen erst in England, als er die britischen Diplomatenberichte zur Reichsgründung auswertete, und so lehnte er die Vorstellung vom „Primat der Außenpolitik“ spätestens seit 1938 ausdrücklich ab. Wiederum entsprachen seine zweibändige „Weltgeschichte“ und die für ein englischsprachiges Publikum konzipierte „Geschichte der Deutschen“ kaum den Ansprüchen seiner „fortschritt-

30 Vgl. zur österreichischen Wissenschaftsemigration Johannes Feichtinger: *Wissenschaft zwischen den Kulturen. Österreichische Hochschullehrer in der Emigration 1933-1945*. Frankfurt a.M. 2001; Veit Valentin: *Germany after the War*. In: *The Contemporary Review* 161 (1942), S. 62-78.

31 Vgl. u. a. Kurt Pinthus: *Zu Veit Valentins Tod*. In: *Monatshefte* 39 (1947), H. 3, S. 195 f.

32 Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Etikett „Neorankeanismus“ selbst auf Valentins Doktorvater Erich Marcks immer nur zum Teil zutraf, vgl. Nordalm, Marcks (wie Anm. 20).

33 Vgl. Jürgen Osterhammel: *Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen*. In: Ders., Wilfried Loth (Hrsg.): *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*. München 2000, S. 287-397, hier S. 392 f. Im Gegensatz zur bis dahin gepflegten Forschungstradition kommen auch in Valentins großer Revolutionsgeschichte zu 1848/49 die außenpolitischen Faktoren lediglich am Rande vor.

lichen‘ Kollegen.³⁴ Greift es aber nicht zu kurz, diese Werke allein daran messen zu wollen, inwieweit sie sozialgeschichtliche oder gar gesellschaftsgeschichtliche Elemente aufweisen? Valentin hier schlicht eine „konservative Geschichtsauffassung“ zu unterstellen und die anhaltende internationale Popularität der Bücher „paradox zu nennen“,³⁵ verkennt die – durchaus vorhandenen – Stärken der Bücher, vor allem aber ignoriert es deren besonderen Entstehungskontext.

Insgesamt zielt die Biographie daher darauf ab, die paradigmatischen Erfahrungen Veit Valentins als konkreten Zugang zu nutzen, um die epochalen Veränderungen zwischen 1914 und 1945 zu verfolgen und wissenssoziologische, politisch-sozialgeschichtliche und migrationsgeschichtliche Perspektiven im Kontext der Historiographiegeschichte zu verbinden. Die folgenden Ausführungen zum Exil behandeln gerade nicht den wissenschaftlichen Output oder die engere intellektuelle Entwicklung, sondern konzentrieren sich stattdessen – an dieser Stelle – auf zwei wichtige Kontexte, in die diese eingebettet waren: den Alltag in England und die Akkulturationshindernisse in den USA.

III. Alltag in England (1933-1939): Arbeitsbedingungen – Haushalt und Familie – Freizeit

Mit Blick auf die bisweilen beschönigenden Darstellungen des literarischen Exils betonte Wolfgang Benz zu Recht, dass man die Erfahrungen der Künstler, Literaten und Professoren nicht mit dem „gewöhnliche[n] Exil“ der ‚kleinen Leute‘ verwechseln dürfe.³⁶ Selbst auf der vergleichsweise „besonnte[n] Seite des Exils“³⁷ war es wohl weniger der intellektuelle Austausch als vielmehr der ungewohnte Alltag, der die Exilerfahrungen der Wissenschaftler prägte. In diesem Kontext unterstreicht auch Valentins komfortable Situation in London, welche große Rolle etwa Arbeitsbedingungen ebenso wie familiäre und gesellschaftliche Bindungen für die wissenschaftliche Entwicklung der Emigranten spielten.

England war für den deutschen Historiker weit mehr als ein Refugium, das sich ihm nach der politisch motivierten Entlassung aus dem Reichsdienst öffnete.³⁸ Zum einen kannte er das Land schon lange vor 1933, hatte zu Stu-

34 Vgl. u.a. die Rezension zu „The German People“ von Hans Rothfels. In: *Social Research* 14 (1947), S. 383-386.

35 So Fehrenbach, Valentin (wie Anm. 8), S. 69 bzw. Wehler, Einleitung (wie Anm. 9), S. 15.

36 Benz, Exil (wie Anm. 23), S. 9.

37 Ebd.

38 Das Entlassungsschreiben aus dem Reichsarchiv vom 22.6.1933, ist u.a. abgedruckt im Vorwort zu: Veit Valentin: *Geschichte der Deutschen*. Berlin 1947, S. XIII.

dienzeiten in Oxford Vorlesungen gehört, später in den Royal Archives in Windsor Castle für seine Habilitationsschrift geforscht und sich sogar 1914 auf eine Professur in Liverpool beworben.³⁹ Zum anderen ermöglichten ihm Stipendien des „Academic Assistance Council“ (AAC, später: „Society for the Protection of Science and Learning“) und der Rockefeller Foundation nun, was ihm in Deutschland seit 1917 verwehrt geblieben war: er konnte an einer renommierten Universität lehren. Obwohl er auch hier nie einen ordentlichen Lehrstuhl übernahm, war die Stelle als „recognised teacher“ am University College daher dennoch eine berufliche – und sogar finanzielle – Verbesserung.⁴⁰

Weil in England damals kein Lehrstuhl für deutsche Geschichte existierte, füllte Valentin eine gravierende Leerstelle, was 1936 auch der Dekan des University College hervorhob.⁴¹ Im selben Jahr erhielt der Historiker – als einziger Geisteswissenschaftler – eines von nur vier dreijährigen Fellowships des AAC. Englische Professoren wie John Ernest Neale und George Peabody Gooch hatten dafür sogar beinahe ein Jahresgehalt im Kollegenkreis gesammelt. Ohne Übertreibung lässt sich festhalten, dass Valentin zum Aushängeschild der deutschen Emigrationshistoriker in England und darüber hinaus zu einem gefragten Ansprechpartner der Hilfsorganisationen avancierte. Auch die Universität unterstützte ihn auf vielfache Weise: Sie erleichterte die Anpassung an die neue Wissenschaftskultur, indem sie ihm erlaubte, einen Teil der Vorlesungen zunächst auf Deutsch zu halten. Des Weiteren half die offizielle Anstellung, gute Verbindungen zu den englischen Behörden aufzubauen, die es Valentin erst ermöglichten, mit bis dahin unbenutzten Unterlagen des Foreign Office zu arbeiten. Für die Veröffentlichung des daraus zusammengestellten Buchs „Bismarcks Reichsgründung im Urteil englischer Diplomaten“ sowie für eine gekürzte Übersetzung der Revolutionsgeschichte übernahmen die Universität und die Kollegen die Druckkosten.⁴² Nicht zuletzt konnte Valentin wichtige wissenschaftliche Kontakte knüpfen, besuchte etwa die jährlichen Anglo-American Historical Conferences und vertrat das University College auf dem Internationalen Historiker-

39 Vgl. dazu Schaber, Valentin (wie Anm. 6), S. 14.

40 Vgl. etwa den Fragebogen des AAC, 31.7.1933, Bodleian Library Oxford (BLO), Society for the Protection of Science and Learning (SPSL), Box 561/2, f. 105.

41 Mawer an Adams, 15.2.1936, ebd., f. 191.

42 Vgl. Valentin, Reichsgründung (wie Anm. 15), S. VII; ders.: 1848. Chapters of German History. London 1940. Wie schwierig und aufwändig es für die emigrierten deutschen Wissenschaftler in England und den USA war, überhaupt einen Verlag zu finden und ihre Arbeiten übersetzen zu lassen, zeigen eindrücklich die Briefe der Meinecke-Schüler, u. a. Hans Baron an Walter Goetz, 9.11.1937, abgedr. in: Friedrich Meinecke: Akademischer Lehrer und emigrierte Schüler. Briefe und Aufzeichnungen 1910-1977, eingel. u. hrsg. von Gerhard A. Ritter. München 2006, S. 281 f.

kongress 1938 in Zürich.⁴³ Der Historiker selbst nutzte seine privilegierte Stellung, um anderen „refugee scholars“ mit Empfehlungen zu helfen, von denen unter anderen Arnold Berney, Wolfgang Hallgarten, Alfred Manes und Ernst Kantorowicz profitierten. Daneben arrangierte er Vorträge in den eigenen Lehrveranstaltungen, womit etwa der Renaissanceforscher Hans Baron dem AAC seine Englischkenntnisse beweisen konnte.⁴⁴

Das Stipendium sicherte dem Universitätslehrer nicht nur Auskommen und wissenschaftliche Perspektive, sondern wirkte sich auch auf die privaten Lebensverhältnisse aus. So zog Valentin von einem kleinen Apartment in ein größeres, ansehnlicheres und damit standesgemäßeres Haus in North Finchley um. Obwohl das Gebäude wohl kaum an die prächtigen Villen in der Nachbarschaft heranreichte, war es doch untypisch für einen deutschen Emigranten, überhaupt in einem Haus mit sechs Zimmern, eigenem Garten und sogar elektrischen Öfen zu wohnen.⁴⁵ Valentin drückte diese widersprüchlichen Eindrücke 1938 selbst in einem Brief an seine Schwester Klara aus: „Gestern wieder Abendgäste, die Zahl der Unglücklichen wächst, man wird wie eine Art Großmogul angesehen, weil man ein Haus und den Gebrauch seiner Sachen hat.“⁴⁶ Tatsächlich war es in Emigrantenkreisen ja weitaus üblicher, seinen Lebensunterhalt mit einfachen Arbeiten zu bestreiten oder zumindest aufzubessern, als eine Sekretärin und eine Haushälterin anzustellen, wie Valentin es tat.⁴⁷ Trotz dieser vergleichsweise privilegierten Lage beleuchten auch die Briefe an Klara einen wichtigen Aspekt des Exilalltags: man lernte, viele Dinge selbst zu machen. Vor allem anstelle eines Restaurantbesuchs selbst zu kochen, war offenbar eine häufig genutzte Möglichkeit, um Geld zu sparen. Wenn in Briefen aus London, Paris und New York ausführlich die Vorteile von Konserven geklärt oder die Tücken des Eierbratens beschrieben werden, mag das auf heutige Leser eher amüsant wirken. So zum Beispiel wenn Wolfgang Hallgarten und seine Mutter, die zuvor in München in ihrer 21-Zimmer-Villa wohl nie auch nur in der Nähe der Küche gewesen sein dürften, einander nun gleichermaßen verschämt und stolz über ihre Kocherfolge berichteten.⁴⁸ Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, dass diese Notwendigkeit eine direkte Folge der Enteignungen durch das

43 Vgl. u.a. zum Historikerkongress in Zürich: Karl Dietrich Erdmann: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historique. Göttingen 1987, S. 221-245.

44 Vgl. Baron an Adams, 6.12.1937, BLO, SPSL 249/4, f. 339.

45 Vgl. den Mietvertrag vom 1.7.1937, IfS, NL Valentin 58.

46 Valentin an seine Schwester Klara, o.D. [1938], ebd. 120, f. 2.

47 Vgl. u.a. Peter Alter: Mittler zwischen den Kulturen. Historiker aus Mitteleuropa im Nachkriegsengland. In: Stefan Berger, Peter Lambert, Peter Schumann (Hrsg.): Historikerdialoge. Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-britischen kulturellen Austausch 1750-2000. Göttingen 2003, S. 331-344, hier S. 335.

48 Vgl. den ausführlichen Briefwechsel zwischen Constanze und Wolfgang Hallgarten, Hoover Institution Archives Stanford, George Wolfgang Felix Hallgarten Papers, Box 40.

NS-Regime war, das in Deutschland den Besitz und das Vermögen der Familie beschlagnahmt hatte. Deshalb bedeutete auch die weit verbreitete Do-it-yourself-Einstellung im Exil mehr als nur die Aneignung eines neuen Lebensstils; sie lässt sich darüber hinaus als konkreten und performativen Ausdruck des politisch erzwungenen sozialen Abstiegs verstehen. Wie erwähnt, betraf dies Valentin selbst in England kaum. In den USA teilte er diese Erfahrung jedoch umso mehr.

North Finchley und das Haus in der Holdenhurst Avenue wurden auch das neue Heim der Familie Valentin, insbesondere des 15jährigen Sohnes Wolfgang, der hier erfolgreich eine Schule besuchte und seine Freizeit bei den Pfadfindern verbrachte. 1936 konnte Valentin in London schließlich nicht nur mit Frau und Kind Weihnachten feiern, sondern auch mit seiner Schwester, die extra aus Deutschland zu Besuch kam. Mit Blick auf das Familienleben trägt dieses idyllische Bild allerdings. Denn tatsächlich gab es unübersehbare Eheprobleme zwischen Valentin und seiner Frau Ilse. Es steht keineswegs ein voyeuristisches Interesse dahinter, diese privaten Probleme zu thematisieren, auf die bereits Walther hingewiesen hat.⁴⁹ Vielmehr lässt sich an diesem Beispiel illustrieren, wie wenig sich berufliche, politische und familiäre Fragen gerade im Exil voneinander trennen ließen. So hatte Valentin es seit 1933 bewusst vermieden, sich öffentlich politisch zu äußern, um seinen Sohn und seine Schwester zu schützen. Vier Aspekte erscheinen mir in diesem Kontext aus historischer Sicht besonders relevant:

Erstens ist es zwar mehr als offensichtlich, dass Valentin seiner Frau häufig untreu war – sie wusste davon schon seit Jahren. Die spezifischen Umstände des Exils belasteten die Ehe aber zusätzlich. So verbrachte Ilse Valentin jedes Jahr mindestens sechs Monate in Deutschland, damit sie nicht 25 Prozent ihres Vermögens als „Reichsfluchtsteuer“ bezahlen musste. Zweitens hatte Valentin in London – unter anderem – eine Affäre mit Elli Gundolf, der Witwe des Germanisten Friedrich Gundolf. Weil sie Jüdin war, befürchteten beide seit den Nürnberger Gesetzen, in Deutschland wegen des Straftatbestandes der „Rassenschande“ angeklagt zu werden und dadurch ihre bestehenden Pensionsansprüche zu verlieren. Dieser Fall zeigt eindrücklich, wie massiv der nationalsozialistische Herrschaftsapparat selbst noch in das Privatleben derjenigen eingreifen konnte, die der Verfolgung in Deutschland entkommen waren. Drittens fiel das Potsdamer Scheidungsurteil eindeutig zugunsten Ilse Valentins aus, die das alleinige Sorgerecht für den Sohn zugesprochen bekam. Valentin hatte schon 1934 geahnt, dass er von der deutschen Justiz keine Gerechtigkeit erwarten konnte: „[D]ie Gerichte würden gegen mich, als im Ausland lebend und politisch belastet[,] alles zu

49 Walther, Meinecke (wie Anm. 13), S. 211 f.

tun bereit sein.“⁵⁰ Nach der Scheidung wurde er noch deutlicher: Es sei „ein schlimmeres Beispiel von Rechtsbeugung gegenüber einem Abwesenden als ich es für möglich gehalten habe. Ilse's Wort- und Vertragsbruch wird ihr noch als patriotische Handlung ausgelegt“.⁵¹ Viertens scheint es in diesem Zusammenhang durchaus möglich zu sein, dass die Scheidung letztlich den Impuls zum kurz darauf erfolgten Ausbürgerungsverfahren gegeben hat. Jedenfalls erstreckte sich die Ausbürgerung explizit nur auf Veit Valentin, nicht aber auf seine geschiedene Frau Ilse und seinen Sohn Wolfgang.

Die Erfahrungen der „refugee scholars“ beschränkten sich jedoch nicht nur auf familiäre Probleme und den universitären Arbeitsalltag. Tatsächlich führte die oft schwierige berufliche Situation in vielen Fällen dazu, dass sie mehr Freizeit hatten, als ihnen überhaupt lieb war. In diesem Kontext spielten soziale und gesellschaftliche Aktivitäten eine bedeutende Rolle, zu denen insbesondere das breit gefächerte Klubwesen zählte. So besuchte Valentin regelmäßig zum Beispiel den „Anglo-German Circle“ oder den „Anglo-Austrian Club“ und gründete zwei Gesellschaften sogar selbst: zum einen den sogenannten „Luncheon Club“, den er mit dem Vorsitzenden der „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“, Fritz Demuth, und dem ehemaligen Reichsminister Gottfried Treviranus leitete. Zu den Mitgliedern dieser „literarisch-wissenschaftliche[n] Tafelrunde“,⁵² die sich zweiwöchentlich in einem französischen Restaurant traf, gehörten so unterschiedliche Charaktere wie Jürgen Kuczynski, Monty Jacobs, Max Herrmann-Neiße, Karl Otten, Karl Federn und Moritz Julius Bonn. Zum anderen etablierte Valentin mit Demuth die „German Scientific Society“, die sich seit November 1936 einmal im Monat im Haus des Kaufmanns Erich Kraft in Hampstead traf und zu zahlreichen Vorträgen einlud. Dieses „Forum, von dem vielfältige Anregungen in die Arbeiten Valentins zurückströmten“,⁵³ entwickelte sich bald zu einem „centre of German intellectual life in London“.⁵⁴ Der Historiker sprach hier etwa über Bismarcks Außenpolitik, während sich der Jurist Hermann Ulrich Kantorowicz dem Thema „Savigny und die historische Rechtsschule“ widmete oder der englische Literaturwissenschaftler William Rose den „Liebestod bei Thomas Mann“ analysierte.

Da diese Clubs einen institutionalisierten Raum für politische, literarische und wissenschaftliche Diskussionen boten, sind sie aus historischer Sicht sicherlich ähnlich interessant, wie sie es schon damals für den britischen Ge-

50 Valentin an seine Schwester, 19.8.1934, IfS, NL Valentin 117, f. 88.

51 Valentin an seine Schwester, 23.4.1938, ebd. 120, f. 22.

52 Karl Otten: *Werk und Leben. Texte, Berichte, Bibliographie*, hrsg. von Bernhard Zeiler u. Ellen Otten. Mainz 1982, S. 26.

53 Schaber, Valentin (wie Anm. 6), S. 36.

54 So 1939 G. P. Gooch in einem Empfehlungsschreiben für Valentin, BLO, SPSL 561/2, f. 283.

heimdienst MI5 waren.⁵⁵ Andere Freizeitaktivitäten eröffnen dagegen einen geradezu komisch anmutenden Einblick in kulturelle Missverständnisse und die vielen kleinen Hürden des Alltagslebens. Dass sich die „refugee scholars“ in England auf für sie ungewohntem Terrain bewegten, zeigte sich nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene, wenn etwa Valentin auf einer Semestereröffnungsfeier die akademischen Sitten verletzte, indem er Studentinnen zum Tanz aufforderte, und danach unter englischen Kollegen scherzhaft als „dancing professor“ galt.⁵⁶ Beim Sport ließ sich der unbekannte Boden – zum Teil im wörtlichen Sinne – sogar entschuldigend anführen, um Niederlagen zu relativieren. So war sich Wolfgang Hallgarten vollkommen sicher, „die ungewohnten Grassplätze [!] und eine Magenverstimmung infolge der hiesigen komischen Ernährung“⁵⁷ seien die eigentlichen Gründe, weshalb er gegen den immerhin doppelt so alten, über sechzigjährigen Labour-Politiker Baron Pethick-Lawrence ein Tennismatch verloren habe.

Einen weiteren Aspekt der Freizeitaktivitäten hat die Forschung bislang wohl weitgehend übersehen: Urlaub. Packten nicht selbst „refugee scholars“ ab und zu gerne ihre Sachen, um den Arbeitsplatz zu verlassen und sich an anderen Orten zu erholen? Zählte neben dem symbolträchtigen Koffer gerade nicht auch der Rucksack zu den „Dingen des Exils“?⁵⁸ Obwohl größere Reisen für viele unerschwinglich gewesen sein dürften, war es doch durchaus möglich, etwa für ein Wochenende mit dem Bus aufs Land oder an die Küste zu fahren. Sicherlich war Valentin in diesem Kontext wiederum ein Sonderfall, der von seiner privilegierten beruflichen Stellung profitierte; vor allem Vortragseinladungen und Konferenzen boten eine günstige Gelegenheit, daran unmittelbar einen Urlaub in Wales, Frankreich oder der Schweiz anzuschließen. Eindrücklich illustrieren die zahlreichen Postkarten, die seine Schwester Klara unter anderem aus Hastings, Exeter, Manchester, Sussex oder Cardiff erhielt, dass er sowohl kürzere Urlaube in der Nähe Londons verbrachte, als auch einen großen Teil der britischen Inseln erkundete. Diese Aufenthalte bedeuteten mehr als bloße Erholung. Man kann die Reisen durchaus auch als eine konkrete Praxis des Kennenlernens und der Aneignung der neuen „Heimat“ verstehen, ohne die eine umfassende Rekonstruktion dessen kaum möglich erscheint, was die „refugee scholars“ das Exil in England wahrgenommen und erfahren haben. Auf einer dieser Reisen – in Irland – erreichte den Historiker 1939 die Nachricht, dass sein Stipendium vor dem Hintergrund des sich anbahnenden Krieges nicht verlängert werden

55 Vgl. Charmian Brinson, Richard Dove: *A Matter of Intelligence. MI5 and the Surveillance of anti-Nazi Refugees 1933-50*. Manchester 2014.

56 Vgl. Schaber, Valentin (wie Anm. 6), S. 39.

57 Tagebuch Hallgartens Bd. IV, S. 116 (17.1.1936), Hoover Institution Archives Stanford, George Wolfgang Felix Hallgarten Papers, Box 30.

58 Vgl. den Band der Zeitschrift *Exilforschung* 31 (2013) zum Thema „Dinge des Exils“.

konnte.⁵⁹ Valentin, der Europa Anfang September 1939 in Richtung New York verließ, blickte dennoch nie verbittert auf seine Zeit in London zurück, sondern schrieb noch 1946 aus Washington an eine alte Freundin: „Ich habe England geliebt, so weit man ein Land lieben kann, was nicht die Heimat ist.“⁶⁰ Die historische Forschung sollte ernst nehmen, dass er dabei weit mehr vor Augen hatte als nur intellektuelle Erfahrungen.

IV. „Citizen of Atlantis”: ambivalente Akkulturationserfahrungen in den USA (1939-1947)

1950 veröffentlichte die deutsch-jüdische Emigrantin Dora Edinger einen Beitrag mit dem Titel „Citizen of Atlantis“, der die tragische Geschichte des deutschen „Forty-Eighter“ Christian Esselen erzählte.⁶¹ Esselen war 1849 nach der Niederlage der Revolutionäre in Baden zunächst über die Niederlande nach London geflohen, bevor er 1852 in die USA emigrierte. Dort versuchte er unermüdlich, als Journalist seinen Lebensunterhalt mit einer Zeitschrift zu bestreiten, die er programmatisch „Atlantis“ nannte, weil sie sich an diejenigen Immigranten richtete, „who lived between the two continents“.⁶² Er selbst kam in der Neuen Welt nie wirklich an, sondern führte ein rastloses Leben, das ihn von Detroit nach Milwaukee, Chicago, Dubuque, Cleveland, zurück nach Detroit, Buffalo und schließlich nach New York führte, wo er mit 36 Jahren unter ungeklärten Umständen verstarb. Entsprechend schwermütig endete Edingers Aufsatz: „After the Civil War his name and work were forgotten. A new generation no more inhabited Atlantis.“⁶³

Edinger widmete ihr Werk dem 1947 verstorbenen Veit Valentin, als dessen Assistentin sie nach dem Zweiten Weltkrieg gearbeitet hatte, und war sich sicher, „that his colleagues will discover a similarity between his fate and Esselen’s“.⁶⁴ Den Historiker als „citizen of Atlantis“ zu charakterisieren, war ungewöhnlich, es rückte die widersprüchlichen Emigrationserfahrungen in den Blick, in denen sich Licht und Schatten mischten und auf große Hoffnungen selten kleine Erfolge, aber häufig massive Enttäuschungen folgten. Tatsächlich erschienen Exil und Emigration hingegen in den verbreiteten

59 Auf die genauen Hintergründe kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden, vgl. dazu vor allem Walther: Meinecke (wie Anm. 13), S. 216-219.

60 Valentin an Lien Kalkschmidt, 27.7.1946, IfS, NL Valentin 96.

61 Dora Edinger: Christian Esselen. Citizen of Atlantis. In: Michigan History 34 (1950), S. 133-143.

62 Ebd., S. 139.

63 Ebd., S. 143.

64 Ebd., S. 133.

Selbststilisierungen oft geradezu als ‚blessing in disguise‘. Insbesondere die jüdischen Wissenschaftler, die bereits in Deutschland in eine Außenseiterrolle gedrängt worden waren, konnten die neugewonnene Distanz durchaus als Befreiung und intellektuellen Gewinn empfinden. Wenn etwa der Soziologe Adolph Löwe sich und seine Kollegen Jahre später als „Emigrationsgewinner“ bezeichnete, ist dennoch kaum zu übersehen, dass diese Einschätzung keineswegs der damaligen Wahrnehmung entsprach.⁶⁵ Obwohl das Erfolgsnarrativ der Wissenschaftsemigration in erster Linie aus der autobiographischen Retrospektive entstand, hat es die historische Forschung nachhaltig geprägt. Gerade weil die berufliche Konsolidierung für die meisten jedoch erst nach dem Kriegsende einsetzte, lohnt es sich in diesem Kontext, die prekäre Situation in den USA Anfang der 1940er Jahre ernst zu nehmen.

Auch Valentin pries in seinem Buch „The German People“ 1946 – auf geradezu typische Weise – die besonderen wissenschaftlichen Einsichten der „refugee scholars“: „They were forced to re-examine and re-evaluate all their intellectual possessions. Distance and the challenge of a new world made them look at old problems from a fresh perspective and deepened their insight.”⁶⁶ Obwohl anzunehmen ist, dass der Historiker tatsächlich so dachte, sollte man auch berücksichtigen, dass er sich damit zugleich an anerkannte Sprachregelungen hielt und zudem die Erwartungen seiner amerikanischen Kollegen sowie potentieller Sponsoren bediente. Denn vor dem Hintergrund der materiellen Unsicherheit spielte zu dieser Zeit der intellektuelle Gewinn wohl nur eine untergeordnete Rolle. Sicherlich erzählte Valentin Freunden und Verwandten lieber von Teegesprächen bei Thomas Mann oder von seinen erlebnisreichen Reisen nach Kalifornien als von der schwierigen beruflichen und finanziellen Situation. Erst nach seinem Tod klärte deshalb seine zweite Frau Liane, die er 1946 geheiratet hatte, die Schwester darüber auf, bat aber bezeichnenderweise zugleich um Verschwiegenheit:

„Siehst Du, Veit hatte viele, sehr harte Zeiten hier in Amerika, – er sprach bloß nie davon, da er zu stolz war –, er führte eine Exilexistenz mit all den traurigen Begleiterscheinungen einer solchen, – nämlich schlechte Bezahlung, Unsicherheit der Stellung, ewiger Wechsel von Wohnsitz und Arbeit, lange Perioden des Harrens und Bangens, gefolgt meist von Enttäuschungen, nur selten von Erfüllung. Einem einzigen Gelingen gingen hundert fehlgeschlagene Versuche voraus, und jeder fehlgeschlagene Versuch beschwor herauf den drohenden Schatten wirklicher Not. [...] An äußeren Mitteln gehörte er zu den Ärmsten, an inneren kannte ich niemals einen Reicheren. – Aber die Perioden tiefer Traurigkeit blieben ihm nicht erspart, und der Kampf und das Ringen setzten niemals aus. Sie

65 So Richard Ned Lebow: German Jews and American Realism. In: *Constellations* 18 (2011) 4, S. 545–566, hier S. 551.

66 Valentin, *German People* (wie Anm. 14), S. 722.

waren der hohe Preis, der geschrieben steht auf die innere Freiheit der Exilierten.“⁶⁷

Insbesondere für die „refugee scholars“, die die USA nach Ausbruch des Weltkrieges erreichten, war es äußerst schwer, sich in der amerikanischen Wissenschaftslandschaft zu etablieren. Valentin stellte hier keine Ausnahme dar, und es lohnt sich, einige Akkulturationshindernisse hervorzuheben, die seine Situation prägten.

Erstens gab es strukturelle Faktoren, die eine Integration in den neuen Wissenschaftsbetrieb erschwerten. Nachdem ihn 1939/40 von dem „Institute of International Education“ (IIE) und dem „Carnegie Endowment for International Peace“ organisierte Vortragsreisen an diverse Colleges und Universitäten an der Ostküste und bis nach Kanada geführt hatten, arbeitete er jeweils für ein Jahr als Lecturer an der University of Pennsylvania in Philadelphia und dem Queens College in New York. Später ermöglichten ihm Stipendien, an der Tufts School for Law and Diplomacy in Cambridge und schließlich an der Library of Congress in Washington D.C. zu forschen. Die Aussichten auf eine feste Stelle waren jedoch im Allgemeinen gering. Dies hing zum einen damit zusammen, dass nicht nur die Stipendien von Stiftungen getragen wurden, sondern auch das „Emergency Committee in Aid of Displaced Scholars“ die Fakultätsstellen nur für einen begrenzten Zeitraum bezahlte. Oftmals lohnte es sich daher für die Universitäten nicht, einen „refugee scholar“ permanent anzustellen. Zum anderen dürfte zudem Valentins relativ hohes Alter eine Rolle gespielt haben, weil es den Universitäten widerstrebt, bereits nach wenigen Arbeitsjahren für die anstehenden Rentenzahlungen aufkommen zu müssen. Obwohl es seiner Selbstwahrnehmung vollkommen widersprach, zeigen die Unterlagen des „Emergency Committee“ dennoch, dass der Direktor des IIE Valentin nicht völlig abwegig als „extremely lucky fellow“ bezeichnete.⁶⁸ Seine Anträge wurden immerhin bewilligt. Zwar endete die Unterstützung jeweils nach zwölf Monaten, und der Historiker erhielt nur ungefähr ein Drittel des regulären Gehalts eines amerikanischen Professors. Allerdings waren Dora Edingers Erfahrungen hier wohl weitaus repräsentativer: Die alleinerziehende Mutter verdiente in zwei Teilzeitanstellungen wiederum nur ein Drittel von Valentins Einkommen und verlor zudem ihre Stelle in einer hebräischen Bibliothek an einen „Civilian Defense Volunteer“. Ihre Anträge wurden mehrmals abgelehnt, und ein annehmbares Auskommen sicherte ihr erst die Arbeit im „Office of War Information“.⁶⁹

67 Liane an Klara Valentin, 14.7.1947, IfS, NL Valentin 55, f. 23.

68 Stephen Duggan an Paul Klapper, 20.10.1941, New York Public Library (NYPL), Emergency Committee in Aid of Displaced Scholars (EC), Box 33, Folder 12.

69 Dora Edinger an Betty Drury, 19.5.1943, NYPL, EC 53/30.

Zweitens bestanden kulturelle Hürden, die über die häufig beschränkten sprachlichen Kompetenzen der „refugee scholars“ hinausreichten. Besonders die Vortragsreise bietet sich an, um eine Dimension des Akkulturationsprozesses herauszustellen, die oft unterbelichtet bleibt: Die kulturelle Interaktion basierte auf „continuous first-hand contact“⁷⁰ und verlief nicht auf einer abstrakten Ebene, sondern setzte sich aus einer Reihe konkreter Handlungen zusammen, die die Bedingungen und Variablen des Prozesses immer wieder aufs Neue performativ verhandelten, bestätigten oder infrage stellten. In ihren schriftlichen Kommentaren an das „Emergency Committee“ beurteilten daher selbst die amerikanischen Professoren weniger die wissenschaftliche Leistung Valentins als vielmehr dessen konkreten „Auftritt“. Im Vordergrund standen dabei oft Details oder scheinbare Nebensächlichkeiten wie Akzent, Betonung, Lautstärke und das persönliche Verhalten vor und nach der Lecture, nicht unbedingt der Vortrag selbst. Stephen Duggan fasste die widersprüchlichen Kommentare zusammen:

„[A] large number of excellent statements have come in about Professor Valentin, one or two were sent here which had some criticism to make about his English and I believe in the case of several women’s institutions, Professor Valentin probably made the mistake of talking down to them.“⁷¹

Gerade die sehr unterschiedliche Kritik an Valentins Sprachfähigkeiten wirkt in diesem Kontext teilweise oberflächlich und im Grunde vorgeschoben. Immerhin hatte er bereits sechs Jahre am University College in London gelehrt und fühlte sich sicher genug, um seine Vorträge frei zu halten. Der Dekan des Oberlin College, Carl Wittke, der den gebürtigen Frankfurter schon lange kannte, hielt das Englisch für „not bad“, fand aber: „Like most Europeans, he told us a lot of things which we already knew.“ Dennoch betonte er am Ende seines Statements: „Valentin is one of the best of the European scholars and knows how to fit himself into the American scene.“⁷² In diesem Fall waren also Mentalitätsunterschiede wohl ausschlaggebender als die Sprache. Mit anderen Worten: „„deutsche[r] Professoren-Dünkel““⁷³ traf auf amerikanische Vorbehalte gegenüber europäischen Kollegen, die alles besser zu wissen meinten.

Drittens müsste man auf der intellektuellen Ebene fragen, ob es denn nicht auch hier Hindernisse gab, die es Emigranten – selbst bei bestem Integrationswillen – erschwerten, neue Perspektiven zu gewinnen. Denn die „ho-

70 Robert Redfield, Ralph Linton, Melville J. Herskovitz: Memorandum for the Study of Acculturation. In: *American Anthropologist* 38 (1936), S. 149-152, hier S. 149.

71 Stephen Duggan an Guy W. Bailey, 15.4.1940, NYPL, EC 53/30.

72 „Comments about Professor Valentin“, NYPL, EC 53/30.

73 Eakin-Thimme, *Geschichte* (wie Anm. 13), S. 70.

he Kontinuität der Arbeitsfelder“⁷⁴ und die Tatsache, dass kaum ein „refugee scholar“ auf das Gebiet der amerikanischen Geschichte wechselte, mussten nicht zwangsläufig deren eigenen Wünschen entsprechen. Schon Joachim Radkau wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Valentins Plan einer Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert daran scheiterte, dass ihm das State Department den Zugang zu einschlägigen Akten verwehrte, die – nach Meinung von Alfred Vagts – „einem Amerikaner schwerlich verschlossen geblieben wären“.⁷⁵ Wenn etwa die Meinecke-Schüler später ihre geistesgeschichtliche Ausbildung erfolgreich mit „sozialwissenschaftlich orientierten Formen der Geschichtsschreibung“⁷⁶ kombinieren konnten, spielte dafür sowohl die individuelle Entwicklung als auch eine Veränderung des Wissenschaftsbetriebs eine Rolle. Tatsächlich beweisen die zahlreichen abgelehnten Projektskizzen Valentins eindrucksvoll, auf welche große Vorbehalte gerade innovative Ansätze bei Gutachtern und Verlagen trafen. So konzipierte er beispielsweise ein Projekt über europäische Amerikabilder mit dem Titel „Europe faces America“, das den Aufstieg der Vereinigten Staaten vor allem im Spiegel europäischer Reiseberichte untersuchen sollte. Als „contribution to the American and European history of civilization“ beschränkte sich das Vorhaben nicht auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich, sondern war in einem umfassenderen Sinn kulturgeschichtlich zugeschnitten.⁷⁷ Der Gutachter der Library of Congress empfand das alles als weder neu noch überzeugend, aufschlussreicher ist jedoch, was er dem Antragsteller stattdessen nahelegte. Aus seiner Sicht könne Valentin einen wertvollen Beitrag leisten, wenn er sich denn auf die deutschen Reisenden und Bücher über Amerika beschränke: „You could supply the German backgrounds, and summarize the characteristic point of views and reactions far better than the American graduate student who sooner or later will probably attempt the job.“⁷⁸

Diese Reaktion stellte in ihrer Offenheit sicherlich eine Ausnahme dar, aber selbst in seinem Spezialgebiet war es offenbar schwierig, neue Ansätze zu verfolgen. Gemeinsam mit Dora Edinger plante Valentin 1945, ein Buch über die „Forty-Eighters“ in den USA zu schreiben, und bewarb sich dafür um ein „Grant-in-aid for Studies in the History of American Civilization“. Obwohl er damit aus einem anderen Blickwinkel an sein Standardwerk zur Revolution von 1848 anknüpfen wollte, lehnte die Library of Congress sei-

74 Eckel, Rothfels (wie Anm. 16), S. 218.

75 Vagts an Radkau, 15.5.1969, zit. nach Joachim Radkau: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933-1945. Düsseldorf 1971, S. 53.

76 Walther, Meinecke (wie Anm. 13), S. 370.

77 Outline „Europe faces America“, 22.1.1944, Cornell University Library, Division of Rare and Manuscript Collections 6663 (Veit Valentin Papers), Box 4.

78 Donald H. Mugridge an Valentin, 29.11.1944, ebd.

nen Antrag ab. Erst ein erneutes Stipendium der Rockefeller Foundation ermöglichte schließlich das Projekt, an dem Valentin bis zu seinem Tod arbeitete. Zwar galt er selbst in den Augen seiner amerikanischen Kollegen unbestritten als Revolutionsexperte und bedeutender Historiker. Allerdings zweifelten die Gutachter daran, ob ein europäischer Forscher diese wichtige Episode der amerikanischen Geschichte überhaupt angemessen bearbeiten könne. Theodore C. Blegen, der Valentins Werk schätzte, brachte diese allgemeinen Vorbehalte auf den Punkt: „The true difficulty probably is deep-seated. Probably it is another case of an European scholar grappling with what is at heart an American story that demands thorough understanding of American life.”⁷⁹

In beiden Fällen wollte Valentin sein historisches Blickfeld erweitern und eine gesamteuropäische beziehungsweise amerikanische Perspektive einnehmen, die amerikanischen Gutachter zogen es jedoch vor, den „refugee scholar“ auf das Gebiet der deutschen Geschichte festzulegen. Es geht hier keineswegs darum, diese Vorbehalte und Hindernisse zu überzeichnen. Allerdings hebt der biographische Blickwinkel doch deutlich hervor, dass die Erfolgsgeschichte Wissenschaftsemigration zumindest für den größten Teil der deutschen Geisteswissenschaftler erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann. Valentin erlebte diese jedoch ebenso wenig wie den überraschenden finanziellen Erfolg seiner späten Bücher. Letztlich war es ihm deshalb nicht vergönnt, zu einem Weltbürger zu werden; er blieb ein „citizen of Atlantis“, gestrandet zwischen den Kontinenten.

V. Biographieforschung und Exil

Obwohl Valentin somit kaum als erfolgreiches Beispiel eines „cultural hybrid“⁸⁰ gelten kann, blieben seine Erfahrungen dennoch ambivalent. In dem bereits auszugsweise zitierten Brief an eine alte Freundin zeigt sich dies deutlich:

„Es ist nicht ausgeschlossen, dass ich wieder nach Europa muss, aber ich möchte nur für kurze Zeit. Ich habe viele gute Freunde hier, ich bewundere auch die Kraft, Größe und den gesunden Menschenverstand in diesem Lande sehr – aber – es sind einige Aber dabei – man sollte jung herüber kommen. Ich habe England geliebt, so weit man ein Land lieben kann, was nicht die Heimat ist – aber Amerika!?! Ich wohne ziemlich elend in einem Rooming House, [die] Wohnverhältnisse sind gräßlich“.⁸¹

79 Theodore C. Blegen an Waldo Leland, 26.5.1945, Library of Congress Archives, Central File: MacLeish/Evans, Box 641, American Studies 1-3-4.

80 Vgl. Anm. 29.

81 Vgl. Anm. 60.

Im Gegensatz zu anderen „refugee scholars“, die sich – allerdings oft erst Jahrzehnte später – nostalgisch an den intellektuellen Gewinn ihrer Exilzeit erinnerten, illustrieren Valentins Worte auch die Bedeutung der materiellen Seite. Neue Perspektiven zu gewinnen, stellte nur einen Teil der weit umfassenderen und komplexen individuellen Erfahrungen dar, die die „refugee scholars“ in den ihnen damals noch fremden Ländern machten. Erst wenn man diese mit in den Blick nimmt, eröffnet sich das ganze Spektrum des Exils und lassen sich zudem die Parameter identifizieren, die zu wissenschaftlicher Innovation und Erfolg, aber auch zu Resignation und Scheitern führten. Im Grunde gilt das nicht nur für die Biographien der emigrierten Wissenschaftler. Tatsächlich machen die Erfahrungen und Wahrnehmungen in Exil und Emigration doch nur besonders sichtbar, wie bedeutend verschiedene Faktoren von sozioökonomischen Perspektiven und Arbeitsbedingungen, über familiäre und gesellschaftliche Bindungen bis hin zum Alltag nicht nur schon vor 1933 waren, sondern es darüber hinaus für jede Biographie sind. Vergleichbar mit den Bemühungen der Geschichtswissenschaft, die mit dem ‚Blick auf das Fremde‘ beziehungsweise auf die Peripherie scheinbare Gewissheiten infrage stellte, könnte auch die Historische Biographik in theoretisch-methodologischer Hinsicht noch mehr vom Blick auf Grenzgänger wie Veit Valentin profitieren, in deren Leben sich Beruf und Alltag, Habitus und Denkstil, Selbstbild und Identität durchgehend wandelten.

Hasso von Manteuffel (1897-1978). Vom Panzergeneral zum Parlamentarier der FDP

Der ehemalige Wehrmachtsgeneral Hasso von Manteuffel wurde in der zweiten Legislaturperiode (1953-1957) Mitglied des Deutschen Bundestages. Die nordrhein-westfälische FDP hatte seine Kandidatur unterstützt, indem sie ihn am 5. August 1953 auf einen sicheren Listenplatz gesetzt hatte. Die Begründung: Manteuffel sei eine „in NRW, im ganzen Bundesgebiet, in Europa und Übersee bekannte und geachtete Persönlichkeit“, die sich „im Krieg als Soldat und Armeeführer, nach dem Zusammenbruch in rückhaltlosem Bekenntnis zur Demokratie“ bewährt habe.¹ Als Bundestagsabgeordneter zählte Manteuffel zur politischen Funktionselite des jungen westdeutschen Staates, nachdem er noch bis zum Kriegsende 1945 als General der Panzertruppe der militärischen Führungsschicht des nationalsozialistischen Regimes angehört hatte.

Dieser Rollenwechsel wirft Fragen auf: Warum schlug der ehemalige General nach dem Krieg den Weg in die Politik ein? Warum schloss er sich der FDP an? Welchen politischen Einfluss konnte ein früherer Spitzensoldat wie er innerhalb der Partei und im Parlament geltend machen? Wie begegnete er der parlamentarischen Lebenswelt und wie sie ihm?²

Da er knapp vier Jahre als Parlamentarier tätig war, konnten sich Formen von Gemeinschaftsbildung etablieren, und der Abgeordnete entwickelte ein Bewusstsein für die eigene politische Rolle. Waren Lern- und Anpassungsprozesse dafür notwendig?

Als hochausgezeichneter Ex-Offizier und Interessenvertreter der ehemaligen Soldaten sah er sich in seiner Funktion als Abgeordneter aufgefordert, soldatische Werte wie Nationalbewusstsein, Ehre, Kameradschaft mit den Werten und Normen einer demokratischen Gesellschaft in Einklang zu bringen. Lässt sich seine Rolle als „Bindeglied zwischen Politikern und Militärs“

1 Landesparteitag in Düsseldorf am 5.8.1953. Wahlvorschlag des Wahl-Gremiums zur Landesliste, Archiv des Liberalismus (ADL), FDP-Landesverband NRW 26716 b.

2 Ein großes Erkenntnispotenzial für die Biographik im parlamentarischen Raum halten die Arbeiten und Ansätze bereit, die in Folge des cultural turn entstanden sind. Dazu zählt auch das Lebensweltkonzept, das den Fokus auf die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Akteure legt. Vgl. Adéla Gjuričová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.): Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860-1990, Düsseldorf 2014.

beschreiben?³ Wie wirkte sich die Zugehörigkeit zu beiden Gruppen auf seine Deutung von Krieg, Militär und Gesellschaft nach 1945 aus?

Das Wechsel- und Spannungsverhältnis zwischen dem *homo militaris* und dem *homo politicus* steht somit im Mittelpunkt dieses Beitrages.

Literatur- und Quellenhinweise

Zu Manteuffels Rolle im Zweiten Weltkrieg sind bisher vor allem populärwissenschaftliche Abhandlungen deutscher und amerikanischer Historiker und Militärschriftsteller erschienen, die ihn als erfolgreichen Weltkriegs- und Panzergeneral feiern.⁴ Dazu zählt auch die 1983 veröffentlichte Biographie: „Hasso von Manteuffel. Panzerkampf im Zweiten Weltkrieg“, eines der produktivsten Publizisten der Nachkriegszeit Franz Kurowski, der in seinen über 130 „Sachbüchern“ den Mythos von der sauberen Wehrmacht mitformte. Manteuffel redigierte die Entwurfsfassung und machte Kurowski mit Personen bekannt, die positive Auskünfte über sein Leben geben konnten; das Buch wurde aber erst nach Manteuffels Tod fertiggestellt.⁵

Manteuffel betätigte sich nach dem Krieg auch selbst als Militärschriftsteller und publizierte sowohl zu militärpolitischen als auch zu militärfachli-

3 Diesen und ähnlichen Fragen widmete sich der Workshop „Das politische Wirken ehemaliger Berufsoffiziere als Abgeordnete im Reichstag, Bundestag und in der Volkskammer“ am 28.11.2014 im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw).

4 Samuel W. Mitcham, Jr./Gene Mueller: *Hitler's Commanders*. Lanham, MD 1992; Donald Grey Brownlow: *Panzer Baron: the military exploits of General Hasso von Manteuffel*. North Quincy 1975.

5 Franz Kurowski: *Hasso von Manteuffel. Panzerkampf im Zweiten Weltkrieg*. 2. Aufl. Schnellbach 2007. Der Inhalt entspricht dem unter dem Pseudonym „Joachim von Schaulen“ 1983 veröffentlichten Buch: *Hasso von Manteuffel: Panzerkampf im Zweiten Weltkrieg*. Handschriftliche Korrekturen Manteuffels, o.D., Durchschlag des Manuskriptes, BArch, N 617/v. 3; auch Günter Fraschka hatte ihn um Prüfung seines Textes vermutlich für die Neuaufgabe seines Buches gebeten: Mit Schwertern und Brillanten. Leben und Taten der 27 höchstdekorierten deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs, gänzlich Neubearb. 7. Aufl., München 1977. Vgl. Fraschka an Manteuffel, 28.4.1977, BArch, N 617/v. 8; Landserheft von Karl Kollatz: *Hasso von Manteuffel*. Brillantenträger und Oberbefehlshaber der 5. Panzerarmee. Rastatt 1999 [in verschiedenen Auflagen ab 1960]. Friedrich Wilhelm von Mellenthin: *Deutschlands Generale des Zweiten Weltkriegs*, Bergisch Gladbach 1977.

chen Themen.⁶ Er verfasste zahlreiche Artikel für Tageszeitungen und Fachzeitschriften, wirkte an einigen Büchern und Bildbänden über den Zweiten Weltkrieg mit und äußerte sich zu Fragen der Kriegführung und Bewaffnung im Kalten Krieg.

Seine Rolle nach 1945 wird in der neueren Forschungsliteratur in die Frage eingebunden, wie die militärische Elite ihre Kriegsvergangenheit vor dem Hintergrund der Wiederbewaffnung deutete und wie die Bundesrepublik ehemalige Wehrmachtsoldaten in den Staat integrierte. Alaric Searle, Frank Pauli, Oliver von Wrochem, Jay Lockenour und Bert-Oliver Manig behandeln Hasso von Manteuffel in ihren Büchern über Wehrmachtoffiziere in der Bundesrepublik.⁷ Jörg Echternkamp untersuchte die „kollektiven Repräsentationen“ im Nachkrieg und ging auf die Argumentationsstrategien der „FDP-Parteisolddaten“ ein.⁸ Nicht vergessen werden sollte die Monographie von Dietrich Wagner speziell über die FDP-Wehrpolitik in den 50er-Jahren, die Manteuffel vor allem als Politiker in den Blick nimmt.⁹ Darstellungen, die die bundesdeutsche „Vergangenheitspolitik“ thematisieren, erwähnen Manteuffel im Zusammenhang mit Prozessen gegen ehemalige Offiziere Ende der 1950er-Jahre.¹⁰ Eine geschlossene Abhandlung zu seiner Person steht noch aus.

- 6 Hasso von Manteuffel: Die Schlacht in den Ardennen 1944-45. In: H. A. Jacobsen/J. Rohwer, Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt a.M. 1960; ders. (Bearb.): Die 7. Panzer-Division im Zweiten Weltkrieg. Einsatz u. Kampf der „Gespenster-Division“ 1939-45, Köln 1965; ders.: The Ardennes. In: William Richardson/Seymour Freedlin (Ed.): The Fatal Decisions. London 1956, S. 216-252; Wesley W. Yale/I.D. White/Hasso von Manteuffel: Alternative to Armageddon. The Peace Potential of Lightning War. New Brunswick, NJ 1970; Hasso von Manteuffel: Panzerabwehrkanone oder Panzerkampfwagen für die Unterstützung der Infanterie. In: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, 119 (1953), S. 871-876; ders.: Stärke, Organisation (Gliederung), Bewaffnung und Ausrüstung der Truppe auf dem Gefechtsfeld. In: Wehrkunde, 2 (1953), S. 1-10; ders.: Landsmannschaftliche Gliederung oder Eigenbrötelei der Länder? In: Wehrkunde 3 (1954), S. 69-70.
- 7 Alaric Searle: Wehrmacht Generals. West German Society, and the Debate on Rearmament, 1949-1959. Westport 2003; Frank Pauli: Wehrmachts-offiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundeswehr und die Innere Führung 1955-1970. Paderborn 2010; Oliver von Wrochem: Vernichtungskrieg und Geschichtspolitik: Erich von Manstein. Paderborn 2009; Jay Lockenour: Soldiers as Citizens. Former Wehrmacht Officers in the Federal Republic of Germany, 1945-1955. Lincoln 2001; Bert-Oliver Manig: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004.
- 8 Jörg Echternkamp: Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945-1955. München 2014, S. 362-382.
- 9 Dietrich Wagner: FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955. Boppard a. Rh. 1978, S. 38-40, S. 46-49.
- 10 Wrochem, Manstein (wie Anm. 7), S. 346-356; Searle, Wehrmacht Generals (wie Anm. 7), S. 256-260.

Archivmaterial zu Manteuffel findet sich vor allem in seinem Nachlass im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, in den Nachlässen ehemaliger Kameraden, politischer Weggefährten und Gegner sowie in den Unterlagen der Rechtsanwaltskanzlei, die ihn bei dem Strafprozess gegen ihn Ende der 1950er-Jahre begleitete.¹¹

Militärische Laufbahn

Hasso Eccard von Manteuffel wurde 1897 in Potsdam geboren.¹² Er stammte aus einem alten pommerschen Adelsgeschlecht¹³ und durchlief den typischen Werdegang für Söhne aus traditionsbewussten Offiziersfamilien dieser Zeit: vom preußischen Kadettenkorps über die Zugehörigkeit zum traditionsreichen Husaren-Regiment v. Zieten (Brandenburg) Nr. 3 bis hin zum Einsatz im Ersten Weltkrieg;¹⁴ nach dem Krieg schloss er sich dem Freikorps von Oven in Berlin an. Manteuffel gehörte einer Offiziersgeneration an, die im Kaiserreich sozialisiert, aber auch durch den Ersten Weltkrieg und die anschließende Revolutionszeit erheblich geprägt worden war. 1919 wurde er in die Reichswehr übernommen und trat ein Jahr später in das 3. (Preuß.) Reiter-Regiment in Rathenow ein. Bei der Auswahl der Offiziersbewerber erfüllte er die herkömmlichen Kriterien: Er stammte aus erwünschten Kreisen, war monarchisch geprägt, konservativ und adelig.¹⁵ In dieses Bild passt auch die standesgemäße Hochzeit mit Armgard von Kleist 1921.¹⁶ Manteuffel machte sich in den 1920er-Jahren auch als Turnier- und Rennreiter einen

- 11 Der Nachlass Manteuffel im Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv enthält vor allem Korrespondenzen aus den 1970er-Jahren. Manteuffel selbst hatte nach eigener Aussage die meisten Unterlagen nach seiner Bundestagszeit 1957 vernichtet. Vgl. MGFA, vertr. durch Oberst i.G Fischer an Manteuffel, 8.11.1976, BArch, N 617/v. 5. Verbindungen zu Manteuffel und Informationen finden sich auch in folgenden Nachlässen: Geyr von Schwepenburg, Busse, Schwerin (alle IfZ-Archiv München); Laternser, Speidel, Brennecke (alle BArch); Mende, (Max) Becker (beide ADL); hinzu kommt Archivmaterial unterschiedlicher Art und Provenienz, vorwiegend aus der Zeit nach 1945, das für diesen Aufsatz verwendet wurde. Befragungsunterlagen, die nicht eingesehen wurden, liegen in der Royal Artillery Institution London und im Liddell Hart Centre for Military Archives im King's College London.
- 12 Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Angaben zu seinem militärischen Werdegang aus seinen Personalakten, Bundesarchiv (BArch), Pers 6/302456 und Pers 6/268.
- 13 Pommerscher Uradel, Stamm Polzin, Arnhausen und Hohenwardin, I. Linie. Hasso von Manteuffel wurde als 3. von 5 Kindern am 14.1.1897 geboren. Vater:Eccard: Kgl. preuß.Hauptm; Großvater Karl: preuß. Oberst. Mutter: Susanne, geb. Ende. Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Uradeligen Häuser. 17. Jg., 1916, 549 f.
- 14 Dienst Eintritt am 22.2.1916 als Fähnrich in das Husaren Rgt. 3; 28.4.1916 Leutnant; 1.4.1925 Oberleutnant; 1.4.1933 Rittmeister; 1.10.1936 Major, BArch, Pers. 6/268.
- 15 Pauli: Wehrmachtsoffiziere (wie Anm. 7), S. 33.
- 16 Armgard von Kleist-Bornstedt. Das Paar hatte eine Tochter und einen Sohn.

Namen. Mit einer Körpergröße von nur 1,56 Meter und schlanker Statur entsprach er dem klassischen Bild eines Jockeys.

Manteuffel war nach eigenem Bekunden mit Leib und Seele Kavallerist.¹⁷ In den Jahren 1924 bis 1934 diente er als Adjutant des 3. Reiter-Regiments in Rathenow, sodann als Eskadronchef, zuletzt in Bamberg. Er erarbeitete in seiner Dienstzeit zahlreiche Ausbildungshilfen für Reiter.¹⁸ So erscheint es auf den ersten Blick wie ein Bruch, als er 1935 zum 2. Kradschützenbataillon wechselte, das der neu aufgestellten 2. Panzerdivision unterstand – und Pferde gegen die „unbeseelten Roboter aus Stahl und Eisen“¹⁹ tauschte. Doch seiner Überzeugung nach entsprach die „gesamte Kampf – und Gefechtsführung in der Panzerwaffe“ der in der Kavallerie.²⁰ 1936 ging er als Lehrer zur Panzertruppenschule nach Wünsdorf. Auf Wunsch von Generalmajor Heinz Guderian wurde Manteuffel Anfang Februar 1937 als Referent zur Inspektion der Panzertruppe versetzt, später von dort ins Heeresamt/Oberkommando Heer (OKH) als Referent bei der Inspektion der Infanterie delegiert, wo er die Motorisierung von vier Infanterie-Divisionen vorzubereiten hatte.²¹ Mit seinem Förderer Heinz Guderian verband ihn die Idee eigenständig operierender Panzerverbände. 1938 zur Inspektion der Panzertruppe zurück versetzt, wurde er mit der Aufgabe betraut, Vorschriften für Einsatz und Kampf der verbundenen Waffen innerhalb der Panzerdivision auszuarbeiten.

Ab dem 1. Februar 1939 widmete er sich wieder der praktischen Ausbildung. Bis ins Jahr 1941 diente er als Kommandeur des Lehrstabes der Kavallerieschule in Potsdam-Krampnitz, die dem „Chef der Schnellen Truppen“, General Guderian, unterstand.²² Im Mai 1941 wurde sein Wunsch nach

17 Von ihm soll der Spruch stammen: „Ein Kavallerist ist wie ein Landregen, er kommt überall durch.“

18 Hasso von Manteuffel: Der Eskadron-Chef. Ratgeber für die Organisation des inneren Dienstes und für die Verwaltungsarbeit in der Eskadron, Berlin 1932; ders.: Reiterei im Gefecht. Aufgabe für Gruppe, Zug und Eskadron, Berlin 1934; ders.: Reiter-ABC für Schützen- und Felddienst. Ein Lehr- und Lernbuch für Reiter und Unterführer. Berlin 1934.

19 Schaulen: Manteuffel (wie Anm. 5), S. 40.

20 Ebd. S. 42.

21 Ebd. S. 41. Siehe auch seine Ausbildungshilfe: Kradfahrer! Kradschützen! Anleitung für die Ausbildung sowie Anregungen für das Verhalten im Gefecht. Berlin 1937.

22 Frashka: Mit Schwertern und Brillanten (wie Anm. 5), S. 281. Kriegsverwendungen sind in den Personalakten BArch, Pers 6/302456 und BArch, Pers 6/268 aufgeführt. Die Angaben zur Dienstlaufbahn auf den Karteikarten, in den Beurteilungen und im Personalnachweis unterscheiden sich in manchen Punkten: Angabe gemäß Beurteilungsnotizen, Laufbahn vom 13.3.1945, BArch, Pers 6/268, fol. 91:1.2.1939-30.4.1941 Kdr. Lehrst. Kav. Schule Krampnitz; 1.5.1941-22.8.1941 II./Schtz. Rgt. 7; 28.8.1941-14.7.1942 Schtz. Rgt. 6; 15.7.1942-5.11.1942 Pz. Gren. Brigade 7; 6.11.1942-7.2.1943 Fhr. Res. OKH; 7.2.1943 Div Manteuffel; 9.8.1943-25.1.1944 Kdr. 7. Pz. Div., 26.1.1944-9.9.1944 Kdr. Pz. Gren. Div. Gr. Dtschl.; 10.9.1944-7.3.1945 OB 5. Pz. Armee, danach OB 3. Pz. Armee.

einem Fronteinsatz erfüllt – für Manteuffel ein biografischer Ankerpunkt für seine lebenslange Selbststilisierung als „Truppenoffizier“, der von vorne führt.²³ Es folgten Einsätze als Bataillonskommandeur, dann als Kommandeur eines Schützen-Regiments der 7. Panzerdivision sowie als Kommandeur der 7. Panzergrenadier-Brigade an der Ostfront.

1943 war er für sechs Wochen in Nordafrika eingesetzt, wo er die „Division von Manteuffel“ in Tunesien befehligte. Nachdem er einen körperlichen Zusammenbruch erlitten hatte, kehrte er nach Deutschland zurück. Wieder an der Ostfront, übernahm er im August 1943 das Kommando der 7. Panzerdivision. Schließlich belohnte ihn der „Führer“ mit dem Kommando des Eliteverbandes „Panzer-Grenadier Division Großdeutschland“ im März 1944. Im September 1944 wurde er unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberbefehlshaber mit der Kommandoführung der 5. Panzerarmee beauftragt und zum General der Panzertruppe befördert. Die 5. Panzerarmee war auch an der vorletzten Offensive der Wehrmacht im Dezember 1944 in den Ardennen beteiligt, die nach nur eine Woche gescheitert war.²⁴ Anfang 1945 erhielt Manteuffel den Oberbefehl über die 3. Panzerarmee, die den Vormarsch der Russen über die Oder allerdings nicht aufhalten konnte; im Mai 1945 führte er seine Panzerarmee bis an die Demarkationslinie der Briten zurück.

Mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg ist Manteuffel eine beachtliche militärische Karriere mit einem rasanten Aufstieg vom Major zum General der Panzertruppe sowie Oberbefehlshaber einer Panzerarmee gelungen²⁵ – darüber hinaus zählte er zu den höchstdekorierten Offizieren der Wehrmacht.²⁶ Abgesehen von seinen taktischen Fähigkeiten und Führungsqualitäten hatte er seinen Aufstieg Hitler und dem Krieg zu verdanken. Der Preis war Pflichterfüllung bis zuletzt, Treuebekundungen an das Regime, Durchhalte- und Endsiegeparolen.²⁷ Im Rückblick rechtfertigte er die militärischen Leistungen, die trotz besserer Einsicht zur Kriegsverlängerung beitrugen, mit

23 Schaulen: Manteuffel (wie Anm. 5), S. 41.

24 Roland G. Foerster: Die Ardennen-Offensive 1944: politisch-strategische Überlegungen und operative Konzepte auf deutscher Seite. In: Hans-Martin Ottmer/Heiger Ostertag (Hrsg.): Ausgewählte Operationen und ihre militärhistorischen Grundlagen. Herford 1993, S. 439-457, hier S. 454.

25 Beförderungen im Dienstgrad ab Kriegsbeginn: 1.3.1940 Oberstleutnant; 1.10.1941 Oberst; 1.5.1943 Generalmajor; 1.2.1944 Generalleutnant; 1.9.1944 General d.Pz.Tr, BArch, Pers. 6/302456.

26 Nach der Verleihung des Ritterkreuzes mit Brillanten zum Eichenlaub mit Schwertern am 18.2.1945 zählte er zu den 28 höchstdekorierten Offizieren der Wehrmacht.

27 Unserer Ehre ist die Pflichterfüllung! und Das Kampfgesetz. Worte des Generals In: Die Feuerwehr. Frontblatt aller Grossdeutschland-Verbände, 1.3.1945; Manteuffel versprach bei einer Rundfunkansprache am 19.2.1945 mit seinen Soldaten „noch fanatischer, noch härter und fleißiger an uns und am Endsieg zu arbeiten“. Zit. nach Peter Baumöller: Totschläger des Führers (Hasso von Manteuffel). Ein Beitrag gegen die Vergeßlichkeit. Düsseldorf 1959, S. 18 f.

dem Verweis auf überzeitliche soldatische Tugenden: „Es wurde in diesen Wochen und Monaten bestes deutsches Soldatentum innerhalb der Angriffsverbände offenbar!“ Und: der „Wert der Opfer [...] bemisst sich allein nach der Gesinnung, aus der heraus sie gebracht wurde – und nicht nach dem Erfolg oder Mißerfolg“.²⁸

Ob Manteuffel sich als politischer Soldat und als Träger der nationalsozialistischen Ideologie verstand, ob er die Judenvernichtung in seinem Befehlsbereich unterstützte und ob und in welchem Ausmaß er für Kriegsverbrechen Verantwortung trug, ist noch zu wenig erforscht und kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht beantwortet werden.²⁹ Fest steht, er folgte den ihm erteilten Durchhalte- und Angriffsbefehlen, auch wenn er von deren Scheitern überzeugt war.³⁰ Nach dem Krieg verteidigte er sein Durchhalten mit eingeschränkter Urteilsfähigkeit: „dass der Krieg mit keinem Mittel zu gewinnen war, dazu war mir der politische Gesamtüberblick und der Einblick in die Ersatzverhältnisse an Menschen und Material – das Kriegspotenzial – auf der eigenen und auf der Feindseite verschlossen.“³¹ Daneben führte er in seiner Rechtfertigungsstrategie die Eides- und Gehorsamspflicht an. Als Berufsoffizier sei er verpflichtet gewesen, die Befehle seines Vorgesetzten auszuführen. Die Armee müsse ein verlässliches Instrument für jede Regierung sein.³² In dieser vordergründig „unpolitischen“ Haltung verharrend, stellte Manteuffel weder die Rechtmäßigkeit der Kriegsziele infrage noch die Sinnhaftigkeit der Opferbereitschaft der deutschen Soldaten, noch durchschaute er wohl den Fanatismus Hitlers und den ideologischen Kern der NS-Bewegung. Stattdessen verband ihn mit dem Nationalsozialismus ein ausgeprägter Antibolschewismus, und er hegte die Hoffnung, dass die Westmächte eines Tages erkennen würden, dass Deutschlands Kampf gegen das

28 Manteuffel in seinem Grußwort für das Buch von Franz Kurowski: Von den Ardennen zum Ruhrkessel. Das Ende an der Westfront. Herford 1965, S. 5 f.

29 Beurteilungen in seiner Personalakte betreffen vor allem seine Führungseigenschaften; darüber hinaus urteilt Model, OB H.-Gr. B am 13.3.1945; „Überzeugter NS“ und v. Knobelsdorff, Komm. Gen. XXXX. Pz.Korps: „NS in Wort und Tat“. BArch, Pers 6/302456; Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff stellte 1961 die Behauptung auf, Manteuffel sei ein „kompromissloser Unterstützer Hitlers“ gewesen. Vgl. Kerstin von Lingen: Kesselrings letzte Schlacht. Kriegsverbrecherprozesse, Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung: Der Fall Kesselring. Paderborn 2004, S. 355; der ehemalige Panzergeneral Leo Geyr von Schweppenburg urteilte in einem vertraulichen Fragebogen über Manteuffel (o.D. nach 1956): „Zweifelloso Nationalsozialist aus Überzeugung“, „besonderer Günstling von Hitler“, „trug das Goldene HJ-Abzeichen bis zum Ende des Krieges“, IfZ-Archiv, ED 91/43.

30 Foerster: Die Ardennen-Offensive, (wie Anm. 24), S. 456.

31 [Auffassung über sein politisches Handeln] Hasso von Manteuffel, Allendorf, Kreis Marburg/Lahn, H.D.J.E im Juli 1947, S. 4, BArch, N 617/v. 4.

32 Nach Aussage Manteuffels im Interview mit Franz Kurowski 1970, vgl. Franz Kurowski: Dietrich und Manteuffel. In: Corelli Barnett (Hrsg.): Hitler's Generals. New York 1989, S. 411-437, hier S. 424 und S. 434, Anm. 10.

„Weltübel“ des Bolschewismus nicht umsonst war.³³ Auch im Bundestag bediente er sich gelegentlich antibolschewistischer Stereotypen wie dem Bild von der „sowjetischen Dampfwalze“.³⁴

Das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 lehnte von Manteuffel ab. Er sah die daran beteiligten Widerstandskämpfer zeitlebens als „Eidbrecher“ an, deren Verhalten weder mutig noch vorbildhaft gewesen sei. Diese Kreise sollten in der künftigen Bundeswehr keine militärischen Führungsaufgaben innehaben, denn bei diesen „Sklavennaturen“ wisse niemand, welchen Herrn sie anerkennen, wo sie „heute stehen oder morgen“.³⁵ Als der FDP-Sicherheitsausschuss anlässlich des 10. Jahrestages des Attentats auf Hitler über das „richtige“ Gedenken diskutierte, erklärte Manteuffel, er sei „stolz darauf, nicht zum Kreis des 20. Juli zu gehören, sondern seinen Eid gehalten und bis zuletzt seine Pflicht erfüllt zu haben wie Millionen anderer Soldaten“.³⁶ Ein parteiinterner Formelkompromiss wurde von Erich Mende gefunden:

„Wir achten die Tat des 20. Juli als einen aus Verantwortung und Gewissensnot gebotenen Versuch aufrechter Patrioten, das Hitlerregime zu beseitigen, den Krieg zu beenden, Friedensverhandlungen einzuleiten und einen demokratischen und sozialen deutschen Rechtsstaat aufzubauen. [...] Wir achten aber auch das Opfer aller Soldaten, die ohne Einsichten in die Lage und in Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten glaubten, ihre Pflicht bis zum bitteren Ende der Kampfhandlungen erfüllen zu müssen.“³⁷

Auch wenn sich Manteuffel der offiziellen Sprachregelung innerhalb der FDP unterordnete, die sowohl den „Eidhaltern“ als auch den Widerstandskämpfern eine ethisch verantwortliche Haltung attestierte, blieb er persönlich bei seiner Überzeugung.

Überhaupt konstruierte Manteuffel nach dem Krieg ein naives Hitlerbild. Auf die Frage, warum er bei Hitler hohen Kredit besessen habe, antwortete er: „Weil ich verstand ihn zu nehmen. Ich hatte keine Furcht vor ihm, und man brauchte auch keine Furcht zu haben, wenn man ihm unerschrocken seine eigene Meinung sagte.“³⁸ Als positiv habe er in Erinnerung, dass Hitler sich immer für die Stimmung der Truppe, für den „einfachen Mann“ interessiert habe, „dem seine Fürsorge galt.“ Er sei eine „hypnotische Erscheinung“ gewesen. Manteuffel lobte Hitlers schnelle Auffassungsgabe und sein Verständnis für Motorisierungs- und Panzerfragen, monierte aber, dass Hitler

33 Nach Frashka: Mit Schwertern und Brillanten (wie Anm. 5), S. 287.

34 Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagssitzung 02/209 vom 10.5.1957, S. 12114 (C), online unter: <http://pdok.bundestag.de>.

35 Hasso von Manteuffel: Bekenntnis eines freimütigen Deutschen, BAArch, BW 9/3118, fol. 29.

36 So zitiert bei Erich Mende: Die neue Freiheit. 1945-1961. München, Berlin 1984, S. 320.

37 Ebd. S. 321.

38 Frashka: Mit Schwertern und Brillanten (wie Anm. 5), S. 285.

die höheren strategischen und taktischen Zusammenhänge im Zweiten Weltkrieg verschlossen geblieben seien.³⁹

Übergang: Kriegsgefangenschaft und freie Wirtschaft

Nach seiner Gefangennahme durch die Briten im Mai 1945 war Manteuffel in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern in Großbritannien interniert, darunter das „No 1 POW Camp (Officers) Grizedale Hall“ in Nordwestengland und „Island Farm“ in South Wales.⁴⁰ Im Juni 1946 wurde er nach Deutschland überführt, um im Prozess gegen das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) in Nürnberg auszusagen.⁴¹ Er wurde den USA übergeben und zunächst in Nürnberg-Langwasser, danach in den Lagern Allendorf, Neustadt/Hessen und Marburg inhaftiert. Er arbeitete bis Dezember 1947 für die Historical Division, die hochrangige Generale mit militärgeschichtlichen Gutachten beauftragte.⁴² Die US-Army interessierte sich besonders für Manteuffels Darlegungen und Bewertungen zur Ardennenoffensive 1944, die tief in die amerikanische Verteidigungszone vorgestoßen war und zu den höchsten Verlusten der US-Armee im Zweiten Weltkrieg geführt hatte. Die „Battle of the Bulge“, der Einbruch in die eigene Frontlinie, wurde nach dem Krieg einer Untersuchung unterzogen (im Sinne von „lessons learned“) und ist für amerikanische Militärhistoriker bis heute von Interesse.⁴³

39 Schaulen: Manteuffel (wie Anm. 5), S. 147-150; Liddell Hart: Jetzt dürfen sie reden. Hitlers Generale berichten. Stuttgart 1950 [übersetzte, veränderte und erweiterte Fassung der englischen Originalausgabe „The other Side of the Hill“ von 1948], S. 566-569; Manteuffel an John Decoene, 20.2.1974, BArch, N 618/v. 10.

40 Vgl. http://www.specialcamp11.co.uk/General_der_Panzertruppe_Hasso_von_Manteuffel.htm [12.2.2015]; Der britische Militärhistoriker Liddell Hart, der deutsche Generale in britischen Gefangenenlagern verhörte, traf Manteuffel in Grizedale. Vgl. Hart: Jetzt dürfen sie reden (wie Anm. 39), S. 539.

41 Nicht ermittelt. Nach eigener Angabe machte er die Aussage am 26.6.1946 in Nürnberg.

42 Seit Januar 1946 arbeiteten rund 300 hohe und höchste ehemalige deutsche Offiziere für die „Operational History German Section“ der amerikanischen Streitkräfte, um Berichte über ihre Kampferfahrungen im Zweiten Weltkrieg anzufertigen. Vgl. Bernd Wegner: Erschriebene Siege. Franz Halder, die „Historical Division“ und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Generalstabes. In: Willi Hansen/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.): Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. München 1995, S. 287-302. Gutachten Manteuffels z.B. in: BArch, RH-5/65, RH 21-5/66; RH 21-5/67; RH 21-5/76.

43 Manteuffels Panzerarmee hatte die belgische Stadt Bastogne, die von einer US-Luftlandedivision besetzt war, eingekesselt. Die Befreiung durch die 3. US-Armee unter Führung von General Patton wurde von den Amerikanern in die Liste der heldenhaften „Great Rescues of World War II“ aufgenommen. Vgl. Thomas J. Craughwell: Great Rescues of World War II: Stories of Adventure, Daring and Sacrifice. London 2009. Siehe auch: Steve Zaloga: Lorraine 1944: Patton versus Manteuffel. Oxford 2002.

Nach seiner Entlassung konnte Manteuffel beruflich schnell Fuß fassen. Erst fand er eine Anstellung beim Bankhaus Oppenheim in Köln, mit dessen Teilhaber er freundschaftlich verbunden war.⁴⁴ Im Oktober 1948 wurde er auf Empfehlung von Waldemar Freiherr von Oppenheim zunächst Exportleiter, später Prokurist bei dem großen Schraubenunternehmen Bauer und Schaurte in Neuss – eine Stellung, die er bis Juni 1956 innehatte.⁴⁵ Diese Position ließ ihm aber offenkundig noch ausreichend Raum für politische Aktivitäten.

Wege in die Politik

Der Ex-General begann schon bald, sich politisch zu Wort zu melden. Den Anstoß gaben Gespräche mit Konrad Adenauer, den er persönlich mindestens zweimal, 1948 und im Januar 1949, traf. Der spätere Bundeskanzler zeigte Interesse an Manteuffels Gedanken über den Aufbau von Streitkräften.⁴⁶ Daraufhin schickte Manteuffel Adenauer im März und im November 1949 zwei Memoranden zu.⁴⁷ Das erste trug den Titel „Bekenntnisse eines freimütigen Deutschen“ und befasste sich u.a. mit den Themen Bedrohung

44 Sie waren seit ihrer gemeinsamen Zeit im Husarenregiment Nr. 3 befreundet. Genschel an Geyr von Schweppenburg, 20.11.1954, IfZ-Archiv, ED 91/18; Waldemar Freiherr von Oppenheim fungierte auch als Entlastungszeuge im Entnazifizierungsverfahren. Vgl. Entnazifizierungsakte Manteuffel, Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1049/26501.

45 Speidel: Aussprache mit Manteuffel, 26.2.1950, BArch, N Speidel, Datei 38-39. Der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Schaurte aus Neuss am Rhein. Siehe Lebenslauf vom 27/28. Januar 1927 [1957], BArch, N 617/v. 1; Frashka: Mit Schwertern und Brillanten (wie Anm. 5), S. 287; Handelsregistrauszug, Prokura vom 23.11.1953 bis 28.8.1956 Hasso von Manteuffel, Stadtarchiv Neuss, D.06.B.01 Bauer & Schaurte. Seine engen Beziehungen zur Industrie, die auch nach seinem beruflichen Ausscheiden weiter bestanden, ließen 1957 Anschuldigungen in Zusammenhang mit der Vergabe von Rüstungsaufträgen laut werden. Bericht des Ausschusses für Verteidigung als Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 45 a, Abs. 2 des Grundgesetzes über das Verfahren wegen der gegen die Abgeordneten Berendsen, Dr. Blank (Oberhausen) und von Manteuffel (Neuß) erhobenen Vorwürfe vom 14.10.1957. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/03/000/0300005.pdf>.

46 Searle: Wehrmacht Generals (wie Anm. 7), S. 37; BArch, NL Speidel, Datei 38-39. Die Einschätzung Schwerins, wonach Manteuffel beim Bundeskanzler „ein- und ausging“, dürfte Manteuffels Einfluss auf den Kanzler überschätzt haben. Befragung Graf Schwerins am 7.2.1975 (im MGFA), IfZ-Archiv, ED 337/30, fol. 141.

47 Memoranden: 1. Bekenntnis eines freimütigen Deutschen, Neuss im Juni 1949, englische Übersetzung datiert auf March 1949. Es existierten 1949 bis 1951 verschiedene Fassungen mit unterschiedlicher Datierung, BArch, BW 9/3118, fol. 126-130. Dasselbe trifft auf das 2. Memorandum zu: Schreiben Manteuffel an den Bundeskanzler, 18.11.1949, mit den 14 Punkten, Abschrift in BArch, B 106/15457 undatiert. Es gab noch eine 3. Denkschrift mit dem Titel „Zusammengewürfelte Gedanken eines langjährigen Soldaten zu einer Frage, die zurzeit alle Deutschen interessiert“, von Mitte Dezember 1949; sie enthält Aspekte, die bereits in den Memoranden zuvor geäußert wurden. Alle Dokumente auch in BArch, N 617/v. 18.

durch den Bolschewismus, Sicherheit der Bundesrepublik, deutsch-französische Aussöhnung, Westbindung und Einheit Deutschlands.

Das zweite (ohne dezidierte Überschrift, 18.11.1949) war konkreter gefasst und enthielt 14 Punkte, die Manteuffel im Namen der ehemaligen Soldaten formulierte: Bekenntnis zur Westintegration und zur Europäischen „Völkerfamilie“; Absage an Neutralitätskonzepte; Ziel, die Bundesrepublik „in die westliche Gemeinschaft einzugliedern“; gegen den Rhein als Verteidigungslinie Westeuropas, für eine Verteidigung weiter ostwärts; bundesdeutsche Soldaten sollten die NATO im „Kampf gegen die fortdauernde bolschewistische Revolution“ stärken; Ablehnung von leichten Verbänden, stattdessen moderne Bewaffnung, Panzer und Panzergrenadiere; Aufstellung „reinrassiger“ deutscher Verbände unter deutscher Führung bis zum Korpsverband, „30 Divisionen von höchster Kampfmoral und Erfahrung“; prognostizierte Aufstellungsdauer 1 ½ bis 2 Jahre.

Manteuffels Vorstellungen entsprachen in vielem dem Kurs der Bundesregierung und auch den Gedankengängen der einflussreichen Gruppe um den militärischen Beraterstab Hans Speidel,⁴⁸ doch konnte Adenauer nicht den Eindruck entstehen lassen, dass er, der Regierungschef eines nicht-souveränen Staates unter Besatzungskontrolle, einem ehemaligen Wehrmachtsgeneral den offiziellen Auftrag zur Ausarbeitung von Wiederaufrüstungsplänen gegeben habe. Adenauer ließ Manteuffel über seinen Referenten Herbert Blankenhorn am 6.12.1949 mitteilen: „Der Herr Bundeskanzler steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Aufrüstung Deutschlands unter den gegebenen Verhältnissen nicht in Frage kommen kann.“⁴⁹

Die Presse zitierte Anfang des Jahres 1950 aus dem Memorandum, das ihr offensichtlich zugespielt worden war. So berichtete die New York Herald Tribune im Januar, Manteuffel spiele eine wichtige Rolle in einem Schatten-generalstab.⁵⁰ Manteuffel dementierte zwar, Adenauers „Kriegsminister“ zu sein, ohne aber ein solches Amt für die Zukunft auszuschließen.⁵¹ Zumindest bekundete er zweieinhalb Jahrzehnte später, Adenauer habe ihn Anfang der

48 Speidel stimmte den darin geäußerten Gedanken zu. Sie entsprachen im Grundsatz auch seinem „Memorandum zur Sicherheit Europas“ vom Juni 1948. Vgl. Speidel: Aussprache mit Manteuffel, 26.2.1950, BArch, N Speidel, Datei 38-39; Wagner: FDP (wie Anm. 9), S. 76-79.

49 Blankenhorn an Manteuffel, BArch, N 617/v. 18.

50 New York Herald Tribune 4.1.1950 „Ex-General Advises Adenauer to Get Infantry, Panzer“. Zit. nach Richard Breitman: Hitler's Shadow: Nazi War Criminals, U. S. Intelligence, and the Cold War. Washington D.C 2010, S. 55; Anwalt für 30 deutsche Panzerdivisionen. In: Drei-Groschen-Blatt, 10.3.1950. Manteuffel selbst tat 1950 seine Meinung in zahlreichen Zeitungsartikeln kund. Vgl. u.a. Hasso von Manteuffel: Wir wollen kein Kanonenfutter sein! In: Neuss-Grevenbroicher Zeitung, 10.5.1950; Waffen allein nutzen nichts. In: Der Mittag, 14.8.1950; Remilitarisierung? In: Diplomatisches Bulletin, 20.8.1950.

51 „Noch bin ich nicht ‚Adenauers Kriegsminister‘, wie die amerikanischen Zeitungen schrieben, [...]“. Manteuffel an Busse vom 29.1.1950, IfZ-Archiv, ED 413/13.

1950er-Jahre auch damit beauftragt, eine Namensliste führender Soldaten zu erstellen, die in einem deutschen Verteidigungskontingent für Spitzenstellungen in Frage kämen.⁵² Die gleiche Aufgabe hatte Adenauer damals bereits an seine sicherheitspolitischen Berater Bundesminister Eberhard Wildermuth und Gerhard Graf von Schwerin übertragen.⁵³

Am 24. Mai 1950 berief Adenauer den ehemaligen Panzergeneral Gerhard Graf von Schwerin zu seinem Sicherheitsberater (Leiter „Zentrale des Heimatdienstes“). Schwerin galt als politisch zuverlässig, war als Anti-Nationalsozialist bekannt und hatte gute Kontakte zur Alliierten Hohen Kommission, wohingegen insbesondere der britische Hohe Kommissar Brian Robertson Manteuffel abgelehnt hatte.⁵⁴

Anfang 1950 wurde bekannt, der ehemalige General der Panzertruppe sei Mitglied in einem Geheimbund: der sogenannten „Bruderschaft“.⁵⁵ Es handelte sich hierbei um einen verdeckten Zusammenschluss von ehemaligen Offizieren, der von Mitgliedern des ehemaligen Eliteverbandes „Großdeutschland“ 1949 gegründet worden war und rund 2500 Mitglieder hatte, darunter vor allem rechtsgerichtete Nationalisten. Auch wenn Manteuffel nicht mit den außenpolitischen Zielvorstellungen des Geheimbundes übereinstimmte und auch keine führende Stellung innehatte, war er nachweislich an mindestens einem Treffen beteiligt und stand in Kontakt mit Führungs-

- 52 Siehe Befragung durch das MGFA: Manteuffel an Fischer, 28.10.1976, BAArch, N 617/v. 8. Liste nicht ermittelt; es liegt auch keine Zeitangabe vor, wann er die Personenliste an Adenauer übergeben haben will. Des Weiteren habe Manteuffel 1949/50 den Auftrag erhalten, eine Arbeitsgruppe zu gründen, was aber scheiterte. Eingeladen waren ca. 50 Offiziere zu einem Treffen in Düsseldorf, das er nach eigenem Bekunden selbst finanzierte. Befragung Manteuffel durch das MGFA am 14.4.1976, handschriftliche Notizen, BAArch, BW 7/2784, x 36. Zu Schwerin siehe: Liste ehemaliger Generale, die für einen Empfang beim Bundeskanzler unbedenklich sind, 1950, BAArch, BW 9/3105. Zur Rolle Wildermuths (FDP) in der Anfangsphase der Wiederbewaffnung vgl. einen Aufsatz von Thorsten Loch und Agilolf Keffelring, der voraussichtlich 2015 in der Militärgeschichtlichen Zeitschrift erscheinen wird.
- 53 Peter Quadflieg: *Pflichterfüllung bis zum Untergang – Karrierechance in der Nachkriegszeit? Opportune Bilder von „Ehre“ und „Pflichterfüllung“ im Schlüsseljahr der Wiederbewaffnung 1950*. In: Ulrike Ludwig/Markus Pöhlmann/John Zimmermann (Hrsg.): *Ehre und Pflichterfüllung als Codes militärischer Tugenden*. Paderborn 2014, S. 159-176, hier S. 172 f.
- 54 Searle, *Wehrmacht Generals* (wie Anm. 7), S. 51 f. Entsprechend auch die Einschätzung des ehemaligen Diplomaten Alexander Böker der zwischen 1951 und 1956 in der französischen Botschaft als Legationsrat tätig war. Dr. Hans Jürgen Rautenberg, Freiburg, Entwurf einer Aufzeichnung am 28.5.1976, IfZ-Archiv, ED 448/38.
- 55 *Bruderschaft*. Ergebnisse von Manteuffel. In: *Der Spiegel*, 2.3.1950; Breitman: *Hitler's Shadow* (wie Anm. 50), S. 53, 58.

persönlichkeiten.⁵⁶ Gegenüber dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy dementierte Manteuffel allerdings eine Zugehörigkeit.⁵⁷

Die Veröffentlichung der Memoranden, die Meldungen, er sei Mitglied in geheimbündlerischen Organisationen wie der erwähnten neonazistischen Bruderschaft oder er gehöre dem äußeren Kreis des Naumann-Netzwerkes an, das am Sturz des parlamentarischen Systems arbeite,⁵⁸ oder er sei in Pläne des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Otto Skorzeny⁵⁹ zur Bildung einer Geheimarmee eingeweiht, sorgten für viel negative Publizität. Manteuffel galt nicht nur als Exponent des überwundenen Regimes, sondern stand im Ruf, demokratisch unzuverlässig zu sein. Für anhaltenden Misskredit sorgte der Umstand, wiederholt in einem Atemzug mit Generalen der Waffen-SS, ehemaligen NSDAP-Kadern und Geheimplanern genannt zu werden – auch wenn er eine aktive Rolle in diesen Gruppen immer geleugnet hat.

Alle Anzeichen sprachen 1950 dagegen, dass Manteuffel jemals eine Chance erhalten würde, eine ernstzunehmende politische Rolle in der bundesdeutschen Demokratie zu spielen. Doch er ließ sich weder in der Ecke der Extremisten – z.B. in Gestalt des rechten Agitators Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer – dauerhaft drängen, noch wollte er den politikfeindlichen Militaristen zugeordnet werden. Im Gegenteil gelang es ihm in der Folgezeit, signifikante, die Demokratie bejahende Zeichen zu setzen.

Zum einen gehörte von Manteuffel zwischen 1951 und 1953 einem von Bundespräsident Theodor Heuss und dem Bundesinnenministerium eingerichteten Sachverständigenausschuss für Kriegsauszeichnungen an, in dem es um die Frage des Tragens von Orden ging.⁶⁰ In diesem Gremium sprach er sich dafür aus, dass das Tragen von Orden mit Hakenkreuz verboten wer-

56 Vgl. Breitman: *Hitler's Shadow* (wie Anm. 50), S. 55. Manteuffels Rolle in der Bruderschaft ist noch nicht abschließend geklärt. Siehe dazu: Reinhard Opitz: *Faschismus und Neofaschismus*. Bonn 1996, S. 188-197; Searle: *Wehrmacht Generals* (wie Anm. 7), S. 157 f.; Agilolf Keßelring: *Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen, 1949-1953*. Marburg 2014, S. 33 f., 36, online: http://www.uhk-bnd.de/wp-content/uploads/2013/05/UHK-BND_Bd3_online.pdf.

57 Manteuffel an McCloy 24.2.1950. BArch, N 617/v. 18. Er wies auch die Behauptung, er wolle eine Kaderarmee aufbauen, zurück.

58 Beate Baldow: *Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre*, (Diss. FU Berlin) 2012. http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000094873 [20.2.2015], S. 304.

59 Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny hatte den Plan entworfen, dass sich bei einem sowjetischen Angriff alle wehrbereiten Männer nach Südfrankreich absetzen und dann von dort aus die Bundesrepublik freikämpfen sollten. Nach Angaben Skorzenys habe er den Plan auch Guderian, Speidel und Manteuffel unterbreitet, die ihn gebilligt hätten, BArch, BW 9/3118, S. 4.

60 Kurzprotokoll der Sitzung am 28.7.1953, S. 3 und Gutachten des Sachverständigenausschusses zur Regelung der Frage der Kriegsauszeichnungen, BArch, NL Heuss/585.

den sollte – eine Aussage, die in ihrer Eindeutigkeit nicht selbstverständlich war.

Zum anderen sorgte er 1951 mit einem Demokratiebekenntnis der besonderen Art für Aufsehen. Auf dem Treffen der Traditionsgemeinschaft „Panzerkorps Großdeutschland“ am 2. Juni 1951 in Kassel hielt er in seiner Funktion als Vorsitzender eine viel beachtete Rede. Er grenzte sich vom rechtsradikalen politischen Rand ab und versicherte, dass die ehemaligen Soldaten sich „vorbehaltlos zu den demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik bekennen“. Im Ad-hoc-Verfahren kleidete Manteuffel diese Treuebekundung in ein Telegramm an den Bundespräsidenten, das er im Namen des Verbandes absandte. Der Begriff „vorbehaltlos“ wurde in Soldatenkreisen kritisiert und machte von Manteuffel dort verdächtig. Zudem fühlten sich einige Teilnehmer der Tagung von Manteuffels Coup überrumpelt.⁶¹ Aus der Politik erhielt er für diese programmatische Richtungsentscheidung viel Lob.⁶²

Seine Mitwirkung in den Soldatenverbänden betrachtete er als politischen Auftrag, denn die Vereinigungen dienten nach seinem Dafürhalten nicht nur der Interessenvertretung in Versorgungsfragen, als Hilfswerk oder Suchdienst. „Die Soldatenvereinigungen wollen keine Veteranenorganisationen sein.“⁶³ Sie sollten vielmehr eine politische Vertretung anstreben, die sich am Wiederaufbau des Staates beteiligt. Manteuffel verfolgte das Ziel, die vielen Soldatenbünde in einer Dachorganisation zu vereinigen, die der „Kriegsgeneration“ eine starke Stimme gibt und den ehemaligen Wehrmachtsgenerälen als Sprachrohr dient: „Damit nicht jeder olle Jeneral einzeln nach Bonn zittern muß“, wie er sagte.⁶⁴ Manteuffel sah es als entscheidend an, den Verband dafür unter die Führung von bedeutsamen Persönlichkeiten des deutschen Soldatentums zu stellen – gegen die Forderung jener Kreise, die sich einen losen Zusammenschluss ohne die alten Generäle an

61 Hasso von Manteuffel: Wo stehen die ehemaligen Soldaten heute? In: Stuttgarter Nachrichten vom 31.7.1951; kritisch dazu: Bericht über die Großdeutschland Tagung am 2. Juni in Kassel vom 14.6.1951: „Die große Rede des Generals von Manteuffel befremdete daher in den Teilen, die politisch, und zum Teil parteipolitisch (FDP) gefärbt waren. Die Treuebekundung an den Bundespräsidenten kam völlig überraschend und wurde auch im Überraschungsverfahren durchgebracht“, IfZ-Archiv, ED 91/28.

62 Mende an Manteuffel 5.6.1951, ADL, N 77/36; Dankschreiben des Bundespräsidenten an Manteuffel, 6.6.1951, BArch, N 617/v. 5.

63 Zit. nach Adelbert Weinstein: Armee ohne Pathos. Die deutsche Wiederbewaffnung im Urteil ehemaliger Soldaten, Bonn 1951, S. 63.

64 Zit nach: Soldatenbund. Wenn das interessieren sollte. In: Der Spiegel, 19.9.1951.

der Spitze oder eine stärkere soziale Vertretung wünschten.⁶⁵ Dem Ziel der Sammlung kam er näher, als sich der Verband Deutscher Soldaten e.V. (VDS) am 9. September 1951 formierte und er in das Präsidium gewählt wurde.

Manteuffel als Parteipolitiker

Eine parteipolitische Heimat bot sich Hasso von Manteuffel – wie auch vielen anderen ehemaligen Berufssoldaten – in der FDP. Er trat 1949 in die Partei ein und wurde von dem ehemaligen Berufssoldaten Wolfgang Döring, der ab 1950 den Landesverband Nordrhein-Westfalen als Hauptgeschäftsführer leitete, für eine aktive Mitarbeit geworben.⁶⁶ Die FDP bekräftigte mit der Protegierung Manteuffels ihren Willen, verteidigungspolitische Themen zu besetzen und ehemalige Offiziere – sofern sie sich zu Demokratie bekannten – eine repräsentative Rolle in der Partei einzuräumen.

Manteuffel hielt auf FDP-Parteiversammlungen sachbezogene Vorträge zu wehrpolitischen Fragen wie z.B. zu den Voraussetzungen für eine deutsche Wiederaufrüstung, Deutschlands strategische Lage zwischen den Blöcken, europäische Armee/Verteidigungsgemeinschaft, soziale Versorgung von ehemaligen Soldaten. Der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff sagte im Rückblick auf den Kommunalwahlkampf 1952 in Aachen: „Mich wollten sie nicht sehen, mich kannte ja kaum einer. Ihr Interesse galt General Hasso von Manteuffel, der eine Rede hielt zu den Versorgungsbezügen ehemaliger Wehrmachtsangehöriger und den Angestellten im öffentlichen Dienst.“⁶⁷

Aus Sicht Manteuffels gab es mehrere Gründe, sich der FDP anzuschließen: Die Freien Demokraten setzten sich mehr als andere Parteien für die Kriegsgefangenen, für die Befreiung aller als NS-Kriegsverbrecher Verurteilten in alliierter Haft und für eine Verbesserung der sozialen Lage ehemaliger Soldaten ein.⁶⁸ Manteuffel begründete die Entscheidung für die Freien Demokraten folgendermaßen:

65 1951 gab es eine Vielzahl an Soldatenvereinigungen, die im Werben um Mitglieder und Einfluss konkurrierten. Für die generallose, „unpolitische“ bzw. demokratische Linie vgl. die Goslarer Tagung am 10.11.1951, IfZ-Archiv, ED 91/26. Vgl. auch den Schriftwechsel zwischen Manteuffel und Geyr von Schweppenburg, IfZ-Archiv, ED 91/28; Berichte ehemaliger Soldaten über Soldatenbünde 1951, IfZ-Archiv, ED 337/21.

66 Wolfgang Dorn: Wolfgang Döring. In: Claus Hinrich Casdorff (Hrsg.): Demokraten – Profile unserer Republik. Königstein, 1983, S. 98-111, hier S. 102; Zeitungsausschnitt: Die Wandlungen des Herrn Manteuffel, ohne Herkunftsangabe, 1956, BArch, N 60/100.

67 FDP feiert 60. Geburtstag mit prominentem Besuch. In: Aachener-Nachrichten, 2.9.2007.

68 Vgl. Mende: Die neue Freiheit (wie Anm. 36), S. 182 f.

„Dieser Partei habe ich mich angeschlossen und ihr gehört mein Vertrauen, weil sie seit dem Zusammenbruch 1945 die Belange der deutschen Soldaten gegen starke Widerstände anderer Parteien in selbstloser Weise kompromisslos vertreten hat und für das deutsche Soldatentum in seiner schwersten Zeit immer wieder vorbildlich eingetreten ist. Es war mir deshalb eine Dankespflicht, gerade in dieser Partei für die politische Neugestaltung Deutschlands mitzuarbeiten“.⁶⁹

Bei der Motivsuche sollte aber auch berücksichtigt werden, dass er mit der FDP der 50er-Jahre durchaus politische Grundüberzeugungen teilte, wie an den Vorträgen und Memoranden Manteuffels abzulesen ist: das Bekenntnis zur demokratischen Staatsform; ein ausgeprägter Antikommunismus, das Eintreten für einen deutschen Wehrbeitrag auch im Sinne der Sicherung der Freiheit (die Deutschen sollen selbst an ihrer Verteidigung mitwirken), Wiedervereinigung in Freiheit (der Weg zur Einheit Deutschlands kann nur über den Westen und nie über den Osten führen), politische Gleichberechtigung und Westbindung.⁷⁰ Allesamt Vorstellungen, die mit den übergeordneten Zielen der FDP-Politik - nationale Selbstbestimmung in Gleichberechtigung und Freiheit - kongruent waren.⁷¹ Manteuffel teilte auch die Mehrzahl der wehrpolitischen Forderungen der FDP, an deren Konzeption er seit 1952 aktiv mitwirkte. Dies betraf vor allem die Versorgung der ehemaligen Wehrmachtangehörigen und den Versuch nationale Elemente in der Wehrpolitik⁷² zu verankern.

Manteuffels öffentliche Auftritte für die FDP polarisierten nicht nur die Öffentlichkeit, sondern waren auch innerhalb der Partei umstritten, da fast immer mit Protesten zu rechnen war.⁷³ Der Parteivorsitzende Franz Blücher missbilligte die negative Öffentlichkeitswirkung. Auf dem Landesparteitag in Köln am 15.7.1950 diskutierten die Delegierten darüber, ob Manteuffels Auftreten der Partei schade, da er als Vertreter der NS-Wehrmacht gesehen werde, der sich in Sachen Wiederbewaffnung zu sehr exponiere. Ein weiterer Vorwurf lautete, er habe keinen politischen Instinkt und er sei arrogant.⁷⁴

69 Schreiben Manteuffels vom 5.9.1951 an die Landesverbände und Kreisverbände der FDP in NRW und DDSB (Der Deutsche Soldatenbund), ADL, N 110/14.

70 Zu den Memoranden vgl. Anm. 47 im vorliegenden Aufsatz. Manteuffel wurde in der Öffentlichkeit als prowestlich und pro-Verteidigungsbeitrag charakterisiert, vgl. Soldatenbund. In: Der Spiegel, 38, 19.9.1951 S. 8. Dies waren Überzeugungen, die ihn für die FDP anschlussfähig machten.

71 Wagner: FDP (wie Anm. 9), S. 81, 157 f.

72 Z.B. die Forderungen: eine europäische Armee sollte den Charakter einer Koalitionsarmee erhalten; moderne Bewaffnung der Streitkräfte.

73 Zu den Redeauftritten: Döring an Middelhaue 8.9.1951, ADL, N 77/35; Döring an Rubin, 23.11.1950, ADL, N 77/36.

74 Protokoll über den ordentlichen Landesparteitag in Köln am 15./16.7.1950 ADL, FDP-Landesverband NRW 26712; Wolfgang Döring, Stellungnahme zur Diskussion über General a.D. Hasso von Manteuffel während des Landesparteitages am 15.7.1950 vom 18.7.1950, BArch, N 618/18.

Doch insbesondere der nordrhein-westfälische Landesverband unter Führung Friedrich Middelhaues, der die Befreiung aller NS-Kriegsverbrecher aus alliierter Haft forderte und rechtsnationalistische Ziele („Deutsches Programm“) ganz oben auf seine politische Agenda gesetzt hatte, hielt an ihm fest.⁷⁵

Manteuffel übernahm am 30.9.1952 den Vorsitz des neu gegründeten Ausschusses für Sicherheitsfragen in der FDP.⁷⁶ Im gleichen Jahr sammelte er weitere praktische Erfahrungen auf kommunalpolitischer Ebene. Als Stadtverordneter im Stadtrat von Neuss übte er sein Mandat von November 1952 bis Oktober 1953 aus.⁷⁷ 1953 trug ihm die FDP in Nordrhein-Westfalen die Kandidatur für ein Bundestagsmandat an. Manteuffel knüpfte aber Bedingungen an seine Zustimmung: Vorträge ja, aber keine Wahlreden, ihm fehlten Anlage und Übung, er sei zum „Denken und Handeln“ erzogen worden.“⁷⁸ Es war aber nicht nur sein Naturell oder seine Erziehung, die ihn zu dieser Aussage veranlassten, wie er angab, sondern auch seine Befürchtung, er würde in der Hochachtung seiner ehemaligen Kameraden und der Vertreter der Soldatenbünde sinken, wenn er die Werbetrommel für die FDP rührte. Die Mitglieder der Soldatenvereinigungen hatten in der Vergangenheit durchaus die Sorge, ihre Organisationen könnten von der FDP unterwandert werden.⁷⁹

Abgesehen von seiner persönlichen Art Wahlkampf zu betreiben, machte der ehemalige Panzergeneral seine Kandidatur von einer weiteren Bedingung abhängig. Er stellte klar, dass er einer Wiederverwendung in der Bundeswehr den Vorzug geben würde. Sollte ein Ruf für ein Amt innerhalb der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an ihn ergehen, würde er diesem folgen.⁸⁰ Sein Name wurde von den Medien und von ehemaligen Militärs immer wieder ins Spiel gebracht, wenn über Führungspositionen in der Bundeswehr spekuliert wurde.⁸¹ Kriterien, die aus Sicht der Bundeswehr-Personalstelle und des Personalgutachterausschusses (PGA) für ihn sprachen, waren seine Kriegsauszeichnungen, die eine „greifbare“ Frontbewährung“ dar-

75 Zur rechtsnationalen Politik der FDP in NRW Anfang der 1950er-Jahre vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953. München 2010, S. 62-82, S. 103-126.

76 Die erste Sitzung des Ausschusses für Sicherheitsfragen der FDP fand am 30.9.1952 statt. Manteuffel führte den Ausschuss von September 1952 bis Februar 1956, ADL, FDP Bundespartei 896 und 970.

77 Vgl. Sitzungsprotokolle der Ratssitzungen, Stadtarchiv Neuss, A 703/17 und 18.

78 Manteuffel an Mende, 5.6.1953 (Abschrift Brennecke), BAArch, MSG 2/12825.

79 Wagner: FDP (wie Anm. 9), S. 39; Schreiben Manteuffels vom 5.9.1951 an die Landesverbände und Kreisverbände der FDP in NRW und DDSB (Der Deutsche Soldatenbund), ADL, N 110/14.

80 Manteuffel an Brennecke, 16.9.1953 und 29.7.1955, BAArch, MSG 2/12825.

81 Guderian an der Spitze. In: Der Spiegel, 11.6.1952; Wrochem: Manstein (wie Anm. 7), S. 335.

stellten, die Kampferfahrungen, die fachliche Eignung und sein Verhalten in den letzten Kriegswochen gegenüber seinen Soldaten.⁸²

Belastet hat ihn seine Vergangenheit als hitlertreuer General und seine ablehnende Haltung gegenüber dem Widerstand vom 20. Juli. Erschwerend kam hinzu, dass er aufgrund seiner Nähe zu rechtsnationalen Kreisen etwas Unberechenbares hatte und für eine Auslandsverwendung schwer durchsetzbar gewesen sein dürfte.⁸³ Zudem kam aufgrund seines ehemaligen hohen Dienstranges nur eine Spitzenposition in der Bundeswehr oder in der NATO in Frage. Diese aber waren rar und an den 1955 in der Bundeswehr reaktivierten Generalleutnanten Hans Speidel und Adolf Heusinger kam Manteuffel nicht vorbei. Er selbst hoffte auf die Fortsetzung seiner Militärkarriere, gab sich aber skeptisch, zumal er das Amt Blank, ab Juni 1955 Bundesministerium für Verteidigung, verdächtigte, ehemalige Soldaten, die sich nach 1945 parteipolitisch betätigten (mit Ausnahme von CDU-Mitgliedern) zu benachteiligen und Widerstandskämpfer zu bevorzugen („Cliqueswirtschaft“).⁸⁴ Aus der Sicht des Ministeriums blieb Manteuffel bis 1956/57 ein möglicher Kandidat für eine Führungsposition in der Bundeswehr.⁸⁵

Nachdem er vor seiner Kandidatur für den Bundestag 1953 deutlich gemacht hatte, dass das Mandat kein Hinderungsgrund für die mögliche Fortsetzung seiner militärischen Karriere sein dürfe, betrat er die parlamentarische Bühne und begann seine Karriere als Bundespolitiker – er selbst sprach von der Pflicht, dem Vaterland zu helfen, der Dankespflicht gegenüber der Partei und der Aufgabe, die Kriegsgeneration an den Staat heranzuführen. Die Parteiführung förderte Manteuffel in der Erwartung, er würde ehemalige Soldaten als Wähler und als aktive Mitglieder für die FDP gewinnen. Sein „Wahlkampf“ war aber begleitet von Tumulten und Demonstrationen.⁸⁶ Für Gegner vom linken politischen Spektrum und für die DDR-Propaganda blieb er auch in den nachfolgenden Jahren ein Nazi-General, Kriegsverbrecher und Repräsentant des westdeutschen Militarismus.

Die FDP erzielte bei der Bundestagswahl 1953 ein schlechteres Wahlergebnis (9,5 %) als vier Jahre zuvor (11,9 %) und ging geschwächt in die Koalition mit der CDU/CSU. Einige Landesverbände machten dafür den nordrhein-westfälischen Rechtskurs verantwortlich, aber auch die Naumann-Af-

82 Pauli: Wehrmachtsoffiziere (wie Anm. 7), S. 27; Lingen: Kesselring (wie Anm. 29), S. 343.

83 Das PGA-Mitglied, Oberstadtdirektor Hensel, fragte Geyr von Schweppenburg nach seiner Einschätzung bez. Manteuffel. Antwort: Manteuffel habe charakterliche Schwächen, außerdem mache ihn das „Fischen in rechtsextremistischen Kreisen“ nach dem Krieg verdächtig, 28.9.1956, IfZ-Archiv, ED 91/24, Bl. 115.

84 Manteuffel an den Vizekanzler Blücher, 2.10.1952 ADL, A 31/253.

85 Dem PGA vom Bundesverteidigungsministerium (BMVg) vorgelegte Liste mit zur Einstellung in die Bundeswehr vorgesehene Generale vom 15.9.1956, ED 91/24, Bl. 106.

86 Wegen schwacher Rednergabe. In: Der Spiegel, 16, 14.4.1954, S. 15; Demonstration gegen Manteuffel. In: Düsseldorfer Nachrichten, 8.4.1954.

färe und die Tatsache, dass ein ehemaliger Panzergeneral auf der Landesliste stand.⁸⁷

Der Parlamentarier

Manteuffel zog mithilfe eines sicheren Listenplatzes auf der Kandidatenliste der nordrhein-westfälischen FDP – gesetzt direkt nach dem Bundesvorsitzenden, dem Landesvorsitzenden und den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden – in den Bundestag ein. Die Arbeit in der FDP-Bundestagsfraktion war für den Ex-General ein ungewohntes Terrain. Die seiner Meinung nach mangelhafte Beteiligung und Disziplinlosigkeit wirkten auf ihn frustrierend. Er sprach von „bitteren“ und „enttäuschenden Erfahrungen der Arbeit im ersten Jahr des 2. Bundestages“.⁸⁸ Sein Thema, die Wehrpolitik, teilte er sich mit einem anderen ehemaligen Berufssoldaten, Major a.D. Erich Mende.⁸⁹ In den Fraktionssitzungen verhielt sich Manteuffel zurückhaltend und überließ Mende die Führung in wehrpolitischen Fragen. Doch Konkurrenzen und Eitelkeiten blieben nicht aus. Manteuffel beklagte sich bei Dehler, dass Mende ihn nicht ausreichend an wehrpolitischen Entscheidungen in der Fraktion beteilige und dass er ihn bei Redebeiträgen im Bundestag einschränke. Ihm könne nicht zugemutet werden, in der breitesten Öffentlichkeit als ‚Blickfang‘ herausgestellt, in der Fraktion jedoch an den Rand gedrängt zu werden.⁹⁰ Nach der Spaltung der FDP-Fraktion Ende Februar 1956 trat Manteuffel aus der FDP aus und gründete mit Gleichgesinnten eine eigene Partei, die Freie Volkspartei (FVP), die sich 1957 der rechtskonservativen Deutschen Partei (DP) anschloss.⁹¹ Manteuffel gehörte bis zum Ende der zweiten Wahlperiode dem adenauertreuen Flügel der Liberalen an und blieb Mitglied der Regierungskoalition.

Nicht die Fraktion bildete den Bezugspunkt und die vorrangige Sozialisationsinstanz des MdB Manteuffel, wie dies bei vielen Abgeordneten der Fall ist – sein eigentliches Wirkungsfeld im Bundestag wurde die Ausschussarbeit. Er war ordentliches Mitglied im Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit, der ab Januar 1956 die Bezeichnung Ausschuss für Verteidigung

87 Mende: Die neue Freiheit (wie Anm. 36), S. 282.

88 Manteuffel an Mende 17.8.1954 (vertraulich), ADL, A 31/9.

89 Mende hatte in der Partei einen festen Stand. Er zählte zu den Mitgründern der FDP im Rheinland und war seit 1953 stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag..

90 Manteuffel an Dehler, 1.3.1954, ADL, N 1/1319; Manteuffel an Dehler, 6.3.1955 und Mende an Manteuffel, 8.3.1955, ADL, A 31/14.

91 Am 23.2.1956 trat Manteuffel mit 15 Parteikollegen aus der FDP-Bundestagsfraktion aus, um gegen den Regierungswechsel in NRW – die FDP ging ein Bündnis mit der SPD ein – zu protestieren. Nach Gründung der FVP am 24.6.1956 wurde er zum stellv. Bundesvorsitzenden gewählt. Am 20.1.1957 fusionierte die FVP mit der DP.

trug (im Folgenden kurz „Verteidigungsausschuss“), und im Ausschuss für Kriegsopfer und Heimkehrerfragen. Daneben saß er als stellvertretendes Mitglied noch in einer Vielzahl von weiteren Ausschüssen und gehörte darüber hinaus noch anderen Gremien und Gesellschaften an.⁹²

Im Verteidigungsausschuss war er fast immer anwesend, und hier engagierte er sich persönlich am stärksten. Jedes Ausschussmitglied war sich in der 2. Legislaturperiode bewusst, dass ein wirklicher und direkter Einfluss auf die zu gestaltende Wehrgesetzgebung möglich war. Dem Neu-Politiker Manteuffel kam zugute, dass er in diesem Kreis als sachverständig anerkannt und akzeptiert war und dass der Ausschuss lange in der gleichen Besetzung zusammen arbeitete. Es bildeten sich Vertrauensbeziehungen sowie parteiübergreifende Koalitionen, und es herrschte ein respektvoller, kollegialer und humorvoller Umgangston. Sobald die gleichen Personen jedoch als Kontrahenten in den Bundestagsdebatten aufeinandertrafen, wurden die Gegensätze deutlich und polemisch ausgetragen. Aus dieser Wahlperiode sind 20 längere Redebeiträge Manteuffels in den Bundestagsprotokollen dokumentiert, davon könnte man rund die Hälfte als Grundsatzreden bezeichnen. Die Themen, zu denen er im Plenum und im Ausschuss Stellung nahm, sind fast ausschließlich verteidigungspolitischer Natur.

Einige Beispiele sollen zeigen, welche politischen Standpunkte Manteuffel vertrat und wie er seinen politischen Einfluss geltend machte.⁹³ Einen Schwerpunkt bildete der Themenbereich der Inneren Führung. Manteuffel selbst leitete im Verteidigungsausschuss die Arbeitsgruppe „Pflichten und Rechte des Soldaten“. Er bejahte die Erziehungsleitsätze Wolf Graf von Baudissins vom Mai 1954, die insbesondere die Persönlichkeitsrechte des Soldaten betonten. Er sagte im Ausschuss: „Die Durchführung dieser Gedanken ist nach meiner Auffassung das sicherste, das entscheidende Mittel, auch die innere Bereitschaft der jungen Generation zum Dienst als ‚Staatsbürger in Uniform‘ zu wecken.“ Diese Gedanken könnten aber nur wirken, „wenn auch die führenden Offiziere – neben ihrer persönlichen Haltung und Leis-

92 Ordentliche Mitgliedschaft: Ausschuss für Kriegsopfer und Heimkehrerfragen (Sept. 54-Juli 1955 und seit Juli 1956, davor stellv. Mitglied); Ausschuss für Verteidigung (mit Ausnahme der Monate Feb./März 1956); stellv. Mitgliedschaft: Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen (bis Jan. 54), Ausschuss für auswärtige Fragen (Okt. 54-Feb. 56), Ausschuss für Beamtenrecht (bis Sept. 55), Ausschuss für Fragen des Gesundheitswesens (seit März 1956), Ausschuss für Verkehrswesen (seit März 56), Ausschuss für Grenzlandfragen (seit März 56). Sonstige Mitgliedschaften und Ämter: 1955 Mitbegründer des Parlamentarischen Beirates des Verbandes der Heimkehrer Deutschlands, Gründungsmitglied der „Deutsch-Atlantischen Gemeinschaft“, Mitglied in der deutschen Gruppe der NATO-Parlamentarier-Konferenz, Mitglied der Gesellschaft für Strategische Studien, Mitglied im Kuratorium der Abendländischen Akademie.

93 Weitere Themenschwerpunkte: NATO-Beitritt, Wehrgesetzgebung, nukleare Kriegführung, Beschaffungsfragen (insbesondere Beschaffung von gepanzerten Fahrzeugen und Panzern im Verteidigungsausschuss am 3.7.1956 und 5.10.1956).

tung – überzeugt, willens und bereit sind, diese Gedankengänge in sich aufzunehmen und sie der unterstellten Truppe bei allen erzieherischen Maßnahmen zu vermitteln“.⁹⁴ Ein eindringlicheres Plädoyer für die Innere Führung war kaum möglich. Manteuffel zählte auch zu denjenigen, die die personelle Verstärkung des Referats von Graf Baudissin bei Theodor Blank forderten. Als Gerüchte aufkamen, Baudissin sollte „kaltgestellt“ und nicht oder nur mit niederem Rang in die Bundeswehr aufgenommen werden, protestierte er.⁹⁵

Bemerkenswert konsequent war seine rückhaltlose Befürwortung des 1955 geschaffenen Personalgutachterausschusses (PGA), der die Bewerber ab dem Dienstgrad Oberst prüfte, bevor sie in der Bundeswehr wiederverwendet werden konnten – ein Gremium, das viele ehemalige Berufsoffiziere als Provokation empfanden. An die Kollegen des Verteidigungsausschusses gerichtet, sagte Manteuffel: „Sie wissen, dass ich seit Jahren dafür eingetreten bin und dass ich dafür bei den Soldaten diffamiert worden bin und sogar beinahe einmal Prügel bezogen hätte“.⁹⁶ Manteuffel ging sogar noch über das Regierungsansinnen hinaus, indem er sich dafür aussprach, den Personalgutachterausschuss gesetzlich zu verankern. Mit diesen Ideen nahm er einen konträren Standpunkt zu den Vorstellungen der rechtsgerichteten Deutschen Partei ein – eine Partei, für die er 1957 immerhin in den Wahlkampf ziehen sollte.⁹⁷

Als Zeichen für Reformorientierung kann auch sein Votum im Verteidigungsausschuss zugunsten der Einführung einer feierlichen Verpflichtung für Berufssoldaten statt eines bindenden Eides verstanden werden. Er hatte sich im Laufe der Diskussion von dieser Option überzeugen lassen. Auch dies scheint in einem Spannungsverhältnis zu stehen zu der übersteigerten Bedeutung, die der Eid für ihn persönlich hatte.⁹⁸ Hasso von Manteuffel gilt außerdem als Schöpfer der Bezeichnung „Bundeswehr“. Er brachte den Na-

94 Bruno Thoß (Hrsg.): Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit Januar 1953 bis Juli 1954. Düsseldorf 2010, S. 1086; Bericht der Arbeitsgruppe II vom 7.9.1954: Themen: Pflichten und Rechte der Soldaten (Grundrechte), BArch, BW 9/1992, fol. 45-32.

95 Manteuffel an den Staatssekretär im BMVg, 21.1.1956, BArch, B 122/4918, fol. 193 f.

96 Vgl. Protokoll der Sitzung am 10.6.1955. In: Burkhard Köster (Hrsg.): Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit September 1954 bis Juli 1955. Düsseldorf 2014, S. 765.

97 Innerhalb des Verteidigungsausschusses hatte die DP in Gestalt der Abg. Matthes und Schneider vor allem Obstruktionspolitik betrieben. Als Mitglied der DP musste Manteuffel später seine reformorientierten Gedanken zurückstellen. Gemeinsame Themen waren: Bessere Versorgung von Kriegsteilnehmern, Gleichstellung der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS mit den Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht, keine dauerhafte Einrichtung des PGA, Wahlauf Ruf der DP an alle Wähler im Wahlkreis Nr. 77 Düsseldorf Mettmann, BArch, N 617/v. 1.

98 Protokoll der 82. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 22.2.1956, BT Parlamentsarchiv.

men als Alternative zu der im Ausland negativ konnotierten Bezeichnung „Wehrmacht“ in die Debatte ein und wollte in Anlehnung an „Bundesrepublik Deutschland“ den provisorischen Charakter der neuen Streitkräfte hervorheben.⁹⁹ Damit ersann er einen mehrheitsfähigen Begriff, der sich im Frühjahr 1956 bei der Namenswahl tatsächlich durchsetzte. Doch ausgerechnet von seiner eigenen Fraktion wurde der Begriff abgelehnt. Der FDP-Wehrexperte Erich Mende sprach sich vehement für die Bezeichnung „Wehrmacht“ aus.¹⁰⁰

Beeinflusst und politisch sehr geprägt hat Manteuffel eine siebenwöchige Studienreise mit einer Delegation des Verteidigungsausschusses im Frühjahr 1955 in die USA.¹⁰¹ Besonders die verschränkten zivil-militärischen Beziehungen, wie sie sich in den Strukturen und Machtverhältnissen des Pentagon zeigten, fanden seine volle Zustimmung. Das Bekenntnis des US-Generalstabschefs Matthew B. Ridgway zum Vorrang der Politik hatte ihn tief beeindruckt. Bei seiner Rede im Bundestag am 28. Juni 1955 nahm Manteuffel diesen Gedanken auf: „Gerade die führenden Soldaten müssen wissen, dass sie in jedem Fall Ratgeber sind, auch der zivilen Autorität, der sie unterstellt sind, und Ratgeber bleiben. Insofern hat bei den Streitkräften die loyale Gesinnung gegenüber dem Prinzip des zivilen Primats genauso wie bei anderen Bürgern der Bundesrepublik zu gelten.“¹⁰²

In der Konsequenz sollten nach seiner Ansicht auch alle Abteilungsleiter im künftigen Verteidigungsministerium Zivilisten sein, was allenthalben auf Kritik stieß. Auf Manteuffel, so hieß es in der Dienststelle Blank, solle in dieser Angelegenheit Einfluss genommen werden. Handschriftlicher Zusatz: „Von Manteuffel will sicher noch was werden“.¹⁰³

99 „Onkel Sam“ und der Kommiß. In: Welt am Sonntag, 29.5.1955. Vgl. zu den Standpunkten die Diskussion in der Ausschusssitzung vom 12.7.1955. In: Köster (Hrsg.): Bundestagsausschuss Bd. 3 (wie Anm. 96), S. 1048-1054.

100 Änderungsantrag Mende in der zweiten und dritten Lesung über das Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) in der Sitzung 02/132 vom 6.3.1956, S. 6829 (A-C), online unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02132.pdf>. Mit dem Soldatengesetz wurde die Bezeichnung „Bundeswehr“ eingeführt.

101 Vgl. Georg Kliesing: Ergebnisse einer Reise einer Delegation des Deutschen Bundestages in die USA zum Studium verteidigungspolitischer Probleme. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuß für europäische Sicherheit. Bonn 1955.

102 Protokoll der Sitzung vom 8.7.1955. In: Köster (Hrsg.): Bundestagsausschuss Bd. 3 (wie Anm. 96), S. 941.

103 Vermerk des Leiters II/2/Gruppe 4 Militärische Inlandsfragen Drews, BAArch, BW 9/722, fol. 58.

Was sagen die Redebeiträge des Ex-Generals im Parlament über sein Selbstverständnis als Parlamentarier und Militär aus? Der launige Seitenhieb des SPD-Politikers Fritz Erler auf seinen Kollegen während der USA-Reise 1955 deutet eine Entwicklung an: „Herr von Manteuffel is a former general but we have promoted him to a civilian.“¹⁰⁴ Es lassen sich in Manteuffels politischem Sprachgebrauch mehrere Änderungstendenzen feststellen: Wendungen, die dem Soldatentum verhaftet sind, nehmen ab; der Gebrauch politischer Floskeln nimmt zu („Wir müssen uns als Politiker fragen, was kommt danach“),¹⁰⁵ sogar pastoral-versöhnliche Töne sind zu vernehmen: „Der Friede, nicht so sehr der Zustand, sondern vielmehr als Aufgabe steht für uns alle auf dem Spiel. [...] ohne Rücksicht auf parteipolitische Bindungen, sondern als Verpflichtung allen Menschen gegenüber“.¹⁰⁶

Auffallend in seiner politischen Rhetorik ist die Verwendung des Begriffs „Vertrauen“, so beispielsweise bei der Zweiten Lesung des Freiwilligengesetzes.¹⁰⁷ Deutlich häufiger als die anderen Debattenredner, nämlich zwölfmal, forderte er Verständnis und Vertrauen zwischen Soldaten und Politikern; die Grundlage für den Wert der Streitkräfte werde „nicht mit Risiken, sondern mit unbedingtem Vertrauen gelegt“; die Armee sei nur ein Instrument der Staatsführung. Dieses Prinzip setze aber immer gegenseitiges Vertrauen voraus.

Es ging in seiner beschwörenden Vertrauenssemantik nicht um den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen Personen. Manteuffel benutzte den Begriff vielmehr als politisches Argument.

Anknüpfend an historische und politikwissenschaftliche Forschungen über Vertrauen als analytische Kategorie¹⁰⁸ kann man die Frage stellen, welchen Interessen diese Kommunikationsformel folgte. Der Ex-General wusste, dass die Schrecken des Krieges zu einer Abneigung gegen alles Militäri-

104 Hans Speier: *From The Ashes of Disgrace. A Journal from Germany 1945-1955*. Amherst 1981, S. 280 f.

105 Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagssitzung 02/62 vom 16.12.1955, S. 3203 (B), online unter: <http://pdok.bundestag.de>.

106 Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagssitzung 02/209 vom 10.5.1957, S. 12117 (A), online unter: Ebd.

107 Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagssitzung 02/93 vom 28.6.1955, S. 5327 (B)-5244 (A), online unter: <http://pdok.bundestag.de>.

108 Ute Frevert (Hrsg.): *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen 2003. Den Stellenwert von Vertrauen in der Außenpolitik beleuchtet Reinhild Kreis (Hrsg.): *Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/München/Boston 2015. Das Potenzial der Kategorie Vertrauen in der historischen Forschung ist umstritten. Es handelt sich um einen Quellenbegriff, der unterschiedlich, je nach Forschungsperspektive (Emotionsgeschichte, Kommunikationsgeschichte, politische Geschichte, Kulturgeschichte, Sozialgeschichte), analysiert und definiert wird.

sche in der Bundesrepublik geführt hatten; er kannte die Ängste in der Bevölkerung in Bezug auf das Thema Wiederbewaffnung. Als ehemaliger Panzergeneral, der auf eine Reaktivierung in der Bundeswehr hoffte, hatte er ein starkes persönliches Interesse daran, das Misstrauen zu entkräften, das dem Militär nach dem Krieg von der Politik und der Gesellschaft entgegengebracht wurde. Vertrauen konnte im zivil-militärischen Dialog nicht vorausgesetzt werden. Durch das Werben um Vertrauen sollte der Handlungsspielraum des militärischen Akteurs erweitert werden, der sich gegenüber den politischen Akteuren (Bundesregierung, Bundestag, Verteidigungsministerium) in der Defensive befand. Nur so war es möglich, an der Implementierung der zivil-militärischen Beziehungen mitzuarbeiten, die sowohl bei der Institutionenbildung (Bundeswehr, BMVg) als auch bei der Wehrgesetzgebung 1956 einen wichtigen Unterbau bildeten. Vertrauenswerbung war nicht nur ein bestimmender Teil der außen- und innenpolitischen Rhetorik in den 1950er-Jahren, wie Philipp Gassert herausgearbeitet hat, sondern gehörte gleichermaßen zum Vokabular von Verteidigungspolitikern. Auch im zivil-militärischen Diskurs, so zeigt das Beispiel Manteuffel, entwickelte sich Vertrauen zu einem „Code für Einfluss, Macht und Recht auf Mitsprache“.¹⁰⁹

Als weitere rhetorische Konstante ist bei Manteuffel der Bezug auf die Vergangenheit als persönlicher und allgemeiner Lernort zu finden. Sätze wie „weil ich aus der deutschen Geschichte und aus eigener Erfahrung lernen möchte, muß ich immer wieder betonen: die zivile Leitung hat in jedem Fall den Vorrang zu haben“,¹¹⁰ sicherten ihm Beifall im Parlament; daneben aber stand seine Vergangenheit als Negativbeispiel und Vorwurf. Zwischenrufe wie „Rührt Euch“, „Abtreten“¹¹¹ oder „Diese Rede hätte ich gern von Ihnen damals als General gehört!“,¹¹² auch mal „Heil Hitler“,¹¹³ konfrontierten ihn pejorativ mit der eigenen Geschichte.

Parlamentarische Lebenswelt

Am ehemaligen Panzergeneral mit Entscheidungsgewalt über Tausende Soldaten lassen sich in seiner neuen politischen Wirkungsstätte vielfache Anpassungsleistungen feststellen, die zeigen, dass er sich in seiner politischen

109 Philipp Gassert: „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“. Überlegungen zu einem Zentralbegriff westdeutscher Außenpolitik. In: Kreis (Hrsg.): *Diplomatie mit Gefühl* (wie Anm. 108), S. 17-32, hier S. 19.

110 Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagssitzung 02/93 vom 28.6.1955, S. 5242 (D). Siehe auch: Vor Truppen-Aufbau Wehrverfassung schaffen! In: *Rhein-Zeitung*, 9.6.1955.

111 Zwischenrufe in der Bundestagssitzung 02/62 vom 16.12.1954, S. 3203 (A) und (B), online unter: <http://pdok.bundestag.de>.

112 Zwischenruf in der Bundestagssitzung 02/159 vom 6.7.1956, S. 8799 (B), online ebd.

113 Zwischenruf in der Bundestagssitzung 02/216 vom 27.6.1957, S. 12819 (D), online ebd.

Rolle als ‚einfacher‘ Abgeordneter etablieren konnte. Eine Adaption der parlamentarischen Lebenswelt zwischen Mehrheitsbeschaffung, Konsens und Parteienkonkurrenz folgte der wachsenden Einsicht in politische Realitäten und Abläufe des Politikbetriebs; er lernte bis zu einem gewissen Grad Fraktionszwänge und die Notwendigkeit von Kompromissen zu akzeptieren: 1955 protestierten Soldatenverbände gegen die Gründung der Bundeswehr; solange Wehrmachtsangehörige noch in Kriegsgefangenschaft gehalten werden, sollte kein neuer Soldat dienen. Auch Manteuffel selbst hatte sich Jahre zuvor ähnlich geäußert.¹¹⁴ Und doch stimmte er den Pariser Verträgen und den Wehrgesetzen zu, da er der NATO-Mitgliedschaft, der Westbindung, der Aufstellung von deutschen Streitkräften und der Loyalität gegenüber dem Bundeskanzler mehr Gewicht zumaß. Dass er sich verstärkt mit seiner Rolle als Abgeordneter identifizierte, zeigt beispielsweise seine Antwort auf die Kritik eines FDP-Landesverbandes, der dem Verteidigungsausschuss des Bundestages Untätigkeit vorwarf. Er wies dies zurück und hielt den Kritikern mangelnde Kenntnis der Zusammenhänge und des komplexen Gesetzgebungsverfahrens entgegen.¹¹⁵

Manteuffels Einstieg in die Politik, seine Stellung im Bundestag und in der Partei entsprechen in Wesentlichen dem Karrieremuster von „Seiteneinsteigern“. Die Demokratieforscher Robert Lorenz und Matthias Micus haben die wichtigsten Gemeinsamkeiten von politischen Seiteneinsteigern gesammelt und analysiert.¹¹⁶ Kennzeichnend ist die erfolgreiche Karriere in einem politikfernen Feld, die ihre Fachkompetenz unter Beweis stellt; sie stützen sich nicht auf eine Hausmacht in der Partei, sondern werden von Parteiführern gezielt auf Positionen gesetzt, um bestimmte Wählersegmente zu erschließen; Seiteneinsteiger treten in kleineren Parteien öfter auf, da sich weniger Kandidaten um ein Amt bewerben. Das, was Seiteneinsteiger attraktiv macht, der Habitus des unabhängigen Experten, der nur Sachpolitik ohne persönliches Interesse betreibt, kann im weiteren Verlauf auch negative Effekte haben: Seiteneinsteigern fehle es oft, so ein Ergebnis von Lorenz und Micus, an der Verankerung in der Partei, an Kommunikationsfähigkeit und Institutionenverständnis.

Manteuffels Karriere ähnelt der von vielen Seiteneinsteigern. Obgleich er bereits vor seinem Einzug in den Bundestag praktische politische Erfahrungen in der Kommunalpolitik und in der Gremienarbeit gesammelt hatte, lag

114 Lockenour: *Soldiers as Citizens* (wie Anm. 7), S. 119; Forderung Manteuffels auf dem Großdeutschlandtreffen, Oktober 1953, BArch, B 106/15457.

115 NRW Wehrpolitischer Ausschuss, Rundschreiben vom 23.11.1955, ADL, FDP Landesvorstand NRW 19159; Manteuffel an den Wehrpolitischen Ausschuss NRW, 9.1.1956, ADL, FDP Bundespartei 903.

116 Robert Lorenz/Matthias Micus: *Politische Seiteneinsteiger – Exoten in Parteien, Parlamenten, Ministerien*. In: Dies. (Hrsg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie*. Wiesbaden 2009, S. 11-28.

sein Schwerpunkt im beruflichen Bereich und in der Verbandsarbeit. Er hatte keine Hausmacht in der FDP und war nicht bereit, für ein Amt oder Mandat die „Ochsentour“ zu durchlaufen. Er wurde von der Parteiführung der FDP ausgewählt und gefördert, um bestimmte Parteisegmente zu bedienen und entsprechende Zielgruppen zu erschließen. Er hatte eine Rückkehroption in die Wirtschaft und eine Zukunftsoption bei der Bundeswehr. Er musste lernen, dass der politische Betrieb andere Logiken und Funktionsweisen aufwies als der militärische oder wirtschaftliche Bereich. Nicht nur Fachkompetenz, von der er als Verteidigungspolitiker zehrte, war notwendig, sondern auch politische „Methodenkompetenz“, die er erst erwerben musste: die Berücksichtigung bestimmter Verfahrensregeln in der Gremien- und Ausschussarbeit, Konsensfindung und Kompromissbildung sowie der Umgang mit den Medien.¹¹⁷ Letzteres bereitete dem „Bundestagsneuling“ Manteuffel durchaus Probleme. In seiner Funktion als Abgeordneter und Mitglied der Regierungskoalition stand er unter permanenter Medienbeobachtung. Er unterschätzte die Wirkung von öffentlichen Verlautbarungen, wie das Beispiel Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zeigt. Seine Vorbehalte gegenüber der EVG-Lösung und die Skepsis, ob Frankreich den EVG-Vertrag tatsächlich ratifizieren würde, motivierten ihn, im Mai 1954 die Vorteile der NATO-Lösung anzupreisen. Die Presse stilisierte seine Gedanken zum „Manteuffel-Plan“.¹¹⁸ Sein Abgesang auf die EVG kam in einer außen- und bündnispolitisch angespannten Zeit. Der CSU-Politiker und Delegierte im Europarat Karl Graf Sprei nannte Manteuffels Pläne „Verrat an der Koalition“. Manteuffel musste dementieren und betonte, dass er die Politik des Kanzlers rückhaltlos unterstütze.¹¹⁹

Hasso von Manteuffels politische Laufbahn endete 1957, als er kein Bundestagsmandat für die DP erringen konnte;¹²⁰ ebenso zerschlugen sich seine militärischen Ambitionen. Er zog seine Bewerbung für die Bundeswehr 1957 zurück, als die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn einleitete.¹²¹

117 Ebd., S. 26.

118 Manteuffel: Alternativlösungen zur EVG. In: Demokratische Wehrpolitik. Kommentare und Informationen, vom 28. Mai 1954; Manteuffel an Becker, 23.6.54 ADL, N 11/7.

119 Manteuffel an Bundeskanzler Adenauer, 29.5.1954, ADL, N 1/1319.

120 Manteuffel (DP) trat erfolglos für den Wahlkreis 77 Düsseldorf-Mettmann an, BArch, N 617/v. 1.

121 Vgl. Searle: Wehrmacht Generals (wie Anm. 7), S. 256; Manteuffel an Laternser, 12.6.1957, BArch, N 431/902.

Der Manteuffel-Prozess

Der Tatbestand, um den es ging, war folgender: An der Ostfront, im Bereich der 7. Panzerdivision, hatte ein Wachposten Mitte Januar 1944 beobachtet, wie in der Nacht zwei deutsche Soldaten von „Rotarmisten“ entführt worden waren. Der Posten schoss nicht und alarmierte auch nicht die Truppe. Ein Feldkriegsgericht verurteilte ihn wegen Dienstpflichtverletzung zu zwei Jahren Gefängnis. Manteuffel bestätigte das Urteil nicht, sondern erteilte den Befehl, den Soldaten wegen „Feigheit vor dem Feind“ erschießen zu lassen.¹²²

1959 wurde von Manteuffel vom Düsseldorfer Schwurgericht wegen Totschlags zu einer Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren verurteilt, da er seine Befugnisse als Divisionskommandeur unrechtmäßig überschritten hatte. Er hatte in ein schwebendes Militärgerichtsverfahren eingegriffen und widerrechtlich die Todesstrafe angeordnet. Mildernd wirkte sich bei der Strafzumessung aus, er habe sich im Kriege hochverdient gemacht, sein eigenes Leben nicht geschont, die Truppe fürsorglich behandelt, und aus der „irrigen Überzeugung“ heraus gehandelt, seine Tat sei durch den Führerbefehl Nr. 7 gedeckt.¹²³ Dies sei ein „einmaliger Fehlentschluss in einer besonders kritischen Kampfphase gewesen“.¹²⁴

Der Prozess wurde von den Medien mit besonderem Interesse verfolgt. Manteuffel stand nicht im Ruf, ein Durchhalte-, Nazi-General oder Feigling gewesen zu sein. Die Zeugenaussagen konfrontierten die Öffentlichkeit, insbesondere die ehemaligen Wehrmachtsoldaten, mit der eigenen Kriegsvergangenheit und vermittelten Identifikationsangebote mit dem Opfer – einem jungen Soldaten, an dessen Namen sich niemand mehr erinnerte und der in eine Situation gestellt worden war, die ihn überforderte.¹²⁵ Für linksintellektuelle Prozessbeobachter und die SED-Propaganda war der preußische Troupierr aus adeligem Hause „ein Militarist wie aus dem Bilderbuch“.¹²⁶ Für die

122 Vgl. Gerichtsurteil des Schwurgerichts Düsseldorf gegen Manteuffel, 21.8.1959, und Revisionsurteil, 10.3.1960, IfZ-Archiv, Gd 05/01.

123 Gerichtsurteil des Schwurgerichts Düsseldorf gegen Manteuffel, 21.8.1959, S. 30 f., IfZ-Archiv, Gd 05/01.

124 Es gibt Hinweise dafür, dass Manteuffel seine Befehlsführung bereits vor diesem Ereignis radikalisiert hatte. Vgl. Peter Lieb: Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44. München 2007, S. 501.

125 Eine literarische Verarbeitung des Prozesses, die auch die Aufarbeitung der eigenen Kriegsvergangenheit miteinschließt, findet sich in der Erzählung von Rolf Bongs: Urteil über einen gemeinen Soldaten. Emsdetten 1966, S. 123-149.

126 Baumöller: Totschläger des Führers (wie Anm. 27), S. 7; Ein Mörder besingt seinen Staat. In: Neues Deutschland, 25.8.1959. Zu den Reaktionen auf den Prozessverlauf und das Urteil vgl. ausführlich Searle: Wehrmacht Generals (wie Anm. 7), S. 261-265.

Vertreter der Soldatenverbände war er ein Opfer.¹²⁷ Die meisten bürgerlichen Zeitungen akzeptierten und rechtfertigten den Schuldspruch, brachten aber in Erinnerung, dass die Motivlagen und die Kriegssituation nach 15 Jahren nicht mehr restlos aufgeklärt werden können.¹²⁸

Der ehemalige Panzergeneral selbst war auch nach dem Urteilsspruch davon überzeugt, die Pflichtverletzung des Opfers sei ein todeswürdiges Verbrechen gewesen, da sie die Kampfmoral seiner Division geschwächt habe – in jeder Armee der Erde wäre dies geahndet worden.¹²⁹ Was Oliver von Wrochem für die Argumentationslinie des ehemaligen Generalfeldmarschalls Erich von Manstein feststellte, gilt auch für die Rechtfertigung Manteuffels: die Bereitschaft, „rechtswidriges Handeln der befehlsggebenden Ebene durch den Verweis auf vermeintliche Kriegsnotwendigkeiten zu legitimieren und damit Rechtsfragen hinter militärischen Erwägungen zurückzustellen“.¹³⁰

Wenn es um die Bewertung des NS-Regimes, um den Führer Adolf Hitler, die Waffen-SS, Eid- und Gewissenfragen, den Widerstand vom 20. Juli, die Verfolgung der Juden¹³¹ sowie um die Verantwortung des Militärs und um sein eigenes Handeln im Krieg ging, fehlte Manteuffel jegliches Reflexionsvermögen.¹³² Er hielt um jeden Preis am Mythos der sauberen Wehrmacht fest, selbst als sein eigener Prozess zur Entkräftung dieses Mythos beitrug.¹³³

Nach viermonatiger Haft wurde er im Juni 1961 begnadigt. Nicht nur Bundespräsident Heuss hatte sich für ihn eingesetzt, daneben fanden sich

127 Nur ein General. In: Der Deutsche Soldat, Nr. 10, 1959.

128 Unsere Meinung: Prozeß Manteuffel. In: Der Tagesspiegel, 25.8.1959; Ein Wort zum Fall Manteuffel. In: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 25.8.1959; Recht und Gnade. In: Die Zeit, 28.8.1959.

129 Unterlagen und Korrespondenzen zum Prozess im Nachlass RA Laternser, BArch, N 431/902-907.

130 Wrochem: Manstein (wie Anm. 7), S. 353.

131 Vgl. die aus heutiger Kenntnis der Zusammenhänge bizarr anmutende Diskussion zwischen Manteuffel und Carlo Schmid über das Wissen der Wehrmacht bezüglich der Judenvernichtung. Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagssitzung 02/140 vom 18.4.1956, S. 7224 (D), online unter: <http://pdok.bundestag.de>.

132 So auch das Urteil von Georg Meyer in seinem biographischen Artikel. „Manteuffel, Hasso von“. In: Neue Deutsche Biographie 16 (1990), S. 92 (Onlinefassung <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118577344.html> [28.2.2015]).

133 Die Prozesse gegen Wehrmachtsgenerale Ende der 1950er-Jahre haben eine kritischere Einstellung zur Wehrmacht begünstigt, so Lingen: Kesselring (wie Anm. 29), S. 341-351.

viele Fürsprecher aus der Politik, z.B. Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss.¹³⁴

Manteuffel als Vermittler

Bei einer umfänglichen Betrachtung des politischen Wirkungsfeldes Manteuffels tritt sehr deutlich seine Funktion als Vermittler zwischen antagonistischen politischen und gesellschaftlichen Kräften im Ringen um die westdeutsche Wiederbewaffnung hervor. Er unterstützte die Regierungspolitik und ihre Versuche, Soldaten in den neuen Staat zu integrieren und ein positives Bild der neu entstehenden Streitkräfte zu vermitteln. Für das Amt Blank und das spätere Verteidigungsministerium war sein Eintreten für die Innere Führung besonders bedeutsam. Generalleutnant a.D. Heusinger, der Leiter der militärischen Abteilung im Amt Blank, schrieb am 21. Oktober 1954 an Manteuffel: „Ich glaube, dass die Stellungnahme aus Ihrem Munde gerade auch in den z.T. skeptischen Kreisen der ehemaligen Offiziere besonders wirkungsvoll sein wird, da in Ihnen der alte Truppenoffizier, der all die Dinge aus der Praxis selbst beurteilen kann, gesprochen hat.“¹³⁵

Innerhalb der FDP nahm Manteuffel eine vermittelnde Rolle zwischen den Sicherheitsausschüssen auf Landes- und Bundesebene ein.¹³⁶ Doch die angestrebte Brückenfunktion zwischen Militär und Politik konnte er nicht immer ausfüllen. Eindeutige Zugehörigkeiten und Loyalitäten wurden durch sein vielfältiges Engagement in politischen Gremien der Partei und des Bundestages sowie in den Veteranen-Verbänden und sonstigen gesellschaftspolitischen Vereinigungen in Frage gestellt. An die Ausschusskollegen gewandt, sagte er im September 1955: „Die Herren wissen – das ist kein Geheimnis –, dass ich bei den alten Soldaten zumindest herabgesetzt werde, weil ich Par-

134 Der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss setzte sich beim zuständigen Justizminister von NRW Flehminghaus mit Schreiben vom 5.4.1961 für die Begnadigung ein. Er führte Manteuffels „menschliche Art die neue Militärordnung zu beurteilen“ an und, dass er im Verteidigungsausschuss als Mensch und Militärfachmann geschätzt war. Vgl., Theodor Heuss – Privatier und Elder Statesmann. Briefe 1959-1963. Hrsg. u. bearb. von Frieder Günther. Berlin/Boston 2014, S. 296 f.; Schreiben des Justizministers in NRW an den Altbundespräsidenten Heuss vom 19.6.1961, BArch, NL Heuss/65. Unterstützung kam auch vom Inspekteur der Bundeswehr General Heusinger und vom Oberkommandierenden der NATO-Landstreitkräfte Speidel sowie von den Bundestags-Abgeordneten Jaeger, Merten, Mende und Heye.

135 Heusinger an Manteuffel, 21.10.1954, BArch, N 617/v. 5.

136 Bericht über die Sitzung des Sicherheitsausschusses der FDP am 7./8.8.1954 in Bonn, ADL, FDP Bundespartei 904.

lamentarier bin, und dass die Parlamentarier mir nicht trauen, weil ich General bin!“¹³⁷

Unter dem Strich bleibt eine dauerhafte Ambivalenz, nicht nur in seinem Selbstbild, sondern auch in der Fremdwahrnehmung Manteuffels durch Anhänger und Gegner. Sein parlamentarisches Leben bewegte sich in einem Spannungsfeld zwischen soldatischer Prägung, politischer Anpassung und persönlicher Wandlung. Er selbst gab im Rückblick offenbar der militärischen Identität den Vorrang, wohl wissend, dass seine Anhänger- und Leserschaft „den Politiker“ geringer schätzte als den „unpolitischen Militär“: „Trotz meiner politischen Arbeit war ich kein politisierender General. Eigentlich wollte ich auch jetzt nichts anderes sein als ein Soldat von einst, der seine Erfahrungen in der Menschenführung für die praktische Friedensarbeit an Volk und Nation einsetzt“.¹³⁸

Da die ehemaligen Berufsoffiziere und Wehrmachtsoldaten politisch gesehen keine homogene Gruppe waren, sondern sich in ihren politischen Überzeugungen, in ihren Deutungen des Krieges und des Nationalsozialismus und in ihrem Bedürfnis nach Verbandszugehörigkeit unterschieden, war es für Manteuffel eine schwer lösbare Aufgabe, sein Politikziel, „die Kriegsgeneration an diesen Staat heranzuführen“, ¹³⁹ in konkrete Schritte umzusetzen. Kritik brachte ihm ein, dass er die ehemaligen Soldaten im Bundestag zu wenig interessenpolitisch vertrat. Es wurden Vorwürfe laut, dass er mit seinen Ausführungen zur parlamentarischen Kontrolle, zum Personalgutachterausschuss und zur Inneren Führung unnötig „nach vorne geprescht“¹⁴⁰ sei.

Manteuffel als Militärexperte

Hasso von Manteuffels Haltung gegenüber dem Soldaten als Kameraden, Waffenträger und als Garant bzw. Repräsentant von Staatlichkeit war geprägt von einer überzeitlichen „Soldatentumsideologie“, die sich in einer Überhöhung soldatischer Werte wie Ehre, Pflichterfüllung, Treue, Gehorsam, Mut und Aufopferung offenbarte.¹⁴¹ Diese „epochenübergreifenden positiven Grundzüge deutschen Soldatentums im 19. und 20. Jahrhundert“ wurden deshalb besonders betont, um sich von der NS-Ideologie und dem

137 Protokoll der 46. Sitzung des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit vom 14.9.1955, S. 84, BT Parlamentsarchiv.

138 Schaulen: Manteuffel (wie Anm. 5), S. 214.

139 Hasso von Manteuffel im Wahlkreis Bielefeld-Stadt. Der Kandidat der FDP, Zeitungsausschnitt, o.O. o.D., Bundestagswahl 1953, ADL, FDP Landesverband NRW 26317.

140 Brennecke an Anz, 18.11.1954, BArch, MSG 2/12825. Vgl. auch Wagner: FDP (wie Anm. 9), S. 154.

141 Wagner: FDP (wie Anm. 9), S. 49; Quadflieg: Pflichterfüllung bis zum Untergang (wie Anm. 53), S. 160.

„Ideal des fanatischen Kämpfers im Weltanschauungskrieg“ zu distanzieren, wie Jörg Echternkamp als ein Grundmotiv im Umgang von Wehrmachtsoldaten mit der Vergangenheit erkannt hat.¹⁴² Ungeachtet dieser Kontinuitäten, fügte der Politiker Manteuffel seinem Soldatenbild ein neues Element hinzu, das die anderen nicht verdrängte und je nach Diskurssituation stärker oder schwächer zum Tragen kam: Der Ex-General war in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter gewillt, an der Umsetzung eines zeitgemäßen Soldatentums auf demokratischer Basis mitzuarbeiten. Ob aus einer demokratischen Lernerfahrung heraus oder ob es die erhoffte Reaktivierung als Soldat war, die ihm diese Reformorientierung abverlangte, kann man mittels der vorliegenden Quellen, die zu wenig Einblick in die Gefühls- und Motivwelt Manteuffels erlauben, nicht entscheiden.

Wenden wir uns abschließend der Frage nach der Einordnung seiner Person und Funktion in der Nachkriegszeit zu. Entsprachen Manteuffels Deutungsmuster im Hinblick auf den Nationalsozialismus und die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg sowie seine Vorstellungen bezüglich des Aufbaus der Bundeswehr den mehrheitlichen Vorstellungen der ehemaligen Berufsoffiziere?

Alaric Searle identifizierte vier Merkmale, denen sich die rund 2000 ehemaligen Generale in ihrer Haltung zur Vergangenheit, Politik und Wiederbewaffnung grob zuordnen lassen.¹⁴³ Zwei der Kategorien treffen theoretisch auf Manteuffel zu. Zur ersten Kategorie der „Militärtraditionalisten“, welche häufig der Politik gegenüber kritisch und passiv eingestellt waren, ließ er sich nicht zurechnen. Zweitens gehörte Manteuffel, wenn man sein politisches Engagement in den Blick nimmt, zur Gruppe derjenigen, die Reformen unterstützten und die parlamentarische Kontrolle der zukünftigen Streitkräfte einforderten. Doch fanden sich in der Reformgruppe vor allem Kritiker des Nationalsozialismus und Befürworter des militärischen Widerstandes gegen Hitler. Das traf auf Manteuffel, wie auch Alaric Searle feststellte, eindeutig nicht zu.¹⁴⁴

Relevante Merkmale verbinden ihn hingegen mit einer Gruppe, die Klaus Naumann in seiner Studie „Generale in der Demokratie“ als „konservative Gewaltexperten“¹⁴⁵ bezeichnet. Gemeint sind Soldaten, deren Professionalitätsbegriff jede herrschaftskonforme Verwendung zuließ. In dieser Erkenntnis knüpft Naumann an die Ergebnisse des deutsch-amerikanischen Sozial-

142 Echternkamp: Soldaten im Nachkrieg (wie Anm. 8), S. 440.

143 Searle: Wehrmacht Generals (wie Anm. 7), S. 278.

144 Ebd., S. 280-282.

145 Klaus Naumann: Generale in der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite. Hamburg 2007, S. 96. Die Bezeichnung „Gewaltexperte“ scheint mir zu unspezifisch. Für Manteuffel bilden die Kriegserfahrungen und das Militär als Institution und als Wertesystem die Referenzrahmen seiner Profession.

wissenschaftlers Hans Speier¹⁴⁶ an, der zahlreiche Interviews mit ehemaligen Generalen geführt hat und drei Gemeinsamkeiten feststellte: die „Mischung aus ‚operativer Kompetenz und politischem Voluntarismus‘; das Bekenntnis zu den Werten und Traditionen des Soldatentums; und das Wunschbild eines Gegensatzes zwischen Sachverstand und ‚Amateuren‘“.¹⁴⁷

Soldatisches Expertentum war das dominierende Identitätsmerkmal, in seiner Selbstwahrnehmung, in der öffentlichen Darstellung und war auch nicht zu trennen vom politischen Wirken Manteuffels. Seine militärischen Leistungen und Erfolge in Reichswehr und Wehrmacht sicherten ihm sowohl bei seinen militärischen Vorgesetzten wie auch in amerikanischen und britischen Militärkreisen nach 1945 Anerkennung. Es gab keine Stunde Null für Militärexperten wie ihn. Bereits in der Kriegsgefangenschaft führte er mit dem Militärtheoretiker Liddell Hart, der ihn als den glänzendsten unter den jüngeren Panzerkommandeuren bezeichnete, militärgeschichtliche Gespräche auf Augenhöhe.¹⁴⁸ Danach gab er sein Wissen an die Historical Division weiter, die ihn nach seiner Einschätzung zu Hitler, der militärischen Führung und zum Kriegsgeschehen befragte.¹⁴⁹ Und auch als Bundestagsabgeordneter agierte er vor allem aus der Position des Wehr-Experten heraus. Kaum ein Beitrag im Parlament, in dem er nicht einfließen ließ, dass er aus der Erfahrung einer dreißigjährigen Dienstzeit spreche¹⁵⁰ oder auf Kriegserfahrungen rekurrierte: „Was den Russlandfeldzug betrifft, Herr Bausch, so bin ich selber [...] an der Spitze vor Moskau gewesen.“¹⁵¹

Sein Expertentum zeigt sich auch in seiner Forderung nach Qualität in der Ausrüstung, Ausbildung und Erziehung des Soldaten oder wie Manteuffel formulierte: „Ein im Frieden erworbenes gründliches Können spart im Verteidigungsfall Blut.“¹⁵² Seine Verurteilung wegen Totschlags warf allenfalls einen schwachen Schatten auf seine moralische Integrität. Er blieb weiterhin ein gern gesehener Gast in den USA, wo er auf Einladung seiner ehemaligen

146 Hans Speier reiste im Auftrag der RAND Corporation 1952 bis 1955 nach Deutschland, um im Vorfeld der Wiederbewaffnung Einstellungen, Berufs- und Weltbilder der ehemaligen Wehrmachtelite kennenzulernen. Speier interviewte auch Manteuffel, von dem er sich wenig beeindruckt zeigte: „Er spricht deutlich, redet viel, aber sagt einem wenig. Zeitweise während des Gesprächs hatte ich das körperliche Empfinden, in Lächeln und Worten ertränkt zu werden.“ Zit. nach Naumann: Generale (wie Anm. 145), S. 157.

147 Zit. nach ebd., S. 161.

148 Hart: Jetzt dürfen sie reden (wie Anm. 39), S. 88, 539 f.

149 Wegner: Erschriebene Siege (wie Anm. 42), S. 290.

150 Beispielhaft: Thoß (Hrsg.): Bundestagsausschuss Bd. 2 (wie Anm. 94), S. 802, 1086; Köster (Hrsg.): Bundestagsausschuss Bd. 3 (wie Anm. 96), S. 83.

151 Protokoll der 91. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 13.4.1956, S. 29, BT Parlamentsarchiv.

152 Redebeitrag v. Manteuffel in der Bundestagsitzung 02/169 vom 8.11.1956, S. 9308 (C), online unter: <http://pdok.bundestag.de>.

Kriegsgegner zahlreiche Vorträge hielt.¹⁵³ Alle Zeiten und Regime überdauernd, bildete das Expertentum die Klammer, die das Selbstbild und das Fremdbild Hasso von Manteuffels zusammenhielt.

- 153 Nach eigener Aussage war er bis 1977 neunmal in den USA. Er hielt regelmäßig Vorträge an der US-Militärakademie Westpoint und an Universitäten, war Gast des früheren Präsidenten Eisenhower und traf sich mit den ehemaligen Kriegsgegnern, den Generalen Omar Bradley und Bruce Clark; der US-Generalstabschef William Westmoreland lud ihn ins Pentagon ein. Er wirkte 1965 als Berater eines US-Filmprojektes über die Ardennenoffensive in Hollywood mit. Vgl. Schaulen: Manteuffel (wie Anm. 5), S. 216-218; Fräschka: Mit Schwertern und Brillanten (wie Anm. 5), S. 291; Ge. H. Von Manteuffel. Skilful Wehrmacht tactician. In: The Times, 26.9.1978.

Kampf für Menschenrechte, Kampf gegen Totalitarismus.

Über die politische Entwicklung André Glucksmanns, seine jüdische Herkunft und seine Beziehung zu Raymond Aron

Am Abend des 26. Juni 1979 berichtete die Nachrichtensendung auf Télévision Française 1 über eine Pressekonferenz von André Glucksmann, Raymond Aron und Jean-Paul Sartre.¹ Der Anlass war ein Treffen der drei Intellektuellen mit dem französischen Präsidenten, Valéry Giscard d'Estaing, im Elysée Palast. Angesichts der tragischen Situation der vietnamesischen Flüchtlinge im südchinesischen Meer drängten sie auf die verstärkte Unterstützung Frankreichs. Sartre und Aron berichteten anschließend jedoch, dass Giscard d'Estaing zurückhaltend reagierte und die Zusammenkunft eher distanziert ablief. Es sei wohl nicht mit einer baldigen Veränderung der französischen Politik zu rechnen, so ihre Einschätzung.

Glucksmann, Aron und Sartre waren als Delegierte der Initiative „Ein Schiff für Vietnam“ gekommen. Sie war zur Hilfe derer gegründet worden, die vor den siegreichen Vietkong fliehen mussten.² Viele dieser Flüchtlinge riskierten die Ausreise in überladenen, kaum seetauglichen Booten. Von den über eine Million Flüchtenden kamen nach Schätzungen an die 100 000 auf hoher See ums Leben. Das Anliegen erfuhr deshalb breite Unterstützung von weiteren Personen des öffentlichen und intellektuellen Lebens, etwa von dem Philosophen Michel Foucault, den Sängern und Schauspielern Yves Montand und Simone Signoret sowie dem Mitbegründer der humanitären Organisation „Ärzte ohne Grenzen“, Bernard Kouchner. Von ihm stammte auch ursprünglich der als Provokation gedachte Name der Initiative. Kouchner war nämlich nur wenige Jahren zuvor daran beteiligt gewesen, in einer gleichnamigen Aktion Medikamente in die von den nordvietnamesischen Guerilla-Kämpfern eroberten Gebiete zu bringen. Umso mehr erregten Glucksmann und er jetzt den Zorn führender Funktionäre der einflussreichen

1 Ein Ausschnitt aus der Pressekonferenz ist einsehbar unter: <http://www.ina.fr/video/CAA7900997401/refugies-valery-giscard-d-estaing-sartre-video.html> [30.11.2014].

2 André Glucksmann: Von der Militanz zur Menschlichkeit. Interview. In: Kontinent. Forum für Ost-West-Fragen 14 (1980), S. 98-112, hier S. 109.

Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF). Das eigentlich Entscheidende an dem Treffen im Präsidentenpalast, wie Glucksmann in einem Gespräch mit Kouchner betonte, sei es aber gewesen, die beiden intellektuellen Antipoden der Nachkriegszeit zur Unterstützung eines gemeinsamen Anliegens zu gewinnen. Jean-Paul Sartre war jahrzehntelang die Ikone der (radikalen) Linken, ein unkonventioneller Philosoph und Schriftsteller, ein Unterstützer der Maoisten, Verteidiger des Kommunismus und heftiger Kritiker der Vereinigten Staaten von Amerika. Raymond Aron hingegen war einer der bedeutendsten Soziologen Frankreichs, ein antitotalitärer Liberaler, Parteigänger de Gaulles und prowestlicher „Kalter Krieger“. Dass sich beide zusammen für die Unterstützung der in Not geratenen Flüchtlinge einsetzten, stellte ein Novum dar. Die bislang getrennten politischen Lager fanden im Kampf für die Menschenrechte erstmals zusammen. André Glucksmann bewertete diesen Vorgang als wichtige symbolische Zäsur der französischen Nachkriegsentwicklung: „Seit 1946 war es gut bekannt, dass es auf der einen Seite die Rechte gab; auf der anderen Seite die Linke; dass Aron zur einen Seite neigte; Sartre zur anderen. Ihre Pressekonferenz verursachte eine kleine Revolution in den traditionellen Spaltungen, ihre Epigonen fanden sich nicht mehr zurecht.“³ Glucksmann kam bei der Vermittlung eine Schlüsselrolle zu; er war das Bindeglied zwischen den einstigen Antagonisten.

Der vorliegende Artikel möchte den Werdegang Glucksmanns vor dem Hintergrund seiner jüdischen Herkunft und seines intellektuellen Verhältnisses zu Raymond Aron rekonstruieren.⁴ Diese Aspekte haben in der wissenschaftlichen Forschung bislang keine größere Aufmerksamkeit gefunden, obwohl Glucksmann seine Doktorarbeit bei Aron verfasste und sich beide mit ähnlichen Themen beschäftigten, die zeitgenössisch in Frankreich auf geringes Interesse stießen. Während es aufgrund seines maoistischen Engagements ab den späten 1960er Jahren zu einem temporären Bruch mit seinem akademischen Lehrer gekommen war, ebnete Glucksmanns Beschäftigung mit den stalinistischen Verbrechen und seine Entwicklung zum antitotalitären Denker den Weg zu einer Wiederannäherung. Besonders seine exponierte Rolle in der Auseinandersetzung mit Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ und bei der Entstehung der „Nouveaux Philosophes“, einer Gruppe meist ehemaliger linksradikaler Intellektueller, lässt Rückschlüsse auf die Beeinflussung seines Denkens durch Aron zu. Die geteilten theoreti-

3 „[D]epuis 1946 il était bien connu que, d'un côté, il y avait la droite; de l'autre, la gauche; qu'Aron penchait d'un côté; Sartre, de l'autre.“ So Glucksmann im Gespräch mit Bernard Kouchner: *La preuve par le Cambodge*. In: *Le Nouvel Observateur*, No. 785, 26. November 1979, S. 117-148, hier S. 118. Alle Übersetzungen aus dem Französischen stammen vom Autor.

4 Der Artikel basiert teilweise auf dem Glucksmann-Kapitel in: Sebastian Voigt: *Der jüdische Mai* '68. Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit und André Glucksmann im Nachkriegsfrankreich. Göttingen/Bristol, CT 2015.

schen Interessen und politischen Prioritäten, so die hier vertretene These, waren aber nicht nur zufällig, sondern resultierten – trotz der unterschiedlichen Generationszugehörigkeit – aus Konvergenzen in einer spezifischen Erfahrungsgeschichte als Juden im Nachkriegsfrankreich.

Überleben in Kriegszeiten. Nachdenken über Krieg

Anlässlich des Todes von Aron am 17. Oktober 1983 wies Glucksmann im Fernsehsender Antenne 2 darauf hin, dass sein Lehrer einer der letzten Intellektuellen gewesen sei, dessen theoretisches Schaffen massiv von den Erschütterungen des 20. Jahrhunderts geprägt war.⁵ Der Boden der Geschichte habe unter seinen Füßen gebebt, wie Glucksmann es pathetisch formulierte. Aron sei sich seinerzeit durchaus bewusst gewesen, dass das nationalsozialistische Deutschland den Krieg möglicherweise hätte gewinnen können und dadurch die Katastrophe eingetreten wäre. Deshalb habe sich sein Denken nach 1945 primär um diese Konstellation, also die Frage von Krieg und Frieden gedreht. Auch Glucksmanns Lebensweg ist ohne diese historischen Umstände nicht zu verstehen.

Er wurde am 19. Juni 1937 in Boulogne-Billancourt, in der Nähe von Paris in eine jüdischen Familie geboren. Die Eltern, Martha und Rubin Glucksmann, stammten aus dem habsburgischen Prag bzw. Czernowitz.⁶ Später lebten beide in Wien. Politisiert in der zionistischen Jugendbewegung wanderten sie nach dem Untergang der Doppelmonarchie in den frühen 1920er Jahren nach Palästina aus. Sie lernten sich in der Jerusalemer Altstadt kennen, heirateten und bekamen zwei Töchter. Aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen den jüdischen und den arabischen Bewohnern wandten sie sich desillusioniert vom Zionismus ab und traten der Kommunistischen Partei Palästinas bei. Rubin Glucksmann kam mit der Komintern in Kontakt.⁷ Anfang der 1930er Jahre zogen sie nach Hamburg, wo sie am Kampf gegen den erstarkenden Nationalsozialismus teilnahmen. Auch nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler beteiligten sich Rubin und Martha Glucksmann an illegalen KPD-Tätigkeiten, bevor sie Mitte der

5 Die Stellungnahme Glucksmanns ist einzusehen unter: <http://www.ina.fr/video/CAB8301486901/mort-de-raymond-aron-reactions-glucksmann-et-july-video.html> [30.11.2014].

6 Vgl. hierzu den Dokumentarfilm Gero von Boehm, André Glucksmann – Mein Leben – ma vie, 2008.

7 Die genauen Umstände sind nicht zu rekonstruieren, da die Kominternakte Rubin Glucksmanns in Moskau nach Aussagen von Thierry Wolton vernichtet wurde. Vgl. André Glucksmann: Wut eines Kindes, Zorn eines Lebens. Erinnerungen. München 2006, S. 59. Allerdings geht die Agententätigkeit Rubin Glucksmanns aus Verhören des Geheimdienstes MI 5 hervor, die in den National Archives, London, einsehbar sind: TNA, KV2 /1902 und KV2/1655, Personal Files (PF).

1930er Jahre nach Frankreich auswanderten. Die starke Verankerung in der kommunistischen Bewegung manifestierte sich auch in der Namenswahl ihres 1937 geborenen Sohnes: Joseph André Glucksmann. Wie dieser selbst vermutet, standen dabei Josef Stalin und ein von der SA gefolterter und hingerichteter Hamburger KPD-Funktionär, Etkar André, Pate. Kurz nach der Geburt seines Sohnes zog Rubin Glucksmann nach London. Nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts gingen die britischen Behörden stärker gegen mögliche Agenten vor. Der deutsche Überfall auf Polen verschärfte die Maßnahmen gegen sogenannte feindliche Ausländer weiter, insbesondere aus Ländern der Achsenmächte. Während Martha Glucksmann mit den drei Kindern von Frankreich aus die Übersiedlung nach Großbritannien plante, wurde ihr Ehemann am 17. Mai 1940 zum zweiten Mal von der englischen Polizei festgenommen. Die in seinem Büro sichergestellten Unterlagen wurden an den Inlandsgeheimdienst MI-5 weitergegeben, der auch die Verhöre durchführte. Rubin Glucksmann wurde nicht auf der Insel selbst inhaftiert, sondern auf einem Schiff in ein britisches Dominion gebracht. Die *Arandora Star* hatte Kurs auf Kanada genommen, als sie am 2. Juli 1940 von einem deutschen Torpedo getroffen wurde. Die Mehrzahl der über 1 000 Menschen an Bord ertrank, darunter auch Rubin Glucksmann.⁸

Als Witwe eines verdienten Kommunisten erhielt Martha Glucksmann das Angebot, in die Sowjetunion zu gehen. Sie entschied sich aber für Frankreich, ein Land, dessen Sprache sie nur schlecht beherrschte und in dem sie fast niemanden kannte. Sie hatte jedoch von den stalinistischen Säuberungen und dem Verschwinden ausländischer Kommunisten gehört. Diesen Entschluss gegen die Sowjetunion bewertete André Glucksmann rückblickend wie folgt: „Martha entscheidet sich für den Widerstand, da, wo er noch möglich ist. Hatte sie geahnt, welchen Empfang man ihr im Vaterland des Proletariats bereiten würde, wo alle Ausländer, jeder ‚Genosse‘, der im Ausland gelebt hatte, in den eiskalten Steppen Sibiriens endete? Respekt. Tatsache ist, dass ihre unglaubliche Entscheidung, eher gegen die Gestapo als gegen den NKVD zu kämpfen, mehrere Leben rettete, unter anderem meines.“⁹

Bei dieser Entscheidung hatte Deutschland Frankreich bereits überfallen. Der Angriff am 10. Mai 1940 spaltete das Land in eine besetzte nördliche Zone und das mit dem NS-Regime kollaborierende Vichy-Regime unter Marschall Philippe Pétain im Süden. Martha Glucksmann floh mit ihren Kindern ins südliche Frankreich und schloss sich der kommunistischen Widerstandsbewegung an. Längere Zeit versteckte sich die Familie bei Lyon, der Hauptstadt der *Résistance*. André Glucksmann wuchs mit unterschiedli-

8 Vgl. den Bericht vom 30.12. 1951 des Committee on Un-American Activities: *The Shameful Years. Thirty Years of Soviet Espionage in the United States*, S. 20, online unter: <http://www.archive.org/details/shamefuleyearsthi1952unit> [30.11.2014].

9 Glucksmann: *Wut eines Kindes* (wie Anm. 7), S. 306 f.

chen Namen auf. In der Öffentlichkeit verwendete er den nicht-jüdisch klingenden Namen Joseph André Rivière. Ferner musste er lernen, zwischen Deutsch und Französisch zu wechseln. Eine kleine Unachtsamkeit hätte tödliche Folgen haben können. Zwar hatte er aufgrund seiner Geburt die französische Staatsbürgerschaft, aber seine Mutter und seine Schwestern besaßen keine gültigen Aufenthaltspapiere. Deshalb waren sie der ständigen Gefahr von Razzien ausgesetzt. Obwohl die Familie mehrmals die Unterkunft wechselte, durchsuchten französische Gendarmen im Jahre 1942 ihre Wohnung. Bis auf eine Tochter wurden alle Familienmitglieder im Lager Bourg-Lastic inhaftiert, von wo aus Gefangene über das Sammellager Drancy nach Auschwitz deportiert wurden. Martha Glucksmann resignierte trotz der ausweglos erscheinenden Situation nicht und klärte die anderen Häftlinge über die Brutalität des NS-Regimes auf, was zu großer Unruhe unter ihnen führte. Um die Lage zu beruhigen, entschied die Lagerleitung, die gesamte Familie Glucksmann mit den Hinweis auf die französische Staatsangehörigkeit des kleinen Sohnes freizulassen. Durch die formale Zugehörigkeit zur „Grande Nation“, durch den bloßen Zufall der Geburt wurde André Glucksmann nicht als Kind in den fast sicheren Tod abtransportiert. Daraus entwickelte sich später seine tiefe Verbundenheit zu Frankreich, das in seiner Sichtweise vor allem eine besondere Art des Denkens repräsentiert, nämlich ein permanentes Suchen und Zweifeln.¹⁰ Aus dieser Erfahrung leitete er noch eine weitere Schlussfolgerung ab, die sein Handeln bis heute bestimmt, nämlich dass sich Widerstand und Aufbegehren lohnen: „Ich habe also verstanden, dass Unruhestiften sich auszahlt. [...] So wurde ich nicht verbrannt.“¹¹ Bis zur Befreiung Frankreichs lebte die Familie weiterhin versteckt in der Nähe von Lyon.

Martha Glucksmann fand Ende 1944 in einem Waisenhaus für jüdische Kinder aus ganz Europa eine Anstellung und nahm ihren Sohn mit. Als der Baron und die Baronin Rothschild Anfang 1945 zur Befreiungsfeier kamen, schleuderte André Glucksmann seinen Schuh auf die versammelten Gäste. Dieser Ausbruch infantilen Zorns lieferte den Titel für seine Autobiografie „Wut eines Kindes, Zorn eines Lebens“: „Ich glaube, an diesem Tag wollte ich zum Ausdruck bringen, dass ich die vergangenen fünf Jahre nicht vergessen konnte. Im Alter zwischen drei und sieben Jahren macht ein Kind entscheidende Erfahrungen, es lernt Lesen und Schreiben, es beobachtet die Nachbarn, es schaut auf die Erwachsenen. All dies ist für ein Kind sehr wichtig. Im Jahr 1945 so zu tun, als sei nichts geschehen, dass [sic!] erschien

10 Vgl. André Glucksmann: Die cartesianische Revolution. Von der Herkunft Frankreichs aus dem Geist der Philosophie. Hamburg 1989.

11 „J’ai alors compris que l’agitation, ça paie. J’avais 8 ans. C’est ainsi que je n’ai pas été brûlé.” So Glucksmann im Interview mit Lucien Bodard. In: Le Point, No. 495, 15. März 1982, S. 157-166, hier S. 159.

mir damals wie eine Verstümmelung meiner Erlebnisse.“¹² In dieser Handlung kanalisierte sich die angestaute Wut des 8-jährigen André Glucksmann. Eine Feier schien ihm angesichts der Leiden und Entbehrungen, die er hatte ertragen müssen, unangemessen.

Weiterleben nach dem Krieg

Obwohl die Mutter Ende der 1940er Jahre nach Wien übersiedelte, blieben André Glucksmann und eine seiner Schwestern in Frankreich. Martha Glucksmann bewegte sich in der österreichischen Hauptstadt im Milieu überlebender jüdischer Kommunisten, das ihr Sohn bei seinen Besuchen kennenlernte. Die familiäre Prägung motivierte André Glucksmann dazu, im Alter von dreizehn Jahren der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) beizutreten. Er täuschte sogar ein falsches Geburtsdatum für das Mindestaufnahmealter vor. Diesen Schritt erklärte er folgendermaßen: „Ein Kind in dem Alter denkt manichäisch. Es gab die schlechte und die gute Seite. Die gute Seite war Stalingrad und die Russen. Die schlechte Seite war die Naziarmee. Also war ich auf der guten Seite.“¹³ Diese Sichtweise konvergierte mit dem Selbstbild der KPF, demzufolge sie den antifaschistischen Kampf verkörperte. Wegen ihrer zahlreichen deportierten Mitglieder bezeichnete sie sich als „le parti des 75 000 fusillés“, die Partei der 75 000 Erschossenen. Damit blendete sie zugleich Aspekte der Jahre 1940 bis 1944 aus. So schwieg sie sich über ihre Rechtfertigung des Hitler-Stalin-Pakts und ihr Verhalten gegenüber den Besatzungsbehörden bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion aus. In der unmittelbaren Nachkriegszeit zehrte die KPF vom antifaschistischen Nimbus. Trotz ihrer dogmatischen Haltung avancierte sie zur stimmstärksten Partei in den ersten Wahlen. Dieser Stimmung konnte sich auch Glucksmann nicht entziehen: „Als radikaler Antifaschist wurde ich Kommunist. 1945 habe ich mit dem KPF-Organ Humanité zu lesen und zu rechnen begonnen. Ich wollte den Stimmenanteil der Partei kennen.“¹⁴ Das Jahr 1956 beendete Glucksmanns parteipolitisches Engagement allerdings abrupt. Zum einen kritisierte er das ambivalente Verhältnis der KPF zur Kolonialpolitik, das sich in ihrer Zustimmung zu den von der sozialistischen Regierung unter Guy Mollet geforderten Sondervollmachten für

12 „Krankhafter Identitätskult“. Interview mit André Glucksmann zum 70. Geburtstag, einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/buechermarkt/638028/> [30.11.2014].

13 So Glucksmann in dem biografischen Fernsehporträt von Christoph Weinert, *Sauve qui pense – Rette sich, wer denkt* (1997).

14 So Glucksmann im Gespräch mit Jürg Altwegg: *Von der Mai-Barrikade zur Atomstrategie. Der weite Weg des André Glucksmann – ein Gespräch*. In: *Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog und internationale Zusammenarbeit* 40 (1984), H. 1, S. 39-48, hier S. 39.

Algerien zeigte. Dadurch wurden der Ausnahmezustand verhängt und die Internierungslager legalisiert.¹⁵ Letztthin ausschlaggebend war für Glucksmann aber die Reaktion der KPF auf den Aufstand in Ungarn. Sie brandmarkte die Demonstranten im ganzen Land und die auf Unabhängigkeit von der Sowjetunion zielende Politik des Ministerpräsidenten Imre Nagy als konterrevolutionär. Insofern befürwortete sie die militärische Niederschlagung. In „l'Humanité“ wurde der „faschistische Putschversuch“ gegeißelt und die „Lügen der bürgerlichen Presse“ entlarvt. Deshalb weigerte sich Glucksmann, die Parteizeitung zu verkaufen und wurde aus der KPF ausgeschlossen. Dies markierte noch nicht den völligen Bruch mit dem Kommunismus als Weltanschauung. Jedoch wandte er sich verstärkt anderen Themen zu.

So stellte Glucksmann in seinem Philosophiestudium bald fest, dass sich kaum jemand mit dem Thema Krieg befasste, das ihn selbst aufgrund seiner Kindheitserfahrungen umtrieb. Schließlich bewarb er sich um Aufnahme ins Pariser Centre national de la Recherche Scientifique (CNRS). Dort arbeitete er bei Raymond Aron, mit dem er viele intellektuelle Interessen teilte.¹⁶ Glucksmann verfasste die 1967 veröffentlichte Studie „Le discours de la guerre“ über Kriegstheorien, mit der er promoviert wurde. Darin setzte er sich mit der Bedeutung der Strategien von Carl von Clausewitz und Napoleon vor dem Hintergrund der Erfindung der Atombombe auseinander. Besonders reflektierte Glucksmann die Implikationen der veränderten Kriegführung im 20. Jahrhundert. Die möglich gewordene Auslöschung der Menschheit durch Nuklearschläge habe zu einer neuen Einhegung des Krieges in Form gegenseitiger Abschreckung beigetragen.¹⁷ Lediglich der Partisanenkampf ermögliche im Kalten Krieges noch einen wirklichen Sieg in einer bewaffneten Auseinandersetzung. Dieses Schicksal drohe etwa den Amerikanern in Vietnam. Als theoretischer Referenzpunkt diene Mao Zedong, den Glucksmann als den „Clausewitz der Moderne“ interpretierte: „Mao Zedong lehnt die hegelsche Lösung des Kampfes bis zum Tod ab [...]. Für ihn wie für Clausewitz nach Jena ist der ‚Widerstand‘ heilig.“¹⁸

Das Buch wurde von einer größeren Öffentlichkeit erst wahrgenommen, als sich der Psychoanalytiker Jacques Lacan in einer seiner berühmten Vorlesungen darauf bezog. Die positive Rezension von François Chatelet in Le

15 Vgl. Frank Renken: Frankreich im Schatten des Algerienkrieges. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt. Göttingen 2006, S. 158-163. Zur Begründung der KPF-Position vgl. Maurice Thorez: Quelques questions capitales posées au 20^e Congrès du Parti Communiste de l'Union Soviétique. In: L'Humanité 27. März 1956, S. 1.

16 Vgl. Raymond Aron: Penser la guerre. Clausewitz. Band 2. L'âge planétaire. Paris 1976, S. 233.

17 André Glucksmann: Le discours de la guerre. Suivi de Europe 2004. Paris 1979 (ursprünglich 1967), S. 79.

18 Ebd., S. 392.

Nouvel Observateur machte die Schrift weiter bekannt. Aron unterzog sie hingegen einer harschen Kritik.¹⁹ Er hielt seinem Studenten einen fahrlässigen, unwissenschaftlichen Umgang mit Texten vor. Nichtsdestotrotz teilten beide ein grundlegendes Erkenntnisinteresse. So habe ihm Aron, erinnert sich Glucksmann später, zu Beginn ihrer Zusammenarbeit gesagt: „Es überrascht mich nicht, dass sie sich an mich wenden. Wir sind zwei in Frankreich, die Clausewitz kennen.“²⁰

Krieg, Exil und Nachkrieg. Der politische Kampf für die Freiheit

Die Beschäftigung Arons mit Krieg und Frieden hat ihren Ursprung in Erlebnissen der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs. Raymond Claude Ferdinand Aron wurde am 14. März 1905 als dritter Sohn in eine wohlhabende jüdische Familie in Paris geboren. Der ökonomische Aufstieg der Vorfahren nach der Judenemanzipation durch die Revolution von 1789 prägte das Verhältnis der Familie zu Frankreich über Generationen hinweg. Noch die Eltern Arons waren glühende Patrioten. Erst die Dreyfus-Affäre erschütterte diese Beziehung und wurde zu einem zentralen Referenzpunkt im Familiengedächtnis. So beschreibt Aron in seinen Erinnerungen die Bücherschränke in der elterlichen Wohnung: „Dort entdeckte ich, als ich etwa zehn Jahre alt war, die Literatur über die Dreyfus-Affäre, welche mein Vater in großen Mengen gesammelt hatte.“²¹

Aron wurde 1924 an der Eliteuniversität École normale supérieure aufgenommen, wo er unter anderem zusammen mit Jean-Paul Sartre Philosophie studierte und als Jahrgangsbester abschloss.²² Nach 18-monatigem Militärdienst arbeitete er seit 1930 als Französisch-Lehrer an der Universität Köln. Von der Beschäftigung mit deutscher Ideengeschichte erwies sich vor allem die Lektüre der Schriften von Karl Marx als bedeutsam für seine intellektuelle Entwicklung. Unmittelbar prägender war jedoch die langsame „Agonie der Weimarer Republik“,²³ die Aron in der deutschen Hauptstadt beobachtete, wo er ab 1932 lebte. Frühzeitig hatte er Propagandaveranstaltungen mit Hetzrednern besucht und einen Blick für den Aufstieg des Nationalsozialismus entwickelt. Im Gegensatz zu vielen Zeitgenossen wertete er den 30. Ja-

19 Vgl. Raymond Aron: *Penser la guerre. Clausewitz*. Band 1. L'âge européen. Paris 1976, S. 450-452.

20 „J'ai eu comme patron Raymond Aron. Il m'a dit: ça ne me surprend pas qu'on vous donne à moi. Nous serons deux en France à connaître Clausewitz.“ Interview von Lucien Bodard mit André Glucksmann. In: *Le Point*, No. 495, 15. März 1982, S. 157-166, hier S. 160.

21 Raymond Aron: *Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen*. München/Zürich 1985, S. 13.

22 Ebd., S. 25.

23 Ebd., S. 62.

nuar 1933, die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, als Einschnitt. Außerdem nahm er nach Eigenaussage die Judenfeindschaft von Beginn an als Ideologie ernst, ohne aber ihre mörderische Dimension erkannt zu haben: „Dass der Antisemitismus mehr war als ein Propagandainstrument, mehr als eine Ideologie zu Wahlzwecken, hätte jeder Beobachter sehen können, doch die Radikalität des Antisemitismus, wie sie ab 1942 in der ‚Endlösung‘ zutage trat, konnte damals, so scheint mir, niemand erkennen. Wie soll man das Unglaubliche für möglich halten?“²⁴

Erst später habe er verstanden, dass eine moralische Verurteilung nichts zum Verständnis eines Phänomens beitrage. Vielmehr müssten Aussagen jeglicher Art aus Sicht der jeweiligen Person nachvollzogen werden, selbst wenn sie absurd erschienen. Der Nationalsozialismus habe ihn „die Macht des Irrationalen“ gelehrt.²⁵ Retrospektiv verwendete er die Kategorie des Bösen zur Charakterisierung Hitlers. Mitte 1933 kehrte Aron nach Frankreich zurück. Dort erlebte er eine unruhige Zeit heftiger politischer Gegensätze mit Putschversuchen und instabilen Regierungen. In persönlicher Hinsicht war sie aber produktiv. Nach einer Beschäftigung als Lehrer und der Promotion trat er 1938 eine Stelle an der Universität in Toulouse an. Das Münchner Abkommen vom September 1938 interpretierte Aron als Verrat an einem demokratischen Verbündeten Frankreichs und Einknicken vor einer totalitären Bedrohung. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs mit seiner Einheit an die belgische Grenze beordert, erhielt er kurz nach dem deutschen Überfall am 10. Mai 1940 den Rückzugsbefehl. Frankreich wurde in wenigen Wochen besiegt. Aron schloss sich dem „Freien Frankreich“ unter de Gaulle im Londoner Exil an, wo er für die Zeitung „La France Libre“ mitverantwortlich war.²⁶ Eine der wichtigsten Erfahrungen, die sein Selbstbild erschütterten, formulierte er folgendermaßen: „In London verstand ich mich als Jude, und die anderen taten das auch.“²⁷ Obwohl Aron einer assimilierten Familie entstammte, keinerlei Bezug zum Glauben aufwies und sich kulturell in jeder Hinsicht Frankreich zugehörig fühlte, wurde seine Herkunft ungewollt zu einem wichtigen Aspekt. Die Erfahrung der Judenfeindschaft sollte sein Denken ebenso prägen wie der Zusammenbruch der Weimarer Republik und die als Schmach empfundene Niederlage der französischen Armee. Nach der Befreiung Frankreichs trat Aron der gaullistischen Partei bei und arbeitete bei der konservativen Zeitung „Le Figaro“, bevor er seine akademische Karriere an der Sorbonne wieder aufnahm – gegen heftige Widerstände kommunistischer Professoren. Außerdem engagierte er sich von

24 Ebd., S. 67.

25 Ebd., S. 71.

26 Posthum wurden die Artikel von Christian Bachelier ediert, vgl. Raymond Aron: *Chroniques de guerre. La France Libre 1940-1944*. Paris 1990.

27 Aron: *Erkenntnis und Verantwortung* (wie Anm. 22), S. 147.

der Gründung 1951 bis zur Auflösung 1967 im Kongress für kulturelle Freiheit.²⁸ Wichtiger als die innenpolitische Situation erachtete Aron seinerzeit nämlich die internationalen Entwicklungen, vor allem die expansive Politik der Sowjetunion.²⁹ Als Lehre aus der Zwischenkriegszeit plädierte er für eine entschiedene Verteidigung der Demokratien. Deshalb trat er für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in ein westliches Bündnis und ihre Wiederbewaffnung ein, eine im damaligen Frankreich verpönte Position. Nach der Kriegsniederlage sei Deutschland unter historischen Gesichtspunkten so schwach wie noch nie. Dieser Zustand müsse genutzt werden, um das Land langfristig an den Westen zu binden.³⁰ Als einer von wenigen französischen Intellektuellen propagierte Aron auch die Alternativlosigkeit amerikanischer Dominanz: „Das Missverhältnis der Kräfte zwischen einem durch zwei Kriege verarmten Europa und einem in jeder Hinsicht intakten Amerika ist so groß, dass daraus eine wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit der Alten Welt von der Neuen erwächst und notwendigerweise die Führerrolle, vor der das amerikanische Volk zurückscheut.“³¹ Damit verortete sich Aron jenseits der beiden großen Strömungen – der Gaullisten und der Kommunisten –, die beide eine amerikanische Hegemonie in Europa ablehnten. Er nahm mit seinem prowestlichen Liberalismus und seiner bedingungslosen Opposition gegen den Kommunismus eine politische Außenseiterposition im Nachkriegsfrankreich ein. Zugleich wurde er zum Gegenspieler seines früheren Studienkollegen Jean-Paul Sartre.

- 28 Zum Kongress für Kulturelle Freiheit vgl. Pierre Grémion: *Intelligence de l'anticommunisme. Le congrès pour la liberté de la culture à Paris (1950-1975)*. Paris 1995; und Michael Hochgeschwender: *Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*. München 1998. Zu Arons Wirken im KKF vgl. etwa den Vortrag: Raymond Aron: *Die politischen Institutionen des Westens in der Welt des 20. Jahrhunderts*. In: *Kongress für kulturelle Freiheit* (Hrsg.): *Die Bewährung der Demokratie im 20. Jahrhundert. Das Seminar von Berlin*. Zürich 1961, S. 17-84.
- 29 Vgl. Raymond Aron: *Der permanente Krieg*. Frankfurt am Main 1953, S. 144-188 [fr.: Raymond Aron: *Les guerres en chaîne*. Paris 1951].
- 30 Zur Analyse des Kalten Kriegs vgl. Raymond Aron: *Le grand schisme*. Paris 1948. Zum Konzept des Antitotalitarismus vgl. auch Trine Kjeldahl: *Defence of a Concept*. Raymond Aron and Totalitarianism. In: *Totalitarian Movements and Political Religions* 2, 3 (2001), S. 121-142.
- 31 Raymond Aron: *Transatlantische Beziehungen*. In: *Amerika und der europäische Geist. Fünf Aufsätze aus der literarischen Wochenschrift „Saturday Review of Literature“*. New York/Wien 1952, S. 58-71, hier S. 59. Zur Verteidigung des Liberalismus vgl. Cécile Hattier: *The Liberal Message of Raymond Aron. A Substantial Legacy*. In: *European Journal of Political Theory* 2, 4 (2003), S. 443-451.

Neben der Einmischung in aktuelle Debatten forcierte Aron trotz oder gerade wegen seiner deutlichen antikommunistischen Positionierung die theoretische Beschäftigung mit den kommunistischen Klassikern. Er wollte verstehen, wie aus den marxischen Schriften die quasi-religiöse Ideologie des Marxismus-Leninismus hervorging. Aus dieser Motivation entstand zwischen 1952 und 1954 „Opium für Intellektuelle. Oder: Die Sucht nach Weltanschauung“.³² Darin behandelt er drei konstitutive Mythen des Marxismus: die Linke, die Revolution und das Proletariat. Die Homogenität der Linken sei ein Mythos, der einen ununterbrochenen Fortschritt zum Sozialismus suggeriere. Ebenso nähre die Revolution die Hoffnung auf einen völligen Bruch, einen alles verändernden Kairos. Das Proletariat, so Aron, werde als kollektiver Vollstrecker dieser marxistischen Eschatologie imaginiert und fungiere als Substitut für den Messias. Durch die Annahme immanenter Entwicklungsgesetze könne es auf dem Weg zum Telos lediglich Rückschläge geben: „So werden also Katastrophen in Heilmittel umgewandelt.“³³ Diese Sicht war ihm aus der kommunistischen Analyse des NS-Regimes und der Rechtfertigung des Hitler-Stalin-Pakts vertraut. Die allein gültige Perspektive sei der unfehlbaren Kommunistischen Partei vorbehalten. Sie exekutierte als Sachwalterin des Proletariats den notwendigen Zweck und schwinde sich zur Beherrscherin der Geschichte auf. Hierfür erachte sie den Einsatz aller Mittel als legitim, einschließlich der massenhaften Gewalt: „Die Revolutionäre bildeten sich ein, sie könnten nicht nur über einige Elemente, sondern über das Ganze bestimmen. Dieser prometheische Hochmut ist einer der intellektuellen Ursprünge des Totalitarismus. [...] Aber die Gewalt wird noch unmenschlicher, wenn sie sich im Dienst einer gleichzeitig geschichtlichen und absoluten Wahrheit glaubt.“³⁴

Besonders anfällig für dieses Denken seien französische Intellektuelle, die nostalgisch der Bedeutung ihrer Nation nachtrauerten und sich nun in veränderten weltpolitischen Umständen situieren müssten. Das Bedürfnis, im Namen einer höheren Sache zu agieren, sei ein genuin religiöses und der Marxismus folglich ein „säkularisierter Klerikalismus.“³⁵ Aron setzte diesem Dogmatismus den Zweifel der Vernunft entgegen. Jedes Streben nach einer absoluten Wahrheit und einer perfekten Gesellschaft lehnte er wegen der inhärenten Gefahr ab, in Totalitarismus umzuschlagen. Stattdessen könnten

32 Raymond Aron: *Opium für Intellektuelle. Oder: Die Sucht nach Weltanschauung*. Köln/Berlin 1957 [fr.: Raymond Aron, *L'opium des intellectuels*. Paris 1955].

33 Ebd., S. 134.

34 Ebd., S. 245 f.

35 Ebd., S. 319. Hierzu auch Daniel Gordon: In Search of Limits. Raymond Aron on ‚Secular Religion‘ and Communism. In: *Journal of Classical Sociology* 11, 2 (2011), S. 139-154.

Menschen nur sukzessive ihre Bedingungen verbessern. Insofern hielt er eine pluralistische Gesellschaftsform des permanenten Kompromisses für alternativlos: „Die Politik wird die Kunst des Möglichen unter unvorhersehbaren Konstellationen bleiben, wie es eben einer unvollständigen Erkenntnis entspricht. Die Vielfalt der geistigen Welten und die Autonomie der Handlungen werden alle Gelüste einer globalen Planung zur Tyrannei ausarten lassen.“³⁶ Jeglicher Tyrannei durch politisches Engagement und intellektuelle Interventionen entgegenzutreten, war die durch historische Erfahrungen gesättigte Absicht Arons.³⁷

Nach dem Sechstagekrieg sah er sich gezwungen, zum Verhältnis Frankreichs zu Israel Stellung zu beziehen.³⁸ Den Auslöser markierte die grundlegende Veränderung der französischen Nahostpolitik und eine Pressekonferenz Präsident de Gaulles im November 1967. Darin bezeichnete dieser – antisemitische Stereotype bedienend – die Juden als selbstbewusstes, herrschsüchtiges und elitäres Volk. „Jüdische Fragen“ bildeten zwar niemals den Mittelpunkt von Arons Reflexionen, aber die Beschäftigung mit seiner eigenen Zugehörigkeit und dem Selbstverständnis der französischen Juden zieht sich seit der Exilerfahrung durch sein Werk.³⁹ Obwohl er aus einer assimilierten Familie stammte, die auf ihren Patriotismus stolz und weder in religiöser noch kultureller Hinsicht mit dem Judentum verbunden war, wurde er von klein auf mit seiner Herkunft konfrontiert. Aron beschrieb dies rückblickend: „Meine Mitschüler wussten sehr wohl – als wäre das selbstverständlich –, dass ich Jude war. [...] Es ist mir passiert, dass man mir im Alter von elf oder zwölf Jahren beim Verlassen des Gymnasiums ‚dreckiger Jude‘ oder ‚Youpin‘ nachrief.“⁴⁰ Ferner erlebte er in Berlin den Antisemitismus der NS-Bewegung.⁴¹ Auch in London wurde er von seinen eigenen Mitstreitern als Jude wahrgenommen. Die Gründung des Staates Israel 1948 verfolgte Aron auch deshalb mit grundlegender Sympathie.⁴² Die als Zäsur empfundene Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten Ende 1967 verstärkte

36 Aron: *Opium für Intellektuelle* (wie Anm. 33), S. 245.

37 Zu Arons Konzept der Tyrannei vgl. Matthias Oppermann (Hrsg.): *Im Kampf gegen die modernen Tyranneien. Ein Raymond-Aron-Brevier*. Zürich 2011, S. 80-121 und S. 143-157.

38 Raymond Aron: *De Gaulle, Israël et les Juifs*. Paris 1968 [dt.: Raymond Aron, *Zeit des Argwohns. De Gaulle, Israel und die Juden*, Frankfurt am Main 1968].

39 Vgl. Perrine Simon-Nahum: *Préface*. In: Raymond Aron: *Essais sur la condition juive contemporaine*. Collection dirigée par Jean-Claude Zylberstein. Paris 2007, S. 11-16.

40 Aron: *Erkenntnis und Verantwortung* (wie Anm. 21), S. 23.

41 Vgl. Arons Vortrag im Jahre 1951 vor der französischen Sektion von Bnai Brith Raymond Aron: *Conférence prononcée au Bnai Brith de France. Le 21 Février 1951*. In: Ders.: *Essais* (wie Anm. 39), S. 25-41, hier S. 38.

42 Zu Arons Verhältnis zu Israel vgl. Malachi Hacohen: „The Strange Fact that the State of Israel Exists“. *The Cold War Liberals between Cosmopolitanism and Nationalism*. In: *Jewish Social History* 15, 2, (2009), S. 37-81, hier S. 45-49.

die Beschäftigung mit Fragen der Zugehörigkeit weiter. Erstmals, so Aron rückblickend, habe Hitler das Judentum in ihm wachgerufen. Jüdisch zu sein sei allerdings weder glorreich noch schmachvoll. Es bedeutete primär, ein Überlebender des „großen Massakers“ zu sein.⁴³ Die Juden seien weder eine „Rasse“ noch ein „Volk“; selbst die Religion bilde keine hinreichende Verbindung. Dennoch fühle er sich der Gemeinschaft seiner Vorfahren verbunden: „[A]ber ich muss anerkennen, dass ich ‚jüdischer Herkunft‘ bin, selbst wenn ich mich weigere, von ‚jüdischer Religion‘ zu sprechen. Es versteht sich von selbst, dass seit Hitlers Machtergreifung 1933 ein selbst dem Glauben seiner Väter gänzlich abgewandter Jude nicht umhin konnte, auf einer Zugehörigkeit zu bestehen, die nicht mehr ungefährlich war.“⁴⁴ Durch die Vernichtungspolitik des NS-Regimes seien die Juden zwangsweise zu einer Gemeinschaft gemacht worden. Die Gründung Israels bezeichnete Aron deshalb mit Bezug auf Arthur Koestler „als ein Wunder“,⁴⁵ auch wenn er niemals eine Auswanderung in Erwägung zog. Er blieb stets Patriot, fühlte sich einem christlichen Franzosen kulturell und ethnisch näher als einem orientalischen Juden. Insofern, so argumentierte er, würden auf lange Sicht der Staat Israel und die jüdische Gemeinschaft in der Diaspora nebeneinander bestehen: „Mein Freund Manès Sperber erinnerte daran, dass die verstreuten jüdischen Gemeinden Jahrhunderte hindurch den Sinn ihrer einzigartigen Berufung zu erhalten wussten. Die Geschichte des Judentums wird sowohl von den Israelis als auch von den Juden der Diaspora geschrieben.“⁴⁶ Gerade deshalb verwunderte ihn sein emotionales Verhältnis zum jüdischen Staat. Schließlich nahm Aron diese gefühlsmäßige Bindung auch intellektuell an, wie er es anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Hebräische Universität in Jerusalem 1972 beschrieb.⁴⁷

Sein Bezug auf das Judentum war nie ungebrochen affirmativ, sondern stets ambivalent. Die durch persönliche Erlebnisse und Erfahrungen erzwungene Auseinandersetzung mit „jüdischen Fragen“ schlug sich dennoch deutlich in seiner gesellschaftstheoretischen Perspektive nieder. So betrachtete Aron die prowestliche, liberale Haltung als Lehre aus der Zwischenkriegszeit und aus dem Aufstieg des Nationalsozialismus. Der Niedergang der De-

43 Raymond Aron: *Face à la Tragédie*. In: *Le Figaro Littéraire*, No. 1104, 12.–18. Juni 1967, S. 6-8, hier S. 6.

44 Aron: *Zeit des Argwohns* (wie Anm. 38), S. 139.

45 Ebd., S. 174.

46 Ebd., S. 181. Das Verhältnis zwischen Israel und der Diaspora führte er in einer Rede vor dem Jüdischen Weltkongress aus. Vgl. Raymond Aron: *Les relations entre Israël et la Diaspora*. In: Ders.: *Essais* (wie Anm. 39), S. 321-326.

47 Vgl. Raymond Aron: *Discours de Jérusalem*. In: Ders. *Essais* (wie Anm. 39), S. 241. Die Komplexität des Verhältnisses Arons zu seiner Herkunft und zu Israel wurde in einem Interview kurz vor seinem Tod 1983 deutlich, das er mit der jüdischen Zeitschrift *L'Arche* führte. Es wurde wieder abgedruckt in: Victor Malka: *Être Juif aujourd'hui*. Paris 1984, S. 233-244.

mokratien und die Kapitulation vor totalitären Bedrohungen seien letztlich die notwendigen Voraussetzungen für den Völkermord an den Juden gewesen. Daraus zog er die Schlussfolgerung, dem Totalitarismus die Stirn zu bieten, falls nötig mit militärischen Mitteln. Pazifistische Positionen lehnte er ab, weil es in der Geschichte Schlimmeres als Krieg gegeben habe. Die Auseinandersetzung mit den Ursprüngen antidemokratischen Denkens weitete sich zu einer antitotalitären Position aus, die sich im Kalten Krieg primär gegen den stalinistischen Kommunismus richtete.

Durch den intellektuellen Austausch mit Aron beeinflussten diese Überlegungen das Denken André Glucksmanns. In den eigenen Schriften geht er aber kaum auf die Kooperation ein. Ebenso erwähnt Aron seinen Studenten selten. Trotz aller für ein akademisches Lehrer-Schüler-Verhältnis typischen Differenzen ist die grundlegende Affinität in ihrem Denken nicht zu übersehen. Sowohl in der thematischen Fokussierung als auch in der Einschätzung politischer Probleme stimmen sie vielfach überein. Während Aron in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit der führende prowestliche Liberale in Frankreich war, gab er diesen Staffelstab in den 1970er Jahren an Glucksmann weiter. Hierzu mussten aber erst die sich seit dem Ende der Zusammenarbeit vergrößernden Differenzen überwunden werden.

Maoismus und Archipel Gulag

Aron betrachtete die Studentenbewegung im Mai '68 als staatsgefährdend und umstürzlerisch, wohingegen sie Glucksmann zu dieser Zeit für nicht radikal genug hielt. Er schloss sich wenig später der maoistischen Gruppe „Gauche prolétarienne“ an und schrieb für deren Zeitung „La cause du peuple“. Den endgültigen Bruch Glucksmanns mit jeder Form der kommunistischen Ideologie provozierte die Auseinandersetzung um Alexander Soltschenizyns Archipel Gulag, die in Frankreich besonders heftig geführt wurde. Glucksmann kritisierte das verbreitete Zögern, sich mit dem sowjetischen Dissidenten zu solidarisieren. Vielmehr diskreditierte die noch immer einflussreiche KPF Soltschenizyn als Faschisten und Lügner. Auch viele linke Intellektuelle hielten seine Beschreibung des stalinistischen Lagersystems für übertrieben. Diese polemische Auseinandersetzung veranlasste Glucksmann, seine Kritik in „La cuisinière et le mangeur d'hommes. Essai sur les rapports entre l'État, le marxisme et les camps de concentration“ zu präzisieren.⁴⁸ Damit habe er, wie er etwas anmaßend anmerkte, „den Pflasterstein

48 Dt.: André Glucksmann: Köchin und Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslagern. Berlin 1976.

Solschenizyn in den Pfuhl der Pariser Intellektuellenszene geworfen [...].⁴⁹ Der Verkaufserfolg des Buches machte Glucksmann endgültig zu einem der einflussreichsten Kommunismuskritiker in Frankreich.⁵⁰ Bereits der im Untertitel suggerierte Zusammenhang zwischen Marxismus und Konzentrationslagern provozierte. Glucksmann prangerte die vermeintliche Unschuld westlicher Linker an, die die Augen vor den Entwicklungen in der Sowjetunion lange Zeit verschlossen hatten. Neben der Beschreibung der stalinistischen Lager schätzte Glucksmann als herausragende Leistung Solschenizyns, dass er Widerstandsmöglichkeiten angesichts widrigster Bedingungen aufzeigte. Die Gulag-Gefangenen gaben sich nicht ihrem Schicksal hin, sondern bekehrten auf: „Die Lager sind kein Schicksal. Man *konnte* immer Widerstand leisten – irgendwie, durch tausenderlei ‚Kopfzerbrechen‘ –, doch meistens geschah das nicht. Die Geschichte des Archipels Gulag, das ist die Geschichte des Widerstands gegen die Lagerwelt und damit die Geschichte des Nicht-Widerstands, die es jener Welt erlaubte, weiterzubestehen und sich auszudehnen.“⁵¹ Nur durch die passive Hinnahme oder die bewusste Ignoranz habe das Lagersystem derart lange bestehen können. Viele westliche Intellektuelle seien der Komplizenschaft schuldig geworden, so Glucksmann. Die Kenntnis der historischen und philosophischen Ursprünge der im Kommunismus praktizierten Säuberungspädagogik erhöhe die Fähigkeit zum Widerstand, der nicht nur den sowjetischen Dissidenten obliege.

Glucksmann kratzte mit seiner Streitschrift an Tabus und entließ niemanden aus der Verantwortung. Die Vehemenz, mit der er betonte, dass diese Angelegenheit alle etwas angehe, scheint familiengeschichtlich grundiert. Beide Eltern waren in der kommunistischen Bewegung aktiv. Auf paradox anmutende Weise vereinigt ihr Lebenslauf die beiden Hauptaspekte von Glucksmanns Schrift: die offizielle Geschichte des Stalinismus und die Notwendigkeit des Aufbegehrens gegen das Unrecht. Die Beschäftigung mit Solschenizyn, so Glucksmann retrospektiv, habe ihm somit auch seine Wut als kleiner Junge im Kinderheim verständlicher gemacht. Ebenso wie er damals auf seinen berechtigten Erfahrungen als jüdisches Kind im besetzten Frankreich bestanden habe, habe sich auch Solschenizyn nach dem Gulag

49 Glucksmann: Wut eines Kindes (wie Anm. 7), S. 294.

50 Lévy ging ausführlich auf das Buch ein. Vgl. Bernard-Henri Lévy: *Le vrai crime* du Soljenitsyne. In: *Le Nouvel Observateur*, 30. Juni 1975, S. 54 f. Darin argumentiert er mit Bezug auf Glucksmann, dass der Gulag nicht vom Marxismus abgetrennt werden könne, sondern der Stalinismus bereits im Denken Marx' angelegt sei. Glucksmanns Schrift spielte auch für osteuropäische Dissidenten eine wichtige Rolle. Der polnische Oppositionelle Adam Michnik habe Glucksmann erzählt, dass das Buch in dissidenten Warschauer Kreisen gelesen wurde. Vgl. André Glucksmann: *Am Ende des Tunnels. Das falsche Denken ging dem katastrophalen Handeln voraus. Eine Bilanz des 20. Jahrhunderts*. Berlin 1991, S. 249.

51 Glucksmann: *Köchin und Menschenfresser* (wie Anm. 48), S. 20.

dagegen gesträubt, zur Tagesordnung zurückzukehren und so zu tun, als ob nichts geschehen sei. Ohne den Vergleich zu stark strapazieren zu wollen, wie Glucksmann betont, hält er fest: „Die einzige Gemeinsamkeit [zwischen Glucksmann und Solschenizyn; S.V.] ist der Anlass, die Weigerung, mir nichts, dir nichts die Leichenberge in den Wandschränken des Universums zu verstecken.“⁵²

Totalitarismus, Antisemitismus und die Notwendigkeit des individuellen Widerstands

Glucksmann war zusammen mit Bernard-Henri Lévy federführend an der Entstehung der antitotalitären „Nouveaux Philosophes“ beteiligt.⁵³ Sein Werk über „Die Meisterdenker“ lieferte die theoretische Grundlage.⁵⁴ Der Kern der philosophischen Großtheorien der Moderne sei an der Schwelle zur Neuzeit im Humanismus gelegt worden. Seitdem werde revolutionäres Handeln mit Verweis auf diese Tradition begründet, die sich primär in Texten niedergeschlagen habe. So lasse sich Mao mit Lenin, Lenin mit Marx, dieser mit Hegel deuten und dann bis zu Moses zurück eine Linie ziehen. Die in Deutschland komprimiert zusammenlaufenden Probleme des 20. Jahrhunderts wurzelten in der erfolgreichen Verbindung der beiden Großideologien des 19. Jahrhunderts: Nationalismus und Revolution. Insofern existiere, wie er unter Berufung auf Marx ausführt, eine spezifische deutsche Misere. Jedoch gehe es dabei letztlich nicht um ein geografisches Gebiet und auch nicht um die Vergangenheit: „Das ‚Deutschland‘, Geburtsstätte der faschistischen Bewegungen, ist kein Territorium, keine Bevölkerung, sondern ein Text, ein Verhältnis zu Texten, die lange vor Hitler aufgestellt und weit über die alten Grenzen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verbreitet wurden. Dieses Deutschland ist ganz zeitgemäß, es hat seinen Sitz in den modernen Köpfen des modernen Planeten, im Pentagon zu Washington ebenso wie in dem letzten Loch eines Konzentrationslagers in den Dörfern Kambodschas.“⁵⁵ Mit der Ermordung von sechs Millionen Juden hätten die Deutschen allerdings Maßstäbe unbekannten Grauens gesetzt.

52 Glucksmann: Wut eines Kindes (wie Anm. 7), S. 52.

53 Als Begründungstext der ‚Neuen Philosophen‘ gilt Bernard-Henri Lévy: Les Nouveaux Philosophes. Le dossier. In: Les Nouvelles Littéraires, No. 2536, 10. Juni 1976, S. 15-22.

54 André Glucksmann, Les Maîtres penseurs. Paris 1977 [dt.: Die Meisterdenker. Reinbek bei Hamburg 1978]. Daneben gilt auch das fast zeitgleich erschienene Buch als grundlegend für die entstehende antitotalitäre Denkrichtung: Bernard-Henri Lévy: La Barbarie à visage humain. Paris 1977 [dt.: Die Barbarei mit menschlichem Antlitz. Reinbek bei Hamburg 1978].

55 Glucksmann: Die Meisterdenker (wie Anm. 54), S. 38 f.

Die ideengeschichtlichen Ursprünge dieser Verbrechen verortete Glucksmann in der Philosophie der von ihm so bezeichneten Meisterdenker: Johann Gottlieb Fichte, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Karl Marx und Friedrich Nietzsche. Die Beantwortung der grundlegenden Fragen der Moderne erfordere deshalb eine Auseinandersetzung mit Deutschland: „Durch und durch europäisch macht das Nazi-Deutschland immer wieder deutlich, was geschieht, wenn man den Gesetzen ohne Einspruch gehorcht. Ein Lehrmeister im Negativen. Ein in seiner Perfektion vielleicht einzigartiges Modell, dessen Nachbildungen jedoch in der Welt von heute weit verbreitet sind.“⁵⁶ Als wichtige Gegenmittel gegen devoten Gehorsam und die Unterordnung unter eine verbrecherische Ordnung benennt Glucksmann den radikalen Zweifel und eine auf Sokrates zurückgehende Bescheidenheit, die sich eingestehe, dass ein Einzelner nicht alles wissen könne. Diese Zurückhaltung sei den Meisterdenkern fremd gewesen. Sie entwickelten stattdessen ein geschlossenes Denkgebäude und spürten den Gesetzen der Geschichte nach. Eine vergangene oder als zukünftig gedachte idealisierte Einheit kontrastiere mit der zerrissenen Gegenwart: bei Fichte die territoriale Zersplitterung der deutschen Staaten mit der frohen Zukunftsvision des geschlossenen Handelsstaats, bei Hegel die ästhetisierte griechische Antike mit der modernen Entfremdung, bei Marx die in Klassen gesplante kapitalistische Gesellschaft mit dem klassenlosen Kommunismus und bei Nietzsche das tragische Griechenland mit den jüdisch-christlichen Gewissensbissen. Die Meisterdenker hätten einer durchrationalisierten Disziplingesellschaft den Weg geebnet. Die Menschen sollten so zugerichtet werden, dass sie mit der philosophischen Vorstellung übereinstimmten. Eine Theorie und ihre praktische Umsetzung seien nicht voneinander zu trennen. Die Philosophen trügen eine Verantwortung dafür, was mit ihren Gedankengebäuden gemacht werde. Zwar gebe es keine direkte Verbindung zwischen ihrem Denken und dem NS-Regime, aber doch eine klare Beziehung: „Zum Nazismus gibt es eine einzige offenkundige Beziehung: den Antisemitismus. Im Allgemeinen, nicht vulgär, sondern sehr verfeinert. Alle Denkerköpfe des 19. Jahrhunderts kommen mit dieser Haube zur Welt.“⁵⁷ Der Antisemitismus sei nicht spezifisch deutsch, aber die Bestimmung der eigenen Identität ex negativo durch das behauptete Gegenteil: die Juden. Die Meisterdenker selbst seien keine Antisemiten gewesen. Jedoch sei der Figur ‚des Juden‘ in ihren Denkgebäuden eine Ausnahmestellung zugekommen. „Der Jude“, so Glucksmann, wurde als Gegensatz zur Nation, zum Staat und zur Gesellschaft gedacht und damit zum Anti-Prinzip der Moderne erhoben. Als „Landstreicher Europas“⁵⁸

56 Ebd., S. 67.

57 Ebd., S. 96.

58 Ebd., S. 116.

seien die Juden ein Hindernis für die nach ethnischer Homogenität strebenden Nationalstaaten: „[S]o hatten die jungen Staaten dennoch eine ausgesprochene Neigung, an den Juden all die Behandlungsarten auszuprobieren, die sie für störende Elemente bereithielten.“⁵⁹ Als Anti-Prinzip stünde „der Jude“ außerhalb des Staates und entziehe sich der zentralen Kontrolle.

Die Ausführungen Glucksmanns zum Antisemitismus und zur systematischen Bedeutung des „Juden“ bei den Meisterdenkern waren nicht allein dem Textstudium von Fichte, Hegel, Marx und Nietzsche geschuldet. Sie resultierten zugleich aus seinen Kindheitserfahrungen im besetzten Frankreich. Er wusste, was es bedeutet, außerhalb einer nationalen Gemeinschaft zu stehen. Dieser Nicht-Zugehörigkeit wegen sollte er mit seiner Mutter und Schwester in die Vernichtung deportiert werden. Dem Tod entgingen seine Angehörigen nur, weil er selbst durch den Zufall der Geburt zum Angehörigen der Nation geworden war. Wenn Glucksmann von den Juden als „Landstreicher Europas“ spricht, dann spiegelt sich darin die Geschichte seiner Eltern. Ihr Weg begann in unterschiedlichen Provinzen des Habsburgerreiches und führte sie über Wien nach Palästina zurück nach Deutschland, weiter nach Frankreich und England und wieder nach Wien. Nirgends waren sie heimisch. Sie lebten im Untergrund, oft mit gefälschten Papieren und in ständiger Gefahr. Als politische Konsequenz aus seinen Überlegungen ruft Glucksmann dazu auf, Dissidenten weltweit zu unterstützen, sie aber nicht zu Berufsrevolutionären zu stilisieren. Schließlich bestehe kein Eigentumsrecht auf Dissidenz; jeder könne irren, auch er selbst: „Ich bin Jude, ich bin ein sterbliches Wesen, ich bin jemand, der nicht alles weiß, ich habe mich getäuscht und werde mich wieder täuschen [...]“.⁶⁰

Die Ursache der Gleichgültigkeit vieler Linker gegenüber Menschenrechten verortete Glucksmann in der marxschen Schrift „Zur Judenfrage“. Zu Recht sehe Marx in den Menschenrechten nur formale, abstrakte und keine konkreten Rechte. Dennoch sei ihre Durchsetzung möglich, wenn auch nicht als tabula rasa, wie sie revolutionäre Utopien anstrebten, sondern durch eine stetige Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen und durch Minderung individuellen Leidens. Die humanitären Bewegungen stünden prinzipiell vor der Wahl zwischen Militanz und Menschlichkeit: „Deshalb geht es weniger darum, seine eigene Vergangenheit in Zweifel zu ziehen oder zurückzuweisen, sich von seiner ganzen Vergangenheit loszusagen, alles in Frage zu stellen, als vielmehr darum, diese Vergangenheit aufzusplintern, zu erkennen, was gut und was schlecht war, den Geist der Menschenrechte von dem militanten Geist zu trennen, den letzteren abzulehnen und den Geist der

59 Ebd., S. 118.

60 „Je suis juif, je suis un être mortel, je suis quelqu'un qui ne sait pas tout, je me suis trompé, je me tromperai encore [...]“ André Glucksmann à L'Express: „C'est la dissidence soviétique qui a tout changé!“. In: L'Express, No. 1358, 18. Juli 1977, S. 48-54, hier S. 54.

Menschenrechte zu bewahren, ihn aus der trüben, nicht selten marxistischen Brühe jener Zeit zu befreien.“⁶¹ In dieser Passage bündeln sich zentrale Aspekte von Glucksmanns intellektueller Entwicklung, die von der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit geprägt ist. Ohne eine Kenntnis der elterlichen Lebenswege und deren Engagement in der kommunistischen Bewegung bleibt seine intensive Beschäftigung mit dem Stalinismus unverständlich. Er wollte begreifen, warum totalitäres Denken so verführerisch sei und wie der Wille zur Menschheitserlösung in Massenmord umschlagen konnte. Als entscheidend habe sich die Indifferenz der Mehrheit entpuppt: der Nicht-Widerstand ermöglicht Diktaturen.⁶² Auch diese Annahme wies eine biografische Entsprechung auf: Nur der Widerstand gegen die deutsche Besatzung und das Aufbegehren der Mutter gegen die französischen Polizisten im Lager rettete Glucksmann als Kind vor der Deportation in den Tod. Das Handeln eines einzigen Individuums konnte folglich einen Unterschied ums Ganze machen. Diese Erkenntnis markiert für ihn die entscheidende Lehre aus dem 20. Jahrhundert.

Diesen Zusammenhang führte er in einem Interview Anfang der 1980er Jahre mit Victor Malka weiter aus. Gefragt, was es bedeute, Jude zu sein, wies Glucksmann darauf hin, dass die Juden mit ihrer diasporischen Lebensweise ein Bestandteil der westlichen Zivilisation seien.⁶³ Die Juden seien aber auch das störende Element in den monolithischen Gewissheiten gewesen. Sie hätten einerseits viel zu den positiven Seiten des Westens beigetragen und den zweifelnden Antidogmatismus, die Literatur und die Wissenschaft vorangebracht. Andererseits seien sie der Kehrseite der Zivilisation zum Opfer gefallen, den Verbrennungsöfen. Der Massenmord brach nicht von außen herein, sondern entwickelte sich aus dem Verlauf der abendländischen Geschichte heraus. Deshalb könne es wieder und potenziell überall geschehen. Seit Auschwitz sei das Böse möglich und denkbar. Auf die Frage, warum er im Gegensatz zu anderen kaum über seine jüdische Erfahrung spreche, erwiderte Glucksmann, dass er doch eigentlich nichts anderes tue. Seine Bücher seien der Versuch zu verstehen, was passiert ist und wie es passieren konnte. Die Juden seien im Zentrum der Verwerfungen gewesen. Weil der Völkermord der Mittelpunkt des 20. Jahrhunderts ist, sollten Juden wahrnehmen, wenn anderswo Unrecht geschieht.

Glucksmanns „Konversion“ vom Kommunismus über den Maoismus zum Antitotalitarismus ist nur vor dem Hintergrund seiner familiären Erfahrun-

61 André Glucksmann: Von der Militanz zur Menschlichkeit. Interview. In: Kontinent. Forum für Ost-West-Fragen 14 (1980), S. 98-112, hier S. 112.

62 André Glucksmann: Vom Eros des Westens. Eine Philosophie. Stuttgart 1988, S. 143 [fr.: André Glucksmann: Cynisme et Passion. Paris 1981].

63 André Glucksmann: L'Occident est une diaspora. In: Victor Malka: Aujourd'hui, être juif. Paris 1984, S. 169-174.

gen zu verstehen, die in der Diskussion um sein Werk bislang kaum eine Rolle spielten. Zugleich ermöglichte die Position Glucksmanns seit Mitte der 1970er Jahre die Wiederannäherung an seinen akademischen Lehrer Raymond Aron. Diese fand ihren Höhepunkt schließlich im gemeinsamen Besuch beim Staatspräsidenten Giscard d'Estaing 1979 anlässlich der Tragödie der vietnamesischen Flüchtlinge.

Erfahrung und Erkenntnis

Obwohl Aron und Glucksmann ein distanziertes Verhältnis pflegten, ist doch die Nähe ihres Denkens augenfällig. Beide zogen ähnliche Schlussfolgerungen aus dem NS-Regime und dem Holocaust. Ebenso wie Aron begriff Glucksmann die Verbrechen des Nationalsozialismus als Ausdruck des Bösen: „Es gibt das Böse, Auschwitz gab es.“⁶⁴ Daraus entstehe die Verpflichtung, eine Wiederholung des Geschehenen oder etwas Vergleichbares zu verhindern. Da die Zugeständnisse der Demokratien an das NS-Regime den Krieg nicht verhinderten und Deutschland letztlich nur durch militärische Übermacht bezwungen werden konnte, sei der Pazifismus keine tragfähige Position. Außerdem war für Aron wie für Glucksmann offensichtlich, dass die totalitäre Gefahr 1945 nicht plötzlich verschwunden war, sondern sich in neuem Gewand zeigte. Aron fokussierte seine Kritik in Opposition zur vorherrschenden Stimmung im Nachkriegsfrankreich auf die Sowjetunion; eine Haltung, die Glucksmann in den 1970er Jahren übernahm und auf alle diktatorischen und totalitären Regime ausweitete. Im Namen der universalen Menschenrechte ergreift er bis heute Partei für unterdrückte und staatlichem Unrecht ausgesetzte Menschen – sei es für Dissidenten in Osteuropa, für Oppositionelle in afrikanischen oder arabischen Diktaturen oder für Flüchtlinge, die ein besseres Leben suchen. Ferner positionierte sich Glucksmann dezidiert im jugoslawischen Bürgerkrieg ebenso wie im russischen Krieg gegen Tschetschenien und während des Völkermords in Ruanda. Da er die Anwendung militärischer Gewalt nicht ausschließt, um Schlimmeres zu verhindern, und etwa den Militäreinsatz zum Sturz des libyschen Diktators Muhammad al Gaddafi unterstützte, wird Glucksmann immer wieder als pro-amerikanischer Neokonservativer angegriffen.⁶⁵

Beide, Aron und Glucksmann, sehen die Aufgabe von Intellektuellen keineswegs nur darin, sich über den Zustand der Welt Gedanken zu machen.

64 Glucksmann: *Die cartesianische Revolution*, (wie Anm. 10) S. 14.

65 Vgl. Guy Hocquenghem: *Lettre ouverte à ceux qui sont passés du col Mao au Rotary*. Paris 2003, S. 178-192; außerdem Jean Birnbaum: *Les maooccidents. Un néoconservatisme à la française*. Paris 2009.

Vielmehr begreifen sie es als Notwendigkeit, zu aktuellen Geschehnissen nicht nur Stellung zu beziehen, sondern, falls möglich, auch praktisch zu intervenieren und Widerstand zu leisten. Die katastrophalen Folgen ungenügenden Widerstands gegen eine totalitäre Gefahr erfuhr Aron in den frühen 1930er Jahren in Deutschland, beim Abschluss des Münchner Abkommens 1938 und dann im Zuge der französischen Niederlage 1940 unmittelbar. Die Konsequenzen dieser Entwicklung spürte Glucksmann am eigenen Leib als jüdisches Kind, das jahrelang mit einem falschen Namen im Untergrund leben musste und nur durch die Entscheidung seiner Mutter zum Widerstand nicht in ein Vernichtungslager deportiert wurde. Weder Aron noch Glucksmann waren jüdisch im Sinne einer religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit. Dennoch waren beide als Juden zutiefst vom Verlauf des 20. Jahrhunderts geprägt. Aron wurde durch die Besetzung Frankreichs aus dem assimilierten Selbstverständnis herausgerissen, weil die Außenwelt ihn als Jude wahrnahm. Glucksmanns Leben war hingegen seit der Kindheit von seiner Herkunft bestimmt. Die Hoffnung auf eine mögliche Abschaffung von Herrschaft und Diskriminierung hatte seine Eltern zu Kommunisten werden lassen. Ihr Sohn folgte diesem Weg. In der Auseinandersetzung mit den stalinistischen Verbrechen wurde ihm aber klar, dass der Kommunismus seine Versprechen nicht nur nicht eingelöst, sondern pervertiert hatte. Bei aller Unvollkommenheit der westlichen Demokratien erblickten Aron und Glucksmann deshalb in diesem Vergesellschaftungsmodus die größtmögliche Freiheit für das einzelne Individuum als auch für ethnische oder religiöse Minderheiten. Selbstverständlich besteht keine Kausalität zwischen ihrer Herkunft, ihren historischen Erfahrungen, theoretischen Positionen und praktischen Interventionen, aber ohne diese Verbindung fehlt ein wichtiges Moment zum Verständnis der Entwicklungen von Raymond Aron und André Glucksmann. Bislang spielte ihre jüdische Herkunft in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung aber ebenso eine marginale Rolle wie das Verhältnis der beiden zueinander. Diesen Zusammenhängen noch genauer nachzugehen, wäre durchaus lohnenswert.

„Mein Bundespräsident“. Theodor Heuss in der Erinnerung der Deutschen

Der kundige Leser der Frankfurter Allgemeinen Zeitung traute seinen Augen kaum. Auf dem Höhepunkt der Krise um Bundespräsident Christian Wulff um die Jahreswende 2011/2012 bekannte sich der FAZ-Feuilleton-Redakteur Gerhard Stadelmaier – sonst eher gefürchtet aufgrund seines kritischen, zuweilen sarkastischen Blicks auf die Theaterlandschaft – zum eingefleischten Fan von Theodor Heuss. In einem großen Artikel¹ nahm er ein entbehrungsreiches Mittagessen seiner Familie Ende der 1950er Jahre – für jedes Kind gab es nur ein halbes Frankfurter Würstchen – zum Ausgangspunkt für eine Erinnerungssequenz über „seinen Bundespräsidenten“ Heuss. Bei jenem Mittagstisch am 12. September 1959 habe er zum ersten Mal im Radio die tiefe, voluminöse, schwäbelnde und gemütlich wirkende Stimme des ersten Bundespräsidenten gehört. Dabei spielt das Gedächtnis Stadelmaier sogleich einen Streich, denn er verwechselt hier Heuss' Abschiedsrede im Rundfunk, an die er sich zu erinnern meint, mit dessen Abschiedsrede drei Tage später beim offiziellen Staatsakt im Bonner Bundeshaus, denn nur hier hatte es das Gelächter im Publikum gegeben, auf das sich Stadelmaier bezieht. Der „homme de lettres“ Heuss hatte nämlich beim Staatsakt Kant zitiert, allerdings den genauen Zitat-Nachweis nicht geben können, dies auch noch zugeben und damit für allgemeine Heiterkeit im Publikum gesorgt. Das Ganze, so Stadelmaier, sei eine Sensation gewesen, „eine Unerhörtheit in einem Land, in dem zwar niemand etwas gewusst haben wollte, aber nie jemand zugab, etwas nicht zu wissen.“ Von dieser Szene aus stellt Stadelmaier Heuss sodann ausführlich als einen „Idealherrscher“ dar, als eine „Art von Ersatzvater“, der alles überstrahlte: humorvoll, schüchtern, umfassend gebildet und moralisch integer. Heuss sei „ein protestantischer Genussmensch, Freund der Schriftsteller und Künstler in aller Welt“, ein „weltläufiger württembergischer Provinzgeistesfürst“ sowie „Ruhe- und Bewegungspunkt“ einer Gesellschaft gewesen, die Stadelmaier selbst noch als arm, bieder, heuchlerisch und autoritär erlebt hatte.

1 Gerhard Stadelmaier: Theodor Heuss. Mein Bundespräsident. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 13.1.2012.

Bei diesem einen engagierten Bekenntnis blieb es nicht. Immer wieder wurde in jenen Tagen auch über einen Bausparkredit von Heuss berichtet.² Denn Christian Wulff hatte sich noch in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident sein neues Privathaus finanziert, indem er sich zunächst von der Frau eines befreundeten Unternehmers einen Kredit, den er auch noch vor dem Landtag geheim gehalten hatte, und dann einen Kredit bei einer staatlichen Bank unter Konditionen, die weit unter dem marktüblichen Zinssatz lagen, gesichert hatte. Demgegenüber hatte Heuss während der 1950er Jahre, wie die Quellen belegen, einen regulären Kredit beim Bau-sparunternehmen Wüstenrot genommen, um seinen vergleichsweise bescheidenen Altersruhesitz auf dem Stuttgarter Killesberg zu finanzieren. Der sparsame und biedere schwäbische „Häuslebauer“ Heuss wurde hier also zum Gegenbild des aktuellen Amtsinhabers stilisiert, der im Verdacht stand, als Ministerpräsident seine Amtspflichten verletzt und den Landtag falsch informiert zu haben.

Dass Heuss plötzlich in den Medien auftauchte, nachdem er in den Jahren zuvor eher stiefmütterlich behandelt worden war, war zweifellos eine Folge der damaligen Krise des Präsidentenamtes. Diese Krise hatte mit der völlig überraschenden „Fahnenflucht“³ von Wulffs dünnhäutigem Amtsvorgänger Horst Köhler begonnen. Dieser war nur ein Jahr nach seiner von breiter Zustimmung getragenen Wiederwahl im Mai 2010 als Bundespräsident zurückgetreten, weil er in einer Debatte über Auslandseinsätze der Bundeswehr, die er selbst angestoßen hatte, Kritik an seinen Äußerungen als respektlos und amtsschädigend empfunden hatte. Darauf setzte eine schwierige Nachfolgersuche ein, bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel trotz erheblicher Widerstände in der eigenen Regierungskoalition mit Christian Wulff ihren Kandidaten durchzusetzen vermochte. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte schon damals lieber Wulffs Gegenkandidaten, den früheren DDR-Bürgerrechtler und ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck, als neuen Bundespräsidenten gesehen. Und gerade nachdem Wulff nach eineinhalb Jahren im Amt endlich ein eigenes Profil und allgemeines Ansehen in der Bevölkerung entwickelt hatte, tauchten im Dezember 2011 in den Medien die ersten Verdächtigungen gegen ihn auf, denen immer weitere folgten. Wulff hatte vor allem während seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident nicht konsequent genug zwischen seinen privaten und dienstlichen Kontakten getrennt, immer wieder von Gefälligkeiten profitiert und schien nun nicht in der Lage, durch eine umfassende Erklärung die Vorwürfe gegen

2 Vgl. z.B. Martin Otto: Die Finanzen des Bundespräsidenten. Theodor Heuss baute mit Wüstenrot. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22.12.2011; Marc Schieferecke: Zehn Jahre Theodor-Heuss-Haus. Das Heuss-Haus feiert nun ohne Wulff. In: Stuttgarter Zeitung v. 22.2.2012.

3 So Nils Minkmar: Der Fahnenflüchtling. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1.6.2010.

seine Person aus der Welt zu schaffen. In dieser Situation sehnte sich die verunsicherte bundesdeutsche Öffentlichkeit nach einem besseren, moralisch integren Staatsoberhaupt zurück.

Es würde aber zu kurz greifen, in der Erinnerung an Theodor Heuss nur Nostalgie und Vergangenheitsverklärung zu sehen; die Gründe, gerade in dieser Situation auf den ersten Bundespräsidenten zu verweisen, gehen über die bloße Präsidentschaftskrise weit hinaus. Es soll an dieser Stelle gezeigt werden, dass im Hinblick auf Theodor Heuss in jenen Wochen der Jahreswende 2011/2012 über Fragen des historischen Gedächtnisses der Deutschen verhandelt wurde, welche wiederum für die politische Kultur des Landes eine zentrale Bedeutung besitzen. An was soll im Hinblick auf das 20. Jahrhundert und speziell auf die scheinbar „miefigen“ 1950er Jahre erinnert werden? Ist die nationale Meistererzählung,⁴ bei der Holocaust, Zweiter Weltkrieg und Vertreibung im Mittelpunkt stehen,⁵ durch weitere Aspekte zu erweitern? Und welches waren im „Zeitalter der Extreme“ und der Katastrophen die positiven Anknüpfungspunkte und die politischen Vorbilder, an denen die Deutschen auch heute noch ihr politisches Handeln ausrichten können? Diese Fragen schwebten unterschwellig immer mit, wenn Christian Wulff mit Theodor Heuss verglichen wurde, und sie sind auch heute noch von besonderer Bedeutung, da die lebendige Erinnerung an die Gründerjahre der zweiten deutschen Demokratie allmählich verblasst – die Menschen, die diese Zeit noch bewusst erlebt haben, werden nicht mehr lange vernehmbar sein.

Um deutlich zu machen, warum in diesem Zusammenhang Theodor Heuss eine besondere Rolle spielt, möchte ich zunächst auf seine Biografie und auf das Amt des Bundespräsidenten näher eingehen. In einem zweiten Schritt werde ich dann die Rezeption von Heuss nach seinem Tod Ende 1963 und den Beginn einer speziellen Heuss-Erinnerung behandeln. Abschließend werde ich auf aktuelle Neuerscheinungen über Heuss zu sprechen kommen und versuchen, die gegenwärtige Debatte aus erinnerungspolitischer Perspektive zu interpretieren.

1. Theodor Heuss und das Bundespräsidentenamt

Zunächst gilt es die Frage zu beantworten, warum zuletzt ausgerechnet im Zusammenhang mit Theodor Heuss über Fragen der Erinnerung diskutiert

4 Hierzu Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow: „Meistererzählung“ – Zur Karriere eines Begriffs. In: Dies. (Hrsg.): Die Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Göttingen 2002, S. 9-32.

5 Vgl. Konrad H. Jarausch/Michael Geyer: Shattered Past. Reconstructing German Histories. Princeton/Oxford 2003.

wurde. Dies liegt zum einen in seinem Amt als Bundespräsident und zum anderen in seiner Person begründet. Heuss war an den Beratungen des Parlamentarischen Rates zur Schaffung einer neuen Verfassung des westdeutschen Teilstaates 1948/49 selbst beteiligt gewesen und konnte somit auf die Verfassungsbestimmungen zum Bundespräsidentenamt, das er später bekleiden sollte, direkten Einfluss ausüben. Dabei war die künftige Rolle des Staatsoberhauptes im Parlamentarischen Rat kaum umstritten, zu lebendig war noch die Erinnerung an das verhängnisvolle Wirken des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg beim Übergang der Weimarer Republik zum Präsidialsystem 1930 und bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten drei Jahre später. Der Parlamentarische Rat beschränkte als Folge der sogenannten Weimarer Erfahrungen die Macht des Präsidenten im Vergleich zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik deutlich und verlagerte den Schwerpunkt des Regierungssystems weg vom Staatsoberhaupt auf das Parlament und die Bundesregierung.

Der Präsident sollte also nicht mehr wie in Weimar die Rolle eines aktiv gestaltenden Akteurs („Ersatzkaiser“), sondern eines überparteilichen „pouvoir neutre“ in der Staatsleitung ausüben und als Repräsentant der inneren und äußeren Einheit des Staates fungieren.⁶ Dennoch blieb dem Amtsinhaber ein gewisser Spielraum, der neuen Institution die eine oder andere Richtung zu geben oder, wie Heuss das etwas geschwollen ausdrückte, „das Paragrafengespielt [...] mit einem Menschentum“ zu füllen.⁷ Hier gewinnt nun die Persönlichkeit von Theodor Heuss ein besonderes Gewicht, da er ein Selbstverständnis im neuen Amt entwickelte, das fortan mit dem Amt des Bundespräsidenten per se assoziiert wurde und dem auch seine Nachfolger, allerdings mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, folgten.⁸

Zunächst einmal präsentierte sich Heuss als Bürger, genauer als Bildungsbürger, der mit seinen Reden seine größte Wirkung entfaltete und damit sein Amt statt auf „potestas“ auf persönliche „auctoritas“ gründete.⁹ Heuss stammte ursprünglich aus einem bürgerlichen Elternhaus, er hatte eine humanistische Schulbildung genossen, hatte das Studium erfolgreich absol-

6 Vgl. hierzu allgemein Karlheinz Nclauß: Das Amt des Bundespräsidenten im Parlamentarischen Rat. In: Robert Chr. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hrsg.): Der Bundespräsident im politischen System. Wiesbaden 2012, S. 35-45; Martin H. W. Möllers: Staats- und verfassungsrechtliche Aufgaben und Kompetenzen. In: Ebd., S. 75-98; Konrad Hesse: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. 18. Aufl. Heidelberg 1991, S. 259-263.

7 Theodor Heuss: Rede nach der Wahl zum Bundespräsidenten (1949). In: Ralf Dahrendorf/Martin Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden. Tübingen 1984, S. 376-380, hier S. 377.

8 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Von Heuss bis Köhler. Die Entwicklung des Amtes im Vergleich der Amtsinhaber. In: Ooyen/Möllers, Bundespräsident (wie Anm. 6), S. 285-306.

9 So die klassische Gegenüberstellung von Theodor Eschenburg: Staat und Gesellschaft in Deutschland. 3. Aufl. Stuttgart 1956, S. 650.

viert, einen Dokortitel erlangt und mit Elly Knapp eine Professorentochter geheiratet. In seiner beruflichen Laufbahn war ihm als Journalist, Politiker und Hochschuldozent vor 1933 zwar der große Durchbruch verwehrt geblieben, er hatte jedoch stets bürgerliche Werte wie Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Leistungsethos gegen Infragestellungen aller Art zu verteidigen versucht. Als Bundespräsident baute er in seine Reden immer wieder regelrechte Bildungsexkurse ein, um sein Publikum über Kunst, Wissenschaft und Geschichte zu belehren, aber auch um seine Zuhörer – im Sinne eines Erziehers zur Demokratie¹⁰ – von den Vorteilen des parlamentarischen und rechtsstaatlichen Regierungssystems zu überzeugen. Selbst wenn er ausnahmsweise zu tagespolitischen Themen sprach, verstand er es, seinen Ansprachen eine allgemein-politische oder überzeitliche Pointe zu geben, so dass ihm selbst politische Gegner Beifall zollen konnten. Heuss verkörperte also das, was zur Basis des neuen westdeutschen Staates werden sollte: deutsche Bildung auf der Grundlage einer als unbelastet angesehenen Nationalgeschichte.

In der Öffentlichkeit wurde dieses Bild jedoch teilweise anders wahrgenommen. Anstelle von Intellektualität und universaler Bildung, die Heuss für sich proklamierte, war es eher die Sehnsucht nach Normalität, Harmonie, Stabilität und Gemütlichkeit, die große Teile der Nachkriegsgesellschaft in Heuss' betont bürgerlichen Habitus projizierten und in der volkstümlichen Bezeichnung „Papa Heuss“ zum Ausdruck brachten. Sein Auftreten mit Hut, Spazierstock, Zigarre und Rotweinglas, seine zunehmende Leibesfülle, seine betonte Geselligkeit und sein gemütlich wirkendes, humorvolles Sprechen in tiefem Bass und mit schwäbischem Akzent schienen dem Ideal einer konfliktarmen, „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) zu entsprechen. Heuss hingegen konnte sich mit der Bezeichnung „Papa Heuss“ nicht anfreunden, weil er dahinter eine „Verkitschung“ und Banalisierung seiner Person zu erkennen glaubte.¹¹

An zweiter Stelle wirkte Heuss durch sein überparteiliches, von der Tagespolitik abgehobenes Selbstverständnis. Zunächst kam er natürlich nur dadurch für das Amt des Bundespräsidenten in Frage, dass er ein führender Politiker der Nachkriegszeit war. Er hatte seit 1945 leitende Positionen in den neu gegründeten liberalen Parteien inne und war seit Dezember 1948 Parteivorsitzender der FDP. Was ihm bislang in seiner Parteikarriere eher zum Nachteil gereicht hatte, so dass er in der Weimarer Zeit nicht über die Rolle

10 So auch der Titel des Briefeditionsbandes: Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949, hrsg. u. bearb. v. Ernst Wolfgang Becker. München 2007.

11 Vgl. z.B. Heuss an Gerhard Schröder, 11.4.1959. Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1954-1959, hrsg. u. bearb. v. Ernst Wolfgang Becker/Martin Vogt/Wolfram Werner. Berlin/Boston 2013, S. 554; zudem Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme. Stuttgart 2011, S. 160-162.

des parlamentarischen Hinterbänklers hinausgekommen war, wurde nun für das Amt des Bundespräsidenten zu seinem Trumpf: Er war kein Mann der „Ellbogenpolitik“.¹² „Die Vielseitigkeit seiner Interessen und seiner ‚Kreise‘ und sein Widerwille gegen allzu feste Parteipositionen und Klüngel“¹³ zahlte sich nun plötzlich aus. In der durch Krieg, Flucht, Vertreibung und akuten Mangel vielfach gespaltenen Gesellschaft war Heuss besonders dafür geeignet, soziale Gegensätze zu überbrücken und weite Bevölkerungsteile mit dem neuen westdeutschen Staat zu versöhnen. Und es waren genau diese Eigenschaften, die Konrad Adenauer, der Heuss erstmals im Parlamentarischen Rat näher kennengelernt hatte, dazu veranlassten, ihn – trotz erheblicher Widerstände in seiner CDU – als Kandidat für das Bundespräsidentenamt durchzusetzen. Es ist zutreffend, wie bisher immer wieder betont wurde,¹⁴ dass er die FDP durch die Wahl von Heuss auf eine kleine Koalition mit der Union verpflichten wollte, aber genauso konnte er sich mit einem Bundespräsidenten Heuss darauf verlassen, dass dieser auf dem Gebiet der symbolischen Repräsentation voll aufgehen, sich primär um die staatlichen Symbole kümmern, Orden stiften, gelehrte Reden halten, bei Staatsbesuchen eine gute Figur machen sowie einen engen Kontakt zur Bevölkerung pflegen und ihm zugleich auf dem Feld der Tagespolitik „keine großen Schwierigkeiten machen“ würde.¹⁵ So sollte es sich dann auch bewahrheiten. Während Heuss die „Sphären des Metapolitischen“¹⁶ als seinen ureigenen Bereich ansah, in dem er das letzte Wort beanspruchte, überließ er Adenauer die entscheidenden Kompetenzen der exekutiven Gewalt fast vollständig und bereitete so die Voraussetzung dafür, dass dieser im Rahmen der sogenannten Kanzlerdemokratie während der 1950er Jahre eine unvergleichliche Machtfülle entfalten konnte.¹⁷ In den Auseinandersetzungen zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler wiederholte sich immer wieder dieselbe Szene: Heuss beanspruchte zunächst eine Kompetenz, etwa die Teilnahme an Kabinettsitzungen der Bundesregierung, die Einflussnahme auf die Auswahl der Kabinettsmitglieder oder den militärischen Oberbefehl, ließ sich davon aber rasch

12 Heuss, Rede nach der Wahl zum Bundespräsidenten (wie Anm. 7), S. 376.

13 Joachim Radkau: Theodor Heuss. München 2013, S. 329.

14 Vgl. z.B. Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg 1876-1952. 2. Aufl. Stuttgart 1986, S. 626-628; Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 97 f.

15 So Adenauer ausdrücklich auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1.9.1949. In: Udo Wengst (Hrsg.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Düsseldorf 1985, S. 190.

16 Heuss an Adenauer, 9.4.1959. Heuss, Bundespräsident 1954-1959 (wie Anm. 11), S. 548-553, hier S. 551.

17 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie. In: Der Staat 30 (1991), S. 1-18.

und ohne größere Gegenwehr abbringen, wenn Adenauer energisch widersprach.¹⁸

Zum Dritten maß Heuss der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eine zentrale Bedeutung bei. Dabei verkörperte er im Hinblick auf diese Vergangenheit das, was dem vergangenheitspolitischen Common Sense der bundesdeutschen Gesellschaft während der 1950er Jahre entsprach. Seine Biographie hatte ein paar „braune Flecken“, etwa seine Zustimmung als Reichstagsabgeordneter zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, seine Mitgliedschaft im Reichsverband der deutschen Presse oder seine Mitarbeit bei der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Das Reich“, aber er konnte sich zugleich auch als Opfer des Nationalsozialismus verstehen, da er 1933 alle seine öffentlichen Ämter verloren hatte, zwei seiner Schriften am 10. Mai 1933 spektakulär verbrannt worden waren und er seit 1942 nur noch unter Pseudonym hatte publizieren dürfen. Selbst wenn Heuss weit mehr als der durchschnittliche Deutsche von den Nationalsozialisten ins Abseits gedrängt worden war, konnte eine Mehrheit doch in diesem Mischverhältnis aus Nähe und Distanz zum Nationalsozialismus die eigene, scheinbar ambivalente Rolle wiedererkennen. In krasser Verkenntnis der Realitäten stilisierte sich ein großer Teil der Deutschen nämlich nach 1945 zum Opfer, betonte in den Entnazifizierungsfragebögen die Vorbehalte und Abgrenzungen gegenüber dem Nationalsozialismus, und dabei diente Heuss – selbst ein entschiedener Gegner einer schematischen Entnazifizierung – als willkommene Identifikationsfigur. Zugleich konnte der neue Bundespräsident dem Ausland als eine Art „Vorzeigedeutscher“ präsentiert werden, der in scharfer Abgrenzung von früheren deutschen Staatsoberhäuptern eine demokratische, humanistische und bildungsbürgerliche Tradition verkörperte, nach außen stets humorvoll, liebenswürdig, zugleich zurückhaltend und bescheiden auftrat sowie durch seinen unaggressiven Redestil sich deutlich von Politikern aus der Zeit des Nationalsozialismus unterschied.¹⁹

Heuss' vergangenheitspolitischem Reden und Handeln haftete insgesamt trotz aller betonten Abgrenzung etwas Ambivalentes an. Einerseits betonte er, dass die Mehrheit der Deutschen von den nationalsozialistischen Verbrechen gewusst habe, andererseits behauptete er aber auch, dass diese Verbrechen lediglich „im deutschen Namen“ begangen worden seien. Gegenüber führenden Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern zeigte er ebenfalls eine

18 Vgl. Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. München/Wien 1969, S. 169-171; Eberhard Piskart: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie. Stuttgart/Zürich 1976, S. 77-114; Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 11), S. 129 f.

19 Vgl. Frieder Günther: Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten. Stuttgart 2006.

solche Zwiespältigkeit, indem er zwar eingestand, dass sie bestraft werden müssten, sich dennoch immer wieder für ihre Freilassung engagierte, wenn er nämlich von ihrer „inneren Anständigkeit“ überzeugt war.²⁰

Auch wenn Heuss nicht nur auf Zustimmung stieß, so steht er doch aufgrund seines Amtsverständnisses und seiner Persönlichkeit wie kein anderer führender Politiker der 1950er Jahre für Integration in einem Land, das von tiefen ideologischen, politischen, sozialen, konfessionellen und regionalen Gegensätzen geprägt war. In seiner Popularität spiegelte sich der immer stärker ins Bewusstsein tretende Erfolg des neuen Weststaates, dem er vorstand. Dementsprechend wurde er gegen Ende seiner zweiten Amtszeit als Bundespräsident als geradezu unersetzbar angesehen und allenthalben gebeten, nach einer Grundgesetzänderung für eine weitere dritte Amtszeit zur Verfügung zu stehen.²¹ Diese Popularität war denn auch die Voraussetzung dafür, dass viele Menschen sich später, wenn sie sich die 1950er Jahre oder die verschiedenen Bundespräsidenten ins Gedächtnis riefen, an Heuss als besonders positive, überparteiliche Identifikationsfigur erinnerten.

2. Die Erinnerung an Theodor Heuss seit den 1960er Jahren

Die Erinnerung an Theodor Heuss nach seinem Tod im Jahr 1963 ist vor allen Dingen dadurch geprägt worden, dass Heuss selbst entscheidende Spuren der Erinnerung an seine Person gelegt hat. Dies geschah zum einen, indem er zu Lebzeiten zwei Memoirenbände verfasste: Die frechen und äußerst amüsant zu lesenden Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“ schrieb er im Wesentlichen im letzten Kriegsjahr nieder und vervollständigte das Manuskript zu Beginn der 1950er Jahre, als er schon das Amt des Bundespräsidenten ausübte;²² die „Erinnerungen 1905-1933“ wurden hingegen zu seinem Hauptprojekt in den letzten Lebensjahren.²³ Als er diesen Band im Frühjahr 1963 fertiggestellt hatte, begann er sogleich an der Fortsetzung zu arbeiten, die er aber bis zu seinem Tod im Dezember nicht mehr abschließen konnte, so dass über die NS-Zeit nur ein unvollständiges Manuskript überliefert ist.²⁴ Es gibt dabei ein zentrales Thema, das alle Bände durchzieht, näm-

20 Vgl. Ulrich Baumgärtner: Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Stuttgart/München 2001; Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 11), S. 141-143.

21 Vgl. die glänzenden Zustimmungswerte bei einer Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juli 1959. In: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958-1964, S. 279.

22 Theodor Heuss: Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen. Tübingen 1953.

23 Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933. Tübingen 1963.

24 Vgl. Theodor Heuss: Die Machtergreifung und das Ermächtigungsgesetz. Zwei nachgelassene Kapitel der „Erinnerungen 1905-1933“, hrsg. v. Eberhard Pikart. Tübingen 1967.

lich die Offenheit von Heuss' Biographie und der geschilderten historischen Entwicklung. Es ist ein Auf und Ab, stets gibt es Alternativen zu dem eingeschlagenen Weg, nichts ist hier vorbestimmt – besonders auch nicht die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten.

Zum Zweiten hinterließ Theodor Heuss einen äußerst umfangreichen Nachlass. Heuss gilt als einer der fleißigsten und produktivsten Briefeschreiber überhaupt, so dass noch heute an die 60.000 Briefe von ihm überliefert sein dürften. Er kann somit als ein Vertreter jener allmählich aussterbenden Art von Bildungsbürgern angesehen werden, die dem persönlichen brieflichen Austausch – zumal in der politischen Auseinandersetzung – einen besonderen Wert beimaßen, welcher auch durch die modernen Medien nicht zu ersetzen war, und dabei zugleich einen unverwechselbaren Briefstil entwickelten. Selbst in seiner Funktion als Bundespräsident war sich Heuss nicht zu schade, auf zahlreiche Schreiben aus der Bevölkerung persönlich zu antworten, selbst wenn diese Zuschriften inhaltlich abwegig waren.²⁵ Schon in jungen Jahren war sich Heuss der besonderen Bedeutung seiner Korrespondenz bewusst, bewahrte sie systematisch auf und sorgte dafür, dass sie die zahlreichen Umzüge unbeschadet überstand. Zugleich vernichtete Heuss auch einzelne Schreiben, wenn sie ein Bild von einem Sachverhalt oder einer Person vermittelten, das er an die Nachwelt nicht weitergeben wollte oder das er einfach für nebensächlich hielt.²⁶ Zudem machte er sich in seinen letzten Lebensjahren über die posthume Veröffentlichung seiner Briefe Gedanken, wobei er seinem Briefwechsel mit Konrad Adenauer eine besondere Bedeutung beimaß.²⁷

Einem Jahr vor seinem Tod legte Heuss zum Dritten testamentarisch fest, dass der gesamte politische Teil seines Nachlasses ins Bundesarchiv nach Koblenz, der kleinere künstlerisch-literarische Teil ins Deutsche Literaturarchiv nach Marbach am Neckar und der persönliche Teil in die Hände seiner Familie gelangen sollte.²⁸ Um diesem Wunsch zu entsprechen, schuf man nach seinem Tod das Theodor-Heuss-Archiv in seinem früheren Wohnhaus in Stuttgart, in dem acht Jahre lang der Nachlass gesichtet, geordnet und zwischen den verschiedenen Archiven aufgeteilt wurde.

25 Vgl. Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949-1959, hrsg. u. bearb. v. Wolfram Werner. Berlin/New York 2010.

26 Dementsprechend riet Heuss im Hinblick auf den Nachlass seines Mentors Friedrich Naumann, die Korrespondenz mit einzelnen Korrespondenzpartnern zu vernichten. Vgl. Heuss an Georg Hohmann, 5.12.1961. Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Hohmann.

27 Vgl. z.B. Heuss an Moritz Julius Bonn, 24.5.1963. Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959-1963, hrsg. u. bearb. v. Frieder Günther. Berlin/Boston 2014, S. 483-485, hier S. 485.

28 Vgl. Theodor Heuss: Anregungen und Wünsche zur Durchführung der Auflösung meines Nachlasses, 11.6.1962. Familienarchiv Heuss, Basel.

Diese Spurenlegung durch Heuss wirkte sich indes auf die Forschung eher behindernd als anregend aus. Allein der schiere Umfang des Nachlasses führte dazu, dass, wenn überhaupt Studien erschienen, diese sich auf Teilaspekte von Heuss' Biographie konzentrierten: auf sein politisches Denken in der Weimarer Republik, den Kulturpolitiker, den politischen Redner oder den Journalisten.²⁹ Fundierte Gesamtdarstellungen – abgesehen von einigen populären Überblicken, die noch zu Heuss' Lebzeiten publiziert und größtenteils von Heuss selbst angestoßen worden waren³⁰ – ließen über fünfzig Jahre auf sich warten. Als weiteres Hindernis entpuppte sich die Aufteilung des Nachlasses auf drei verschiedene Archive, wobei vor allem der erschwerte Zugang zum Privatarchiv der Familie Heuss dazu führte, dass über die Privatperson Heuss über die Jahre nur das zu erfahren war, was man dort der Öffentlichkeit preisgeben wollte. Dies erwies sich für die Forschung als lähmend, da sich bei Heuss das Politische vom Persönlichen gar nicht trennen lässt. Heuss konnte als Bundespräsident nur so integrierend wirken, weil für sein Politikverständnis das Knüpfen persönlicher Beziehungen und Freundschaften über alle ideologischen Gräben hinweg so wichtig war. Erst seitdem der Zugang zum Privatarchiv und zu anderen Briefbeständen in den letzten Jahren erleichtert wurde, wissen wir daher etwas von der „verblüffenden“ und „großen Liebesbeziehung“ (Joachim Radkau) der späten Jahre zu der in New York lebenden jüdischen Emigrantin Toni Stolper, aber auch von der Syphiliserkrankung des Vaters seit den 1890er Jahren, die zu dessen frühem Tod führte, von der fortwährend äußerst labilen Gesundheit von Heuss' Ehefrau Elly Heuss-Knapp und von dem in der Familie weitgehend tabuisierten Freitod der ersten Schwiegertochter. Die Forschung steht bislang noch vor der Aufgabe herauszufinden, inwiefern diese schwerwiegenden privaten Dinge den politischen Lebensweg von Heuss beeinflussten.

Zusätzlich zur unbefriedigenden Archivsituation erschwerten Heuss' Autobiographien eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit seinem Leben. Bei genauerem Hinsehen zeigte sich nämlich, dass Heuss, der als Biograph seines politischen Mentors Friedrich Naumann und des Unternehmers Robert Bosch mit dem Verfassen historischer Studien hinlänglich vertraut

- 29 Modris Eksteins: Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Stuttgart 1969; Jürgen C. Hess: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens. Stuttgart 1973; Ingrid Wurtzbacher-Rundholz: Verfassungsgeschichte und Kulturpolitik bei Dr. Theodor Heuss bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat 1948/49 – mit Dokumentenanhang. Frankfurt a. M./Bern 1981; Ekkehard Felder: Kognitive Muster der politischen Sprache. Eine linguistische Untersuchung zur Korrelation zwischen sprachlich gefaßter Wirklichkeit und Denkmustern am Beispiel der Reden von Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Frankfurt a. M. u. a. 1995; Reiner Burger: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte. Münster 1999.
- 30 Vgl. z.B. Hans-Heinrich Welchert: Theodor Heuss. Ein Lebensbild. Bonn 1953/59; Hermann Proebst: Heuss. Eine Bildbiographie. München 1959.

war, aus dem Gedächtnis sein eigenes Leben sehr genau dargestellt und auf historisch plausible Weise kontextualisiert hatte. Es bedurfte vor diesem Hintergrund mehrjähriger umfangreicher Quellenstudien, um die von Heuss gelegten Spuren kritisch zu hinterfragen und seiner Selbstdeutung eine ebenbürtige neue Interpretation entgegenzustellen.

Auffällig ist, dass wenn man die populären, weniger auf ein wissenschaftliches Publikum abzielenden Publikationen betrachtet, man immer wieder auf äußerst kritische Stellungnahmen stößt, die den einvernehmlichen Wohlklang der Heuss-Befürworter und -Bewunderer störten. Da war zunächst einmal die scharfe Kritik aus rechtsradikalen Kreisen, die sich über die Doppelmoral des Bundespräsidenten echauffierten. Er hatte schließlich aus ihrer Sicht im „Dritten Reich“ mitgemacht, beanspruchte nun aber, als moralische Instanz über die Vergangenheit von anderen urteilen zu können und sich zumal auf seinen Staatsbesuchen als Vertreter eines „anderen und besseren Deutschland“ in Szene zu setzen.³¹ Kritik kam aber auch aus entgegengesetzter Richtung. Diesen Kritikern ging der Schnitt von 1945 nicht weit genug, so dass sie Heuss als obersten Repräsentanten ihres Staates für ungeeignet hielten, da er Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, später diesen Schritt auch noch öffentlich bagatellierte und des Weiteren sich für die Freilassung von Kriegsverbrechern und Nationalsozialisten einsetzte.³² Eine letzte, auch nach Heuss' Tod nicht verstummende Kritik entzündete sich an der Amtsführung des Bundespräsidenten als politischer Instanz. Aus dieser Sicht war Heuss ein „politischer Nonvaleur“³³ und hatte als Gegengewicht zum machtbewussten Bundeskanzler Adenauer schlichtweg versagt. Dementsprechend urteilte Arnulf Baring noch acht Jahre nach Heuss' Tod: „Heuss war [...] ein Mann des deutschen Biedermeier, als er – trotz oder wegen allem Wissen – ein unpolitischer Mensch war, ein Mann ohne wirkliches Verantwortungsgefühl, ohne Leidenschaft, – bereit, den Dingen ihren Lauf zu lassen, sie treiben zu lassen.“³⁴

Doch solche kritischen Stimmen konnten dem populären Heuss-Bild nichts anhaben, das von der Generation, die Heuss bewusst erlebt hatte, weitergetragen wurde. Viel wichtiger war hier eine Publikation, die Heuss noch selbst angeregt hatte und die seiner sonstigen Abscheu gegenüber der Bana-

31 Vgl. z.B. Kurt Ziesel: Heuss: „unbewältigte Vergangenheit“. In: Reichsruf v. 30.1. und 6.2.1960.

32 Vgl. z.B. Kurt Hiller: Ratioaktiv. Reden 1914-1964. Ein Buch der Rechenschaft. Wiesbaden 1966, S. 169 f. u. 184 f.; Otto Köhler: Glücksfall für Deutschland. In: Junge Welt v. 18.9.2009.

33 Johannes Gross: Das neue Notizbuch 1985-1990. Stuttgart 1990, S. 253 f.

34 Vgl. z.B. Georg Schröder: Der politische Bundespräsident. In: Die Welt v. 3.9.1960; Baring, Außenpolitik (wie Anm. 18), S. 169-171; ders.: War das Heuss? In: Frankfurter Hefte 26 (1971), S. 949-952, Zitat S. 951 f.; Johannes Gross: Die Deutschen. Frankfurt a. M. 1967, S. 89-91; ders., Notizbuch (wie Anm. 33), S. 197.

lisierung seiner Person merkwürdig entgegensteht. Er hatte die Idee, unter dem Titel „Onkel Theodor erzählt“ in einem eigenständigen Band Dinge über sich zu publizieren, die nicht in seine Lebenserinnerungen passten, da sie dort rasch als „Renommage“ oder „Taktlosigkeit“ wirken würden. Nicht er sollte dabei als Autor fungieren, sondern er übertrug das Projekt seiner Nichte Hanna Frielinghaus, die mit seiner Unterstützung „manches, das Menschen Freude macht und irgendwie doch ‚dazu‘ gehört“, der Nachwelt überliefern sollte.³⁵ Damit schuf Heuss selbst die Grundlage dafür, dass ein volkstümliches Heuss-Bild, das weit eher dem „Papa Heuss“ als seinem eigenen Selbstbild als Bildungsbürger entsprach, in schriftlicher Form massenhafte Verbreitung fand. Denn acht Monate nach seinem Tod sollte Hanna Frielinghaus die „Heuss-Anekdoten“ auf den Markt bringen, die sich zu einem großen Verkaufserfolg entwickelten, so dass der Band bis 1994 immer wieder neu aufgelegt wurde. Dieser Erfolg ist besonders bemerkenswert, da Politiker-Anekdoten – die in den 1950er Jahren noch hohe Verkaufszahlen versprachen – seit dem Ende der Ära Adenauer an sich unmodern wurden.

Das in den Anekdoten vermittelte Heuss-Bild ist dabei so einfach wie liebenswürdig. Es geht um einen humorvollen, trotz seines „Honoratiorenschwäbisch“ schlagfertigen, geselligen, gemütlichen, kunstliebenden und meist freundlichen Genussmenschen, der den protokollarischen Pflichten seines Amtes fernsteht und nie um einen Scherz oder eine geistreiche Bemerkung verlegen ist. Dieses Bild von „Papa Heuss“ nistete sich fortan in der Erinnerung der Leser ein. Wichtig ist zudem, dass zentrale Zitate, die man Heuss zuschrieb, von der Nichte gleichsam autorisiert wurden. Heuss' Aufforderung bei einem Bundeswehrmanöver: „Nun siegt mal schön!“, oder seine Reaktion auf die Mahnung des Referenten zum nächtlichen Aufbruch: „Meine Herren, der Bundespräsident geht – der Heuss bleibt hocke!“, fanden auf diesem Weg Eingang in den Zitatenschatz der Bundesdeutschen.³⁶

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass es vor allem die Angehörigen der sogenannten Flakhelfergeneration waren, die die Erinnerung an Heuss weitertrugen. Diese Generation der um das Jahr 1930 Geborenen hatte den Nationalsozialismus noch bewusst erlebt, war allerdings zu jung, um als Soldat zu den Kämpfen des Zweiten Weltkriegs eingezogen zu werden, und setzte nach der Erfahrung mit totalitärer Propaganda und der Zeit der „Außer-Ordentlichkeit“ (Martin Broszat) – im Vergleich zur älteren „Täter- und Mitläufergeneration“ – die größte Hoffnung in den Wiederaufbau. Die Flakhelfergeneration wurde am stärksten geprägt von der Aufbruchs-

35 Heuss an Toni Stolper, 4.9.1960. Heuss, Privatier (wie Anm. 27), S. 230-233, hier S. 232. Vgl. zudem Hanna Frielinghaus-Heuss: Heuss-Anekdoten. München/Esslingen 1964, S. 5-7.

36 Zitiert nach ebd., S. 31, 42.

stimmung, die das Wirtschaftswunder begleitete; für sie war die Gründung der Bundesrepublik ohne Wenn und Aber die richtige Antwort auf die jüngste Geschichte, die es folglich mit allen Mitteln zu verteidigen galt. Ganz im Gegensatz zur nachwachsenden „68er-Generation“, die mit Heuss aufgrund ihres dezidiert politischen und antiautoritären Anspruchs nichts mehr anzufangen wusste, war für viele Angehörige der Flakhelfergeneration Heuss so etwas wie ein Fixpunkt, mit dem sie die positiven Seiten der 1950er Jahre in Verbindung brachten.³⁷

Bei den jüngeren Menschen, die Heuss hingegen nicht erlebt hatten, geriet der erste Bundespräsident immer mehr in Vergessenheit. Zwar wurden Schulen, Bildungsstätten, Straßen und Brücken nach ihm benannt, es wurde schon 1964 eine Theodor-Heuss-Stiftung gegründet, die alljährlich einen Preis für bürgerschaftliches Engagement vergibt, die Geburtsstadt Brackenheim ehrte ihren Sohn 1968 mit einem eigenen Theodor-Heuss-Museum, und es erschienen populäre, teilweise allerdings stark gekürzte Briefeditionen,³⁸ die das Wissen über das Leben von Heuss erweiterten, aber da Heuss nicht Gegenstand des Geschichtsunterrichts war, konnten Schulkinder kaum mehr etwas mit seinem Namen anfangen.

Dem wollte eine Bundestagsinitiative Anfang der 1990er Jahre entgegenarbeiten. Diese Initiative gehört in den größeren Kontext einer „Rückkehr der Geschichte“ seit den 1970er Jahren, verschiedener geschichtspolitischer Initiativen der Bundesregierung unter Helmut Kohl, neben der nationalsozialistischen Vergangenheit auch „positive“ Aspekte in der deutschen Geschichte zu betonen und damit eine spezifisch bundesdeutsche historische Identität zu fördern, und der seit 1990 viel diskutierten Frage, wie das wiedervereinigte Deutschland ein gemeinsames, Ost und West verbindendes Geschichtsbewusstsein entwickeln könne.³⁹ Getragen von einer breiten Zustimmung, errichtete der Deutsche Bundestag somit 1994 die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, die „das Andenken an das Wirken des

37 Zu den genannten Generationen vgl. Dirk Moses: *The Forty-Fivers. A Generation Between Fascism and Democracy*. In: *German Politics and Society* 17 (1999), S. 95-127; Ulrich Herbert: *Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert*. In: Jürgen Reulecke (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*. München 2003, S. 95-114; Heinz Bude: *Die 50er Jahre im Spiegel der Flakhelfer- und der 68er-Generation*. In: Ebd., S. 145-158.

38 Theodor Heuss/Lulu von Strauß und Torney: *Ein Briefwechsel*. Düsseldorf/Köln 1965; Theodor Heuss: *Tagebuchbriefe 1955-1963*. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. u. eingeleitet v. Eberhard Pikart. Stuttgart 1970; Theodor Heuss/Elly Knapp: „So bist Du mir Heimat geworden.“ Eine Liebesgeschichte in Briefen aus dem Anfang des Jahrhunderts, hrsg. v. Hermann Rudolph. Stuttgart 1986; Theodor Heuss/Konrad Adenauer: *Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1949-1963*, bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1989.

39 Vgl. Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990*. München 2006, S. 466-491.

ersten Bundespräsidenten [...] wahren und einen Beitrag zum Verständnis der jüngeren Geschichte“ leisten sollte.⁴⁰ Die Stiftung war von da an eine von fünf von der Bundesrepublik Deutschland getragenen Gedenkstätten, die an führende Politiker in der deutschen Geschichte erinnern. Dabei war bei der Auswahl ein Parteienproporz leicht zu erkennen. Während der CDU-Politiker Konrad Adenauer und der SPD-Politiker und spätere Reichspräsident Friedrich Ebert bereits über Gedenkstätten verfügten, wurde 1994 die konservative Seite zusätzlich mit einer Einrichtung zu Otto von Bismarck bedacht, die Sozialdemokratie erhielt eine Stiftung zu Willy Brandt und die Liberalen wurden eben mit Theodor Heuss berücksichtigt. Seit 2002 verfügt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus über ein Museum, das sie im früheren Wohnhaus von Theodor Heuss in Stuttgart eingerichtet hat. Das Museum verbindet das Gedenken an Theodor Heuss am authentischen Ort mit historisch-politischer Bildung, indem es in einer Ausstellung über das Leben von Heuss als eines der zentralen Gründungsväter der zweiten deutschen Demokratie im Kontext der deutschen Zeitgeschichte informiert.⁴¹ Die Stiftung hat sich dadurch hervorgetan, dass sie versuchte, dem Mythos vom „Papa Heuss“ ein vielschichtiges und historisiertes Heuss-Bild entgegenzustellen, indem sie neue Forschungen zu Heuss anregte⁴² und eine achtbändige wissenschaftliche Briefedition zu Heuss herausgab.⁴³ Vor allem die ersten Bände dieser Edition schufen die Voraussetzung dafür, dass in relativ kurzer Zeit mehrere Gesamtdarstellungen zu Heuss erscheinen konnten, als plötzlich das Interesse an solchen Studien aufkam.

3. Die aktuelle Debatte über Theodor Heuss

Das neue Interesse an Theodor Heuss, das durch die Präsidentschaftskrise um Christian Wulff angestoßen wurde, ist ungebrochen. Seit 2011 erschienen drei Biographien über sein Leben, eine umfangreiche, populärwissenschaftliche Studie über die Beziehung von Heuss zum Judentum des Theologen Karl-Josef Kuschel sowie ein großer Bildband über „Theodor Heuss und

40 Gesetz über die Errichtung einer Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus v. 27.5.1994. Bundesgesetzblatt, Teil I, 1994, S. 1166 f., hier S. 1166.

41 Vgl. Thomas Hertfelder: *Machen Männer noch Geschichte? Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft*. Stuttgart 1998; Thomas Hertfelder/Christiane Ketterle (Hrsg.): *Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident*. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus. Stuttgart 2003.

42 Vgl. z.B. Eberhard Jäckel/Horst Möller/Hermann Rudolph (Hrsg.): *Von Heuss bis Herzog. Die Bundespräsidenten im politischen System der Bundesrepublik*. Stuttgart 1999; Baumgärtner, *Reden* (wie Anm. 20); Günther, *Heuss* (wie Anm. 19).

43 *Theodor Heuss: Stuttgarter Ausgabe. Briefe*. 8 Bde. München u.a. 2007-2014.

die Kunst“,⁴⁴ und selbst in Überblicksdarstellungen zur deutschen Zeitgeschichte wird Heuss nun plötzlich mit einem eigenen Artikel bedacht.⁴⁵ Zudem wurden in jüngster Zeit Studien über Personen aus Heuss' Umfeld publiziert, darunter Elly Heuss-Knapp, aber auch Hedwig Heuss, die Ehefrau des verstorbenen Bruders, die Heuss von 1952 bis 1959 den Haushalt führte und Funktionen der First Lady wahrnahm.⁴⁶ Und sogar auf dem Gebiet der Populärkultur tauchte Heuss 2012 auf: Es erschien eine Audio-CD, auf der der bekannte Schauspieler Sebastian Koch Briefe, Reden und Anekdoten von Heuss liest.⁴⁷ Diese plötzliche Prominenz ist kein Zufall, sondern Ausdruck für tiefgreifende Verschiebungen im politischen, sozialen und intellektuellen Gefüge der Bundesrepublik.

So erfreute sich der Begriff der Kultur seit den 1970er Jahren zunehmender Beliebtheit. Im Gegensatz zum traditionellen Verständnis avancierte Kultur zur universalen Chiffre für eine Welt, die primär von Symbolen und von Kommunikation geprägt ist. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Gründe hierfür im Einzelnen zu analysieren, aber der Aufstieg des Kulturbegriffs muss doch im Zusammenhang mit dem sozialen Strukturbruch „nach dem Boom“⁴⁸ gesehen werden, welcher aufgrund seines rasanten Tempos, seines grenzüberschreitenden Charakters und seiner weitreichenden Auswirkungen auf die Bereiche Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Kultur einen tiefen historischen Einschnitt markiert. Dieser Strukturbruch, dem sich die bundesdeutsche Gesellschaft seit den 1970er Jahren ausgesetzt sah, schuf Ängste, Unsicherheit und Gegenreaktionen, er provozierte aber auch neue Grundhaltungen, um auf die Herausforderungen der Gegenwart angemessen zu reagieren. Zum einen wurden die tiefgreifenden Veränderungen und Beschleunigungen am Arbeitsplatz und im Alltagsleben als Infragestellung des Vertrauten wahrgenommen, worauf Teile der Gesellschaft die eigene Kultur und Tradition gegen das Neue zwanghaft zu verteidigen versuchten. Die eigene „Leitkultur“ wurde gegen das bedrohliche Bild einer „multikulturellen

44 Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 11); Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. München 2012; Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 13); Karl-Josef Kuschel: Theodor Heuss, die Schoah, das Judentum, Israel. Ein Versuch. Mit drei Schlüsselreden von Theodor Heuss. Tübingen 2013; Stefan Borchardt/Marc Gundel (Hrsg.): Theodor Heuss und die Kunst. Stuttgart 2013.

45 Z.B. Andreas Wirsching: Demokratie als „Lebensform“ – Theodor Heuss (1884-1963). In: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte. München 2012, S. 21-35.

46 Alexander Goller: Elly Heuss-Knapp. Gründerin des Müttergenesungswerks. Eine Biographie. Köln 2012; Karin de la Roi-Frey: Hedwig Heuss. Die vergessene First Lady. Mülhacker 2013.

47 Koch liest Heuss. Sebastian Koch liest aus Briefen und Reden von Theodor Heuss. CD-ROM. München 2012.

48 Hierzu Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008.

Gesellschaft“ in Stellung gebracht. Ihr sollte sich das Ungewohnte, von außen Kommende, unterordnen. Zum anderen entwickelten andere Teile der Gesellschaft eine zunehmende Sensibilität im Hinblick auf die Relativität der eigenen Kulturform und Lebensweise in einer globalisierten Welt. Die Menschen wurden aufmerksam auf „das Andere“ und „das Fremde“, das sie mehr und mehr umgab und das der alten Lebenswelt so gänzlich widersprach, sie interessierten sich für die vielfältigen Unterdrückungsformen moderner Gesellschaften, für das bislang Verdrängte und Marginale, aber auch für aktuelle und künftige Konflikte, die sich aus der unvermeidlichen Gegensätzlichkeit von Deutungssystemen ergaben.

Das neue Interesse am Kulturbegriff bewirkte denn auch einen veränderten Standpunkt zur Geschichte. Diese rückte ein Stück weiter weg von der Gegenwart und wurde selbst zum Fremden, wobei man auch auf bislang vielfach bearbeiteten Gebieten neue Perspektiven zu entdecken glaubte.⁴⁹ Dieser neue Trend kam zuletzt auch Theodor Heuss zugute.⁵⁰ Neben den die 1950er Jahre bislang dominierenden Bundeskanzler Adenauer trat der Bundespräsident, der politische Entscheidungen zwar kaum selbst fällte, aber diese doch durch sein Reden und Handeln symbolisch und kommunikativ absicherte. So lautet denn auch das Fazit der sechshundertseitigen Heuss-Biographie von Peter Merseburger:

„Die frühe Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik ruht auf beiden: dem Kanzler und dem Präsidenten. Der Kanzler als Mann der Tat stellte die geschichtlichen Weichen, aber sein Regierungsstil, seine Formulierungsschwäche und sein karg bemessener Wortschatz machten ihn unfähig zu dem, wozu Heuss, der Journalist, Literat und erfahrene, ungewöhnlich redegabende Parlamentarier mit seiner ‚Metapolitik‘ herangewachsen ist: zum Erzieher zur Demokratie, wenn nicht zum Vater derselben.“⁵¹

Bei Joachim Radkau werden Heuss und Adenauer gar zu den sich ergänzenden und ausbalancierenden Prinzipien Yin und Yang aus der chinesischen Philosophie. Während ein harter, aufbrausender, entscheidungsfreudiger, aber nervenschwacher Adenauer den väterlichen Part übernahm, habe ein weicher, sorgender, integrierender und selbst in brenzligen Situationen des Kalten Krieges gelassen bleibender Heuss die Mutterrolle gespielt. Erst

49 So die Deutung bei Lutz Raphael: *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*. München 2003, insbesondere S. 228-231.

50 Dementsprechend entwickelte auch die neue Richtung der politischen Kulturgeschichte ein dezidiertes Interesse sowohl am Amt des Bundespräsidenten als auch an Theodor Heuss. Vgl. z.B. Tobias Kies: *Hüter der Politik: Der deutsche Bundespräsident im Fokus öffentlicher Erwartungen*. In: Willibald Steinmetz (Hrsg.): „Politik“. *Stationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit*. Frankfurt a. M. 2007, S. 450-478.

51 Merseburger, Theodor Heuss (wie Anm. 44), S. 605.

durch ihr Zusammenwirken konnte nach Radkau „das Staatsexperiment ‚Bundesrepublik‘“ gelingen.⁵²

In der neuen Popularität von Theodor Heuss kommt aber auch eine Unsicherheit der Deutschen zum Ausdruck, die latent seit der Wiedervereinigung vorhanden war und die sich im Zusammenhang mit der Finanz- und Euro-Krise seit 2008 nochmals zuspitzte. Diese Krise führte erneut aller Welt unmissverständlich vor Augen, dass die internationale Verflechtung mittlerweile ein solches Maß erreicht hatte, dass der herkömmliche Nationalstaat nicht mehr in der Lage ist, seine Bevölkerung und sein Wirtschaftssystem gegenüber internationalen Einflüssen, die das Land an den Rand des Abgrunds führen können, zu schützen. Damit dem überschuldeten Griechenland der Staatsbankrott erspart blieb, bedurfte es wiederholt des Transfers von unvorstellbaren Summen durch die Europäische Union. Das System der europäischen Währungsunion zwang die europäischen Staaten, für die wirtschaftspolitischen Fehler ihrer Partner zu haften, für die sie, so schien es jedenfalls, keine Verantwortung trugen. In Deutschland als größtem Nettozahler in der EU war die Bestürzung und Empörung hierüber besonders groß, da man die Rettungsfonds, die von den führenden Politikern immer wieder als alternativlos bezeichnet wurden, als „ein Fass ohne Boden“ ansah. Die Folge war eine fundamentale Vertrauenskrise Europas und der Politik allgemein.⁵³

Auffällig ist, dass von Seiten der drei Bundespräsidenten, die seit 2008 amtierten, kaum jemals beruhigende Worte zur Finanzkrise in die Öffentlichkeit drangen. Erst kürzlich machte Joachim Gauck auf sich aufmerksam, indem er sich in einer Grundsatzrede ausgerechnet zum Neoliberalismus bekannte.⁵⁴ Es liegt auf der Hand, dass mit der Erinnerung an Theodor Heuss ein Gegenmodell zum Schweigen der Bundespräsidenten ins Gedächtnis gerufen werden soll. Dabei könnte der Kontrast zur Gegenwart kaum größer sein: Wirtschaftswunder, Aufschwung und neuer Wohlstand der 1950er Jahre und dazu ein Etatist und Patriot als Bundespräsident, der noch an die umfassende Regelungskraft des Staates fest glaubte, der als herausragender Redner in wichtigen Fragen Orientierung bieten wollte und der, so erneut Radkau, als ein Mann der „unerschütterlichen Nervenruhe“ zur Beruhigung der Bevölkerung geradezu prädestiniert war.⁵⁵

Von zentraler Bedeutung ist nicht zuletzt, dass hinter den aktuellen Erinnerungsinitiativen an Heuss hauptsächlich Angehörige einer Generation stehen, die Heuss noch als Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene selbst

52 Vgl. Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 13), S. 375-388, Zitat S. 376.

53 Vgl. z.B. Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit. München 2012, S. 392-401.

54 Vgl. Gauck verteidigt Neoliberalismus gegen „unredliche Kritik“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16.1.2014.

55 Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 13), S. 337.

erlebt haben. Dieses Phänomen lässt sich mit der Theorie des kommunikativen und des kulturellen Gedächtnisses von Jan Assmann beschreiben und erklären. Theodor Heuss ist noch immer eine Gestalt im kommunikativen Gedächtnis, aber nicht mehr lange. Gut fünfzig Jahre nach seinem Tod steht Heuss in der Gefahr, vergessen zu werden, da seine letzten Zeitgenossen allmählich aus der öffentlichen Debatte verschwinden. Die durch persönlich verbürgte und kommunizierte Erfahrung gebildete Erinnerung an Theodor Heuss wird bald entweder in Vergessenheit geraten und verschwinden oder aber einen Platz im kulturellen Gedächtnis der Deutschen erhalten. Im Kontext dieses Übergangs ist der Grenzwert von etwa vierzig Jahren eine kritische Schwelle. „Nach 40 Jahren treten [nämlich] die Zeitzeugen [...] aus dem eher zukunftsbezogenen Berufsleben heraus und in ein Alter ein, in dem die Erinnerung wächst und mit ihr der Wunsch nach Fixierung und Weitergabe, [da] die lebendige Erinnerung [...] morgen nur noch über Medien vermittelt sein wird.“⁵⁶ Dies trifft in gleicher Weise auf die Heuss-Biographen Joachim Radkau (geb. 1943) und den Angehörigen der Flakhelfer-Generation Peter Merseburger (geb. 1928), auf den eingangs erwähnten FAZ-Redakteur Gerhard Stadelmaier (geb. 1950), auf den Theologen Karl-Josef Kuschel (geb. 1948) wie auch auf den Regisseur Gert Pfafferoth (geb. 1945) zu, der die erwähnte CD mit Sebastian Koch produzierte.

Die jüngste Erinnerungsarbeit zu Heuss ist also im Wesentlichen ein generationelles Projekt mit dem Ziel, die letzten Reste persönlicher Erinnerung an ihn zu nutzen, um seine Person der Nachwelt zu tradieren. Heuss soll stärker in die offizielle Überlieferung überführt werden, damit er langfristig ins kollektive Gedächtnis der Deutschen aufgenommen und dort objektiviert werden kann. Am deutlichsten thematisiert dies Joachim Radkau, der ausdrücklich von seiner eigenen „Heuss-Liebhaberei“, aber auch von der seiner Tante, die ihn offensichtlich beeinflusste, spricht. Auf jeder Seite seiner Biographie spürt man das Vergnügen, die Heuss-Welt mit ihren positiven und negativen Seiten, die „am Ende aus dem kollektiven Gedächtnis der Jüngeren“ verschwunden sei, wiedererstehen zu lassen.⁵⁷

Dabei grenzt sich die Erinnerung an Heuss von drei anderen Erinnerungssträngen in Deutschland ab. Da ist zunächst die derzeit alles dominierende Erinnerung an ein katastrophisches 20. Jahrhundert, das sich neben dem Ersten Weltkrieg vor allem auf Nationalsozialismus, Zweiten Weltkrieg und Holocaust bezieht. Die Katastrophen und die totalitären Herausforderungen im „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) kommen in der Biographie von Heuss zwar durchaus vor, diese erschöpft sich darin jedoch nicht. Heuss

56 Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1999, S. 51.

57 Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 13), S. 14-18.

kann vielmehr als die Verkörperung eines demokratischen und liberalen Gegenentwurfs gedeutet werden, der während der 1920er Jahre immer mehr in die Defensive gedrängt wurde, im Kontext der Neugründung der Demokratie aber wieder eine dominierende Stellung und zweite Chance erhielt. Heuss repräsentiert somit im Hinblick auf das Jahr 1945, so Ernst Wolfgang Becker, „das uneingelöste Versprechen nach einer freien und demokratischen Staatsbürgergesellschaft“.⁵⁸

Zum Zweiten verkörpert Heuss eine Alternative zu einer eher konservativen Deutung der 1950er Jahre, die sich primär an der Person Konrad Adenauers orientiert und die erfolgreiche Staatsgründung sowie die „aufregende Modernisierung“ in den Mittelpunkt stellt.⁵⁹ Dieser Erinnerungsstrang verweist auf die vom Bundeskanzler erfolgreich vorangetriebene Politik der Westintegration, die Aussöhnung mit den früheren Kriegsgegnern, an erster Stelle Frankreich, die Anfänge der europäischen Integration, die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen, das Wirtschaftswunder und die Gestaltung der CDU zur integrativen Volkspartei. Dabei gab es von jeher ein Unbehagen an dieser Erzählung, das sich vor allem an den moralischen Defiziten „des Alten aus Rhöndorf“, aber auch an der Tendenz der Zeit zur wirtschaftlichen, personellen und kulturellen „Restauration“ bei gleichzeitiger Verdrängung der jüngsten Vergangenheit festmachte. Theodor Heuss bietet indes eine alternative Deutung des Jahrzehnts an, die die Schattenseiten der Ära Adenauer zwar nicht ganz verschwinden lässt, aber doch ein Stück weit aufhellt, indem er sich beispielsweise für einen symbolischen Neuanfang, für eine enge Beziehung zwischen der Politik und dem Kulturleben, gegen einen allzu scharfen Antikommunismus und gegen das Vergessen der jüngsten Vergangenheit einsetzte. Heuss wird in dieser Deutung zu einem Gegenspieler von Adenauer, was im Bild vom „Papa Heuss“ stets enthalten war und schon zu seinen Lebzeiten einen Grund für seine Popularität darstellte.

Eine dritte, linke Deutung macht sich hingegen an der Chiffre „1968“ fest und betont in scharfem Kontrast zu den defizitären 1950er Jahren die Liberalisierung, Demokratisierung und Modernisierung der Gesellschaft, die sich erst in den langen 1960er Jahren vollzogen habe, wobei das Jahr 1968 als Höhepunkt und zugleich als Symbol des Umbruchs angesehen wird. Die rein formale Demokratisierung der ersten Jahre machte aus dieser Sicht eine „Umgründung“ oder „zweite Gründung“ der Bundesrepublik erforderlich,

58 Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 11), S. 179.

59 Vgl. z.B. Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957. Stuttgart 1981, Zitat S. 382; ders.: Anmerkungen zu Adenauer. München 2004; Marie-Luise Recker: Konrad Adenauer: Leben und Politik. München 2010.

die erst das Land zu dem werden ließ, wie es uns heute vertraut ist.⁶⁰ Aber auch gegenüber dieser Interpretation, so ließe sich argumentieren, stellt Theodor Heuss eine Alternative dar, weil er sich schon früh dafür einsetzte, die „Demokratie als Lebensform“ in den Köpfen der Menschen zu verankern, nach dem Holocaust zu einer Aussöhnung mit den Juden und dem Staat Israel zu kommen und eine Politik des Maßes und des Ausgleichs in der Bundesrepublik zu etablieren.

Was ist es nun für ein Bild, das die jüngsten Veröffentlichungen von Theodor Heuss im Einzelnen zeichnen? Auf welche Weise soll er den Deutschen in Erinnerung bleiben? In Abgrenzung von einer konservativen und einer linken Deutung der Nachkriegsgeschichte wird hier ein bürgerlich-liberaler Blick auf die Bundesrepublik gerichtet. Schon Ernst Wolfgang Becker setzte den Schwerpunkt auf den Bürger Theodor Heuss, der sowohl ein Idealbild vom Bildungsbürger als auch vom Staatsbürger verkörperte, was wenig später von Peter Merseburger erneut aufgegriffen wurde. Dieser Ansatz zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht nur ein entscheidendes Element in der Biografie von Heuss in den Mittelpunkt stellt, sondern auch – vor allem bei Becker – seine Person im gesellschaftlichen Umfeld verortet. Zugleich entspricht diese Deutung aber auch dem Selbstbild und der Selbstinszenierung von Heuss und betont besonders die Kontinuitäten in seiner Biographie gleichsam vom bildungsbürgerlichen Elternhaus in Heilbronn bis zum Lebensabend als populärer und gefragter „elder statesman“ und „homme de lettres“ in Stuttgart. Er wird vor diesem Hintergrund zu einer Person des Brückenschlags von der Wilhelminischen Epoche bis in die Nachkriegszeit und zugleich zu einer Figur des Übergangs, die die Transformationen der modernen Industriegesellschaft begleitete und abfederte, vor allem indem er in seine Reden immer wieder historische Reminiszenzen einbaute. Sein Verdienst war es aus dieser Sicht, die bürgerlich-demokratische Tradition der Revolution von 1848 in die Demokratiegründung nach 1945 einzubringen und als Staatsoberhaupt, so Peter Merseburger, auf einzigartige Weise die „Symbiose von Geist und Macht“ zu verkörpern.⁶¹

Ganz anders Joachim Radkau, dessen Biographie den unkonventionellsten und eigenwilligsten Blick auf Heuss richtet. Im Grunde besteht der Band – neben sechs Zeitleisten – aus etwa 150, meist nur lose verbundenen Kurzeassays zu Heuss' Leben und gibt damit zu erkennen, dass sich Heuss' vielfältige und zahlreiche Tätigkeitsbereiche, Beziehungen und Interessengebiete einer zusammenführenden, zielgerichteten Darstellung förmlich entgegen-

60 Vgl. z.B. Görtemaker, *Geschichte* (wie Anm. 14), S. 475-596; Wolfgang Kraushaar: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000; Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955-1975*. Stuttgart 2010.

61 Merseburger, *Theodor Heuss* (wie Anm. 44), S. 10.

stellen. Trotzdem lässt sich aus dem Text so etwas wie ein Grundmotiv herauslesen. Radkau beschreibt Heuss als eine Person der betonten Gelassenheit, gleichsam als „ein(en) Mann ohne Leidenschaften“. Während diese Eigenheit in der ideologisch aufgeheizten Situation der Weimarer Republik ein Karrierehindernis darstellte, war sie im „Dritten Reich“ mit dafür verantwortlich, dass Heuss diese Zeit heil überstehen konnte. 1945 wurde die Gelassenheit hingegen plötzlich zu Heuss' Kapital, das ihn ins Zentrum der Politik beförderte. Als Mann des Ausgleichs und des Kompromisses war er sowohl für die amerikanische Besatzungsmacht als auch als Parteivorsitzender der FDP attraktiv, in der die traditionell-liberalen und die nationalistischen Strömungen weit rechts stehender Kreise konträr aufeinanderprallten. Und es war seine konsensorientierte, kameradschaftliche Art, die ihn 1948/49 zu einem der wichtigsten Mitglieder des Parlamentarischen Rates werden ließ. Seine Politik der „Entkrampfung“ bildete in der Zeit als Bundespräsident einen entscheidenden Gegenpol zum „Adenauerschen Alarmismus und Pessimismus“. Ohne dass Radkau den Begriff der „Entkrampfung“ genau definiert, führt er in seiner Darstellung doch immer wieder vor Augen, wie Heuss mit seinem „Charisma des gelassenen Humors [und] des Selbstbewusstseins im Understatement“ die Deutschen von ihrer ideologischen Fixierung, ihrem übersteigerten Nationalismus und ihrer Fixierung auf reine Äußerlichkeit und Etikette wegbringen und sie stattdessen an eine nüchterne, pragmatische und realistische Sicht der eigenen Situation heranführen wollte.⁶² Radkau deutet allerdings zum Schluss an, dass Heuss' Reden von der Entkrampfung angesichts neuer politischer Herausforderungen gegen Ende der 1950er Jahre zunehmend banal zu werden drohten.

Bei Radkau ist besonders interessant, dass er an sich die linke Perspektive der Intellektuellengeneration von 1968 auf die Nachkriegsgeschichte teilt, sich aber aufgrund der Beschäftigung mit Heuss der bürgerlich-liberalen Deutung der 1950er Jahre annähert, ohne in dieser Sichtweise ganz aufzugehen. So finden sich in seiner Darstellung bei aller Sympathie immer wieder betont kritische Anmerkungen, beispielsweise zu Heuss' Eitelkeiten und seiner mangelnden Fähigkeit zur Selbstkritik, zu seinem gänzlich missratenen Versuch, den Deutschen eine neue Nationalhymne aufzupfropfen, oder allgemein zur „repressiven Toleranz“ der 1950er Jahre.⁶³

Nochmals andere Akzente bei der Beschäftigung mit Theodor Heuss setzt der Theologe Karl-Josef Kuschel. Er erinnert in seinem Buch an die mittlerweile vergessene „Stimme von Theodor Heuss im Diskurs über Schoah, Judentum und den Staat Israel“. Heuss habe zeitlebens eine vorbildliche „Sensibilität fürs Judentum und für Grundfragen des deutsch- bzw. christlich-jü-

62 Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 13), S. 15, 266, 329.

63 Ebd., S. 17 f., 345-351, 381 f.

dischen Dialogs“ gezeigt und nach 1945 mit seinem Reden von der „Kollektivscham“ und seinen „öffentlichen Feldzügen gegen das Vergessen“ den Deutschen einen „Weg der Selbstreinigung“ gewiesen.⁶⁴ Kuschels Buch ist das beste Beispiel dafür, wie derzeit an Theodor Heuss erinnert wird, um damit auch Handlungsperspektiven für die Gegenwart aufzuzeigen.

Dass die aktuelle Erinnerung das volkstümliche Bild vom „Papa Heuss“ mit einbezieht, macht die CD „Koch liest Heuss“ deutlich. Sie enthält neben zentralen Passagen aus seinen Texten und Briefen immer wieder weniger bekannte humorvolle und amüsante Stellen. Darüber hinaus sind sich Sprecher und Regisseur nicht zu schade, auch eine Heuss-Anekdote und ein Heuss-Gedicht zum Besten zu geben und ein paarmal Heuss' markanten schwäbischen Akzent zu imitieren. Allerdings wird dieses populäre Heuss-Bild durch die der CD beigelegte experimentelle Klaviermusik von John Cage wiederum auf eigentümliche Weise gebrochen.⁶⁵

4. Fazit

Es dürfte deutlich geworden sein, dass sich im Hinblick auf Theodor Heuss in dreierlei Hinsicht eine Traditionsbildung abzeichnet:

1. Seine Biographie erscheint für eine kritische und differenzierte Erinnerung an das 20. Jahrhundert besonders angemessen, da sie auf Brüche, Verwerfungen, Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten verweist und sich einer eindeutigen Schwarz-Weiß-Zeichnung entzieht. Heuss trägt aus diesem Blickwinkel heraus zweifellos Mitverantwortung für die „deutsche Katastrophe“, aber er fällt ihr auch zum Opfer. Als Bundespräsident verkörpert er wie kein anderer einen Brückenschlag zur deutschen Geschichte und führt damit plastisch vor Augen, dass die „Modernisierung im Wiederaufbau“⁶⁶ eben kein Neuaufbau, sondern auf vielfältige Weise mit der Vergangenheit verknüpft war.
2. Heuss ermöglicht eine liberal-bürgerliche Identitätsstiftung im Hinblick auf das 20. Jahrhundert in Abgrenzung zu einer eher linken oder einer konservativen Deutung. Alle jüngsten Publikationen zeichnen das Bild eines im 19. Jahrhundert verwurzelten und historisch denkenden Liberalen und eines Mannes der Kunst, des Geistes, der Bildung und des Maßes, der gegenüber den totalitären Herausforderungen und ideologischen Zuspitzungen (z.B. Antikommunismus, Abendlandideologie) seiner Zeit

64 Kuschel, Theodor Heuss (wie Anm. 44), S. 21, 23, 31.

65 Koch liest Heuss (wie Anm. 47).

66 Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993.

stets eine gewisse Distanz hielt und sich gleich nach 1945 für eine Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus einsetzte, wobei der Parteipolitiker Heuss allerdings deutlich in den Hintergrund tritt. Die jüngsten Veröffentlichungen führen zudem vor Augen, dass alle Unkenrufe vom Niedergang des Bürgertums für die Nachkriegszeit wenig plausibel sind.

3. Heuss' Biographie bietet das Potenzial zu einer demokratischen Traditionsstiftung als Ergänzung zu der in Deutschland dominierenden katastrophischen Erinnerung. Heuss war im Kaiserreich politisch sozialisiert worden, er erlebte den Niedergang der ersten deutschen Demokratie als Abgeordneter im Reichstag hautnah mit, zog aus dieser Erfahrung seine Lehren und wurde so zu einem der wichtigsten Gründungsväter der zweiten deutschen Demokratie.

Die Debatte über den Platz von Theodor Heuss im kollektiven Gedächtnis der Deutschen scheint durch die jüngsten Veröffentlichungen eröffnet zu sein. Ob es sich hierbei – angeregt sowohl von der letzten Präsidentschaftskrise als auch von Heuss' 130. Geburtstag und seinem 50. Todestag – lediglich um ein generationelles Projekt von Heuss' Zeitgenossen handelt oder ob es von Jüngeren aufgegriffen wird und Heuss sich womöglich sogar, ähnlich wie Bismarck und Adenauer, langfristig als Erinnerungsort im Gedächtnis der Deutschen festsetzt,⁶⁷ muss die Zukunft zeigen.

67 Vgl. Etienne François/Hagen Schulze: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1. München 2001, S. 9-24.

Peter Steinbach

Theodor Heuss – Liberaler im Gezeitenwechsel. Zum Abschluss der Edition seiner Briefe aus sieben Jahrzehnten

Mit dem Abschluss der acht Bände umfassenden Edition ausgewählter wichtiger Briefe von Theodor Heuss wurde eine zeitgeschichtliche Quelle hohen Ranges erschlossen.¹ Im Folgenden wird versucht, dieses beeindruckende Gemeinschaftswerk, das Ernst Wolfgang Becker für die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus Stuttgart koordiniert hat, zu würdigen. Die Edition wird hier nicht nur als eine wichtige Grundlage für die Politik- und Kulturgeschichte des deutschen Liberalismus im 20. Jahrhundert vorgestellt, sondern zugleich als Versuch, die Bedeutung des ersten Bundespräsidenten für die Prägung der politischen Umgangsformen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland bewusst zu machen.

I.

Am Anfang der Bundesrepublik sei Adenauer gewesen. So lautet ein vielfach wiederholtes, jedoch keineswegs ohne Einschränkungen zutreffendes Diktum zeitgeschichtlicher Forschung.² Denn am Anfang der Bundesrepublik Deutschland standen neben dem rheinisch-katholischen Bundeskanzler andere Persönlichkeiten, die ebenso prägend waren wie der erste Kanzler. Sie repräsentierten wie Adenauer deutsche Regionalkulturen, allerdings ohne seine konfessionelle Ausrichtung. Stattdessen spiegelten sie eine zivilgesellschaftlich-partizipatorische Grundorientierung, die eine Gesellschaft brauchte, die sich von den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur emanzipieren wollte. Erleichtert wurde die antidiktatorische Prägung der zweiten deut-

1 Die Bände werden hier nicht aufgeführt, sondern in den folgenden Fußnoten nachgewiesen.

2 Arnulf Baring: *Am Anfang war Adenauer*, München 1991.

schen Demokratiedurch die ständige Konfrontation mit der „zweiten deutschen Diktatur“, die von der sowjetischen Besatzungsmacht als „DDR“ am 7. Oktober 1949 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone proklamiert worden war.

Die sich früh abzeichnende westdeutsche Vielfalt der Regionalkulturen entsprach dem postnationalsozialistischen Auftrag, einen lebens- und widerstandsfähigen Föderalismus zu entwickeln, der erlaubte, an die deutsche Ländergeschichte anzuknüpfen. Der westdeutsche Föderalismus verstärkte eine horizontale Gewaltenteilung, die Vielfalt und Einheit ermöglichte und mit Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes sogar den verfassungsrechtlichen Status der Unabänderlichkeit erlangte. Führende Politiker der frühen Bundesrepublik wurden als Regionalcharaktere wahrgenommen: Wilhelm Kaisen (Bremen), Georg August Zinn (Hessen) und Reinhold Maier (Württemberg-Baden) oder Franz-Josef Strauß (Bayern) seien hier erwähnt.

Dazu passte auch Kurt Schumacher, der nicht nur als geborener Westpreuße wegen seiner Verbindung mit Hannover – trotz seiner Verbundenheit mit dem deutschen Südwesten – als norddeutsch geprägter Menschentyp, sondern als unbeirrbarer antitotalitärer Antikommunist galt, zugleich national gesonnen und rhetorisch scharfzüngig. Wie andere Sozialdemokraten wurde er bewundert, konnte seiner Partei aber keine Mehrheit sichern. Die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung gelang auch nicht dem weltgewandten Sozialdemokraten Carlo Schmid, der eine Brücke zu den anderen Parteien schlagend, allgemein respektiert wurde, aber in seiner politischen Strahlkraft begrenzt war. In der „Stunde Null“ knüpften viele Wähler, wie Jürgen W. Falter zeigen konnte,³ an die Weimarer Vorgeschichte an. Die Bildung einer neuen Regierung bedurfte einer Koalition, die immer wieder die Liberalen – organisiert in der FDP – einschloss.

II.

Einen ganz anderen politischen „Regionaltyp“ verkörperte der schwäbische Liberale Theodor Heuss. Er importierte süddeutsche Lebensart in das entstehende System der „Bonner Republik“, galt als unaufgeregt, besonnen und tolerant, gleichsam als entscheidender „Mittler“.⁴ Er verkörperte mit seiner „gelockerten Art“ wie kaum ein anderer Politiker seiner Zeit die Fähigkeit, Gegensätze, politischen Streit und nicht zuletzt auch virulente geschichtspo-

3 Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 236-263.

4 Theodor Heuss an Ernst Jäckh, 21.9.1949. In: Theodor Heuss: Der Bundespräsident – Briefe 1949-1954. Hrsg. von Ernst W. Becker u. a. Berlin 2012, Nr. 3 (Briefedition künftig zitiert mit Angabe der Laufzeit der jeweiligen Bände und der Nummerierung der Briefe).

litische Auseinandersetzungen abzumildern. Sich selbst bezeichnete Heuss als „gutes Außengesicht“. Dabei wollte er nicht gefällig sein, denn der Preis, den er zahlte, war hoch: „Es ist schade um die guten Bücher, die ich schreiben wollte und jetzt nicht mehr schreiben kann.“⁵ Ihm gelang es, Akzente zu setzen, die anstößig waren, auch Widerspruch hervorriefen, aber die Deutschen zwangen, sich mit sich selbst und ihrer Geschichte auseinanderzusetzen.

Neben Richard von Weizsäckers Rede zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes aus dem Jahr 1985 wird immer wieder als geschichtspolitischer Durchbruch die Rede über den Widerstand erwähnt, die Theodor Heuss 1954 vor Berliner Studenten in der Freien Universität Berlin hielt, übrigens ohne jeden Polizeischutz.⁶ Bis heute schlägt sich seine Fähigkeit zum Kompromiss in der deutschen Nationalhymne, der dritten Strophe des zeithistorisch belasteten „Deutschlandliedes“, nieder, die Heuss zwar nicht goutierte,⁷ die er aber akzeptierte und die ausdrückt, worum es ihm zeit seines Lebens ging: um den spezifisch liberalen Dreiklang von „Einigkeit und Recht und Freiheit“.⁸

Heuss konnte gegenüber Kritikern harsch sein. Manche Petenten, die sich an ihn wandten, wies er wegen eines von ihm als unangemessen empfundenen Anliegens ohne Ansehen ihrer politischen Funktion zurück.⁹ Er bekannte sich zu den Zielen der Revolution von 1848 und verkörperte so nicht nur die Kontinuität der deutschen Demokratiegeschichte, sondern bekannte sich aktiv zur Demokratie, lehnte aber entschieden Plebiszite ab.¹⁰ Vor allem musste er sich mit den Folgen der NS-Zeit auseinandersetzen, ohne dass er belehrend oder überheblich wirkte. Er bekannte sich zu den Hypotheken der Vergangenheit und setzte nachhaltige Zeichen, etwa durch die Einweihung des Denkmals im Konzentrationslager Bergen-Belsen 1952 oder durch sein wiederholtes Bekenntnis zum Widerstand,¹¹ aber auch, indem er sich zu-

5 Ebd.

6 Abgedruckt u. a. in: Ralf Dahrendorf/Martin Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss – Politiker und Publizist. Tübingen 1984, S. 430-439.

7 Theodor Heuss an Konrad Adenauer, 19.6.1951. In: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 77.

8 Clemens Escher: „Deutschland Deutschland Du mein Alles“. Hymnenvorschläge aus der bundesdeutschen Bevölkerung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010), S. 924-938; vgl. allgemein zahlreiche Schreiben, die publiziert wurden in: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4).

9 Aus Platzgründen muss ich es bei diesen allgemeinen Andeutungen belassen und mir versagen, detailliert auf einzelne Briefe zu verweisen. Vgl. aber den Brief an Admiral Gottfried Hansen. Theodor Heuss an Gottfried Hansen, 22.12.1950. In: Ebd., Nr. 53.

10 Theodor Heuss an Martin Niemöller, 23.5.1951. In: Ebd. Nr. 73.

11 Er kannte Carl Friedrich Goerdeler und Julius Leber, seine Schwiegertochter stammte von Fritz Elsas ab, einem der wenigen liberalen Widerstandskämpfer, der 1945 hingerichtet worden war. Vgl. Fritz Elsas: Ein Demokrat im Widerstand. Zeugnisse eines Liberalen in der Weimarer Republik. Hrsg. v. Manfred Schmid, Gerlingen 1999.

gleich für verurteilte Diplomaten wie Konstantin von Neurath und Ernst Freiherr von Weizsäcker einsetzte, dabei unbelehrbare Gestrige zurückwies oder es ablehnte, sich gar von ihnen instrumentalisieren zu lassen.

Sein Ton scheint zuweilen schroff, nicht nur belehrend, sondern geradezu abweisend gewesen zu sein, selbst gegenüber Adenauer. Dies tat seiner Beliebtheit in der Öffentlichkeit keinen Abbruch. Hier galt er als jovial, als sprichwörtlicher „Papa Heuss“. Zahlreiche Anekdoten illustrierten seinen Humor, aber auch seine Ungehaltenheit angesichts von ihm als unangemessen empfundener Zumutungen. Sie stellten die Grundlage von Sammlungen mit dar, die seinen Ruhm vermehrten, seinem Ansehen höchst zuträglich waren und ihn geradezu als Gründungsvater eines neuen politischen Stils erscheinen lassen, der als zivil galt, als ein notwendiger Bruch mit einem bis weit in die fünfziger Jahre spürbaren Rede-Stil, der die Großmannssucht und Markigkeit einer Epoche, die lange als „Drittes Reich“ bezeichnet wurde, ahnen ließ.

III.

Die nun abgeschlossene umfangreiche Briefsammlung, verlässlich kommentiert, durch umfangreiche Register erschlossen, belegt das ausgefächerte Kommunikationsgeflecht, das Heuss pflegte und als Präsident weiter ausbauen konnte. Dabei kam ihm seine publizistische Erfahrung zugute, die er im Umkreis von Friedrich Naumann in der wilhelminischen Kaiserzeit und später in der Weimarer Republik machen konnte. Auch unter der Herrschaft Hitlers wurden diese Verbindungen gepflegt, nicht nur, weil Heuss als Publizist und Biograph sein Auskommen sicherte. Er blieb auch als Bundespräsident immer Schriftsteller, Politiker, Historiker, Redner in einer Person. So gesehen, stellte er geradezu einen Gegentyp zu Politikern der Adenauer-Zeit dar, nicht nur rhetorisch, sondern vor allem weil er niemals dem politischen Lagerdenken verfiel und weder politische Gegner noch gar Feinde identifizieren wollte. Politik war für ihn ein Prozess der Meinungsbildung. Er wog Argumente, prüfte Meinungen, korrigierte sich selbst und pflegte einen dialogischen Briefstil, der ihn als Zeitgenossen sowohl des 19. wie auch des 20. Jahrhunderts prädestinierte. Wie eng sich beide Epochen überlappten, machte Joachim Gauck jüngst in einem Grußwort anlässlich des 200. Geburtstages von Otto von Bismarck deutlich, als er betonte, Bismarck (+1898) und Adenauer (*1876) hätten gleichzeitig mehr als zwanzig Jahre gelebt.¹²

12 Constanze von Boullion: Schatten der Geschichte, in: Süddeutsche Zeitung 77 v. 2./3.4.2015, S. 6.

Demoskopische Befunde interessierten Heuss nicht,¹³ und dies nicht nur, weil er dem Konkurrenzstreit enthoben war, seine Parteiherkunft dabei nicht verbarg, sie aber auch nicht demonstrierte oder gar praktizierte. Als Intellektueller hatte er nur ein begrenztes Gefühl für den Wunsch, bei seinen Zuhörern „anzukommen“. Diese innere Unabhängigkeit charakterisierte auch viele seiner Briefe, die mentalitäts- und kulturgeschichtliche Quellen von außerordentlicher Aussagekraft für das erste Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland sind.

Wie lassen sich diese Briefe lesen, die nur auf den ersten Blick ein Mosaik unterschiedlicher Bezugspunkte politischer Geschichte und innerer Entwicklung darstellen? Der Religionswissenschaftler Mircea Eliade stellte einmal in der Nachfolge des in die Emigration getriebenen deutschen Sozialwissenschaftlers Emil Lederer fest, erst der Maßstab schaffe die Phänomene.¹⁴ So gesehen, ist es durchaus angemessen, als zweite bestimmende Persönlichkeit aus der frühen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Theodor Heuss im Spiegel seiner Briefe in den Blick zu nehmen. Es darf dabei nicht auf die Feststellung von Irrtümern oder politischen Fehleinschätzungen ankommen. Denn aussagekräftig sind diese Briefe vor allem, will man die Entstehung und die Wandlungen einer Persönlichkeit ermessen, die nicht nur die fundamentalen Brüche ihrer Zeit durchlebte, sondern sich veränderten Verhältnissen anpassen musste und sie deshalb kritisch reflektierte.

Wichtiger und reizvoller als die Auseinandersetzung mit seiner durchaus problematischen und politisch vor allem in der Mitte der fünfziger Jahre noch einmal intensiv diskutierten Lebensgeschichte¹⁵ sollte es deshalb sein, die von Heuss hinterlassenen Briefe nicht nur als eine dichte, sondern auch bemerkenswert kontinuierlich überlieferte Auseinandersetzung mit den Wechselströmen seiner eigenen Zeit zu nutzen. So erhält man die Möglichkeit wahrzunehmen, wie es dem ersten Bundespräsidenten gelang, in repräsentativ hervorgehobener politischer Funktion die Aufgabe zu bewältigen, nach dem Ende des NS-Regimes das Miteinander neuer politischer Institutionen und die Bewährung der nicht zuletzt auch maßgeblich von ihm formulierten neuen Verfassung zu beeinflussen.

13 Theodor Heuss an Elisabeth Noelle-Neumann, 30.1.1951. In: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 65.

14 Mircea Eliade: Die Religionen und das Heilige, Frankfurt/M. 1998, S. 13.

15 Vgl. dazu Theodor Heuss: Die Machtergreifung und das Ermächtigungsgesetz. Zwei nachgelassene Kapitel der Erinnerungen 1905-1933, hrsg. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1967, S. 24. Über die Haltung von Heuss zum Ermächtigungsgesetz war erstmals bereits intensiv 1947 in einem Untersuchungsausschuss des württembergischen Landtags diskutiert worden.

Heuss hatte 1949 „ein Amt zu übernehmen, dessen Fundamente erst gesucht und geschaffen werden mußten“.¹⁶ Dies war offensichtlich schwieriger, als es zunächst von ihm erwartet worden war. Welche mentalen Widerstände überwunden werden mussten, zeigen moderne kulturgeschichtliche Darstellungen der fünfziger Jahre, die es häufig an kategorischen Verurteilungen dieser Zeit nicht fehlen lassen.¹⁷ Es kam Heuss darauf an, die Deutschen mit der neuen freiheitlichen Verfassungsordnung vertraut zu machen und auf eine Weise mit ihrer Zeit-Geschichte zu versöhnen, die ihnen eine selbstkritische Reflexion mit ihrer politischen und auch ganz individuellen Vorgeschichte nicht ersparte. Dies konnte nur gelingen, wenn „bestimmte Komplexe der Vergangenheit sehr lebendig im Bewußtsein“¹⁸ gehalten werden konnten. Heuss war dazu wie nur wenige seiner politisch verantwortlichen Zeitgenossen prädestiniert, denn trotz seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, trotz seiner Beeinflussung durch Weimarer Zeittendenzen¹⁹ hatte er gegenüber dem weltanschaulichen Führungsanspruch der Nationalsozialisten eine entschiedene Distanz bewahrt. Dies ermöglichte ihm, ohne Überheblichkeit die Transformation des postdiktatorischen westdeutschen Systems zu begleiten und zu kommentieren.

Staaten vergehen, Gesellschaften aber bleiben mit ihren Prägungen und Mentalitäten zunächst bestehen und wandeln sich sehr langsam. Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft wurde so zunächst nur in ihrer Verfassungsstruktur neu geformt. Die gesellschaftliche „Neuordnung“ brauchte länger, denn sie war abhängig vom allmählichen Austausch der Führungsschichten. Die Neuordnung berührte zugleich das Institutionengefüge, weniger zunächst die Menschen, die sie gestalteten und mit Leben zu erfüllen hatten. Diese blieben noch fast zwanzig Jahre durch vorangegangene Epochen und Vorstellungen geprägt. Deshalb bedurfte es Politiker, die sich nicht nur auf das Neue einließen und sich zutrauten, die Meinungsführerschaft zu demonstrieren. Sie stellten wie Heuss die zweite deutsche Demokratie auf eine feste Grundlage, indem sie sich zu ihr bekannten.

16 Theodor Heuss an Gustav Heinemann, 11.10.1950. In: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 44.

17 Vgl. etwa Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2003.

18 Theodor Heuss an Otto Landsberg, 11.9.1950. In: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 38.

19 Besonders befremdlich ist seine Befürwortung des Kampfes gegen „Schmutz und Schund“ in der Weimarer Zeit trotz seiner Nähe zu modernen Entwicklungen in Kunst und Architektur.

IV.

Als Bundespräsident hatte Theodor Heuss vor allem die Aufgabe, Reden zu halten und durch Würdigungen von Menschen und Ereignissen, aber auch durch eine kritische Reflexion ein öffentliches Zeichen zu setzen.²⁰ Es ging um Ziele des Staates, aber auch um seine Herkunft, um seine Prinzipien und die Gefährdungen der politischen Zivilisation, um neue Rechtskultur und pluralistische Kunstauffassung. Indem Heuss öffentlich redete und manche seiner Reden in Sammelbänden publizierte, prägte er allgemeinere Wahrnehmungen und das Weltverständnis, ermutigte aber auch seine Zeitgenossen, diskursive Methoden einer gedanklichen Auseinandersetzung zu erproben, die Voraussetzung der demokratischen „Diskurskultur“ der fünfziger Jahre wurden. Die Art seines Sprechens unterstützte den Nachvollzug seiner Argumente. So beeinflusste er zwischen 1949 und 1959 und sogar noch bis zu seinem Tod im Jahr 1963 nicht nur durch seine zahlreichen Reden, sondern vor allem auch durch sein argumentativ offensichtliches und politisch-praktisch vorbildliches Verhalten das neue Staats- und Politikverständnis der Deutschen. Seinem Nachfolger, den er im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützte,²¹ machte er es dadurch nicht leicht.

Nach der Überwindung der NS-Diktatur bekannte sich Heuss sehr rasch und entschieden zur neuen Demokratie und zu den Freiheitsrechten, ohne sich den Alliierten anzudienen. Bereits durch seine frühen Reden, die auch einen starken publizistischen Widerhall fanden, versöhnte er viele Zeitgenossen nicht zuletzt mit der deutschen Geschichte, nicht indem er diese relativierte, sondern indem er sie in einigen wichtigen und bis heute immer wieder zitierten Reden ungeschönt in den Blick nahm. Wegen dieser frühen publizistischen Tätigkeit fand er nicht zuletzt hohe Anerkennung als Intellektueller, dem man zutraute, Politik, Geist und Macht zu versöhnen. Wenn man den Intellektuellen dadurch definieren kann, dass er über die Fähigkeit – und nicht nur die Möglichkeit – verfügt, Nachdenklichkeit öffentlich zu inszenieren, dann entspricht Heuss nicht nur im Vergleich mit seinen unmittelbaren Nachfolgern diesem Bild. Er empfand sich selbst als Intellektueller.

Heuss richtete sich nicht nach in der Bevölkerung verbreiteten Meinungen, sondern nutzte seine politische, geistige und später dann auch institutionalisierte Unabhängigkeit unverdrossen, um selbstkritische Reflexionen und kontroverse Diskussionen anzustoßen. Politikverdrossenheit war kein Begriff dieser frühen Zeit der Besatzungsherrschaft; und Jahre später kam es

20 Heuss legte Wert auf eine frei gehaltene „geschlossene“ und „künstlerische Gestaltung“ seiner Rede. Vgl. Theodor Heuss an Fritz Sänger, 26.5.1951. In: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 74.

21 Vgl. Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesmann – Briefe 1959-1963. Hrsg. u. bearb. von Frieder Günther, Berlin 2014, Nr. 12, 17 u. 28.

Heuss als Bundespräsident nicht zuletzt darauf an, das Engagement für das Gemeinwohl zu stärken und der „Ohne-mich-Gesinnung“, die vor allem die aus der NS-Zeit Belasteten pflegten, zu korrigieren, ohne das „Miteinander-Füreinander“ im allzu großen Anklang an die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsideologie zu propagieren. Er appellierte an Verantwortungsethik und relativierte so gesinnungsethische Argumente, auch weil diese den Spielraum für eine politische Pragmatik einschränkten.²² Er hatte ein feines Sensorium für missbräuchlich genutzte politische Begriffe, aber auch für missbrauchte Bilder und Symbole.²³ Vor diesem Hintergrund ist nicht zuletzt die Initiative seiner Frau Elly Heuss-Knapp zu sehen, das „Müttergenesungswerk“ zu gründen.

Wenn ein häufig geäußertes Diktum der fünfziger Jahre lautete, „Bonn sei nicht Weimar“,²⁴ so schlägt sich darin auch die Überzeugung nieder, dass die zweite Demokratiegründung entgegen manchen Skeptikern gelang. Edgar Wolfrum spricht deshalb mit vollem Recht von der „geglückten Demokratie“.²⁵ Es waren, und dies sei gegen die Kritik der 50er Jahre aus der Perspektive der späten sechziger Jahre betont, nicht zuletzt Politiker, die diese Entwicklung begünstigten.²⁶ Auch wenn Heuss zunehmend in neueren historischen Gesamtdarstellungen vernachlässigt, ja übersehen wird,²⁷ ist doch nicht zu bezweifeln, wie wichtig er für die Entstehung eines neuen politischen Stils war, wie sehr er die neue „politische Kultur“²⁸ – also Normen und Einstellungen, auch Kenntnisse, nicht zuletzt das Staats- und Gesellschaftsverständnis – prägte und Deutschlands „langen Weg nach Westen“²⁹ nicht nur begleitete, sondern unterstützte.

- 22 Vgl. Theodor Heuss an Thomas Dehler, 24.2.1955. In: Theodor Heuss: Der Bundespräsident – Briefe 1954-1959. Hrsg. u. bearb. von Ernst Wolfgang Becker u. a. Berlin 2013, Nr. 31.
- 23 So lehnte er mit Blick auf Hitler-Fotos ab, sich mit Kindern oder einem Schäferhund abbilden zu lassen, Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 79.
- 24 Fritz René Altmann: Bonn ist nicht Weimar. Köln 1956.
- 25 Edgar Wolfrum: Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Stuttgart 2005, S. 90 mit einer präzisen Beschreibung der Möglichkeiten des Bundespräsidenten.
- 26 Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2009.
- 27 Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 605, erwähnt lediglich Heuss mit einem Zitat, das Anfang 1946 entstand und die Anfälligkeit der Deutschen für den Nationalsozialismus mit der fehlenden Freiheitsorientierung erklärt. Dabei verweist er auf ein Zitat aus der Sekundärliteratur.
- 28 Definitionen dieses Begriffs sind schwer und verwechseln in der Regel Kultur und Stil. Vgl. allg. Martin Greiffenhagen u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland: Ein Lehr- und Nachschlagewerk, Opladen 1981, vor allem Peter Reichel: Politische Kultur. In: ebd. S. 319 ff. sowie Martin u. Sylvia Greiffenhagen: Politische Kultur. In: ebd. Wiesbaden 2002, S. 387-401.
- 29 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom ‚Dritten Reich‘ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 169 ff.

1884 geboren, verbrachte Theodor Heuss seine frühe Kindheit in der Bismarckzeit, studierte in der Ära Wilhelms II. Nationalökonomie und fand früh den Weg zu einer Spielart des Liberalismus, die in die Zukunft wies. Der von Friedrich Naumann programmatisch und politisch geprägte „Nationalsozialer Verein“ spiegelte Tendenzen, die im Rückblick geradezu als eine Alternative zu manchen politischen Fehlentwicklungen seiner Zeit erscheinen. In der Weimarer Republik wirkte er nicht nur als Reichstagsabgeordneter und Parteipolitiker, sondern hinterließ deutliche Spuren als Dozent an der neugegründeten Deutschen Hochschule für Politik in der politischen Bildung. Als er 1963 verstarb, hatte er höchst unterschiedliche politische Systeme erlebt und überlebt – den deutschen Konstitutionalismus wilhelminischer Prägung, die Phase der Parlamentarisierung des Kaiserreichs seit 1917 und die Revolution, die Wandlungen der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, die Besatzungsherrschaft der Alliierten und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, neben der sich das zweite Deutschland, der SED-Staat, erneut diktatorisch konsolidierte.³⁰ Diese Vielfalt der Umbrüche, der Systeme und der politischen Neuanfänge machen die Briefe, zu einer der bedeutendsten Quellen der Politik im 20. Jahrhundert mit ihren vielfältigen Übergängen, Einbrüchen und Neuanfängen, aber auch der deutschen Kultur- und Mentalitätsgeschichte.

Heuss tritt in seinen Briefen plastisch als Diskutant, ja als Debattierer, als ein zutiefst politischer Mensch vor Augen. Für das politische Denken und publizistische Wirken des Jugendlichen war geradezu eine schwammartige Aufgeschlossenheit für Tendenzen seiner Zeit charakteristisch. Zuweilen wirken frühe Zeugnisse seines Denkens beflissen, zuweilen geradezu altklug, rechtfertigend, suchend. Kaum vorstellbar, dass heutige Generationen von Nachwachsenden in seiner Weise um die Verbindung von Tradition und Veränderung, Bewahrung und Infragestellung bemüht sein könnten. Hier wird sehr früh ein Charakterzug seines Denkstils sichtbar: Er urteilte nicht vorab, sondern prüfte – besonders schön wird das bei seiner Aneignung von Nietzsche deutlich, den er nicht so sehr als Ideologen des Übermenschentums, sondern vor allem als Zeitdiagnostiker und -kritiker wahrnimmt.³¹

Für den herangewachsenen Dreißigjährigen war die Mischung von bürgerlicher Liberalität, von Nationalbewusstsein und Nationalstolz charakteris-

30 Ich verweise allgemein auf die neuen Biographien von Joachim Radkau: Theodor Heuss. Über die Vielfalt menschlicher Würde. München 2013, Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. München 2012 und Ernst W. Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme. Stuttgart 2011.

31 Theodor Heuss an Eberhard Goes, 26.11.1901. In: Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich – Briefe 1892-1917. Hrsg. v. bearb. v. Frieder Günther., München 2009, Nr. 6.

tisch. Ganz löste sich Heuss von diesen Wertvorstellungen nie.³² Er bekannte sich konsequent zur „bürgerlichen Demokratie“ und fühlte sich verpflichtet, das Vermächtnis der Revolution von 1848/49 zu bewahren. Das zeigte sich auch im Zentenarjahr 1948. Durchgängig propagierte Heuss nach dem Untergang des NS-Staates, der ihn fast aus der Bahn geworfen hätte, eine zukunftsorientierte Verfassungsvorstellung, die rechtsstaatlich, parlamentarisch, grundrechtsbasiert und pluralistisch war. Er ahnte in der Phase der Revolution von 1918/19, welche neue Ordnung entstehen könnte, aber er bewahrte auch jetzt Distanz, als er gerufen wurde, neue Aufgaben zu übernehmen. Seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, an dem er wegen einer Verletzung nicht teilnehmen musste, hatte er eine politische Schule durchlaufen, die ihn weder rücksichtslos noch zynisch abgeklärt machte, sondern für die freiheitliche Ordnung des Verfassungsstaates einnahm. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs konnten ihn politische Veränderungen nicht schrecken – es kam darauf an, sich den Veränderungen zu stellen, ihnen eine Richtung zu geben, sie zu gestalten. Aber niemals, selbst 1945 nicht, wurden sie euphorisch begrüßt.

Dem Zeitgeist lieferte sich Heuss nach 1945 nicht mehr aus, vielleicht weil er viel intensiver, als öffentlich wahrgenommen, seine auch durch Unsicherheit geprägte Einschätzung des NS-Regimes durchdachte. Das machen viele Briefe deutlich, die belegen, dass manche der später abgelehnten Zeitstimmungen ihn beeinflusst hatten. Besonders wird seine innere Distanzierung von den Jahren 1933 bis 1945 in seinem Versuch deutlich, eine neue deutsche Nationalhymne der Bundesrepublik in Auftrag zu geben. Zunächst neigte er einem Neusatz eines von ihm sehr geschätzten, heute fast vergessenen Schriftstellers³³ zu und entschied sich dann für die dritte Strophe des Deutschlandliedes: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Dabei ging es nicht allein um einen Dreiklang der Begriffe, die für ihn bestimmend waren, sondern es ging zugleich um Tradierung, Anknüpfung und Kontinuität sowie um Neubeginn nach einer politischen Neubesinnung. Manche seiner Vorstellungen von Staat, Gesellschaft und politischer Mitwirkung konnte er in den späteren Beratungen des Parlamentarischen Rates durchsetzen. Ernst Wolfgang Becker bezeichnet Heuss deshalb zutreffend als einen „Erzieher zur Demokratie“.³⁴

Zeittypisch war hingegen in der wilhelminischen Ära Heuss' Befürwortung einer machtbewussten imperialistischen Außenpolitik, sein von Fried-

32 Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik – Briefe 1918-1933. Hrsg. v. bearb. v. Michael Dormann. München 2008.

33 Theodor Heuss an Rudolf Alexander Schröder, 21.12.1950. In: Briefe 1949-1954 (wie Anm. 4), Nr. 51.

34 Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie: Briefe 1945-1949. Hrsg. u. bearb. v. Ernst W. Becker. München 2007.

rich Naumann und Karl Rohrbach beeinflusstes Eintreten für einen nationalen Machtstaat. In seiner entschiedenen Rückbesinnung auf die Paulskirche deutet sich zugleich exemplarisch eine Erklärung der Wandlungen, aber auch der Substanzerhaltung des deutschen Liberalismus als einer auf Einheit und Freiheit orientierten politischen Bewegung an, die das 19. und das 20. Jahrhundert mit formte.³⁵ Heuss stand in der wilhelminischen Ära für die Anpassung des liberalen Fortschritts und der „Freisinnigen“ in eine national- und sozialliberale Richtung, die sich als Ausdruck „bürgerlicher Demokratie“ verstand und zugleich in der Endphase des Ersten Weltkriegs die Brücke zu Koalitionspartnern links – wie der Sozialdemokratie – und rechts schlagen konnte. Dabei wirkten sich seine journalistischen Erfahrungen aus, die zunächst noch nicht unmittelbar auf die politische Arena des Reichstags verwiesen, sondern durch württembergische Verhältnisse und die persönliche Enttäuschungen geprägt waren, die Heuss bei der Mitwirkung an Wahlkämpfen machte. Er bewältigte die von ihm schmerzhaft empfundenen Zurücksetzungen durch seine württembergischen Parteifreunde, indem er versuchte, zugleich volkstümlich und bildungsbürgerlich zu sein.

VI.

Seine eigentliche innere und lebensgeschichtliche Zäsur ist eng verbunden mit der Geschichte der Weimarer Republik, die ihn zum Professor in einem Fach machte, das später Gemeinschafts- und Sozialkunde genannt wurde. Das zeigen nicht nur seine Erinnerungen an die Zeit vor 1933, die hohe Auflagen erlebten und viel gelesen wurden. Sondern seine Briefe dokumentieren dieses geistige Hineinwachsen in republikanische Verfassungsstrukturen überdeutlich und belegen zugleich die Vielzahl seiner Interessen und die Fülle seiner Erfahrungen, die ihn zum überzeugten Anhänger des Pluralismus machen. Die Mitwirkung an der Geschäftsführung des Deutschen Werkbunds, die verantwortliche Redaktion von politisch profilierten Zeitschriften, die zum Ziele hatten, die öffentliche Wahrnehmung nicht nur zu spiegeln, sondern zu beeinflussen, der Beginn seiner kaum überschaubaren publizistischen Aktivitäten in der Zeit der Weimarer Republik machen seine Doppelexistenz deutlich: zugleich für, aber auch von der Politik zu leben. Insofern verkörperte Heuss einen neuen Typus des Politikers, der seine Berufung zu nutzen wusste, um seinen Lebensunterhalt zu sichern.

Heuss gehörte zu den Politikern, die vor 1933 in Grenzen mitgestalteten, zugleich aus der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen Kenntnisse zogen und über sie – sei es analytisch, sei es appellativ – berichteten. Diese Vermi-

35 Briefe 1892-1917 (wie Anm. 31).

schung von Funktionen gestattete ihm, eine Art politische und journalistisch-publizistische Doppel-Existenz zu führen. Heuss engagierte sich in der staatsbürgerlichen Bildung und gehörte durchgängig dem Lehrkörper der Deutschen Hochschule für Politik an, der Keimzelle der 1948 von Otto Suhr neugegründeten Berliner Hochschule, die demokratische Eliten bilden wollte. Staatsbürger zu sein, das bedeutete, das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, aber auch die Beziehungen der Bürger untereinander nicht nur zu prägen, sondern zur Grundlage politischer Wertvorstellungen zu machen. Misstrauen gegenüber dem Staat gehörten dazu wie das Vertrauen zu den Mitbürgern, die gemeinsam gesamtstaatliche Ziele kontrovers und unter Berücksichtigung unterschiedlicher, auf einen Ausgleich angewiesener Interessen auszuhandeln hatten.

Im Kaiserreich waren die Formen dieses Interessenausgleichs obrigkeitstaatlich, nicht selten durch Kammer- und Verbandssysteme sogar bürokratisch reglementiert. In einem demokratischen Gemeinwesen mussten unterschiedliche, nicht selten gegensätzliche Meinungen und Interessen aufeinanderstoßen. Dies zog kommunikative Klärungsprozesse nach sich, deren Ergebnisse sich nicht zuletzt in einer Gesellschaft zu bewähren hatten, die ein demokratisches Wahlrecht bejahte und bestrebt war, keine Minderheitenmeinung zu unterdrücken. So gesehen, war die Tätigkeit des politisch engagierten Publizisten eine Herausforderung, die rhetorische Kompetenzen wie auch die Fähigkeit zum Kompromiss verlangte.

Heuss durchlebte alle Phasen der Weimarer Republik, nicht in verantwortlicher Position, sondern als Analytiker und Betrachter, der sich durch seine Freundschaft mit dem Volkswirtschaftler Gustav Stolper auch solide ökonomische Kenntnisse aneignete. Er gehörte nicht zu denen, die die Republik in Frage stellten, aber auch nicht zu denen, die sie mit Herzblut verteidigten. Die Teilnahme an einer prorepublikanischen Reichsbanner-Veranstaltung, so beschied er seinem Sohn Ludwig, sei einfach „unter Niveau“.³⁶ Somit spiegelt sich in seinen Briefen auch das Dilemma derjenigen wider, die die Weimarer Republik als politisches Angebot mit gewissen Defiziten empfanden – belastet durch die revolutionäre Ausgangslage, zurückgeschlagen durch den Versailler Vertrag und die Interventionen der Franzosen, irritiert durch soziale Veränderungen und kulturelle Entwicklungen. Die Regierungsübernahme Hitlers erlebte er so nicht nur als Scheitern seiner eigenen Vorstellungen, die in der Auflösungsphase der Weimarer Republik mit den Präsidialregierungen die Voraussetzungen für die „Selbstpreisgabe“ und Zerstörung der Weimarer Verfassungsordnung gelegt hatten, sondern auch als Zivilisationsbruch.

36 Theodor Heuss an Friedrich Mück, 16.12.1932. In: Briefe 1918-1933 (wie Anm. 32), Nr. 225.

Nach 1933 hatte Heuss sich in den Sogströmungen seiner Zeit zu behaupten und zugleich schriftstellerisch zu überleben.³⁷ Ohne die Begabung seiner Frau, die als Werbefachfrau außerordentlich erfolgreich war, und die Unterstützung von mäzenatischen Industriellen wäre dies kaum möglich gewesen. Insgesamt betrachtet, gelang es Heuss, sich im Kern nicht der nationalsozialistischen Praxis anzupassen – darin unterschied er sich von anderen Liberalen, die nach 1945 seinen Weg begleiteten und – wie Achenbach, Bucher und Erich Mende – die Auseinandersetzung mit den Nachwirkungen des NS-Staates belasteten und erschwerten. Allerdings holte ihn dennoch seine Lebensgeschichte als Parlamentarier und auch als Publizist immer wieder ein, denn er hatte die Folgen und publizistischen Nachwirkungen mancher seiner Fehlentscheidungen und Fehlhaltungen zu tragen. Er wahrte Distanz, ohne sich – trotz der Bekanntschaft mit profilierten Regimegegnern wie seinem Kohlenhändler Julius Leber – für die aktive Gegnerschaft zu entscheiden. Spürbar bleibt jedoch, dass er nach 1933 bewusst den Kontakt zu jenen suchte und bewahrte, die nicht auf Seiten der Nationalsozialisten standen – und zugleich musste er in diesem System schreibend, und nur das war ihm möglich, sein Auskommen finden. Trotz aller Abhängigkeiten überwand er im Laufe der Zeit manche Vorstellungen, die er ursprünglich und partiell sogar mit den Nationalsozialisten geteilt haben mochte.

VII.

Nach 1945 kam dann die eigentliche Zeit für den politischen Gestalter Theodor Heuss, der bewusst die liberaldemokratische politische Tradition deutscher Geschichte verkörperte, wie sie nicht zuletzt durch den südwestdeutschen Liberalismus geprägt worden war. Deshalb konnte er den Stil der Deutschen im Umgang mit Politik, Demokratie, Verfassung, aber auch der Geschichte im ersten Jahrzehnt der westdeutschen Nachkriegsgeschichte mitformen. Theodor Heuss gilt deshalb als wichtiger Zeuge des Jahrhunderts und zugleich als Repräsentant einer bürgerlich-liberalen Demokratie und eines Bildungsbürgertums, das sich kritisch mit der deutschen Geschichte auseinandersetzte und deshalb entscheidend den Weg absichern konnte, der die Bundesrepublik in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückführte. Dabei bewährte sich seine politische Unaufgeregtheit, weil sie den Willen und die Befähigung zur Zivilität spiegelte.

Eine über viele Jahre unter der Federführung des Historikers Ernst Wolfgang Becker von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus er-

37 Theodor Heuss: In der Defensive – Briefe 1933-1945. Hrsg. u. bearb. v. Elke Seefried. München 2009.

schlossene, von mehreren Bearbeitern und Verfassern glänzender biographischer Essays sorgfältig eingeleitete und kommentierte und nicht zuletzt mit einem sehr hilfreichen biographischen Register versehene mehrbändige Edition der Briefe des Bundespräsidenten macht die innere Entwicklung eines deutschen Liberalen deutlich, der sich auf vielfältige politische Veränderungen einließ und dennoch Kurs hielt. Die für Heuss charakteristische Vermischung von publizistischer und politischer Arbeit, aber auch die ganz persönlich-freundschaftliche Beziehungsarbeit wird ebenso deutlich wie der Einfluss der Menschen, die ihn prägten. Heuss existierte gleichsam schreibend, Briefe wurden täglich geschrieben und zugleich unterschieden: Geschäftlich-sachliche Schreiben stehen so neben Briefen, die seine Auseinandersetzung mit seinem Werk und seiner Zeit, eine intensive Auseinandersetzung mit bedrängenden und beflügelnden Ereignissen sichtbar machen. Erkennbar wird auch seine Eigenständigkeit und Unangepasstheit, aber auch seine Verlässlichkeit und seine Befähigung zur Freundschaft, die durch den Eindruck schwäbischer Besonnenheit und Gemütlichkeit noch zusätzlich an Intensität zu gewinnen scheint. In der ergänzenden Sammlung seines „Briefwechsels mit der Bevölkerung“³⁸ wird das, zuweilen humorvoll, zuweilen aber belehrend und scharf argumentierend, deutlich.

Kennzeichnend für Heuss war sein zutiefst diskursfreudiger Argumentationsstil. Literarisch am Feuilleton geschult, bemühte er sich nicht nur um Verständnis anderer, sondern demonstrierte früh eine beeindruckende historisch-politische, künstlerische und literarische Allgemeinbildung, die Ausdruck und Grundlage seiner vielfältigen Interessen war. Immer wollte er verständlich schreiben, lesbar sein, Leser und Zuhörer mitnehmen, verändern, beeinflussen, überzeugen. Seine Offenheit für Fremdes drückte sich in seiner ausgeprägten Reisefreude aus, die Kontakte zu anderen Menschen einschloss, mit denen sich Heuss nicht selten anschließend brieflich austauschte.

VIII.

Die in den Briefen zum Ausdruck kommende Offenheit machte Heuss zu einem Gelehrten im Präsidentenamt, der demokratische Tugenden verkörperte, weil er den Austausch der Meinungen suchte. So wurde er zu einem intellektuellen Wegbegleiter der jungen Bundesrepublik und zugleich zu ihrem Traditionsstifter. Sein Kennzeichen blieb das geringe Interesse an Umbrüchen, sein wacher Sinne für Entwicklungen – dies hatte seine spätere

38 Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949-1959. Hrsg. u. bearb. v. Wolfram Werner. Berlin 2010.

Frau Elly, die Tochter des bedeutenden Nationalökonomen Knapp, in einem der frühen Briefe an ihn formuliert.³⁹

Wie sehr diese Beobachtung zutraf, zeigte sich nicht nur vor 1914, als Heuss neben Naumann zu den bürgerlichen Politikern gehörte, die auf evolutionären Wandel des politischen Systems hinwirkten und deshalb die Veränderung des kaiserzeitlichen Herrschaftssystems auf parlamentarischer Grundlage betrieben und nach 1918 auch konsequent die Demokratisierung akzeptierten. Die Revolution selbst hielt Heuss allerdings weder für wünschenswert noch für notwendig. Rückwärtsgewandt aber konnte er noch weniger argumentieren. Freiheit und Einheit – dies blieb in seinem Denken ein entscheidendes Spannungsverhältnis, das zugleich seinen Blick auf die nationale Politik bestimmte. Vielleicht erklärt sich aus dieser Haltung sogar seine zurückhaltende Verhaltens- und Denkweise angesichts der Zerstörung der Weimarer Republik in der Zangenbewegung von rechts und links, worin die Entwicklung von Erfahrungen, die Korrektur von Einstellungen sichtbar wird.

So schlagen sich in den Briefen Denk- und Welthorizonte nieder, zugleich aber auch die ständige Veränderung von Weltsicht und Weltverständnis. Das Leben eines deutschen Liberalen, eines nachwirkenden Politikers, eines nach wie vor inspirierenden Publizisten scheinen im Spiegel seiner Briefsammlung auf, die sich zu einem Bild deutscher Geschichte zwischen Kaiserreich und Adenauerära fügt.

Vielleicht ist die Frage nach der Auseinandersetzung von Theodor Heuss mit der sozialen und politischen Realität, seine Verarbeitung jeweils gegenwärtiger Herausforderungen geeignet, ihn als einen „Mann in seiner Zeit“ sichtbar werden zu lassen, wie er diesen Typus des Liberalen in der Biographie von Friedrich Naumann zeichnen wollte.⁴⁰ Wen die Frage berührt, wie Liberale sich in ihrer Gegenwart behaupten, wie sie Grenzen aufbrechen, Traditionen begründen und diese nicht selten auch radikal in Frage stellen, der greife zu den Briefbänden, die nicht nur editorisch einen Markstein darstellen.

39 Elly Knapp an Theodor Heuss, 5./6.10.1906, zitiert in: Briefe 1892-1917 (wie Anm. 31), S. 30.

40 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Zuerst 1937. 3. Auflage München/ Hamburg 1968.

Der Nachlass Dahrendorf im Bundesarchiv. Vermächtnis eines öffentlichen Intellektuellen*

Das Bundesarchiv sammelt und bewahrt in seiner Hauptaufgabe die staatliche Überlieferung des Bundes, das heißt der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Vorgängerstaaten. Daneben gehört auch die Archivierung von Nachlässen bedeutender Persönlichkeiten zum Sammlungsprofil. Im Jahr 2010 übergab Lady Dahrendorf den Nachlass ihres verstorbenen Mannes an das Bundesarchiv. Mit ursprünglich über 100 laufenden Metern (lfm), also 100 Metern Akten am Stück, gehört der Nachlass Ralf Dahrendorf zu den größten im Bundesarchiv. Nach der archivarischen Erschließung der Unterlagen im Zeitraum von April 2012 bis Januar 2014 ist er nun für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.¹

Anders als bei der staatlichen Überlieferung gab es für diese privaten Unterlagen weder ein Abgabeverzeichnis noch eine vorläufige Übersicht. Als Ralf Dahrendorfs nachgelassene Papiere ins Haus kamen, setzten sie sich zur Hälfte aus etwa 600 Aktenordnern und zur anderen Hälfte aus 63 Umzugskartons zusammen. Die Aktenordner stellten bei der Verzeichnung noch die leichtere Übung dar: Sie waren in der Regel beschriftet und die Papiere abgeheftet, so dass ihre innere Ordnung in den meisten Fällen übernommen werden konnte. Die Erschließung der Umzugskartons war jedoch eine besondere Herausforderung, denn diese hatten zum großen Teil über Jahrzehnte in einer Scheune in Ralf Dahrendorfs Haus in Bonndorf im Schwarzwald gelagert und niemand wusste genau, was sich in ihnen befand. Manchmal glich die Arbeit einer Schatzsuche, da mit jedem neuen Karton die unterschiedlichsten Dinge zu Tage traten. Ein Zitat aus dem Bearbeitungsvermerk vom Februar 2013 mag dies illustrieren:

„Es ist charakteristisch für den Nachlass, dass sich beispielsweise inmitten von Arbeitspapieren, Manuskripten und Presseauschnitten aus den Jahren 1960-2000 ein einzelner Brief aus dem Jahre 1958 findet, in einem Karton in ungeordneten

* Der Text beruht auf einem Vortrag im Bundesarchiv Koblenz aus Anlass der feierlichen Findbuchübergabe des Nachlasses Ralf Dahrendorf an Lady Dahrendorf am 19. Januar 2015. Die Verfasserin hat den Nachlass Dahrendorf im Auftrag des Bundesarchivs erschlossen und das Findbuch erstellt, sie bereitet eine Dissertation über Ralf Dahrendorf vor.

1 Die Nutzung des Nachlasses unterliegt der schriftlichen Genehmigung durch Lady Dahrendorf.

Stapeln sowohl Dokumente aus dem Beirat für Bildungsplanung Baden-Württemberg, der EG-Kommission, der London School of Economics, Zeitungsausschnitte zu diversen Themen, Materialsammlungen, Korrespondenz, Manuskripte, Fragmente, handschriftliche Notizen und dergleichen mehr finden [...]. Es wird vermutet, dass sich die fehlende Struktur der Unterlagen durch mehrere Umzüge und damit verbundenes Umpacken der Kartons ergeben hat sowie möglicherweise auch durch die Arbeitsweise Dahrendorfs, der offensichtlich häufig mit einfachen Mappen, Klarsichtfolien oder Hängeregistern ohne Heftfunktion arbeitete, aus denen die losen Papiere irgendwann herausgefallen sind.²

Aus 100 Metern Papier wurden schließlich nach Monaten des Sortierens, des Bändebildens und der archivarischen Bewertung über 1000 Archivalieneinheiten, die nun im Findbuch und in der Datenbank des Bundesarchivs verzeichnet sind.³

Jedes Findbuch braucht eine Klassifikation, die die Struktur der Unterlagen abbildet. Diese Klassifikation wurde anhand der biographischen, vor allem der beruflichen Stationen Dahrendorfs entworfen. Und von diesen gab es bei Ralf Dahrendorf ungewöhnlich viele: Soziologieprofessor, Hochschulgründer, Politiker der FDP, Direktor der London School of Economics and Political Science (LSE), College-Rektor in Oxford, als Lord Mitglied des britischen Oberhauses, vielgefragter Redner und Publizist – Ralf Dahrendorf vereinte alle diese Rollen in seiner Person. Die Klassifikation des Findbuchs versucht dieser Vielfalt gerecht zu werden und ist daher nicht rein chronologisch, sondern nach inhaltlichen Aspekten strukturiert. Die Überlieferung umfasst Ralf Dahrendorfs gesamtes Leben seit seiner Jugendzeit, doch der Schwerpunkt liegt auf seinen beruflichen Stationen in Wissenschaft, Politik und Publizistik:

Klassifikation des Nachlasses Dahrendorf, Bundesarchiv, Bestand N 1749

1. Persönliches und Biographisches
2. Schriftwechsel
3. Wissenschaftliche Tätigkeit
4. Politische Tätigkeit
5. Publizistische Tätigkeit
6. Dahrendorfs Mitwirkung bei Gremien, Kommissionen und Organisationen
7. Beratende Tätigkeit für Unternehmen
8. Presseecho und Rezensionen
9. Arbeitsmaterialien

2 Franziska Meifort: Bearbeitungsvermerk über den Nachlass Dahrendorf. Bundesarchiv Koblenz, 22. Februar 2013.

3 Findbuch zum Nachlass Ralf Dahrendorf (1929 – 2009). Bundesarchiv, Bestand N 1749. Bearbeitet von Franziska Meifort. Januar 2014.

10. Notizen und Fragmente

11. Sonstiges

Persönliche und private Unterlagen sind im Nachlass nur in geringem Umfang vorhanden. Hierbei handelt es sich unter anderem um Unterlagen aus Schul- und Studienzeit sowie persönliche Aufzeichnungen und Lebensläufe. Dagegen machen Schriftwechsel einen großen Teil der Überlieferung aus: allgemeine und private Schriftwechsel, Korrespondenz mit Verlagen, Fernseh- und Rundfunkanstalten sowie Leserzuschriften. Unter dem Klassifikationspunkt „Wissenschaftliche Tätigkeit“ finden sich Dokumente zu Dahrendorfs Tätigkeit an den Universitäten Frankfurt, Saarbrücken, Hamburg, Tübingen, Konstanz, der London School of Economics, dem St. Anthony's College in Oxford sowie zu Gastprofessuren und Forschungsaufenthalten. Es wird deutlich: Nicht nur beruflich, auch geographisch hatte Dahrendorfs Leben ungewöhnlich viele Stationen. Besonders umfangreich sind die Unterlagen zu Dahrendorfs Tätigkeit an der Universität Konstanz in den sechziger und achtziger Jahren, an der LSE von 1974 bis 1984 und zu seinem Engagement in der Bildungs- und Hochschulreform in den sechziger Jahren. Unter den Punkt „Politische Tätigkeit“ fällt Dahrendorfs Phase als Politiker der FDP auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene in den Jahren 1967 bis 1974, aber auch seine Zeit als Lord Dahrendorf im britischen Oberhaus ab 1993.

Bezeichnend für Dahrendorfs Leben war seine ausgeprägte publizistische Tätigkeit. Sie schlägt sich in einer beeindruckenden Vielzahl von Manuskripten zu Büchern, Reden und Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und Interviews nieder. Sowohl Dahrendorfs Engagement für verschiedene nationale und internationale Gremien, Organisationen und Stiftungen als auch die Beratung von Unternehmen hat Spuren in Form von Korrespondenz- und Sachakten hinterlassen. Es ist bemerkenswert, dass Ralf Dahrendorf von früh an, seit 1946, Zeitungsausschnitte zu seiner Person sammelte. Diese sind unter dem Klassifikationspunkt „Presseecho und Rezensionen“ verzeichnet. Außerdem umfasst das Bestandsverzeichnis Arbeitsmaterialien zu verschiedenen Themen, mit denen Dahrendorf sich beschäftigte, sowie Notizen und Fragmente, deren eindeutige klassifikatorische Zuordnung nicht möglich war.

I. Der Intellektuelle als „Hofnarr“

Eine Rolle bleibt in der Klassifikation unerwähnt, obwohl Dahrendorf sie nahezu sein gesamtes erwachsenes Leben lang ausfüllte: die des öffentlichen Intellektuellen. Von seinen ersten Äußerungen als 17-Jähriger in Radio-

Diskussionen des Nordwestdeutschen Rundfunks bis zu seinem Tod im Jahr 2009 hat Ralf Dahrendorf die Bundesrepublik als wacher Beobachter und kritischer Kommentator begleitet.

Der Begriff des Intellektuellen ist vielfach beschrieben und definiert worden. Den folgenden Überlegungen liegt eine praxisbezogene Auffassung zugrunde. In Anlehnung an Joseph Schumpeter und M. Rainer Lepsius ist ein Intellektueller nicht jemand mit bestimmten Eigenschaften, sondern jemand, der etwas Bestimmtes tut: Intellektuelle üben Kritik.⁴ Und damit ihre Kritik gehört wird, tun sie das in der Öffentlichkeit. Bei Intellektuellen handelt es sich in der Regel um gebildete Personen, die das, was sie kommentieren und kritisieren, mit dem Abstand der Nicht-Involvierten betrachten. Sie haben sich Ansehen und Prestige außerhalb des Feldes, auf dem sie sich als Intellektuelle einsetzen, erworben und äußern sich also als „inkompetente Kritiker“ (Lepsius), sprich: als Nicht-Experten.⁵ Da sie weder Entscheidungs- noch Mandatsträger sind, sind sie frei von Interessen, die ihre Analyse oder ihr Urteil beeinflussen würden.

Der französische Philosoph und Soziologe Raymond Aron hat sich als „engagierten Beobachter“ bezeichnet, und auch Ralf Dahrendorf hat für sich selbst auf diese Bezeichnung zurückgegriffen.⁶ Am Nachlass Dahrendorf zeigt sich jedoch, dass Ralf Dahrendorf viel mehr war als einer, der engagiert beobachtete oder aus der Distanz Kritik an aktuellen Geschehnissen übte. Mit seinen Meinungsäußerungen, Analysen und Kommentaren hat Dahrendorf in außergewöhnlicher Weise immer wieder eine breite Öffentlichkeit gesucht und beeinflusst. Ob mit seinen über 30 Monographien, die sich zu meist an ein überfachliches Publikum wandten, mit den unzähligen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, mit seinen Interviews, mit politischen Kommentaren oder mit Gesellschaftsanalysen in Rundfunk und Fernsehen: Dahrendorfs publizistisches Engagement ging weit über das hinaus, was nötig ist, um als „Intellektueller“ gelten zu können. Denn er äußerte sich nicht nur in einem bestimmten Lebensabschnitt oder zu einer bestimmten Sachfrage, sondern er meldete sich zeitlebens in hoher Frequenz zu verschiedenen Gesellschaftsthemen zu Wort. Wie wichtig ihm die öffentliche Resonanz auf seine Einmischungen war, zeigt sich an den erwähnten Presseauschnittsammlungen zu seiner Person im Nachlass. Ralf Dahrendorf war ein wahrer

4 Vgl. M. Rainer Lepsius: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990, S. 270–285, hier S. 277 und Joseph Alois Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 2005, S. 236 f.

5 Vgl. auch Ingrid Gilcher-Holtey: Prolog. In: Dies. (Hrsg.): Zwischen den Fronten. Positionskämpfe europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert. Berlin 2006, S. 9–21, hier S. 9.

6 Vgl. Raymond Aron: Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen. München 1985; Ralf Dahrendorf: Engagierte Beobachter. Die Intellektuellen und die Versuche der Zeit. Wien 2005. sowie Ders.: Versuche der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung. München 2006.

öffentlicher Intellektueller. Als solcher trat er mit einem pädagogischen Impetus bewusst in die öffentliche Sphäre ein, um seine „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft“⁷ einzubringen. In anderen Worten: Er wollte sich einmischen, er wollte Einfluss ausüben und er wollte die Gesellschaft zum Besseren verändern. Dabei ging es ihm immer um elementare Anliegen: die Umsetzung und den Schutz der liberalen Demokratie, die tatsächliche Anerkennung und Ausübung von Bürgerrechten und, damit verbunden, die Ausweitung der Lebenschancen aller Bürger. Bürgerliche Gleichheit bedeutete für ihn nicht Gleichmacherei, sondern die gleichen Teilnahmechancen, deren Schlüssel er im gleichen Zugang zur Bildung für alle sah.

Dahrendorf, der als junger Soziologe 1958 mit dem „Homo Sociologicus“ eine bis heute als Standardwerk geltende Abhandlung der Rollentheorie geschrieben hatte, setzte sich auch selbst mit seiner Rolle als Intellektueller auseinander. Um diese Rolle zu beschreiben, wählte er das Bild des Hofnarren. Dieser, so argumentierte Dahrendorf, umkreiste einst die Herrschenden als kritisches Gewissen und konnte durch seine Position außerhalb von sozialen Hierarchien unangenehme Wahrheiten sorglos aussprechen.⁸ Die Aufgabe der Hofnarren im Mittelalter käme nun im 20. Jahrhundert den Intellektuellen zu:

„[...] die Intellektuellen haben als Hofnarren der modernen Gesellschaft geradezu die Pflicht, alles Unbezweifelte anzuzweifeln, über alles Selbstverständliche zu erstaunen, alle Autorität kritisch zu relativieren, all jene Fragen zu stellen, die sonst niemand zu stellen wagt. Gewiß, solche Fragen sind nicht bequem: Wollen wir eigentlich die deutsche Wiedervereinigung? Ist Landesverrat unter Umständen ein patriotisches Verdienst? Gehört Religionsunterricht in die Schule? Sollte Abtreibung gesetzlich erlaubt werden? Jede dieser Fragen schockiert. Aber während es mir fern liegt, die in den etwas suggestiv formulierten Fragen angezeigten Antworten gutzuheißen, bin ich doch überzeugt, daß sie gestellt werden müssen: Jede Position, deren Gegenteil nicht zumindest erörtert worden ist, ist eine schwache Position. Und dies, akzeptierte Positionen – politisch, moralisch, pädagogisch, religiös, in welchem Bereich auch immer – dadurch zu Fall zu bringen oder zu stärken, daß man sie in Frage stellt und daher begründen muss, ist die soziale Aufgabe der Hofnarren der modernen Gesellschaft, der Intellektuellen.“⁹

So legte Ralf Dahrendorf es am 24. Februar 1963 in einem Radiokommentar in Adolf Frisés Sendung „Vom Geist der Zeit“ dar – in der er freilich selbst in der Rolle des Intellektuellen auftrat.

7 Lutz Raphael/Heinz E. Tenorth (Hrsg.): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte. München 2006.

8 Ralf Dahrendorf: Der Narr und die Gesellschaft. In: Adolf Frisé (Hrsg.): Vom Geist der Zeit. Gütersloh 1966, S. 173–177, hier S. 174.

9 Ebd., S. 175 f.

Rudolf Walter Leonhardt, Feuilleton-Chef der Wochenzeitung „Die Zeit“, war offensichtlich so begeistert von dem, was er hörte, dass er Dahrendorf ein Telegramm schickte: „Ihr trefflicher Vortrag für Frisé über den Intellektuellen sollte doch weiteste Verbreitung finden. Können wir ihn drucken? Herzlich Leonhardt Zeitredaktion“¹⁰. So begann 1963 Ralf Dahrendorfs Mitarbeit für „Die Zeit“. Die Wochenzeitung bildete in jenen Jahren – auch durch Autoren wie Ralf Dahrendorf – ihr spezifisches linksliberales Profil aus. Dahrendorfs enge Beziehung zur „Zeit“ war insbesondere durch die persönliche Freundschaft zu Marion Gräfin Dönhoff und Theo Sommer geprägt und sollte sein ganzes Leben Bestand haben. Viele wichtige Dahrendorf-Artikel erschienen in der „Zeit“: die Serie „Bildung ist Bürgerrecht“, in der der Bildungsforscher sich 1965 für den gleichen Zugang zur Bildung für alle einsetzte, die „Wieland Europa“-Artikel, mit denen der EG-Kommissar 1971 seiner Frustration über die Bürokratie der europäischen Institutionen Luft machte, die „Briefe von Unterwegs“, die in den achtziger Jahren aus den USA berichteten, und immer wieder kritische, anregende und nachdenklich stimmende Einmischungen zu Politik und Gesellschaft.

In den sechziger Jahren, die wahrscheinlich zu den aktivsten und aufregendsten Jahren Ralf Dahrendorfs gehören, tat dieser weit, mehr als nur engagiert zu beobachten und aus der Ferne Kritik zu üben. Er beriet die baden-württembergische Landesregierung unter Kurt Georg Kiesinger in bildungspolitischen Fragen und verfasste einen „Hochschulgesamtplan“ für das Bundesland. Als stellvertretender Vorsitzender des Gründungsausschusses der Universität Konstanz wirkte er entscheidend an der Ausgestaltung der neuen Reform-Universität am Bodensee mit und engagierte sich im Deutschen Bildungsrat.¹¹ Dass Dahrendorf in seinem Hauptberuf eigentlich Professor für Soziologie in Tübingen war, konnte man da fast vergessen – hätte er nicht 1965 sein in Deutschland wohl einflussreichstes Werk geschrieben: „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“.

10 Telegramm Rudolf Walter Leonhardt an Ralf Dahrendorf, 19. März 1963, Bundesarchiv Koblenz (BArch) N 1749/137. Der Radiokommentar wurde abgedruckt unter dem Titel „Der Intellektuelle und die Gesellschaft. Über die soziale Funktion des Narren im zwanzigsten Jahrhundert“ in: Die Zeit, Nr. 13, 29. März 1963.

11 Vgl. zu Dahrendorfs Verbindung von Gesellschafts- und Bildungsreform: Franziska Meifort: Liberalisierung der Gesellschaft durch Bildungsreform. Ralf Dahrendorf zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit in den 1960er Jahren. In: Sebastian Brandt u.a. (Hrsg.): Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970). Stuttgart 2014, S. 141–159.

II. „Konflikt ist Freiheit“

Dahrendorf hatte das 500-Seiten-Buch aus seinen Vorlesungen entwickelt und dann innerhalb von nur wenigen Monaten niedergeschrieben. Schnell wurde es zu einem wissenschaftlichen Bestseller, der eine ganze intellektuelle Generation prägen sollte. Jürgen Habermas bezeichnete Dahrendorfs „Deutschland-Buch“ später als „wahrscheinlich der wichtigste mentalitätsbildende Traktat auf dem langen Weg der Bundesrepublik zu sich selbst“.¹² Und auch in der Geschichtswissenschaft ist man sich einig, dass Ralf Dahrendorf mit diesem Werk die „Grundmelodie eines neuen Demokratiediskurses“¹³ anstimmte, der die sechziger Jahre dominieren sollte.¹⁴ In seiner soziologischen Theorie der Demokratie postulierte Dahrendorf vor allem zwei Dinge, die bemerkenswerten Widerhall in der noch jungen Bundesrepublik fanden: die Produktivität von Konflikten und die in seinen Augen nötige Demokratisierung und Liberalisierung der deutschen Gesellschaft. Darüber hinaus stellte er die Frage danach, welche sozialen Voraussetzungen erfüllt sein müssten, damit sich das Prinzip der liberalen Demokratie durchsetzen kann.¹⁵

Im Nachlass Dahrendorf findet sich der handschriftliche Entwurf des Inhaltsverzeichnisses von „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“.¹⁶ Hier ist der angedachte Titel noch nicht ganz so griffig: „Über die Demokratie in Deutschland: Strukturen und Wandlungen der deutschen Gesellschaft“. Die Gliederung entspricht jedoch im Wesentlichen bereits dem Endprodukt. Die Kapitelüberschriften nach dem Vorwort lauten:

- Teil I: Das kaiserliche Deutschland und die industrielle Revolution
- Teil II: Die Gleichheit der Bürger
- Teil III: Soziale Konflikte
- Teil IV: Die Machtelite
- Teil V: Deutsche Werte
- Teil VI: Wandlungen der deutschen Gesellschaft

12 Jürgen Habermas: Jahrgang 1929. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Mai 2009.

13 Edgar Wolfrum: Die geglättete Demokratie, Stuttgart 2006, S. 13.

14 Vgl. Moritz Scheibe: Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002, S. 245-277; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949-1990. Bonn 2009; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung. München 2000; Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München 2000; Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014.

15 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 39.

16 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Konzeption, Bibliographie, Korrespondenz, BArch N 1749/656.

Die Skizze des Inhaltsverzeichnisses im Nachlass lässt erkennen, nach welchen Grundgedanken Dahrendorf sein Werk strukturierte. Dahrendorf, der in den fünfziger Jahren Soziologie an der London School of Economics studiert hatte, notierte am Rand auf Englisch: „Citizenship“, „Conflict“, „Power“, „Values“. Denn nach Dahrendorf waren für die Umsetzung von Demokratie und Liberalismus bürgerliche Gleichheitsrechte, die Zulassung und Regelung von Konflikten, eine Elite, die die Vielfalt der sozialen Interessen in der Gesellschaft widerspiegelte und öffentliche Tugenden als vorherrschende Werteorientierung notwendig. „Konflikt ist Freiheit“ und „Liberaler Demokratie ist Regierung durch Konflikt“¹⁷ verkündete Dahrendorf in seinem Buch und plädierte dafür, die verkrusteten gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Bundesrepublik aufzubrechen. Damit verlieh er der Kritik an dem vor allem von jungen Menschen Mitte der sechziger Jahre empfundenen Stillstand Stimme und Argument – und Ideen, wie es besser sein könnte.

III. Begabung und Ambition

Wie wurde Ralf Dahrendorf zum öffentlichen Intellektuellen? Zunächst einmal kam er aus einem politisch wachen Elternhaus. Sein Vater, Gustav Dahrendorf, war bis zu Hitlers „Machtergreifung“ Reichstagsabgeordneter der SPD. Im Hause Dahrendorf wurde viel über Politik diskutiert. Der Vater, so schrieb Ralf Dahrendorf 2002 in seinen Lebenserinnerungen, sei für ihn „Vorbild und Mentor zugleich“¹⁸ gewesen. Ausdruck dieser Vater-Sohn-Beziehung ist ein Exemplar der „D-Z am Sonntag“ von 1943, der Familienzeitung der Dahrendorfs, die der junge Ralf spielerisch mit seinem Vater entwarf. Es wird von den Reisevorbereitungen der Familie für die anstehenden Osterferien berichtet:

„Viel zu tun hat unsere Mutti in diesen Tagen vor der Abreise: Hosen nähen, Löcher ‚schließen‘, Strümpfe stopfen u.a. Es herrscht wie vor jeder Reise Hochbetrieb. Butz fädelt (reichlich widerwillig) gleichartige Knöpfe auf Fäden, und Elfriede kocht, wäscht, bügelt und verrichtet andere häusliche Arbeiten. Nur Ralf sitzt (zu Butz's größtem Ärgernis) untätig daneben und schreibt.“¹⁹

Neben diesem Text steuerte „R.D.“, der „Hauptschriftleiter“, Kurznachrichten, Gedichte und Kleinanzeigen bei. Zum Beispiel: „VERKAUFE Lösch-

17 Beide Zitate: Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie (wie Anm. 15), S. 174.

18 Ralf Dahrendorf: Über Grenzen. Lebenserinnerungen. München 2002, S. 17.

19 „D-Z am Sonntag“, Zeitung der Familie Dahrendorf, BAArch N 1749/866, S. 1. Butz ist Ralf Dahrendorfs jüngerer Bruder Frank, Elfriede ist vermutlich das Dienstmädchen der Dahrendorfs.

blätter zum Preise von –.01 bzw. –.02 RM!“²⁰. Hier zeigen sich bereits ein Talent zum Schreiben und ein Interesse am Journalismus, welches zu Hause auch gefördert wurde.

Doch die Idylle, die aus dieser Familienzeitung spricht, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies eine schwierige, ja eine gefährliche Zeit für die Familie Dahrendorf war. Der Sozialdemokrat Gustav Dahrendorf engagierte sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und wurde als Mitwisser des Hitler-Attentates vom 20. Juli 1944 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Sohn Ralf kam wegen der Mitgliedschaft in einer illegalen Schülervereinigung in ein Arbeitslager der Gestapo in Schwetig/Oder. Wie schrecklich die vier Wochen in dem KZ-ähnlichen Lager im Winter 1944/45 für den 15-Jährigen waren, kann man nur versuchen, sich vorzustellen. Ganz sicher blieben sie prägend für sein Leben. In späteren Jahren hat Ralf Dahrendorf diese Unrechts- und Gewalterfahrung immer wieder als Initialerfahrung für sein elementares Freiheitsbedürfnis genannt. Auch der Drang, das fragile Gut der Freiheit, die liberale Demokratie und die rechtsstaatlichen Institutionen zu verteidigen und zu schützen, wann immer sie angetastet zu werden drohten, mag hier seinen Ursprung haben.

Das Kriegsende und den Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 erlebte Ralf Dahrendorf in Berlin. In dieser Zeit entstand ein weiteres Dokument aus dem Nachlass.²¹ Was ein Jugendlicher heute vielleicht als „To Do-Liste“ bezeichnen würde, heißt hier bei dem 16-jährigen Ralf auf Latein „Facienda“. „Ich muss noch...“, merkt er an und notiert: „Mehr ins Tagebuch schreiben!! Aus meinem Tagebuch muss ich immer meine innere momentane Lage genau ansehen können!“ Und: „Am Ende des Jahres einen Rückblick auf dieses so ereignis- und folgenreiche Jahr 1945 schreiben!“ Hier ist ein intelligenter, begabter junger Mann, der den politischen Umbruch des Kriegsendes 1945 nicht nur erlebt, sondern ihn auch beschreiben will. Er möchte festhalten und analysieren, was er wahrnimmt. Aus den selbst auferlegten Aufgaben in dem Notizheft, die hier zum größten Teil wieder gestrichen und demnach erledigt wurden, spricht außerdem ein hoher Anspruch an sich selbst sowie Ehrgeiz, Pflichtbewusstsein und Disziplin.

Dem Drang zum Schreiben, zum Analysieren und Kommentieren folgte Dahrendorf auch, als er neben seinem Studium der Philosophie und der klassischen Philologie ab 1947 in Hamburg für die „Hamburger Akademische Rundschau“ als Redakteur arbeitete. Bald schrieb er auch kleinere Stücke für andere Hamburger Zeitungen. Sein Nachlass enthält ein Album, in das Ralf Dahrendorf ab 1951 alle seine publizierten Artikel und Aufsätze einklebte und sie mit Anmerkungen und Kommentaren versah. Hieran zeigt sich sehr

20 Ebd., S. 2.

21 Ralf Dahrendorf, Notizheft „Facienda“, BArch N 1749/866.

plastisch, wie wichtig es Dahrendorf als jungem Wissenschaftler war, dass und wie er in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Das Album beginnt mit Beiträgen für die SPD-Zeitung „Hamburger Echo“, aber auch für „Die Welt“. Zunächst finden sich Reiseberichte und dann zunehmend wissenschaftliche Rezensionen.

Beispielsweise veröffentlichte Dahrendorf einen Tagungsbericht über den 12. Deutschen Soziologentag in Heidelberg 1954. Unter dem Titel „Soziologie ohne Soziologen“ kritisierte er die behandelten Themen als zu philosophisch und zu wenig soziologisch. Der Soziologentag sei eine „Enttäuschung“ für diejenigen, die an der Klärung von brennenden Problemen der Zeit interessiert seien.²² Dahrendorf sah die Soziologie also von Beginn an als eine praxisorientierte Wissenschaft an. Sie sollte mit ihren Theorien in den Prozess der Veränderung der Wirklichkeit eingreifen und dazu beitragen, dass das Vernünftige wirklich werde, wie er es ein gutes Jahrzehnt später als Professor der Soziologie formulierte.²³ Neben dem in das Album eingeklebten Zeitungsartikel steht der handschriftliche Kommentar: „Was wohl die Kollegen dazu sagen?“²⁴ Es wird deutlich, dass Ralf Dahrendorf die Auseinandersetzung mit der Zukunft suchte. Er wollte provozieren – ganz im Sinne der Auffassung, dass Konflikte und Auseinandersetzungen produktiv seien.

Auf einer weiteren Doppelseite des Albums hat Ralf Dahrendorf das Titelblatt seiner Dissertation „Marx in Perspektive“ eingeklebt. „Umbruchkorrekturen 5.5.1953“ steht daneben, „Buchausgabe Oktober 1953“, „186 Seiten, Ganzleinen, Preis DM 9,80, Auflage 3.000“.²⁵ Auf der rechten Seite ist eine ordentliche Tabelle angelegt, in der Dahrendorf die Rezensionen, die zu seiner Dissertation von 1953 bis 1955 erschienen sind, vermerkt hat. Darunter ist auch eine Rezension im „Merkur“ vom Dezember 1955, die ein gewisser Jürgen Habermas verfasst hat.²⁶ Habermas, wie Dahrendorf Jahrgang 1929, gestand zu Dahrendorfs 80. Geburtstag, wie sehr der Generationsgenosse ihm zu dieser Zeit imponierte: Mit 28 Jahren bereits habilitiert, einen PhD aus England und Kenntnisse der englischen und amerikanischen Soziologie, die sich Habermas und die anderen jungen Soziologen erst noch anlesen mussten. So erinnerte sich Habermas an seine erste Begegnung mit Dahrendorf 1955:

22 Sammlung von publizierten Artikeln und Aufsätzen Dahrendorfs, BArch N 1749/476.

23 Vgl. Ralf Dahrendorf: Die Soziologie und der Soziologe. Zur Frage von Theorie und Praxis. Konstanzer Universitätsrede. Konstanz 1967, S. 27.

24 Wie Anm. 22.

25 Ebd.

26 Jürgen Habermas: Marx in Perspektiven. Merkur 9 (1955), H. 12, S. 1180-1183. Neben Dahrendorfs Dissertation wurden Leopold Schwarzschild: Der Rote Preuße. Stuttgart 1954 und Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Berlin 1954 besprochen.

„Dieser konstruktive Geist, der lieber mit idealtypischen Stilisierungen Klarheit schafft als mit hermeneutischer Kunst jongliert, fiel durch seine wuchtige Eloquenz ebenso auf wie durch ein kompromissloses, Autorität beanspruchendes Auftreten und die etwas kantige Art des Vortrages. Was Dahrendorf [...] auch heraus hob, war das avantgardistische Selbstbewusstsein, mit alten Hüten aufzuräumen.“²⁷

IV. Entschluss zum „Experiment durch Aktion“

Mit alten Hüten aufräumen wollte Dahrendorf nicht nur in der Soziologie der fünfziger Jahre, sondern auch zehn Jahre später in der bundesrepublikanischen Politik. Die Konsensdemokratie der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger war ihm unerträglich. Er empfand sie als politischen Stillstand, wo doch gesellschaftliche Reformen nötig seien. Und so entschied sich Dahrendorf für einen folgenreichen Schritt: Er wechselte von der Seite des kommentierenden Beobachters auf die des aktiven Politikers und trat 1967 in die FDP ein, um zunächst für den baden-württembergischen Landtag und dann für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Seine Entscheidung begründete er in einem Brief an seinen Freund, den Historiker Fritz Stern:

„Es lässt sich in Kürze vielleicht so darstellen, dass ich in aktiver Position die Möglichkeiten des deutschen Parlamentarismus, wenn nicht sogar der deutschen Demokratie, auf die Probe stellen möchte, bevor ich mich etwa entschliesse, gänzlich aus Deutschland wegzugehen. Es ist ein Entschluss [zum] Experiment durch Aktion, statt zum Experiment durch Abwarten und Distanz.“²⁸

Mit Leib und Seele verschrieb sich Dahrendorf 1968 einem exzessiven Wahlkampf, in dem er seine Forderung nach Diskussion lebte. Getreu seiner Überzeugung, dass Konflikte fruchtbar seien und dass jede Position es aushalten müsse, infrage gestellt zu werden, scheute er auch nicht die Auseinandersetzung mit den protestierenden Studenten. Ein spektakuläres Beispiel dafür ist die Diskussion, die er mit Rudi Dutschke am Rande des FDP-Parteitages vor der Freiburger Stadthalle am 29. Januar 1968 auf einem Auto-
dach führte. Geradezu ikonographisch ist dieses Bild in das Gedächtnis der Bundesrepublik eingegangen. Es steht dafür, dass Dahrendorf es wagte, mit dem „Bürgerschreck“ Dutschke zu diskutieren – und dass er diesen am Ende sogar noch im Wortgefecht besiegen konnte. Dahrendorf verfügte über ein entschiedenes demokratisches Selbstbewusstsein, war sich seines rhetorischen Talents bewusst und hatte daher – im Gegensatz zu anderen – den Mut, in den argumentativen Wettstreit mit Dutschke zu treten.

27 Habermas: Jahrgang 1929 (wie Anm. 12).

28 Ralf Dahrendorf an Fritz Stern, 24. Oktober 1967, BArch N 1749/45.

Dahrendorf war also keineswegs nur ein sozialliberales Aushängeschild der FDP, sondern er trug durch seine frischen Ideen und sein überzeugendes Auftreten zur Erneuerung der Partei und schließlich auch zur Bildung der sozialliberalen Koalition aus SPD und FDP unter Bundeskanzler Willy Brandt in Bonn bei. Nach der Regierungsbildung im Herbst 1969 wurde Dahrendorf Parlamentarischer Staatssekretär bei Außenminister Walter Scheel. Allerdings: Auf diesem Posten hielt es ihn nicht lange. Wohl auch resigniert von den langsamen Mühlen der Politik und vom mühsamen Bohren dicker Bretter, ergriff der Schnelldenker nach nur neun Monaten im Auswärtigen Amt die Chance, als Kommissar zur Europäischen Gemeinschaft nach Brüssel zu wechseln. Vier Jahre lang, von 1970 bis 1974, war er dort zunächst Außenhandels- und dann Bildungskommissar.

Eine Seite aus Ralf Dahrendorfs Terminkalender aus dem Jahr 1973,²⁹ Woche 19. bis 25. März, verdeutlicht, welchen Beschäftigungen der EG-Kommissar nachging: Montagabend Dinner mit dem britischen Botschafter – „blacktie“ –, Dienstag und Mittwoch ganztägige Kommissions-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen, dann abends ein Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer in Siegen oder ein Geschäftsessen. Am Donnerstag sind Termine im Stundentakt eingetragen: unter anderem mit dem Kommissionskollegen Christopher Soames, dem damaligen CDU-Bundesvorsitzenden Rainer Barzel und dem Guardian-Journalisten Terry Coleman. Abends fand noch ein Treffen mit dem Liberalen Kreis statt und am Freitag dann in Amsterdam eine internationale Konferenz zum Thema Europäische Integration. Diese beinahe zufällig ausgewählte Seite aus einem von Dahrendorfs Kalendern ist repräsentativ: So vielfältig und terminreich ging es bei ihm fast jede Woche zu.

Doch selbst als EG-Kommissar in Amt und Würden konnte er es nicht lassen, die Rolle des „Hofnarren“ zu spielen. 1971 publizierte er unter dem Pseudonym „Wieland Europa“ zwei Artikel in der „Zeit“, in denen er das tat, was Intellektuelle tun: in der Öffentlichkeit Kritik üben, das scheinbar Selbstverständliche infrage stellen. Doch seine Polemik gegen die zunehmende Bürokratisierung der EG-Kommission und die fehlende demokratische Legitimation der europäischen Institutionen wurde ihm als „Nestbeschmutzung“ („Der Spiegel“) von EG-Parlamentariern und Kommissions-

29 Terminkalender von Ralf Dahrendorf 1973, BArch N 1749/3.

kollegen sehr übel genommen, und er hätte beinahe zurücktreten müssen.³⁰ Spätestens jetzt wurde der Rollenkonflikt offenbar, der zwischen dem öffentlichen Intellektuellen und dem Politiker Dahrendorf bestand. Diesen Rollenkonflikt war Dahrendorf bewusst eingegangen, als er – es sei an den Brief an Fritz Stern erinnert – das „Experiment durch Aktion statt [...] durch Abwarten und Distanz“³¹ suchte.

V. Der deutsche Lord

Im Jahr 1974 beendete Dahrendorf das „Experiment“ aktiver Politik und suchte wieder größere Distanz zu ihr. Er nahm das Angebot an, Direktor der London School of Economics zu werden. Als Manager dieser renommierten Hochschule konnte er das umsetzen, was bereits in den sechziger Jahren als Universitätsprofessor und Politikberater sein Anliegen gewesen war: die Sphären von Universität, Politik und Öffentlichkeit zusammenzubringen und füreinander fruchtbar zu machen. Regelmäßig lud er an der LSE Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Wirtschaftsvertreter ein, um mit ihnen bei den sogenannten „LSE dinners“ zu diskutieren.³²

Zugleich eroberte Dahrendorf sich auch in Großbritannien die Stellung eines öffentlichen Intellektuellen, wenn auch etwas zurückhaltender als zuvor in der Bundesrepublik. Er hielt 1974 die renommierte Radio-Vorlesung „The Reith Lectures“ zum Thema „Die neue Freiheit“, veröffentlichte 1979 sein Buch „Lebenschancen“ und analysierte 1983 den Zustand der britischen Gesellschaft in der BBC-Fernsehdokumentation „Dahrendorf On Britain“.

Doch auch die Politik ließ ihn nicht ganz los: Er engagierte sich, nun schon als College-Rektor in Oxford, Ende der achtziger Jahre bei den britischen Liberaldemokraten und wurde 1993 von Königin Elisabeth II. zum Lord Dahrendorf mit dem Titel „Baron of Clare Market in the City of Westminster“ ernannt und damit zum Mitglied des britischen Oberhauses auf Lebenszeit. Seine langjährigen Erfahrungen als Insider und Outsider der Politik

30 Die Artikel schlugen Wellen in Form einer Sitzung des Europäischen Parlaments, in der sich Dahrendorf mit einer schriftlichen Erklärung entschuldigte und damit Rücktrittsfordernungen entgegen wirken konnte. Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft: Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Luxemburg, Sitzungsperiode 1971-1972. Ausführliche Sitzungsberichte vom 21. bis 23. September 1971, S. 80-89. Auch im Deutschen Bundestag gaben die Artikel des „Wieland Europa“ der Opposition Anlass, die Regierung anzugreifen. Vgl. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 133. Sitzung, Bonn, Montag, den 19. Juli 1971, S. 7766.

31 Wie Anm. 28.

32 Vgl. zu dieser Phase: Franziska Meifort: Der Wunsch nach Wirkung. Ralf Dahrendorf als intellektueller Grenzgänger zwischen Bundesrepublik und Großbritannien 1964–1984. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65 (2014), S. 196–216.

gab er gerne weiter. Etwa an Tony Blair, der sich wenige Monate, bevor er zum britischen Premierminister gewählt wurde, in einem Brief vom 20. Januar 1997 für Dahrendorfs Rat zur Frage nach der Zukunft des Wohlfahrtsstaates bedankte:

“Dear Ralf

Very many thanks for your extremely helpful note about my speech on the future of the welfare state. I very much take your point about inclusion: all I see and hear about the corrosive effect of long term joblessness tells me that you are absolutely right to pinpoint social exclusion as a critical problem of our times.

Thanks again. + thank you for your kind words

Yours sincerely,

Tony“³³

Für den in Deutschland geborenen Lord, der seit 1988 auch die britische Staatsbürgerschaft besaß, war England – und insbesondere London – zur zweiten Heimat geworden. Aber auch in der Bundesrepublik blieb Dahrendorf als Intellektueller aktiv und gefragt. Davon zeugen hunderte Zeitungsartikel und Interviews im Nachlass Dahrendorf. Zunehmend engagierte er sich auf globalem Feld: Seine Konzeptionen einer liberalen Zivilgesellschaft wurden insbesondere um 1989/90 in Osteuropa rezipiert und als Autor des Project Syndicate³⁴ wurden seine bis zuletzt auf Schreibmaschine geschriebenen Artikel in Tageszeitungen auf der ganzen Welt veröffentlicht. Auf den „crossbenches“ des House of Lords hatte er zudem eine Position gefunden, in der er maximale Unabhängigkeit hatte und doch gestalterisch an der Politik mitwirken konnte.

Diese Unabhängigkeit schätzte er besonders, denn er war als Intellektueller immer Solist geblieben; einer, der sich keiner Gruppe oder Schule zuordnen ließ. Wohl wissend, dass es einen idealen Zustand des öffentlichen Intellektuellen nicht geben kann für denjenigen, der die Gesellschaft zum Positiven verändern will, war er stets auf der Suche nach der Balance zwischen den Antipoden Geist und Macht. Er wollte seinen Ideen Geltung verschaffen und zugleich seine kritische Unabhängigkeit wahren. Und so blieb Ralf Dahrendorf vor allem eines: ein Liberaler ohne Ideologie, doch mit der Überzeugung, die Freiheit und die Lebenschancen des Individuums in der liberalen Demokratie ausweiten und schützen zu müssen.

33 Tony Blair an Ralf Dahrendorf, 20. Januar 1997, BAArch N 1749/456.

34 Das Project Syndicate ist eine gemeinnützige Organisation, die die Übersetzung und Veröffentlichung von Artikeln ausgewählter Autoren weltweit ermöglicht, um so zu einer unabhängigen globalen Presselandschaft beizutragen.

Autorenverzeichnis

Eckart Conze, Jg. 1963, Prof. Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Jürgen Frölich, Jg. 1955, Dr. phil., Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Ewald Grothe, Jg. 1961, Prof. Dr. phil., Leiter des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Frieder Günther, Jg. 1971, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung Berlin

Dorothee Hochstetter, Jg. 1970, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Franziska Meifort, Jg. 1984, Doktorandin am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin

Stefan Meineke, Jg. 1959, Dr. phil., Historiker, Freiburg im Br., Lehrbeauftragter an Universitäten in Basel und Zürich, Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Ulf Morgenstern, Jg. 1978, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh

Frank Lorenz Müller, Jg. 1970, D. Phil., Professor für Neuere Geschichte an der University of St. Andrews, Schottland

Ernst Opgenoorth, Jg. 1936, Prof. Dr. phil., Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn i. R.

Joachim Scholtyseck, Jg. 1958, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Klaus Seidl, Jg. 1982, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

Ines Soldwisch, Jg. 1976, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Altstipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Peter Steinbach, Jg. 1948, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte/Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Sebastian Voigt, Jg. 1978, Dr. phil., M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung München